

## Editorial

## Editorial

Das Hauptthema von Politika 2024 sind die Landtagswahlen in Südtirol vom 22. Oktober 2023. Ihr Ausgang ist in vielerlei Hinsicht prägend für Südtirols politische Landschaft und für die weitere, nicht nur politische Entwicklung des Landes. Die SVP verliert definitiv den „Alleinvertretungsanspruch“ der deutschen und ladinischen Sprachgruppe und muss zum ersten Mal in Südtirols Nachkriegsgeschichte eine weitere deutschsprachige Partei mit in die Regierung nehmen, um eine Mehrheitskoalition zu bilden. Ein zweiter Grund liegt allerdings auch im schlechten Abschneiden der italienischen Parteien, zumal es unter diesen keine Liste oder ideologisches Parteienbündnis mit ausreichend Mandaten für eine ausschließliche Koalition mit der SVP mehr gibt.

Die Wahlbeteiligung innerhalb der italienischen Sprachgruppe ist erneut gesunken. Wie schon 2013 vertreten nur fünf Abgeordnete die italienische Sprachgruppe im Landtag. Der Proporz im Landtag und in der Landesregierung hängt von den Wählerinnen und Wählern ab. Bleiben diese der Wahl fern, kommt es zu einer Unterrepräsentation einer Sprachgruppe im Verhältnis zu ihrer numerischen Stärke und zu einem politischen Gefälle zwischen den Sprachgruppen. Auf deutschsprachiger Seite kann man eine zunehmende Parteienfragmentierung und eine verstärkte Unterstützung für Anti-Establishment Einstellungen feststellen.

Die ehemals demokratisch-hegemoniale SVP erlebt seit Jahren einen Erosionsprozess wie andere Volksparteien in Europa und verliert seit 2003 von Landtagswahl zu Landtagswahl an Stimmen und Mandaten. Die Bindungen der Wählerinnen und Wähler zu den Parteien werden schwächer, das Vertrauen in die etablierte Politik sinkt. Dieser Erosionsprozess der SVP ist am Verlust der Anziehungskraft als Sammelpartei und an der organisatorischen Schwächung der Ortsgruppen ersichtlich. Auch die zunehmende Dominierung von Lobbys und der Einfluss der Bezirke stößt bei abnehmenden Stimmanteilen zunehmend auf Grenzen innerparteilicher Kohäsion. Dieser Erosionsprozess setzt Wählerinnen und Wähler frei, die Ausgangspunkt für neue politische Kräfte sind. Der neue Landtag zählt sieben deutschsprachige Parteien, so viele wie nie zuvor. Der Erfolg der neuen Parteien, allen voran der Listen JWA und Vita, ist unter anderem eine Nachwirkung der Corona-Pandemie. Gleichzeitig erleben wir eine verstärkte Ablehnung etablierter Kräfte, verstärkt

durch ständige politische Streitereien und Skandale sowie großer Verunsicherung bei zukunftspolitischen Fragen.

Diese und weitere Themen rund um die Landtagswahlen in Südtirol werden von unseren Autorinnen und Autoren in dieser Ausgabe analysiert. Den Einstieg macht wiederum ein kritischer Jahresrückblick zu den Ereignissen in Südtirol aus der Feder von *Lucio Giudiceandrea*, der sich mit Themen wie dem Tennisstar Jannik Sinner aus Sexten, der Benko-Affäre und dem Borkenkäfer auseinandersetzt.

Die Reihe an Beiträgen zu den Südtiroler Landtagswahlen eröffnen *Hermann Atz* und *Günther Pallaver* mit einer umfassenden Analyse der Wahlergebnisse. Unter anderem untersuchen sie detailreich das Wahlverhalten, Wähler/-innenströme, das ethnische Wahlverhalten und das aus den Wahlen hervorgegangene Parteiensystem.

*Melanie Gross* und *Sophia Schönthaler* untersuchen den Landtagswahlkampf in den Zeitungen Dolomiten, Alto Adige und dem online Portal Salto. Dabei analysieren sie die Wahlkampfthemen, die Sichtbarkeit von Parteien und Kandidierenden und den sprachlichen Rahmen mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Wahlkampfthemen Migration und Frauenpolitik. Trotz unterschiedlicher Themen gibt es eine bemerkenswerte Konvergenz bei der Priorisierung von Schlüsselthemen in den Medien und bei der negativen Behaftung des Themas Migration. Die Vertretung von Frauen im Wahldiskurs ist dagegen gering, was auf mögliche geschlechtsspezifische Lücken in der Berichterstattung hindeutet.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie thematisiert *Katharina Crepaz* in ihrem Beitrag über die Wahlerfolge impfkritischer Parteien. Dabei erläutert und verknüpft sie *vaccine hesitancy* („Impfzurückhaltung“) mit dem Wahlverhalten und untersucht die Wahlergebnisse der Parteien Vita und JWA. In den Gemeinden mit einer Ungeimpften-Quote von über 30 Prozent schnitten Vita und JWA 2022 (Parlamentswahlen) und 2023 (Landtagswahlen) im Vergleich zu anderen Südtiroler Gemeinden deutlich besser ab, was auf eine Korrelation zwischen *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten (impfkritische Parteien) hindeutet.

Um den Landtagswahlkampf geht es auch im Beitrag von *Aaron Gottardi*, der den Social-Media-Wahlkampf der Südtiroler Volkspartei und der Süd-Tiroler Freiheit auf Instagram und Facebook analysiert und vergleicht. Während die SVP bei ihrem Social-Media-Auftritt schwach abschneidet, hat sich die Süd-Tiroler Freiheit über verschiedene Plattformen eine starke Präsenz in den sozialen Medien aufgebaut und dadurch Wählerinnen und Wähler mobilisiert, vor allem bei der jüngeren Bevölkerung.

*Sarah Oberbichler* widmet sich dem Thema Frauenrepräsentation in der Politik. Dabei untersucht sie die Entwicklung von Frauenrepräsentation in Südtirol seit 1948,

welche gesetzlichen Grundlagen für einen Geschlechterausgleich in der Südtiroler Politik geschaffen wurden und wie Fraueninteressen vom Südtiroler Landtag vertreten werden. Sie zeigt auf, dass die Repräsentation von Frauen bei den Südtiroler Landtagswahlen seit 1964 stark zugenommen hat und dass das Jahr 2013 als Wendepunkt bei der substanziellen Repräsentation von Frauen in der Südtiroler Landespolitik gesehen werden kann.

*Andrea Carlà* analysiert die Wechselwirkung zwischen Konkordanzdemokratie und Versicherheitlichung. Anhand einer vergleichenden Studie der politischen Programme der Süd-Tiroler Freiheit und der Fratelli d'Italia bei der letzten Landtagswahl 2023 untersucht er, ob und wie diese beiden Parteien Aspekte des Zusammenlebens zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen als Frage der Sicherheit bzw. als Sicherheitsproblem wahrnehmen oder zu einem machen. Dabei kommt er zum Schluss, dass der Diskurs der Süd-Tiroler Freiheit mehr Elemente einer Versicherheitlichung aufweist als der Diskurs von Fratelli d'Italia.

Einen kritischen Blick wirft *Giorgio Mezzalana* auf die italienischen Parteien und deren Transformationsprozesse seit den Jahren der sogenannten „Zweiten Republik“. Ausgehend von den Ergebnissen der Landtagswahlen 2023 analysiert der Beitrag die Veränderungen innerhalb der italienischen Parteienlandschaft in Südtirol und erörtert die These der fortschreitenden Fragmentierung und Volatilität der italienischen Parteien, um dadurch unter anderem die schwindende Bindung und Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern und die niedrige Wahlbeteiligung innerhalb der italienischen Sprachgruppe zu erklären.

*Günther Pallaver* beschäftigt sich mit der Regierungsbildung, die in vielerlei Hinsicht „Geschichte“ geschrieben hat. Noch nie gab es im Vorfeld von Regierungsverhandlungen so massive Proteste aus der Zivilgesellschaft gegen deren parteipolitische Zusammensetzung. Die Regierungsbeteiligung der Partei Fratelli d'Italia hat eine Brandmauer eingestürzt, zumal sich diese Partei nie offiziell vom Faschismus distanziert hat. Zum ersten Mal seit den Landtagswahlen im Jahre 1948 ist neben der SVP eine zweite deutschsprachige Partei in der Landesregierung vertreten. Im Beitrag werden diese Prozesse, Hintergründe und Zusammenhänge analysiert.

*Thomas Walli* und *Günther Pallaver* recherchieren und vergleichen in ihrem Beitrag die soziodemographischen und sozialstrukturellen Merkmale der Landtage in Tirol, Südtirol und im Trentino. Sie zeigen auf, dass sich die soziodemografischen Merkmale der Abgeordneten in den drei Euregio-Ländern nicht grundlegend unterscheiden und dass sie nicht vollständig den jeweiligen Gesellschaften entsprechen. Unterrepräsentiert sind Frauen ebenso wie Menschen mit formal niedrigerem Bildungsgrad und bestimmte Berufsgruppen, insbesondere Arbeiterinnen und Arbeiter.

Neben den Landtagswahlen in Südtirol thematisiert Politika 24 auch die Landtagswahlen im Trentino und in Bayern. *Marco Brunazzo* und *Cristiano Santinello* befassen sich mit den Landtagswahlen im Trentino, die ebenfalls am 22. Oktober 2023 stattfanden und aus welcher die Mitte-Rechts-Koalition als Sieger hervorging. Die Wahlanalyse zeigt unter anderem eine „Nationalisierung“ der Präferenzen, der Wählerinnen und Wähler sowie ein ausgeprägtes Gefälle zwischen den großen städtischen Zentren und den Tälern. Allerdings gibt es innerhalb der siegreichen Koalition Spannungen, die sich im Vorfeld der Europawahlen 2024 verschärfen könnten. Auch die Analyse der Landtagswahlen in Bayern aus der Feder von *Roland Sturm* zeigt einen weiteren Rechtsruck des bayerischen Parteiensystems, bedingt durch die Wahlsiege der Freien Wähler und der AfD (Alternative für Deutschland). Die Parteien, die auf Bundesebene in Berlin regieren, mussten bei der Wahl starke Verluste hinnehmen. Die CSU (Christlich-Soziale Union) konnte ihre Sonderstellung in Bayern jedoch weiterhin behaupten und ihre Koalition mit den Freien Wählern fortsetzen.

Im Abschnitt „Panorama“ beschäftigt sich *Sophie Mair* mit der Rolle der Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen im Kontext der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz. Dabei vergleicht sie das österreichische und italienische System anhand einer Untersuchung der drei Landesteile der Euregio Tirol, Südtirol und Trentino. Dadurch gelingt es ihr, interessante Unterschiede innerhalb Italiens und zwischen den verschiedenen Systemen aufzuzeigen. *Theresia Morandell* untersucht die Reformen der Gemeindeordnung der Autonomen Region Trentino-Südtirol seit 1948. Durch diese Reformen konnte der Gemeinderat seine zentrale Rolle im institutionellen Gefüge der Gemeinde zurückgewinnen und die politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger bekräftigen, was zu einer allgemeinen Zunahme der Bedeutung der Gemeinde im politischen System führte.

Die Untersuchung von *Irene Landini* beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen alter und neuer Vielfalt in „geteilten Gesellschaften“ am Fallbeispiel Südtirol und Bozen. Landini analysiert, wie Lehrkräfte mit der durch Migranten und Migrantinnen verursachten kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Grund- und Mittelschulen umgehen und vergleicht dabei die (unterschiedlichen) Strategien deutsch- und italienischsprachiger Lehrkräfte. Die Analyse zeigt, dass die Umsetzung des interkulturellen Bildungsparadigmas zur Berücksichtigung der migrationsbedingten Vielfalt in den verschiedenen Schulformen sehr unterschiedliche Formen annimmt.

Irland und die Südtirolfrage vor den Vereinten Nationen ist das Thema des Beitrags von *Georg Grote*. Dabei beleuchtet er die Rolle der irischen Republik und ihrer Diplomaten für den Erfolg der Resolution 1497 (XV) vom 31. Oktober 1960. Der

Artikel untersucht die irische Motivation, diese Resolution zu unterstützen und analysiert die Strategien der Verhandlungsführer, die viele neue unabhängige afrikanische und andere blockfreie Staaten in die Ausarbeitung der Resolution einbezogen.

Das Jahrbuch schließt mit der politischen Persönlichkeit des Jahres 2023, die Ehrung geht an Nathan Previdi.

Unser Dank gilt all jenen, die am Gelingen dieser Ausgabe beteiligt waren. Für Übersetzungen bedanken wir uns bei Marcus Nicolson, Katharina Crepaz, Werner Pescosta, Mauro di Vieste, Andrea Carlà und Günther Pallaver. Für Korrekturarbeiten geht der Dank an Theresia Morandell und Sophia Schönthaler. Die Zusammenarbeit mit der Edition Raetia hat sich seit Anbeginn bestens bewährt. Den drei Landesämtern für Kultur sowie der Stiftung Südtiroler Sparkasse danken wir für die finanzielle Unterstützung.

*Elisabeth Alber, Alice Engl, Günther Pallaver*

## Editoriale

Il tema principale di Politika 2024 riguarda le elezioni provinciali in Alto Adige del 22 ottobre 2023, il cui esito rappresenterà una svolta sotto molti punti di vista e plasmerà il panorama politico altoatesino e il futuro sviluppo del Paese, non solo in termini politici. La Südtiroler Volkspartei (SVP) perde definitivamente la sua “pretesa di esclusiva rappresentanza” dei gruppi linguistici tedesco e ladino e, per la prima volta nella storia dell’Alto Adige del dopoguerra, dovrà includere nel governo un altro partito di lingua tedesca per formare una coalizione di maggioranza. Una seconda ragione di questo sviluppo, tuttavia, è la scarsa performance dei partiti italiani, soprattutto perché tra di loro non c’è più una lista o un’alleanza politica-ideologica di partiti con consiglieri sufficienti per una coalizione esclusiva con la SVP.

L’affluenza alle urne all’interno del gruppo linguistico italiano è nuovamente diminuita. Come nel 2013, solo cinque consiglieri rappresentano il gruppo linguistico italiano in Consiglio provinciale. La rappresentanza proporzionale in Consiglio e nel governo provinciale dipende dagli elettori/elettrici. Se questi ultimi non votano, si verifica una sottorappresentazione di un gruppo linguistico rispetto alla sua forza numerica e una asimmetria politica tra i gruppi linguistici.

Per quanto riguarda la parte di lingua tedesca, si può osservare una crescente frammentazione del sistema dei partiti e un aumento del sostegno agli atteggiamenti *anti-establishment*. La SVP, un tempo un partito democratico egemone, sta vivendo da anni un processo di erosione come altri partiti popolari in Europa e dal 2003 perde voti e seggi di elezione in elezione. I legami degli elettori con i partiti si stanno indebolendo e la fiducia nella politica consolidata sta diminuendo. Questo processo di erosione della SVP è visibile nella perdita del suo appeal come partito di raccolta e nell’indebolimento organizzativo dei gruppi locali. Il crescente dominio delle lobby e l’influenza dei distretti si scontrano sempre più con i limiti della coesione all’interno del partito, con il calo delle quote di voto. Questo processo di erosione sta liberando elettori ed elettrici che sono il punto di partenza per nuove forze politiche. Dopo la spaccatura dei Freiheitlichen, il nuovo Consiglio provinciale conta sette partiti di lingua tedesca, un numero mai visto prima. Il successo dei nuovi partiti, soprattutto della Lista JWA (Jürgen Wirth Anderlan) e Vita, è in parte un effetto collaterale della pandemia di coronavirus. Allo stesso tempo stiamo assistendo a un

crescente rifiuto delle forze consolidate, alimentato da continue dispute politiche e scandali, nonché da una grande incertezza sulle questioni politiche future.

In questa edizione i nostri autori e le nostre autrici analizzano questi e altri temi legati alle elezioni amministrative in Alto Adige. Il numero si apre con una rassegna critica degli eventi in Alto Adige a cura di *Lucio Giudiceandrea*, che analizza temi come la stella del tennis Jannik Sinner di Sesto Pusteria, l'affare Benko e il bostrico.

*Hermann Atz e Günther Pallaver* aprono la serie di articoli sulle elezioni provinciali in Alto Adige con un'ampia analisi dei risultati elettorali. Tra le altre cose, analizzano nel dettaglio il comportamento di voto, i flussi elettorali, il comportamento di voto etnico e il sistema di partiti emerso dalle elezioni.

*Melanie Gross e Sophia Schönthaler* analizzano la campagna elettorale sui quotidiani Dolomiten, Alto Adige e sul portale online Salto. Analizzano i temi della campagna elettorale, la visibilità dei partiti e dei candidati/delle candidate nonché il quadro linguistico, con particolare attenzione ai temi della migrazione e della politica femminile. Nonostante i diversi argomenti, si nota una notevole convergenza nella priorità dei temi chiave nei media e nella connotazione negativa del tema della migrazione. Al contrario, la rappresentazione delle donne nel discorso elettorale è bassa, il che indica possibili lacune specifiche di genere nell'informazione.

*Katharina Crepaz* affronta gli effetti della pandemia di coronavirus nel suo articolo sul successo elettorale dei partiti anti-vaccini. Spiega e collega l'esitazione nei confronti del vaccino e il comportamento di voto ed esamina i risultati elettorali dei partiti Vita e JWA. Nei comuni con un tasso di non vaccinati superiore al 30 per cento, Vita e JWA hanno ottenuto risultati significativamente migliori nel 2022 (elezioni parlamentari) e nel 2023 (elezioni provinciali) rispetto agli altri comuni altoatesini, il che indica una correlazione tra l'esitazione vaccinale e il comportamento di voto (partiti vaccino-critici).

La campagna elettorale provinciale è anche il tema dell'articolo di *Aaron Gottardi*, che analizza e confronta le campagne elettorali sui social media della Südtiroler Volkspartei e della Süd-Tiroler Freiheit su Instagram e Facebook. Mentre la SVP ha ottenuto scarsi risultati sui social media, la Süd-Tiroler Freiheit ha costruito una forte presenza sui social media attraverso varie piattaforme, mobilitando così gli elettori, soprattutto tra la popolazione più giovane.

*Sarah Oberbichler* si concentra sul tema della rappresentanza femminile in politica. L'autrice analizza lo sviluppo della rappresentanza femminile in Alto Adige dal 1948, quali basi legali sono state create per l'equilibrio di genere nella politica altoatesina e come gli interessi delle donne sono rappresentati dal Consiglio provinciale altoatesino. L'autrice mostra che la rappresentanza femminile nelle elezioni

provinciali altoatesine è aumentata in modo significativo dal 1964 e che il 2013 può essere considerato un punto di svolta nella rappresentanza sostanziale delle donne nella politica provinciale altoatesina.

*Andrea Carlà* analizza l'interazione tra democrazia consociativa e securitizzazione. Sulla base di uno studio comparativo dei programmi politici di *Süd-Tiroler Freiheit* e Fratelli d'Italia nelle ultime elezioni provinciali del 2023, esamina se e come questi due partiti percepiscono gli aspetti della convivenza tra i diversi gruppi etnici come una questione di sicurezza o li trasformano in un problema di sicurezza. Giunge alla conclusione che il discorso della *Süd-Tiroler Freiheit* presenta più elementi di securitizzazione rispetto a quello di Fratelli d'Italia.

*Giorgio Mezzalana* analizza criticamente i partiti italiani e i loro processi di trasformazione a partire dagli anni della cosiddetta "Seconda Repubblica". Sulla base dei risultati delle elezioni provinciali del 2023, l'articolo analizza i cambiamenti all'interno del panorama partitico italiano in Alto Adige e discute la tesi della progressiva frammentazione e volatilità dei partiti italiani per spiegare, tra l'altro, la diminuzione della fedeltà e della mobilitazione degli elettori e la bassa affluenza alle urne all'interno del gruppo linguistico italiano.

*Günther Pallaver* analizza la formazione del governo, che ha fatto "storia" sotto molti aspetti. Mai prima d'ora si erano registrate proteste così massicce da parte della società civile contro la composizione politico-partitica di governo. La partecipazione del partito Fratelli d'Italia al governo ha abbattuto un muro, soprattutto perché questo partito non ha mai preso ufficialmente le distanze dal fascismo. Per la prima volta dalle elezioni provinciali del 1948, un partito di lingua tedesca è rappresentato nel governo provinciale accanto alla SVP. L'articolo analizza questi conflitti, processi e contesti.

Nel loro articolo, *Thomas Walli* e *Günther Pallaver* ricercano e confrontano le caratteristiche socio-demografiche e socio-strutturali dei consiglieri e delle consigliere provinciali di Tirolo, Alto Adige e Trentino. Essi dimostrano che le caratteristiche socio-demografiche dei consiglieri delle tre parti dell'Euregio non differiscono in modo sostanziale e non corrispondono pienamente alle rispettive società. Le donne sono sottorappresentate, così come le persone con un livello di istruzione formalmente più basso e alcuni gruppi professionali, in particolare lavoratori e lavoratrici.

Oltre alle elezioni provinciali in Alto Adige, *Politika 24* analizza anche le elezioni provinciali in Trentino e in Baviera. *Marco Brunazzo* e *Cristiano Santinello* analizzano le elezioni amministrative in Trentino, svoltesi anch'esse il 22 ottobre 2023 e che hanno visto la vittoria della coalizione di centro-destra. L'analisi elettorale mostra, tra l'altro, una "nazionalizzazione" delle preferenze e degli elettori, nonché

una marcata divisione tra i grandi centri urbani e le valli. Tuttavia, ci sono tensioni all'interno della coalizione vincente che potrebbero intensificarsi in vista delle elezioni europee del 2024. L'analisi di *Roland Sturm* sulle elezioni in Baviera mostra un ulteriore spostamento a destra del sistema partitico bavarese, grazie alle vittorie elettorali dei "Freie Wähler" e dell'AfD (Alternative für Deutschland). I partiti che governano a livello federale a Berlino hanno subito pesanti perdite alle elezioni. Tuttavia, la CSU (Christlich-Soziale Union) è riuscita a mantenere la sua posizione speciale in Baviera e a continuare la sua coalizione con i "Freie Wähler".

Nella sezione "Panorama", *Sophie Mair* analizza il ruolo dei consigli per la parità di genere nel contesto della parità di trattamento tra uomini e donne sul posto di lavoro. L'autrice mette a confronto i sistemi austriaco e italiano analizzando le tre regioni dell'Euregio Tirolo, Adige e Trentino. Ciò le consente di evidenziare interessanti differenze all'interno dell'Italia e tra i vari sistemi. *Theresia Morandell* esamina le riforme del Codice degli Enti locali nella Regione Autonoma Trentino-Alto Adige a partire dal 1948, che hanno permesso al Consiglio comunale di riacquistare il suo ruolo centrale nella struttura istituzionale del Comune e di riaffermare la rappresentanza politica dei cittadini, portando a un generale aumento dell'importanza del Comune nel sistema politico.

Lo studio di *Irene Landini* analizza il rapporto tra vecchie e nuove diversità nelle "società divise" utilizzando come caso di studio l'Alto Adige e Bolzano. Landini analizza come gli insegnanti affrontano la diversità culturale e linguistica determinata dagli immigrati nelle scuole primarie e secondarie e confronta le (diverse) strategie degli insegnanti di lingua tedesca e italiana. L'analisi mostra che l'attuazione del paradigma dell'educazione interculturale per tenere conto della diversità legata alla migrazione assume forme molto diverse nei vari tipi di scuola.

L'Irlanda e la questione dell'Alto Adige davanti alle Nazioni Unite sono il tema dell'articolo di *Georg Grote*. Il contributo esamina il ruolo della Repubblica d'Irlanda e dei suoi diplomatici nel successo della Risoluzione 1497 (XV) del 31 ottobre 1960, le motivazioni irlandesi per sostenere questa risoluzione e analizza le strategie dei negoziatori che coinvolsero molti Stati africani di recente indipendenza e altri Stati non allineati nella stesura della risoluzione.

L'annuario si conclude con la personalità politica dell'anno 2023, che è stata assegnata a Nathan Previdi.

I nostri ringraziamenti vanno a tutti coloro che hanno contribuito al successo di questa edizione. Per le traduzioni si ringraziano Marcus Nicolson, Katharina Crepez, Werner Pescosta, Mauro di Vieste, Andrea Carlà e Günther Pallaver. Si ringraziano Theresia Morandell e Sophia Schönthaler per la correzione delle bozze. La collabo-

razione con Edition Raetia ha dato ottimi risultati fin dall'inizio. Desideriamo ringraziare i tre Uffici Provinciali per la Cultura e la Fondazione Cassa di Risparmio dell'Alto Adige per il loro sostegno finanziario.

*Elisabeth Alber, Alice Engl, Günther Pallaver*

## Editorial

L'argomënt prinzipal de chësc numer de Politika 2024 é les lites provinciales te Südtirol di 22 d'otober 2023. So resultat rapresentëia de tröc versc na zesöra che condizionará le panorama politich de Südtirol y le svilup, nia ma politich, dla provinzia. La SVP perd definitivamënter la „rapresentanza estlusiva“ di grups linguistics todësch y ladin y mëss, por le pröm iade tla storia de Südtirol da do la vera incá, tó ite n ater partí de lingaz todësch por formé na coaliziun de maioranza. Na secunda rajun por chësc svilup é indere ince stada le stlet resultat di partis talians, ajach'al n'é plü degöna lista o alianza ideologica di partis che ess mandac assá por rové a na coaliziun estlusiva cun la SVP.

La partezipaziun ala lita tl grup linguistich talian é ciamó n iade jüda zoruch. Coche bele tl 2013 é l ma cin' rapresentanc dl grup linguistich talian tl Consëi provincial. Le proporz tl Consëi provincial y tla Junta provinciala depënn dales litadësses y dai litadus. Sce chisc ne vá nia a lité vëgnel a s'al dé na sotrapresentanza de n grup linguistich en confront a süa forza numerica y a na desvalianza politica danter i grups linguistics.

Pro la pert de lingaz todësch pón constaté na fragmentaziun tres majera di partis y n aumënt dl sostëgn de ideas de *anti-establishment*. La SVP che â n iade l'egemonia democratica fej bele da agn incá para n prozes de erojiun coche tröc d'atri partis popolars tl'Europa y perd, dal 2003 incá, da lita a lita, usc y mandac. I lians dles litadësses y di litadus cun i partis vëgn plü debli y la crëta tla politica etablada vá zoruch. Chësc prozes de erojiun dla SVP é ince da odëi fora dala pordüda dla forza d'atraziun coche partí coletif y dal indeblimënt organisatif di grups locai. Ince la dominanza tres majera de lobbies y l'influs dles zircostriziuns röia, man man che les cuotes dles usc vá zoruch, tres plü pomez ai limic dla coejiun interna dl partí. Chësc prozes d'erojiun lascia jí litadësses y litadus, che devënta le punt da chël ch'al pëia ia forzes politiches nöies. Do che le partí di Freiheitlichen s'á despartí cumpëda le Consëi provincial nü set partis de lingaz todësch, tanc ch'al nen n'é mai sté denant. Le suzes di partis nüs, dantadöt dles listes JWA y Vita, é danter l'ater ciamó na consequënza dla pandemia Corona. Tl medemo tēmp odunse na refodanza plü sterscia dles forzes etablades, renforzada dales stritaries politiches zënza fin y dai scandai, coche ince da na gran malsegurëza sön les chestiuns politiches dl dagní.

Chèstes y d'atres tematiches che á da nen fá cun les lites provinziales te Südtirol vëgn analisades te chësta ediziun da nostes auturies y da nüsc auturs. Le pröm contribut é indô na relaziun critica di avenimënc dl ann scritta da *Lucio Giudiceandrea*, che se dá jö, danter l'ater, cun la stëra dl tenis de Le Sest, Jannik Sinner, cun la chestiun Benko y cun l'arlogn.

*Hermann Atz y Günther Pallaver* mët spo man cun la linia de articui söles lites provinziales de Südtirol cun n'analisa ampla di resultac de lita. Danter l'ater analisëii tl detai le comportamënt de lita, i flusc dles litadësses y di litadus, le comportamënt etnich de lita y le sistem de partí che é gnü a s'al dé cun les lites.

*Melanie Gross y Sophia Schönthaler* analisëia la campagna litala ti foliec Dolomiten, Alto Adige y sön le portal online Salto. Lapró analisëieres i argomënc dla campagna litala, la visibilité di partis y di candidat y le cheder linguistisch, cun n azënt particular söles tematiches dla migraziun y dla politica dles ères. Ince sce i argomënc é desvalis él impó da odëi fora na convergënza demorvëia tla priorité dles tematiches tle ti media y tla conotaziun negativa dl tema dla migraziun. La rapresentanza dles ères tl dibatit lital é indere plütosc bassa. Chësc nes dij ch'al podess ester loces spezifiches de jëne tles relaziuns.

Les conseguënzes dla pandemia dl virus Corona vëgn tematisades da *Katharina Crepaz* te so contribut sön le suzes di partis critics ti confrunc dla variora. Ara spliga y colieia la *vaccine hesitancy* („esitaziun da fá la variora“) y le comportamënt de lita y analisëia i resultac litai di partis Vita y JWA. Ti comuns cun na perzentuala sura le 30 porcënt de porsones zënza variora á i partis Vita y JWA arjunt cotan de mius resultac tl 2022 (lites parlamentares) y tl 2023 (lites provinziales) co te d'atri comuns de Südtirol, ci che indichëia na relaziun danter la *vaccine hesitancy* y le comportamënt de lita (partis critics cuntra la variora).

Dla campagna litala nen vára ince tl contribut de *Aaron Gottardi*, che analisëia y confrontëia la campagna litala söi socialmedia, Instagram y Facebook, dla Südtiroler Volkspartei y dla Süd-Tiroler Freiheit. Deperpo che la SVP é stada debbla söi socialmedia, á la Süd-Tiroler Freiheit costruít na presënza sterscia ti media soziai y á insciö mobilisé litadësses y litadus, dantadöt danter la popolaziun plü jona.

*Sarah Oberbichler* se concentrëia söl tema dla rapresentanza dles ères tla politica. Lapró analisëiera le svilup dla rapresentaziun feminila te Südtirol dal 1948 incá, ciünes bases iuridiches che é gnüdes cheriades por la parité de jëne tla politica de Südtirol y coche i interesc dles ères vëgn rapresentá tl Consëi provincial de Südtirol. Ara mostra sö che la rapresentanza dles ères pro les lites provinziales de Südtirol é dal 1964 incá chersciüda dassënn y che l'ann 2013 pó gní odü coche punt d'inverjiun por ci che reverda la rapresentanza sostanziala dles ères tla politica provinciala de Südtirol.

*Andrea Carlà* analisëia l'interaziun danter democrazia de concordanza y securisaziun. Söla basa de n stüde comparatif di programs politics dla Söd-Tiroler Freiheit y di Fratelli d'Italia pro les ultimes lites provinziales dl 2023, ejaminëiel sce y coche chisc dui partis tol sö i aspec dla conviënza danter grups etnics desvalis, coche na chestiun de segurëza o n problem de segurëza o i trasformëia te n problem de segurëza. Al röia ala contlujiun che le discours dla Söd-Tiroler Freiheit contëgn deplü elemënc de na securisaziun co le discours di Fratelli d'Italia.

Cun edl critic ti ciara *Giorgio Mezzalana* ai partis talians y a sü prozesc de transformaziun da mëte man dai agn dla „Secunda Republica“, sciöch'al ti vëgn dit, incá. Söla basa di resultac dles lites provinziales dl 2023 analisëia le contribut i mudamënc che é gnüs a s'al dé tl cheder di partis talians te Südtirol y debat la tesa dla partizium y dla volatilité di partis talians che vá inant por splighé, danter l'ater, le desmendrimënt dla fedelté y dla mobilisaziun de litadësses y litadus y la partezipaziun debla ales lites tl grup linguistich talian.

*Günther Pallaver* se dá jö cun la formaziun dla Junta, che á scrit „storia“ sot a tröc aspec. Tratan les tratatives por mëte sö la Junta n'ël mai ciamó sté protestes tan stersces da pert dla sozieté zivila cuntra süa composiziun politica de partis. La partezipaziun al govern provincial dl partí di Fratelli á batü jö n mü, dantadöt ajache chësc partí ne s'á mai destanzié ofizialmënter dal fascism. Por le pröm iade dales lites provinziales dl ann 1948 incá, él ciamó n ater partí de linagz todësch rapresënté tla Junta provinciala. Tl articul vëgnel analisé chisc prozesc, gaujes y coliamënc.

*Thomas Walli y Günther Pallaver* inrësc do y confrontëia te so contribut les carateristiches sozio-demografiches y sozio-strotorales di consëis provinziai te Tirol, Südtirol y tl Trentin. Ai desmostra che les carateristiches sozio-demografiches dles trëi provinzie dl'Euregio ne se desfarenziëia nia te na manira sostanziala y ch'ares ne corespogn nia deplëgn ala composiziun de sües sozietés. Sotrapresentades é les ères coche ince porsones cun n nivel d'istruziun formalmënter plü bas y cer grups profesionai, dantadöt les laurantes y i lauranc.

Aper les lites provinziales te Südtirol tematisëia Politika 24 ince les lites provinziales tl Trentin y te Paiern. *Marco Brunazzo y Christiano Santinello* se dá jö cun les lites provinziales tl Trentin, che é ince gnüdes tignides ai 22 d'otober 2023, ola che la coaliziun zënter-mandërta á davagné. L'analisa litala mostra sö, danter l'ater, na „nazionalisaziun“ dles preferënzes y dles litadësses y di litadus, coche ince na gran desfarënzia danter i gragn zëntri urbans y les valades. Porimpó él tenjiuns internes tla coaliziun che á davagné, che podess gní plü granes en previjiun dles lites europeiches dl 2024. Ince l'analisa de *Roland Sturm* dles lites provinziales te Paiern mostra sö n spostamënt ciamó plü a man dërta dl sistem partitich bavaresc, deter-

miné dales devëntes litalas di Freie Wähler y dl AfD. I partis che governëia a nivel federal a Berlin s'á ciafé na gran dada pro les ultimes lites. Porimpó é la CSU stada bona da mantigní süa posiziun prioritara te Paiern y da jí inant cun süa coaliziun cun i Freie Wähler.

Tla sezium „Panorama“ se dá *Sophie Mair* jö cun la pert di assessurs y dles assessuries por la valianza di dërc tl contest d'ecuipraziun danter ël y ëra söl post de laur. Ara confrontëia le sistem austriach y chël talian söla basa de n'analisa dles trëi provinziez dl'Euregio Tirol, Südtirol y Trentin. Insciö éra bona da evidenzié desfarënzies interessantes tla Talia y danter i systems desvalis. *Theresia Morandell* ejaminëia les reformes dl Ordinamënt di comuns tla Regiun autonoma Trentin-Südtirol dal 1948 incá. Cun chëstes reformes á le consëi comunal ciafé zoruch süa pert zentrala tla strotöra istituzionala dl comun y confirmé la rapresentanza politica dles zitadines y di zitadins, ci che á porté a n aumënt general dl'importanza dl comun tl sistem politich.

Le stüde de *Irene Landini* analisëia i raporc danter desvalianzes vedles y nöies te „sozietés despartides“ sön l'ejëmpl de Südtirol y Balsan. Landini analisëia coche i insegnanc afrontëia la desvalianza culturala y linguistica gaujada dai migranc tles scores elementares y mesanes y confrontëia lapró les strategies (desvalies) di insegnanc de lingaz todësch y talian. L'analisa mostra che l'atuaziun dl paradigma dl'educaziun interculturala por tigní cunt dla desvalianza liada ala migraziun ciafa formes dër desfarëntes tles sorts desvalies de scora.

L'Irlanda y la chestiun de Südtirol dan les Naziuns Unides é le tema dl contribut de *Georg Grote*. Al ejaminëia la pert dla Republica dl'Irlanda y de sü diplomac por le suzes dla Resseluziun 1497 (XV) di 31 d'otober 1960. L'articul ejaminëia les motivaziuns irlandejes por sostigní chësta ressoluziun y analisëia les strategies di capi dles tratatives, che á tut ite tl'elaboraziun dla ressoluziun tröc Stac africans nüs, che â arjunt l'independënza y d'atri che ê lëdi da n bloch politich.

L'anuar se röia cun la personalité politica dl ann 2023, le pest ti vëgn surandé a Nathan Previdi.

Nosc rengraziamënt ti vá a düc chi che á daidé pro al bun garaté de chësta ediziun. Por les traduziuns ti dijunse dilan a Marcus Nicolson, Katharina Crepaz, Werner Pescosta, Mauro di Vieste, Andrea Carlà y Günther Pallaver. Por i laurs de coreziun rengraziunse *Theresia Morandell* y *Sophia Schönthaler*. Sciöche dagnora é la colauraziun cun la Edition Raetia indô jüda dër bun. Ai trëi Ofizi provinziai por la Cultura y ala Fondaziun Cassa dl Sparagn ti dijunse dër bel dilan por le sostëgn finanziair.

*Elisabeth Alber, Alice Engl, Günther Pallaver*



**Essay**

**Saggio**

Lucio Giudiceandrea

## Cosa resta del 2023 (e cosa ci occuperà negli anni a venire)

### The heritage of 2023

**Abstract** Jannik Sinner, new star in the tennis world, fan's favorite and most improved player of the year. This article tells how the 22 year old, born in South Tyrol, became a worldwide icon, standing for the positive values of sport: discipline, fairness, inclusion, and respect. He came to Bolzano/Bozen, put on a big show, swayed public opinion, started an urban project changing the face of the city's center, and in 2023 went bankrupt. End of the career of Austrian businessman René Benko.

A "creative city of music", says Unesco. A deserved recognition for Bolzano's long tradition of classical music. But for the city's non-established musicians life is hard. "The administration treats our art as noise", they complain.

Spruce Bark Beetle, the small parasitic insect which brings death to European Spruce trees, causing enormous damage to our woods. To contain this disaster man's hand is not enough: we need help from mother nature.

## 1. Introduzione

Una cronologia degli avvenimenti più importanti è il modo tradizionale per ricordare l'anno andato in archivio; così anche nel dicembre scorso giornali, riviste, radio e televisioni hanno proposto le loro retrospettive.

Qui non trovate però una rassegna del genere, ma quattro brevi saggi che prendono spunto da quanto avvenuto nel 2023, cercando di andare oltre il dato fattuale per svelare le implicazioni del tema prescelto. Si parla di sport e del ragazzo di Sesto Pusteria/Sexten entrato nell'olimpo del tennis; di un imprenditore miliardario che ha affascinato Bolzano; di un riconoscimento prestigioso, ma non del tutto meritato; infine di un insetto che sta divorando i nostri boschi.

Non c'è alcun criterio in questa scelta, se non il fatto che mi sembrano temi di sicuro impatto anche per gli anni a venire. Seguiremo ancora a lungo le imprese di Jannik Sinner, vedremo che fine farà il WaltherPark di René Benko, avremo lodi e critiche per la politica culturale a Bolzano e assisteremo purtroppo all'opera distruttiva del bostrico, il parassita dell'abete rosso.

## 2. Jannik Sinner, personaggio dell'anno

Dalle Alpi alla Sicilia, nessuno ha dubbi: il personaggio dell'anno che ci lasciamo alle spalle è Jannik Sinner, per i suoi successi sportivi e non solo. L'Italia ha un nuovo beniamino e il tennis un nuovo idolo. Interviste, reportage, foto in copertina, libri, inviti, fan club, centinaia di migliaia di like sui suoi post... una vera Sinnermania. Lo confermano le statistiche di Google, in base alle quali il nome "Sinner" è quello tra i personaggi pubblici italiani che ha avuto il maggiore incremento di ricerche nel 2023. A fine stagione arrivano i premi "Fans' Favourite" e "Most Improved Player of the Year": è il primo italiano che riceve questi riconoscimenti della Association of Tennis Professionals (ATP). Già si pregustano i successi che verranno.

Sinner non è una sorpresa. In molti avevano riconosciuto e segnalato il talento del ragazzo nato a Innichen/San Candido il 16 agosto del 2001, e non pochi avevano previsto che sarebbe arrivato ai vertici del tennis mondiale. Così è stato. A 17 anni Sinner entra nella classifica ATP chiudendo la stagione al 551esimo posto. Quattro anni dopo è quindicesimo, migliore italiano davanti a Matteo Berrettini. Nel 2023, segnato inizialmente da problemi fisici, un crescendo bruciante: Sinner vince il Masters 1000 di Toronto, il China Open 500 di Pechino, l'ATP 500 di Vienna ed è il protagonista, anche se non vincitore, delle ATP Finals di Torino, riservate al

Gotha del tennis. Subito dopo vengono i successi alle finali di Coppa Davis, che grazie alle sue vittorie riportano in Italia quel trofeo dopo 47 anni. In questa serie di incontri batte tutti e tre i nomi che lo precedono in classifica: Daniil Medvedev, Carlos Alcaraz e re Novak Djokovic, quest'ultimo due volte (e una terza volta nel doppio). Il tetto del mondo è a pochi passi.

L'Alto Adige/Südtirol è una terra di sportivi, questo è sotto gli occhi di tutti. Nessuna provincia d'Italia e probabilmente d'Europa ha mandato così tanti atleti alle olimpiadi in relazione al numero dei suoi abitanti. Movendo i primi passi da qui, molti sportivi sono diventati dei campioni, perché invero la caparbietà, la resistenza e una certa tendenza alla fatica e alla sfida fisica, riconosciute come tipiche della tradizione montanara, sono indispensabili per il successo di un atleta quanto la predisposizione e le doti naturali.

Negli anni '70 c'era Klaus Dibiasi, dopo l'americano Greg Lougaris il miglior tuffatore di tutti i tempi. Tre ori olimpici dalla piattaforma e due titoli mondiali tra il 1968 e il 1976 (ma solo perché i mondiali di tuffi cominciarono nel 1973): nessun atleta locale ha un palmares così prestigioso come "l'angelo biondo". Solo che il pubblico dei tuffi era ed è insignificante rispetto a quello del tennis, che è tra i primi cinque sport più praticati al mondo. Oltre al fatto che negli anni '70 la produzione e lo sfruttamento commerciale degli avvenimenti sportivi da parte della televisione erano appena agli inizi.

Lo stesso vale per Gustav Thöni, lo sciatore più forte di tutti in quegli anni. Ha un oro olimpico, cinque titoli mondiali e "solo" 24 vittorie in gare di coppa del mondo, ma è risultato primo per quattro volte nella classifica generale, prova che oltre ad affrontare i pendii e le porte, sapeva pensare strategicamente. Era ed è rimasto una persona timida, a disagio di fronte a microfoni, fotografi e telecamere; ma furono i suoi successi e quelli della valanga azzurra, a partire dai campionati mondiali del 1970 in val Gardena, a dare un forte impulso all'industria bianca (e a fare delle Dolomiti la mecca dello sci). Bisognerà attendere le imprese di un eccentrico come Alberto Tomba negli anni '90, amplificate e rilanciate da un sistema dell'informazione ormai adulto, per iniziare a parlare di sport di massa. Fermo restando che lo sci è praticamente sconosciuto fuori dall'Europa e dal Nordamerica.

Non si diventa una star mondiale vincendo nei tuffi, né nello sci e tantomeno nello slittino, altrimenti sarebbe famosissimo il nome di Armin Zöggeler. Dal 1995 al 2011 ha collezionato due ori olimpici, sei titoli mondiali ed ha vinto per dieci volte la classifica generale di coppa del mondo; giustamente s'è meritato lo stesso soprannome del ciclista Eddy Merckx, il "cannibale", un altro che non concedeva nulla agli avversari. Alex Schwazer è invece un caso a parte. L'oro olimpico di

Pechino 2008 nella 50 chilometri di marcia lo ha reso nazional-popolare; lo si è visto nei salotti tv insieme alla sua compagna di allora Carolina Kostner e anche protagonista di uno spot per un cioccolato. Schwazer ha riguadagnato un suo pubblico anche dopo le disavventure con il doping e probabilmente anzi proprio per la convinzione con la quale si difende. Nel 2021 il festival di Sanremo gli ha dedicato sei minuti di intervista, il che è significativo vista la portata mediatica dell'evento. Il suo caso è trattato in una serie Netflix di quattro puntate, mentre nel 2023 anche il *reality* "Il grande fratello" lo ha avuto tra i suoi ospiti. Personaggio suo malgrado, viene da commentare. Un fenomeno unico è poi quello di Reinhold Messner, che si è conquistato fama mondiale scalando montagne e ghiacciai e l'ha consolidata coi suoi libri, i suoi musei, i suoi film, le sue ricerche e le sue prese di posizione a favore di politiche sostenibili per la montagna. Tutto questo gli vale grande autorevolezza e gli consente un'indipendenza di giudizio che vanno molto al di là dei suoi meriti strettamente sportivi.

Se anche Sinner diventerà come Dibiasi, Thoeni, Zoggeler e Messner "il più forte di tutti" si vedrà dai risultati. Ha ventidue anni e la sua carriera è ancora lunga; facile prevedere che dominerà le cronache sportive, e non solo, per molto tempo. Intanto, migliaia di giovani e giovanissimi iniziano a praticare il tennis, affascinati dalle imprese di Jannik. Quanto sia arrivata a valere la sua immagine lo dicono i contratti pubblicitari firmati con i più prestigiosi marchi internazionali, tra cui Rolex, Gucci e Nike, quest'ultimo con un compenso di 150 milioni di dollari in dieci anni. Sono cifre pagate a tutte le stelle del tennis, che in cambio devono quel che in tedesco si dice *liefern*: portare a casa risultati, correre di torneo in torneo, essere presenti, curare le relazioni, concedersi alle interviste, alle photo *opportunity*, agli incontri coi tifosi, nutrire i *social* stando attenti a ogni parola. E tutto ciò in aggiunta agli allenamenti. Da questo punto di vista, Sinner è una rotella nel business mondiale dello sport, e c'è solo da augurargli di riuscire a reggere i ritmi infernali che il sistema impone alle sue icone. Come c'è da augurargli di resistere alla pressione dei tifosi, perché se le aspettative non vengono soddisfatte, l'entusiasmo diventa delusione e le lodi lasciano il posto agli attacchi.

Per ora sembra che questo ragazzo alto, dal portamento dinoccolato, viso aperto, capelli rossi e mossi, sguardo modesto e allegro (ma non quando è in partita, dove diventa serio e severo), abbia qualcosa in più rispetto ai suoi avversari, e ciò non tanto per la sua strabiliante crescita come atleta. È che lui meglio di altri rappresenta i valori dello sport, o meglio i valori che noi proiettiamo nello sport, che spesso per la verità è tutt'altro: l'impegno, la costanza, il rispetto delle regole e dell'avversario, la lealtà, la correttezza.

Fin da ragazzino, Sinner è il primo che si presenta agli allenamenti e l'ultimo che vuole smettere, sempre impegnato a "lavorare", come ormai dicono tutti gli atleti, a migliorare, ad analizzare le partite facendo lezione di vittorie e sconfitte. Il pronome che usa di più è il "noi", per ricordare che i successi si devono al team e ai tifosi che lo sostengono. Mai una protesta, mai una accusa, mai una scusa. Per nulla esibizionista, al contrario di tanti campioni della racchetta, solo di recente ha imparato a compiacersi dei colpi vincenti agitando l'avambraccio destro col pugno chiuso e qualche volta chiamando con la mano l'applauso del pubblico. Ha sangue freddo e nervi saldi, tanto da riuscire ad annullare tre *matchpoint* di fila a Djokovic. D'altra parte era lucido già da ragazzino, quando era una promessa sia dello sci che del tennis; scelse quest'ultimo perché, disse, nello sci se sbagli una sola volta hai già perso, nel tennis puoi sbagliare, ma vincere lo stesso. Vive per il suo sport, ma sa che al mondo c'è altro. "La mia pressione è niente in confronto a quella di un chirurgo, di un capofamiglia che deve mettere in tavola la cena. Questa è pressione: non sapere se ti entra un razzo in casa tra cinque ore o cinque giorni. Giocare a tennis è una cosa di cui sentirsi onorati. Mi rende felice ma è giusto avere dubbi". Questa bisogna ricordarsela: "È giusto avere dei dubbi". La modestia gli viene dalla famiglia e dall'ambiente in cui è cresciuto. Il padre Hanspeter fa il cuoco in un rifugio della val Fiscalina, la madre Siglinde serve in sala. Alle Finals di Torino, prendendo posto nella tribuna riservata, Frau Sinner chiede ad uno *steward* se può stare lì, sentendosi rispondere: signora, lei può stare dappertutto, tranne che in campo.

Macchia l'aura di simpatia e stima che circonda Sinner l'aver trasferito la residenza fiscale a Montecarlo. Vengono subito in mente altri nomi di stelle dello sport e dello spettacolo che hanno fatto altrettanto: Matteo Berrettini, Lorenzo Musetti, Giancarlo Fisichella, Loris Capirossi, Luciano Pavarotti, Katia Ricciarelli...; e poi non c'è solo il Principato come paradiso fiscale: Valentino Rossi aveva scelto Londra, Sofia Loren la Svizzera... Non è per dire: lo fanno tutti, ma per segnalare che in realtà le critiche e gli insulti tolgono assai poco all'ammirazione di cui continuano a godere questi personaggi. Ci sono le folate di indignazione, con lettere ai giornali e commenti di severi corsivisti, poi si torna all'esaltazione.

Sinner avrà messo nel conto anche questo, come avrà messo nel conto l'esame di italianità, cui vengono sottoposti da certo giornalismo gli atleti che portano la maglia azzurra non appena c'è qualcosa che sembra stonare. Può essere il colore della pelle nei casi di Paola Egonu, Mario Balotelli e altri, che anzi secondo molti non andrebbero neppure ammessi all'esame di italianità; per gli atleti sudtirolesi è la provenienza da questa strana provincia, notoriamente da guardare con sospetto. Bisogna quindi fare attenzione: se durante le premiazioni cantano l'inno nazionale, gli

occhiuti giornalisti (per fortuna non tutti) li lodano e si compiacciono; se non li vedono muovere le labbra, possono anche piazzarti un microfono davanti alla bocca e chiederti almeno la prima strofa. È realmente successo a Gerhard Plankensteiner, bronzo dello slittino doppio a Torino nel 2006. “Non conosco questa canzone”, s’è difeso l’atleta di Vipiteno.

Contro Sinner non si sono mobilitati tanto i tifosi, quanto il giornale che vuole esserne la voce e la guida, la “Gazzetta dello sport”, critica fin da quando l’atleta nel 2021 aveva rinunciato alle olimpiadi di Tokyo e scatenata nel settembre 2023 dopo il no del campione alle fasi iniziali della Coppa Davis. Oggi tutti concordano che quella di Sinner è stata una scelta giusta; l’atleta era reduce da una fitta serie di incontri, lamentava guai fisici e aveva comunque assicurato che avrebbe giocato la fase finale della Davis (i tennisti, tra l’altro, non sono i soli sportivi a lamentarsi di un calendario massacrante). Il quotidiano rosa la prende invece come un’offesa, dedicandogli la copertina dell’inserito settimanale “Sportsweek” con una foto a mezzo busto e il titolo “Caso nazionale”, dove il caso nazionale sarebbe dato dal fatto che Sinner si sente poco o per nulla italiano. Se il suo 2023 non si fosse chiuso con tutti quei successi, l’avrebbero demolito. Invece l’enfasi delle vittorie ha silenziato le accuse, e la campagna della Gazzetta si è arenata (pronta a ripartire se i risultati non dovessero brillare).

Facciano pure l’esame anche a Sinner, compreso l’inno: lo supererà a pieni voti. Intanto ha già unito l’Italia sportiva, dalle Alpi alla Sicilia, appunto. È nato e ha vissuto in Val Pusteria, secondo le tradizioni di quel luogo; è cittadino italiano di madrelingua tedesca, tesserato presso la federazione italiana, ha un nome e un cognome che finiscono per consonante, parla il suo dialetto pusterese, il tedesco, l’italiano, l’inglese. A tredici anni si è trasferito a Bordighera, in Liguria, al Tennis center di Riccardo Piatti; è di casa negli ambienti internazionali, indossa la maglia azzurra nelle competizioni a squadre... C’è bisogno di fargli la radiografia per capire se si sente italiano in misura sufficiente? C’è bisogno anche qui di estorcergli una dichiarazione di appartenenza?

Alla fine dunque ci risiamo. Dopo la dichiarazione di appartenenza (o aggregazione) a gruppo linguistico, che ogni bravo cittadino dell’Alto Adige/Südtirol è tenuto a compilare, si pretende dagli atleti sudtirolesi la dichiarazione di appartenenza nazionale. Cascano le braccia.

Forza Jannik!

### 3. Un miliardario a Bolzano

A partire dagli anni 2000 in Austria si sono fatti conoscere almeno tre *Wunderkinder*, due nel campo della politica, il terzo dell'economia. Come si conviene ai giovani, dovevano svecchiare, innovare, portare nuova aria nella *Alpenrepublik*; avevano successo, fama e potere, piacevano, erano circondati da sinceri ammiratori e collaboratori più o meno interessati. Sono caduti tutti e tre.

Il primo è Karl-Heinz Grassler, cresciuto politicamente con Jörg Haider e nominato nel 2000, a 31 anni, Ministro delle finanze nel primo governo Schüssel. Gran sostenitore delle privatizzazioni, brillante conferenziere, personaggio mondano, Grassler s'interessa più alle finanze proprie che a quelle dello Stato. Travolto da una serie di scandali, lascia la politica nel 2007.

Il secondo è ancora più prodigioso nell'ascesa e nella rovina. Nel 2013, a 27 anni, Sebastian Kurz è Ministro degli esteri, a 31 prende il controllo del suo partito, la ÖVP, e diventa Cancelliere, il più giovane nella storia austriaca. La sua stella tramonta il 9 ottobre 2021, quando anche lui è costretto a lasciare in seguito ad un'indagine per corruzione.

Renè Benko è il terzo *Wunderkind*. Mollati i banchi di scuola a 17 anni, si fa strada come imprenditore immobiliare. Inizia ristrutturando soffitte, apre cantieri sempre più grandi e realizza palazzi sempre più prestigiosi, fino a diventare il quinto uomo più ricco del suo paese. L'informazione va presa ovviamente con riserva, ma è la Signa Holding stessa, da lui fondata, che dichiara di avere in portafoglio proprietà valutate per complessivi 27 miliardi di Euro, tra il resto anche quote del Chrysler building di New York. Nel 2023 i conti della Signa vanno in rosso. La holding avvia una serie di dismissioni, che però si rivelano insufficienti per far fronte ai bisogni di cassa. Agli inizi di novembre l'assemblea dei soci costringe il fondatore alle dimissioni, il 29 di quel mese l'impero Benko crolla definitivamente, quando il commissario chiamato a risanare la Signa Holding travolta da cinque miliardi di debiti è costretto a presentare istanza di fallimento al Tribunale commerciale di Vienna.

Non è escluso che Benko possa tornare sulla scena, protagonista di nuovi affari; intanto possiamo fare qualche considerazione sul rapporto tra l'imprenditore e la città di Bolzano, le sue istituzioni e i suoi abitanti. Per quanto i cantieri aperti qui siano piccola cosa rispetto al suo giro d'affari, la presenza del miliardario austriaco scambiato per una sorta di re Mida del cemento è stata decisamente ingombrante. Il progetto che alla fine è riuscito a far passare nelle trattative con il Comune sta cambiando il volto del centro storico, attacca interessi consolidati e rimescola l'opinione pubblica in modo assai singolare.

La definiscono “gentrificazione”: comprare il vecchio, farne lusso, vendere o affittare. Così si è mosso Benko nella sua Innsbruck e poi nelle grandi città tedesche: Vienna, Monaco, Amburgo, Berlino...; e così ha fatto anche a Bolzano col suo “Progetto di riqualificazione urbanistica” di una vasta area degradata del centro tra Viale Stazione, Via Alto Adige e Via Garibaldi, presentato ufficialmente nel 2013 dalla Kaufhaus Bozen Srl. In sostanza la proposta è questa: il Comune cede la vecchia e fatiscente stazione delle autocorriere e una parte del parco della stazione; in cambio ottiene cento milioni di Euro, settanta *cash*, il resto in opere pubbliche (una galleria sotto via Alto Adige, che diventerà zona pedonale, e la stazione delle autocorriere in via Renon). L’operazione non finisce qui, perché Benko in quegli anni si assicura il diritto di acquisto di altri immobili confinanti (l’albergo Alpi, un condominio che ha fatto il suo tempo, la ex sede della Camera di commercio) e dispone ora dello spazio per realizzare il suo “WaltherPark” che comprende un centro commerciale progettato dall’archistar David Chipperfield, un albergo, uffici, appartamenti di lusso, 830 posti auto sotterranei. Dell’accordo tra l’imprenditore, il Comune e la Provincia autonoma di Bolzano è parte anche l’intesa che verranno rilasciati tutti i permessi e le concessioni. Il *Wunderkind* sa come si mettono in piedi questi progetti.

Al Sindaco Luigi Spagnoli sembra un buon affare per la città, giudizio che mantiene fino a oggi. Della stessa opinione il suo successore Renzo Caramaschi, che più volte ha dichiarato: la città ci ha guadagnato 100 milioni. In realtà, almeno un punto incerto c’è, perché a fronte di questa dichiarazione del primo cittadino, risulta da un’interrogazione che il Comune deve in realtà acquistare per oltre 27 milioni le opere infrastrutturali previste dall’Accordo di programma sul “WaltherPark”; se davvero è così, allora i 27 milioni vanno sottratti, non aggiunti, a ciò che incassa il Comune, e i suoi primi cittadini si sono sbagliati di grosso.

La legge urbanistica provinciale, riaggiustata più volte proprio in funzione di questa operazione, così denunciano i Verdi/Grüne/Verc, prevede che i privati possano presentare progetti di riqualificazione ai comuni e anzi semplifica in quei casi la procedura. Una volta definito, il progetto non può più essere modificato: lo si accetta così come è o lo si bocchia. Proprio in questa situazione viene a trovarsi il Comune, che nel luglio del 2015 approva con un voto dell’assemblea cittadina l’Accordo di programma sul “WaltherPark”. Da allora fino all’apertura del cantiere nell’estate del 2019 passano altri quattro anni con varie turbolenze. La giunta Spagnoli va in minoranza, anche se non su questo tema, ma il Sindaco, con una mossa molto contestata, prima di lasciare avvia tutti i passi necessari per mandare avanti l’Accordo. In Comune arriva quindi un commissario che nel 2016 indice una consultazione popolare, vinta dai sostenitori del “WaltherPark” con due terzi dei voti.

Come dice Spagnolli, il Comune non ha i mezzi per interventi di questa portata; la collaborazione con imprenditori privati è dunque inevitabile, se non auspicabile. Dato però che gli imprenditori di solito non sono dei benefattori ma investono per guadagnare, bisognerebbe valutare quali vantaggi derivano dalle loro operazioni per il pubblico (oltre agli utili per il privato). Si risana una zona degradata, teatro di episodi di criminalità: così si è spesso ripetuto, anche per strizzare l'occhio all'opinione pubblica che chiede più sicurezza. D'accordo, ma alla città vecchia serve proprio un centro commerciale con fino a sette piani sopra terra? Il Comune non poteva scegliere altra destinazione per quelle aree, prevedendo più spazio per l'edilizia residenziale visto che a Bolzano mancano case? Il fatto è che la logica del "prendere o lasciare" privilegia gli imprenditori, in particolare quelli forti, e lascia ai governanti poche possibilità di far valere le ragioni della collettività. Se non altro, la vicenda Benko ha il merito di aver messo a nudo questa dinamica.

È significativa anche la vittoria ottenuta dal "WaltherPark" nella consultazione popolare, che ha finito per essere una sorta di legittimazione pubblica del progetto, al di là delle contestazioni su questo o quel passaggio procedurale. Si possono contestare le modalità con cui è stata organizzata la consultazione (seggi aperti per sei giorni, voto anche ai sedicenni...), ma l'indicazione delle urne è univoca. Il miliardario austriaco ha compiuto l'impresa di portare dalla sua soprattutto la Bolzano italiana, la Bolzano popolare che si sente Cenerentola nella provincia tedesca ricca, benestante e così piena di opere e progetti. Fin dall'inizio Benko insieme a Heinz Peter Hager, luogotenente dei suoi interessi in Italia, conduce una campagna di persuasione molto professionale ed efficace, sistematicamente bi- o trilingue (italiano, tedesco, inglese), un principio non sempre rispettato. Si fa vedere insieme a personaggi come l'eroe nazionale austriaco Niki Lauda, il fondatore di Eataly Oscar Farinetti, l'industriale austriaco Hans-Peter Haselsteiner, tra i maggiori azionisti della Signa e bolzanino d'adozione, lo stesso Luis Durnwalder, la cui opinione ha ancora peso. E poi gli incontri coi cittadini, lo *show room* con tutti i dettagli del "WaltherPark", *dépliant* patinati e *rendering* spettacolari, presenza sui *social media*, slogan enfatici: "È tempo di svolta", "Grüne Oase in der Stadt", "Edificio sostenibile", "Ciao shopping lovers"... Insomma, come sarà bella e lustra e prestigiosa la vostra città! Per costruire "il nuovo salotto di Bolzano" occorrono operai, cemento, gru, le carte con tutti i permessi e un bene più sottile: il consenso della popolazione. Hanno saputo come procurarsi anche questo.

Il *Wunderkind* non è stato invece bene accolto da buona parte della borghesia sudtirolese, e questo è inusuale per un imprenditore che viene dal *Vaterland*, godendo con ciò di un bonus di credibilità e serietà (almeno in quegli ambienti). Ma gli

affari sono affari, e i *Laubenkönige* padroni di Via Portici e di buona parte del centro storico avversano il “WaltherPark” perché mette sul mercato nuove superfici commerciali minacciando così le loro rendite di posizione: finora le grandi catene di negozi devono bussare da loro se vogliono aprire a Bolzano. Una cordata di imprenditori locali presenta un progetto alternativo, che però perde la gara indetta dal Comune. Finisce nel nulla anche una causa davanti al Tribunale amministrativo; Benko ha subito una condanna da un tribunale austriaco, ma ciò non è causa sufficiente per escludere una sua società dalla gara, come chiedevano i ricorrenti. La *lobby* del centro storico, data come la più potente in città, perde il confronto con l'imprenditore venuto da Innsbruck.

Un altro aspetto paradossale è che in questa contrapposizione una formazione politica che si autodefinisce anti *lobby* come il Team K, si è ritrovata dalla stessa parte dei *Laubenkönige*. Gli argomenti del Team K non sono certo gli stessi dei loro imprevisti alleati, questo va detto con chiarezza; ma la polarizzazione “Benko sì – Benko no” ha finito per sommergere le loro ragioni, che sono quelle di cui si è detto e che è difficile contestare, almeno in linea di principio: democrazia vorrebbe che sia il Comune, non un privato, a decidere come deve svilupparsi la città.

Contro gli avversari bolzanini Benko ha vinto, anche se non su tutta la linea. Fosse stato per lui, avrebbe comperato anche la collina del Virgolo, altra zona degradata e dunque per lui appetibile. Voleva piazzarci un auditorium e un paio di musei, a iniziare da quello per Ötzi, la mummia del Similaun, che chissà perché avrebbe dovuto essergli messa a disposizione. Avrebbe costruito anche una funivia per collegare la collina al suo “WaltherPark”, facendo cassa anche con quella. Il progetto si chiamava “Viva Virgolo”, ma è stato bocciato dalla Conferenza dei servizi, l'organo che doveva valutare varie proposte per il nuovo museo della mummia.

Nonostante il fallimento della *holding* e superate le iniziali difficoltà tecniche dovute a infiltrazioni d'acqua, al cantiere bolzanino si continua a lavorare (gennaio 2024). La società Kaufhaus Bozen Srl assicura che sarà terminato entro la primavera del 2025. Hager mette in fila una serie di argomenti per rassicurare (d'altronde non può far altro). Sostiene che il “WaltherPark” resterà fuori dalla massa fallimentare della Signa Holding. La costruzione è a buon punto, le risorse per finire l'opera ci sono, nessuno può avere interesse a bloccare tutto. Non gli investitori della Signa e consociate, e tantomeno le tre maggiori banche locali, la Volksbank, la Cassa di Risparmio di Bolzano, la Raiffeisen-Landesbank. Finora hanno investito circa 84 milioni di Euro; di fronte al rischio di perderne una buona parte, potrebbero decidere quel che si definisce una fuga in avanti: metterci altri soldi e portare a termine loro l'operazione. Sembra ragionevole visto che “le risorse ci sono”, ma non è

detto che le cose si svolgano in modo ragionevole. Onestamente c'è da ritenere che nessuno sappia davvero come andrà a finire. Può darsi che l'operazione giunga a buon termine, nel qual caso potremmo dire di averla scampata bella; resterà poi da vedere come cambieranno i flussi del traffico e degli affari, che fine faranno i Portici, i pochi piccoli negozi che ancora sopravvivono e via dicendo. Lo scenario peggiore è che nella gestione di un fallimento così complesso come quello della Signa Holding Bolzano resti per anni con un rustico in progressivo degrado... fino a quando si presenterà un nuovo risanatore.

#### 4. Un riconoscimento contestato

La notizia ha inorgoglito gli amministratori comunali e merita un posto d'onore nella storia della città. Dal 31 ottobre 2023 Bolzano può fregiarsi del titolo "Città creativa della musica", assegnato dall'Unesco. Forse meno prestigioso di quello ottenuto nel 2009 dalle Dolomiti, "Patrimonio mondiale dell'umanità", ma pur sempre un riconoscimento ambito, di cui possono vantarsi solo altre due città italiane: Bologna e Pesaro.

Bolzano è stata premiata per la sua lunga tradizione in fatto di musica classica. Non è il caso di enfatizzare troppo, a questo riguardo, le tre visite di W. A. Mozart, tra il 1769 e 1772. Il ragazzo si fermò in realtà pochi giorni in città. "Botzen" non gli piaceva; alla sorella scrive che è *traurig*, anzi un *Sauloch*. Però dalle cronache sappiamo che già allora nelle case dei bolzanini benestanti si faceva musica da camera. Dalla seconda metà dell'Ottocento è documentata l'attività di insegnamento del Musikverein Bozen, assorbito dopo l'annessione dell'Alto Adige/Südtirol all'Italia dal Liceo Musicale Gioacchino Rossini. Quest'ultimo divenne nel 1939 il Conservatorio Claudio Monteverdi, per il quale sono passate generazioni di bolzanini e fior di insegnanti, non solo quell'Arturo Benedetti Michelangeli che fu salutato come "il nuovo Liszt" e che insegnò qui dal 1950 al 1959.

Beato chi può farlo, ma non è necessario assistere all'esibizione delle grandi star per vivere l'emozione della musica, di qualsiasi musica, altrimenti essa non sarebbe presente in ogni angolo del mondo, fatta con più o meno professionalità, ma sempre con trasporto e passione. I bolzanini hanno avuto anche quelle occasioni, con Michelangeli e con il "Concorso pianistico internazionale Ferruccio Busoni", fondato da Cesare Nordio nel 1949. Molti nomi del suo albo d'oro sono entrati nella storia: Sergio Perticaroli, Martha Argerich, Roberto Cappello, Liliya Zil'berštejn sono tra i più famosi. Ottima musica è proposta dalla Società dei concerti, attiva dal 1942, e

dall'Orchestra regionale Haydn di Trento e Bolzano, fondata nel 1960. Del 1977 è invece la legge provinciale sugli istituti musicali in lingua italiana, tedesca e ladina con sede a Bolzano. Per completezza andrebbero citate le bande, i cori, i gruppi strumentali e le associazioni e agenzie private formatisi negli anni e attivi a Bolzano, come del resto in moltissimi paesi e città non solo della nostra provincia.

Tra gli anni '70 e '80 l'Assessore alla cultura Claudio Emeri lanciò le estati musicali, di cui sono ospiti regolari fino ad oggi l'Orchestra giovanile della Comunità europea e la Gustav Mahler Jugendorchester. A dirigerle sono venuti fior di maestri, a iniziare da Claudio Abbado, cui piaceva molto lavorare con i giovani talenti perché, diceva, con loro puoi provare nuove interpretazioni, mentre i musicisti di orchestre più rinomate sono meno flessibili; in questo senso, Bolzano è stata davvero "città creativa della musica". Da una buona iniziativa ne nascono altre; così da allora l'offerta delle estati bolzanine è andata ampliandosi e differenziandosi, sempre col sostegno del Comune e dei suoi sindaci, trovando nuovi *sponsor* pubblici e privati. Da luglio a metà settembre c'è da uscire ogni giorno con il "Südtirol Jazzfestival", la rassegna "Bolzano Danza", i concerti delle orchestre giovanili, il concorso Busoni, le performance del festival multidisciplinare "Transart" e molto altro. Negli ultimi anni l'amministrazione comunale guidata da Renzo Caramaschi ha aperto ai concerti il Parco delle Semirurali, valorizzandolo e coinvolgendo nuovo pubblico: ottima mossa. Alla musica, anzi più specificamente al musical, è riservata quest'anno la rassegna "La musa leggera", proposta dal Teatro Stabile di Bolzano, che porta in città successi come "Sister Act", "Neverland", "Elvis" e "Chicago".

Tutto bene dunque per la musa Euterpe a Bolzano? C'è chi ribatte niente affatto! Ci vorrebbero anzi cinque minuti di silenzio per commentare quel riconoscimento, ha detto il *frontman* di una storica *band* bolzanina, al termine della "Blues rock session", organizzata nel novembre 2023 al teatro Cristallo. Parla a nome dei tanti musicisti non professionisti, che anche se non vivono della loro arte, si ritrovano per suonare e cantare, spesso peraltro a livelli notevoli. Propongono rock, blues, pop, heavy metal, west coast, repertorio italiano, disco, tecno, elettronica, pezzi originali e insomma tutto ciò che piace ai giovani d'oggi.

Non ci sono solo la classica o i grandi concerti come quello di Irene Grandi nel giugno 2023 o di Laura Pausini nel gennaio 2024 alla Sparkasse Arena. Quelli sono eventi che viaggiano su ben altri binari e che in fondo hanno poco a che fare con la città che li ospita, se non per la logistica. Però a Bolzano come in molte città c'è un fermento *underground*, che nasce dal basso, dall'entusiasmo di giovani che suonano nelle loro stanze, in cantine insonorizzate o in studi improvvisati. Il tempo e la pratica si incaricano di fare selezione. I più abbandonano gli strumenti, ma restano con-

servati alla musica come pubblico. Per alcuni l'entusiasmo diventa passione; vanno avanti, studiano, provano, migliorano, incidono pezzi, salgono sul palco e ottengono i loro successi piccoli o grandi. Pochissimi riescono, come si dice, a sfondare; ma anche in questo caso l'importante non è l'eccellenza, ma una buona media, con artisti capaci di intrattenere ed emozionare le persone: per cos'altro andiamo ai concerti? L'importante è tener viva un'arte, qualunque siano i suoi strumenti, le sue note, i suoi ritmi, le sue sonorità, che nasce dallo stare insieme, dall'accordarsi e armonizzarsi, dal realizzare qualcosa di originale con altri e per altri. A Bolzano questa scena c'è, animata da molti artisti di ottimo livello; solo che non gode della considerazione che meriterebbe da parte della "Bolzano città creativa".

Sintomatico quanto accaduto all'"Altstadtfest - Festa della città di Bolzano" dello scorso settembre, organizzata ogni due anni da una ventina di associazioni di volontariato per raccogliere fondi. Gli *stand* vendono da mangiare e da bere, qualcuno ha la sua *band*, e ci sono sette palchi con musica dal vivo in diversi luoghi del centro. Succede che quattro locali privati chiedono di poter ospitare anche loro dei complessi negli stessi giorni; il Comune nega però l'autorizzazione perché quelle iniziative avrebbero danneggiato le associazioni. "Il comune vieta il rock", titola un quotidiano. In realtà nel programma della festa si leggono i nomi e si intuiscono i generi più vari: Musikkapelle Zwölfmalgreien, Carlitos Band, Silver Beats, Creedence Song Band CCR Tribute, Blasco... c'è persino una Homeless Band. Non è che Bolzano vieta il rock; anche in luglio ci sono stati i Four Ever che hanno riempito Piazza del Grano di rock e di blues. Il fatto è che suonavano in occasione del "Giovedì culturale dell'Euregio". Ed è questo che sembra interessare maggiormente al Comune: l'accredito, la cornice ufficiale. Chi non è allineato e riconosciuto non suona, almeno in pubblico.

Mancano spazi attrezzati. Il Cubo, che metteva a disposizione sale prova e strumenti, ha chiuso nel 2006. Stessa sorte nel 2013 per un'altra iniziativa privata, il Rock'n'roll club di via Galvani, che ci aveva provato con grande slancio, riscuotendo inizialmente buon successo. Solo che è stato impossibile mantenere nel tempo quel livello di pubblico, ha riconosciuto lo stesso imprenditore; probabilmente la città è troppo piccola per certe iniziative. Ci sono state in passato associazioni e circoli che hanno dato spazio alla scena musicale locale, ma la loro attività può sopravvivere solo se arrivano contributi pubblici. Quelli del Comune di Bolzano sono ridottissimi, anche perché la maggior parte se ne va per i grandi concerti classici; quelli della Provincia dipendono dall'orientamento dell'assessore di turno. Ne sa qualcosa l'ex circolo Masetti di via Resia, che ha dovuto gettare la spugna nel 2011 dopo anni di onorata attività. Tra i teatri pubblici, il Cristallo è quello che più spesso offre un

palco alle *band*, mentre fa un gran lavoro di promozione il Sudwerk, che invece è un locale privato tenuto in vita dalla passione dei suoi proprietari. Lì si suona musica per tutti i gusti, finché si vuole.

Suonare all'aperto è una corsa ad ostacoli, secondo l'esperienza di organizzatori e musicisti. Lo storico locale Cà de Bezzi dispone di un cortile e in stagione occasionalmente ospita spettacoli, tra cui musica dal vivo. Solo che bisogna smettere entro le 20:00, consiglia la Polizia Municipale, perché se arriva anche solo una telefonata di protesta per schiamazzi, si deve intervenire per "tutelare la pubblica quiete". Nel 2023 gli agenti hanno interrotto una manifestazione di musica metal organizzata dal Museion sul lato delle passeggiate, mentre l'amministrazione comunale ha silenziato le iniziative del Grest, il gruppo estivo al Centro pastorale di via Gutenberg, negando l'uso di microfono e altoparlanti. Sui prati del Talvera, lato città vecchia, c'è un piazzale usato d'estate per feste e concerti; ma anche qui il vicinato protesta e bisogna smettere alle 23:00. Almeno per quelle quattro serate l'anno si potrebbe essere più tolleranti.

Più che "creativa", la politica culturale seguita a Bolzano sembra molto istituzionale, ossequiosa, ingessata, conservativa, spaventata dalla burocrazia, diffidente verso il nuovo. Ha le sue manifestazioni importanti e blasonate e di quelle si accontenta. Il confronto con altre città e paesi della provincia è desolante. Il Renon, per dire, dove la buona borghesia di Bolzano va in *Sommerfrische*, è un luogo che si può senz'altro definire "perbene"; ma ciò non impedisce di ospitare ogni luglio "Rock im Ring", con migliaia di giovani e decine di *band*. Numeri ridotti, ma grandi nomi della musica rock caratterizzano invece lo "Steinegg Live Festival", che ha reso famoso il paesino di Collepietra portandovi musicisti come Chuck Barry, i Colosseum, il batterista dei Rolling Stones Charlie Watts e molti altri. La provincia non è affatto provinciale, tanto è vero che da lì sono venuti negli ultimi anni musicisti molto originali e affermati, come Herbert Pixner e Manuel Randi, le Ganes, con le loro splendide voci, Alex Trebo e le sue magie alla tastiera, Max Castlunger, percussionista che saprebbe far suonare persino un batuffolo di cotone, nonché gran trascinatori. Hanno potuto crescere evidentemente perché ci sono strutture, teatri e sale attrezzate e più in generale un contesto favorevole alla tradizione come all'innovazione. Anche Bolzano potrebbe dar prova di ciò, per esempio con un appuntamento annuale che apra la città ai giovani e alla loro musica.

Di "creativo" c'è ben poco anche a giudicare da come vengono trattati a Bolzano i musicisti di strada. Tanto per iniziare li si definisce "suonatori ambulanti", come si legge nell'ordinanza firmata dal Sindaco nel 2019. Lì si accerta che "sempre più abitanti, negozianti ed esercenti libere professioni lamentano il continuo e fastidioso

disturbo” da essi causato e che la presenza di “mestieri girovaghi... reca intralcio e disturbo al libero passaggio di pedoni e veicoli”. Perciò si ordina: primo ci vuole una licenza della Polizia Municipale; secondo si può suonare solo dalle 10:00 alle 12:00 e dalle 16:00 alle 19:00 cambiando posto ogni ora; terzo si suona solo in tredici zone della città, escluso praticamente tutto il centro, rispettando “debita distanza da luoghi di culto, scuole, ospedali, pubblici uffici...” e soprattutto dai negozi. Questo l’ordinanza non lo dice, ma sono stati i negozianti del centro a chiedere e ottenere queste limitazioni. Quarto non si ammettono suonatori ambulanti durante altre manifestazioni autorizzate. Segue una decina di altri ordini, avvertimenti e minacce che possiamo risparmiarci.

Euterpe, “colei che rallegra”, è la musa della musica. Quando si sente qualcuno suonare o cantare, bisognerebbe tentare di sfruttare appunto questa possibilità: ricavare piacere da quei momenti (e dare un piccolo obolo a chi ce lo procura). Invece Bolzano tratta certa musica come rumore. A stonare, in questo caso, è la città.

## 5. Piccolo insetto – enormi danni

È un autentico disastro, ma almeno il 2023 è stato l’anno in cui anche i non addetti ai lavori hanno iniziato a prendere atto della gravità e delle implicazioni del problema: il bostrico sta distruggendo gli abeti rossi, che fanno circa il 60 per cento dei nostri boschi. Finora ha compromesso diecimila ettari, pari al 2,6 per cento della superficie forestale della provincia di Bolzano; la percentuale può sembrare modesta, ma ci sono interi pendii devastati, e dove le colonie dell’insetto colpiscono, lo fanno in modo devastante. I dati sulla sua diffusione sono raccolti nella “Relazione sul bostrico in Alto Adige/Suedtirolo 2023”, completa di tutti i provvedimenti adottati, presentata a fine dicembre anche per rispondere alle critiche di attendismo venute da più parti: da comuni cittadini allarmati, come da esperti. Se può essere una consolazione, come o peggio di noi sono messe altre aree alpine in Italia, Svizzera, Austria e Slovenia, mentre in Baviera e nella Repubblica ceca, in passato grandi fornitrici dell’industria del legno, interi boschi di abeti rossi non esistono più.

Preoccupa la velocità con la quale il parassita si riproduce. Ogni maschio feconda fino a quattro femmine, e ognuna di queste depone oltre cinquanta uova; tra aprile e ottobre si osservano cicli riproduttivi che possono arrivare a tre generazioni sorelle. Ha pochi antagonisti naturali e gode anzi di ottime condizioni ambientali: molto legname con corteccia caduto sul terreno (il suo habitat naturale), inverni con poca neve, estati calde e poco piovose come le abbiamo conosciute negli anni

passati. *Ips Typographus*, questo il suo nome scientifico, è endemico nell'area alpina. Vive tra la corteccia e il legno degli abeti e si nutre dei tessuti che si trovano in quella parte della pianta. Scava le sue gallerie che interrompono i vasi linfatici degli alberi e che fanno da incubatrici per le uova; sembrano impronte di piante preistoriche, donde il nome "tipografo". Contribuisce alla decomposizione degli alberi e in tal modo svolge la sua funzione nel ciclo della materia. Quando però si moltiplica oltre misura, le colonie sono in grado di attaccare anche abeti sani indeboliti, interrompendo il flusso della linfa e facendo morire le radici. La pianta rinsecchisce, perde il suo colore, presto o tardi cadrà. Altro che ridenti paesaggi montani, i segni di questa epidemia vegetale sono ormai presenti ovunque, dalla val Pusteria all'alta Venosta, dalla valle Isarco alla val Passiria, dalla val d'Ultimo ai boschi sotto lo Sciliar.

Le cause della moltiplicazione del bostrico sono state, in provincia di Bolzano, non tanto la tempesta mediterranea Vaia (fine ottobre 2018), che ha flagellato il nord-est d'Italia insieme a vaste zone della Slovenia, della Croazia e dell'Austria, quanto le nevicate dei due inverni seguenti, che hanno fatto cadere a terra in modo diffuso altre centinaia di migliaia di metri cubi di legname. Il Corpo forestale, i comuni, i proprietari dei boschi e le imprese specializzate hanno svolto un gran lavoro subito dopo Vaia, recuperando a tempo di record da allora in soli due anni il 95 per cento dei tronchi rasi al suolo dalle raffiche e sparsi sui pendii come tanti stuzzicadenti: una quantità di legname che occuperebbe una fila di tir da Bolzano a Firenze. Più problematico è però sgomberare le piante schiantate sotto il peso della neve bagnata, che sono in grande quantità, ma sparse a macchia di leopardo e spesso in zone molto impervie e pericolose. Senza entrare nella discussione se la tempesta e le pesanti nevicate siano da considerarsi eventi "naturali" o di origine antropica, è interessante anche solo osservare la catena di conseguenze cui danno luogo. Una tempesta o una nevicata abbattano piante, il legname a terra fa proliferare un insetto, l'insetto in certe condizioni estreme attacca le piante sane e distrugge il bosco, il terreno assorbe meno acqua, i pendii nudi sono più esposti all'erosione, aumenta il pericolo di inondazioni, frane e valanghe, rischiano di andarci di mezzo vite umane. E si può continuare, immaginando le conseguenze che tutto questo provoca più a valle: danni agli abitati, interruzioni di strade, allagamenti di coltivazioni e quant'altro. I disastri hanno questa aggravante, che uno ne genera altri, investendo nuove zone.

C'è da dubitare che si possa affermare qualcosa di analogo anche degli eventi favorevoli, ovvero che pure essi ne causano altri, favorevoli anch'essi a ciò che chiamiamo rigenerazione. La natura ha una sua capacità di ripresa che peraltro non rispetta alcuna finalità; in un modo o nell'altro troverà nuovi assetti. Certe forme di

vita scompariranno, altre resteranno, altre ancora immigreranno in seguito ai mutamenti climatici; subirà modificazioni anche la fauna. Se ricresceranno, molto probabilmente i boschi che vedranno i nostri figli e nipoti saranno diversi da quelli che abbiamo visto noi, il che tra l'altro non è detto sia un male. La natura un suo assetto lo trova e non si cura della sopravvivenza degli abeti, né del bostrico e se è per questo neppure dell'uomo. È quest'ultimo che deve badare a far ciò che è necessario alla sua esistenza.

I biologi spiegano che un ambiente con molte varietà di piante è più al riparo dall'attacco di malattie o parassiti specifici di quanto sia un ambiente più povero di varietà. È un concetto molto chiaro: se in un bosco vi sono, poniamo, dieci specie diverse (in realtà ce ne sono molte di più, ma semplifichiamo) e ognuna con una quota del 10 per cento della vegetazione, un'eventuale malattia o un parassita di una pianta può al massimo distruggere il 10 per cento delle piante. Se invece una specie è predominante, come l'abete rosso nei nostri boschi (60 per cento), e se quella specie viene attaccata da un parassita, allora i danni sono molto maggiori. A ben guardare, i problemi sono dunque due: il bostrico e la predominanza dell'abete rosso.

Si tocca così la questione della monocultura. Gli uni osservano che il 60 per cento di abeti rossi è troppo; bisognerebbe rimediare consentendo maggiori abbattimenti e mettendo a dimora piante diverse. Altri rispondono osservando che se gli abeti predominano, ve ne sono però di tutte le età, secolari e giovanissimi: per le funzioni che la pianta svolge nelle sue diverse fasi, anche questo contribuisce alla biodiversità. Per parte sua, il contadino di montagna non tiene il bosco come se fosse un giardino ecologico, ma è interessato principalmente alle sue risorse. L'abete rosso è la principale e non a caso; vi sono ragioni biologiche, economiche e storiche che spiegano la sua predominanza. Nelle nostre valli trova condizioni ottimali e in questo senso si può dire che sta là, dove madre natura lo ha messo. Tende a imporsi sulle altre piante perché leva loro spazio e luce, ha tempi di crescita relativamente brevi e fornisce buon legno, anche se non di pregio come quello del pino cembro o del larice. L'uomo ci ha messo del suo nel favorire la sua espansione, mentre la politica provinciale ha seguito essenzialmente la linea della conservazione del patrimonio boschivo (tanto è vero che si attira le maledizioni di molti proprietari che vorrebbero più tagli). Probabilmente bisogna risalire alle due guerre mondiali per trovare l'origine di questa mentalità. Il bosco come risorsa a lungo termine e sicura, al riparo da svalutazioni e speculazioni, fatta di beni reali: legna da ardere e da costruire, selvaggina, stabilità del terreno, che è un interesse comune di tutti i proprietari.

In Alto Adige/Südtirol tutti i boschi, indipendentemente dal tipo di proprietà, sono ufficialmente censiti e descritti, uno per uno, in un apposito schedario. Sono

circa 22.000 e sono degli osservati speciali. Si sa pressoché tutto di loro: l'estensione, la varietà di piante, la loro età, lo stato di salute; si segue la crescita, si monitora la flora e la fauna, dagli alberi ai licheni, dai cervi ai parassiti, e così via; si definisce la quantità di tagli possibili e sostenibili in base alle diverse funzioni assolute da ogni singolo bosco e si mettono in cantiere le eventuali azioni di miglioramento necessarie al mantenimento della sua stabilità e di conseguenza della stabilità idrogeologica. Il bostrico è un imprevisto sgradito nell'economia del bosco; eppure non siamo del tutto indifesi perché sappiamo quali fattori lo favoriscono e possiamo quindi fare la nostra parte per contenerne la diffusione.

Nel 2023 si è rafforzata la campagna informativa rivolta ai proprietari per raccomandare un primo tempestivo intervento: raccogliere quel che si può dei tronchi attaccati dal parassita e scortecciarli. Certe volte è possibile recuperarli con le usuali tecniche contadine; ma molto spesso occorrono macchinari e personale specializzato, non sempre disponibili. In ogni caso un lavoro pesante, pericoloso, come attestano i continui infortuni, e dai costi notevoli, solo in parte coperti dalle sovvenzioni; nel 2023 la Giunta provinciale ha stanziato venti milioni per far fronte all'emergenza.

Pulire il bosco è appena l'inizio. Poi vanno studiate e attuate misure a seconda delle diverse situazioni. Dove l'insetto, la neve e la tempesta hanno distrutto ampie aree, gli esperti raccomandano di ripulire e sostenere il rimboschimento facendo ricorso alla messa a dimora di piante dai vivai. Lasciar fare la natura in questi casi può non bastare. Tendenzialmente il bosco si riprende il terreno perduto; prima vengono le erbe, poi i cespugli, poi gli alberi; ma questo processo dura da venti a trent'anni, o anche più a seconda dell'esposizione, dell'altitudine e di altri fattori, e il ritmo di riproduzione rischia di non farcela contro l'erosione. Inoltre, bisognerà valutare quali alberi favorire anche in relazione ai cambiamenti climatici. Si tratta di interventi di lungo respiro, che hanno bisogno del loro tempo per dare risultati. D'altra parte, la ricrescita ha tempi più lunghi della distruzione, cosa che vale per gli ecosistemi naturali come per le opere umane; non illudiamoci quindi di poter rivedere boschi sani e rigenerati nel giro di pochi anni. Non è poi detto che tutti gli abeti secchi ma ancora in piedi, e così le ceppaie, debbano essere tagliati e rimossi; sulle piante cadute e morte da tempo il bostrico non alligna più e una volta accertato che non minacciano di crollare su case o strade, questi resti possono ancora svolgere in certe situazioni una funzione anti valanghe. In ogni caso sono decisamente peggio le colate di cemento o le strutture in acciaio tirate su ad esempio nel Bellunese, con le quali si spera di consolidare i versanti pericolanti, qualche volta ottenendo l'effetto contrario.

Questi sono i lavori da fare sul campo; prima ancora serve un programma pluriennale, che dal generale scenda al particolare: valle per valle, comune per comune, zona per zona, superficie per superficie, in modo da pianificare gli interventi secondo le priorità e le possibilità. Non è una parte secondaria dell'impegno di cui deve dar prova l'amministrazione provinciale, perché si tratta di coordinare più soggetti: proprietari, comuni, ditte specializzate, protezione civile e quant'altro.

Fin qui ciò che possiamo fare noi. C'è però un altro fattore che gioca un ruolo decisivo e che, almeno nell'immediato, resta al di fuori della nostra portata: quello climatico. Temperature e precipitazioni non dipendono da noi, almeno non a breve termine. E qui la tendenza è chiara. Negli ultimi anni le temperature sono state superiori alla media; gli alberi avrebbero quindi bisogno di più acqua per mantenersi sani ed avere più possibilità di resistere ai parassiti. Invece accade che d'estate piove meno della media e ciò li indebolisce. Da un lato dunque queste condizioni giocano a sfavore degli alberi, dall'altro rafforzano il bostrico, perché il parassita soffre il freddo e la pioggia, specialmente in primavera durante le fasi di riproduzione. Se anche in futuro le condizioni a lui favorevoli continueranno, allora dobbiamo esserne consapevoli: l'uomo con le sue opere potrà solo rincorrere il piccolo insetto e riuscirà solo in parte a rimediare ai disastri di cui è causa.

## Ringraziamenti

Ringrazio i giornalisti sportivi Stefano Bizzotto e Franco Bragagna, che hanno letto l'articolo su Sinner correggendo le inesattezze e raddrizzando alcune mie affermazioni.

Ringrazio anche il Senatore ed ex Sindaco di Bolzano Luigi Spagnolli e l'economista e Consigliere comunale Matthias Cologna, che si sono presi il tempo di rispondere a domande sulla vicenda di René Benko a Bolzano.

Le critiche riportate nell'articolo "Un riconoscimento contestato" derivano da colloqui con l'organizzatore di concerti e chitarrista Franz Zanardo e con Agostino Accarino, animatore della scena rock. Paolo Crazy Carnevale ne è invece la memoria vivente che è d'obbligo consultare; le sue osservazioni sono state preziose come quelle di Franco Bertoldi, fondatore di MusicaBlu, agenzia che promuove la musica e il canto tra i giovani.

Grazie infine a Mario Broll, ex dirigente della Ripartizione foreste; è un privilegio parlare con una persona così competente e informata.



Hermann Atz/Günther Pallaver

## Zeitenwende

Die Landtagswahlen 2023

### Turning point

The 2023 provincial elections

**Abstract** The article is based on the thesis that the provincial elections on 22 October 2023 have broken previous patterns of (party) politics. This concerns the gradual decline of the South Tyrolean People's Party (SVP) as a ethnic catch-all party, the increasing fragmentation of the party landscape in the German-speaking electoral arena, and the rise of protest and populist parties which includes anti-vaccination and highly personalised parties. For the first time, two inter-ethnic parties have entered in the provincial parliament alongside the Greens with the Vita list. What is not a new trend is that the Italian-speaking population is participating in the elections around 20 per cent less than average. As a result, Italians now only make up five of the 35 members of the provincial parliament. Overall, one can speak of a right-wing populist trend and of a thought-provoking election, especially as the two governing parties SVP and Lega suffered heavy losses. However, the widely shared assumption that the majority of the Italian population voted for right-wing parties is misguided. In reality their votes are split roughly equally between right-wing and centre-left parties.

## 1. Einleitung

Die Landtagswahlen 2023 und die darauffolgende Regierungsbildung können wohl als Zeitenwende in der Politik Südtirols angesehen werden. Der Begriff Zeitenwende wird jüngst in Zusammenhang mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine verwendet. Darin sind Elemente von Kontinuität enthalten, aber auch von tiefgreifenden Veränderungen, „die das Destruktive ins Zentrum“ nehmen, wie der Historiker Herfried Münkler schreibt (2022). Der Historiker Martin Sabrow meint, dass Zäsuren unser Leben strukturieren, während Zeitenwenden dieses in Frage stellen würden. Das gelte für die Corona-Pandemie wie für den Angriff Russlands auf die Ukraine oder den Überfall der Hamas auf Israel. „Zeitgewissheit [wird] in Zukunftsunsicherheit“ verwandelt (Sabrow 2023).

Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama argumentiert hingegen, dass demokratische Werte und liberale Gesellschaften nicht erst seit der russischen Invasion der Ukraine bedroht werden. Dies habe bereits viel früher mit dem Aufstieg autoritärer Regime, dem Erstarken von Populismus und Nationalismus begonnen, die liberaldemokratische Systeme bereits seit Längerem vor große Herausforderungen stellen (vgl. Fukuyama 2022).

Unzufriedenheit, Vertrauensverlust, diffuse Ängste und eine zunehmende Entfremdung und Protesthaltung gegenüber der Politik und der politischen Klasse haben in den letzten Jahren auch in Südtirols Gesellschaft zugenommen. Diese Einstellungen, Wertorientierungen, politischen Haltungen und Verhaltensweisen sind in den vergangenen Jahren durch äußere und innere Entwicklungen beeinflusst worden und sind anlässlich der Landtagswahlen 2023 fast eruptiv zum Ausdruck gekommen. Wenn schon nicht als Zeitenwende, so können diese Wahlen in jedem Falle als starke Zäsur angesehen werden.

Davon ausgehend lautet die These dieses Beitrages, dass diese Landtagswahlen definitiv bisherige Schemata der (Partei-)Politik durchbrochen haben. Das betrifft das schleichende Ende der Südtiroler Volkspartei (SVP) als Sammelpartei, die zunehmende Fragmentierung der Parteienlandschaft in der deutschsprachigen Wahlarena, die Zunahme von Protest- und populistischen sowie stark personalisierten Parteien.

## 2. Politische Rahmenbedingungen

### 2.1. Externe Einflussfaktoren

Während der XVI. Legislaturperiode des Südtiroler Landtages gab es eine Reihe von externen Ereignissen, welche die Landespolitik maßgeblich beeinflusst haben. In erster Linie ist die Corona-Pandemie zu nennen. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 und der Flüchtlingskrise im Jahre 2015 schlitterte Südtirol 2020 unvorbereitet in die Corona-Krise, die Systemschwächen des Südtiroler Gesundheitswesens aufzeigte. Damit zum Teil verbunden war die Erosion des Vertrauens der Bevölkerung in die Politik. Als Folge davon kandidierten bei den Landtagswahlen 2023 die beiden impfkritischen Listen Vita und Jürgen Wirth-Anderlan (JWA) erfolgreich für den Landtag; die programmatisch ähnlich ausgerichtete Liste Enzian scheiterte allerdings. Eine ausführliche Analyse des Wahlerfolgs impfkritischer Listen liefert der Beitrag von Katharina Crepez in diesem Band.

Den bewaffneten Konflikt in der Ukraine ab Februar 2022 hat auch Südtirol zu spüren bekommen, vor allem durch den Anstieg der Energiekosten und durch die Flüchtlinge, die aufgenommen wurden.

Südtirol erlebte in dieser Legislaturperiode vier gesamtstaatliche Regierungen: die Kabinette Conte I (2018–2019), Conte II (2019–2021), Draghi (2021–2022) und Meloni (ab 2022); somit eine Mitte-rechts-Regierung, eine Mitte-links-Regierung, eine Fachleute-Regierung und eine Rechts-Mitte-Regierung. Auch war Südtirols Politik in der zweiten Regierungsperiode von Landeshauptmann Arno Kompatscher mit zahlreichen Wahlen konfrontiert. Es wurden durchgeführt: EU-Wahlen (2019), Verfassungsreferendum zur Reduzierung der Parlamentarier/-innen (2020, angenommen), Gemeinderatswahlen (2020), Landesvolksbefragung zur direkten Demokratie (2022, Änderung des Landesgesetzes abgelehnt), Verfassungsreferendum zu Justizfragen (2022, abgelehnt), Parlamentswahlen (2022). Bei den letztgenannten Wahlen gewann Luigi Spagnoli, Kandidat des Partito Democratico (PD), der Grünen und des Team K im Senatswahlkreis Bozen-Unterland überraschend gegen den SVP-Kandidaten Manfred Mayr und den Lega-Kandidaten Maurizio Bosatra. Schon bei diesen Wahlen wollte die SVP im Gegensatz zu vielen vergangenen Wahlgängen kein Bündnis mehr mit dem PD eingehen. Auch 2020 sowie 2021 bei den wiederholten Gemeinderatswahlen in Meran war die SVP ein Bündnis mit italienischen Bürgerlisten aus dem Mitte-rechts-Lager eingegangen, das den amtierenden links-liberalen Bürgermeister Paul Rösch zu Fall brachte. Es war ein Lehrbeispiel, dass die SVP längst nicht mehr das ethnische Kriterium an erste Stelle stellt, sondern das

parteiliche Interessenkalkül. Der „deutsche“ Bürgermeister Paul Rösch wurde durch den „italienischen“ Bürgermeister Dario Dal Medico ausgetauscht.

Den ersten Schritt zum politischen Lagerwechsel hatte die SVP bereits 2018 gesetzt, als sie sich nicht für Grüne und PD, sondern für die Lega Salvini als italienischen Koalitionspartner in der Landesregierung entschied (wenn man vom Spezialfall der Stadt Leifers absieht, wo die SVP bereits 2015 durch Verzicht auf eine Wahlempfehlung im zweiten Wahlgang die Kür des Rechtskandidaten Christian Bianchi ermöglichte, mit dem sie dann eine Koalition bildete). Der nächste Schritt in diese Richtung erfolgte bei den EU-Wahlen 2019: Die Volkspartei war bei allen vorhergehenden Wahlen zum EU-Parlament immer eine Koalition mit Parteien der Mitte oder mit Mitte-links-Parteien eingegangen, um den Wahlbonus für Minderheitenparteien in Anspruch nehmen zu können. Erstmals 2019 schloss die SVP einen Pakt mit Forza Italia, die im Mitte-rechts-Lager steht (Pallaver 2020, 107). Es folgte die Wahl des Vertreters der Fratelli d'Italia (FdI), des 2022 ins Parlament gewählten Alessandro Urzì, zum Vorsitzenden der Sechser-Kommission (vgl. TGR 2023). Bei der Vertrauensabstimmung über die Rechts-Mitte-Regierung im Herbst 2022 enthielt sich die SVP der Stimme, nachdem die neue Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in ihrer Regierungsrede erklärt hatte: „Für die Provinz Bozen werden wir jene Standards an Autonomie wiederherstellen, die 1992 zur Streitbeilegungserklärung geführt haben“ (Varesco 2022). Der bei den EU-Wahlen eingeschlagene Weg führte nach den Landtagswahlen 2023 letztlich zur Regierungsbildung der Volkspartei mit FdI, Lega, La Civica und den Freiheitlichen.

## 2.2. Interne Einflussfaktoren

Neben externen war die XVI. Legislaturperiode von zum Teil turbulenten internen Faktoren gekennzeichnet, die sich vor allem in der SVP und in ihrem Umfeld abspielten. Die Legislaturperiode begann mit dem Sturmtief Vaia, das im Herbst 2018 in den westlichen Dolomiten riesige Waldschäden verursachte. Eine Spätfolge davon ist die Borkenkäferplage. Im Zusammenhang mit der Klimakrise begann auch in Südtirol ein breit angelegter Protest der Fridays-for-Future-Bewegung für eine klimafreundliche Politik. Die Landesregierung startete eine neue Klimastrategie und erklärte, im Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen zu wollen. 2023 wurde der „Klimaplan Südtirol 2040“ beschlossen, ein Klimabürgerrat hat seine Arbeit im Jänner 2024 begonnen (vgl. Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2023a).

In Jubelstimmung befand sich das Land und mit ihr die SVP als führende politische Kraft noch im Jahre 2022, als mit zahlreichen Veranstaltungen, Kongressen

und Events die 50 Jahre des Zweiten Autonomiestatuts gefeiert wurden. Dann aber überwogen verschiedene Konflikte, allerdings nicht innerhalb der Koalition aus SVP und Lega. Fast hatte man den Eindruck, die Koalition gleiche einer *societas leonina*, einer Gesellschaft, bei der die SVP nur an den Gewinnen und die Lega nur an den Verlusten teilnimmt.

Die Covid-Pandemie mit den vielen persönlichen und gesellschaftlichen Restriktionen führte sehr bald zu politischen Kollateralschäden. Die drei SVP-Landtagsabgeordneten, davon ein Landesrat, nämlich Arnold Schuler, Gert Lanz, Helmut Tauber und Team-K-Chef Paul Köllensperger hatten um den 600 Euro Corona-Bonus angesucht, der selbständig tätigen Personen als finanzielle Ausgleichsmaßnahme für zwei Monate Lockdown zustand. Einmal ans Licht gekommen, versuchten die Betroffenen sich mehr oder weniger glaubhaft gegen den Vorwurf der Gier zu rechtfertigen, aufgrund dessen Rücktrittsforderungen gestellt wurden. Schuler verlor in der Folge sein Amt als Landeshauptmann-Stellvertreter (vgl. Tagesschau 2020). Thomas Widmann, Landesrat für das Gesundheitswesen, war hingegen in den Ankauf von chinesischen Schutzmasken mittels eines bekannten Südtiroler Unternehmens verwickelt, ein eher undurchsichtiges Geschäft, das rechtlich und politisch selbst nach den Landtagswahlen 2023 noch nicht aufgearbeitet und somit noch nicht abgeschlossen war (vgl. Franceschini/Oberhofer 2023). Dies alles hatte auf das interne politische Klima im Lande und in der SVP Auswirkungen. Seit Längerem gab es, etwas verkürzt ausgedrückt, zwischen dem eher fortschrittlichen und dem eher konservativen Flügel der Partei ständig Auseinandersetzungen. Zum Ausbruch des schwelenden Konflikts kam es mit der Veröffentlichung des Buchs von Christoph Franceschini und Artur Oberhofer „Freunde im Edelweiß“ (2022). Darin ist dargestellt, wie auf politische Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen massiv einzuwirken versucht wurde, um die „Ausschreibung zur Vergabe der außerstädtischen Linienverkehrsdienste mit Autobussen“ im Sinne des SAD-Unternehmens zu beeinflussen (vgl. Hinterwaldner 2023a). Die Aufdeckung dieser als SAD-Skandal bezeichneten Vorgänge führte zur Entlassung von Thomas Widmann als Regierungsmitglied, weil dieser sich in einem abgehörten Telefongespräch extrem abschätzig über Landeshauptmann Kompatscher geäußert hatte, aber auch zum neuen, zuvor lange Zeit nicht vorhandenen Schulterchluss zwischen Landeshauptmann und Parteiobmann. Zeitgleich wurde der Landeshauptmann von der Opposition besonders massiv im Untersuchungsausschuss des Landtags zu den Wahlkampfspesen der SVP unter Druck gesetzt (vgl. Tagesschau 2023).

Die Nischen dieser Turbulenzen besetzten die Debatten rund um den österreichischen Doppelpass für Südtiroler/-innen oder die ständigen Auseinandersetzungen

um die Wildtiere Wolf und Bär. Kurz vor den Wahlen häuften sich die Medienberichte über Jugendbanden und Übergriffe, die mit Ausländer/-innen in Zusammenhang gebracht wurden. All diese Tagesgeschehen konnten den Anschein des politischen Stillstandes nicht beseitigen.

### 3. Wahlsystem

Der Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Parteiensystem ist äußerst komplex und lässt sich nicht auf die einfache Formel reduzieren, dass Wahlsysteme bestimmte Wirkungen auf die Parteiensysteme haben. Einen Zugang zu dieser Thematik liefern vielfach Untersuchungen der Auswirkungen von Wahlsystemen auf die Zahl der Parteien, die Stärkeverhältnisse der Parteien, die ideologischen Entfernungsbeziehungen zwischen Parteien oder die Interaktionsformen, kurzum, im Mittelpunkt der Analysen steht die Kontextabhängigkeit der Auswirkungen von Wahlsystemen (Nohlen 2009, 450–465).

Wegen der drei in Südtirol zusammenlebenden, vom Autonomiestatut anerkannten Sprachgruppen sieht Südtirols Autonomiestatut, das der Logik der *consociational democracy* entspricht (vgl. Lijphart 1977), das Verhältniswahlsystem vor (Artikel 47 und 48). Aktiv wahlberechtigt sind italienische Staatsbürger/-innen ab dem 18. Lebensjahr, die am Tag der Veröffentlichung der Wahlausschreibungskundmachung seit vier Jahren ununterbrochen in einer Gemeinde der Autonomen Region Trentino-Südtirol ansässig sind, davon mehr als zwei Jahre in der Autonomen Provinz Bozen, und die Voraussetzungen für die Ausübung des aktiven Wahlrechts für die Wahl des Südtiroler Landtages erfüllen. Passiv wählbar sind alle Staatsbürger/-innen ab dem 18. Lebensjahr, die in den Wählerlisten einer Gemeinde der Region Trentino-Südtirol eingetragen sind und am Tag der Veröffentlichung der Wahlausschreibungskundmachung im Gebiet der Region ansässig sind. Wer in der Autonomen Provinz Bozen kandidiert, muss außerdem eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung oder eine Zuordnungserklärung abgeben.

Artikel 16, Absatz 8 des Landesgesetzes zur Landtagswahl sieht vor, dass jede kandidierende Liste eine Anzahl von Personen enthalten muss, die nicht geringer als zwölf und nicht höher als 35 ist. Auf keiner Liste darf ein Geschlecht mehr als zwei Drittel der Kandidierenden stellen. Falls eine Liste einen Anteil an Kandidierenden desselben Geschlechts aufweist, der höher ist als vom Gesetz vorgesehen, werden die Kandidatinnen oder Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts von der Liste gestrichen, beginnend bei den Letztgereihten. Im Gegensatz dazu sieht das

Wahlgesetz des Trentino die paritätische Geschlechtervertretung auf den Listen vor sowie die alternierende Vorzugsstimmabgabe. Die beiden im Trentino zur Verfügung stehenden Vorzugsstimmen müssen auf einen Mann und eine Frau fallen (Legge elettorale provinciale Nr. 2/2003).

Die Wähler/-innen verfügen über eine Listenstimme und können bis zu vier Vorzugsstimmen für Kandidatinnen und Kandidaten der angekreuzten Liste abgeben, indem sie deren Nachnamen und bei Verwechslungsgefahr auch den Vornamen angeben. Wahlberechtigte, die im Melderegister der im Ausland lebenden italienischen Staatsbürger/-innen (AIRE) eingetragen sind, geben ihre Stimme im Normalfall über die Briefwahl ab; sie erhalten die Stimmzettel automatisch per Post zugesandt. Die Möglichkeit der Briefwahl gibt es auch für Wähler/-innen, die nicht in ihrer Wohnsitzgemeinde wählen können, da sie sich vorübergehend außerhalb von Südtirol aufhalten, falls sie rechtzeitig einen entsprechenden Antrag stellen (vgl. Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2023b).

Die Zuordnung der Sitze erfolgt auf der Basis des Wahlquotienten (Wahlzahl). Dieser wird dadurch ermittelt, dass die Gesamtzahl der von der Liste erhaltenen Stimmen durch die Zahl der Landtagsabgeordneten (35) plus zwei (somit 37) geteilt wird. Bruchteile des Wahlquotienten werden auf die nächsthöhere ganze Zahl gerundet. Jeder Liste werden so viele Sitze zugewiesen, als der Wahlquotient in der Stimmenzahl jeder Liste erhalten hat. Die verbleibenden Mandate werden gemäß der Reststimmen der kandidierenden Parteien in absteigender Reihenfolge vergeben. Innerhalb jeder Liste sind jene Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die die meisten Vorzugsstimmen erhalten haben, und zwar in absteigender Reihenfolge bis zur Anzahl der gewonnenen Sitze der jeweiligen Liste (Landesgesetz Nr. 141/2017 über die Wahl des Landtages, des Landeshauptmannes und über die Zusammensetzung und Wahl der Landesregierung).

Durch das Wahlgesetz ist im Sinne einer „garantierten Vertretung“ gewährleistet, dass zumindest ein Mitglied der ladinischen Sprachgruppe in den Landtag einzieht (Artikel 48). Die Garantie greift, wenn keine ladinische Kandidatin bzw. kein ladinischer Kandidat im normalen Zuteilungsverfahren der Mandate den Einzug in den Landtag geschafft hat.

## 4. Das politische Angebot

Bei den Landtagswahlen 2018 waren 14 Parteien angetreten, davon waren fünf deutsch-, sieben italienischsprachige Parteien und eine interethnische Partei. 2023 waren es 16 Parteien, jeweils sieben deutsche und sieben italienische sowie zwei interethnische Parteien, die sich der Wahl stellten. Allein dieser Vergleich weist darauf hin, dass sich die Parteienlandschaft innerhalb der deutschsprachigen Wahlarena erweitert hat. Nur 1993 zu Beginn der Zweiten Republik gab es ein Angebot von insgesamt 16 Parteien, sonst lag dieses ab 1978 im Durchschnitt zwischen 13 und 15 Parteien. Damals kandidierten aber nur vier deutschsprachige Parteien, wie überhaupt im Durchschnitt immer nur zwischen drei und fünf deutschsprachige Parteien angetreten waren. Von den 16 Parteien hatten zehn bereits im Jahre 2018 für den Landtag kandidiert.

Ein Trend, der bereits seit Jahren anhält, ist die Kandidatur von weit mehr regionalen als von gesamtstaatlichen Parteien. Es ist naheliegend, dass Minderheitenparteien regionale Parteien sind, aber mit La Civica und Centro Destra gab es auch unter den sieben italienischen zwei regionale Listen.

**Tab. 1: Parteienangebot und Erfolgsquoten 1988–2023**

Wahljahr	Kandidierende Parteien	Regionale Parteien				Gesamtstaatliche Parteien	Erfolgsquoten Parteien im Landtag					
		dt	it	lad	int		dt	it	lad	int	Regionale Parteien	Gesamtstaatliche Parteien
		1988	12	3	1		–	1	7	3	4	–
1993	16	4	2	1	1	7	3	5	1	1	6	4
1998	13	3	2	1	1	6	3	6	1	1	7	4
2003	13	3	4	1	1	4	3	5	–	1	6	3
2008	15	5	2	1	1	6	4	4	–	1	6	3
2013	14	4	2	–	1	7	4	4	–	1	6	3
2018	14	5	2	–	1	6	4	4	–	1	6	3
2023	16	7	2	–	2	5	6	4	–	2	8	4

Abkürzungen: dt = deutsch; it = italienisch; lad = ladinisch, int = interethnisch

Quelle: Eigene Berechnung auf Grund der amtlichen Wahlergebnisse aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023; 2024

Südtirols Parteiensystem ist ethnisch getrennt. In der deutschen Wahlarena agieren deutschsprachige, ethnoregionale Parteien, in der italienischen sind es italienischsprachige, wobei die ethnischen Wahlarenen durch eine äußerst geringe elektorale Durchlässigkeit gekennzeichnet sind.

Über die Definition einer ethnoregionalen Partei gibt es keine einhellige Meinung (Pallaver 2018, 46). Vielfach werden sie als *ethnic entrepreneurs* bezeichnet (vgl. Türsan 1998), deren primäre Charakteristik im Versuch besteht, ethnisch-territoriale und/oder regional konzentrierte Gruppen zu vertreten, die von sich behaupten, eine spezifische soziale Kategorie mit einer jedenfalls spezifischen und einzigartigen Identität zu sein. Territorium, Selbstverwaltung und Identität bilden die drei zentralen Dimensionen ethnischer Parteien (Scantamburlo 2016, 3; Tronconi 2009, 27).

Interethnische Parteien verstehen sich hingegen als Parteien, die von der grundsätzlichen positiven Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ethnien im Sinne einer Kooperation unter Individuen aller Sprachgruppen ausgehen. Diese werden als Parteien wahrgenommen, die alle Sprachgruppen miteinbeziehen, somit von der Inklusion der „Anderen“ ausgehen. Ihre interne und externe Kommunikation erfolgt in allen Landessprachen, ihre Organisation ist nicht nach Sprachgruppen getrennt, ihre Mitglieder, Wähler/-innen kommen aus allen ethnischen Gruppen und ihr Gesellschaftsmodell ist nicht die Separation der ethnischen Gruppen, sondern deren Integration (Pallaver 2018, 50–57).

Unter den soeben aufgelisteten Aspekten fallen seit Anbeginn die Grünen Verdi Vërc unter die Kategorie einer interethnischen Partei. Auch wenn andere Parteien immer wieder den Anspruch erheben, ebenfalls eine interethnische Partei zu sein, haben diese bislang die erforderlichen Kriterien nicht erfüllt.

Bei den Landtagswahlen 2023 ist diese Undurchlässigkeit etwas aufgeweicht worden, wie wir später noch darlegen werden. Als interethnische Partei kann jedenfalls neben den Grünen die Bewegung Vita bezeichnet werden, die allem Anschein nach in beiden Wahlarenen – relativ gesehen – ähnlich erfolgreich war (vgl. Atz 2023). Das lässt sich auch daran ersehen, dass sie im städtischen Bereich sogar etwas besser abgeschnitten hat wie in ländlichen Gemeinden. Auch die Kommunikation erfolgt bei Vita zweisprachig.

Südtirols Parteien hatten im Laufe der Legislaturperiode zahlreiche Abspaltungen zu verzeichnen, sodass die ursprünglich neun im Landtag vertretenen Parteien am Ende auf 13 anwuchsen.

In der SVP gab es über die gesamten fünf Jahre immer wieder Konflikte und interne Auseinandersetzungen. Jasmin Ladurner musste 2022 als Abgeordnete zurücktreten, weil sie unkorrekte Spesenabrechnungen vorgelegt hatte. Weit turbulenter

und schwerwiegender war der Austritt von Thomas Widmann. Im SAD-Skandal verwickelt, hatte ihm Landeshauptmann Arno Kompatscher das Regierungsmandat entzogen. Widmanns Versuch, autonom mit dem „Kleinen Edelweiß“ der SVP zu kandidieren, schlug fehl, sodass er im Juli vor den Wahlen aus der SVP austrat und mit seiner Liste Für Südtirol mit Widmann antrat.

Das Team K verlor schon bald zwei von sechs Abgeordneten. Josef Unterholzner trat wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung im August 2020 aus und gründete die eigene Fraktion Enzian. Peter Faistnauer wurde wegen Bauvergehen, die ihm vorgeworfen wurden, 2021 aus der Partei ausgeschlossen. Mit seiner Liste Perspektiven für Südtirol blieb er bis zum Ende der Legislatur im Landtag, kandidierte aber im Herbst 2023 nicht mehr.

Carlo Vettori war auf der Liste der Lega in den Landtag gewählt worden, trat aber nicht einmal zwei Monate später wegen Divergenzen mit der Gesamtpartei aus der Fraktion aus und gründete die Fraktion Alto Adige Autonomia. Ab Mai 2021 saß er als Vertreter von Forza Italia im Landtag und unterstützte die Landesregierung von außen. Zwar nicht Mitglied des Landtages, aber immerhin in der XVIII. Legislaturperiode für die Lega Abgeordneter in Rom (2018–2022), verließ Filippo Maturi im Februar 2023 seine Partei, der er Zerstrittenheit vorwarf. Ihm wurde später vorgeworfen, sich unrechtmäßig Freifahrtscheine für Zugfahrten zugelegt zu haben, als er bereits nicht mehr Abgeordneter war. Maturi kandidierte im Oktober 2023 erfolglos mit der neu gegründeten Liste Centro Destra.

Die Lega kandidierte bei der Landtagswahl gemeinsam mit der Liste Uniti per l'Alto Adige, der Leiferer Bürgerliste Uniti per Laives des Bürgermeisters Christian Bianchi, der auch Spitzenkandidat des „Carroccio“ wurde.

Alessandro Urzi von L'Alto Adige nel Cuore Fratelli d'Italia Uniti, seit 1998 im Landtag, wurde bei den Parlamentswahlen im September 2022 in die Abgeordnetenkammer gewählt und von Marco Galateo als Nachrücker ersetzt.

Von all den neuen Listen, die aus Abspaltungen hervorgegangen waren, schaffte lediglich die Liste Für Südtirol mit Widmann den Einzug in den Landtag. Ebenfalls neu in den Landtag zog die italienische Bürgerliste La Civica ein. Die Idee einer italienischen Bürgerliste, die das politische Zentrum besetzen sollte, war bereits länger im Gespräch. Die Liste La Civica per Bolzano Oltre-Weiter sowie die Bürgerliste Uniti per Laives zeigten wenig Neigung, dieser Initiative beizutreten. Deshalb schlossen sich La Civica – Io sto con Bolzano/Für Bozen des Bozner Stadtrates Angelo Gennaccaro und die beiden Meraner Listen La Civica per Merano und Alleanza per Merano zusammen und kandidierten erfolgreich für den Landtag. Die Liste Uniti per Laives bildete später ein Wahlbündnis mit der Lega.

Zwei Listen waren aus dem Protest gegen die Maßnahmen während der Corona-Pandemie hervorgegangen, JWA – Wirth Anderlan und Vita. Die Liste Enzian versuchte in diesem Stimmenteich ebenfalls zu fischen. Diese Bewegungen können auch als stark personalisierte Listen angesehen werden, die sich durch ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten definieren. Bei der Liste JWA ist die Abkürzung des vollen Namens das Listenzeichen: Jürgen Wirth Anderlan. Die Liste mit dem ehemaligen Landeskommandanten der Schützen JWA unterschied sich von der Liste Vita, welche die Grundrechte und ihre angebliche Verletzung in der Corona-Zeit in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, durch ihren zusätzlichen Fokus auf rechtspopulistischen und patriotischen Themen. Neben diesen beiden Bewerbern waren weiters die Liste Enzian, Centro Destra, Widmann und La Civica stark personalisierte Listen. Die quasi Ein-Personen-Listen haben dank des Südtiroler Wahlsystems gute Chancen, in den Landtag gewählt zu werden, zumal es keine Sperrklauseln gibt und auch kein Grundmandat erobert werden muss.

Am 22. Oktober traten 488 Kandidatinnen und Kandidaten für ein Mandat im 35-köpfigen Landtag an, das sind je 14 Bewerber/-innen um ein Mandat. Von den 16 Parteien haben 2023 neun Parteien die volle Listenkapazität ausgeschöpft. Die erstmals antretenden Listen JWA – Wirth Anderlan und La Civica traten mit 35 Kandidatinnen und Kandidaten an, andere neue wie Enzian, Für Südtirol mit Widmann und Vita blieben unter der möglichen Höchstzahl, genauso wie die bereits im Landtag vertretenen Listen Die Freiheitlichen, Forza Italia und Movimento 5 Stelle. Mit nur 16 Kandidatinnen und Kandidaten schöpfte die Liste Vita nicht einmal die Hälfte des Potentials aus.

Viele Listen sind bestrebt, Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Sprachgruppen aufzustellen, um in allen Wahlarenen das Stimmenpotential auszuschöpfen. Drei Listen, nämlich Süd-Tiroler Freiheit (STF), Die Freiheitlichen und JWA, traten jedoch mit nur deutschsprachigen Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl an. Dazu kommt noch die Südtiroler Volkspartei, die Italienischsprachige aus Prinzip von ihrer Liste ausschließt. Vier von 16 Listen (Team K, Grüne Verdi Vërc, Lega, Für Südtirol mit Widmann) hatten Kandidatinnen und Kandidaten aus allen drei Sprachgruppen auf ihren Listen. Unter den italienischen Listen weisen der PD und La Civica den geringsten Anteil an deutschsprachigen Kandidatinnen und Kandidaten auf (11 Prozent). Am stärksten ethnisch ausgeglichen präsentierten sich die beiden interethnischen Listen Grüne Verdi Vërc (63 Prozent deutschsprachige, 31 Prozent italienischsprachige und 6 Prozent ladinischsprachige Südtiroler/-innen) und Vita (56 Prozent deutsch-, 44 Prozent italienischsprachige Kandidatinnen und Kandidaten).

**Tab. 2: Zusammensetzung der Kandidierenden nach Sprachgruppe, Durchschnittsalter und Frauenanteil der jeweiligen Listen**

Liste (in offizieller Reihung)	Kandi- dierende (Anzahl)	Sprachgruppe (Zeilen-%)			Durch- schnitts- alter (Jahre)	Frauen- anteil (%)
		deutsch	italie- nisch	ladinisch		
Team K	35	74	23	3	52	40
Movimento 5 Stelle	34	18	82		52	41
Enzian	23	78	22		53	39
STF Süd-Tiroler Freiheit	30	100			46	36
PD Partito Democratico – Demokratische Partei	35	11	89		54	46
Verdi Grüne Vërc	35	63	31	6	48	49
Fratelli d'Italia	35	14	86		50	37
La Civica	35	11	89		46	34
JWA – Wirth Anderlan	35	100			46	46
Die Freiheitlichen	28	100			52	32
Forza Italia	20	20	80		51	50
Vita	16	56	44		55	44
Centro Destra	35	14	86		51	40
SVP Südtiroler Volkspartei	35	94		6	51	34
Lega Salvini Premier – Uniti per l'Alto Adige	35	26	71	3	50	40
Für Südtirol mit Widmann	22	82	9	9	52	41

Quelle: van Gerven 2023

Seit 2003 ist keine ladinische Liste mehr im Landtag vertreten. Gerade deshalb setzen die Parteien verstärkt ladinische Kandidatinnen und Kandidaten auf ihre Listen, um auch in der, wenn auch kleinen, ladinischen Wahlarena erfolgreich zu sein (vgl. Hinterwaldner, 2023b). Von 16 Parteien holten sich allerdings nur fünf Listen ladinische Kandidatinnen und Kandidaten auf ihre Liste.

Bei der letzten amtlichen Volkszählung 2011 hatten sich 69,4 Prozent zur deutschen, 26,1 Prozent zur italienischen und 4,5 Prozent zur ladinischen Sprachgruppe bekannt. Diese proportionale Aufteilung spiegelte sich bei den Listen nicht wider. Insgesamt hatten sich 52 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten zur deutschen Sprachgruppe bekannt, 47 Prozent zur italienischen und zwei Prozent zur ladinischen.

Unter den 488 Kandidatinnen und Kandidaten befanden sich 15 mit einem Migrationshintergrund. Sie stammen aus Peru, Marokko, Algerien, Libanon, Tschechien,

Polen, Rumänien, Albanien, Mazedonien, Pakistan, Senegal und Indien. Fünf davon haben bereits als Gemeinderätinnen und -räte politische Erfahrungen gemacht. Fünf kandidierten für den PD, drei für La Civica, jeweils zwei für die Lega und Fratelli d'Italia, jeweils einen Listenplatz belegten sie bei der Liste Enzian, dem Movimento 5 Stelle und bei den Grünen Verdi Vërc (vgl. Baldessarini 2023).

Das Durchschnittsalter betrug 50 Jahre. Die Liste mit dem höchsten Altersdurchschnitt war Vita mit 55 Jahren, das niedrigste Durchschnittsalter wiesen die Süd-Tiroler Freiheit und die Liste JWA mit 46 Jahren auf, gefolgt von den Grünen mit 48 Jahren. Alle anderen Listen lagen über 50 Jahren.

Das Geschlechterverhältnis war bei 198 Kandidatinnen (40,6 Prozent) und 290 Kandidaten (59,4 Prozent) etwas unausgeglichen. Den höchsten Frauenanteil wies Forza Italia mit 50 Prozent auf, gefolgt von den Grünen mit 49 Prozent. Die Freiheitlichen kamen lediglich auf 32 Prozent, knapp hinter La Civica und SVP mit 34 Prozent, gefolgt von der Süd-Tiroler Freiheit mit 36 Prozent (vgl. van Gerven 2023).

Unter den Berufen lagen die Lehrpersonen an erster Stelle (42 Nennungen), gefolgt von Unternehmerinnen und Unternehmern (39) und Rentnerinnen und Rentnern (34). Von den 35 Landtagsabgeordneten der vorigen Amtsperiode stellten sich 32 wieder zur Wahl, 20 schafften den Wiedereinzug.

## 5. Der Wahlkampf

Der seit Jahrzehnten fortschreitende Trend der Mediatisierung und Medialisierung der Politik und der Politikvermittlung ist längst auch in Südtirol Realität. Dabei werden aber auch noch traditionelle Formen der *Face-to-Face*-Kommunikation beibehalten, die eine Art Pendant zu den sozialen Medien bilden. Die eigentliche Wahlkampagne begann allerdings nur schleppend und kam erst im letzten Monat während des Intensivwahlkampfes auf Touren.

Inhaltlich lassen sich mehrere Trends unterscheiden. Auffällig war die Tendenz zur Dethematisierung. Die *policy issues* wurden eher in den Hintergrund gedrängt, auch wenn Politikfelder wie das Gesundheitswesen, die Umwelt, der Verkehr, niedrige Löhne, leistbares Wohnen oder der Fachkräftemangel immer wieder zur Debatte standen. Weit prominenter standen die *campaign issues* im Mittelpunkt der Debatten. Hier ging es unter anderem um Meinungsumfragen, die von der Tageszeitung "Dolomiten" und der "Südtiroler Wirtschaftszeitung" in Auftrag gegeben worden waren und deren Momentaufnahmen der Parteipräferenzen für Spekulationen sorgten. Dazu gab es Debatten rund um die Bildung neuer Listen oder die Kandidaturen.

Die Erwartungen des politischen Publikums wurden von einigen Parteien und politischen Akteurinnen und Akteuren geschickt aufgebaut. Das galt beispielsweise für die Hinauszögerung, mit der Landeshauptmann Kompatscher seine Wiederkandidatur bekannt gab. Das galt für das Tauziehen mit der SVP um die Bildung der Liste Widmann, das viel Platz in der öffentlichen Debatte und der medialen Berichterstattung einnahm (besonders in der Tageszeitung “Dolomiten“ zugunsten Widmanns). Das galt für das Rätsel um Impfgegner-Listen und schließlich um die Präsentation der Listen La Civica, JWA oder Vita, die ihren Eintritt in die politische Arena professionell inszenierten.

Die *personal issues* bestätigten den Trend der zunehmenden Personalisierung der Politik. Zur Wahl stellten sich *personal parties* wie etwa JWA, Vita, die Liste Widmann oder La Civica, aber auch die SVP mit dem Spitzenkandidaten Arno Kompatscher, Paul Köllensperger für das Team K oder Sven Knoll für die Süd-Tiroler Freiheit bestätigten, dass die Inhalte der Politik ganz stark mit der Persönlichkeit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten verwoben werden sollten. Die einzelnen politischen Akteurinnen und Akteure, ihr Charakter, ihre Qualitäten und Eigenschaften wurden thematisch aufgegriffen oder über neue Spitzenkandidatinnen und -kandidaten diskutiert. Das betraf etwa Sabine Zoderer, die erst im Februar des Wahljahres zur neuen Obfrau der Freiheitlichen gewählt worden war, oder den Bürgermeister von Leifers, Christian Bianchi, der völlig überraschend als Exponent seiner Bürgerliste für die Lega als Spitzenkandidat antrat und die beiden Landesräte der Lega gleich wie die Landtagspräsidentin der Lega in die zweite Reihe verdrängte. Für Diskussionsstoff sorgte auch die Kandidatur des ehemaligen Primars für Neonatologie Hubert Messner, der als Unabhängiger auf der SVP-Liste kandidierte.

Unter *political issues* fallen ideologische Fragen, Koalitionsoptionen, Allianzen oder die Debatten unter den Parteien. Im Wahlkampf wurde beispielsweise die Frage diskutiert, ob die SVP eher eine Koalition mit Mitte-rechts bis Rechts-Mitte mit Fratelli d’Italia und Lega bevorzuge oder eher mit den ökosozialen Kräften regieren wolle. Die Oppositionsparteien warfen der SVP politisches Versagen vor, die SVP wiederum warnte vor der Unregierbarkeit des Landes. Die Süd-Tiroler Freiheit startete in den letzten Wochen des Wahlkampfes eine Anti-Ausländer-Kampagne und stahl damit den Freiheitlichen eines ihrer Kernthemen.

Aber nicht nur über Allianzen zur Bildung der neuen Landesregierung wurde spekuliert, sondern auch über die neuen Allianzen zwischen Südtiroler und österreichischen Parteien. Die Freiheitlichen Österreichs unterstützten nicht mehr die Freiheitlichen Südtirols, sondern JWA, der sich bei den Anti-Vax-Kundgebungen der FPÖ in Österreich angedient hatte. Die FPÖ Tirols unterstützte wiederum die Süd-

Tiroler Freiheit, nachdem die aus Kurtatsch stammende Nichte von Eva Klotz, Mitbegründerin der Süd-Tiroler Freiheit, seit 2022 für die FPÖ im Tiroler Landtag sitzt.

Der investigative Journalismus brachte besonders für die SVP und für die Liste Widmann einige unliebsame Themen in die mediale Öffentlichkeit. Die beiden Journalisten Christoph Franceschini und Artur Oberhofer veröffentlichten kurz vor der Wahl das Buch „Das Geschäft mit der Angst“ (2023), in dem der sogenannte Masken-Skandal während der Corona-Pandemie aufgearbeitet wurde, in welchen vor allem der ehemalige Gesundheitslandesrat Widmann verwickelt war. Dieser politische „Wirtschaftskrimi“ schlug allerdings weit weniger ein als das ebenfalls von den beiden Autoren veröffentlichte Buch „Freunde im Edelweiß“ (2022). Eine ausführliche Analyse des Wahlkampfs liefert der Beitrag von Sophia Schönthaler und Giorgia Zogu in diesem Band.

## 6. Wahlumfragen im Vorfeld

Mehr denn je wurden in der Zeit vor den Landtagswahlen Umfragen über die Stimmung im Wahlvolk durchgeführt und veröffentlicht. Die Ergebnisse bezüglich der Sonntagsfrage sind in einem Wikipedia-Artikel zusammengefasst und werden in nachstehender Tabelle wiedergegeben.<sup>1</sup>

Einige Tendenzen gehen aus der Zeitreihe dieser Umfragen recht gut hervor. So lag die SVP bis März 2023 in Anbetracht der innerparteilichen Turbulenzen erstaunlich gut um die 40 Prozent, verlor dann aber im Laufe des Wahlkampfs zunehmend an Zustimmung. Ähnliches gilt für die Grünen Verdi Vërc, die bis Anfang 2023 bei rund 14 Prozent lagen. Die Lega, zusammen mit Team K die überraschende Wahlsiegerin des Jahres 2018, schwächelte von Anfang an, sank aber weiter ab, je mehr sich der Wahltag näherte. Aufsteigende Tendenz zeigten Fratelli d'Italia sowie Team K, das allerdings im Jahr 2021 nur mehr die Hälfte jenes Zustimmungswerts erreichte, den es bei den Wahlen 2018 erzielt hatte. Die anderen kleineren Parteien, die es schon 2018 gegeben hatte, kamen auf relativ stabile Werte. Den neuen, mit großer medialer Aufmerksamkeit bedachten Listen von Thomas Widmann (SMW), Jürgen Wirth Anderlan (JWA) und Renate Holzeisen (Vita) wurden Achtungserfolge und der Einzug in den Landtag prognostiziert.

Im Wesentlichen erfüllten sich diese Vorhersagen am Wahltag, mit einer bemerkenswerten Ausnahme: die Süd-Tiroler Freiheit. Dass diese ihre Stimmen und Mandate verdoppeln würde, war aus keiner der Umfragen hervorgegangen. Auch JWA schnitt besser ab als prognostiziert, Für Südtirol mit Widmann blieb dagegen unter

**Tab. 3: Wahlumfragen im Vorfeld der Landtagswahlen 2023 – Ergebnisse der Sonntagsfrage (in Prozent)**

Institut	Landtagswahl 2023	INSA [1]	Apollis 2]	INSA [1]	Demox [3]	Apollis [2]	Apollis [2]	Apollis [2]	Apollis [2]	Landtagswahl 2018
Datum	22.10. 2023	09. 2023	09. 2023	07. 2023	04. 2023	03. 2023	08. 2022	12. 2021	06. 2021	21.10. 2018
SVP	34,5	35	32	37	35–37	40	37	42	43	41,9
TK	11,1	11	14	8	15–17	13	11	8	9	15,2
Lega	3,0	4	5	7	4–5	3	5	8	10	11,1
Grüne	9,0	12	10	12	8–9	14	17	14	13	6,8
dF	4,9	6	6	9	6–7	7	8	6	4	6,2
STF	10,9	5	6	7	6–7	6	4	7	7	6,0
PD	3,5	3	4	3	2–3	4	4	4	6	3,8
M5S	0,7	2	1	1	1–2	2	2	1	2	2,4
Fdl	6,0	7	7	7	7–8	6	6	4	2	1,7
FI	0,6	2	2	4	1–2	1	1	1	1	1,0
Enzian	0,7	–	1	1	–	–	2	1	1	–
SMW	3,4	5	5	–	–	–	–	–	–	–
JWA	5,9	2	3	–	–	–	–	–	–	–
Vita	2,6	2	2	–	–	–	1	–	–	–
Sonstige	3,2	4	2	4	4–5	3	2	3	2	4,0

Quellen: [1] Wikipedia 2023; [2] apollis, eigene Daten „Politbarometer“ (zum Großteil publiziert in der „Südtiroler Wirtschaftszeitung“); [3] Demox Research, den Autoren von der SVP bereitgestellt

den Erwartungen. Für dieses teilweise „Versagen“ der Umfragen gibt es zwei Erklärungsmöglichkeiten. Die erste Deutungsmöglichkeit besagt, dass es in den letzten Wochen und Tagen vor der Wahl, angeheizt durch medial aufgebauchte Gewaltakte, u. a. von „Jugendbanden“, zu einer markanten thematischen Verschiebung des Wahlkampfes gekommen ist, welche Sicherheit und Ausländer/-innen plötzlich in den Mittelpunkt rückte, während die bisherigen Hauptthemen (Klima, Gesundheitsversorgung, Kostensteigerungen, Wohnen, aber auch Regierbarkeit) in den Hintergrund traten. Dieser Umschwung hat offenbar den beiden Überraschungssiegern STF und JWA in die Hände gespielt, die genau auf diese Themen gesetzt hatten. Die zweite Deutungsmöglichkeit ist technischer bzw. soziologischer Natur: Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind mit den heute verwendeten Umfragetechniken kaum erreich-

bar – einerseits weil sie weder in Telefonverzeichnissen, noch in Online-Panels vertreten sind, andererseits weil sie „dem System“ misstrauen und sich daher an Umfragen grundsätzlich nicht beteiligen. Letzteres hätte allerdings auch im Fall von Vita zu einer fehlerhaften Einschätzung führen können oder sogar müssen. Wie so oft dürften beide Deutungen ein Stück der Wahrheit enthalten und es sich um einen kombinierten Effekt handeln. Vor allem darf nicht vergessen werden, dass sich immer mehr Wahlberechtigte erst in den letzten Tagen entscheiden, ob sie an den Wahlen überhaupt teilnehmen und wem sie ihre Stimme geben.<sup>2</sup> Diese „Bauchentscheidungen“ sind vermutlich nicht nur für den Erfolg von Süd-Tiroler Freiheit und Liste Wirth Anderlan verantwortlich, sondern auch dafür, dass die SVP einen Totalabsturz vermeiden konnte oder dass Fratelli d’Italia nicht so gut abgeschnitten haben, wie es von den meisten Beobachterinnen und Beobachtern und den Parteiexponenten selbst erwartet worden war.

Dass die Parteien der Regierungskoalition Einbußen erleiden würden, kündigte sich in einer beständig sinkenden Zufriedenheit mit der Arbeit der Südtiroler Landesregierung an. Äußerten sich in den Umfragen des Jahres 2021 noch über 60 Prozent der Befragten sehr oder eher zufrieden, so sank dieser Anteil bis kurz vor den Wahlen auf 45 Prozent. Erstmals überwog damit die Zahl der Unzufriedenen, wobei diese viel häufiger angaben, für Oppositionsparteien votieren zu wollen.<sup>3</sup>

**Tab. 4: Wahlumfragen im Vorfeld der Landtagswahlen 2023 – Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung (in Prozent)**

	Aug.–Sep. 2023	Feb.–März 2023	Juli–Aug. 2022	Nov.–Dez. 2021	Juni 2021
sehr zufrieden	6	7	5	10	9
eher zufrieden	39	48	48	51	55
weniger zufrieden	41	34	35	28	25
gar nicht zufrieden	12	7	10	10	8
(keine Angabe)	3	4	2	2	2
<b>Differenz zufrieden-unzufrieden</b>	<b>-8</b>	<b>14</b>	<b>8</b>	<b>23</b>	<b>31</b>

Quelle: apollis, eigene Daten „Politbarometer“ (zum Großteil publiziert in der „Südtiroler Wirtschaftszeitung“)

Interessant ist hier ein Vergleich mit der Bewertung der Arbeit von Landeshauptmann Arno Kompatscher. Mit dieser zeigten sich in den Umfragen zwischen Juni 2021 und März 2023 immer an die 70 Prozent der Befragten zufrieden; der Landeshauptmann schnitt also um einiges besser ab, als die von ihm geführte Regierung.

Zwar sank auch seine Bewertung im Lauf dieser Beobachtungszeit auf zuletzt 62 Prozent Zufriedene gegenüber 35 Prozent Unzufriedene, doch der Bonus gegenüber der Landesregierung insgesamt – gemessen als Differenz des Anteils von Zufriedenen – nahm stetig zu: von 6 auf 17 Prozentpunkte. Anders gesagt: Der Regierungschef wurde kaum für die als mangelhaft empfundene Leistung anderer Regierungsmitglieder bzw. der gesamten Regierung verantwortlich gemacht.

Die Diskrepanz in der Wertschätzung bestätigt sich, wenn man die „Noten“, die der Landeshauptmann bekam, mit jenen der anderen Landesrätinnen und -räte vergleicht. Hier fällt zunächst auf, dass die beiden von der Lega gestellten Landesräte von mehr als der Hälfte der Befragten keine Bewertung erhielten; das heißt, die Befragten kannten sie überhaupt nicht oder hatten kein Bild von ihren Aufgaben und Leistungen. Nach dem Landeshauptmann waren die bekanntesten Amtsinhaber Philipp Achammer, Arnold Schuler und Waltraud Deeg – maximal ein Viertel gab kein Urteil ab. Die beiden anderen Vertreter/-innen der SVP, Daniel Alfreider und Maria Hochgruber Kuenzer, wurden dagegen von ca. einem Drittel nicht bewertet. Alfreider, Schuler und Deeg wurden vergleichsweise gute Noten für ihre Arbeit ausgestellt, Achammer ist der einzige, bei dem die Zahl der Unzufriedenen höher lag als jene der Zufriedenen. Diese Rangfolge bestätigt sich übrigens im Wesentlichen in den Sympathiewerten, die ebenfalls bei verschiedenen Wellen des Politbarometers abgefragt worden sind.

**Tab. 5: Wahlumfragen im Vorfeld der Landtagswahlen 2023 – Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesrätinnen und -räte (in Prozent)**

	Kompatscher	Achammer	Alfreider	Bessone	Deeg	Hochgruber Kuenzer	Schuler	Veitorto
sehr zufrieden	21	6	6	1	7	6	7	3
eher zufrieden	47	33	34	24	35	28	36	22
weniger zufrieden	21	29	22	18	24	21	24	17
gar nicht zufrieden	7	14	6	6	10	9	9	5
(keine Angabe)	3	17	32	51	25	36	23	53
<b>Differenz zufrieden-unzufrieden</b>	<b>40</b>	<b>-4</b>	<b>12</b>	<b>1</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>10</b>	<b>3</b>

Quelle: apollis, eigene Daten „Politbarometer“ – Welle 4: März 2023 (publiziert in der „Südtiroler Wirtschaftszeitung“)

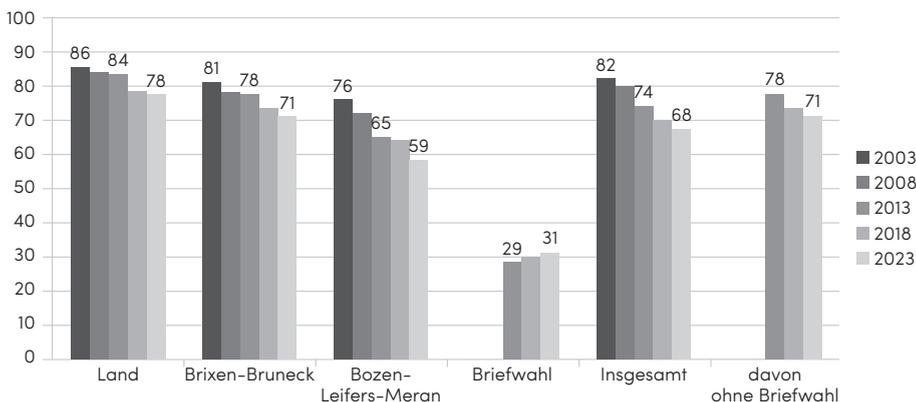
Die verschiedenen Wahlumfragen deuteten somit klar darauf hin, dass es zu einem Vertrauensverlust für die beiden Regierungsparteien kommen würde. Offen war, wie stark die große Wertschätzung für Landeshauptmann Arno Kompatscher den offenbar unvermeidlichen Rückgang der SVP abfedern können würde. Zudem war unklar, wer am meisten von der schlechten Stimmung im Wahlvolk profitieren würde.

## 7. Das Wahlergebnis

### 7.1 Wahlbeteiligung

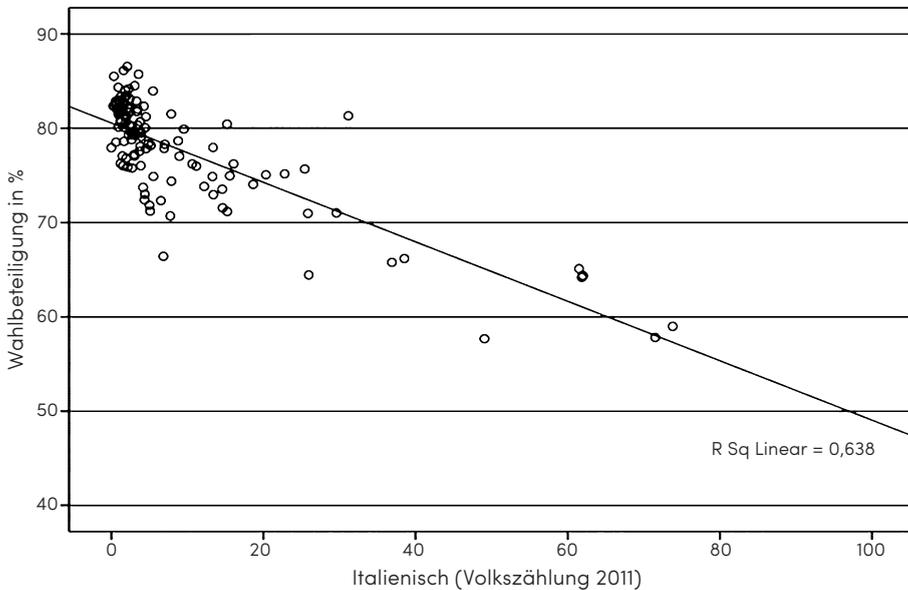
Während generell mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung zu rechnen war, ist dieser im Konkreten doch in unerwarteter Weise erfolgt: In den meisten ländlichen Gemeinden haben fast gleich viele Wahlberechtigte den Weg zu den Urnen gefunden wie vor fünf Jahren, in den größeren Städten und in anderen Gemeinden mit hohem italienischsprachigem Bevölkerungsanteil ist die Teilnahme dagegen stark eingebrochen. Den größten Rückgang gab es dabei in Leifers mit 10 Prozentpunkten, es folgen Neumarkt, Branzoll, Franzensfeste, Bozen und Pfatten, wo die Beteiligung um jeweils 5–6 Prozentpunkte gesunken ist. In den Stadtgemeinden Meran, Leifers und Bozen haben unter 60 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Über den gesamten Zeitraum von 20 Jahren hat sich die Schere in der Wahlbeteiligung zwischen Landgemeinden und größeren Städten von 10 Prozentpunkten auf fast 20 Prozentpunkte geöffnet.

**Abb. 1: Wahlbeteiligung nach Wohngebiet 2008 bis 2023 (in Prozent)**



Quelle: amtliche Wahldaten aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023; 2024, eigene Auswertung

Abb. 2: Wahlbeteiligung 2023 nach Anteil der italienischen Sprachgruppe in der Gemeinde



Quelle: amtliche Wahldaten aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023; ASTAT 2012, eigene Auswertung

Es bedarf keiner ausgefeilten statistischen Analyse, um zu erkennen, dass es vor allem die Angehörigen der italienischen Sprachgruppe waren, die sich diesmal noch weniger an den Wahlen beteiligt haben als bei früheren Wahlgängen auf Landesebene. Der 2018 etwas geschrumpfte Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den Sprachgruppen ist damit erneut auf rund 20 Prozentpunkte angewachsen: Während immer noch fast drei Viertel aller deutsch- und ladinischsprachigen Wahlberechtigten an den Landtagswahlen 2023 teilgenommen haben, liegt der entsprechende Anteil bei den italienischsprachigen nur mehr bei etwas über der Hälfte. Zu den Gründen für diesen Rückzug gibt es keine harten Daten, es liegt jedoch nahe zu vermuten, dass viele Angehörige der italienischen Sprachgruppe das Gefühl haben, die Landespolitik betreffe sie wenig und ihre Vertreter/-innen in der Landesregierung hätten ohnehin kaum Einfluss.

Diese erneut gesunkene Wahlbeteiligung der italienischsprachigen Wählerschaft hatte zur Folge, dass nur fünf italienischsprachige Abgeordnete den Sprung in den Landtag schafften. Da drei von ihnen auf italienische Rechtsparteien entfallen und nur einer auf die Demokratische Partei als einzige verbliebene Linkspartei, wurde das allgemein als Rechtsrutsch der italienischen Wählerschaft gedeutet. Dass das nur bedingt stimmt, zeigt die Analyse im Abschnitt Wahlarenen.

## 7.2 Ergebnisse nach Listen

Als die Wahlen am 22. Oktober 2023 geschlagen waren, hat es zum Teil erwartete Ergebnisse, zum Teil ziemliche Überraschungen gegeben. Die vermutlich größte war das starke Abschneiden der deutschsprachigen „patriotischen“ und impfkritischen Parteien JWA – Wirth Anderlan und Süd-Tiroler Freiheit. Ebenso hat kaum jemand damit gerechnet, dass nur fünf italienischsprachige Abgeordnete den Sprung in den Landtag schaffen würden. Die beiden Regierungsparteien SVP und Lega wurden kräftig abgestraft, der Wahlerfolg von Fratelli d’Italia, von Grünen Verdi Verc und der Liste Für Südtirol mit Widmann fiel geringer aus als allgemein erwartet.

Die größten Verluste gegenüber 2018 musste die Lega hinnehmen: Sie verlor fast 23.000 Stimmen oder fast drei Viertel ihrer damaligen Wählerschaft. Das ist mehr als der nationale Abwärtstrend der Lega hätte erwarten lassen und umso bemerkenswerter, als die Partei diesmal von einigen italienischen Bürgerlisten unterstützt wurde, allen voran von jener des bisherigen Bürgermeisters von Leifers, Christian Bianchi. Letzterer errang auch das einzige verbliebene Mandat der Liste, während alle bisherigen Mandatare scheiterten.

Auch Forza Italia, repräsentiert durch den 2018 auf der Legaliste gewählten Abgeordneten Carlo Vettori, büßte Stimmen ein und verfehlte das angestrebte Restmandat ebenso deutlich wie die weitere Lega-Abspaltung Centro Destra des ehemaligen Kammerabgeordneten Filippo Maturi. Fratelli d’Italia, die Partei der regierenden Ministerpräsidentin, die sich auf nationaler Ebene großer Gunst erfreute, legte dagegen um knapp 12.000 Stimmen zu, konnte also nur rund die Hälfte jener Wähler/-innen überzeugen, die sich von der Lega abgewandt haben. Berücksichtigt man für 2018 noch die Stimmen für CasaPound, so hat das italienische Rechtslager gut 13.000 Stimmen oder 4,5 Prozentpunkte verloren. Deutlich geringere Verluste erlitten die italienischen Mitte-links-Parteien PD, Movimento 5 Stelle und La Civica zusammen, nämlich etwas unter 4.000 oder 1,2 Prozentpunkte, wenn man 2018 auch die PD-Abspaltung Noi per l’Alto Adige und Vereinte Linke Sinistra Unita diesem Lager zurechnet. Allerdings konnte die Bürgerliste La Civica mit ihrem Spitzenkandidaten Angelo Gennacaro mit 7.000 Stimmen einen unerwarteten Erfolg verbuchen, während die 5-Sterne-Bewegung fast 5.000 Stimmen oder zwei Drittel ihrer Wählerschaft verlor und der PD um gut 1.000 schrumpfte, obwohl Noi per l’Alto Adige nicht mehr kandidierte.

Die beschriebenen Verschiebungen hatten zur Folge, dass die italienischsprachigen Parteien insgesamt deutlich geschwächt aus den Wahlen hervorgingen, was sich auch in der Zahl der errungenen Mandate niederschlägt: Waren es 2018 ohne den

Grünen Riccardo dello Sbarba sieben italienischsprachige Abgeordnete gewesen, nämlich vier für die Lega, je einer für Fratelli, d'Italia, PD und Movimento 5 Stelle, so sank diese Zahl auf fünf: zwei für Fratelli d'Italia, je einer für Lega, PD und La Civica.

Unter den deutschsprachigen ethnoregionalen Parteien musste die SVP die höchsten Verluste hinnehmen: ein Minus von 22.000 oder 7,4 Prozentpunkte aller gültigen Stimmen. Ihre Mandatszahl verringerte sich dadurch von 15 auf 13, was vor allem die Regierungsbildung wesentlich komplexer machte als in der Vergangenheit. Auch das Team K, das 2018 bei seinem ersten Antreten einen fulminanten Erfolg erzielt hatte, verzeichnete mit 12.000 Stimmen bzw. 4,1 Prozentpunkten einen deutlichen Verlust. Die Freiheitlichen büßten rund 4.000 Stimmen oder 1,3 Prozentpunkte ein, konnten jedoch ihre zwei Mandate halten. Größte Gewinner waren die erstmals antretende Liste JWA – Wirth Anderlan mit fast 17.000 und die Südtiroler Freiheit mit einem Zuwachs um fast 14.000 Stimmen, auch der ehemalige SVP-Politiker Thomas Widmann erzielte mit knapp 10.000 Stimmen einen Achtungserfolg, blieb dabei aber deutlich unter den (eigenen) Erwartungen. Keinen Erfolg hatte der 2018 auf der Liste des Team K gewählte Josef Unterholzner mit seiner Liste Enzian, die nur auf knapp 2.000 Stimmen kam. Insgesamt wurden in der deutschen Wahlarena die patriotischen und rechtspopulistischen Parteien gestärkt: zählt man auch die Liste JWA dazu, so konnte diese Parteienfamilie 21,7 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen, das sind um fast 10 Prozentpunkte mehr als 2018.

Die Grünen Verdi Vërc als historische interethnische Partei verbesserten sich um 6.000 Stimmen oder 2,2 Prozentpunkte, was aber nicht für die Eroberung des erhofften vierten Mandats reichte. Das könnte zum Teil mit dem Erfolg der impf- und systemkritischen Liste Vita um Renate Holzeisen zusammenhängen, die ebenfalls interethnisch agierte und offensichtlich auch in der italienischen Sprachgruppe auf gewisse Zustimmung stieß: sie erreichte gut 7.000 Stimmen und damit ein Mandat.

In der ethnischen Einordnung der Parteien haben die Wahlen die schon angesprochene Schwächung der italienischsprachigen Parteien (17 Prozent), eine Stärkung der interethnischen Parteien (12 Prozent) sowie eine weitgehende Konstanz der deutschsprachigen Parteien gebracht, die den Löwenanteil der Stimmen (71 Prozent) auf sich vereinigen konnten.

Nach politischer Orientierung betrachtet haben klar rechtsorientierte bzw. patriotische Parteien auf deutscher und italienischer Seite ihren Anteil von 28 auf 32 Prozent gesteigert, während der Anteil von Parteien des Mitte-links-Spektrums (Grüne, PD) von 10,6 Prozent im Wahljahr 2018 auf 12,8 Prozent gestiegen ist (+2,2 Prozent). Die Gruppe der Zentrumsparteien im engeren Sinn (SVP, Team K, Für Südtirol mit Widmann, La Civica) umfasst etwas mehr als die Hälfte aller Stimmen (52 Prozent),

**Tab. 6: Ergebnis der Landtagswahlen 2023 – Stimmen und Mandate**

Liste (absteigende Reihung nach Stimmenzahl)	Ergebnisse 2023			Veränderung zu 2018	
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%
SVP Südtiroler Volkspartei	97.099	34,5	13	-22.010	-7,4
Team K	31.203	11,1	4	-12.112	-4,1
STF Süd-Tiroler Freiheit	30.585	10,9	4	13.658	4,9
Grüne Verdi Vërc (a)	25.444	9,0	3	6.052	2,2
Fratelli d'Italia	16.751	6,0	2	11.869	4,2
JWA – Wirth Anderlan	16.597	5,9	2	16.597	5,9
Die Freiheitlichen	13.838	4,9	2	-3.782	-1,3
PD Partito Democratico – Demokratische Partei	9.707	3,5	1	-1.101	-0,3
Für Südtirol mit Widmann	9.647	3,4	1	9.647	3,4
Lega Salvini Alto Adige Südtirol – Uniti per l'Alto Adige	8.545	3,0	1	-22.970	-8,0
La Civica	7.301	2,6	1	7.301	2,6
Vita	7.223	2,6	1	7.223	2,6
Movimento 5 Stelle	2.087	0,7	0	-4.583	-1,6
Enzian	1.990	0,7	0	1.990	0,7
Forza Italia	1.627	0,6	0	-1.199	-0,4
Centro Destra	1.601	0,6	0	1.601	0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>281.245</b>	<b>100,0</b>	<b>35</b>	<b>-3.116</b>	
Gültige Stimmzettel	281.245	96,9		-3.116	-0,1
Weißer Stimmzettel	3.014	1,0		-634	-0,2
Ungültige Stimmzettel	6.040	2,1		729	0,3
Ausgezählte Stimmzettel	290.299	100,0		-3.021	
Wahlberechtigte	429.841			11.873	
Wahlbeteiligung	67,5%			-2,6%	

(a) Gemeinsam mit Sinistra die Linke, die im Jahr 2018 mit eigener Liste (Vereinte Linke Sinistra Unita) angetreten war und 1.753 bzw. 0,6 Prozent aller gültigen Stimmen erzielt hatte.

Quelle: amtliche Wahldaten aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023, eigene Auswertung

das politische Zentrum hat aber gegenüber 2018 an Gewicht verloren, denn damals sind SVP, Team K und Noi per l'Alto Adige<sup>4</sup> zusammen auf 58 Prozent gekommen. Nicht zugeordnet wurden dabei die wenigen Enzian-Stimmen und jene Stimmen, die 2023 auf die Liste Vita entfallen (zusammen 3 Prozent), da diese Gruppierung mit ihrer fundamental systemkritischen Ausrichtung schwer ins Rechts-Links-Schema einzuordnen ist. Eher weist sie jedoch programmatische Berührungspunkte mit rechten als mit linken Parteien auf. Insofern ist es richtig, dass diese Wahlen einen gewissen Rechtsruck gebracht haben, wobei noch immer fast zwei Drittel der Stimmen auf gemäßigte Parteien der Mitte und Mitte-links-Parteien entfallen.

### 7.3 Wählerstruktur und Wahlmotive

Genaue Daten zur Wählerstruktur, die auf Nachwahlbefragungen beruhen, sind leider nicht verfügbar. Tendenzielle Aussagen lassen sich jedoch auch aus Wahlumfragen gewinnen, wenn sie nah am Wahltag liegen. Für die nachfolgenden Aussagen wurden die beiden letzten Wellen des Politbarometers (März und September 2023) herangezogen, welches apollis regelmäßig im Auftrag der "Südtiroler Wirtschaftszeitung" durchführt.<sup>5</sup>

Dieser Sonderauswertung zufolge weisen folgende Parteien einen höheren Anteil von Wählerinnen auf: PD, Team K und Grüne. Ausgewogen ist das Geschlechterverhältnis bei Freiheitlichen, Fratelli d'Italia und den drei impfskeptischen Parteien. Die SVP wird etwas überdurchschnittlich von Männern gewählt. Stark männerdominiert scheint dagegen die Wählerschaft von Süd-Tiroler Freiheit, Lega und der Liste Widmann zu sein. Über die anderen Parteien kann aufgrund niedriger Fallzahlen keine Aussage gemacht werden.

Das weitaus höchste Durchschnittsalter (ca. 60 Jahre) weist die Wählerschaft der italienischen Mitte-rechts-Parteien und des PD auf, knapp darunter liegen die Vita-Wähler/-innen. Es folgen die Wähler/-innen der SVP mit 53 Jahren. Bei allen anderen Parteien liegt das Durchschnittsalter unter 50 Jahren: am niedrigsten ist es beim Movimento 5 Stelle und der Liste von Wirth Anderlan, nämlich unter 40 Jahren. Etwas jünger als der Durchschnitt (ca. 46 Jahre) ist auch die Anhängerschaft des Team K und der deutschen Mitte-rechts-Parteien (Freiheitliche, Süd-Tiroler Freiheit) sowie der Grünen (48 Jahre).

Groß sind die Unterschiede nach Bildungsgrad. Hier liegen Wähler/-innen von Grünen und PD klar an der Spitze: rund drei Viertel ihrer Anhängerschaft haben mindestens die Matura. Auch Team-K-Wähler/-innen gehören eher den oberen Bil-

derungsschichten an. Im Durchschnitt – das heißt etwa gleich viele Personen mit und ohne Matura – liegt die Wählerschaft der italienischen Mitte-rechts-Parteien. Wähler/-innen der SVP, vor allem aber der deutschen Mitte-rechts-Parteien und der Liste Widmann, verfügen dagegen mehrheitlich über den Abschluss der Pflichtschule oder einer berufspraktischen Ausbildung als höchsten Studientitel. Dasselbe gilt übrigens auch für Nicht- und Weißwähler/-innen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass deutsch- und ladinischsprachige Personen höheren Alters nur selten über hohe formale Bildungsabschlüsse verfügen.

Für die Zusammensetzung der Wählerschaft nach Sprachgruppe wird auf den nächsten Abschnitt verwiesen.

Die Gründe für die Wahlentscheidung der Wähler/-innen sind vielfältig und von Partei zu Partei unterschiedlich. Sinkendes Vertrauen in die politischen Institutionen und Politiker/-innen im Allgemeinen sowie die wachsende Unzufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung können bis zu einem gewissen Grad erklären, warum die Wahlbeteiligung weiter gesunken ist und warum die Kräfte an der Regierung generell verloren haben. Spezifischere Motive gehen aus einer von Demox Research im Auftrag der SVP durchgeführten Nachwahlbefragung hervor, die in einer Wahlanalyse der SVP dargestellt wurden (vgl. Südtiroler Volkspartei 2023).

Demnach gaben 63 Prozent der SVP-Wähler/-innen als Hauptgrund an: „Die SVP ist die Partei der Autonomie“, für 56 Prozent „vertritt die SVP die Interessen der Südtiroler Bevölkerung gegenüber Rom“. Immerhin 51 Prozent wiederholten den Wahlslogan der Partei „SVP garantiert stabile Verhältnisse in Südtirol“ und 38 Prozent haben die Partei (auch) wegen Arno Kompatscher gewählt. Die eher selbstverständliche Aussage „vertritt am ehesten meine Interessen“ wurde bei der SVP – wie bei vielen anderen Parteien – ebenfalls häufig als Grund angeführt; auf sie wird im Weiteren nicht mehr eingegangen.

Die Wähler/-innen des Team K schätzen diese Partei häufig als „Alternative, die frischen Wind in die Politik bringt“ (42 Prozent) bzw. geben ihr aus Protest gegenüber der Politik der Landesregierung (30 Prozent) oder der SVP (23 Prozent) ihre Stimme. Spitzenkandidat Paul Köllensperger spielt eine eher untergeordnete Rolle (22 Prozent).

Bezeichnend sind die Gründe für die Wahl der Süd-Tiroler Freiheit. „STF tritt für ein unabhängiges Südtirol ein“ geben 64 Prozent als Hauptgrund an. Dahinter steht mit 55 Prozent die Ausländer/-innen- und Asylpolitik der STF. Spitzenkandidat Sven Knoll wird von 22 Prozent als Wahlmotiv genannt.

61 Prozent der Wähler/-innen der Südtiroler Grünen geben als Hauptgrund „schauen auf Umwelt und Natur“ an. 42 Prozent der grünen Wähler/-innen wollten

damit eine Koalition mit der SVP unterstützen, 27 Prozent nannten die Spitzenkandidatin Brigitte Foppa als Motiv ihrer Wahlentscheidung.

Für die Wähler/-innen von zwei Parteien steht der „Protest gegenüber der Politik der Landesregierung“ eindeutig im Vordergrund. Ein Großteil der JWA-Wähler/-innen (78 Prozent) geben das als Hauptgrund für ihre Wahl an, 57 Prozent bei der Liste Widmann sehen das ebenso. Jürgen Wirth Anderlan spielt jedoch als Spitzenkandidat mit 46 Prozent eine deutlich größere Rolle als Thomas Widmann (23 Prozent). Die Freiheitlichen werden von ihren Wählerinnen und Wählern häufig als Alternative gesehen (37 Prozent), die Spitzenkandidatin Sabine Zoderer konnte aber nicht überzeugen (6 Prozent). Vita wurde vor allem wegen ihrer Positionierung in Sachen Impfung und Corona gewählt (41 Prozent). Über andere Parteien gehen aus dem zitierten Dokument keine Informationen hervor.

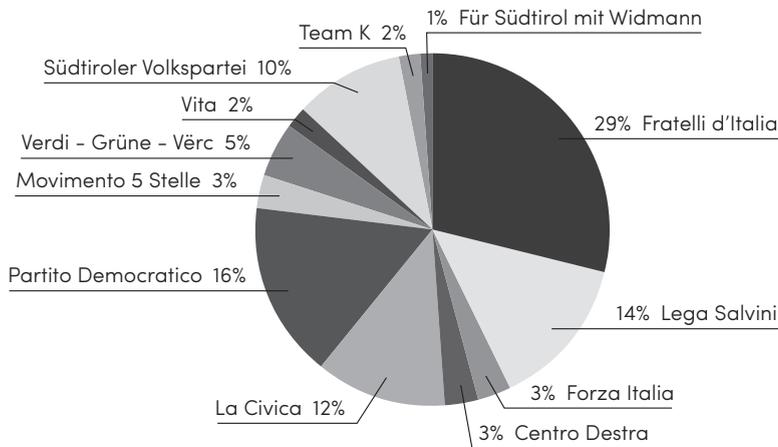
#### 7.4 Ethnische Wählarenen

Es ist bekannt, dass der politische Wettbewerb in Südtirol weitgehend getrennt nach ethnischen Wählarenen verläuft: Deutsch- und ladinischsprachige Wähler/-innen geben ihre Stimme zumeist deutschen oder interethnischen Regionalparteien. Italienischsprachige tendieren zu italienischen Parteien, die zumeist Ableger nationaler Parteien sind oder zu interethnischen Parteien. Aber auch die SVP hat schon seit längerem eine Anhängerschaft in der italienischen Sprachgruppe. In welchem Umfang sich dieses Muster auch bei den Landtagswahlen 2023 bestätigt, soll die nachfolgende Analyse zeigen.

Zunächst muss man abschätzen, wie viele Angehörige der einzelnen Sprachgruppen überhaupt gewählt haben, um dann die Verteilung ihrer Stimmen auf die Listen berechnen zu können. Laut der letzten Volkszählung des Jahres 2011 (vgl. ASTAT 2012) liegt der Anteil der italienischen Sprachgruppe bei 26 Prozent oder ca. 110.000 Personen; wenn von diesen – wie die Daten zur Wahlbeteiligung nach Gemeinden erkennen lassen – nur gut die Hälfte (52 Prozent) an den Landtagswahlen 2023 teilgenommen haben, dann entspricht das rund 58.000 abgegebenen oder 56.500 gültigen Stimmen. Wenn 70 Prozent der Wahlberechtigten auf die deutsche und vier Prozent auf die ladinischen Sprachgruppe entfallen, dann entspricht das ca. 300.000 deutschsprachigen und ca. 17.000 ladinischen Wähler/-innen. Deren Beteiligungsquote muss bei rund 73 Prozent liegen, damit das gewichtete Mittel das amtliche Datum von 67,5 Prozent ergibt.

Unter Berücksichtigung der obigen Abschätzung der Wahlberechtigten in den beiden Wählarenen sowie aufgrund von Umfragedaten, welche es erlauben, die po-

**Abb. 3: Stimmenverteilung in der italienischen Wahlarena nach Listen**



Quelle: amtliche Wahldaten aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023; apollis, eigene Schätzung

litischen Präferenzen der Befragten nach Sprachgruppe aufzuschlüsseln, kommt man zum Ergebnis, das in den nachfolgenden Abbildungen veranschaulicht und anschließend erörtert wird.

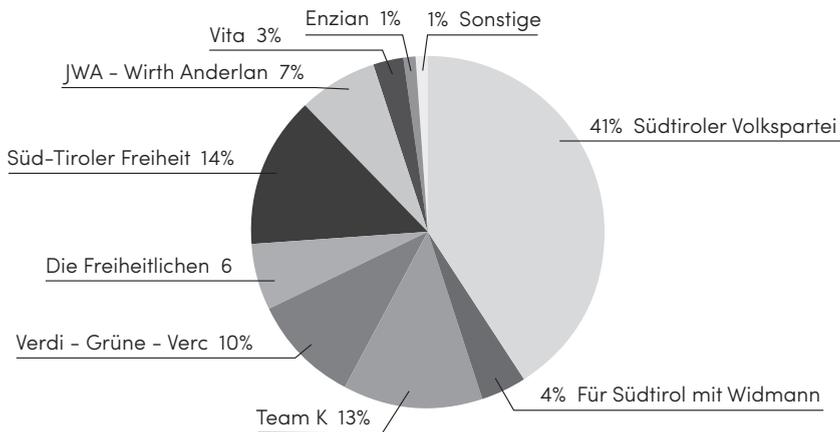
Am meisten Zustimmung in der italienischsprachigen Wählerschaft hat Fratelli d'Italia erhalten (28 Prozent), es folgen der PD, die Lega, La Civica und die SVP. Entgegen der verbreiteten Annahme, die italienische Sprachgruppe in Südtirol sei politisch mehrheitlich rechts ausgerichtet, entfallen auf die vier italienischen Rechtsparteien Fratelli d'Italia, Lega, Forza Italia und Centro Destra (als Abspaltung der Lega), kaum die Hälfte aller „italienischen“ Stimmen. Die andere Hälfte geht an Mitte-links (PD, Civica, Grüne, Movimento 5 Stelle) oder an „deutsche“ Parteien (SVP, Team K, Liste Widmann) bzw. an Vita. Dieses Ergebnis ist auch deshalb überraschend, weil eine ähnliche Abschätzung für die Landtagswahlen 2018 noch eine klare Mehrheit (57 Prozent) für rechte italienische Parteien erbracht hatte. Letzteres war wohl der 2018 von der Lega beflügelten Aufbruchstimmung geschuldet, die italienischsprachige Wähler/-innen vermehrt zu den Urnen gezogen hat. Auf die beiden interethnischen Gruppierungen – Grüne Verdi Vërc und Vita – entfallen dabei knapp 8 Prozent, auf deutsche Parteien (SVP, Team K, Für Südtirol mit Widmann) 13 Prozent.

Insgesamt machen die italienischsprachigen Wähler/-innen einen Anteil von ca. 20 Prozent aller gültigen Stimmen aus. Damit sollten sie eigentlich sieben von 35 Abgeordneten bestimmen können. Dass tatsächlich nur fünf italienischsprachige

Kandidierende gewählt wurden, ist einerseits Folge der starken Zersplitterung des Parteienspektrums. Andererseits ist die meistgewählte italienischsprachige Kandidatin auf der Liste der Grünen ja nur knapp gescheitert und das 13. Mandat der SVP offensichtlich den Stimmen italienischsprachiger Wähler/-innen zu verdanken. So gesehen bilden auch die drei Mandatare von Fratelli d'Italia und Lega nicht die Mehrheit jener Abgeordneten zum Südtiroler Landtag, denen die italienischsprachige Wählerschaft ihr Vertrauen geschenkt hat.

Veränderungen gegenüber 2018 sind auch in der deutsch-ladinischen Wahlarena festzustellen. Die bedeutendste ist wohl darin zu sehen, dass die Südtiroler Volkspartei erstmals die absolute Mehrheit in der deutschsprachigen und ladinischen Wählerschaft verloren hat; mit einem Stimmenanteil von 41 Prozent kann sie ihren Alleinvertretungsanspruch für die sprachlichen Minderheiten nicht mehr glaubhaft aufrechterhalten (selbst dann nicht, wenn man jene 4 Prozent der Stimmen mitzählt, die an die Liste von Thomas Widmann gegangen sind). Für die Wahlen vor fünf Jahren hatte eine analoge Schätzung für die SVP immerhin noch einen Anteil von 54 Prozent aller Stimmen ergeben, die von deutsch- und ladinischsprachigen Wählerinnen und Wählern stammen. War 2018 das Team K eindeutig zur zweitstärksten Kraft in der deutsch-ladinischen Arena geworden, so muss es sich diesen Rang diesmal mit der Süd-Tiroler Freiheit teilen. Auf alle patriotisch-populistischen Kräfte (dazu zählen noch Die Freiheitlichen und die Liste JWA) entfällt mehr als ein Viertel aller Stimmen von deutsch- oder ladinischsprachigen Wählerinnen und Wählern.

**Abb. 4: Stimmenverteilung in der deutsch-ladinischen Wahlarena nach Listen**



Quelle: amtliche Wahldaten aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023; apollis, eigene Schätzung

Die beiden interethnischen Parteien haben einen Anteil von 13 Prozent. Italienische Parteien sind bedeutungslos.

Insgesamt bestätigt sich damit die Geschlossenheit der Wählarenen: abgesehen von den interethnischen Parteien sind es schätzungsweise nur drei bis vier Prozent aller Wählenden, die nicht entsprechend ihrer Wahlarena votierten; und das geht in erster Linie auf die Attraktivität der SVP für einen Teil der italienischsprachigen Wählerschaft zurück.

## 8. Wählerwanderungen

Um Wählerwanderungen verlässlich analysieren zu können, bräuchte es entweder Nachwahlbefragungen, die auf sehr großen Stichproben beruhen, oder eine ausgefeilte auf statistischen Regressionen beruhende Analyse der amtlichen Ergebnisse der Landtagswahlen 2018 und 2023 nach Wahlsprengeln. Beides liegt uns nicht vor. Man kann daher nur grobe Tendenzen angeben, die auf den Wahlumfragen kurz vor der Wahl und auf der für die SVP durchgeführten Nachwahlbefragung beruhen.

Die SVP hat ihre Stimmen offenbar in verschiedene Richtungen verloren: zu den Listen Widmann und JWA, zur Süd-Tiroler Freiheit, zum Team K, zu den Grünen und nicht zuletzt zu den Nichtwählenden. Die Lega hat sicher an Fratelli d'Italia und wohl auch an La Civica verloren, vor allem aber scheinen viele ihrer Wähler/-innen des Jahres 2018 zu Hause geblieben zu sein. Frühere Wähler/-innen der Freiheitlichen haben sich teilweise der Süd-Tiroler Freiheit und der Liste JWA zugewandt. Ehemalige Team-K-Wähler/-innen sind am ehesten zu den Grünen, zur Liste Widmann und zur Liste JWA abgewandert. Ein Teil der ehemaligen Wählerschaft des Movimento 5 Stelle findet sich 2023 unter den Stimmen für La Civica und für Vita.

Wendet man sich den Wahlsiegern zu, dann dürften die Stimmen der Liste Wirth Anderlan unterschiedlicher Herkunft sein: SVP, Team K und Freiheitliche sowie die heimatlosen ehemaligen Wähler/-innen der Bürgerunion kommen da in erster Linie in Frage. Darüber hinaus dürfte JWA viele erstmals Wählende angezogen haben. Die Zugewinne der Süd-Tiroler Freiheit kommen primär von der SVP, von den Freiheitlichen und von Jungwählerinnen und Jungwählern. Für Südtirol mit Widmann hat primär im Wählerreservoir der SVP geschöpft; daneben scheinen einige Team-K-Wähler/-innen, vielleicht auch Freiheitliche oder Wähler/-innen der Süd-Tiroler Freiheit hier ihre neue politische Heimat gefunden zu haben. La Civica hat dem Anschein nach frühere Wähler/-innen des Movimento 5 Stelle, von Forza Italia und der SVP angezogen. Vita schließlich ist – auch wegen der geringen Stimmenzahl – am

schwersten einzuschätzen. Die neue Liste dürfte Zustrom aus verschiedenen Richtungen bekommen haben, nicht zuletzt von Menschen, die schon länger nicht mehr an Wahlen teilgenommen haben.

## 9. Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten

Seit langem wird in der Politik eine Tendenz zur Personalisierung beobachtet (vgl. Swanson/Mancini 1996; Brettschneider 2002). Es stellt sich daher auch bei dieser Wahl die Frage nach der Bedeutung der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der einzelnen Parteien, die hier anhand der abgegebenen Vorzugsstimmen analysiert werden sollen.

Wie schon bei vorhergehenden Wahlgängen (Atz/Pallaver 2014, 177–179; Atz/Pallaver 2019) zeigt sich, dass die Wähler/-innen von Parteien der deutsch-ladinischen Wahlarena im Mittel wesentlich mehr Vorzugsstimmen vergeben als jene der italienischen Wahlarena. Im Durchschnitt waren es diesmal 2,1 Vorzugsstimmen je Listenstimme, der Vergleichswert 2018 beträgt 1,9.

An der Spitze steht dabei die Wählerschaft der SVP mit durchschnittlich 2,8 Vorzugsstimmen, aber auch beim Team Köllensperger, der Süd-Tiroler Freiheit und den Grünen Verdi Vërc liegt die mittlere Zahl der Vorzugsstimmen je Stimme für die Liste jeweils über zwei, bei der Liste JWA knapp darunter. Es folgen die Liste Widmann, die Freiheitlichen, Enzian und Vita mit Quoten zwischen 1,9 und 1,5. Dagegen erreichen unter den italienischen Parteien lediglich La Civica (1,4) und der PD (1,2) eine Quote, die merklich über eins liegt. Für Centro Destra (1,1) und Lega (1,0) entspricht die Zahl der Vorzugsstimmen in etwa jener der Listenstimmen, bei den anderen italienischsprachigen Listen wurden jeweils deutlich weniger Vorzugsstimmen als Listenstimmen abgegeben. Das Schlusslicht bilden dabei Fratelli d'Italia und Forza Italia.

Meistgewählter Kandidat war – wir vor fünf Jahren – Arno Kompatscher als Listenführer der SVP mit rund 59.000 Stimmen, das ist eine Abnahme von fast 10.000 Stimmen gegenüber 2018. Ihm folgen mit großem Respektabstand Hubert Messner, parteiloser Kandidat auf der SVP-Liste, mit über 30.000 persönlichen Stimmen sowie Sven Knoll von der Süd-Tiroler Freiheit, der rund 25.000 Stimmen erhielt (das ist das Zweieinhalbfache seines Ergebnisses 2018). Dahinter liegen SVP-Obmann und Landesrat Philipp Achammer, der auf knapp 17.000 Stimmen kam, sowie Paul Köllensperger vom Team K mit gut 15.000 Vorzugsstimmen. Für beide bedeutet das einen veritablen Absturz gegenüber 2018, der neben den Verlusten der Liste auch

persönliche Gründe haben dürfte (schlechte Performanz als Obmann bei Achammer, 600-Euro-Bonus-Affäre bei Köllensperger). Die Schwelle von 10.000 Vorzugsstimmen überschreiten weiters Peter Brunner, Jürgen Wirth Anderlan, Maria Elisabeth Rieder, Rosmarie Pamer, Brigitte Foppa, Waltraud Deeg, Daniel Alfreider und Luis Walcher. Auffällig ist dabei das gute Abschneiden der erstmals Kandidierenden auf der SVP-Liste Brunner, Pamer und Walcher (der Erfolg von Messner wurde schon oben genannt) sowie auf Oppositionsseite des ebenfalls zum ersten Mal antretenden Wirth Anderlan sowie von Rieder, die 2018 erst bei 3.000 Stimmen gelegen war und 2023 mit über 12.000 ihrem Listenführer Köllensperger nahekam. Neben Achammer mussten drei weitere Mitglieder der vorigen Landesregierung herbe Einbußen hinnehmen, nämlich Arnold Schuler (-11.000), Waltraud Deeg (-6.000) und Maria Hochgruber Kuenzer (-4.000), die damit sogar den Wiedereinzug in den Landtag verpasste.

Aufgrund des niedrigeren Bevölkerungsanteils, aber auch wegen der fehlenden Gewohnheit Vorzugsstimmen zu geben, liegen die italienischsprachigen Kandidatinnen und Kandidaten hinsichtlich ihres Vorzugsstimmenergebnisses weit abgeschlagen. Am meisten Stimmen erhielt Sabine Giunta auf der Liste der Grünen Verdi Vërc mit über 4.000, sie verfehlte den Einzug in den Landtag dennoch knapp. Die anderen relativ gut gewählten Vertreter der italienischen Sprachgruppe, Angelo Gennaccaro, Christian Bianchi und Marco Galateo erzielten allesamt um die 3.000 Vorzugsstimmen.

So weit die absoluten Zahlen. Bezogen auf die Zahl der für die Liste abgegebenen Stimmen nehmen dagegen Jürgen Wirth Anderlan und Sven Knoll die ersten Stellen ein: Sie bekamen von über 80 Prozent der Wähler/-innen ihrer Liste eine persönliche Vorzugsstimme. Es folgen Renate Holzeisen mit 75 Prozent und Thomas Widmann mit 72 Prozent, Anteile um die 60 Prozent erhielten Josef Unterholzner, Arno Kompatscher und Ulli Mair; Paul Köllensperger, dessen Vorzugsstimmenergebnis 2018 bei zwei Drittel seiner Liste gelegen war, rutschte diesmal knapp unter die 50-Prozent-Schwelle. Brigitte Foppa von den Grünen konnte sich anteilmäßig von 36 Prozent auf 46 Prozent verbessern. Aus den schon genannten Gründen schneiden die Spitzenkandidaten aller italienischen Parteien vergleichsweise schlecht ab. Am meisten Erfolg in der eigenen Wählerschaft hatten Angelo Gennaccaro (44 Prozent) und Christian Bianchi (36 Prozent); alle anderen Spitzenkandidaten konnten weniger als 30 Prozent der Listenstimmen auf sich vereinigen, wobei Carlo Vettori mit 12 Prozent das Schlusslicht bildet. Die Zweitgewählten mit dem bestem relativen Vorzugsstimmenergebnis sind übrigens Maria Elisabeth Rieder (40 Prozent) und Andreas Reber Leiter (38 Prozent).

**Tab. 7: Vorzugsstimmen und Stärke der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten 2023**

Liste	Meistgewählt	Vorzugsstimmen Meistgewählte/-r	Vorzugsstimmen Zweite/-r	Vorzugsstimmen insgesamt	Mittlere Zahl Vorzugsstimmen	Anteil Meistgewählt/Listenstimmen	Abstand Erste/r Zweite/r	Überlegenheitsfaktor
Südtiroler Volkspartei	Arno Kompatscher	58.775	30.607	268.064	2,76	60,5%	29,0%	1,92
Team K	Paul Köllensperger	15.409	12.496	66.882	2,14	49,4%	9,3%	1,23
Süd-Tiroler Freiheit	Sven Knoll	25.290	8.825	62.245	2,04	82,7%	53,8%	2,87
Grüne Verdi Vërc	Brigitte Foppa	11.772	6.412	52.707	2,07	46,3%	21,1%	1,84
Fratelli d'Italia	Marco Galateo	2.993	1.641	11.290	0,67	17,9%	8,1%	1,82
JWA – Wirth Anderlan	Jürgen Wirth Anderlan	14.043	4.380	32.621	1,97	84,6%	58,2%	3,21
Die Freiheitlichen	Ulli Mair	7.883	5.320	24.792	1,79	57,0%	18,5%	1,48
Partito Democratico	Sandro Repetto	2.703	769	11.680	1,20	27,8%	19,9%	3,51
Für Südtirol mit Widmann	Thomas Widmann	6.928	2.522	18.151	1,88	71,8%	45,7%	2,75
Lega Salvini	Christian Bianchi	3.098	1.646	8.699	1,02	36,3%	17,0%	1,88
La Civica	Angelo Gennaccaro	3.191	1.764	10.075	1,38	43,7%	19,5%	1,81
Vita	Renate Holzseisen	5.446	1.120	11.009	1,52	75,4%	59,9%	4,86
Movimento 5 Stelle	Diego Nicolini	381	197	1.660	0,80	18,3%	8,8%	1,93
Enzian	Josef Unterholzner	1.245	365	3.534	1,78	62,6%	44,2%	3,41
Forza Italia	Carlo Vettori	200	145	949	0,58	12,3%	3,4%	1,38
Centro Destra	Filippo Maturi	449	221	1.774	1,11	28,0%	14,2%	2,03

Quelle: Amtliche Wahldaten aus dem Südtiroler Bürgernetz 2023, eigene Auswertung

Doch erst, wenn auch die für die anderen Kandidatinnen und Kandidaten abgegebenen Vorzugsstimmen einbezogen werden, ergibt sich ein vollständiges Bild. Sehr aussagekräftig ist diesbezüglich der Vorsprung des oder der Meistgewählten gegenüber der Nummer Zwei der jeweiligen Liste (in der Tabelle als „Überlegenheitsfaktor“ dargestellt). Hier zeigt sich, dass Renate Holzeisen eine echte Galionsfigur ihrer Liste bildet: sie erzielte rund fünfmal so viele Vorzugsstimmen wie der an zweiter Stelle gewählte Kandidat Rudolph Schöpf. Hoch ist der Vorsprung auch bei Repetto, Unterholzner, Wirth Anderlan, Knoll und Widmann mit Faktoren um die 3. Betrachtet man die beiden Aspekte Anteil an den Listenstimmen und Überlegenheitsfaktor zusammen, dann sind es fünf Parteien, die primär von ihrem Spitzenkandidaten bzw. ihrer Spitzenkandidatin geprägt werden: JWA, Vita, Widmann, Enzian und die Süd-Tiroler Freiheit. Vier der fünf sind im Wesentlichen Einpersonenlisten, deren Gründer/-innen einige Mitstreitende gefunden haben, doch bei der Süd-Tiroler Freiheit war die fast vollständige Identifikation mit dem Listenführer nicht unbedingt zu erwarten. Eine starke, aber nicht dominierende Position in ihrer jeweiligen Partei haben Kompatscher, Mair, Köllensperger, Foppa und Gennaccaro.

Die Bedeutung politischer Persönlichkeiten nimmt somit auch in Südtirol kontinuierlich zu, wobei sie je nach Partei oder Liste recht unterschiedlich zu gewichten ist. Etliche Listen werden von einer einzigen Persönlichkeit geprägt, bei anderen steht eher das Team in Verbindung mit der Marke im Vordergrund. Zudem fällt auf, dass Frauen unter den jeweiligen Führungsfiguren der Parteien rar gesät sind: nur drei von 16 gehören dem weiblichen Geschlecht an.

## 10. Schlussbemerkungen

Die Landtagswahlen 2023 und die darauf folgende Regierungsbildung, so die Eingangsthese, können wohl als Zeitenwende in der Politik Südtirols angesehen werden und nicht nur als Zwischenspiel. Denn es ist nur schwer vorstellbar, dass sich die politischen Verhältnisse mittelfristig auf das Niveau von vor 2023 wieder einpendeln.

Die Wahlen haben wohl definitiv die politische Landschaft Südtirols verändert, was in mehrfacher Hinsicht zum Ausdruck kommt. Die Südtiroler Volkspartei hat ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis eingefahren, bleibt aber die stimmenstärkste Partei. Am schwersten wiegt wohl der Umstand, dass die SVP ihren Anspruch, die Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung Südtirols zu sein, nicht mehr aufrecht erhalten kann, denn sie vertritt nicht mehr die absolute Mehrheit der beiden ethnischen Minderheiten.

Die traditionelle Parteienfragmentierung in der italienischen Wahlarena ist nun auch in der deutschen eingezogen. Noch nie wie im Oktober 2023 sind so viele deutsche Parteien zu den Wahlen angetreten, noch nie haben so viele deutsche Parteien den Sprung in den Landtag geschafft, wie überhaupt noch nie so viele Parteien (insgesamt zwölf) im Landtag vertreten waren, darunter mehrere Einpersonenteilungen. Erstmals sind neben den Grünen mit der Liste Vita zwei interethnische Parteien in den Landtag eingezogen. Zugenommen haben weiters rechtspopulistische sowie impfkritische Protestparteien sowie stark personalisierte Parteien.

Die Wahlumfragen wurden im Wesentlichen vom Wahlergebnis bestätigt, wenn auch mit Ausnahmen. Die Verdoppelung der Mandate der Süd-Tiroler Freiheit hatte niemand vorhergesehen. Auch JWA schnitt besser ab als prognostiziert. Unter den Erwartungen blieben hingegen die Liste Für Südtirol mit Widmann und Fratelli d’Italia.

Der Trend innerhalb der italienischsprachigen Bevölkerung, sich in weit geringem Ausmaß an der Wahl als die deutsch- und ladinischsprachige zu beteiligen, setzt sich fort und führt zu einschneidenden Folgen für die politische Vertretung der Italiener/-innen, die nur mehr fünf von 35 Abgeordneten im Landtag stellen. In diesem Zusammenhang muss auch auf das ethnische Wahlverhalten verwiesen werden. Nach wie vor präsentieren sich die ethnischen Wahlarenen als ziemlich undurchlässig. Bei diesem Wahlgang hat aber die SVP ihr 13. Mandat wohl den italienischen Stimmen zu verdanken. Fast keine Stimmen sind hingegen von deutschsprachigen Wählerinnen und Wählern zu italienischen Parteien gewandert. Schätzungsweise waren es nur drei bis vier Prozent aller Wähler/-innen, die ihre ethnische Wahlarena verließen.

Ein seit langem bestehender, inzwischen konsolidierter Trend der Personalisierung wurde bei den Landtagswahlen bestätigt. Fast die Hälfte der im Landtag vertretenen Parteien, insgesamt fünf, sind primär von ihrem Spitzenkandidaten bzw. ihrer Spitzenkandidatin geprägt. Vier davon sind im Wesentlichen Einpersonenteilungen.

Nach politischer Orientierung betrachtet, haben klar rechtsorientierte bzw. patriotische Parteien auf deutscher und italienischer Seite ihren Anteil von 28 auf 32 Prozent gesteigert, während der Anteil von Parteien des Mitte-links-Spektrums von 72 auf 65 Prozent gesunken ist, sofern man die Sammelpartei SVP und die Widmann-Liste hinzu rechnet. Insgesamt kann man sicher von einem rechtspopulistischen Trend sprechen und von einer Denkkettewahl, zumal die beiden Regierungsparteien SVP und Lega starke Verluste erfahren mussten. Irrig ist allerdings die weit verbreitete Meinung, die italienische Bevölkerung habe mehrheitlich rechte Parteien gewählt, während sich ihre Stimmen in Wirklichkeit in etwa paritätisch zwischen rechten und Mitte-links-Parteien aufteilen.

---

## Anmerkungen

- 1 Einige der Angaben wurden nach Prüfung der ursprünglichen Quellen korrigiert.
- 2 Laut der Nachwahlbefragung von Demox hat rund ein Viertel der Wähler/-innen die persönliche Wahlentscheidung für eine Partei in den letzten Tagen oder gar erst in der Wahlkabine getroffen.
- 3 Diesen Zusammenhang bestätigt auch die Nachwahlbefragung von Demox Research.
- 4 Hat sich im Vorfeld der Landtagswahlen 2018 vom PD abgespalten und wird wegen der Nähe etlicher Vertreter/-innen zur ehemaligen DC und Nachfolgegruppierungen (u. a. der frühere Landesrat Roberto Bizzo) der Mitte zugerechnet.
- 5 Die Ergebnisse der Politbarometer-Umfragen wurden auszugsweise in verschiedenen Ausgaben der „Südtiroler Wirtschaftszeitung“ wiedergegeben, der Rest ist unveröffentlicht.

---

## Literaturverzeichnis

- ASTAT (2012), ASTAT info, Nr. 38, Juni 2012, Volkszählung 2011, [https://astat.provinz.bz.it/downloads/mit38\\_2012.pdf](https://astat.provinz.bz.it/downloads/mit38_2012.pdf) (14.01.2024)
- Atz, Hermann (2023), Nur die Hälfte wählt rechts, in: Südtiroler Wirtschaftszeitung/48, 15.12.2023, 7
- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2014), Die Normalisierung Südtirols. Die Landtagswahlen 2013: Ergebnisse, Trends und Perspektiven, in: Pallaver, Günther (Hg.), *Politika 14. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica*, Bozen: Edition Raetia, 149–191
- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2019), Der Reiz des Neuen. Unzufriedenheit bestraft die Regierungsparteien gleich wie die etablierte Opposition, in: Engl, Alice/Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth (Hg.), *Politika 19. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen: Edition Raetia, 115–153
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2023a), Klimaplan Südtirol 2040, [www.klimaland.bz/wp-content/uploads/Klimaplan-Suedtirol-2040\\_DEU\\_WEB-pagine-singole.pdf](http://www.klimaland.bz/wp-content/uploads/Klimaplan-Suedtirol-2040_DEU_WEB-pagine-singole.pdf) (11.01.2023)
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2023b), Informationen über die Briefwahl, [https://landtagswahlen.provinz.bz.it/downloads/informativa-voto-per-corrispondenza\\_deu\\_2023.pdf?v=2023-11-20T07:21:19.925Z](https://landtagswahlen.provinz.bz.it/downloads/informativa-voto-per-corrispondenza_deu_2023.pdf?v=2023-11-20T07:21:19.925Z) (14.01.2024)
- Baldessarini, Linda (2023), Integrazione, sanità, lavoro. Le richieste dei nuovi italiani. Sono 15 i candidati alle elezioni, in: *Corriere dell'Alto Adige*, 24.09.2023, 2–3
- Brettschneider, Frank (2002), Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Franceschini, Christoph/Oberhofer, Artur (2022), *Freunde im Edelweiß. Ein Sittenbild der Südtiroler Politik*, Bozen: edition AROB
- Franceschini, Christoph/Oberhofer, Artur (2023), *Das Geschäft mit der Angst. Ein Südtiroler Wirtschaftskrimi*, Bozen: edition AROB

- Fukuyama, Francis (2022), Putin's War on the Liberal Order, in: Financial Times, 04.03.2022, [www.ft.com/content/d0331b51-5d0e-4132-9f97-c3f41c7d75b3](http://www.ft.com/content/d0331b51-5d0e-4132-9f97-c3f41c7d75b3) (10.1.2024)
- Hinterwaldner, Karl (2023a), Im Namen der SAD, in: Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth/Engl, Alice (Hg.), *Politika 23. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen: Edition Raetia, 59–75
- Hinterwaldner, Silke (2023b), Ladinischer Lockruf, in: ff – Das Südtiroler Wochenmagazin/41, 12.10.2023, 28–31
- Lijphart, Arend (1977), *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*, New Haven/London: Yale University Press
- Münkler, Herfried (2022), Rückkehr zum Imperialismus? Herfried Münkler über Putins Großmacht-Träume, in: Deutschlandfunk, 27.02.2022, [www.deutschlandfunk.de/rueckkehr-zum-imperialismus-herfried-muenkler-ueber-putins-grossmacht-traeume-dlf-f73a46fe-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/rueckkehr-zum-imperialismus-herfried-muenkler-ueber-putins-grossmacht-traeume-dlf-f73a46fe-100.html) (10.01.2024)
- Nohlen, Dieter (2009), *Wahlrecht und Parteiensystem*, 6. Auflage, Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich
- Pallaver, Günther (2018), *Südtirols Parteien. Analysen, Trends und Perspektiven*, Bozen: Edition Raetia
- Pallaver, Günther (2020), EU-Wahlen in Südtirol: Die Bedeutung des Wahlsystems und seine Wirkungsrichtung. Eine historisch-empirische Analyse, in: Pallaver, Günther/Engl, Alice/Alber, Elisabeth (Hg.), *Politika 20. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen: Edition Raetia, 101–127
- Sabrow, Martin (2023), Zäsur und Zeitenwende. Wo befinden wir uns? Wie zeitgenössische Erfahrung und nachträgliche Deutung unser Epochenbewusstsein verändern, [www.bpb.de/themen/deutschland-archiv/519981/zaesur-und-zeitenwende-wo-befinden-wir-uns/](http://www.bpb.de/themen/deutschland-archiv/519981/zaesur-und-zeitenwende-wo-befinden-wir-uns/) (10.01.2024)
- Scantamburlo, Matthias (2016), *Ethnoregionale Parteien und mehrdimensionaler Wettbewerb. Eine Analyse von Parteistrategien in Südtirol und dem Baskenland*, Dissertation, Universität Innsbruck
- Südtiroler Bürgernetz (2023), Landtagswahlen 2023, <https://civis.bz.it/vote/landtag2023/site/de/index.html#!/vote/landtag2023/site/de/elected> (14.01.2024)
- Südtiroler Bürgernetz (2024), Wahlen, <https://civis.bz.it/de/themen/wahlen.html> (14.01.2024)
- Südtiroler Volkspartei (2023), Wahlanalyse, [https://salto.bz/sites/default/files/2023-11/pa\\_wahlanalyse\\_compressed.pdf](https://salto.bz/sites/default/files/2023-11/pa_wahlanalyse_compressed.pdf) (03.11.2023)
- Swanson, David L./Mancini, Paolo (1996), *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*, Westport/Connecticut: Praeger
- Tagesschau (2020), Zwischen Fehler und Protest. Südtiroler Politiker und ihr Corona-Bonus, in: RaiNews, 13.08.2020, [www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2020/08/tag-koellensperger-lanz-schuler-tauber-svp-team-k-suedtiroler-landtag-bonus-600-coronahilfe-fa446757-4824-4fcf-b3de-70ca2cb5075d.html](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2020/08/tag-koellensperger-lanz-schuler-tauber-svp-team-k-suedtiroler-landtag-bonus-600-coronahilfe-fa446757-4824-4fcf-b3de-70ca2cb5075d.html) (11.01.2024)
- Tagesschau (2023), U-Ausschuss. Wütende Opposition, in: RaiNews, 13.06.2023, [www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/06/u-ausschuss-wutende-opposition-831964ee-a5c9-487e-b86a-b9cc7214979e.html](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/06/u-ausschuss-wutende-opposition-831964ee-a5c9-487e-b86a-b9cc7214979e.html) (11.01.2024)
- TGR (2023), Commissione dei Sei. Eletto Alessandro Urzi presidente, in: RaiNews, 14.04.2023, [www.rainews.it/tgr/trento/articoli/2023/04/commissione-dei-sei-si-tratta-per-la-presidenza-4acd11d5-e10d-40af-8f1c-c82754b2c752.html](http://www.rainews.it/tgr/trento/articoli/2023/04/commissione-dei-sei-si-tratta-per-la-presidenza-4acd11d5-e10d-40af-8f1c-c82754b2c752.html) (10.01.2024)

- Tronconi, Filippo (2009), I partiti etnoregionalisti. La politica dell'identità territoriale in Europa occidentale, Bologna: il Mulino
- Türsan, Huri (1998), Introduction. Ethnoregionalist Parties as Ethnic Entrepreneurs, in: De Winter, Lieven/Türsan, Huri (Hg.), Regionalist Parties in Western Europe, London/New York: Routledge, 1–16
- van Gerven, Alexander (2023), Wahlen in Zahlen, in: ff – Das Südtiroler Wochenmagazin/3, 14.09.2023, 16–18
- Varesco, Barbara (bv) (2022), Meloni liefert Satz, der alles ändert, in: Dolomiten, 26.10.2022, 13
- Wikipedia (2023), Landtagswahl in Südtirol 2023, [https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl\\_in\\_Südtirol\\_2023](https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Südtirol_2023) (18.01.2024)



Melanie Gross/Sophia Schönthaler

## Der Landtagswahlkampf 2023 im Spiegel der Medien

Eine vergleichende Analyse von Dolomiten, Alto Adige  
und Salto.bz

### The 2023 Provincial Election Campaign as Reflected in the Media:

A comparative analysis of Dolomiten, Alto Adige and Salto.bz

**Abstract** This study investigates the media coverage of the 2023 South Tyrolean provincial elections through an analysis of 609 articles from different newspapers (Dolomiten, Alto Adige) as well as from an online news portal (Salto.bz). Despite divergent topics covered in these publications, a notable convergence exists in the prioritization of key issues across the newspapers. The representation of women in the election discourse appears low, suggesting potential gender-related gaps in coverage. Additionally, while migration emerges as a significant theme, the analysis reveals a predominantly negative framing of the issue, indicating potential bias in reporting. These findings contribute to developing our understanding of media influence on public perceptions of politics during elections. The results emphasize the need for a more detailed analysis of thematic priorities and biases in major South Tyrolean media.

## 1. Einleitung

Am 22. Oktober 2023 wurde ein neuer Südtiroler Landtag gewählt. Die Monate zuvor waren geprägt von einem energiegeladenen und polarisierenden Wahlkampf. Dieser wurde nicht nur von den politischen Akteurinnen und Akteuren selbst, sondern auch von den Medien stark geprägt. Die Vielschichtigkeit der regionalen Identität spiegelte sich im Wettstreit um die politische Macht und den Gestaltungsspielraum in Südtirol wider. Auch die Bedeutung der medialen Präsenz im politischen Diskurs wurde in diesem Wahlkampf bekräftigt.

Die Rolle der Medien reicht weit über die bloße Berichterstattung hinaus. Sie beeinflussen die Wahrnehmung der Wählerschaft und prägen den öffentlichen Diskurs über politische Akteurinnen und Akteure sowie über relevante Themen.

Medien spielen im Wahlkampf eine entscheidende Rolle. Sie verbreiten Informationen über Positionen, Pläne und Persönlichkeiten der Kandidierenden sowie über politische Themen und Veranstaltungen. Die Medienformate sind heutzutage breit gefächert: angefangen von den traditionellen Printmedien über das Fernsehen bis hin zu den Online-Plattformen und sozialen Medien. Noch nie konnten sich Menschen so schnell und einfach Zugang zu Nachrichten und Informationen verschaffen wie jetzt. Medien fungieren also als Vermittelnde zwischen politischen Akteurinnen und Akteuren und der Bevölkerung. Sie können die öffentliche Meinung maßgeblich formen, den politischen Diskurs lenken und den Erfolg oder Misserfolg von Kandidierenden durch ihre Berichterstattung beeinflussen. Gleichzeitig sind sie aber auch selbst Ziel politischer Strategien, da Parteien und Anwärter/-innen des Landtags bestrebt sind, ihre Botschaften gezielt zu platzieren und ihre öffentliche Darstellung zu kontrollieren. Eine breite, kritische und ausgewogene Medienlandschaft ist daher entscheidend für eine objektiv informierte Wählerschaft und eine funktionierende Demokratie.

Dieser Artikel wirft einen vertiefenden Blick auf den Wahlkampf der Südtiroler Landtagswahlen 2023 und beleuchtet insbesondere die Schlüsselrolle, die der Presse dabei zukommt. Dafür wurden aus dem lokalen Angebot drei Medien ausgewählt. Diese wurden auf Wahlkampfthemen, auf die Sichtbarkeit von Parteien und Kandidierenden und auf den sprachlichen Rahmen untersucht. Dabei wurden besonders die Wahlkampfthemen Migration und Frauenpolitik näher beleuchtet. Eine kritische Analyse der genannten Dynamiken ist unerlässlich, um die Komplexität des Südtiroler Wahlkampfs aufzuzeigen und die Wechselwirkungen zwischen politischem Handeln und medialer Vermittlung zu entschlüsseln. Der Beitrag ergründet dabei folgende Fragen: Welche politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Themen standen

im Fokus des Wahlkampfes? Gab es dabei Unterschiede zwischen Medien und Parteien? Wie wurden die Themen von den Medien aufgegriffen und behandelt? Wurden bestimmte Kandidierende in den Fokus gestellt? Wurde in der Berichterstattung eine geschlechterneutrale Sprache verwendet? Gab es Tendenzen zu positiver oder negativer Tonlage in Bezug auf die Themen Frauenpolitik und Migration? Wurden dabei Unterschiede zwischen Medien und Parteien deutlich?

Der erste Teil des Artikels gibt einen Überblick über die Südtiroler Medienlandschaft, die angewandte Methodik sowie eine Kurzbeschreibung der drei ausgewählten Medien. Im zweiten Teil werden die Studienergebnisse präsentiert. Dazu werden insbesondere die Wahlkampfthemen Frauenpolitik und Migration genauer thematisiert, da sie für die Autorinnen aufgrund ihrer Forschungsschwerpunkte von besonderem Interesse sind. Die Analyse zur Thematik Frauenpolitik und „Frauen in der Politik“ bietet Einblicke in die medialen Darstellungen und Diskussionen rund um die politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Der Fokus auf Migration ermöglicht eine vertiefende Betrachtung der medialen Perspektiven über ein oft kontrovers diskutiertes gesellschaftliches Thema. Die Forschung zeigt auf, dass die mediale Darstellung der geschlechtlichen als auch ethnischen Minderheiten in der Politik maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung prägt (vgl. Koikkalainen et al. 2022). Abschließend thematisiert der Artikel die Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit der Kandidierenden im medialen Diskurs.

## 2. Die Südtiroler Medienarena im Wahlkampfgeschehen

Die Medienlandschaft in Südtirol ist vielseitig und reflektiert die sprachliche sowie kulturelle Vielfalt der autonomen Provinz. Aufgrund der historischen und geografischen Gegebenheiten existieren sowohl deutsch- als auch italienischsprachige Medien und mit dem Zuwachs der Online-Medien wurde auch die Medienlandschaft in Südtirol bunter. Das Medienverzeichnis der Südtiroler Landesverwaltung zählt beispielsweise vier öffentliche Rundfunkanstalten, 20 Online-Medien, sechs überregionale Wochen- und Sonntagszeitungen, 18 private Hörfunkanstalten und vier Tageszeitungen (vgl. Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2024). Die medialen Angebote teilen sich in etwa in gleichem Maße auf die beiden Sprachgruppen auf. So gibt es in Südtirol zum Beispiel neben zwei deutschsprachigen Tageszeitungen auch zwei italienischsprachige.

Im Allgemeinen ist die Berichterstattung stark lokal fokussiert, prägt somit beträchtlich das öffentliche Bewusstsein und den politischen Diskurs in Südtirol.

Deshalb sind die redaktionellen Beiträge der Medien auch in Südtirol zentrale Komponenten eines jeden politischen Wahlkampfes, sowohl auf Landesebene als auch auf Gemeindeebene. Die Berichterstattung durch Tageszeitungen, Wochenzeitungen, TV, Radio und Online-Nachrichtenportale begleitet Parteien und Politiker/-innen, regt Diskussion über Problematiken in der Gesellschaft an und bestimmt über die Salienz verschiedener Kernthemen. Nicht zuletzt gestalten Medien so die politische Agenda mit. Die Forschung bezeichnet deshalb die Medien als *Agenda-Setter* (vgl. Fawzi 2014; Geiß/Schemer 2016).

Durch die Auswahl bestimmter Nachrichten setzen Medien ihre politische Agenda und beeinflussen somit, welche Thematiken und Fragestellungen im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Zu spezifizieren ist dabei, dass sie mit der Auswahl ihrer Berichterstattungsthemen nicht das Denken der Menschen selbst beeinflussen, sondern lediglich über welche gesellschaftlichen Angelegenheiten nachgedacht wird (vgl. McCombs 1977). Sie formen somit die Wahrnehmung und Prioritäten der Bevölkerung. Neben dem *Agenda-Setting* tragen Medien zum *Framing* bestimmter Thematiken bei. *Framing* bezieht sich auf die Art und Weise, wie Informationen präsentiert werden, um bestimmte Interpretationen und Perspektiven zu betonen. In Bezug auf die Medien bezeichnet *Framing* die bewusste Entscheidung von Journalistinnen und Journalisten Nachrichten zu präsentieren, um die Wahrnehmung eines Themas zu beeinflussen. Durch die Auswahl bestimmter Wörter, Bilder oder Betonungen können Medien die Bedeutung eines Ereignisses verstärken und die Wahrnehmung der Lesenden in eine bestimmte Richtung lenken (vgl. Koikkalainen et al. 2022). *Framing* ist daher ein Werkzeug, um die öffentliche Meinung zu formen und politische Diskussionen zu beeinflussen. Es kann dazu dienen, komplexe Probleme zu vereinfachen bzw. einzelne Themen aufzubauchen, Schwerpunkte zu setzen sowie bestimmte Narrative zu verstärken oder zu unterdrücken. Das Verständnis von *Framing* ist entscheidend, um die Vielfalt der Perspektiven in den Medien zu erkennen und kritisch zu hinterfragen, wie Informationen präsentiert werden (vgl. Geiß/Schemer 2016).

Der vorliegende Artikel befasst sich mit der Rolle der Medien als *Agenda-Setter* und analysiert gezielt das *Framing* in den ausgewählten Medien im Monat vor den Landtagswahlen 2023.

### 3. Methodik

Für die Wahlkampfanalyse der Landtagswahlen 2023 wurden drei verschiedene Südtiroler Medien ausgewählt. Bei den traditionellen Printmedien fiel die Wahl auf die „Dolomiten“ – die meistgelesene Tageszeitung unter der deutschsprachigen Bevölkerung – und auf die Tageszeitung „Alto Adige“ als Pendant für die italienischsprachigen Südtiroler/-innen. Die Zeitungen wurden in ihrer digitalen Version konsultiert. Um auch die Online-Medienlandschaft abzubilden, wählten die Autorinnen zudem das Nachrichtenportal „Salto.bz“, welches als erstes Online-Medium in Südtirol in den Landesprachen Deutsch und Italienisch berichtet.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf publizierte Artikel der genannten drei Medien im Monat vor den Wahlen, sprich im Zeitraum vom 22. September bis 22. Oktober 2023. Alle Artikel in dieser Zeitspanne wurden dabei anhand vorab bestimmter Schlüsselwörter gesammelt. Beispiele der gewählten *Keywords* sind:

- Name der Partei
- Landesregierung
- Kandidierende
- Name der Kandidierenden
- Landtagswahl

Die selektierten Artikel wurden im Anschluss in eine Excel-Tabelle eingetragen und manuell kodiert. Das Datenset umfasst insgesamt 609 Artikel für den oben genannten Zeitabschnitt. Davon sind 407 Artikel aus der Tageszeitung „Dolomiten“, 137 aus der Tageszeitung „Alto Adige“ sowie 65 von „Salto.bz“. Die unterschiedliche Anzahl an Beiträgen je Medium wird in der Darlegung der Ergebnisse berücksichtigt.

Die Kodierung ist in zwei Themengebiete unterteilt. Das erste Themenfeld fokussiert sich auf die gendergerechte Sprache, die spezifischen Wahlkampfthemen und die in diesem Zusammenhang erwähnten Parteien und Kandidierenden. Dies ermöglichte die Identifikation und Bewertung sowohl der Themen als auch der Parteien und Kandidierenden, die während des Wahlkampfs in den Medien vermehrt Sichtbarkeit erhielten.

Der zweite Themenbereich der Kodierung konzentriert sich auf das *Framing* der Kandidierenden sowie auf die zwei speziell ausgewählten und analysierten Wahlkampfthemen: Frauenpolitik und Migration. Im Hinblick auf die Kandidierenden liegt der Fokus beispielsweise darauf, wie diese porträtiert werden. In politischen Debatten wird *Framing* oft verwendet, um bestimmte Politiker/-innen oder politische Maßnahmen in einem positiven oder negativen Licht zu präsentieren. In Bezug

auf die Wahlkampfthemen Frauenpolitik und Migration wurden Unterthemen kategorisiert, um detailliertere Informationen zu erhalten. Im Zuge des Monitorings und des Kodierens der Fokusthemen wurde auch der positive und negative Kontext zum Thema festgehalten. Dies wurde anhand der verwendeten Sprache festgelegt. Beispielsweise wurde der Artikel mit „negativer Haltung“ kodiert, wenn Migration im Kontext von Unsicherheit und Kriminalität diskutiert wurde bzw. Kandidierende negative Haltungen zum Thema äußerten. Falls im Artikel sowohl negative als auch positive Aspekte hervorkamen, wurden die jeweiligen Passagen unterschiedlich kodiert und entweder dem Code „positive“ bzw. „negative Haltung“ zugeordnet. Anschließend wurde mit Hilfe von Power Pivot eine quantitative Analyse durchgeführt.

### 3.1 Die gewählten Medien im Überblick

Wie erwähnt wurden für die Wahlkampfanalyse drei verschiedene lokale Medien aus Südtirol ausgewählt. Folgend werden sie anhand einer kurzen Beschreibung vorgestellt.

#### 1. Die Tageszeitung „Dolomiten“

Die deutschsprachige Tageszeitung „Dolomiten“ ist die meistgelesene Zeitung Südtirols sowie die auflagenstärkste Lokalzeitung Italiens und gehört zur Verlagsanstalt Athesia. Mit einer durchschnittlichen täglichen Print-Auflage von ca. 46.200 Exemplaren (von Montag bis Samstag) und einem Leserkreis von maximal 210.000 Personen ist sie deutlicher Marktführer (vgl. Athesia Medien 2023). Die „Dolomiten“ wird nicht nur in Südtirol, sondern auch in den größeren Städten Mittel- und Norditaliens, in italienischen Urlaubsorten sowie in größeren bundesdeutschen Städten verkauft. Die Zeitung wurde 1923 begründet und ist demnach die erste deutschsprachige Tageszeitung Italiens. Sie erscheint sechsmal wöchentlich und publiziert zudem verschiedene Wochen- und Monatsbeilagen. Seit 2002 gibt es die „Dolomiten“ auch in digitaler Form. Sie zeichnet sich durch ihren starken regionalen Ansatz aus, nämlich mit lokalen Redaktionen und eigenen Bezirksseiten. Das Medium hat auch ein einzigartiges Community-Konzept und einen damit verbundenen Mehrwert für die Abonnentinnen und Abonnenten (beispielsweise südtirolweite Freikarten oder Rabatte). Darüber hinaus hat die „Dolomiten“ bereits mehrere Auszeichnungen des „European Newspaper Award“ erhalten.

Als älteste Tageszeitung Südtirols mit der größten Reichweite ist sie ein zentrales Instrument der Meinungsbildung in der politischen Landschaft Südtirols. Das Informationsmonopol der „Dolomiten“ innerhalb des deutschsprachigen Südtirols gab ab den 1970er-Jahren vermehrt Anlass für Kritik. Dies führte ab den 1980er-Jahren zur Gründung konkurrierender Wochen- und Tageszeitungen.

## 2. Die Tageszeitung „Alto Adige“

Den größten Anteil an der italienischsprachigen Leserschaft in Südtirol hat die Tageszeitung „Alto Adige“. Fast 8.000 Print-Kopien werden täglich verkauft und sie wird von 111.000 Interessierten gelesen (vgl. Manzoni Advertising 2024).

Die Tageszeitung „Alto Adige“ wurde 1945 vom Nationalen Befreiungskomitee gegründet, einer italienischen politischen und militärischen Organisation, die sich aus den wichtigsten antifaschistischen Parteien und Bewegungen des Landes zusammensetzte. Sie ist die erste italienischsprachige Tageszeitung in Südtirol und fungiert als Gegenpart zur „Dolomiten“. Ab 1958 gab die Tageszeitung „Alto Adige“ zwei deutschsprachige Seiten mit dem Namen „Deutsches Blatt“ heraus, die jedoch 1999 eingestellt wurden. Die Tageszeitung ist aktuell sowohl als Print- als auch als Online-Version erhältlich und erscheint sechsmal wöchentlich. Zusätzlich werden jährlich verschiedene Themenbeilagen veröffentlicht. Sie spielt eine wichtige Rolle in der medialen Landschaft der Provinz. Seit die Tageszeitung „Alto Adige“ 2016 von der Athesia Druck GmbH übernommen wurde, steht sie jedoch öfters der Kritik gegenüber, sie habe an meinungsbildender Bedeutung verloren.

## 3. Das Nachrichtenportal „Salto.bz“

„Salto.bz“ ist ein Nachrichten- und Communityportal in Südtirol. Die Website ist seit 2013 im Netz und ist das erste zweisprachige Südtiroler Online-Nachrichtenportal. Es bedient die deutsche und die italienische Sprachgruppe. „Salto.bz“ wurde von der Genossenschaft Demos2.0 gegründet, die auch als Herausgeber fungiert und mehr als 160 Mitglieder aufweist. Das Portal bietet Informationen, Analysen und Kommentare mit Schwerpunkt zu Politik, Wirtschaft, Umwelt und gesellschaftlichen Themen. Im Vordergrund der Berichterstattung steht die regionale Information, die durch Meldungen aus Italien und internationale Nachrichten ergänzt wird. „Salto.bz“ beschränkt sich nicht nur auf die passive Anwendung des Nachrichtenportals, sondern

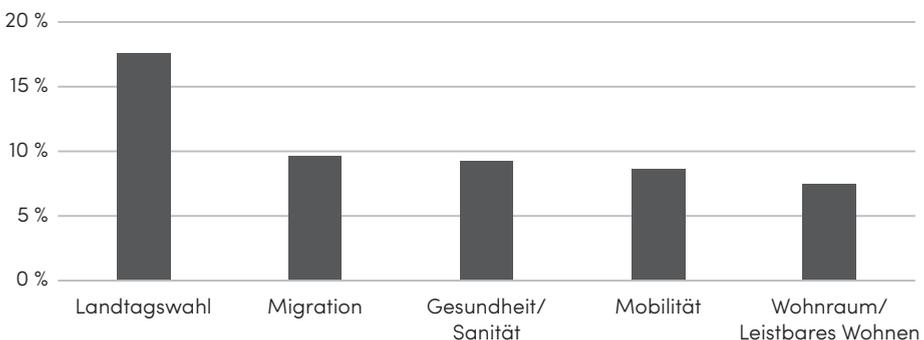
gibt angemeldeten Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit der Beteiligung an Diskussionen. Zudem erlaubt „Salto.bz“ den Nutzerinnen und Nutzern die Bereitstellung eigener Beiträge in Artikelform. Damit soll proaktiv Bürger/-innen-Journalismus in Südtirol gefördert werden. „Salto.bz“ zielt darauf ab, alternative Perspektiven und Nachrichten anzubieten und ist bekannt für seine kritische Berichterstattung über lokale Angelegenheiten. Mittlerweile kann das Portal jährlich ca. 15 Millionen Seitenaufrufe und rund 2,3 Millionen Userinnen und User verbuchen (vgl. Salto.bz 2020; 2024).

## 4. Der Landtagswahlkampf 2023 in den Medien: Analyse und Ergebnisse

### 4.1 Die Top-Themen im medialen Diskurs

Die Analyse der vorherrschenden Themen im Wahlkampf der Landtagswahlen 2023 basiert auf der Auswertung von insgesamt 593 Artikeln in den ausgewählten Medien „Dolomiten“, „Alto Adige“ und „Salto.bz“. Die kodierten Artikel betreffen die Thematik der Wahlkampfthemen und bilden die Grundlage aller weiteren Analysen. Diese umfangreiche Datenbasis ermöglichte es, die Schwerpunkte und Trends im Wahlkampfgeschehen umfassend zu erörtern. Das Spektrum der Themen in den betrachteten Artikeln spiegelt die breite Palette von Anliegen und Interessen wider, die die Bevölkerung in dieser entscheidenden Phase vor der Landtagswahl bewegten. Welche waren nun die zentralen Themen, die die mediale Berichterstattung dominierten?

**Abb. 1: Die fünf Top-Wahlkampfthemen in „Dolomiten“, „Alto Adige“ und „Salto.bz“ (n = 593)**



Quelle: Eigene Erhebung, Eurac Research

Die Landtagswahl war das dominierende Thema in den Medien im Zeitraum vom 22. September bis 22. Oktober 2023: die politischen Parteien präsentierten ihre Programme und Kandidierenden, Medien veröffentlichten Meinungsumfragen und Analysen. Von den 593 Artikeln thematisierten 104, somit ca. 18 Prozent, die Landtagswahl an sich, beispielsweise wurden dabei mögliche Wahlausgänge oder potentielle Wahlsieger oder -verlierer diskutiert.

Ein weiteres zentrales Wahlkampfthema war die Migration – knappe 10 Prozent der analysierten Artikel (57 von 593) behandelten das Thema. Die Diskussion um die Integration von Migrantinnen und Migranten, die Asylpolitik und mögliche Veränderungen in diesem Bereich prägten die Schlagzeilen. Dabei spielten sowohl lokale Ereignisse wie das Abschiebezentrum in Bozen, als auch nationale Geschehen, wie die steigenden Asylzahlen in Italien, eine entscheidende Rolle.

Das Thema Gesundheit und Sanität war ebenso medial präsent. Debatten über die Gesundheitspolitik, den Zugang zu medizinischer Versorgung und die Qualität des Sanitätssystems in der Provinz standen dabei im Fokus von 9 Prozent der Artikel (55 von 593).

In weiteren 9 Prozent (51 von 593) der Beiträge war Mobilität ein Thema. Im Vordergrund standen dabei Diskussionen über den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen, den öffentlichen Nahverkehr und alternative Mobilitätskonzepte.

Als wichtig wurden auch der Wohnraum in Südtirol und das leistbare Wohnen empfunden. In etwa 7 Prozent der Artikel wurden primär der fehlende Wohnraum sowie die steigenden Preise diskutiert (44 der 593 Artikel).

Die viel debattierten Themen in den Tageszeitungen „Dolomiten“ und „Alto Adige“ und auf „Salto.bz“ spiegeln die Bandbreite der Herausforderungen und Interessen unserer Gesellschaft wider. Sowohl für die Medien als auch für die Kandidierenden war es entscheidend, die verschiedenen Bedürfnisse der Bevölkerung bestmöglich zu adressieren.

Das Fokusthema Frauenpolitik schaffte es nicht in die Top-Fünf Themen und reihte sich mit 6 Prozent aller kodierten Artikel auf Platz sechs ein. Während die

**Tab. 1: Die drei Hauptthemen in „Dolomiten“, „Alto Adige“ und „Salto.bz“ (n = 593)**

	<b>Dolomiten</b>	<b>Alto Adige</b>	<b>Salto.bz</b>
1.	Landtagswahl	Landtagswahl	Migration
2.	Mobilität	Wohnraum/leistbares Wohnen	Landtagswahl
3.	Gesundheit	Migration	Gesundheit/Sanität

Quelle: Eigene Erhebung, Eurac Research

oben genannten Themenergebnisse die Berichterstattung aller drei Medien umfasst, ergibt die getrennte Analyse ein detaillierteres Bild.

Die drei Medien setzten also teilweise andere thematische Schwerpunkte und gaben diesen somit verschiedene Wichtigkeit und folglich unterschiedliche Präsenz und Sichtbarkeit. Sie platzierten damit ihre politische Agenda und beeinflussten die Debatten bei der Bevölkerung. Einzig das Thema Landtagswahl fand sich in allen drei Medien in der Liste der drei Hauptthemen wieder. Da es sich bei der hier präsentierten Analyse um die Berichterstattung im Monat vor der Landtagswahl handelt, ist dies jedoch nicht überraschend.

Im folgenden Teil des Artikels wird nun ein genauerer Blick auf die zwei spezifisch behandelten Themen Migration und Frauenpolitik geworfen. Es wird erörtert, wie diese im medialen Diskurs dargestellt und diskutiert wurden.

## 4.2 Themenlupe: Frauenpolitik

Unter Frauenpolitik werden politische Maßnahmen und Strategien verstanden, die darauf abzielen, die Rechte, Interessen und die Gleichstellung von Frauen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies umfasst Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit, Frauenrechte und die Beseitigung der Geschlechterdiskriminierung.

Frauenpolitik spielt im politischen Tagesgeschäft nur selten eine Rolle (mit Ausnahme in Zeiten der Pandemie). Im ersten Landtags-Wahlkampf nach der Coronakrise war es nicht anders.

Von einer Gesamtzahl von 593 relevanten Artikeln im Monat vor den Landtagswahlen widmeten sich 38 Beiträge dem Thema Frauenpolitik. Dabei richtete sich knapp ein Drittel dieser Medienaufmerksamkeit der Gewalt gegen Frauen. Grund dafür waren die in dieser Zeit aktuellen Vorfälle von Gewalttaten an Frauen sowie Femizide in Südtirol und im restlichen Italien. In 14 Berichten wurde die wirtschaftliche, politische oder soziale Gleichstellung der Frauen thematisiert. In sechs Fällen wurde die letzthin viel diskutierte Kinderbetreuung und die damit verbundene Forderung nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesprochen. Themen wie der *Gender-Gap* oder die Geschlechterquote waren im Wahlkampf kaum vorhanden bzw. wurden nur am Rande angeschnitten.

Betrachtet man die drei analysierten Medien getrennt, stellt man fest, dass die Tageszeitung „Dolomiten“ 79 Prozent der Artikel über Frauenpolitik schrieb. Dabei ging es spezifisch um Gewalt an Frauen, Geschlechtergleichstellung und Vereinbar-

keit bzw. Kinderbetreuung. Setzt man diese Zahl jedoch in Relation zu den gesamten kodierten Beiträgen der „Dolomiten“, umfasste das Thema Frauenpolitik lediglich 8 Prozent der Berichterstattung.

In der Tageszeitung „Alto Adige“ und auf dem Nachrichtenportal „Salto.bz“ wurden im genannten Zeitraum zum Thema jeweils vier Artikel publiziert. Hierbei wurden die Gewalttaten an Frauen und die Unvereinbarkeit aufgegriffen.

Neben den unterschiedlichen Inhalten zum Thema Frauenpolitik kann auch die Tonlage in den Artikeln stark variieren. Einige waren positiv konnotiert, indem sie Fortschritte und Erfolge in der Frauenpolitik hervorhoben. Andere hingegen zeigten einen negativen Kontext auf, der auf Diskriminierung oder auf unterschiedliche Herausforderungen hinwies.

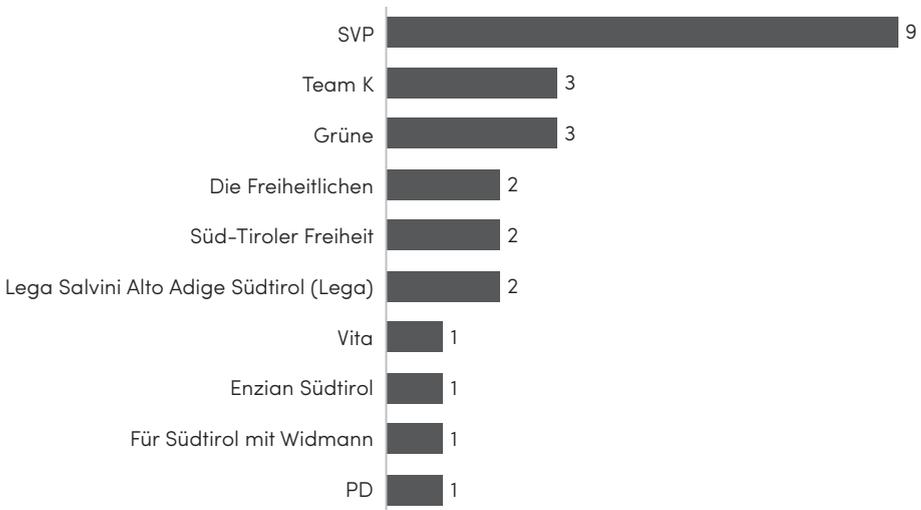
In 63 Prozent der Fälle wurden die im Artikel behandelten Themen in einem positiven Licht dargestellt. Dies vor allem beim Thema der wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Chancengleichheit sowie der Vereinbarkeit. In ablehnendem und verwerflichem Zusammenhang standen die Gewalttaten gegen Frauen. Die Geschlechterquote wurde sowohl positiv als auch negativ dargestellt. Die insgesamt vier Berichte in der Tageszeitung „Alto Adige“ waren allesamt negativ konnotiert, bei „Salto.bz“ war die Tonlage hingegen ausgeglichen.

Und welche Parteien beschäftigten sich im Wahlkampf mit dem Thema Frauenpolitik? In absoluten Zahlen betrachtet konnten 20 der 38 Beiträge keiner Partei zugeordnet werden. In neun Artikeln war die Südtiroler Volkspartei (SVP) vertreten. Der prozentuelle Anteil der Südtiroler Volkspartei an Berichten zum Wahlkampfthema Frauenpolitik betrug also knapp 24 Prozent. Dahinter folgten das Team K und die Grünen mit einem Anteil von knapp 8 Prozent. Die Freiheitlichen, die Süd-Tiroler Freiheit und die Lega schlossen sich mit jeweils 5 Prozent an.

Setzt man die Anzahl der „Artikel zum Thema Frauenpolitik nach Parteien“ in Relation zu den „gesamten kodierten Berichten nach Parteien“ ergibt sich jedoch folgendes Bild: Demnach setzte sich das Team K während des betreffenden Monats vor den Landtagswahlen am meisten für die Frauenbelange, insbesondere für die wirtschaftliche, politische und soziale Gleichstellung, ein. Diesem folgten die Grünen, die Freiheitlichen, die Süd-Tiroler Freiheit und die Südtiroler Volkspartei. Dabei stand bei den Freiheitlichen und bei der Süd-Tiroler Freiheit vor allem das Thema Vereinbarkeit und Gewalt an Frauen im Mittelpunkt. Der negative und positive Kontext zum Thema war im Allgemeinen bei allen Parteien ausgeglichen.

Einige Kandidierende der Landtagswahlen sind in Südtirol bereits für ihre engagierte Auseinandersetzung mit dem Thema Frauenpolitik bekannt. Doch welche erhielten auch im Rahmen der medialen Berichterstattung Sichtbarkeit? 55 Prozent

Abb. 2: Die Parteien und das Thema Frauenpolitik (n = 38)



Quelle: Eigene Erhebung, Eurac Research

(21 Berichte) der analysierten Artikel wurden in den drei Medien ohne konkreten Bezug auf einen Landtagskandidaten bzw. eine Landtagskandidatin veröffentlicht. Diesen folgte Arno Kompatscher in sechs Artikeln teils mit Zitaten und Foto. Als Landeshauptmann, Landesrat für Wirtschaft und Landesrat für Chancengleichheit war er in allen drei Medien hauptsächlich zu den Themen *Gender-Gap* und politische Gleichstellung zu Wort gekommen. Auf ihn folgte Waltraud Deeg. Weitere 18 Kandidierende wurden in der medialen Berichterstattung zum Thema Frauenpolitik nur einmal angeführt.

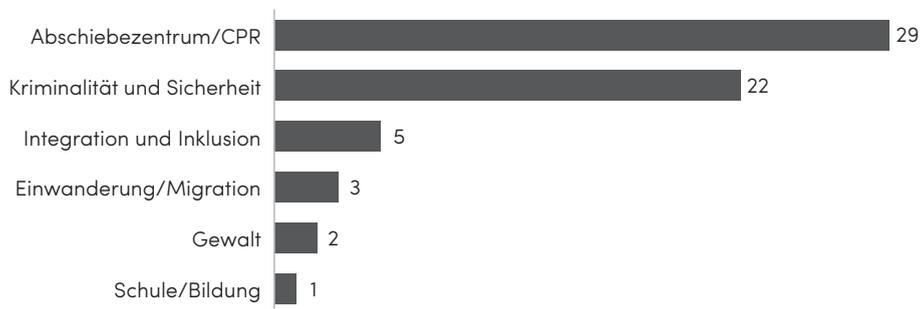
Im Kontext Frauenpolitik waren 70 Prozent der erwähnten Kandidierenden weiblich. Das beweist einmal mehr, dass die Thematik noch immer Frauenthema ist und somit noch lange nicht als Gesellschaftspolitik bei Politikerinnen und Politikern, Journalistinnen und Journalisten sowie der Bevölkerung angekommen ist. Dies hat wiederum zur Folge, dass auch Parteien in ihren Wahlprogrammen wenig mit Frauenthemen werben. Denn immerhin sind knapp 50 Prozent der Wahlberechtigten in Südtirol Männer.

Auch im Wahlkampf wurde also der Diskriminierung und den Herausforderungen des weiblichen Geschlechts immer noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Frauenpolitik ist nach wie vor als Wahlkampfthema zu wenig attraktiv.

### 4.3 Themenlupe: Migration

Im untersuchten Zeitraum wurden in den drei Medien insgesamt 57 Artikel veröffentlicht, welche sich mit dem Thema Migration auseinandersetzten. Das entspricht in etwa 10 Prozent aller analysierten Beiträge. Es zeigt sich somit, dass das Thema sehr wohl angesprochen wurde, jedoch nicht den medialen Diskurs dominierte. Im Kontext der Migration wurden dabei unterschiedliche Unterthemen behandelt, wie beispielsweise das Abschiebezentrum in Bozen (in 51 Prozent der Artikel zu Migration) oder die Thematik Kriminalität und Sicherheit (in 39 Prozent der Artikel). Dabei standen besonders Südtirols Städte im Fokus des Geschehens. Thematiken, welche die Integration bzw. Inklusion von Personen mit Migrationshintergrund betreffen, wurden im Wahlkampf so gut wie gar nicht angesprochen (in 6 Prozent der Artikel).

**Abb. 3: Wahlkampfunterthemen zu Migration (n = 57)**



Quelle: Eigene Erhebung, Eurac Research

Bereits die ersten Analysen deuteten darauf hin, dass Migration insbesondere im Kontext negativer Berichterstattung vorkam. Weitere Untersuchungen zeigten auf, dass Migration ein Wahlkampfthema war, zu welchem sich viele der wahlwerbenden Parteien äußerten und es damit nicht nur bei konservativen Parteien Erwähnung fand. Zum Thema Migration wurden zwölf der insgesamt 16 Parteien medial genannt. Die Partei mit der höchsten Sichtbarkeit war dabei die SVP, die in insgesamt 20 Artikeln angeführt wurde. Dies entspricht etwa 35 Prozent der kodierten Beiträge zu Migration. An zweiter Stelle folgte die Lega, welche zwölfmal Erwähnung fand. Ebenso mischten unter anderem der Partito Democratico (PD; zehn der 57 Artikel) sowie die Süd-Tiroler Freiheit (neun der 57 Artikel) mit. Im Detail zeigt sich beispielsweise, dass bis auf vier Listen (Jürgen Wirth Anderlan, Enzian Südtirol, Team K und Für Südtirol mit Widmann) alle Parteien zum Thema Abschiebezentrum

Stellung nahmen. Bei der getrennten Betrachtung der drei Medien stellt man fest, dass das geplante Abschiebezentrum in der Berichterstattung von „Alto Adige“ (neun von zwölf Artikeln) und „Salto.bz“ (neun von 16 Artikeln) das zentrale Thema im Migrations-Kontext war. In der Tageszeitung „Dolomiten“ standen indessen Kriminalität und Sicherheit (13 von 29 Artikel) an erster Stelle.

Die Tonlage der Medienberichte wurde auch zum Thema Migration überprüft. Medien beeinflussen den öffentlichen Diskurs und die Haltung der Gesellschaft gegenüber Migration: wird positiv über das Thema berichtet, ist auch die Haltung der Bevölkerung optimistischer. Dasselbe Prinzip gilt für negative Berichterstattung. Dies wird in wissenschaftlichen Studien bestätigt (vgl. Eberl et al. 2018). Wenn man nun die drei ausgewählten Medien im Hinblick auf diesen Aspekt durchleuchtet, zeigt sich, dass die Artikel mehrheitlich eine negative Haltung einnahmen: nämlich 50 der 57 Artikel (also fast 90 Prozent) thematisierten Migration aus einer negativen Perspektive, wie beispielsweise im Kontext von Kriminalität und Unsicherheit. Schaut man sich die drei Medien getrennt an, zeigt sich ein vergleichbares Bild: Von den 16 Artikeln, die im analysierten Zeitraum auf „Salto.bz“ erschienen sind, thematisierten 14 negative Aspekte von Migration, dies entspricht über 80 Prozent. Ähnlich war es bei den Tageszeitungen „Alto Adige“ (in über 90 Prozent der Artikel wurden negative Aspekte betont) und „Dolomiten“ mit ebenfalls fast 90 Prozent (25 von 29 Artikel).

#### 4.4 Kandidierende in der medialen Berichterstattung

Nach der Analyse der dominierenden Wahlkampfthemen beschäftigt sich dieser Teil spezifisch mit der medialen Sichtbarkeit der einzelnen Kandidierenden und den daraus resultierenden Geschlechterunterschieden in der Medienpräsenz. Die Missverhältnisse der Sichtbarkeit von Politikerinnen und Politikern in den Medien, sowie die bestehenden Geschlechterungleichheiten in der Berichterstattung wurden international von der Forschung belegt. Eine Studie von Norris und Lovenduski (1995) zeigt beispielsweise, dass männliche Politiker in den Medien tendenziell präsenter sind als ihre weiblichen Kolleginnen. Dieses Ungleichgewicht wird als *Gender-Media-Gap* bezeichnet und kann die öffentliche Wahrnehmung und politische Partizipation beeinflussen (vgl. Lengauer et al. 2012). Auch die Ergebnisse dieser Analyse bestätigen, dass die Landtagskandidaten in den Medien präsenter waren als die weiblichen Kolleginnen.

Von den insgesamt 489 Frauen und Männern, die bei den Landtagswahlen 2023 angetreten sind, wurden 242 in den Tageszeitungen „Dolomiten“ und „Alto Adige“ oder auf „Salto.bz“ zumindest einmal genannt. 41 Prozent der Kandidierenden

**Tab. 2: Die sichtbarsten Kandidierenden in den drei Medien (n = 593)**

Dolomiten	Alto Adige	Salto.bz
1. Arno Kompatscher (SVP)	1. Arno Kompatscher (SVP)	1. Arno Kompatscher (SVP)
2. Philipp Achammer (SVP)	2. Marco Galateo (FdI)	2. Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit), Masimo Bessone (Lega), Waltraud Deeg (SVP), Filippo Maturi (Centro Destra), Madeleine Rohrer (Grüne), Sabine Zoderer (Die Freiheitlichen), Elio Dellantonio (PD)
3. Arnold Schuler (SVP)	3. Giuliano Vettorato (Lega)	
4. Luis Walcher (SVP)	4. Angelo Gennacaro (La Civica)	
5. Thomas Widmann (Für Südtirol mit Widmann)	5. Philipp Achammer (SVP), Christian Bianchi (Lega), Carlo Vettori (Forza Italia)	

Quelle: Eigene Erhebung, Eurac Research

auf den Wahllisten waren weiblich und 38 Prozent der in den Artikeln zumindest einmal genannten 242 Personen waren Frauen. So scheint die Berichterstattung im Verhältnis zu den kandidierenden Frauen als ausgewogen. Dem ist aber nicht so wenn man die Häufigkeit der Beiträge betrachtet, in denen die jeweiligen Landtagsanwärter/-innen Sichtbarkeit erhielten.

In Anbetracht seiner politischen Rolle ist die Reihung von Landeshauptmann Arno Kompatscher auf dem ersten Platz der sichtbarsten Kandidierenden – sowohl in den Tageszeitungen „Dolomiten“ und „Alto Adige“ als auch auf „Salto.bz“ – wenig überraschend.

Gefolgt wurde Arno Kompatscher in den vorderen Rängen von hauptsächlich männlichen Mitbewerbern: Weder in der Tageszeitung „Dolomiten“ noch in der Tageszeitung „Alto Adige“ befand sich in der Liste der fünf Meistgenannten eine Frau. Das zeigt, dass auch in Südtirol der *Gender-Media-Gap* relevant ist. Bei „Salto.bz“ reihten sich auf Platz zwei mehrere Kandidierende ein: nämlich vier Männer und drei Frauen.

In der Liste der Top-Fünf der beiden Tageszeitungen reihten sich hinter Landeshauptmann Arno Kompatscher einige Landesräte der letzten Legislatur, wie zum Beispiel Philipp Achammer, Arnold Schuler, Thomas Widmann oder Giuliano Vettorato. Zwei der sichtbarsten Kandidaten in der Berichterstattung der Tageszeitung „Alto Adige“, nämlich Marco Galateo und Christian Bianchi, sind nun auch Teil der neuen Landesregierung.

Wie vorhin erwähnt, folgten auf dem Nachrichtenportal „Salto.bz“ neben vier Männern auch drei Frauen auf dem zweiten Platz der meistgenannten Kandidierenden, nämlich Waltraud Deeg (SVP), Madeleine Rohrer (Grüne) und Sabine Zoderer (Die Freiheitlichen).

Münzt man die mediale Sichtbarkeit der Landtagswahlkandidierenden auf die Parteizugehörigkeit um, bestätigt die Analyse, dass die Tageszeitung „Dolomiten“ als Sprachrohr der Südtiroler Volkspartei gilt: vier der fünf Männer sind Vertreter der Südtiroler Volkspartei. In der Berichterstattung der Tageszeitung „Alto Adige“ fanden sich mehrere Parteien in der Top-Fünf-Liste, nämlich die Südtiroler Volkspartei, Fratelli d’Italia (FdI), Lega, La Civica und Forza Italia. Auch in den Beiträgen des Nachrichtenportals „Salto.bz“ war die Parteienlandschaft der vorderen Plätze bunter und reicht unter anderem von der SVP über die Süd-Tiroler Freiheit und Lega bis hin zu den Grünen und dem Partito Democratico.

Ein prozentualer Vergleich zeigt: In 21 Prozent der analysierten Artikel war Arno Kompatscher namentlich genannt. Er ist wie erwähnt Spitzenreiter. Ihm folgte Philipp Achammer mit 10 Prozent. Brigitte Foppa schaffte es auf Platz eins bei den Frauen und erreichte im Unterschied aber gerade mal 4 Prozent.

76 Personen der vorhin angesprochenen 242 sichtbaren Landtagsanwerberinnen und -anwerber wurden nur einmal genannt. Dies entspricht 31 Prozent.

Nun zum Geschlechterungleichgewicht und zum *Gender-Media-Gap*: von 593 kodierten Artikeln, in denen es um verschiedene Wahlkampfthemen geht, wurden in lediglich 8 Prozent nur Kandidatinnen angeführt. Nur Männer hingegen wurden in 60 Prozent der Artikel erwähnt. Sowohl Kandidatinnen als auch Kandidaten kamen in 16 Prozent der Beiträge vor. In weiteren 16 Prozent der Artikel wurden keine Personen namentlich genannt.

Gründe für das Ungleichgewicht können sein: Erstens, weil es in der letzten Legislatur mehr männliche Landesräte gab als weibliche und Politiker/-innen der Landesregierung wohl mehr mediale Aufmerksamkeit erhalten. Zweitens hatten die Parteien mehr männliche Spitzenkandidaten als weibliche. Auch diese stehen gewohnheitsgemäß häufiger im Rampenlicht. Zudem kann die mediale Auswahl darauf zurückzuführen sein, dass bestimmte Politiker als „schlagzeilenträchtiger“ betrachtet werden. Nichtsdestotrotz ist der *Gender-Media-Gap* mehr als beachtlich. Das weibliche Geschlecht war mit einer Sichtbarkeit von nur 24 Prozent aber einem Kandidatinnen-Anteil von 41 Prozent klar unterrepräsentiert.

Eine getrennte Bewertung der drei Medien lässt erkennen, dass das Nachrichtenportal „Salto.bz“ einen frauenfreundlicheren Journalismus betrieb. Dort wurden nur Kandidatinnen in 23 Prozent der Berichte erwähnt und sowohl Frauen als auch Männer in 6 Prozent der Fälle. Das ergibt eine mediale weibliche Sichtbarkeit von insgesamt 29 Prozent.

## 4.5 Sprachbewusstsein: Gendern in den drei Medien

Als geschlechtergerechte Sprache bezeichnet man den Sprachgebrauch, der die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und darüber hinaus aller Geschlechter zum Ziel hat und damit die Gleichstellung der Geschlechter in gesprochener und geschriebener Sprache zum Ausdruck bringt. Dabei gilt es, die maskuline Form im Plural – das generische Maskulinum – als Verallgemeinerung für Personen aller Geschlechter zu vermeiden. Die gendergerechte Sprache bezieht sich somit auf den Gebrauch von Ausdrücken und Formulierungen, die geschlechtsneutrale oder geschlechtergerechte Alternativen bieten.

Die Analyse zeigt, dass 56 Prozent der 593 kodierten Beiträge in der finalen Phase des Wahlkampfes im generischen Maskulinum geschrieben wurden. Kandidatinnen verschiedener Parteien wurden beispielsweise mit ihren männlichen Mitbewerbern schlichtweg verallgemeinernd als „Kandidaten“ bezeichnet und demzufolge, sowohl in Texten als auch in Titeln, unsichtbar. In 2 Prozent der Artikel wurde das generische Maskulinum auch im Singular verwendet, beispielsweise in Textstellen wie diesen: „Bei Punktegleichheit ist der jüngere Kandidat zu bevorzugen“. Bei den restlichen 41 Prozent konnte keine sprachliche Geschlechterdiskriminierung festgestellt werden, da entweder keine personenbezogenen Bezeichnungen verwendet oder diese geschlechtsneutral ausgedrückt wurden.

**Tab. 3: Gendergerechte Sprache in den drei Medien (n = 593)**

Gendergerechte Sprache?	Alto Adige	Dolomiten	Salto	Gesamtergebnis
generisches Maskulinum im Plural	95 (73,08%)	208 (52,26%)	29 (44,61%)	<b>332 (55,99%)</b>
ja	30 (23,08%)	183 (45,98%)	33 (50,77%)	<b>246 (41,48%)</b>
Maskulinum im Singular	5 (3,85%)	7 (1,76%)	3 (4,61%)	<b>15 (2,53%)</b>

Quelle: Eigene Erhebung, Eurac Research

Auffallend ist, dass weder die Tageszeitungen „Dolomiten“ und „Alto Adige“ noch das Nachrichtenportal „Salto.bz“ beim Gendern eine einheitliche Linie aufweisen. Bei der italienischsprachigen Tageszeitung wurde in 23 Prozent der analysierten Artikel eine geschlechtergerechte Ausdrucksweise verwendet. Bei der Tageszeitung „Dolomiten“ lag der Prozentanteil bei 46. „Salto.bz“ schnitt mit 51 Prozent im Vergleich am besten ab.

Ebenfalls untersucht wurde, ob die Anwendung der gendergerechten Sprache einen Zusammenhang mit den Themeninhalten aufweist. Das Ergebnis zeigt: Bei redaktionellen Artikeln, in denen es um das Wahlkampfthema Frauenpolitik ging, wurde am fleißigsten gegendert. Diese Berichte weisen mit 63 Prozent die höchste Prozentzahl an geschlechterneutralen Formulierungen auf. Journalistinnen und Journalisten reagieren bei frauenbezogenen Themen auf Geschlechtergleichstellung wohl sensibler und geben sich mit dem Schreibstil etwas mehr Mühe. Jedoch ist auch zu bedenken, dass bei dieser Thematik hauptsächlich über Frauen gesprochen wurde und weniger über beide Geschlechter. Dabei ist es für Berichtersteller/-innen einfacher und das Gendern erübrigt sich bzw. wird weniger angewandt.

## 5. Schlussgedanken

Die Ergebnisse belegen, dass die drei Medien – jedes in seiner Eigenheit – als *Agenda-Setter* fungieren und damit die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen können. Das zeigt sich sowohl bei der Auswahl ihrer Berichterstattungsthemen, in der Art und Weise der Darlegung als auch in Verbindung mit der medialen Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit der verschiedenen Parteien und deren Kandidierenden. So ist beispielsweise auffallend, dass die vier meistgenannten Wahlkampfkandidaten der Tageszeitung „Dolomiten“ aus den Rängen der SVP stammen. Die Relevanz des *Framing* wird insbesondere bei der Analyse der zwei Fokusthemen Migration und Frauenpolitik deutlich.

Die Berichterstattung beleuchtet das Thema Migration vermehrt aus einer kritischen Blickrichtung. Negative Thematiken stehen dabei im Vordergrund, denn *de facto* wurde Migration direkt oder indirekt zumeist mit Un(sicherheit) in Verbindung gebracht, ebenfalls waren Parteien bzw. Kandidierende mit negativer Haltung zu Migration viel präsenter als jene, die eine andere Haltung zum Thema einnahmen. Dieses einseitige Narrativ kann maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen und dazu beitragen, Stereotype und negativ konnotierte Ansichten über Migrantinnen und Migranten zu verstärken. Der Erfolg der rechten Parteien, insbesondere der Südtiroler Freiheit, die das Thema Migration zu ihrem Steckenpferd im Wahlkampf machten, kann möglicherweise auch darauf zurückgeführt werden. Inwieweit die Südtiroler Wählerschaft aber nun wirklich von der Berichterstattung beeinflusst wird, wäre durch Umfragen festzustellen.

Auch bei der Auseinandersetzung mit dem Fokusthema Frauenpolitik zeigt sich Bedarf an Veränderung. Die seltenen Beiträge zum Thema weisen darauf hin, dass

verstärkte Bemühungen notwendig sind, um eine ausgewogenere und vielfältigere Darstellung der Thematik zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gleichstellung sicherzustellen. Gleichweise müssen Kandidatinnen mehr an Sichtbarkeit erlangen, denn der *Gender-Media-Gap* ist mehr als beachtlich: mit nur 24 Prozent an medialer Präsenz aber einem Kandidatinnen-Anteil von 41 Prozent waren Frauen im Wahlkampf deutlich unterrepräsentiert.

Die vorliegende Studie trägt dazu bei, die Auswirkungen der *Agenda-Setter* auf die Meinungsbildung der Gesellschaft aufzuzeigen und diese Thematik (auch in Südtirol) weiter zu vertiefen und zu erforschen. Zukünftige Forschung kann sich dabei sowohl umfangreicher mit der Südtiroler Medienlandschaft auseinandersetzen oder den Einfluss auf die Meinungsbildung der Leserschaft näher durchleuchten.

---

## Literaturverzeichnis

- Athesia Medien (2023), Athesia Medien Preisliste, [https://issuu.com/athesiamedien/docs/athesia\\_medien\\_preisliste](https://issuu.com/athesiamedien/docs/athesia_medien_preisliste) (23.01.2024)
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2024), Medienverzeichnis, <https://news.provinz.bz.it/de/medienverzeichnis> (29.01.2024)
- Eberl, Jakob-Moritz/Meltzer, Christine E./Heidenreich, Tobias/Herrero, Beatrice/Theorin, Nora/Lind, Fabienne/Berganza, Rosa/Boomgaarden, Hajo G./Schemer Christian/Strömbäck, Jesper (2018), The European Media Discourse on Immigration and its Effects: A Literature Review, in: *Annals of the International Communication Association*, 42(3), 207–223
- Fawzi, Nayla (2014), Chronisten, Agenda-Setter oder Politikmacher? Der Einfluss der Medien im politischen Prozess, in: *Zeitschrift für Politik*, 61(4), 437–460
- Geiß, Stefan/Schemer, Christian (2016), Frames – Framing – Framing-Effekte: Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion, in: Potthoff, Matthias (Hg.), *Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 309–322
- Koikkalainen, Sara/Pyrhönen, Niko/Wahlbeck, Östen (2022), Die öffentliche Meinung über Migration und die Rolle der Medien im Kontext der „Europäischen Flüchtlingskrise“, in: Jochen, Franzke/José, Ruano de la Fuente (Hg.), *Politik zur lokalen Integration von Migranten*, Cham: Springer, 307–333
- Lengauer, Günther/Esser, Frank/Berganza, Rosa (2012), Negativity in Political News: A Review of Concepts, Operationalizations and Key Findings, in: *Journalism*, 13(2), 179–202
- Manzoni Advertising (2024), Alto Adige, [www.manzoniadvertising.com/it/stampa/alto-adige](http://www.manzoniadvertising.com/it/stampa/alto-adige) (23.01.2024)
- McCombs, Maxwell (1977), Agenda Setting Function of Mass Media, in: *Public Relations Review*, 3(4), 89–95

Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1995), *Political Recruitment: Gender, Race and Class in the British Parliament*, Cambridge: Cambridge University Press

Salto.bz (2020), 15 Millionen Seitenaufrufe, <https://salto.bz/en/article/31122020/15-millionen-seitenaufrufe> (23.01.2024)

Salto.bz (2024), Was ist Salto? <https://salto.bz/de/saltodescription> (23.01.2024)

Katharina Crepaz

## ***Vaccine Hesitancy* und ihre demokratie-politischen Implikationen**

Impfkritische Parteien und Wahlerfolge bei den Parlamentswahlen 2022 und den Landtagswahlen 2023 in Südtirol

### **Vaccine hesitancy and its implications for democracy**

Vaccine-critical parties and their electoral success in the 2022 parliamentary elections and the 2023 provincial elections in South Tyrol

**Abstract** With the onset of the Covid-19 pandemic in March 2020 and the subsequent protective measures, which included restrictions on freedom of movement and assembly, as well as the Green Pass as a prerequisite for access to many areas of social life, the South Tyrolean anti-vax campaign gained further electoral support. This trend is evidenced in the 2022 parliamentary election results and the 2023 provincial elections, where the Vita and JWA lists, both running on primarily anti-vaccination and anti-virus protection measure political campaigns, did well in several South Tyrolean municipalities.

This article explores the political potential of those critical of the covid vaccination in South Tyrol, where they are particularly strong geographically. It also considers the common characteristics of the regions where the anti-vax movement has been successful. The article also considers the central political arguments made by their political representatives and looks at whether there are any other shared characteristics besides vaccine hesitancy that these parties have in common. Finally, the article considers where the conspicuously high levels of vaccine skepticism and hostility towards science in South Tyrol come from, and questions if parallels can be drawn with other linguistic and cultural areas. This article aims to provide an initial attempt to answer these questions. The political relevance and long-term establishment of anti-vaccine movements, especially in the newly elected South Tyrolean provincial parliament, can only begin to be explained more precisely in retrospect. Nevertheless, the link between vaccine hesitancy and voting behavior offers a promising starting point for an investigation into the connection between health science and political issues such as health literacy, political participation, and voting behavior.

## 1. Einleitung

In der Corona-Pandemie hat sich nochmals verdeutlicht, was wir bereits aus den vergleichsweise niedrigen Durchimpfungsraten der Bevölkerung gegen andere Krankheiten wissen: In Südtirol gibt es eine durchaus ernstzunehmende Zahl an Impfskeptiker/-innen, die durch ihre numerische Stärke auch Wahlergebnisse beeinflussen können. Bereits im Vorfeld der Landtagswahlen 2018 gab es Politiker/-innen, die versucht haben, diese Wähler/-innengruppe für sich zu rekrutieren. Prominentestes Beispiel ist wohl Andreas Pöder von der Bürger Union. Pöder sammelte 2018 22.000 Unterschriften gegen den geplanten Ausschluss von Kindern aus Kindergärten und Kinderhorten, die die Pflichtimpfungen nicht durchgeführt hatten. Allein die Anzahl der Unterschriften zeigt, dass die Gruppe der Impfskeptiker/-innen politisches Potenzial hat, dennoch gelang es Pöder trotz Unterstützung aus dem *No-Vax*-Lager nicht, erneut in den Landtag gewählt zu werden.

Mit Beginn der Covid-19 Pandemie im März 2020, den darauffolgenden Schutzmaßnahmen, die auch Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit mit sich brachten, und schließlich mit dem *Green Pass* als Zugangsvoraussetzung zu vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, erhielt die *No-Vax*-Szene nochmals Zulauf. Dies zeigt sich in den Wahlergebnissen der Parlamentswahlen 2022 und der Landtagswahlen 2023, wo die Listen Vita und JWA, beides primär impf- und Schutzmaßnahmen-kritische Plattformen, in einigen Südtiroler Gemeinden stark punkten konnten. Was ist das politische Potenzial der Impfkritiker/-innen in Südtirol, wo sind sie geographisch gesehen besonders stark, und welche Merkmale einen die Hochburgen der *No-Vax*-Bewegung? Was sind die zentralen Punkte ihrer politischen Vertreter/-innen, gibt es neben *vaccine hesitancy* („Impfzurückhaltung“) noch weitere Charakteristika, die diese Parteien miteinander gemeinsam haben? Woher kommen die auffällig hohe Impfskepsis und Wissenschaftsfeindlichkeit in Südtirol, und lassen sich Parallelen zu anderen Sprach- und Kulturräumen ziehen? Auf diese und weitere Fragen möchte der Beitrag einen ersten Antwortversuch liefern. Die politische Relevanz und längerfristige Etablierung der impfkritischen Bewegungen vor allem im Jahr 2023 neu gewählten Südtiroler Landtag wird sich wohl erst im Rückblick genauer erklären lassen. Dennoch bietet die Verknüpfung von *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten einen ersten spannenden Ansatzpunkt für eine Untersuchung des Zusammenhangs von gesundheitswissenschaftlichen und politologischen Gegenständen wie Gesundheitskompetenz (*Health Literacy*), politischer Partizipation und Wahlverhalten.

Zu Beginn soll das Phänomen „Impfzurückhaltung“, in der gesundheitswissenschaftlichen Fachliteratur meist mit dem englischen Begriff *vaccine hesitancy*

betitelt, dargestellt werden. Dabei wird das Konzept *vaccine hesitancy* mit seinen unterschiedlichen Aspekten erklärt, und zudem der Frage nachgegangen, warum Impfskepsis vor allem im deutschsprachigen Raum stärker verbreitet ist – ein Phänomen, das sich in der Corona-Pandemie erneut gezeigt hat und eine Dimension, in der sich Südtirol stark vom restlichen Italien unterscheidet. Abschließend soll diskutiert werden, welche Studien es bisher zu *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten gibt; das Thema hat Großteils erst seit der Corona-Pandemie Eingang in die wissenschaftliche Analyse gefunden.

Im Zentrum des dritten Kapitels stehen die beiden in Südtirol aktiven impfkritischen Parteien, Vita und JWA. Vita ist eine gesamtitalienische Liste, und war auch schon bei den Parlamentswahlen 2022 präsent, während JWA (Liste Jürgen Wirth Anderlan) erst im Vorfeld der Landtagswahlen 2023 gegründet wurde und eine regionale Partei bleiben wird. Vita konnte 2022 zwar keine/-n Südtiroler Vertreter/-in in Senat und Abgeordnetenversammlung entsenden, schaffte aber in einigen Südtiroler Gemeinden durchaus Achtungserfolge. Bei den Landtagswahlen erzielte Vita ein und JWA zwei Mandate, die jeweils an die prominentesten Vertreter/-innen der Parteien gingen (Renate Holzeisen für Vita, Jürgen Wirth Anderlan und Andreas Colli für JWA). Holzeisen hatte sich bereits als Anwältin gegen die Corona-Schutzmaßnahmen einen Namen in der *No-Vax-Community* gemacht. Anderlan war als Landeskommandant der Schützen und durch YouTube-Videos aufgefallen und hatte prominent an *No-Vax-Protestkundgebungen* der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) teilgenommen. Andreas Colli verlor seinen Bürgermeisterposten in Kastelruth, weil er sich während einer Phase von 2G-Pflicht weigerte, seinen Impfstatus zu erklären, worauf der Gemeinderat zurücktrat; zudem war er in den sozialen Medien als Verbreiter von Verschwörungsnarrativen aktiv. Die Profile der drei Neo-Landtagsabgeordneten zeigen also unterschiedliche Aspekte der *No-Vax-Szene*; durch eine Analyse der Partei- bzw. Wahlprogramme wird der Frage nachgegangen, ob es außer Covid-19, der Impfung bzw. den pandemiebedingten Schutzmaßnahmen noch andere Themen gibt, oder ob die neuen Bewegungen sich nur einem Politikfeld widmen (*single issue parties*).

Kapitel 4 analysiert die Wahlerfolge der impfkritischen Parteien Vita und JWA bei den Parlamentswahlen 2022 sowie den Landtagswahlen 2023 in ausgewählten Südtiroler Gemeinden. Als Auswahlkriterium für die Analyse diente ein Anteil von mindestens 30 Prozent Ungeimpften in der Gemeindebevölkerung unter 60 Jahren; da Daten zu den Impfquoten nach 2021 nicht mehr veröffentlicht wurden, wurde die letzte von der Tageszeitung „Dolomiten“ publizierte Infografik (Daten vom 14.11.2021; vgl. Dolomiten 2021) als Quelle verwendet. In den Gemeinden mit einer

Ungeimpften-Quote von über 30 Prozent schnitten Vita und JWA 2022 und 2023 im Vergleich zu anderen Südtiroler Gemeinden deutlich besser ab, was auf eine Korrelation zwischen *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten (impfkritische Parteien) hindeutet. In den Schlussfolgerungen werden die demokratiepolitischen Auswirkungen von *vaccine hesitancy* analysiert, und die Rolle der Gesundheitskompetenz (*Health Literacy*) als mögliches Mittel gegen wissenschaftsfeindliche Diskurse erörtert.

## 2. *Vaccine Hesitancy* und politische Partizipation

### 2.1 *Vaccine Hesitancy* als gesundheitswissenschaftliches Konzept

*Vaccine hesitancy* könnte im Deutschen mit „Impfzurückhaltung“ übersetzt werden, meist wird im gesundheitswissenschaftlichen Diskurs jedoch direkt der englischsprachige Begriff verwendet. MacDonald und die SAGE Working Group on Vaccine Hesitancy definierten das Phänomen 2015 wie folgt:

*„Vaccine hesitancy refers to a delay in acceptance or refusal of vaccination despite availability of vaccination services. Vaccine hesitancy is complex and context specific, varying across time, place and vaccines. It is influenced by factors such as complacency, convenience, and confidence.“*

(MacDonald/SAGE Working Group on Vaccine Hesitancy 2015, 4163).

*Confidence* meint dabei das Vertrauen in die Wirkung von Impfstoffen; in das System, das die Impfstoffe liefert, inklusive Verlässlichkeit und Kompetenz der Gesundheitsdienste und des Gesundheitspersonals; sowie in die Beweggründe der politischen Verantwortungsträger/-innen, die Entscheidungen über die benötigten Impfungen treffen. *Complacency*, wörtlich Selbstzufriedenheit bzw. inhaltlich eher als mangelnde Risikowahrnehmung zu übersetzen, tritt auf, wenn die Risiken von mit Impfungen verhinderbaren Krankheiten als gering wahrgenommen werden, und die Impfung somit nicht als notwendige Präventionsmaßnahme eingeschätzt wird. Der Erfolg von Immunisierungskampagnen mit den daraus resultierenden geringen bzw. schwächeren Krankheitsfällen befördert paradoxerweise die Selbstzufriedenheit, da es weniger Gefahrenwahrnehmung gibt. *Convenience*, wörtlich Bequemlichkeit, meint die physische Verfügbarkeit, Leistbarkeit, geographische Verfügbarkeit, Verständniskompetenz (sprachlich und im Sinne von Gesundheitskompetenz), die Anziehung von Immunisierungsangeboten, und die wahrgenommene oder tat-

sächliche Qualität der Dienstleistungen (MacDonald/SAGE Working Group on Vaccine Hesitancy 2015, 4162–4163). Somit lassen sich also drei Kategorien von möglichen Gründen für *vaccine hesitancy* definieren, wobei z. B. Verfügbarkeit und andere *convenience*-Gründe eher systemisch und Aspekte des Vertrauens eher psychologisch zu sehen sind. Im Aspekt der *confidence* zeigt sich auch schon die Verbindung zwischen dem Vertrauen in politische Entscheidungsträger/-innen und dem Vertrauen in öffentliche Gesundheitspolitiken (*Public Health*).

Neben den drei Kernkategorien hat die Forschungsgruppe zu *vaccine hesitancy* nach einem systematischen Review unterschiedlicher Modelle auch eine „Vaccine Hesitancy Determinants Matrix“ erarbeitet; die Einflussfaktoren auf *vaccine hesitancy* werden in drei Kategorien eingeteilt: „contextual influences [...] arising due to historic, socio-cultural, environmental, health system/institutional, economic or political factors“; „individual and group influences [...] arising from personal perception of the vaccine or influences of the social/peer environment“; „vaccine/vaccination-specific issues directly related to vaccine or vaccination“ (MacDonald/SAGE Working Group on Vaccine Hesitancy 2015, 4163).

Die kontextuellen Determinanten umfassen z. B. Kommunikation und mediale Umgebung, einflussreiche Führungspersonlichkeiten, Gatekeepers der Immunisierungsprogramme und Anti- oder Pro-Impflobbies, geschichtliche Einflüsse, Religion, Kultur, Gender, sozio-ökonomische Faktoren, geographische Barrieren und die Wahrnehmung der pharmazeutischen Industrie. Zu den Individual- und Gruppenfaktoren zählen persönliche oder familieninterne Erfahrungen mit Impfungen, Einstellungen zu Gesundheit und Prävention, Wissen bzw. Bewusstseinsbildung, eigene Erfahrungen und Vertrauen in das Gesundheitssystem bzw. Gesundheitsanbieter/-innen, die persönliche Risiken- und Nutzen-Abwägung, und die Immunisierung als soziale Norm vs. als nicht benötigt/schädlich. Die impfungsspezifischen Einflüsse sind z. B. epidemiologische und wissenschaftliche Evidenz zum Risiko/Nutzen der Impfung, die Einführung einer neuen Impfung, die Art der Verabreichung, die Art der Impfkampagne, die Verlässlichkeit der Zugänglichkeit der Impfung, der Zeitplan der Impfung, die Kosten und die Stärke der Empfehlung, sowie die Wissensbasis und Einstellung seitens des Gesundheitspersonals (MacDonald/SAGE Working Group on Vaccine Hesitancy 2015, 4162–4163).

Das 5C-Modell von Betsch et al. (2018) nimmt zu den oben beschriebenen drei Cs (*complacency*, *convenience*, *confidence*) noch *collective responsibility* und *calculation* dazu; das kollektive Verantwortungsgefühl beschreibt die Motivation, sich auch zum Schutz anderer impfen zu lassen, während *calculation* die aktive Informationssuche und das Abwägen von Risiken und Nutzen der Impfung meint. Die

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) erfasste die psychologischen Gründe für die Impfentscheidung u. a. 2016 und 2018 deutschlandweit; durch die dabei erhobenen Daten lässt sich voraussagen, welche Faktoren für die Impfentscheidung besonders wichtig sind. Personen, die höhere *confidence* und höhere *collective responsibility*-Werte aufweisen haben sich in den vergangenen Jahren eher impfen lassen. Personen, die höhere praktische Barrieren (*constraints*) wahrnahmen und deren *complacency*-Werte höher waren, haben eher Impfungen ausgelassen (Betsch et al. 2019, 403). Um Impfverhalten positiv zu verändern, kann man z. B. versuchen, den Faktor Vertrauen zu beeinflussen: Das Impferelebnis soll positiver und schmerzfreier gestaltet werden. Die wissenschaftliche Forschung beschäftigt sich vermehrt mit der Rolle von *Fake News* im Gesundheitsbereich bzw. mit den von Impfgegnerinnen und Impfgegnern verwendeten rhetorischen Strategien, um Mythen effizienter zu entkräften. Auch den Medien kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Wissenschaftlicher Konsens soll als solcher dargestellt und *false balances* (fälschliches Suggestieren einer Gleichverteilung der Meinungen v. a. von Expertinnen und Experten) vermieden werden. Im Bereich *complacency* soll dem fehlenden Risikobewusstsein durch die vermehrte Kommunikation schwerer Folgeerkrankungen ohne Impfung (z. B. Sepsis bei Influenza) entgegengewirkt werden; sogenannte Furchtappelle, also z. B. abschreckende Bilder von an Masern erkrankten Kindern wirken dagegen nur bedingt. Bei den *constraints*, den praktischen Barrieren, setzt man auf proaktive Impfangebote, z. B. erreicht man über die direkte Zusendung von Impfterminen, die dann immer noch abgesagt werden können, eine größere Personengruppe, als wenn Termine selbst aktiv vereinbart werden müssen. Die *calculation*-Werte zeigen, dass das Informationsangebot verbessert bzw. bekannter gemacht werden muss. An die soziale Verantwortung wird durch den Verweis auf vulnerable Gruppen, die vielleicht selbst nicht geimpft werden können, vermehrt appelliert. Zudem trägt die Betonung kollektiver Ziele und bereits erreichter Fortschritte zur Impfbereitschaft bei (Betsch et al. 2019, 404–406).

Die hier besprochenen Determinanten, die *vaccine hesitancy* fördern, sowie auch die aufgezeigten Interventionen bzw. Lösungsansätze sind als international anwendbar zu verstehen, da es sich um in der menschlichen Psyche verortete Faktoren handelt, die sich in unterschiedlichen Kontexten feststellen lassen. Gruppen von Expertinnen und Experten versuchen durch eine Zusammenschau der wissenschaftlichen Forschung in unterschiedlichen Ländern Gemeinsamkeiten zu identifizierten und breit anwendbare Faktoren zu identifizieren. Es gibt aber natürlich auch regionale Unterschiede; diese hängen mit bekannten Determinanten wie dem sozioökonomischen Status zusammen, lassen sich teilweise aber auch nur schwer erklären.

Dazu zählt die Besonderheit des deutschen Sprachraums, der vermehrt Bevölkerungsgruppen mit *vaccine hesitancy* aufweist. Da auch Südtirol zumindest in großen Teilen seiner Bevölkerung maßgeblich vom deutschen Sprachraum beeinflusst wird, soll auf dieses Merkmal und auch den Unterschied zu Italien kurz eingegangen werden.

## 2.2 *Vaccine Hesitancy* als Besonderheit des deutschsprachigen Raums?

Vor allem im Rahmen der Berichterstattung zur Corona-Pandemie wurde den vergleichsweise niedrigen Impfraten im deutschsprachigen Raum vermehrte Aufmerksamkeit zuteil. Auch Südtirol war hier als mehrsprachiges aber vom deutschsprachigen Raum stark beeinflusstes Land keine Ausnahme: Laut „Corriere della Sera“ ist Südtirol eine „[...] *fortezza dei no-vax* [...]“; das zeige sich sowohl in den niedrigen Impfungsraten der Bevölkerung gegen Krankheiten wie Masern, Mumps, Röteln und Meningokokken, als auch in der geringen Anzahl des geimpften Gesundheitspersonals: Nur 18,7 Prozent der im Sanitätsbetrieb Beschäftigten ließen sich im Jahr 2019 gegen Grippe impfen, während die Anteile in anderen italienischen Regionen um die 60 Prozent lagen. Somit verwundert es nicht, dass Südtirol 2021 auch zeitweise die niedrigste Anzahl von Covid-19 Impfungen in Italien aufwies (vgl. Currò Dossi 2021).

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) sah einen der Gründe für die mangelnde Impfbereitschaft im deutschen Sprachraum in der milden ersten Coronawelle 2020; schockierende Bilder wie der Einsatz des Militärs zum Abtransport der Särge in Bergamo blieben aus. Auch rechtspopulistische Kräfte, die Impfgegner/-innen politisch umgarnen, sind in Deutschland, Österreich und der Schweiz ausgeprägter. Das Vertrauen in Alternativmedizin und Homöopathie und die damit verbundene Skepsis gegenüber Wissenschaft und Schulmedizin sind ebenfalls in der Region Deutschland, Österreich, Schweiz (DACH) ausgeprägter als in anderen europäischen Gegenden, und die vorherrschenden föderalen Systeme erschweren ein zentralisiertes und schnelles Vorgehen im *Public Health* Bereich, wie dies z. B. in Italien der Fall war (vgl. Baumann et al. 2021).

Die Berliner „taz“ ging in einer gemeinsamen Recherche mit dem österreichischen „Falter“ und der schweizerischen „WOZ Die Wochenzeitung“ ebenfalls der Frage nach den Gründen für die ablehnende Haltung gegenüber Impfungen im deutschsprachigen Raum nach. Sie identifiziert eine geistesgeschichtliche Linie zwischen der Romantik und der Impfskepsis heute: In der romantischen Literatur wurde das Natürliche verklärt und verabsolutiert, und anders als in anderen Ländern

bekam diese Strömung im deutschsprachigen Raum auch politischen Einfluss. Die Mystifizierung der Natur und Respiritualisierung des Denkens schufen gleichzeitig eine Distanz zur vermeintlich kalten Wissenschaft und Schulmedizin und spitzten sich in modernisierungsfeindlichen Reformbewegungen wie der Anthroposophie zu. Laut der Soziologin Jutta Ditfurth speiste sich aus diesem Klima auch eine Skepsis gegenüber Bewegungen zur Rationalität und Gleichheit der Bürger/-innen, und auch der Antisemitismus trat schon in der These zur vermeintlich „jüdischen“ Schulmedizin zu Tage – ein Bild, das die Nazis später aufgriffen. Im Zusammenhang mit Impfungen und vermeintlichen Eingriffen in den Körper war und blieb der Antisemitismus präsent. Naturmystifizierung und Wissenschaftsfeindlichkeit sind aber nicht die einzigen Gründe für *vaccine hesitancy*, auch ein libertäres Freiheitsverständnis, das Selbstbestimmung und Eigenverantwortung absolut setzt, gehört laut der Soziologin Nadine Frei zu möglichen Erklärungsansätzen. Die Impfbereitschaft kann auch als Maß des Vertrauens in den Staat gesehen werden, wie auch die oben zitierten Erklärungsmodelle zu *vaccine hesitancy* zeigen; Impfkritik ist in manchen Fällen also auch Staats- bzw. Regierungskritik. Auch in Österreich zeigte sich Impfskepsis als Staatskritik schon 1809 im Widerstand der Tiroler/-innen gegen die von den bayerischen Besatzerinnen und Besatzern vorgeschriebene Pockenimpfung: Ängste vor einer vermeintlichen Indoktrinierung durch den Impfstoff wurden gezielt vorangetrieben. Das Sora-Institut identifiziert auch den Bildungsgrad als einen Faktor für Impfskepsis: Unter Akademikerinnen und Akademikern ist die Impfbablehnung nur halb so hoch wie unter der Durchschnittsbevölkerung. Von staatlicher Seite sind Interventionen vor allem durch Gesundheitskommunikation möglich; v. a. schwer zu erreichende Bevölkerungsschichten gilt es gezielt anzusprechen, und vermehrte Appelle an gemeinschaftliche Solidarisierung u. a. via SMS zu betreiben (vgl. Jakob 2021). Der Soziologe Oliver Nachtwey sieht zudem die stärkeren Solidaritätsbeziehungen in Ländern wie Italien, Frankreich, Portugal und Spanien als Grund für mehr Impfakzeptanz: Wer auf engerem Raum in Mehrgenerationenhaushalten zusammenlebt, achtet stärker darauf, vulnerable Gruppen wie die Großeltern nicht in Gefahr zu bringen (vgl. May 2021).

Aus der Zusammenschau von sozialwissenschaftlicher Forschung und Medienberichterstattung zum Thema zeigt sich, dass es unterschiedliche Gründe für die vermehrt auftretende Impfskepsis im deutschsprachigen Raum gibt. Von einer Verortung im politischen Denken der Romantik, einer Übermystifizierung der Natur bis hin zu einem absolutistisch liberalen Freiheitsbegriff zeigen sich im DACH-Raum Muster, die sich auch in Südtirol feststellen lassen, wie sich auch in der späteren Analyse der Parteiprogramme der Südtiroler Impfkritiker/-innen (Vita, JWA) fest-

stellen lassen wird. Zunächst soll aber noch genauer auf die Beziehung zwischen *vaccine hesitancy* und Demokratie eingegangen werden. Dem Thema wird erst seit der Corona-Pandemie vermehrt wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil, dennoch gibt es aber bereits einige interessante Studien, die auch für eine vergleichende Perspektive mit Südtirol aufschlussreich sind.

### 2.3 Forschungsstand zu *Vaccine Hesitancy* und Demokratie

Impfkritik als Staatskritik bzw. die Möglichkeit, mangelndes Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger/-innen durch Kritik an den staatlichen Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, zeigt sich auch als wichtiges Merkmal der politischen Beteiligung von Impfgegnerinnen und Impfgegnern. So konnte in der Forschung ein Zusammenhang zwischen coronaskeptischen Einstellungen und populistischer Elitengegner/-innenschaft sowie zwischen Corona-Kritik und dem Glauben an Verschwörungsmythen nachgewiesen werden (vgl. Lamberty/Rees 2021). Zudem offenbarte sich eine Vereinnahmung der Corona-Kritik durch rechtsextremistische Kräfte und Narrative bzw. eine erhöhte Attraktivität der Protestbewegungen für politisch rechtsstehende Teile der Bevölkerung (vgl. Debus/Tosun 2021). In einem Beitrag zur Fallstudie Sachsen untersuchen Brieger et al. (2022) die Einstellungsmuster in den coronakritischen Bevölkerungsteilen und die verwendeten Narrative der Protestakteurinnen und -akteure. In Sachsen lag die Impfquote im Sommer 2022 bei 64,7 Prozent, und somit mehr als 10 Prozentpunkte unter der Quote für Gesamtdeutschland. Zudem gab es regelmäßige Demonstrationen, und die Corona-Protestkultur konnte an bereits existierende und häufig von rechten Kräften geschaffene Proteststrukturen anknüpfen (Brieger et al. 2022, 307–308). In repräsentativen Umfragedaten aus der dritten Infektionswelle im Mai 2021 zeigen sich die Ablehnung der Schutzmaßnahmen, Impfskepsis sowie Verschwörungsglauben und Protestverständnis als Merkmale. Unter den radikalen Maßnahmegegnerinnen und -gegnern, die alle Schutzmaßnahmen ablehnten, waren die Werte nochmals deutlich höher: Hier glaubten 72 Prozent an Verschwörungsideologien (sächsische Gesamtbevölkerung 22 Prozent), und auch die Impfskepsis und das Protestverständnis sind mit 72 Prozent bzw. 92 Prozent um einiges höher als jene der Gesamtbevölkerung (21 Prozent und 41 Prozent) (Brieger et al. 2022, 311). Die Angehörigen des coronaskeptischen Milieus sind tendenziell etwas jünger als die Gesamtbevölkerung, haben einen mittleren Bildungsabschluss (Realschule) und arbeiten in einem Angestelltenverhältnis. Sie sind zudem überdurchschnittlich häufig der AfD (Alternative für Deutschland)

zugeneigt: 43 Prozent bewerten die AfD positiv, im Vergleich zu 21 Prozent der Gesamtbevölkerung (Brieger et al. 2022, 312–313). Ideologisch finden sich neben einer populistischen Elitenkritik („Wir“ gegen „Die da oben“) auch ethnozentrische Orientierung als Gründe, die eine Skepsis gegenüber staatlichen Schutzmaßnahmen begünstigen. Die in den Studien zu *vaccine hesitancy* erwähnte kollektive Verantwortung gegenüber vulnerablen Gruppen greift hier durch ethnische Exklusionsmechanismen also nicht. Weiters lässt sich ein *Law-and-Order*-Autoritarismus feststellen, also der Wunsch nach einer „starken Hand“, gleichzeitig aber verbunden mit einer Ablehnung staatlicher Autorität und einer Unterstützung von Verschwörungsnarrativen (Brieger et al. 2022, 316).

Eine repräsentative Umfrage der Friedrich Ebert Stiftung zur Demokratie in Krisenzeiten zeigt, dass sich bezüglich der Zufriedenheit mit der Arbeit der Politik in der Coronakrise keine großen Unterschiede unter Berücksichtigung von Gemeindegröße, Geschlecht und Erwerbsstatus feststellen lassen. Dagegen zeigen sich große Differenzen, wenn man den Impfstatus und das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 in die Auswertung mit einbezieht. So sind 47 Prozent der gegen Covid-19 geimpften Befragten mit der Politik in der Coronakrise sehr oder eher zufrieden, aber nur 12 Prozent der Ungeimpften. Mit Blick auf das Wahlverhalten zeigen sich Wähler/-innen der Grünen (66 Prozent), der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands; 59 Prozent) und der CDU/CSU (Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern; 52 Prozent) mehrheitlich sehr oder ziemlich zufrieden. Die Wähler/-innen der Linken (57 Prozent), FDP (Freie Demokratische Partei; 67 Prozent), Freien Wähler (67 Prozent), Nicht-/Ungültig-Wähler/-innen (71 Prozent), sowie andere (76 Prozent) sind mehrheitlich unzufrieden. Bei den AfD Wählerinnen und Wählern sind es sogar 86 Prozent, die unzufrieden sind, davon 59 Prozent sehr unzufrieden. Interessant ist auch die Rolle des Medienkonsums für die Zufriedenheitswerte: Von den Befragten, die sich vor allem über öffentlich-rechtliche Medien, traditionelle Tages- oder Wochenzeitungen und deren Internetangebote informieren, sind 50 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden; bei denjenigen, die dies nicht tun, sind es nur 18 Prozent (Best et al. 2023, 44–45). Beim Thema Verschwörungsdenken zeigt sich, dass ein höheres Alter sowie eine höhere formale Bildung dem Glauben an pandemiebezogene Verschwörungserzählungen abträglich sind. Personen, die Probleme haben, ihre laufenden Ausgaben zu decken, weisen dagegen eine höhere Anfälligkeit auf. Pandemiebezogenes Verschwörungsdenken ist unter Ungeimpften stärker verbreitet als unter Geimpften; so glauben 86 Prozent der Ungeimpften, die Regierung habe die Bevölkerung während der Coronapandemie gezielt in Angst versetzt, um Grundrechtseinschränkungen

durchzusetzen – bei den Geimpften sind es nur knapp ein Drittel. Das Virus für eine Biowaffe halten 47 Prozent der Ungeimpften und 15 Prozent der Geimpften. Der Zusammenhang besteht auch dann, wenn man den Einfluss anderer Variablen (wie soziodemografische Faktoren, Selbstwirksamkeit oder Ideologie) kontrolliert. Wähler/-innen der AfD sind zu 73 Prozent der Meinung, dass es eine gezielte Angst-mache seitens der Bundesregierung gab, um Einschränkungen der Freiheitsrechte zu rechtfertigen, bei jenen der Freien Wähler sind es 60 Prozent (Best et al. 2023, 53–59). Hinsichtlich Impfung sind 84 Prozent der Ungeimpften der Ansicht, die Gefahren des Impfens würden von Politik und Medien heruntergespielt, bei den Geimpften sind es 33 Prozent. Es gibt einen stark negativen Zusammenhang mit politischem Vertrauen: Während 71 Prozent der Befragten mit einem geringen Institutionenvertrauen der Meinung sind, die Gefahren des Impfens würden von der Politik verschwiegen, sind es bei den Personen mit hohem Vertrauen nur 13 Prozent. Die Unterstützung für impfkritische Aussagen ist bei den AfD-Wählerinnen und Wählern mit 76 Prozent am höchsten (Best et al. 2023, 67–68). Der starke Zusammenhang mit politischem Vertrauen zeigt sich auch in einer österreichischen Studie zu *vaccine hesitancy* bei Covid-19: Psychosoziale Faktoren wiesen nur wenig Erklärungspotenzial auf, aber es gab eine starke Korrelation zwischen Misstrauen gegenüber der Impfung und Misstrauen gegenüber öffentlichen Entscheidungsträgerinnen und -trägern (Schernhammer et al. 2021, 106). Mangelndes politisches Vertrauen sowie der Glaube an Verschwörungserzählungen lassen sich also als wichtigste Faktoren für *vaccine hesitancy* identifizieren; ein ähnlicher Befund zeigt sich in den Studien des Landesinstituts für Statistik ASTAT und der Claudiana, die *vaccine hesitancy* in der Südtiroler Bevölkerung und mögliche Gründe dafür untersucht haben.

## 2.4 *Vaccine Hesitancy* in Südtirol

Die Südtiroler Studien beschäftigen sich nicht direkt mit dem Phänomen *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten, sie analysieren aber den Zusammenhang von Impfzögerlichkeit und Covid-19, und berücksichtigen auch indirekt politisch wirksame Faktoren wie die Sprachgruppenverteilung mit. Zu nennen ist hier die Forschungsarbeit der Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Allgemeinmedizin und Public Health der Claudiana in Zusammenarbeit mit dem ASTAT, die in einer repräsentativen Umfrage den Zusammenhang zwischen der Sprachgruppe und *vaccine hesitancy* untersucht haben. So zeigt die jüngere deutschsprachige Bevölkerung (20–29 Jahre 25,8 Prozent; 30–39 29 Prozent) deutlich mehr *vaccine hesitancy* als die gleiche

italienischsprachige Altersgruppe (20–29 Jahre 9,3 Prozent, 30–39 Jahre 17,9 Prozent). In den älteren Altersgruppen gleicht sich dieser Unterschied wieder an. Die Sprachgruppen unterschieden sich zudem in ihrem Vertrauen in die Presse und in die Institutionen, die mit dem Pandemiemanagement betraut waren. Italienischsprachige Südtiroler/-innen hatten mehr Vertrauen in die Institutionen als die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung; Ladinier/-innen zeigten sich anfälliger für den Glauben an Verschwörungserzählungen (Barbieri et al. 2022a, 1584). In den deutschen Schulen waren 2021 30 Prozent der Lehrer/-innen ungeimpft, verglichen mit 3 Prozent der italienischsprachigen Lehrer/-innen; 44 Prozent der deutsch- und 70 Prozent der italienischsprachigen Südtiroler/-innen vertrauten dem italienischen nationalen Gesundheitsinstitut (vgl. Roberts 2021). Es zeigt sich also wiederum der Einfluss des deutschen Sprachraums mit seiner höheren Impfskepsis, mit gesellschaftlichen Alternativbewegungen wie Waldorfschulen, aber auch deutschsprachiger Medien, die impfkritischen vermeintlichen Expertinnen und Experten größere Plattformen boten (vgl. Balmetzhofer 2021). Auch zur Verteilung von *vaccine hesitancy* in ruralen und urbanen Räumen wurde eine Studie durchgeführt. In der ruralen Südtiroler Bevölkerung gab es mehr Impfskepsis (17,6 Prozent in ruralen und 12,8 Prozent in urbanen Gebieten). Die rurale Bevölkerung wies dabei einen niedrigeren Bildungsgrad und einen höheren Anteil von Deutsch als Muttersprache auf, zudem gab es weniger Vertrauen in die Institutionen sowie in den nationalen Impfplan, und einen erhöhten Glauben an Verschwörungserzählungen. Somit sind die meisten Merkmale bzw. Vorhersagekriterien für *vaccine hesitancy* in ruralen Gegenden eher vorhanden als in urbanen (Barbieri et al. 2022b, 1870).

Das Landestatistikinstitut ASTAT führte 2023 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Allgemeinmedizin und Public Health der Claudiana eine Stichprobenerhebung über die Einstellung der Bürger/-innen zu den Covid-19-Impfungen bzw. den Rückgriff auf Alternativmedizin durch. Dabei zeigten sich 29 Prozent der Befragten nicht oder überwiegend nicht davon überzeugt, dass die Impfung gegen Covid-19 zur Eindämmung der Verbreitung beitragen kann. Die Skepsis gegenüber einer vom nationalen Impfplan vorgesehenen Impfpflicht fällt mit 36 Prozent noch höher aus; 46 Prozent sind ziemlich überzeugt, dass die Impfung schädlich sein könnte, weil die langfristigen Risiken nicht bekannt sind. Interessant ist auch, dass die Pandemie die Einstellung gegenüber Impfungen im Allgemeinen wenig verändert hat: 15 Prozent befürworten die Pflichtimpfungen für Kinder jetzt mehr als vor der Pandemie, aber 10 Prozent stehen diesen Impfungen jetzt noch skeptischer gegenüber. Eine Analyse der Gründe für die unterschiedlichen Meinungen zum Nutzen der Covid-19 Impfung stellt fest, dass der Glaube an Verschwörungserzählungen und eine Ver-

schlechterung der finanziellen Situation der Befragten hier Einfluss ausüben und zu einem geringeren Vertrauen in die Impfung führen. Die Variable „Altruismus“ ist mit einer positiveren Meinung zur Impfung verknüpft; die Sprachgruppe scheint ohne Einfluss der anderen Faktoren nicht entscheidend zu sein (ASTAT 2023, 4–7).

Analog zu den anderen Studien aus dem DACH-Raum können ein Mangel an Vertrauen in Entscheidungsträger/-innen und politische Institutionen als Gründe für *vaccine hesitancy* angesehen werden. Spannend ist die Rolle der Sprachgruppe, bei der der Einfluss des deutschen Sprachraums mit höherer Impfskepsis zu Tragen kommt; zudem gibt es Korrelationen mit einem niedrigen Bildungsgrad und einem Wohnsitz in ruralen Räumen. Einige dieser Faktoren zeigen sich auch bei den impfkritischen Parteien in Südtirol, die bei den letzten Parlaments- und Landtagswahlen in Südtirol angetreten sind (Vita und JWA). Vor allem der Wohnsitz in ruralen Räumen, die deutschsprachig geprägt sind, zeigt sich als wichtige Determinante. Vor einer eingehenderen Beschäftigung mit den Wahlergebnissen 2022 und 2023 und deren geographischer Verteilung sollen aber zunächst die beiden impfkritischen Parteien und deren Profile kurz vorgestellt werden.

### 3. Impfkritische Parteien in Südtirol

Vita trat bei den Parlamentswahlen 2022 und bei den Landtagswahlen 2023 in Südtirol an. Gegründet wurde die Partei 2022, die Parteivorsitzende ist Sara Cunial, eine ehemalige Abgeordnete der 5-Sterne-Bewegung, die von 2018–2022 Kammerabgeordnete war. Bereits im Wahlkampf war sie mit impfkritischen Aussagen aufgefallen und stand kurz vor dem Parteiausschluss; dieser erfolgte im Jahr 2019 nach einer Kontroverse über eine „Agromafia“ (Zitat Cunial) in Apulien (vgl. Zambon 2019). Die Abgeordnete verbreitete Verschwörungserzählungen zum 5G-Ausbau und zu Bill Gates, ihre Facebook Seite wurde daher 2021 deaktiviert. Cunial hat auch eine Verbindung zu Südtirol: Als das Hotel Weißes Rössl in Innichen 2021 aufgrund der Missachtung der Hygienemaßnahmen geschlossen werden sollte, kamen italienische Impfgegner/-innen zur Unterstützung ins Pustertal, darunter auch Cunial, die verkündete, das Hotel sei nun ihr „domicilio parlamentare, tutelato dalla legge italiana“ (zitiert in Fulloni 2021). Hannes Kühebacher, der Wirt des Weißes Rössl, zählt nun laut Vita Homepage auch zu deren Südtiroler Kandidatinnen und Kandidaten. Derzeit läuft ein Prozess gegen Cunial wegen „rifiuto d’indicazioni sulla propria identità personale, oltraggio e minaccia a pubblico ufficiale“ auf einer *No-Vax*-Demonstration in Aosta 2021 (ANSA 2023). Bei den Parlamentswahlen 2022 konnte

Vita gesamtstaatlich nur 0,7 Prozent der Stimmen für sich gewinnen, und ist somit nicht im Parlament vertreten. In Südtirol erzielte die Bewegung aber in einigen Gemeinden durchaus gute Ergebnisse. Bei den Landtagswahlen 2023 wurde Renate Holzeisen mit 2,59 Prozent der Stimmen als Abgeordnete gewählt. Die Stärke der Partei in Südtirol zeigt sich auch in deren Internetauftritt: Fast alle Inhalte sind zweisprachig verfügbar, und es gibt eine eigene Unterseite für die Südtiroler Kandidatinnen und Kandidaten (vgl. Vita 2024).

In ihrem Parteiprogramm spricht sich Vita vor allem gegen die Impfpflicht aus, und fordert neben der Wahrung der Verfassungs- auch jene der „Naturrechte“. Weitere wichtige Punkte sind die nationale Souveränität, der Kampf gegen die Abschaffung des Bargelds und gegen die Teuerung des Alltags, der Austritt aus der NATO, der EU und der Eurozone. Vita spricht sich zudem gegen Fernunterricht und gegen das Lehren neuer Technologien wie Robotik in den Schulen aus, ebenso gegen die „Indoktrinierungsprogramme Gender, neutraler Körper und Transhumanismus“ (Vita 2024, Übersetzung der Autorin). Sie fordern zudem die Anerkennung der *scienza noetica*, einer metaphysisch orientierten Pseudowissenschaft, und der gesundheitlichen Alternativpraktiken. Vita ist gegen genetisch modifizierte Lebensmittel, gegen den Ausbau von 5G und gegen illegale Migration (vgl. Vita 2022). Das Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 2023 präsentiert ähnliche Inhalte, es geht vor allem gegen die Impfpflicht und gegen eine vermeintliche von der WHO eingesetzte Meinungsdictatur. Sie sprechen sich für die Südtiroler Autonomie aus, für kleine Agrarbetriebe, für die Stärkung des Bargeldes, für ein vorschlagendes Referendum seitens der Bürger/-innen, für leistbares Wohnen, und für zweisprachige Schul- und Kindergartenangebote (vgl. Vita 2023). Vita tritt also relativ klassisch mit Partei- und Wahlprogrammen an und zeigt sich mit einem breiteren Themenspektrum nicht nur als *single issue* impfkritische Partei, wengleich Fragen der Individualität und Selbstbestimmung den roten Faden im Parteiprogramm bilden.

JWA, unter der Führung des Ex-Schützenkommandanten Jürgen Wirth Anderlan, dessen Initialen auch den Parteinamen bilden, präsentiert sich dagegen ohne Parteiprogramm im klassischen Sinn; laut Homepage wollen sie stattdessen „klare Lösungen“ anbieten. Diese Lösungsansätze sind nach Themen gegliedert, darunter u. a. „Selbstbestimmung“ (persönlich und für Südtirol), „Überfremdung stoppen“ (gegen Migration), und „Coronaverbrecher anklagen“ (Anklage der politisch Verantwortlichen und Einrichtung eines Hilfsfonds für die „Opfer der Coronapolitik“). Sie fordern zudem die Direktwahl des Landeshauptmannes (explizit nicht gegendert), die Möglichkeit, individuell ohne Partei zu kandidieren, regionale Kompetenzen bei der Strafverfolgung, einen zweijährigen Erziehungs- und Pflegegeld für Eltern, ein ver-

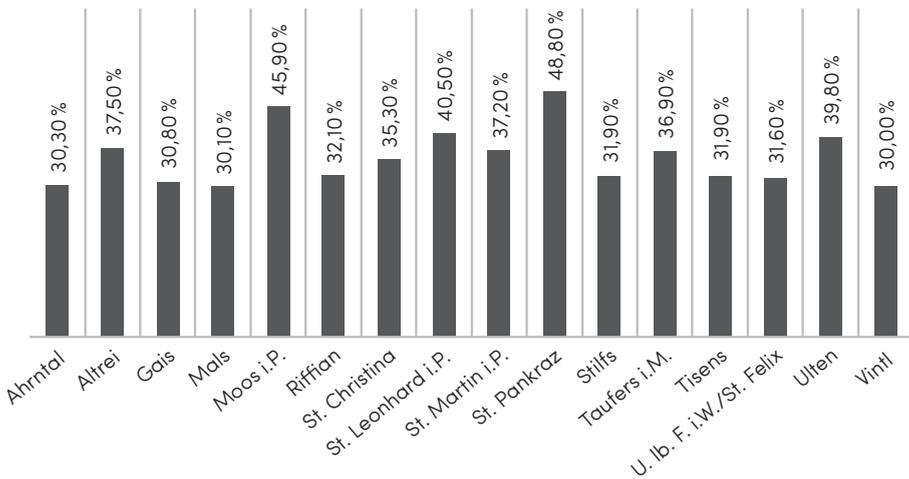
pflichtendes Arbeitsjahr für alle Jugendlichen, tägliche Sportstunden, ein Schulfach „Heimatschutz“, sowie eine Abschaffung der Pflichtimpfungen für Kinder. Auch ein Ausverkauf der Heimat durch Massentourismus, leistbares Wohnen, sichere Individualmobilität, Impffreiheit, ganzheitliche Gesundheitserziehung, Abbau der Bediensteten in der Landesverwaltung, und die Dezentralisierung Europas als Gegenmodell zur EU werden thematisiert (vgl. JWA 2023).

Zwischen den beiden impfkritischen Parteien zeigen sich also durchaus Unterschiede, was das Auftreten (klassisches Parteiprogramm vs. „Lösungen“) und die Verankerung im traditionellen politischen Betrieb ergibt. Beide gelten nicht als reine *single issue parties*, haben aber als zentralen Dreh- und Angelpunkt ihrer Forderungen die Selbstbestimmung des Einzelnen, die Impffreiheit und die Aufarbeitung der Corona-Politik. Die weiteren politischen Forderungen nehmen im Vergleich zu diesen Themen eine Nebenrolle ein. In der inhaltlichen Ausrichtung gibt es kleinere Unterschiede (z. B. die Haltung zur mehrsprachigen Schule in Südtirol), die Rhetorik von JWA ist weniger politisch professionell und mehr gezielt flapsig „volksnah“ gehalten, bei den meisten Themen (Autonomie, Sicherheit, Bargeld, Gesundheit) herrscht aber Einigkeit. Die wichtigsten populistischen Wesensmerkmale sind bei beiden Parteien erfüllt: „Berufung auf den common sense, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik“ (Priester 2012). Vita und JWA sprechen ein sich in vielerlei Hinsicht überschneidendes Zielpublikum an, und sind daher auch im politischen Wettbewerb als direkte Konkurrentinnen und Konkurrenten zu sehen. Bei JWA kommt ein starker volkstumpolitischer und rechtspatriotischer Fokus hinzu, der auch mit ein Grund für die Stärke der Partei z. B. im Ulten- und Passeiertal sein dürfte: Hier ist auch die Südtiroler Freiheit sehr stark, die diese Themen ebenfalls in den Vordergrund stellt. Bei den Parlamentswahlen 2022 war Vita noch die einzige direkt impfkritische Wahlalternative, bei den Landtagswahlen 2023 zeigte sich auch in den Wahlergebnissen der Wettbewerb zwischen den beiden Kräften, die schlussendlich beide (wenn auch in unterschiedlicher Stärke) eine Landtagsvertretung erreichen konnten.

## 4. Die Parlamentswahlen 2022 und die Landtagswahlen 2023 im Vergleich

Der nächste Teil dieses Artikels beschäftigt sich mit dem Abschneiden der Parteien Vita und JWA bei den Parlamentswahlen 2022 und den Landtagswahlen 2023. Die Liste Vita war bei beiden Wahlen vertreten, JWA nur bei den Landtagswahlen 2023. Ihr Spitzenkandidat Jürgen Wirth Anderlan hatte sich aber im Vorfeld als Gallionsfigur der Südtiroler Corona-Proteste profiliert, und offenbarte seine Anti-Establishment Haltung auch durch eine rege *Social Media* Präsenz. Die oben diskutierten wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema deuten auf einen Zusammenhang zwischen *vaccine hesitancy*, mangelndem politischen Vertrauen und Wahlentscheidungen hin. Ziel des folgenden Abschnittes ist es daher, diesen Zusammenhang für das Fallbeispiel Südtirol genauer zu untersuchen. Aufgrund des begrenzten Rahmens können nicht alle Südtiroler Gemeinden untersucht werden, eine Auswahl wurde daher auf Basis vorhandener Daten zu *vaccine hesitancy* getroffen. Die Durchimpfungsraten in den Gemeinden wurden bis November 2021 in regelmäßigen Abschnitten von der Tageszeitung „Dolomiten“ veröffentlicht; die letzte verfügbare Infografik bildet die Daten zum 14.11.2021 ab und wurde am 18.11.2021 publiziert (vgl. Dolomiten 2021). Als Auswahlkriterium für eine Aufnahme einer Gemeinde in die Analyse diente eine Rate von mindestens 30 Prozent Ungeimpften bei der Bevölkerung unter 60 Jahren. Folgende Gemeinden erfüllten diese Voraussetzung:

Abb. 1: Ungeimpfte in Prozent pro Gemeinde (14.11.21)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus der Tageszeitung „Dolomiten“ vom 18.11.2021

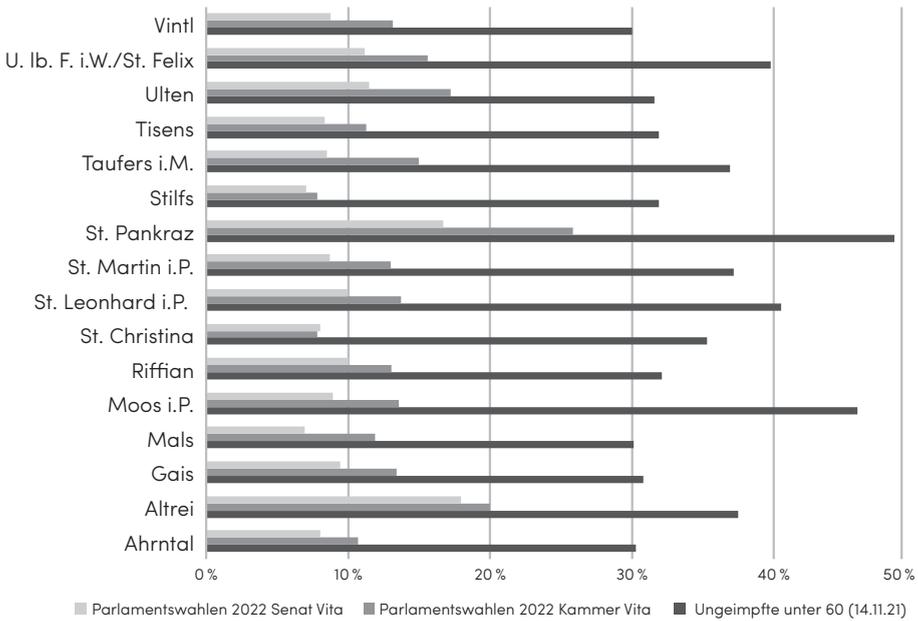
Ein Blick auf die Verteilung der Gemeinden zeigt, dass es sich um rurale Gegenden handelt; die in der internationalen Literatur zum Thema identifizierten Wahrscheinlichkeiten für höhere Präsenz von *vaccine hesitancy* sind also auch in Südtirol erfüllt. Auch die Sprachgruppe als beeinflussende Eigenschaft zeigt sich. Es handelt sich dabei um mehrheitlich von deutschsprachigen Südtirolerinnen und Südtirolern bewohnte Gemeinden. Geographisch ist eine Clusterbildung vor allem in den westlichen Landesteilen zu beobachten, mit dem Ulten- und Passeiertal als „Hochburgen“ der *vaccine hesitancy*. St. Pankraz und Moos in Passeier weisen die höchsten Zahlen an Ungeimpften auf, hier war im November 2021 noch fast die Hälfte der Bevölkerung unter 60 Jahren ungeimpft, also zu einem Zeitpunkt, als Impfstoffe durchaus schon flächendeckend verfügbar waren. Ein Blick auf die möglichen Gründe für *vaccine hesitancy* lässt *convenience*, also Verfügbarkeit, als auslösende Ursache hier unwahrscheinlich erscheinen; es dürfte sich eher um ein Problem mit Vertrauen (*confidence*) handeln. Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich genießen meist größeres Vertrauen als politische Entscheidungsträger/-innen, und üben somit auch Einfluss auf Impfentscheidungen aus. Im Passeiertal waren 2021 laut Angaben des Bürgermeisters drei der fünf Hausärztinnen und Hausärzte selbst ungeimpft, es ist also wahrscheinlich, dass hier auch das medizinische Fachpersonal nicht zum Vertrauensaufbau beigetragen hat (vgl. Rufin 2021).

Legt man nun die Quoten an Ungeimpften pro Gemeinde und die Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen 2022 (Kammer und Senat) übereinander, zeigt sich eine deutliche Korrelation zwischen *vaccine hesitancy* in den Gemeinden und dem guten Abschneiden der Liste Vita. (Abb. 2)

Vita kann also durchaus Erfolge verzeichnen, die Ergebnisse liegen in der Kammer meist über jenen im Senat und erreichen in fast allen Gemeinden über 10 Prozent, vielfach sogar 10–20 Prozent und in St. Pankraz 25,83 Prozent. St. Pankraz ist auch die Gemeinde mit der höchsten Rate an Ungeimpften insgesamt, hier verdeutlicht sich also der Zusammenhang von *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten. Besonders eindrucksvoll ist das Südtiroler Ergebnis von Vita, wenn man es mit dem Ergebnis der Partei auf gesamtstaatlicher Ebene vergleicht: In Abgeordnetenversammlung und Senat konnte man nur jeweils 0,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (vgl. La Repubblica 2022); in der Provinz Bozen waren es dagegen insgesamt 6 Prozent (vgl. Il Fatto Quotidiano 2022). Südtirol wird seinem Ruf als Hochburg der *vaccine hesitancy* also auch im gesamtstaatlichen Vergleich des Wähler/-innenverhaltens bei den Parlamentswahlen 2022 gerecht.

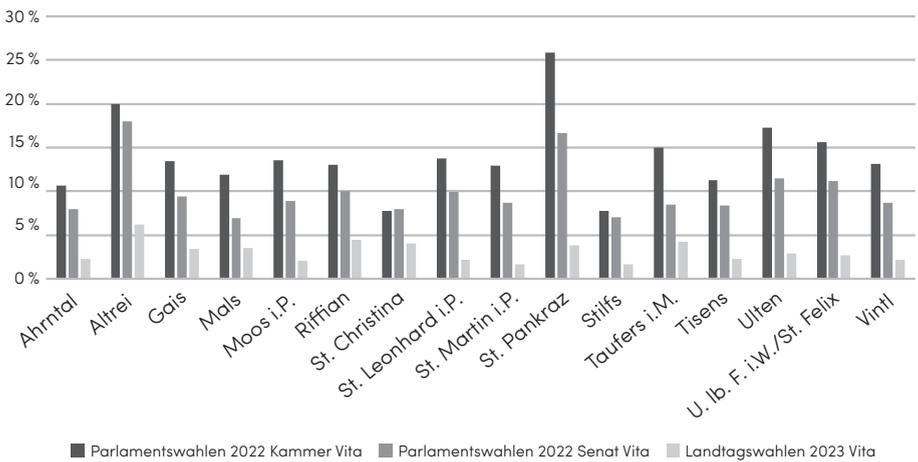
Vergleicht man die Wahlergebnisse von Vita bei den Parlamentswahlen 2022 mit jenen bei den Landtagswahlen 2023 wird deutlich, dass es Verluste in den von

**Abb. 2: Ungeimpfte und Wahlergebnisse der Liste Vita nach Gemeinden, Parlamentswahlen 2022 (Abgeordnetenversammlung und Senat)**



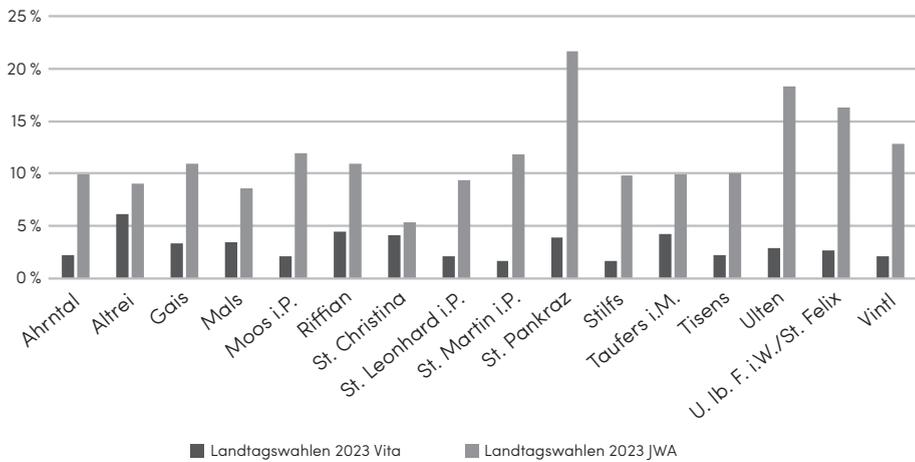
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus dem neuen Südtiroler Bürgernetz 2022 und Daten aus der Tageszeitung Dolomiten vom 18.11.21

**Abb. 3: Wahlergebnisse Vita Parlamentswahlen 2022 und Landtagswahlen 2023**



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus dem neuen Südtiroler Bürgernetz 2022; 2023

**Abb. 4: Wahlergebnisse Vita und JWA, Landtagswahlen 2023**



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus dem neuen Südtiroler Bürgernetz 2023

*vaccine hesitancy* geprägten Gemeinden gibt. Zurückzuführen ist dies wohl weniger auf einen generellen Stimmungswandel im Land, was das Thema *vaccine hesitancy* betrifft, als auf eine starke Mitbewerberin um die Stimmen der Impfskeptiker/-innen, die zudem noch mit volkstumpolitischen Themen punkten konnte, nämlich die Liste JWA (Abb 3).

Vita konnte ihre Wahlergebnisse aus den Parlamentswahlen 2022 in den meisten Gemeinden nicht verteidigen; ein vergleichender Blick auf die Ergebnisse von JWA lässt vermuten, dass es Wähler/-innenströme von Vita zu JWA gegeben hat (Abb 4).

In den meisten von *vaccine hesitancy* geprägten Gemeinden lässt JWA Vita deutlich hinter sich, eine Ausnahme bildet die Gemeinde St. Christina. In einer ladinischen Gemeinde dürfte sich die Dominanz von JWA in der deutschen Sprachgruppe weniger auswirken bzw. es vielleicht eher eine Präferenz für eine gesamtstaatlich aktive Partei geben. Besonders auffallend ist der Unterschied zwischen JWA und Vita in der „impffaulsten“ Gemeinde St. Pankraz, wo Vita nur noch 3,9 Prozent der Stimmen erreicht, JWA aber 21,6 Prozent. JWA konnte somit wohl viele Wähler/-innen von Vita (25,83 Prozent für die Abgeordnetenversammlung 2022) für sich überzeugen. Hinzu kommt ein großes rechtspatriotisches Wähler/-innenpotential, das sich auch im starken Abschneiden der Südtiroler Freiheit äußert; auch bei dieser Wähler/-innengruppe konnte JWA wahrscheinlich punkten. Der Frage nach möglichen Gründen für den Wechsel von Vita zu JWA müsste in einer Wähler/-innenbefragung nachgegangen werden. Es lässt sich vermuten, dass es mit der Präferenz

zusammenhängt, bei Wahlen auf Regionalebene einer regionalen anstatt einer gesamtstaatlichen Partei seine Stimme zu geben. Zudem war Jürgen Wirth Anderlan im Wahlkampf sehr sichtbar, unter anderem auch in den sozialen Medien, und konnte neben der Anti-Establishment Haltung auch populistische Positionierungen zum Thema Migration für seine Zwecke nutzen. Vita ist demnach in der öffentlichen Wahrnehmung wohl eher eine impfkritische *single issue party* als JWA, und die Relevanz des Themas Impfen und Corona hat mit dem Ende der akuten Pandemiephase ebenfalls abgenommen.

Abschließend lässt sich also für die Fallstudie Südtirol ein Zusammenhang zwischen *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten feststellen; die besonders impfkritischen Gemeinden wie z. B. St. Pankraz weisen auch besonders gute Wahlergebnisse für impfkritische Parteien auf, dies gilt sowohl für die Parlamentswahlen 2022 als für die Landtagswahlen 2023. Während Vita bei den Parlamentswahlen 2022 in Südtirol weit deutlich mehr Relevanz erreichen konnte als auf gesamtstaatlicher Ebene, konnte die Partei diesen Erfolg 2023 bei den Landtagswahlen nicht mehr wiederholen. Viele der Vita Wähler/-innen dürften für eine regionale Wahl zu einer regionalen Alternative gewechselt sein, dargestellt von der Liste JWA. Obwohl die bei den Parlamentswahlen erreichten 6 Prozent der Stimmen fast halbiert wurden, bedeuteten 2,59 Prozent der Stimmen ein Landtagsmandat für Renate Holzeisen von Vita. Gepaart mit der Stärke von JWA, die zwei Mandate erreichen konnte, zeigt dies, dass es in Südtirol weiterhin ein beachtliches Wähler/-innenpotential für impf- und systemkritische Parteien gibt. Sowohl Vita als auch JWA haben sich in der Zwischenzeit breiter aufgestellt und vertreten neben Selbstbestimmung und Impffreiheit auch andere Themen. Programmatisch gibt es dabei viele Gemeinsamkeiten und einige wenige Unterschiede. Dennoch dürfte der ausschlaggebende Grund für eine Wahlentscheidung für JWA und Vita eine klassische Protestwahl gewesen sein, die *vaccine hesitancy* und die damit verbundenen Merkmale (Anti-System-Haltung, mangelndes Vertrauen in politische Entscheidungsträger/-innen, Wunsch nach Aufarbeitung der Corona-Jahre usw.) in den Mittelpunkt des politischen Interesses gestellt hat.

## 5. Schlussfolgerungen

Die Jahre der Corona-Pandemie haben europaweit auch politische Spuren hinterlassen, und Südtirol bildet hier keine Ausnahme. Die aus der Hochphase der Pandemie bekannten Demonstrationen der Impfgegner/-innen sind zwar mittlerweile abgeebbt, aber der Wunsch nach Aufarbeitung der Gesundheitspolitik der letzten Jahre dürfte

weiterhin ein wichtiges Kriterium für die Wahlentscheidung vieler Personen sein. Auf gesamtitalienischer Ebene wird das Thema auch medial nur noch wenig diskutiert, und impfkritische Parteien können kaum Wähler/-innen für sich gewinnen, wie das Ergebnis von Vita (0,7 Prozent) bei den Parlamentswahlen 2022 zeigt. Die weiter gefassten populistischen Elemente decken im gesamtitalienischen Raum bereits Fratelli d'Italia und die Lega in ausreichendem Maße ab, und so wäre eine hohe Relevanz des Impfthemas ein wichtiges Distinktionsmerkmal für Vita; nach einer solchen Entwicklung sieht es im italienischen Vergleich aber derzeit nicht aus.

Ganz anders präsentiert sich die Situation in Südtirol. Hier sind im neu gewählten Landtag mit Vita und JWA gleich zwei Listen vertreten, deren Kernthemen Impffreiheit bzw. die Ablehnung der Corona-Schutzmaßnahmen sind. In der Zusammenschau mit dem Wahlerfolg der Südtiroler Freiheit und der Fratelli d'Italia zeigt sich, dass es hier durchaus ein großes Wähler/-innenpotential für populistische Themen gibt, und dass insbesondere auch die Aufarbeitung der Pandemie und die Selbstbestimmung in unterschiedlichen Ausprägungen Themen sind, die einen Teil der Wähler/-innenschaft ansprechen. Neben den immer vertretenen klassischen Protestwählerinnen und Protestwählern weist Südtirol also eine gesellschaftliche Gruppe auf, deren Wahlverhalten und Wahlentscheidung von *vaccine hesitancy* stark beeinflusst wird. Interessant ist dabei, dass es eine Clusterung nach Landesteilen (v. a. im Westen, Ulten- und Passeiertal) und nach rural und deutschsprachig geprägten Gemeinden gibt. Vergleicht man dies mit den Daten aus Deutschland und Österreich, so zeigt sich ein ähnliches Bild. Es wäre für zukünftige Studien gewinnbringend, für Südtirol noch weitere Variablen wie Bildungsgrad und sozioökonomischen Status in die Analyse zu integrieren, um darstellen zu können, ob es auch hier Parallelen zu den Nachbarstaaten des deutschen Sprachraums gibt. Der Faktor Sprache spielt für Südtirol bei den meisten politischen Entscheidungsprozessen eine wichtige Rolle, und so verwundert es nicht, dass *vaccine hesitancy* zwischen den unterschiedlichen Sprach- und Kulturräumen unterschiedlich ausgeprägt ist. Dies dürfte auch am verschiedenen Medienkonsum liegen, an der im deutschen Sprachraum verbreiteten Impfskepsis, mystifizierten Naturerhöhung und Wissenschaftskritik, die sich auch in Südtirol ablesen lässt – sowohl in den niedrigen Impfraten bei anderen Impfungen als auch bei jenen gegen Covid-19.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen *vaccine hesitancy* und Wahlverhalten; ausschlaggebend ist neben dem Thema Selbstbestimmung wohl vor allem die Variable Vertrauen. Vertrauen ist sowohl für politische Entscheidungen als auch für die Entscheidung, sich einer Impfung zu unterziehen oder diese zu verweigern, zentral. Mangelndes Vertrauen in politische Entscheidungsträger/-innen führt also zu

*vaccine hesitancy*, und eben dieser Vertrauensmangel und die Impfzögerlichkeit zeigen sich anschließend als wichtige Determinanten für die Wahlentscheidung für eine impfkritische Partei, die meistens auch ein gewisses Maß an Staats- und Systemkritik in ihrem Programm führt. Während man die anderen auslösenden Faktoren für *vaccine hesitancy* mit *Public Health* Maßnahmen eher niedrigschwellig beeinflussen kann (z. B. durch die einfache Verfügbarkeit von Impfangeboten) ist der Aufbau von Vertrauen ein langfristiger und schwieriger Prozess; dies gilt sowohl im Gesundheits- als auch im Politikbereich. Ansätze zur Förderung der Gesundheitskompetenz (*Health Literacy*) könnten einen Startpunkt darstellen, um Verschwörungserzählungen und Wissenschaftsfeindlichkeit zu überwinden, und in einem zweiten Schritt so auch die dadurch beeinflusste *vaccine hesitancy* zu minimieren. Auch hierzu wäre es, ebenso wie für die Analyse der Wahlergebnisse, zielführend, die Zielgruppe der Impfskeptiker/-innen und ihre weiteren demographischen Merkmale genauer zu kennen und ihre Einstellungen auch in vertiefenden qualitativen Untersuchungen zu erheben.

Die impfkritischen Parteien Vita und JWA konnten in Südtirol bei den Parlamentswahlen 2022 und den Landtagswahlen 2023 Erfolge erzielen. Während ein Sitz im Parlament nicht erreicht werden konnte, sind beide Listen nun im neu gewählten Südtiroler Landtag vertreten. Über die dortige parlamentarische Arbeit der nächsten Jahre wird sich zeigen, ob die Parteien neben ihren Kernthemen Impffreiheit und Selbstbestimmung auch noch weitere Themenbereiche erfolgreich besetzen können. Für ein politisches Fortbestehen der Bewegungen wird eine solche thematische Verbreiterung notwendig sein, da die Relevanz des Corona- und Impfthemas wohl auch im impfkritischen Südtirol mit zunehmendem Zurückliegen der Pandemie abnehmen wird. JWA versucht bereits, sich mit anderen populistischen Kernthemen wie z. B. der Ablehnung einer geschlechtergerechten Sprache in einen breiteren politischen Fokus zu rücken. Ob damit eine langfristige Verortung im politischen System Südtirols erreicht werden kann, wird die nächste Legislatur zeigen. Ähnliches gilt für Vita, die als gesamtitalienische Liste auf den volkstumpolitischen Fokus von JWA verzichtet, und u. a. auch eine zweisprachige Unterrichtsmöglichkeit fordert. Ob einer sprachgruppenübergreifenden populistischen Bewegung eine Profilierung im an Populistinnen und Populisten beider Sprachgruppen nicht armen Landtag gelingt, ist ebenfalls abzuwarten.

---

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Im 5C-Modell von Betsch et al. (2018) ist nicht von *convenience*, sondern von *constraints*, also von Hürden, die Rede; es handelt sich um denselben Faktor, der aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet wird.

---

## Literaturverzeichnis

- ANSA (2023), Covid, manca autorizzazione della Camera e slitta processo a Cunial, in: ANSA, 10.10.23, [www.ansa.it/valledaosta/notizie/2023/10/10/covid-manca-autorizzazione-camera-e-slitta-processo-a-cunial\\_85e22935-d9f1-49a6-9694-82cd8d8f5076.html](http://www.ansa.it/valledaosta/notizie/2023/10/10/covid-manca-autorizzazione-camera-e-slitta-processo-a-cunial_85e22935-d9f1-49a6-9694-82cd8d8f5076.html) (09.02.2024)
- ASTAT (2023), Astat info, Nr. 23, Mai 2023, Rückgriff auf die Alternativmedizin und Haltung gegenüber Impfungen – März 2023, [https://astat.rovinz.bz.it/de/aktuelles-publikationen-info.asp?news\\_action=4&news\\_article\\_id=675906](https://astat.rovinz.bz.it/de/aktuelles-publikationen-info.asp?news_action=4&news_article_id=675906) (09.02.2024)
- Balmetzhofer, Matthias (2021), Warum ist die Impfquote in deutschsprachigen Ländern niedriger als in Westeuropa, in: Der Standard, 12.11.21, [www.derstandard.de/story/2000131103974/warum-ist-die-impfquote-in-deutschsprachigen-laendern-niedriger-als-in](http://www.derstandard.de/story/2000131103974/warum-ist-die-impfquote-in-deutschsprachigen-laendern-niedriger-als-in) (09.02.2024)
- Barbieri, Verena/Wiedermann, Christian J./Lombardo, Stefano/Ausserhofer, Dietmar/Plagg, Barbara/Piccoliori, Giuliano/Gärtner, Timon/Wiedermann, Wolfgang/Engl, Adolf (2022a), Vaccine Hesitancy during the Coronavirus Pandemic in South Tyrol, Italy. Linguistic Correlates in a Representative Cross-Sectional Study, in: *Vaccines*, 10, 1584, <https://doi.org/10.3390/vaccines10101584>
- Barbieri, Verena/Wiedermann, Christian J./Lombardo, Stefano/Plagg, Barbara/Gärtner, Timon/Ausserhofer, Dietmar/Wiedermann, Wolfgang/Piccoliori, Giuliano (2022b), Rural-Urban Disparities in Vaccine Hesitancy among Adults in South Tyrol, Italy, in: *Vaccines*, 10, 870, <https://doi.org/10.3390/vaccines10111870>
- Baumann, Meret/Bethke, Hannah/Gerny, Daniel (2021), Naturheiler-Boom, „Querdenker“ und Flickenteppich-Politik: weshalb die Impfskepsis im deutschen Sprachraum so hoch ist, in: NZZ, 01.12.21, [www.nzz.ch/international/corona-warum-die-impfskepsis-im-deutschen-sprachraum-gross-ist-ld.1656700](http://www.nzz.ch/international/corona-warum-die-impfskepsis-im-deutschen-sprachraum-gross-ist-ld.1656700) (09.02.2024)
- Best, Volker/Decker, Frank/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023), Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Friedrich Ebert Stiftung, [www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie](http://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie) (09.02.2024)
- Betsch, Cornelia/Schmid, Philipp/Korn, Lars/Steinmeyer, Lisa/Heinemeier, Dorothee/Eitze, Sarah/Küpke, Nora Katharina/Böhm, Robert (2019), Impfverhalten psychologisch erklären, messen und verändern, in: *Bundesgesundheitsblatt*, 62, 400–409, <https://doi.org/10.1007/s00103-019-02900-6>
- Brieger, Stefan/Herold, Maik/Otteni, Cyrill/Panreck, Isabelle-Christine (2022), Auf Abstand zur Demokratie? Coronakritische Einstellungen und ihre Mobilisierung in Sachsen, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 19, 303–326, <https://doi.org/10.13109/tode.2022.19.2.305>

- Currò Dossi, Chiara (2021), In Alto Adige troppi „no vax“ tra i sanitari. Burioni: „Il governo rifletta sul vaccino obbligatorio“, in: Corriere Della Sera, 12.01.21, [www.corriere.it/cronache/21\\_gennaio\\_12/alto-adige-troppi-no-vax-subito-vaccinazione-tutti-over-80-05a7b324-54d0-11eb-89b9-d85a626b049f.shtml](http://www.corriere.it/cronache/21_gennaio_12/alto-adige-troppi-no-vax-subito-vaccinazione-tutti-over-80-05a7b324-54d0-11eb-89b9-d85a626b049f.shtml) (09.02.2024)
- Debus, Marc/Tosun, Jale (2021), Political Ideology and Vaccination Willingness: Implications for Policy Design, in: *Policy Sciences*, 54 (3), 477–491, <https://doi.org/10.1007/s11077-021-09428-0>
- Dolomiten (2021), Infografik Nicht-Geimpfte in Südtirol. Stand 14.11.2021, in: Dolomiten, 18.11.2024
- Fulloni, Alessandro (2021), San Candido, la resa dell’hotel „no mask“ Cavallino Bianco. E il sindaco sospende la chiusura, in: Corriere Della Sera, 05.08.21, [www.corriere.it/cronache/21\\_agosto\\_05/san-candido-resa-dell-hotel-no-mask-cavallino-bianco-sindaco-sospende-chiusura-b73bbc16-f62e-11eb-be09-a49ff05c6b25.shtml](http://www.corriere.it/cronache/21_agosto_05/san-candido-resa-dell-hotel-no-mask-cavallino-bianco-sindaco-sospende-chiusura-b73bbc16-f62e-11eb-be09-a49ff05c6b25.shtml) (09.02.2024)
- Il Fatto Quotidiano (2022), Elezioni politiche 2022, in Alto Adige exploit della lista no vax: oltre il 6% dei consensi per Vita, in: Il Fatto Quotidiano, 26.09.22, [www.ilfattoquotidiano.it/2022/09/26/elezioni-politiche-2022-in-alto-adige-exploit-della-lista-no-vax-oltre-il-6-dei-consensi-per-vita/6817187/](http://www.ilfattoquotidiano.it/2022/09/26/elezioni-politiche-2022-in-alto-adige-exploit-della-lista-no-vax-oltre-il-6-dei-consensi-per-vita/6817187/) (09.02.2024)
- Jakob, Christian (2021), Ursprünge der Impfskepsis. Eine deutsche Besonderheit, in: taz, 20.12.21, [https://taz.de/Urspruenge-der-Impfskepsis/15818070/\(09.02.2024\)](https://taz.de/Urspruenge-der-Impfskepsis/15818070/(09.02.2024))
- JWA (2023), Lösungen, [https://listejwa.com/loesungen/\(09.02.2024\)](https://listejwa.com/loesungen/(09.02.2024))
- Lamberty, Pia/Rees, Johannes H. (2021), Gefährliche Mythen. Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn: Dietz, 283–300
- La Repubblica (2022), Elezioni Camera 2022 Risultati Italia, in: La Repubblica, 28.09.2022, [https://elezioni.repubblica.it/2022/cameradeideputati/\(26.02.2024\)](https://elezioni.repubblica.it/2022/cameradeideputati/(26.02.2024))
- MacDonald, Noni E./SAGE Working Group on Vaccine Hesitancy (2015), Vaccine Hesitancy. Definition, Scope and Determinants, in: *Vaccine*, 33, 4161–4164, <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2015.04.036>
- May, Philipp (2021), Impfverweigerer. Soziologe Nachtwey: Mit sachlicher Aufklärung sind viele nicht zu erreichen, in: Deutschlandfunk, 16.11.21, [www.deutschlandfunk.de/soziologe-nachtwey-zu-impfverweigerern-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/soziologe-nachtwey-zu-impfverweigerern-100.html) (09.02.2024)
- Priester, Karin (2012), Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 5–6, 3–9, [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus/\(09.02.2024\)](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus/(09.02.2024))
- Roberts, Hannah (2021), Italy’s German-speaking North Caught up in Latest Coronavirus Surge, in: *Politico*, 19.11.21, [www.politico.eu/article/italy-german-speaking-bolzano-south-tyrol-coronavirus-surge/](http://www.politico.eu/article/italy-german-speaking-bolzano-south-tyrol-coronavirus-surge/) (26.02.2024)
- Rufin, Markus (2021), Richten großen Schaden an, in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 04.09.21, [www.tageszeitung.it/2021/09/04/richten-grossen-schaden-an/\(09.02.2024\)](http://www.tageszeitung.it/2021/09/04/richten-grossen-schaden-an/(09.02.2024))
- Schernhammer, Eva/Weitzer, Jakob/Laubichler, Manfred D./Birmann, Brenda M./Bertau, Martin/Zenk, Lukas/Caniglia, Guido/Jäger, Carlo C./Steiner, Gerald (2021), Correlates of Covid-19 Vaccine Hesitancy in Austria: Trust and the Government, in: *Journal of Public Health*, 44 (1), 106–116, <https://doi.org/10.1093/pubmed/fdab122>
- Südtiroler Bürgernetz (2022), Parlamentswahlen 25 September 2022, <https://civis.bz.it/de/themen/parlamentswahlen-2022-09-25.html#!de/themen/home> (09.02.2024)

- Südtiroler Bürgernetz (2023), Landtagswahlen 2023, <https://civis.bz.it/vote/landtag2023/site/de/index.html#!/vote/landtag2023/site/de/elected> (09.02.2024)
- Vita (2022), Programma Vita, [https://dait.interno.gov.it/documenti/trasparenza/POLITICHE\\_20220925/Documenti/21/\(21\\_progr\\_2\\_-\)vita.programma\\_elettorale.pdf](https://dait.interno.gov.it/documenti/trasparenza/POLITICHE_20220925/Documenti/21/(21_progr_2_-)vita.programma_elettorale.pdf) (09.02.2024)
- Vita (2023), Elezioni 2023 Provincia Autonoma di Bolzano. Programma della lista Vita, [www.votalavita.it/programma-sudtirolo/\(09.02.2024\)](http://www.votalavita.it/programma-sudtirolo/(09.02.2024))
- Vita (2024), Website, [www.votalavita.it/\(09.02.2024\)](http://www.votalavita.it/(09.02.2024))
- Zambon, Martina (2019), Sara Cunial espulsa dal gruppo M5s: „Partito vicino alle agromafie“, in: Corriere Del Veneto, 17.04.19, [https://corrieredelveneto.corriere.it/veneto/politica/19\\_aprile\\_17/cunial-m5s-avvia-procedura-espellere-deputata-ribelle-956044fa-60e3-11e9-a069-e8b9fdda85e7.shtml](https://corrieredelveneto.corriere.it/veneto/politica/19_aprile_17/cunial-m5s-avvia-procedura-espellere-deputata-ribelle-956044fa-60e3-11e9-a069-e8b9fdda85e7.shtml) (09.02.2024)



**Aaron Gottardi**

## **Social Südtirol**

Der Südtiroler Landtagswahlkampf 2023 auf Instagram und Facebook. Ein Vergleich zwischen Südtiroler Volkspartei und Süd-Tiroler Freiheit

### **Social South Tyrol**

The South Tyrolean Regional Election Campaign 2023 on Instagram and Facebook. A Comparison between SVP and Süd-Tiroler Freiheit

**Abstract** This study analyzes the social media campaigning of political parties in the South Tyrolean regional election. It focuses on comparing the strategies of the South Tyrolean People's Party (SVP) and the South Tyrolean Freedom (STF), as both parties not only represent the winners and losers of the election but also pursue different social media strategies. The analysis aims to understand how Facebook and Instagram were utilized during the campaign, encompassing content, presentation formats, and language. It was found that no party fully exploits the communication potential, with the STF being highlighted as the only true social media party.

The STF demonstrates a successful social media strategy, particularly on Instagram and TikTok, where Reels play a key role. The party mobilizes a strong digital community, especially among young voters, with clear messages and easily understandable communication. However, the analysis also raises ethical concerns, as the STF polarizes topics such as migration and foreigner violence. Hate speech on their platforms also goes unmoderated.

In contrast, the SVP present a weak social media performance. The party does not effectively utilize Reels, often publishes uninspiring content and shows little willingness for dialogue. The article emphasizes the need for the SVP to rethink its social media strategy in the future and actively engage in a stronger dialogue with the population. The analysis concludes with a call for liberal forces to increase their presence on social media platforms to counteract populist movements.

## 1. Einleitung

Die *Social-Media*-Kommunikation von Parteien und Politiker/-innen im Rahmen von Wahlkämpfen ist immer wieder Gegenstand politik- und kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Untersuchungen gibt es beispielsweise für den Landtagswahlkampf in Bayern 2018 (vgl. Lennert 2023) oder für den Bundestagswahlkampf 2021 (vgl. Fuchs/Motzkau 2023). Mit dem folgenden Beitrag wird erstmals ein Südtiroler Landtagswahlkampf aus *Social-Media*-Sicht analysiert.

Nach einem allgemeinen Überblick über den *Social-Media*-Wahlkampf der Südtiroler Parteien konzentriert sich der Beitrag auf den Vergleich zwischen Südtiroler Volkspartei (SVP) und Süd-Tiroler Freiheit (STF). Aus zwei Gründen ist die Gegenüberstellung besonders interessant. Zum einen werden die Verlierer und Gewinner der Wahl gegenübergestellt. Zum anderen unterscheiden sich beide Parteien grundlegend darin, wie sie *Social Media* für die digitale politische Kommunikation nutzen. Zentrale Fragestellung der Analyse ist: Wie wurden die *Social-Media*-Kanäle für den Wahlkampf genutzt? Dabei wurden sowohl die Inhalte als auch die Formate sowie die verwendete Sprache untersucht.

Facebook und Instagram sind jene beiden Plattformen, die am häufigsten von Bürger/-innen genutzt werden und deshalb auch für die politische Kommunikation in Südtirol die höchste Relevanz haben. Laut ASTAT nutzten 2021 59 Prozent der Südtiroler/-innen über 14 Jahren mindestens einmal wöchentlich Facebook und 44 Prozent Instagram (vgl. ASTAT 2021). In absoluten Zahlen sind das über den Daumen gepeilt rund 260.000 bzw. knapp 200.000 Menschen – bei insgesamt 432.156 Wahlberechtigten zur Landtagswahl (vgl. Landespresseamt 2023).

## 2. Ein Überblick

Startpunkt für die Analyse ist ein Gesamtüberblick. Vom 01. Juli bis zum 22. Oktober haben die elf in den Landtag gewählten Parteien insgesamt 1.558 Beiträge auf Facebook veröffentlicht, von denen 795 einen direkten Bezug zur Landtagswahl haben. Im selben Zeitraum wurden auf Instagram 707 Beiträge und *Reels* veröffentlicht. Grundlage sind eigene Berechnungen.

Nicht gezählt wurden die auf Facebook und Instagram veröffentlichten *Stories* sowie Beiträge, die nur als Werbeanzeigen veröffentlicht worden sind. Schon hier zeigt sich die Diskrepanz zwischen SVP und Süd-Tiroler Freiheit. Während das Edelweiß im Juli und August nur insgesamt zehn bzw. acht Beiträge auf Facebook

postet, sind es bei der STF 70 bzw. 71. Ab September nimmt die Kommunikation dann in beiden Parteien Fahrt auf.

In der Gesamtbetrachtung haben die Südtiroler Parteien das große Potenzial für eine reichweitenstarke und dialogfokussierte *Social-Media*-Kommunikation im Wahlkampf nicht ausgenutzt. Instagram und Facebook bieten viele unterschiedliche Kommunikationsformate, um politische Inhalte zu transportieren, Anhänger/-innen zu mobilisieren oder in den direkten Austausch mit den Wählern und Wählerinnen zu kommen. Unabhängig davon, ob es sich um eine italienisch- oder deutschsprachige Partei handelt, hat keine Partei im Vorfeld zum 22. Oktober diese Vielfalt auch wirklich ausgeschöpft. Eine klare *Social-Media*-Strategie war nur bei der Süd-Tiroler Freiheit zu erkennen. Bei den meisten anderen Parteien gab es hingegen keinen bewussten *Social-Media*-Wahlkampf mit besonderen Formaten oder Kommunikationsangeboten gegenüber den Wählern und Wählerinnen. Facebook und Instagram wurden oft lediglich dazu verwendet, bereits veröffentlichte Pressemeldungen, Stellungnahmen, Radio-Werbespots und Fotos von Veranstaltungen weiter zu verbreiten. Das kann man natürlich machen, sollte aber nicht im Zentrum der *Social-Media*-Kommunikation stehen.

An dieser Stelle muss auch kurz auf die Liste von Jürgen Wirth Anderlan (Liste JWA) eingegangen werden. Die Accounts seiner Liste haben nicht nur deutlich mehr *Follower* als der Platzhirsch SVP. Hier ist auch wesentlich mehr los: Es gibt eine hohe Frequenz an Beiträgen, unter denen sich wiederum sehr viele Kommentare und andere Interaktionen sammeln. Nahezu alle Beiträge hatten das Ziel, die politischen Mitbewerber/-innen und insbesondere die SVP zu delegitimieren. Wirth Anderlan betreibt auf seinen Kanälen eine Dauermobilisierung, die im Wahlkampf begonnen hat und auch nach der Wahl selbst weitergeht. Die veröffentlichten Inhalte polarisieren bewusst und erzeugen bei vielen Nutzer/-innen negative emotionale Reaktionen. Reaktionen, die Wirth Anderlan am 22. Oktober in konkrete Wählerstimmen umgewandelt hat.

**Tab. 1: Anzahl der Facebookbeiträge nach Parteien im Zeitraum vom 01. Juli bis 22. Oktober 2023**

**SVP**

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahlbezug	Gesamt	Mit Wahlbezug	Gesamt	Mit Wahlbezug	Gesamt	Mit Wahlbezug
10	2	8	3	23	16	49	49

Gesamtzahl Beiträge: 90, Beiträge mit Wahlbezug: 70, Instagrambeiträge: 84

## Team K

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
22	2	31	24	30	29	65	64

Gesamtzahl Beiträge: 148, Beiträge mit Wahlbezug: 119, Instagrambeiträge: 115

## Süd-Tiroler Freiheit

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
70	9	71	11	124	34	128	76

Gesamtzahl Beiträge: 393, Beiträge mit Wahlbezug: 130, Instagrambeiträge: 151

## Die Grünen

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
24	4	14	11	33	27	36	33

Gesamtzahl Beiträge: 107, Beiträge mit Wahlbezug: 75, Instagrambeiträge: 48

## Fratelli d'Italia

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
45	4	53	7	53	19	37	21

Gesamtzahl Beiträge: 188, Beiträge mit Wahlbezug: 51, kein Instagramaccount

## Liste JWA

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
22	15	25	23	27	24	20	19

Gesamtzahl Beiträge: 94, Beiträge mit Wahlbezug: 81, Instagrambeiträge: 59

## Die Freiheitlichen

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
17	3	24	3	25	14	43	33

Gesamtzahl Beiträge: 109, Beiträge mit Wahlbezug: 53, Instagrambeiträge: 87

## PD

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
6	1	21	7	62	38	38	25

Gesamtzahl Beiträge: 127, Beiträge mit Wahlbezug: 71, Instagrambeiträge: 117

## Für Südtirol mit Widmann

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
0	0	1	1	3	3	2	2

Gesamtzahl Beiträge: 6, Beiträge mit Wahlbezug: 6, Instagrambeiträge: 16

## Lega

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
42	0	27	1	43	2	22	16

Gesamtzahl Beiträge: 134, Beiträge mit Wahlbezug: 19, kein Instagramaccount

## Vita

Juli		August		September		Oktober	
Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug	Gesamt	Mit Wahl- bezug
8	3	21	20	50	45	83	52

Gesamtzahl Beiträge: 162, Beiträge mit Wahlbezug: 120, kein Instagramaccount

Anmerkung: La Civica Alto Adige hat im untersuchten Zeitraum weder über Facebook noch über Instagram kommuniziert

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der öffentlich verfügbaren Informationen auf Facebook und Instagram

### 3. Die Gewinnerin: Süd-Tiroler Freiheit

Losgelöst von den Inhalten und deren Bewertung ist die Süd-Tiroler Freiheit Stand Januar 2024 die einzige wirkliche *Social-Media*-Partei zwischen Brenner und Salurn. Das Team rund um ihren Vorsitzenden Sven Knoll hat verinnerlicht, wie digitale politische Kommunikation funktioniert. Über die Zeit hat die Partei eine starke digitale *Community* aufgebaut: Über 34.000 Nutzer/-innen folgen der Partei auf Facebook, auf Instagram sind es fast 11.000 und auf TikTok schon fast 25.000.<sup>1</sup> Im März 2023 lagen diese Zahlen noch bei knapp 17.000 bzw. bei 5.500. Zum Vergleich: Die SVP ist seit März nur um wenige Hundert *Follower* gewachsen (Vergleichszahlen: Gottardi 2023). Und TikTok? Gibt es beim Edelweiß nicht.

Nicht nur im Wahlkampf hat es die STF geschafft, diese *Follower* zu mobilisieren. Beiträge mit über 100 Likes und vielen positiven Kommentaren sind hier die Regel und nicht die Ausnahme. Damit nicht genug. Nahezu jeder Beitrag wird von der *Community* geteilt. Das *pusht* insbesondere auf Facebook die Reichweite. Denn der Algorithmus sorgt dafür, dass man in seinem Feed auch besonders viele Beiträge der eigenen Freunde sieht. Somit werden die Inhalte der STF auch in die Profile von jenen Nutzern und Nutzerinnen geschwemmt, welche die Facebookseite der Partei nicht abonniert haben. Und zu teilen gibt es viel: In den 114 Tagen zwischen dem 1. Juli und dem Wahltermin am 22. Oktober hat die STF 393 *Postings* auf Facebook und 151 Beiträge und *Reels* auf Instagram veröffentlicht.

Ein besonderes Erfolgsrezept im Wahlkampf: *Reels*. Die knapp eine Minute kurzen Videos im Hochkantformat waren ursprünglich eine Erfindung von TikTok. Schon seit Langem sind sie auch das beliebteste Format auf Instagram. Solche Videos passen perfekt zur kurzen Aufmerksamkeitsspanne vieler Nutzer/-innen und lassen sich am *Smartphone* schnell konsumieren. Sven Knoll und sein Team kennen die Formel für erfolgreiche *Reels*:

- keine Einleitungen, stattdessen eine direkte Ansprache der Nutzer/-innen
- es wird ein klar definiertes Thema angesprochen, ein Problem benannt und Lösungsvorschläge gebracht
- kurze Sätze, ein umgangssprachlicher und emotionaler Ton
- Frontalaufnahmen mit Perspektivwechseln, der gesprochene Text wird als Untertitel angezeigt

Zusammengenommen zeigen diese Eigenschaften die Quintessenz einer modernen, digitalen politischen Kommunikation: Sie hat klare Botschaften, ist leicht verständlich und kann ganz nebenbei konsumiert werden. Knoll schafft es damit ohne

Hürden in den Alltag der Menschen. Von Juli bis Oktober gab es insgesamt 40 solcher Kurzvideos auf TikTok und Instagram, die allermeisten davon mit dem Spitzenkandidaten und zum Thema Ausländerkriminalität. Allein die Videos im Oktober haben bisher über 830.000 Ansichten auf TikTok erzielt, auf Instagram waren es mehr als 606.000.<sup>2</sup> Keine andere Südtiroler Partei hat auf *Social Media* solche Zahlen im Wahlkampf erreicht. Zum Gesamtbild gehört auch, dass ein Teil dieser Ansichten das Ergebnis von bezahlten Anzeigen ist. Von Ende September bis zum Wahltermin hat die STF eine Reihe von Beiträgen mit insgesamt 2.800 Euro gesponsert.<sup>3</sup>

Mit den *Reels* auf Instagram und TikTok erreicht die STF insbesondere viele Jugendliche und junge Erwachsene direkt in ihrer Lebensrealität. Zur Einordnung: Laut einer Schweizer Studie nutzten 2022 insgesamt 81 Prozent der Jugendlichen entweder täglich oder mehrfach pro Woche Instagram, bei TikTok waren es 67 Prozent (vgl. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften 2022). Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen auch auf Südtirol übertragbar sind. Keine andere Partei aus Südtirol oder deren Jugendorganisationen haben 2023 Jungwähler/-innen auf *Social Media* so gut erreicht wie die Bewegung rund um Sven Knoll.

In diesem Zusammenhang passt vor allem das *Reel* vom 18. Oktober sehr gut ins Bild. Hier wendet sich Knoll direkt an die Erstwähler/-innen<sup>4</sup> und *triggert* sie mit seinem Kernthema der kriminellen Ausländer/-innen. Offensichtlich mit Erfolg: Mehr als 3.000 *Likes* und über 55.000 Ansichten auf Instagram und TikTok.<sup>5</sup> Das alles ohne einen Cent Werbebudget.

Die STF hat (nicht nur) im Wahlkampf gezeigt, dass sie die politische *Social-Media*-Kommunikation beherrscht. Das bringt auch eine große Verantwortung mit sich. Wer insbesondere Reizthemen wie Migration und Ausländergewalt in den eigenen Fokus stellt, muss sich den Folgen der eigenen Kommunikation bewusst sein. Die STF hat im Wahlkampf immer wieder mit den Ängsten und Vorurteilen der Bürger/-innen gespielt und auf markige Sprüche gesetzt. Das ist nicht nur billig, sondern auch gefährlich. Das scheinen Knoll und sein Team in Kauf zu nehmen. Denn die Kommentare unter den Beiträgen und *Reels* werden nahezu gar nicht moderiert. Somit bleiben auch Hassreden und Gewaltaufrufe unkommentiert ohne Antwort der Partei stehen:

„Ob mit dem *Gsindel*“<sup>6</sup>.

„[...] wir müssen aktiv diese Feinde bekämpfen mit allen Mitteln ob politisch oder mit Gewalt“<sup>7</sup>.

„Mal alle zusammen und auf Jagd gehen.wäre dabei und hatte Freude“<sup>8</sup>.

Aber: Knoll & Co. werden beim Spiel mit Emotionen, Angst und Vorurteilen sogar noch übertroffen. Mit Jürgen Wirth Anderlan hat die Südtiroler Politiklandschaft einen neuen Tiefpunkt erreicht, dessen Auftreten und Kommunikation mehr als einmal an die Alternative für Deutschland (AfD) erinnert.

*„Die täglichen Attacken der Systemmedien gegen die Liste JWA zeigen: Sie sind ganz schön nervös. Uns lässt das kalt. Wir gehen unseren Weg weiter. Holen wir uns unser Land zurück!“<sup>9</sup>*

*„Schluss mit faulen Kompromissen! Kompetenzen ins Land holen, Massenmigration stoppen, Rückwanderung einleiten, Kompatscher, Widmann und Co. vor Gericht stellen!“<sup>10</sup>*

Genau mit dieser Sprache hetzt die AfD seit Jahren auf den sozialen Netzwerken.

#### **4. Die Verliererin: SVP**

Keine andere Partei hat so viele Mitglieder und eine ähnliche große politische und finanzielle Schlagkraft wie die Volkspartei. Umso erstaunlicher ist es, wie blutleer der digitale Wahlkampf auf Facebook und Instagram geführt worden ist. *Scrollt* man durch die Edelweiß-Seiten wird schnell klar: Hier ist die *Social-Media*-Kommunikation schon lange nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Gutes Beispiel ist die Art und Weise, wie die Kandidaten und Kandidatinnen auf beiden Kanälen vorgestellt worden sind. Anstatt die große Beliebtheit von *Reels* zu nutzen und kurze Videobotschaften zu veröffentlichen, gab es jeweils ein Foto mit einem hinterlegten Audio O-Ton ohne Untertitel.

Wer so etwas macht, hat die Funktionsweise von Instagram nicht verstanden und lässt einen sehr großen Teil des Potenzials ungenutzt. *Reels* sind ein reines Bewegtbildformat. Beiträge, die nur ein Standbild haben, werden vom Instagram-Algorithmus nicht gefördert und ausgespielt. Dementsprechend gering sind auch die Abspielzahlen der Kandidaten/Kandidatinnenpostings. Die Bandbreite ist überschaubar und geht von rund 1.500 Medienanzeigen beim Beitrag mit Jutta Telser bis knapp 4.500 Medienanzeigen bei Magdalena Perwanger.<sup>11</sup>

Wer sich von der SVP eine Auseinandersetzung mit Inhalten und Themen erwartet hat, wurde enttäuscht. Nur in wenigen der 70 Facebookbeiträge zur Landtagswahl wurden die konkreten Themen aus dem Wahlprogramm vorgestellt. Man hat nichts über den Plan für Südtirols Zukunft erfahren oder welche Ziele mit welchen Maßnahmen erreicht werden sollen. Stattdessen gab es Plattitüden wie:

*„Wir kämpfen unbeirrt für die Autonomie. Sie ist und bleibt Erfolgsrezept. Deshalb muss Südtirol zusammenhalten.“<sup>12</sup>*

*„Es geht um sehr viel bei dieser #Wahl. Es geht um politische #Stabilität. Es geht um #Regierbarkeit. Es geht um #Zukunft. Besinnen wir uns auf das, was #Südtirol bereits in der #Vergangenheit durch noch schwere #Zeiten gebracht hat: #Zusammenhalt!“<sup>13</sup>*

Mit so einer Sprache mobilisiert man weder die eigene Kernwählerschaft, noch neue oder gar junge Wähler/-innen. Das lässt sich an den Interaktionen ablesen: Wenige, meist negative Kommentare und Likes im mittleren zweistelligen Bereich. Im Vergleich zu den Inhalten auf der Seite der Süd-Tiroler Freiheit wird auch deutlich weniger geteilt.

Das ist eine schlechte *Performance*. Schließlich sprechen wir von der Sammelpartei SVP mit 280 Ortsgruppen im ganzen Land, die immer noch etwas mehr als 97.000 Stimmen bei der Wahl erhalten hat. Die vielen Wähler/-innen und die Menschen in ihrem direkten Umfeld kann die Partei aber ganz offensichtlich auf den sozialen Medien nicht aktivieren.

Im Gegenteil. Die *Social-Media*-Kommunikation zeigt eine Partei, die kein großes Interesse am Dialog mit den Bürgern und Bürgerinnen hat. Gleichzeitig fehlte jene Leidenschaft und Emotion, von der die politische Kommunikation gerade in einem Wahlkampf lebt.

*„#Gemeinsam für ein starkes #Südtirol. In Südtirol leben wir in einer einzigartigen kulturellen #Vielfalt, die uns verbindet.*

*Die #SüdtirolerVolkspartei setzt sich als #Sammelpartei für den gesellschaftlichen #Zusammenhalt ein und fördert das #Miteinander. Gemeinsam sind wir stark, deshalb am 22. Oktober #Edelweiß wählen!“<sup>14</sup>*

Hier kommt keine Aufbruchsstimmung, kein Wir-Gefühl auf.

Eine Analyse der SVP-Kommunikation wäre unvollständig ohne einen Blick auf die *Social-Media*-Profile von Landeshauptmann Arno Kompatscher zu werfen. Auf Facebook und Instagram zeigt sich Kompatscher in seiner Rolle als Landesvater, Parteithemen und das kleinteilige politische Tagesgeschäft sind die Ausnahme. Das kann man so machen und es passt auch grundsätzlich gut zu seiner institutionellen Rolle als Landeshauptmann. Das ändert sich aber auch nicht im Wahlkampf. Es ist ein Rätsel, warum er seine durchaus vorhandene Reichweite auf Instagram und

Facebook nicht einsetzt. Die wenigen Ausnahmen wie ein 20-sekündiges Wahlauf-ruf-*Reel* am 20. Oktober fallen da nicht weiter ins Gewicht. Als Landeshauptmann und Stimmenkönig der letzten Landtagswahlen wäre er auf *Social Media* das natürliche Zugpferd rund um den digitalen Wahlkampf der SVP gewesen. Im Herbst 2023 ist das Zugpferd aber im Stall geblieben.

Aktiver und kreativer schaut es bei Philipp Achammer aus. In seiner Videoserie „60 Sekunden“ geht Achammer in einer Minute auf die sieben Schwerpunkte Bildung, Stabilität, Arbeitslosengeld, Integration, praktische Berufe, faire Löhne und Sicherheit ein. Gute Idee, aber nur mäßig umgesetzt: Keine wechselnden Perspektiven und eine formelle, akademische Sprache ohne Emotion. Alle sieben *Reels* wurden zudem innerhalb von zwei Tagen, kurz vor dem Wahltermin veröffentlicht. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass die Videos deutlich öfter abgespielt worden wären, wenn man pro Woche jeweils zwei veröffentlicht hätte. Das sind vermeidbare handwerkliche Fehler.

Dass Achammer es auch besser kann, zeigt ein anderes Video. „Du Südtirol, mir miasen reden. Du bisch a wonderscheans Landl. Obo in die letzten Jahr hoschs nit olm leicht kop.“<sup>15</sup> Drei Sätze, drei Volltreffer, die sofort Emotionen wecken. Leidenschaft, eine direkte Ansprache der Zuschauer, Kampfgeist und eine Portion Optimismus: Alles Zutaten für eine gute politische Kommunikation. Eigentlich ein gelungener Auftakt für einen leidenschaftlichen *Social-Media*-Wahlkampf. Eigentlich – denn auch dieses Video ist erst am 16. Oktober erschienen und ein Einzelfall geblieben.

Auf Facebook und Instagram hat Kompatscher Ausschnitte aus seiner Rede am Tag der Autonomie vom 05. September veröffentlicht. Darin sagt er unter anderem: „Wir müssen Antworten geben. Wir können nicht das Blaue vom Himmel versprechen. [...] Den Populismus überlassen wir der Opposition. Wir müssen geschlossen und entschlossen handeln.“<sup>16</sup> Das kann man problemlos unterschreiben. Kompatscher und die SVP haben aber nicht nur den Populismus der Opposition überlassen, sondern auch einen wesentlichen Teil der politischen Debatte auf den sozialen Kanälen. Das ist aus Wahlkampfsicht falsch und in Hinblick auf die Debattenkultur im Land schlecht.

## 5. Schlussfolgerungen

Die schwache kommunikative Leistung war sicher nicht der Grund für den Einbruch der SVP. Vielmehr spiegelt der uninspirierte *Social-Media*-Auftritt die Verfassung des Edelweißes wider: Wenig Leidenschaft, eine inhaltliche Orientierungslosigkeit und eine kommunikative Distanz zwischen Partei und einem größer werdenden Teil der Bevölkerung. Der Aufholbedarf in Sachen *Social Media* ist groß. Und eine gute und glaubwürdige Kommunikation der Regierungsarbeit wird in den nächsten fünf Jahren nochmal deutlich wichtiger, angesichts von nunmehr vier Koalitionspartnern.

Der langfristige Aufbau einer sozialen *Community* auf den unterschiedlichen Plattformen hat sich bei der Süd-Tiroler Freiheit ausgezahlt. Im Gegensatz zur SVP hat die starke Präsenz auf den sozialen Kanälen sicherlich dazu beigetragen, die eigene Kernwählerschaft und auch neue Wähler/-innen für den 22. Oktober zu mobilisieren. Vor allem, wenn es darum geht, die jungen Generationen von Wähler/-innen zu erreichen, hat die STF Stand Januar 2023 einen wesentlichen Vorsprung. Das wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Wahlen bemerkbar machen.

Die politische Landschaft in Südtirol verträgt grundsätzlich mehr Mut und Kreativität in der Kommunikation. Ein Blick auf die anderen im Landtag vertretenen Parteien zeigt, dass noch viel Potenzial in der politischen Kommunikation nicht genutzt wird. Der Wahlkampf hat für keinen Qualitätssprung gesorgt, wenn man sich die Kommunikation aus dem Frühjahr 2023 anschaut (vgl. Gottardi 2023). Hinter der guten Handwerksarbeit der Süd-Tiroler Freiheit auf Instagram, Facebook und TikTok steckt kein Geheimrezept. Was Knoll & Co. können, kann im Prinzip jede politische Organisation mit ein wenig Technik und Leidenschaft für Kommunikationsarbeit. Und mit Personen wie Angelo Gennaccaro, Zeno Oberkofler, Alex Ploner und Paul Köllensperger gibt es im Landtag engagierte Kommunikatoren jenseits der STF.

Die große Online-Reichweite und der Erfolg von Populisten wie Jürgen Wirth Anderlan verlangt mehr denn je nach einer starken Präsenz aller liberalen Kräfte auf den *Social-Media*-Kanälen. Mit Leidenschaft gemachte politische Kommunikationsformate dürfen kein Alleinstellungsmerkmal von Rechten und Populisten sein.

## Anhang: Bezahlte Anzeigen

In der Werbebibliothek des Facebook-Mutterkonzerns Meta sind alle Informationen rund um bezahlte Beiträge mit Politikbezug frei zugänglich verfügbar, inklusive der Daten zu Laufzeit, eingesetztem Budget und Zahl der erreichten Nutzer/-innen (alles Schätzwerte). Die Prüfung ergibt: Von Ende September bis zum Wahltermin sind 244 unterschiedliche bezahlte Beiträge veröffentlicht worden, mehrheitlich mit einem Werbewert von rund 100 Euro oder weniger. Der Gesamtwert des eingesetzten Mediabudgets betrug 17.095 Euro netto. Nicht berücksichtigt ist in dieser Zahl das eingesetzte Mediabudget der jeweiligen Kandidaten und Kandidatinnen.

**Tab. 2: Bezahlte Beiträge mit Politikbezug nach Parteien**

Partei	Bezahlte Beiträge	Werbewert, in Euro
Team K	51	4.700
Die Freiheitlichen	44	3.900
SVP	53	3.026
Süd-Tiroler Freiheit	25	2.800
Angelo Gennaccaro	42	1.200
Grüne	11	868
Für Südtirol mit Widmann	16	481
Liste JWA	2	120
<b>Gesamt</b>	<b>244</b>	<b>17.095</b>

Anmerkung: Keine bezahlten Beiträge hatten laut Meta Werbebibliothek Vita, Fratelli d'Italia, Lega Salvini Alto Adige und PD

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten im Meta-Werbeanzeigenmanager

---

## Anmerkungen

- 1 Die Seiten der Süd-Tiroler Freiheit auf Facebook ([www.facebook.com/suedtirolerfreiheit](http://www.facebook.com/suedtirolerfreiheit)), Instagram ([www.instagram.com/suedtirolerfreiheit/](http://www.instagram.com/suedtirolerfreiheit/)) und TikTok ([www.tiktok.com/@suedtirolerfreiheit](http://www.tiktok.com/@suedtirolerfreiheit)) (04.01.2024).
- 2 Eigene Berechnungen. Zur Erläuterung: Wie häufig ein *Reel* den Nutzer/-innen bisher angezeigt worden ist, wird bei jedem Video auf Instagram und TikTok angezeigt.
- 3 Angaben aus der Meta-Werbebibliothek zum Account der Süd-Tiroler Freiheit.
- 4 Instagram-Beitrag auf der Seite der Süd-Tiroler Freiheit: [www.instagram.com/p/CyjDg7GLt1y/](http://www.instagram.com/p/CyjDg7GLt1y/) (04.01.2024).
- 5 Eigene Berechnungen.
- 6 Kommentar unter dem Video auf Facebook vom 4. Oktober [www.facebook.com/suedtirolerfreiheit/videos/628875179392945](http://www.facebook.com/suedtirolerfreiheit/videos/628875179392945) (04.01.2024).
- 7 Kommentar unter dem Video auf Facebook vom 26. September 2023, [www.facebook.com/suedtirolerfreiheit/videos/877162890694620](http://www.facebook.com/suedtirolerfreiheit/videos/877162890694620) (04.01.2024).
- 8 Kommentar unter dem Video auf Facebook vom 8. September 2023, [www.facebook.com/suedtirolerfreiheit/videos/316118647625976](http://www.facebook.com/suedtirolerfreiheit/videos/316118647625976) (04.01.2024).
- 9 Video vom 22. August 2023 auf der Facebook-Seite der Liste JWA, <https://fb.watch/pIGU8LYx9N/> (04.01.2024).
- 10 Facebook-Beitrag vom 25. Juli 2023 auf der Seite von Liste JWA.
- 11 Instagram-*Reels* auf der Seite der SVP, [www.instagram.com/reel/Cx0fp\\_BsewZ/](http://www.instagram.com/reel/Cx0fp_BsewZ/) (Magdalena Perwanger) bzw. [www.instagram.com/reel/CxnMJK3LYz4/](http://www.instagram.com/reel/CxnMJK3LYz4/) (Jutta Telser) (04.01.2024). Die Abrufzahlen zeigen den Stand von Anfang Januar 2024.
- 12 Facebook-Beitrag vom 19. Oktober 2023 auf der Seite der SVP.
- 13 Facebook-Beitrag vom 17. Oktober 2023 auf der Seite der SVP.
- 14 Facebook-Beitrag vom 19. Oktober auf der Seite der SVP.
- 15 Instagram-Beitrag vom 15. Oktober auf der Seite von Philipp Achammer, [www.instagram.com/reel/CybLgyQoRpR/](http://www.instagram.com/reel/CybLgyQoRpR/) (04.01.2024).
- 16 Beitrag vom 19. Oktober auf der Instagram-Seite von Arno Kompatscher, [www.instagram.com/reel/Cyh6M8KN\\_Bg/](http://www.instagram.com/reel/Cyh6M8KN_Bg/) (04.01.2024).

---

## Literaturverzeichnis

- ASTAT (2021), ASTAT info, Nr. 42, Juli 2021, Mediennutzung in Südtirol, [https://astat.provinz.bz.it/de/aktuelles-publikationen-info.asp?news\\_action=4&news\\_article\\_id=657551](https://astat.provinz.bz.it/de/aktuelles-publikationen-info.asp?news_action=4&news_article_id=657551) (04.01.2024)
- Fuchs, Martin/Motzkau, Martin (Hg.) (2023), Digitale Wahlkämpfe. Politische Kommunikation im Bundestagswahlkampf 2021, Wiesbaden: Springer VS
- Gottardi, Aaron (2023), Insta-Arno und Facebook-Philipp, in: ff – Südtiroler Wochenmagazin/13, 30.03.2023, 22-25
- Landespresseamt (2023), Landtagswahl. 432.156 Südtirolerinnen und Südtiroler wahlberechtigt, <https://news.provinz.bz.it/de/news/landtagswahl-432-156-sudtirolerinnen-und-sudtiroler-wahlberechtigt> (04.01.2024)
- Lennert, Felix (2023), Wahlkampf in Sozialen Medien. Eine Inhaltsanalyse der Twitter-Kommunikation politischer Eliten zur Landtagswahl in Bayern 2018, in: Walter-Rogg, Melanie/Heinrich, Tassilo (Hg.), Die Landtagswahl 2018 in Bayern, Wiesbaden: Springer, 453-495
- Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (2022), JAMES Studie, [www.zhaw.ch/de/psychologie/forschung/medienpsychologie/mediennutzung/james/](http://www.zhaw.ch/de/psychologie/forschung/medienpsychologie/mediennutzung/james/) (04.01.2024)

Sarah Oberbichler

## Frauenrepräsentation in der Politik

Zwischen deskriptiver und substanzieller Vertretung in der Südtiroler Landespolitik (1964–2023)

### Women in Politics

Between Descriptive and Substantive Representation in South Tyrolean Regional Politics (1964–2023)

**Abstract** Although women participate in elections as frequently as men today, they remain underrepresented in political offices. The same is true for the political landscape in South Tyrol. Despite the introduction of a gender quota in 2013, which mandates a minimum of one-third representation for both genders on candidate lists in elections, the proportion of women elected to the South Tyrolean Provincial Parliament remains just below 30 percent. This study investigates women's representation in South Tyrolean politics, emphasizing the gap between formal gender equality and actual representation. By analyzing election results from 2008 to 2023 (with retrospective references to 1964) and parliamentary records from 1995 to 2023, using both quantitative and qualitative methods, the research delves into the interplay between descriptive (quantitative) and substantive (qualitative) representation. The central focus of the analysis is on the interplay between descriptive and substantive representation.

The study concludes that no definitive correlation between descriptive and substantive representation surfaces and emphasizes the central role of the political context. The legislative period beginning in 2013 can be seen as a turning point for the substantive representation of women in South Tyrol, characterized by the introduction of the gender quota, the loss of the absolute majority of the South Tyrolean People's Party and a newly voted provincial governor.

## 1. Einleitung

Die Gleichstellung von Männern und Frauen bezüglich des Wahlrechts wurde in Italien und somit auch Südtirol 1946 erreicht, deutlich später als in den benachbarten Ländern Österreich oder Deutschland, wo dies bereits 1919 gelang (Boukrif 2006, 271). In Südtirol vergingen daraufhin weitere 18 Jahre, bis die ersten beiden Frauen, Waltraud Gebert Deeg und Lidia Menapace, in den Landtag gewählt wurden. Zwischen 1968 und 2023 zogen lediglich weitere 33 Frauen in den Landtag ein (Südtiroler Landtag 2023), womit in Südtirol bis heute eine starke Diskrepanz zwischen formal-rechtlicher Gleichheit und realer Gleichheit besteht. Obwohl Frauen heute genauso häufig an Wahlen teilnehmen wie Männer, sind Frauen in politischen Ämtern nach wie vor unterrepräsentiert (Beirat für Chancengleichheit et al. 2022; Südtiroler Landtag 2023). Durch die Einführung der Geschlechterquote 2013 müssen zwar beide Geschlechter mit mindestens einem Drittel in den Listen der Kandidaten und Kandidatinnen vertreten sein (Landesgesetz 2017), trotzdem stagniert der Frauenanteil, der in den Südtiroler Landtag gewählt wird, knapp unter der sogenannten kritischen Masse von 30 Prozent. Südtirol ist hier kein Sonderfall, vergleichende europäische Untersuchungen haben nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland, Österreich oder Großbritannien eine Stagnation bzw. geringe Fortschritte bei der Frauenrepräsentation in der Politik mit Beginn des 21. Jahrhunderts festgestellt, wobei Frauen in der Regionalpolitik noch grundsätzlich besser repräsentiert sind als in der Landespolitik (European Commission 2008).

In vielen Ländern bleiben Frauen in der Politik also nach wie vor unterrepräsentiert. In der Geschlechterforschung werden für dieses Phänomen mehrere Faktoren angeführt. Einerseits wird die historische Trennung zwischen Politik und Privatem und ihre Zuordnung nach Geschlecht genannt (Kreissl/Sauer 2017, 526), andererseits auch die Situation der Frau selbst. Diese Erklärungsfaktoren finden sich auch in Interviews, die 2023 mit Südtiroler Politikerinnen geführt wurden, wieder. Neben mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fehlenden weiblichen Vorbildern werden nach wie vor herrschende stereotype Rollenbilder als Gründe für die fehlende Repräsentation von Frauen in der Politik genannt (Südtiroler Landtag 2023, 44–60). Bereits 1998 hatte Beate Hoecker (1998) in diesem Zusammenhang von einem „magischen Dreieck“ gesprochen, wodurch ein Zusammenspiel der sozioökonomischen, institutionellen und kulturellen Faktoren die Unterrepräsentation von Frauen bedinge. Iris Marion Young (2004) hat darüber hinaus die ungerechten Machtverhältnisse, die zur Unterrepräsentation von Frauen führen, in „*five faces of oppression*“ (ökonomische Ausbeutung, sozioökonomische Marginalisierung,

fehlende Autonomie über die eigene Arbeit, kultureller Imperialismus und systematische Gewalt) unterteilt.

Vergleichende Untersuchungen zur politischen Partizipation von Frauen in Europa ergaben zudem, dass ein wesentlicher Einflussfaktor im Rollenverständnis der Frau in einer Gesellschaft zu suchen ist. So weisen Staaten mit egalitärer Einstellung (z. B. nordische Staaten) eine höhere Frauenpartizipation auf als Staaten mit eher patriarchaler Einstellung (Hoecker 2008; Regalia 2021). Gesetzliche Regelungen können einen Einfluss auf die Geschlechtergleichstellung nehmen. So hat Frankreich zum Beispiel den Frauenanteil auf regionaler Ebene stark erhöht (auf rund 50 Prozent), seit 2004 ein Hybridsystem (Kombination aus Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht) angewandt wird, das zu einer erfolgreichen Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Förderung der Geschlechtergleichstellung bei Wahlen geführt hat (European Commission 2008). Das Beispiel Italien zeigt jedoch, dass trotz Förderung der Geschlechtergleichstellung Frauen in Spitzenpositionen, auch auf regionaler Ebene, unterrepräsentiert bleiben (Biancalana/Regalia 2014). Zwar gibt es starke regionale Unterschiede, im Jahr 2022 waren Frauen in den Regionen jedoch durchschnittlich mit knapp 30 Prozent vertreten. Dabei fehlt es nicht an Frauen, die an politischen Positionen interessiert sind. In den italienischen Gemeinden hatten Frauen 2022 einen Anteil von 51 Prozent (Ministero dell'Interno 2022).

Was sich in der Frauenrepräsentation seit 1946 in Südtirol getan hat, welche gesetzlichen Grundlagen für einen Geschlechterausgleich in der Südtiroler Politik geschaffen wurden und wie Fraueninteressen vom Südtiroler Landtag vertreten werden, sind die zentralen Fragen, die diesem Beitrag zugrunde liegen. In diesem Zusammenhang wird neben der deskriptiven (quantitativen) auch die substanzielle (qualitative) Repräsentation von Frauen untersucht. Als Grundlage für die quantitativen und qualitativen Analysen dienen Ergebnisse der Südtiroler Landtagswahlen sowie parlamentarische Akten (Anfragen und Beschlussanträge) des Südtiroler Landtages. Hierbei werden Ergebnisse der Landtagswahl im Oktober 2023 mit Ergebnissen früherer Landtagswahlen verglichen. Die Auswertung der parlamentarischen Akten zielt darauf ab, Fraueninteressen in politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu ermitteln. Das Interesse liegt hierbei darauf, wie sich das Zusammenspiel zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation gestaltet. Dabei wird von der These ausgegangen, dass sich Frauen in der Politik häufiger als Männer mit frauenspezifischen Themen auseinandersetzen und dadurch mehr weibliche Abgeordnete auch zu einer besseren Vertretung von Fraueninteressen in landesparlamentarischen Initiativen führen.

## 2. Frauenrepräsentation in der Politik

Mit seinen Institutionen, aber auch mit seinen Entscheidungen und Instrumenten konstruiert das politische System „Geschlechter“, das heißt benachteiligte Weiblichkeit und bevormundete Männlichkeit. Die Präsenz der Frau in der Politik wird durch ein Zusammenspiel „männlich“ geprägter politischer Strukturen einerseits und Haltung der Gesellschaft andererseits beeinflusst (Sauer 2001, 52–53). In der Geschlechterforschung wird dabei von deskriptiver (quantitativer) und substantieller (qualitativer) Repräsentanz von Frauen unterschieden (Wiechmann 2018). Deskriptive Repräsentation in der Politik meint die Anzahl von Frauen, die politische Ämter ausführen. Die Forschung zur deskriptiven Repräsentation fragt nach Trends und Gründen für die Unterrepräsentation von Frauen. Mit substantieller Repräsentation von Frauen hingegen steht die Repräsentation von Interessen, die von oder für Frauen formuliert werden, im Vordergrund. Was Fraueninteressen sind, lässt sich objektiv nur schwer beantworten, jedoch kommen verschiedene empirische Konzepte zu ähnlichen Schlussfolgerungen: Themen wie Gleichbehandlung und Gleichbezahlung von Arbeit, Betreuung von Angehörigen und Kindern, häusliche Arbeit sowie Gewalt gegen Frauen repräsentieren Fraueninteressen, da deren politische Umsetzung auf Frauen einen signifikant höheren Effekt haben als auf Männer. Umso stärker Fraueninteressen in bindende Entscheidungen, Gesetze oder Programme einfließen (*Agenda Setting*, Politik-Formulierung) und wirkungsvoll umgesetzt werden (Politik-Implementation), umso höher die substantielle Repräsentation (Blome/Fuchs 2017).

Ob eine größere Anzahl von Frauen in der Politik tatsächlich auch zu entsprechenden *Policy-Outputs* führt, ist in der momentan vorherrschenden Forschungsliteratur umstritten. Eine Studie aus Norwegen zeigt etwa eindeutige Korrelationen zwischen der Präsenz von Frauen in der Politik und konkreten politischen Ergebnissen auf. Untersucht wurden die Zusammenhänge zwischen deskriptiver Repräsentation und Einführung von Kinderbetreuungsangeboten. Die Studie kam zum Schluss, dass eine verbesserte Geschlechterrepräsentation in Norwegen positive Auswirkungen auf die Umsetzung von Kinderbetreuungsangeboten hatte. Dieser positive Effekt hätte sich vor allem dann gezeigt, als Kinderbetreuung noch kein etablierter Sektor in Norwegen war, also in Zeiten der politischen Innovation (Bratton/Ray 2002). Eine andere Studie aus Deutschland aus dem Jahr 2011 wiederum resümierte, dass es zu keiner Steigerung von Fraueninteressen in Anträgen oder Gesetzesentwürfen komme, wenn mehr Frauen im Parlament säßen. Zwar hätten Frauen andere Interessen gezeigt als männliche Kollegen, zu welchem Grad sie diese Interessen aktiv ein-

bringen können, liege jedoch weniger an der deskriptiven Repräsentation, sondern am politischen Kontext (Brunsbach 2011).

Unabhängig davon, ob mehr Frauen in der Politik den Fokus auf Fraueninteressen erhöhen, stärkt die sichtbare Präsenz von Frauen in der Legislative das Vertrauen der Frauen in den Gesetzgebungsprozess. Die Hypothese lautet hier, dass sich Wählerinnen und Wähler eher mit der Politik identifizieren und ihren Entscheidungen vertrauen, wenn sie sich in der Legislative vertreten sehen (Schwindt-Bayer/Mishler 2005). Und zuletzt muss auch hervorgehoben werden, dass die Implementation von Fraueninteressen im Alltag nicht nur von der Politik abhängt. Agnes Blome und Gesine Fuchs (2017) sehen etwa große Macht- und Einflusschancen von Frauen in Führungspositionen der Exekutive.

Ein weiterer Faktor in Analysen zur Frauenrepräsentation ist die sogenannte „kritische Masse“. So definiert die Europäische Kommission etwa eine kritische Masse von 30 Prozent Frauenanteil als Schwelle, um überhaupt einen Einfluss auf die Politik ausüben zu können (European Commission 2008). Ein Überschreiten dieser Schwelle verteilte, so Schwindt-Bayer und Mishler (2005), die Interessen der Frauen allmählich auf alle Mitglieder der Versammlung, was zu einer schnelleren Reaktion auf die politischen Anliegen der Frauen führe. Diese Hypothese wird auch von Bratton und Ray (2002) unterstützt.

### **3. Gesetzlicher Rahmen zu Genderpolitik und Geschlechterquote in Südtirol**

Jenseits von repräsentationstheoretischen Diskursen gibt es noch weitere Anknüpfungspunkte für die Umsetzung einer angemessenen Frauenrepräsentation in der Politik. Ein erster Anknüpfungspunkt ist die Verfassung der Republik Italien, gefolgt vom Südtiroler Autonomiestatut. Die Verfassung der Republik Italien sieht neben der gleichen Würde ohne Unterschied des Geschlechtes (Art. 3) einen gleichberechtigten Zugang zu den Wahlmandaten vor (Artikel 51 Absatz 1). Artikel 51 Absatz 1 wurde 2003 ergänzt und lautet wie folgt:

*„Alle Staatsbürger beiderlei Geschlechts haben unter gleichen Bedingungen gemäß den vom Gesetz bestimmten Erfordernissen das Recht auf Zutritt zu den öffentlichen Ämtern und zu den durch Wahl zu besetzenden Stellen. Daher fördert die Republik die Chancengleichheit von Frauen und Männern durch spezifische Maßnahmen.“* (Verfassung der Republik Italien 1948, Art. 51)

Mit dem Autonomiestatut von 1972 wurden ebenfalls paritätische Bestimmungen für die Teilnahme an Wahlen und eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in Südtirol festgelegt (Dekret des Präsidenten der Republik 1972). Ein weiteres Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern „in allen gesellschaftlichen Bereichen“ (Landesgesetz 2010, Art. 1) verabschiedete Südtirol 2010, initiiert durch die SVP-Politikerin und Vorreiterin in Sachen Chancengleichheit, Martha Stocker (Landesgesetzentwurf 2009). Im Mai 2013, in Vorbereitung auf die Landtagswahlen im Oktober 2013, wurde schließlich ein Wahlgesetz zur Wahl des Südtiroler Landtages verabschiedet, mit dem zum ersten Mal eine Geschlechterquote eingeführt wurde. Dieses Gesetz ging 2017 in das Landesgesetz vom 19.09.2017 Nr. 14 über, das nun für alle weiteren Wahlen eine Grundlage bildet. Im Sinne der Geschlechtergleichheit wird in diesem Wahlgesetz geregelt, dass nicht mehr als zwei Drittel der Listenkandidaturen von einem der beiden Geschlechter belegt sein darf:

*„Jede Liste mit Kandidaten für das Amt des Landtagsabgeordneten muss eine Anzahl von Kandidaten enthalten, die nicht geringer als 12 und nicht höher als 35 ist. Die Kandidatenliste muss Vertreter beider Geschlechter umfassen. In jeder Kandidatenliste darf keines der beiden Geschlechter mehr als zwei Drittel der Kandidaten stellen, wobei eventuelle Bruchteile auf die nächste Einheit auf- bzw. abgerundet werden.“* (Landesgesetz 2017, Art. 8)

Sollte eines der Geschlechter mehr als zwei Drittel ausmachen, „werden die Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts von der Liste gestrichen“ (Landesgesetz 2017, Art. 16). Des weiteren wurde festgelegt, dass auch in der Landesregierung beide Geschlechter vertreten sein müssen, wobei der „Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts [...] mindestens im Verhältnis zu seiner Stärke im Landtag“ (Landesgesetz 2017, Art. 67) sein muss. Im Jahr 2018 wurde zudem auch ein Regionalgesetz verabschiedet, das mitunter den Geschlechterausgleich im Gemeindeausschuss vorsieht, wobei der „Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts [...] mindestens im Verhältnis zu seiner Stärke im Gemeinderat garantiert werden“ muss (Regionalgesetz 2018, Art. 55). Außerdem wurde 2022 Art. 2 im Landesgesetz 2010 „Einrichtung und Ordnung des Rates“ so verändert, dass im Rat der Gemeinden künftig jedes Geschlecht mit mindestens einem Drittel der Mitglieder vertreten sein muss (Landesgesetz 2022, Art. 2).

## 4. Deskriptive Repräsentanz von Frauen in der Landespolitik

### 4.1 Frauen im Landtag und in der Landesregierung seit 1964

Frauen in Südtirol war bereits seit der ersten Legislaturperiode (1948–1952) formalrechtlich die politische Partizipation ermöglicht, auch wenn die Realität noch lange Zeit eine andere war. Den beiden Politikerinnen, Waltraud Gebert Deeg (Südtiroler Volkspartei) und Lidia Menapace (Democrazia Christiana), gelang der Einzug in den Landtag 1964, womit zum ersten Mal auch Frauen in der Südtiroler Landespolitik vertreten waren. Lidia Menapace war außerdem auch als erste Frau Mitglied der Südtiroler Landesregierung mit Zuständigkeit im Ressort „Soziale Fürsorge und Gesundheitswesen“. Beide Politikerinnen, die christlich-sozial geprägt waren, betreten ein bis dahin rein männliches politisches Umfeld, in dem soziale Fragen und insbesondere die Frage der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern vom Kampf um die Autonomie überschattet waren. Zurecht können sie als Pionierinnen der Frauenpolitik in Südtirol gesehen werden. Insbesondere Waltraud Gebert Deeg, die fünf Legislaturperioden (siehe Abbildung 1) lang Abgeordnete im Südtiroler Landtag war, vertrat mit ihrem politischen Engagement im Sozialbereich die Interessen von Frauen. Sie gründete nicht nur die SVP-Frauenbewegung, sondern war auch Gründerin von „Frauen helfen Frauen“ (Mumelter/Clementi/Tragust 2021). Lidia Menapace schlug später einen anderen politischen Weg ein und wurde zu einer markanten Frauenrechtlerin auf nationaler Ebene (Noi donne 2009).

Nach den beiden Pionierinnen stieg die Anzahl der Frauen im Landtag langsam aber stetig an. 1973 zogen drei Frauen in den Landtag ein, 1978 waren es vier Frauen und 1983 waren Frauen schließlich mit 17 Prozent im Landtag vertreten (Abbildung 1). Eva Klotz (Wahlverband des Heimatbundes, Südtiroler Heimatbund, Union für Südtirol, Süd-Tiroler Freiheit), die erstmals 1983 im Südtiroler Landtag vertreten war, wurde in sieben aufeinanderfolgenden Legislaturperioden gewählt und ist somit die Landtagsabgeordnete mit der längsten Amtszeit. Die „kritische Masse“ von 30 Prozent Frauenanteil wurde zum ersten Mal, aber auch zum letzten Mal, im Wahljahr 2003 erreicht, als elf Frauen in den Landtag gewählt wurden. Seitdem stagniert der Frauenanteil im Südtiroler Landtag (jeweils zehn Frauen 2008 und 2013), in 2018 war die Tendenz sogar leicht rückläufig (neun Frauen). Bei den Landtagswahlen 2023 wurden wiederum zehn Frauen (29 Prozent) aus sieben verschiedenen Listen in den Landtag gewählt. Drei Frauen gehören der Südtiroler Volkspartei (SVP) an. Zum Vergleich: Im Jahr 2003 waren es noch sechs Frauen. Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit der Südtiroler Volkspartei 2013 hat sich die Parteienvielfalt im Südtirol

**Abb. 1: Frauen im Landtag seit 1964**

	1964	1968	1973	1978	1983	1988	1993	1998	2003	2008	2013	2018	2023
<b>Waltraud Gebert Deeg</b> Südtiroler Volkspartei	■	■	■	■	■								
<b>Lidia Menapace</b> Democrazia Christiana	■												
<b>Rosa Franzelin Werth</b> Südtiroler Volkspartei			■	■	■	■							
<b>Maria Bertolini</b> Südtiroler Volkspartei			■	■	■	■							
<b>Grazia Barbiero De Chirico</b> Partito Comunista Italiano				■	■								
<b>Andreina Ardizzone Emeri</b> ALFAS / LAPAS (Alternative Liste Fürs Andere Südtirol / Lista Alternativa Per l'Altro Sudtirolo)					■								
<b>Eva Klotz</b> Wahlverband des Heimatbundes, Südtiroler Heimatbund, Union für Südtirol, Süd-Tiroler Freiheit					■	■	■	■	■	■	■		
<b>Alessandra Zendon</b> GAL / LVA (Grün-Alternative Liste / Lista Verde Alternativa), Verdi / Grüne / Vërc						■		■	■				
<b>Sabina Kaslatler Mur</b> Südtiroler Volkspartei							■	■	■	■			
<b>Christine Mayr</b> Südtiroler Volkspartei							■	■	■				
<b>Christina Kury</b> Verdi / Grüne / Vërc, Verdi-Grüne-Vërc / DPS							■	■	■				
<b>Ulrike Tarfusser</b> Die Freiheitlichen							■						
<b>Martina Ladurner</b> Südtiroler Volkspartei								■	■				
<b>Rosa Maria Thaler Zelger</b> Südtiroler Volkspartei								■	■	■			
<b>Martha Stocker</b> Südtiroler Volkspartei								■	■	■			
<b>Luisa Gneccchi</b> Mitte Links, Frieden und Gerechtigkeit - Gemeinsam Links / Progetto Centrosinistra, Pace e diritti insieme a sinistra								■	■				
<b>Julia Unterberger</b> Südtiroler Volkspartei									■	■			
<b>Veronika Stirner Brantsch</b> Südtiroler Volkspartei									■	■	■		
<b>Ulli Mair</b> Die Freiheitlichen									■	■	■	■	■
<b>Michaela Biancofiore</b> Forza Italia, Il Popolo della Libertà Berlusconi									■	■	■		
<b>Maria Hochgruber Kuenzer</b> Südtiroler Volkspartei									■	■	■		
<b>Barbara Repetto</b> Partito Democratico PD Demokratische Partei									■	■	■		
<b>Elena Artioli</b> Lega Nord Südtirol, Forza Alto Adige - Lega Nord - Team Autonomie									■	■	■		
<b>Waltraud Deeg</b> Südtiroler Volkspartei											■	■	■
<b>Magdalena Amhof</b> Südtiroler Volkspartei											■	■	■
<b>Tamara Oberhofer</b> Die Freiheitlichen											■	■	■
<b>Brigitte Foppa</b> Verdi-Grüne-Vërc-Sel, Verdi-Grüne-Vërc											■	■	■
<b>Jasmin Ladurner</b> Südtiroler Volkspartei											■	■	■
<b>Myriam Atz Tammerle</b> Süd-Tiroler Freiheit											■	■	■
<b>Maria Rieder</b> Team K											■	■	■
<b>Rita Mattei</b> Lega Nord											■	■	■
<b>Rosmarie Pamer</b> Südtiroler Volkspartei											■	■	■
<b>Madeleine Rohrer</b> Verdi-Grüne-Vërc											■	■	■
<b>Renate Holzseisen</b> Vita											■	■	■
<b>Anna Scarafoni</b> Fratelli d'Italia											■	■	■

Quelle: Südtiroler Landtag, Datenbanken und Sammlungen – Abgeordnete zum Südtiroler Landtag seit 1948, eigene Auswertung

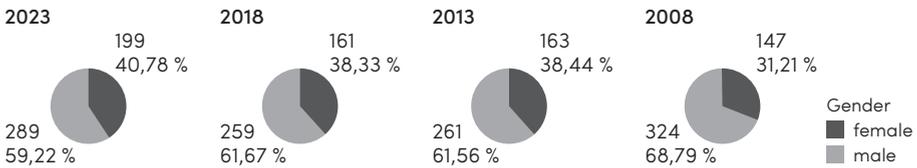
Landtag vergrößert (Atz/Pallaver 2019). Neben den Grünen/Verdi/Vërc, die für zwei Frauen Sitze sichern konnten, stellten die Freiheitlichen, Fratelli d'Italia, Vita, Die Süd-Tiroler Freiheit und Team K jeweils eine weibliche Landtagsabgeordnete.

Seit 1964 waren zudem lediglich sieben Frauen Mitglieder der Landesregierung, fünf davon gehörten der Südtiroler Volkspartei an. In der Legislaturperiode von 1998 bis 2003 waren mit Sabina Kaslatte Mur (Ressort: Deutsche und ladinische Schule und Berufsausbildung) und Luisa Gnecci (Ressort: Arbeitswesen, italienische Schule und Berufsausbildung) das erste Mal zwei Frauen Teil der Landesregierung. Die Landesregierung blieb jedoch männlich dominiert, denn zu keiner Zeit waren mehr als zwei Frauen vertreten. Luisa Gnecci (Centrosinistra/Mitte-Links) war in der Legislaturperiode 2003 bis 2008 außerdem die erste von insgesamt zwei Vizelandeshauptfrauen seit 1964. Erst zehn Jahre später folgte ihr Waltraud Deeg. Dabei fehlte es den Frauen nicht an Ausdauer; Zwei SVP Politikerinnen waren drei Legislaturperioden lang Mitglieder der Landesregierung, Waltraud Gebert Deeg von 1973 bis 1988 und Sabina Kaslatte Mur von 1998 bis 2013. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Regierung entsprach und entspricht auch in Südtirol recht klassischen Rollenverteilungen. Weibliche Regierungsmitglieder waren vor allem für sozio-kulturelle Bereiche zuständig. Dazu gehören: Kultur, Schulwesen, Soziales und Familie. Männer hingegen übernahmen Bereiche wie Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft oder Infrastruktur. Eine Ausnahme bildete Maria Hochgruber Kuenzer (2018 bis 2023), deren Zuständigkeit unter anderem im Bereich Infrastruktur (Ressort: Raumentwicklung, Landschaft und Landesdenkmalamt) lag (Südtiroler Landtag – Datenbanken und Sammlungen o. J.).

#### 4.2 Kandidaturen bei den Südtiroler Landtagswahlen seit 2008

Mit dem Gesetz zur Wahl des Südtiroler Landtages vom Mai 2013 wurde, wie bereits in Kapitel 3 erläutert, zum ersten Mal eine Geschlechterquote für eine Landtagswahl eingeführt. Diese Quote sieht vor, dass sowohl Männer als auch Frauen mit mindestens einem Drittel (= 33 Prozent) auf den Listen vertreten sein müssen. Bei einem Maximum von 35 Listenplätzen (Minimum sind 12) müssen demnach mindestens zwölf Plätze an Frauen vergeben werden, falls diese in der Minderheit sind. Eine Gegenüberstellung der Listenkandidatinnen und Kandidaten bei den Landtagswahlen 2008, 2013, 2018 und 2023 (Abbildung 2) zeigt, dass der Frauenanteil seit 2008 um fast 10 Prozent gestiegen ist (von 31 Prozent auf knapp 41 Prozent), mit dem größten Sprung nach der Einführung der Quote 2013 (7 Prozent Anstieg im

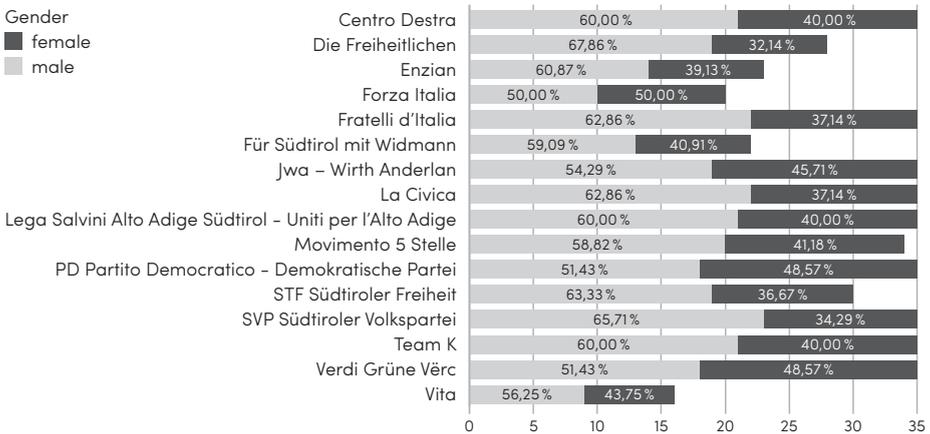
**Abb. 2: Kandidaturen für die Südtiroler Landtagswahlen 2008–2023**



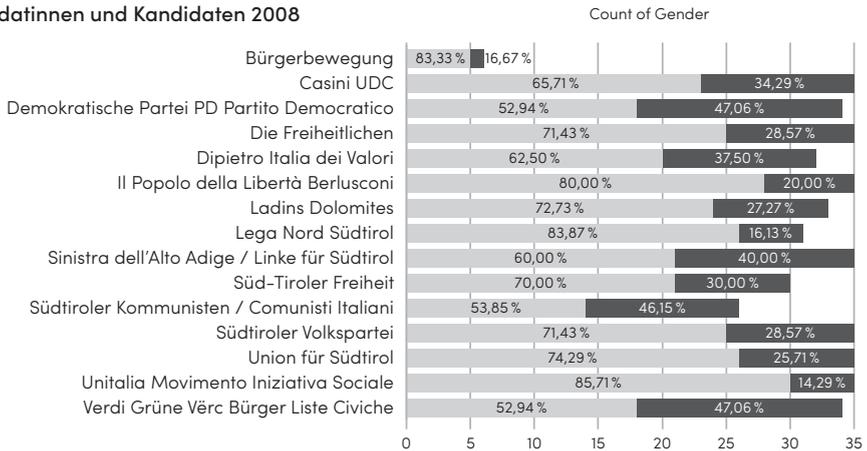
Quelle: Open Data Südtirol-Alto Adige, APB: Organisationsamt – Datensätze, eigene Auswertung

**Abb. 3: Listen für die Südtiroler Landtagswahlen 2008 und 2023**

**Kandidatinnen und Kandidaten 2023**



**Kandidatinnen und Kandidaten 2008**



Quelle: Open Data Südtirol-Alto Adige, APB: Organisationsamt – Datensätze, eigene Auswertung

Vergleich zu 2008). Zwischen 2013 und 2018 gab es einen minimalen Rückgang (2 Kandidatinnen weniger als 2013), der aber statistisch kaum ins Gewicht fällt. 2023 gab es erneut einen Anstieg von über zwei Prozent im Vergleich zu 2018.

Die Gegenüberstellung der Listen von 2008 und 2023 nach Geschlecht verdeutlicht die Wirksamkeit der Geschlechterquote (Abbildung 3). Im Jahr 2008 wiesen neun von 15 Listen einen Männeranteil von 70 Prozent und mehr auf, wobei bei vier Listen dieser Anteil sogar über 80 Prozent lag. Im Jahr 2023 hingegen hatten die Freiheitlichen mit 67 Prozent den höchsten Männeranteil unter den an der Wahl teilnehmenden Parteien, während zehn von insgesamt 16 Parteien einen Frauenanteil von über 40 Prozent vorzeigen konnten. Parteien, die bereits vor der Einführung der Geschlechterquote auf einen Ausgleich zwischen den Geschlechtern achteten, waren die Grünen/Verdi/Vërc sowie der Partito Democratico (PD).

Ein Zusammenhang zwischen ideologischer Ausrichtung und dem Anteil von weiblichen Kandidaturen kann nicht eindeutig festgestellt werden, aber es gibt Tendenzen. Parteien mit starkem Fokus auf soziale Gerechtigkeit legen auch Wert auf Geschlechterausgleich in ihren Listen. Das sind Parteien aus dem Mitte-Links Lager (z. B. Grüne/Verdi/Vërc oder Partito Democratico) sowie linke Parteien (z. B. Partito della Rifondazione Comunista oder Vereinte Linke). Am deutlichsten ist die konsequente und bewusste Umsetzung der Geschlechtergleichheit bei den Grünen/Verdi/Vërc. 2008 traten sie mit 48 Prozent Frauen bei den Landtagswahlen an, 2013 waren es 50 Prozent, 2018 und 2023 wiederum 48 Prozent.

Im Jahr 2023 zeichneten sich jedoch auch Forza Italia und die neu gegründete Liste JWA-Wirth Anderlan durch einen nahezu ausgeglichenen Geschlechteranteil auf ihren Wahllisten aus. Die Liste von Forza Italia bestand aus 10 Frauen und 10 Männern, die Liste von Wirth Anderlan aus 16 Frauen und 19 Männern, und das, obwohl er in der Öffentlichkeit selbst eine recht kritische Meinung zur „undemokratischen“ Geschlechterquote kundtat (Salto 2023). Auch bei den Freiheitlichen, die zwei Spitzenkandidatinnen vorzeigen können, traf die Geschlechterquote immer wieder auf Kritik. 2023 waren sie auch die einzige Partei, die die Geschlechterquote von 33 Prozent nur durch Aufrunden erfüllen konnte. Anders als bei den Wahlen 2018 und 2013, als ihr Anteil von weiblichen Kandidaturen bei 40 bzw. 41 Prozent lag.

Die Südtiroler Volkspartei erfüllt seit der Einführung der Geschlechterquote mit jeweils 34 Prozent Frauenanteil (2013, 2018 und 2023) die Quote aber auch nicht mehr. Bei den Landtagswahlen 2023 hatte die Südtiroler Volkspartei nach den Freiheitlichen den geringsten Frauenanteil auf ihrer Liste. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die SVP häufiger von Frauen als von Männern gewählt wird (Atz/Pallaver 2019).

### 4.3 Vorzugsstimmen für Frauen seit 2008

In Südtirol können Wählerinnen und Wähler bei den Landtagswahlen bis zu vier Vorzugsstimmen für Kandidatinnen und Kandidaten der angekreuzten Liste vergeben. Dabei gibt es, anders als etwa im Trentino, keine Regelung zur geschlechtergerechten Vergabe der Vorzugsstimmen. Mehr Listenkandidatinnen haben insgesamt gesehen auch zu einer Zunahme von Vorzugsstimmen für Frauen geführt. Im Jahr 2008 erhielten beispielsweise Frauen 169.000 von 682.000 Vorzugsstimmen (25 Prozent), während es 2023 176.000 von 586.000 (30 Prozent) waren, was einer Steigerung von 5 Prozent entspricht (bei 10 Prozent mehr Frauen auf den Listen). Die meisten Vorzugsstimmen an Frauen vergaben übrigens Wählerinnen und Wähler, die per Briefwahl wählten (34 Prozent der Stimmen gingen 2013 und 2018 an Frauen, 2023 waren es sogar 42 Prozent). Zum Vergleich, in den Gemeinden Corvara und Abtei vergaben Wählerinnen und Wähler bei den letzten drei Landtagswahlen über 80 Prozent der Stimmen an männliche Kandidaturen.

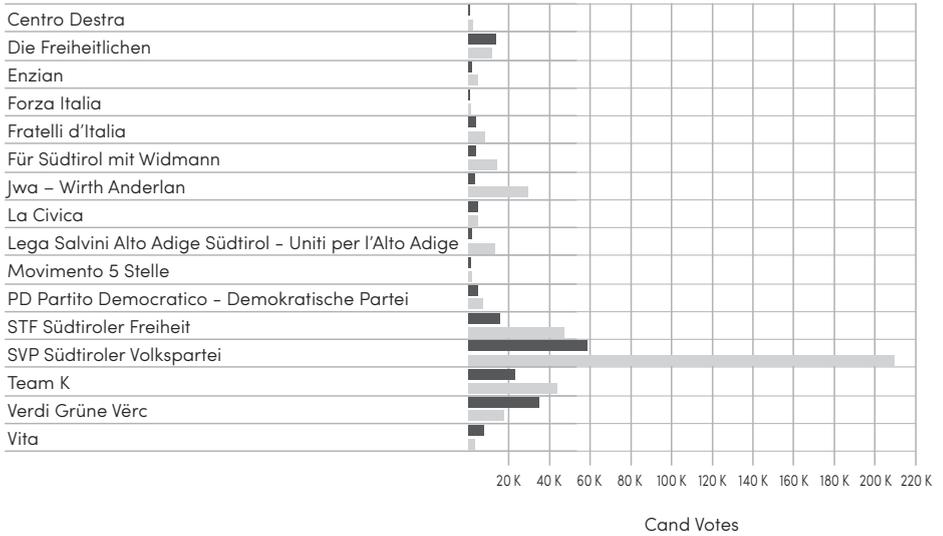
Auch wenn mehr Listenkandidatinnen im Durchschnitt zu mehr Vorzugsstimmen für Frauen führen, unterscheidet sich die Effektivität der Quote von Liste zu Liste. So erhielt etwa die Liste Wirth Anderlan, obwohl sie einen Frauenanteil von 46 Prozent aufwies, 90 Prozent der Vorzugsstimmen für männliche Kandidaten. Und nicht alle Listen mit einer hohen Anzahl von Vorzugsstimmen für Frauen wiesen auch einen entsprechend hohen Frauenanteil auf. Im Jahr 2023 erhielten erstmals weibliche Kandidaten auf den Listen der Grünen/Verdi/Vërc und Die Freiheitlichen mehr Vorzugsstimmen als ihre männlichen Kollegen (Abbildung 4). Jedoch hatten die Freiheitlichen die geringste Anzahl an weiblichen Kandidaten auf ihrer Liste, während die Grünen/Verdi/Vërc unter anderem die Partei mit den meisten weiblichen Kandidaturen war.

Mehr Vorzugsstimmen für Frauen führten außerdem nicht zu mehr Spitzenpositionen für Frauen, denn sowohl 2008 als auch 2023 wurden jeweils zehn Frauen in den Landtag gewählt. Mehr als 10.000 Stimmen erhielten 2008 außerdem fünf Kandidatinnen, 2023 waren es vier Kandidatinnen. Ulli Mair (Die Freiheitlichen) stand 2008 an vierter Stelle mit 27.500 Vorzugsstimmen (2013 erhielt sie sogar 31.171 Stimmen), 2023 war Maria Elisabeth Rieder (Team K) mit 12.496 Stimmen die meistgewählte Frau.

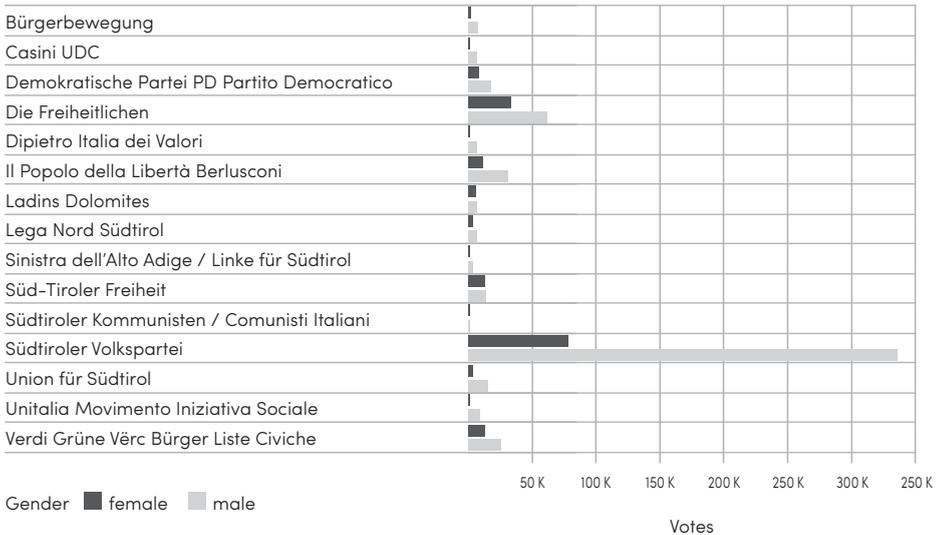
Ein Blick ins Trentino zeigt jedoch, dass durch eine geschlechtergerechte Vergabe von Vorzugsstimmen sehr wohl die Frauenrepräsentation auch in Spitzenpositionen erhöht werden kann. Im Trentino, wie auch in vielen anderen italienischen Regionen, müssen bei Landtagswahlen laut Gesetz beide Geschlechter zu gleichen

**Abb. 4: Vorzugsstimmen bei den Südtiroler Landtagswahlen 2008 und 2023**

**Vorzugsstimmen 2023**



**Vorzugsstimmen 2008**



Quelle: Open Data Südtirol-Alto Adige, APB: Organisationsamt – Datensätze, eigene Auswertung

Maßen auf den Listen vertreten sein. Wählerinnen und Wähler geben anders als in Südtirol dabei nicht vier, sondern zwei Vorzugsstimmen ab. Werden beide Stimmen abgegeben, müssen diese an einen Kandidaten/eine Kandidatin eines anderen Geschlechts gegeben werden (Legge elettorale provinciale 2003). Bei den Landtagswahlen 2023 im Trentino waren also 50 Prozent Frauen und 50 Prozent Männer auf den Wahllisten vertreten. Durch die geschlechtergerechte Vergabe an Vorzugsstimmen gingen 46 Prozent der Vorzugsstimmen an weibliche Kandidaturen und folglich 14 Landtagsitze an Frauen (40 Prozent) (Comune di Trento o. J.). Zum Vergleich: In Südtirol gingen 2023 30 Prozent der Stimmen und zehn Landtagsitze an Frauen.

## 5. Substanzielle Repräsentanz von Frauen

Wie in Kapitel 2 beschrieben, ist die Frage, ob eine größere Anzahl von Frauen in der Politik (deskriptive Repräsentation) schließlich auch zu entsprechenden *Policy-Outputs* führt (substantielle Repräsentation), nicht einfach zu beantworten. Um den Zusammenhang von deskriptiver und substantieller Frauenrepräsentation auch nur ansatzweise zu verstehen, werden in diesem Kapitel Beschlussanträge und Anfragen des Südtiroler Landtags mit frauenspezifischer Themensetzung untersucht. Grundlage für die Analyse bildete die Datenbank des Südtiroler Landtages (Südtiroler Landtag – Datenbanken und Sammlungen o. J.), in der landesparlamentarische Initiativen bis 1993 archiviert sind. Was frauenspezifische Themen sind, wurde vor der Analyse festgelegt, wobei als Fraueninteressen Inhalte definiert wurden, die bei politischer Umsetzung auf Frauen einen signifikant höheren Effekt haben als auf Männer. Dazu gehören:

- Chancengleichheit
- Frauengesundheit
- Kinderbetreuung
- Frauen und Migration
- Arbeit und Frauen
- Gewalt an Frauen
- Schwangerschaft/Geburt
- Frauenarmut
- Pflege
- Prostitution
- Hilfe für Frauen
- Frauen und Kultur
- Frauen und Kriminalität.

Die Datenbank des Südtiroler Landtages wurde zunächst nach Beschlussanträgen und Anfragen durchsucht, die sich in ihren Titeln explizit auf frauenspezifische Themen beziehen. Zum Beispiel „Beschlussantrag Nr. 589/22-XVI: Recht auf Kleinkindbetreuungsplatz“. Im nächsten Schritt wurden den als relevant erachteten Initiativen nach einer eingehenden Prüfung der Volltexte die oben genannten Themen zugeordnet. Jede Initiative erhielt dabei nur ein Thema. Falls mehrere Themen vertreten waren, wurde lediglich das übergeordnete Thema verwendet. Für die Auswertung wurden des Weiteren Metadaten erhoben (Erstunterzeichnende, deren Geschlecht sowie Parteizugehörigkeit):

**Tab. 1: Auszug aus der Analyse landesparlamentarischer Initiativen**

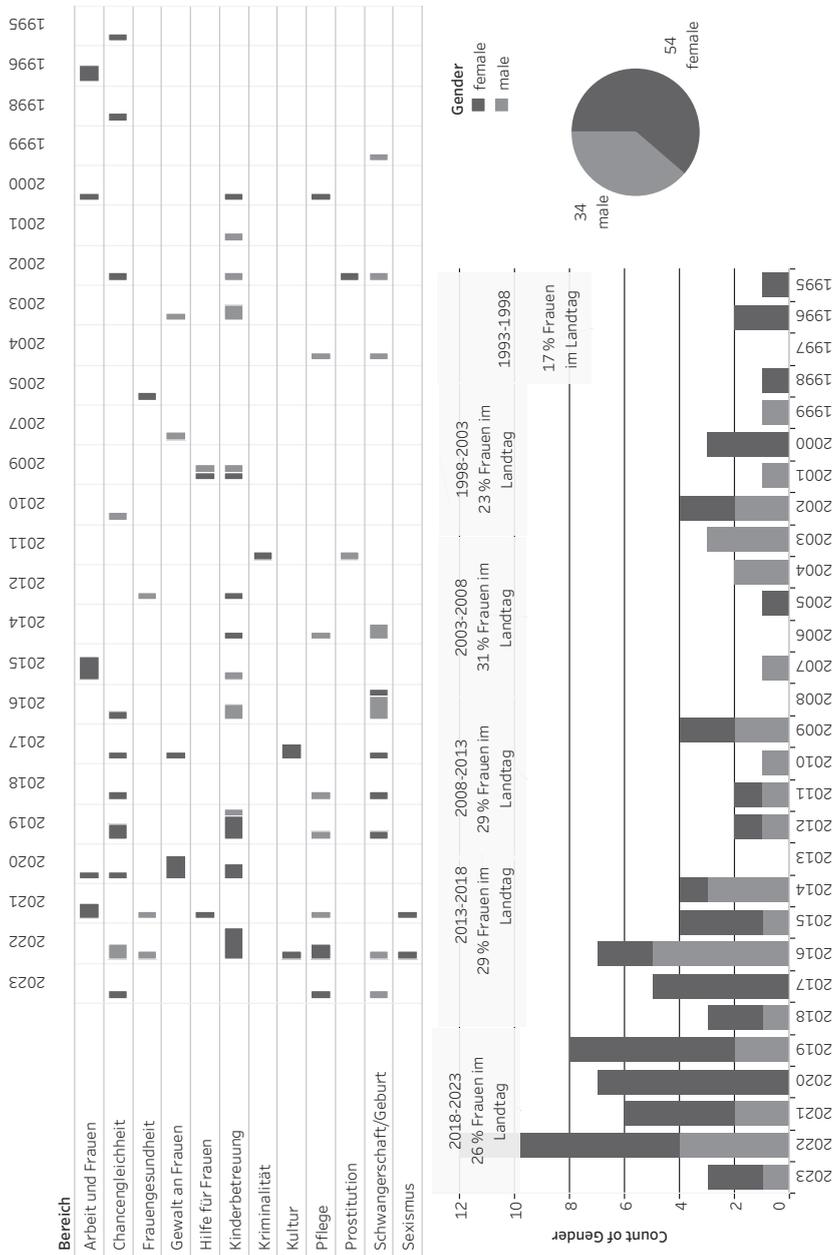
Jahr	Initiative	Thema	Ersteinbringer / Ersteinbringerin	Geschlecht	Partei
2022	Beschlussantrag Nr. 589/22-XVI: Recht auf Kleinkindbetreuungsplatz	Kinder- betreuung	Rieder Maria Elisabeth	weiblich	Team K

## 5.1 Fraueninteressen in Beschlussanträgen seit 1995

Beschlussanträge stehen den Landtagsabgeordneten als Mittel der Mitwirkung zur Verfügung, indem eine Debatte oder ein Beschluss zu einer bestimmten Angelegenheit herbeigeführt wird. 88 von insgesamt 3.978 Beschlussanträgen beschäftigten sich seit 1995 explizit mit Frauenthemen (= 2,2 Prozent), 54 Beschlussanträge wurden von Frauen initiiert, 34 von Männern. Abbildung 5 zeigt, dass die Einbringung von Beschlussanträgen mit Fraueninteressen seit 1995 deutlich zugenommen hat. Zwischen 1995 und 2013 wurden 33 Prozent der Anträge eingebracht, von 2013 bis 2023 waren es 67 Prozent.

Besonders stark stieg die Anzahl von Beschlussanträgen von Frauen für Frauen. Bei Betrachtung des gesamten Zeitraums (1995 bis 2023) brachten Frauen durchschnittlich 2,68 Anträge pro Jahr ein, Männer 1,94. Es bestehen jedoch deutliche Unterschiede zwischen dem Zeitraum vor 2013 und dem Zeitraum danach. So reichten zwischen 1995 und 2012 sowohl Männer als auch Frauen im Durchschnitt 1,4 Anträgen pro Jahr ein. Zwischen 2013 und 2023 initiierten Frauen jedoch 3,8 Anträge pro Jahr, Männer hingegen nur 2,6. Ab dem Jahr 2020 werden die Unterschiede noch größer. Frauen reichten nun durchschnittlich fünf Anträge pro Jahr ein, Männer hingegen weiterhin nur 2,6.

Abb. 5: Fraueninteressen in Beschlussanträgen 1995 – 2023



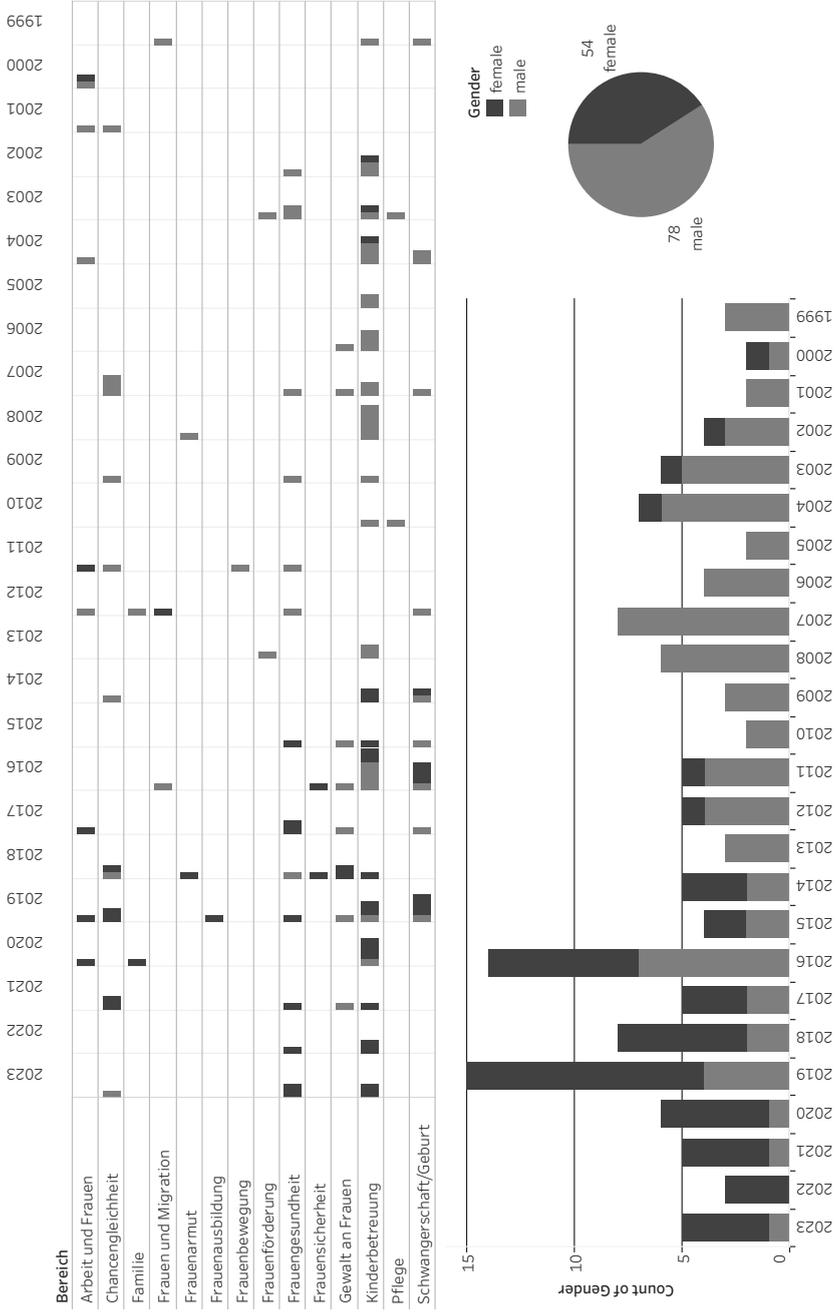
Quelle: Südtiroler Landtag, Datenbanken und Sammlungen – Politische Akte, eigene Auswertung

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass Frauen bis 2013, vor der Einführung der Geschlechterquote, gleich viele Anträge mit Fraueninteressen wie Männer initiierten, nach 2013 aber deutlich mehr Anträge von Frauen als von Männern eingereicht wurden. Die Legislaturperiode von 2013 bis 2018 war für die Südtiroler Politik mit einigen Veränderungen verbunden, die sich positiv auf die Frauenpolitik auswirkten. Hier ist einerseits die Einführung der Geschlechterquote und sind die dazugehörigen Diskurse 2013 zu nennen, die sicherlich für ein stärkeres Bewusstsein für die Rolle der Frauen in der Politik geführt haben, aber auch die veränderten Machtverhältnisse in Südtirol. Mit den Landtagswahlen 2013 verlor die Südtiroler Volkspartei ihre absolute Mehrheit, was zu einer Zunahme der Parteienvielfalt in Südtirol führte. Parteien mit einem stärkeren Fokus auf Gleichberechtigungsfragen erlangten dadurch mehr politische Mitsprache. Auch löste der SVP-Politiker Arno Kompatscher seinen Vorgänger Luis Durnwalder nach 24 Regierungsjahren als Landeshauptmann ab. Kompatscher machte sich 2019 selbst zum Landesrat für Chancengleichheit (2014 bis 2019 war es Martha Stocker, die sich als Mitglied der Landesregierung stark für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzte) und damit das Thema Frau zur Chefsache.

Besonders häufig wurde in Beschlussanträgen mit Fraueninteressen die Kleinkindbetreuung thematisiert (insgesamt 22 Anträge), gefolgt von Themen rund um Geburt/Schwangerschaft (14 Anträge) und Chancengleichheit (14 Anträge). Bis 1998 konzentrierten sich die Interessen ausschließlich auf die Themen „Arbeit und Frauen“ sowie Chancengleichheit. Die Thematik der Kinderbetreuung wurde erstmals im Jahr 2000 behandelt und seit 2019 ausschließlich von Frauen angesprochen. Zwischen 2016 und 2023 (mit Ausnahme 2021) wurde außerdem jedes Jahr mindestens ein Beschlussantrag zum Thema Chancengleichheit eingereicht, ebenfalls überwiegend von weiblichen Abgeordneten.

Ein Zusammenhang zwischen der deskriptiven Repräsentanz von Frauen im Landtag und der Einbringung von Fraueninteressen in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse konnte jedoch nicht festgestellt werden. Zwischen 2003 und 2008, als der Frauenanteil im Südtiroler Landtag am größten war, wurden lediglich 12,5 Prozent Anträge mit Fraueninteressen eingereicht, und nur 2 Prozent davon wurden von Frauen initiiert. In der Legislaturperiode 2018 bis 2023 hingegen, bei einem Frauenanteil von 26 Prozent, wurden 44 Prozent der Beschlussanträge eingereicht, 69 Prozent davon von Frauen.

Abb. 6: Fraueninteressen in politischen Anfragen 1999 – 2023



Quelle: Südtiroler Landtag, Datenbanken und Sammlungen – Politische Akte, eigene Auswertung

## 5.2 Fraueninteressen in politischen Anfragen seit 1999

Ein vergleichbares Muster wie bei Beschlussanträgen zeigte sich auch bei politischen Anfragen. Politische Anfragen dienen der Kontrolle der Landesverwaltung und werden vor allem von Oppositionsparteien gestellt. Zwischen 2003 und 2008, jener Legislaturperiode mit dem höchsten Frauenanteil im Landtag, wurden lediglich zwei Anfragen mit frauenspezifischer Themensetzung von Frauen initiiert. Überhaupt wurden zwischen 1999 und 2013 von insgesamt 132 Anfragen mit Fraueninteressen lediglich sechs von Frauen eingereicht, 90,5 Prozent hingegen von männlichen Landtagsabgeordneten. Nach 2013 kam es zu einer Kehrtwende. 68,5 Prozent der Anfragen wurden nun von weiblichen Abgeordneten initiiert, 31,5 Prozent von männlichen Abgeordneten. Und seit 2020 wurden kaum noch Anfragen mit Fraueninteressen von Männern eingereicht, wodurch Anfragen mit Frauenthemen immer mehr zur Angelegenheit der weiblichen Abgeordneten werden. Wie bei Beschlussanträgen konnte damit kein Zusammenhang zwischen der deskriptiven Repräsentanz und der Einbringung von Fraueninteressen festgestellt werden (Abbildung 6).

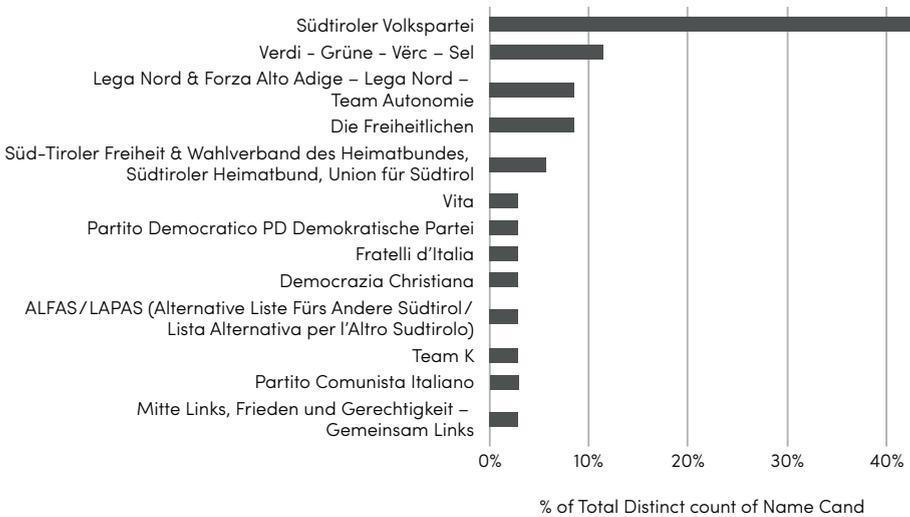
Etwas mehr als ein Drittel der politischen Anfragen befasste sich mit Themen rund um die Betreuung von Kleinkindern. Geburt/Schwangerschaft und Frauengesundheit waren ebenfalls häufige Themen in den Anfragen mit Fokus auf Fraueninteressen. Signifikante Unterschiede zwischen Frauen oder Männern ließen sich bei den Themen nicht erkennen.

## 5.3 Parteizugehörigkeit und Fraueninteressen

Neben der Einführung der Geschlechterquote gibt es weitere Faktoren, die potenziell Einfluss auf die Zunahme von Themen mit Fraueninteressen in politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen haben können. Einer dieser Faktoren ist die Parteizugehörigkeit von Frauen, die in den Südtiroler Landtag gewählt wurden. In den Jahren von 1993 bis 2023 waren 43 Prozent der Frauen im Südtiroler Landtag Mitglieder der Südtiroler Volkspartei. Darüber hinaus gehörten insgesamt vier Frauen (11,5 Prozent) den Grünen/Verdi/Vërc an, während weitere drei Frauen Mitglieder der Freiheitlichen waren. Das im Jahr 2018 gegründete Team Köllensperger (Team K) entsandte bis zum Jahr 2023 eine Frau in den Landtag (Abbildung 7).

Bei genauerer Betrachtung von Frauen, die seit 1993 Beschlussanträge mit Fraueninteressen initiierten, zeigt sich, dass diese vor allem Oppositionsparteien angehörten. 43 Prozent der Anträge wurden von Grünen-Politikerinnen initiiert und

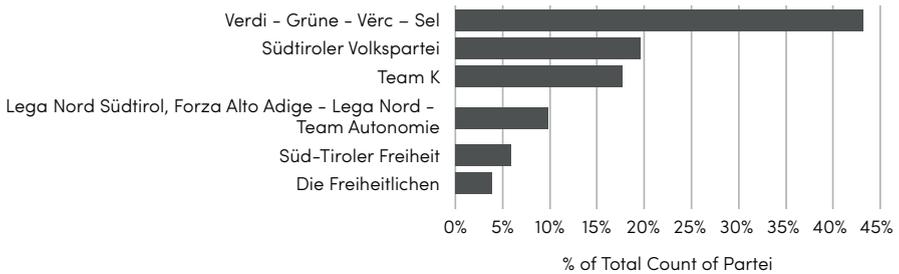
**Abb. 7: Frauen im Südtiroler Landtag seit 1993 nach Parteizugehörigkeit**



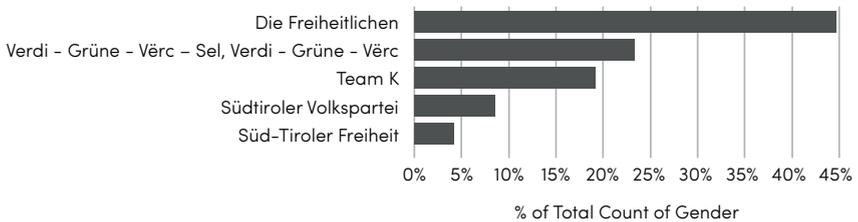
Quelle: Südtiroler Landtag, Datenbanken und Sammlungen – Abgeordnete zum Südtiroler Landtag seit 1948, eigene Auswertung

**Abb. 8: Beschlussanträge und Anfragen von Frauen nach Parteizugehörigkeit seit 1993/1999**

Beschlussanträge mit Fraueninteressen von Frauen nach Parteizugehörigkeit seit 1993



Anfragen mit Fraueninteressen von Frauen nach Parteizugehörigkeit seit 1999



Quelle: Südtiroler Landtag, Datenbanken und Sammlungen – Politische Akte, eigene Auswertung

lediglich 19,5 Prozent von SVP-Politikerinnen. Darüber hinaus kamen allein 17,5 Prozent der Anträge von Maria Elisabeth Rieder vom Team K. Politische Anfragen als Instrument der politischen Kontrolle dahingehend wurden zu 45 Prozent von Politikerinnen der Freiheitlichen initiiert (die jedoch nur wenig Beschlussanträge mit Fraueninteressen einbrachten), gefolgt von den Grünen/Verdi/Vërc (24 Prozent) und erneut dem Team K (19 Prozent). Grundsätzlich wird Parteien des linken Spektrums eine größere Affinität zu frauenspezifischen Themen unterstellt als dem bürgerlichen Lager (Brunsbach 2011). In Südtirol sind die Grünen/Verdi/Vërc Vorreiter bei frauenspezifischen Themen, allerdings widmen sich auch sezessionistische bzw. rechtspopulistische Parteien (Die Freiheitlichen, Süd-Tiroler Freiheit) Frauenthemen, wenn auch vorzugsweise als Instrument der Kontrolle.

## 6. Fazit

Die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Auswertungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1. Die deskriptive Repräsentation von Frauen bei den Südtiroler Landtagswahlen hat seit 1964 bis zur letzten Wahl 2023 stark zugenommen; es kandidieren insgesamt mehr Frauen und es gehen insgesamt gesehen mehr Vorzugsstimmen an Frauen. Einen großen Einfluss darauf nahm die Einführung der Geschlechterquote 2013. Mehr weibliche Kandidaturen haben jedoch nicht zu mehr Spitzenkandidatinnen geführt, es gibt also wenig Fortschritte bei den Spitzenpositionen. Ein Blick ins Trentino (Landtagswahlen 2023) zeigt jedoch, dass eine geschlechtergerechte Vergabe von Vorzugsstimmen die Repräsentation von Frauen auch im Landtag verbessern kann.
- 2. Trotz positiver Entwicklungen ist Südtirol im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich von Frauen in der Landespolitik repräsentiert.
- 3. Der Start der XV. Legislaturperiode im Jahr 2013 kann als Wendepunkt bei der substantiellen Repräsentation von Frauen in der Südtiroler Landespolitik gesehen werden. Drei Ereignisse stehen im Zusammenhang mit dieser Wende: Die Einführung der Geschlechterquote, der Verlust der absoluten Mehrheit der SVP und die Wahl eines neuen Landeshauptmannes. Die Geschlechterquote hat nicht nur zu mehr weiblichen Kandidaturen geführt, die Auseinandersetzung mit dem Thema Chancengleichheit in der Politik kann auch als Antrieb für die substantielle Repräsentation gesehen werden. Die Geschlechterquote führte zu gesellschaftlichen und damit auch politischen Debatten rund um die Rolle der Frau und stärkte das

Bewusstsein für die Wichtigkeit von Frauen in der Politik. Der Verlust der absoluten Mehrheit der SVP erhöhte außerdem die Parteienvielfalt im Landtag und Arno Kompatscher als neu gewählter Landeshauptmann machte die Agenden der Chancengleichheit zu einer seiner Hauptaufgaben.

— 4. Fraueninteressen im Rahmen von politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen in Südtirol werden immer häufiger von Frauen thematisiert. Vor allem, wenn es um die Kontrolle der Landesverwaltung geht, werden Frauenthemen immer mehr zur Angelegenheit der weiblichen Abgeordneten.

— 5. Insgesamt konnte kein Zusammenhang zwischen deskriptiver und substantzieller Repräsentation in dieser Untersuchung festgestellt werden. Beim komplexen Zusammenhang von deskriptiver und substantzieller Repräsentation spielt auch immer der politische Kontext eine wesentliche Rolle, ob und wie stark Frauen auch Fraueninteressen vertreten. Dies gilt auch für Südtirol.

Durch diese Ergebnisse kann die eingangs gestellte These, dass sich Frauen in der Politik häufiger als Männer mit frauenspezifischen Themen auseinandersetzen und dadurch mehr weibliche Abgeordnete auch zu einer besseren Vertretung von Fraueninteressen in landesparlamentarischen Initiativen führen, nur zum Teil bestätigt werden. Dass sich Frauen stärker als Männer mit frauenspezifischen Themen auseinandersetzen ist erst im letzten Jahrzehnt der Fall, vorher hatten gleich viele Frauen als Männer, bzw. bei den politischen Anfragen mehr Männer als Frauen Initiativen mit Fraueninteressen eingebracht. Somit trifft diese These nur für einen Teil des Untersuchungszeitraumes zu. Die Tatsache, dass in den letzten zehn Jahren Frauenthemen in der Politik zugenommen haben, hängt jedoch mit veränderten politischen als auch gesellschaftlichen Kontexten zusammen und weniger mit der Repräsentation von Frauen im Landtag. Dadurch wird der zweite Teil der These widerlegt.

---

## Literaturverzeichnis

- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2019), Der Reiz des Neuen: Unzufriedenheit bestraft die Regierungsparteien gleich wie die etablierte Opposition, in: Alber, Elisabeth/Engl, Alice/Pallaver, Günther (Hg.) *Politika 2019: Südtiroler Jahrbuch für Politik*, Bozen: Edition Raetia, 115–55
- Beirat für Chancengleichheit/Frauenbüro der Autonomen Provinz Bozen–Südtirol/Eurac Research (2022), Für mehr Frauen in der Politik ... und wie wir dieses Ziel erreichen. Bozen: Eurac Research
- Biancalana, Cecilia/Regalia, Marta (2014), La presenza delle donne nei Consigli regionali e comunali, in: il Mulino, *Rivista trimestrale di cultura e di politica* 5, 843–50
- Blome, Agnes/Fuchs, Gesine (2017), Macht und substantielle Repräsentation von Frauen, in: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 26(1), [www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica/article/view/28153](http://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica/article/view/28153) (28.11.2023)
- Boukrif, Gabriele (2006), „Der Schritt über den Rubikon“: eine vergleichende Untersuchung zur deutschen und italienischen Frauenstimmrechtsbewegung (1861–1919), Münster: LIT Verlag Münster
- Bratton, Kathleen A./Ray, Leonard P. (2002), Descriptive Representation, Policy Outcomes, and Municipal Day-Care Coverage in Norway, in: *American Journal of Political Science* 46(2), 428–37
- Brunsbach, Sandra (2011), Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42(1), 3–24
- Comune di Trento, in: [www.comune.trento.it/](http://www.comune.trento.it/) (30.12.2023)
- Dekret des Präsidenten der Republik (1972), [http://lexbrowser.provinz.bz.it/doc/de/dpr-1972-670/dekret\\_des\\_pr\\_sidenten\\_der\\_republik\\_vom\\_31\\_august\\_1972\\_nr\\_670.aspx](http://lexbrowser.provinz.bz.it/doc/de/dpr-1972-670/dekret_des_pr_sidenten_der_republik_vom_31_august_1972_nr_670.aspx) (30.12.2023)
- European Commission (Hg.) (2008), *Women and Men in Decision-Making 2007: Analysis of the Situation and Trends*, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities
- Hoecker, Beate (1998), Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen im europäischen Vergleich, in: Hoecker, Beate (Hg.), *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 379–98, [https://doi.org/10.1007/978-3-322-99810-1\\_18](https://doi.org/10.1007/978-3-322-99810-1_18) (27.11.2023)
- Hoecker, Beate (2008), 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24–25, 10–18
- Kreissl, Katharina/Sauer, Birgit (2017), Feminist Political Institutionalism. Ein Beitrag zum Verständnis von Macht und Herrschaft im Geschlechterverhältnis, in: Funder, Maria/Müller, Ursula (Hg.), *Neo-Institutionalismus – Revisited: Bilanz und Weiterentwicklungen aus der Sicht der Geschlechterforschung (Arbeit, Organisation und Geschlecht in Wirtschaft und Gesellschaft)*, Baden-Baden: Nomos, 525–50
- Landesgesetz (2010), Gleichstellungs- und Frauenförderungsgesetz des Landes Südtirol und Änderungen zu bestehenden Bestimmungen, [http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/de/lp-2010-5%c2%a740/landesgesetz\\_vom\\_8\\_m\\_rz\\_2010\\_nr\\_5/abschnitt\\_ii\\_bestimmungen\\_zur\\_gleichstellung\\_von\\_frauen\\_und\\_m\\_nnern\\_in\\_der\\_ffentlichen\\_verwaltung.aspx](http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/de/lp-2010-5%c2%a740/landesgesetz_vom_8_m_rz_2010_nr_5/abschnitt_ii_bestimmungen_zur_gleichstellung_von_frauen_und_m_nnern_in_der_ffentlichen_verwaltung.aspx) (30.12.2023)
- Landesgesetz (2017), Bestimmungen über die Wahl des Landtages, des Landeshauptmannes und über die Zusammensetzung und Wahl der Landesregierung, [http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/de/208939/landesgesetz\\_vom\\_19\\_september\\_2017\\_nr\\_14.aspx](http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/de/208939/landesgesetz_vom_19_september_2017_nr_14.aspx) (30.12.2023)

- Landesgesetz (2022), Änderung des Landesgesetzes vom 8. Februar 2010, Nr. 4, „Einrichtung und Ordnung des Rates der Gemeinden“, [http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/20240117/de/227719/landesgesetz\\_vom\\_31\\_august\\_2022\\_nr\\_11.aspx](http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/20240117/de/227719/landesgesetz_vom_31_august_2022_nr_11.aspx) (17.01.2024)
- Landesgesetzentwurf (2009), Gleichstellungs- und Frauenförderungsgesetz des Landes Südtirol und Änderungen zu bestehenden Bestimmungen, [https://api-idap.landtag-bz.org/doc/IDAP\\_226309.pdf](https://api-idap.landtag-bz.org/doc/IDAP_226309.pdf) (17.01.2024)
- Legge elettorale provinciale (2003), Norme per l'elezione diretta del Consiglio provinciale di Trento e del Presidente della Provincia, [https://elezioni.provincia.tn.it/content/download/215/1899/file/elezioni\\_bassa.pdf](https://elezioni.provincia.tn.it/content/download/215/1899/file/elezioni_bassa.pdf) (20.12.2023)
- Ministero dell'Interno (2022), Dipartimento per gli Affari Interni e Territoriali, [https://amministratori.interno.gov.it/index.php?page=statistiche\\_sesso&from=2020&to=2022](https://amministratori.interno.gov.it/index.php?page=statistiche_sesso&from=2020&to=2022) (20.12.2023)
- Mumelter, Renate/Clementi, Siglinde/Tragust, Karl (2021), Waltraud Gebert Deeg: die Landesmutter: Politik, Frauen, Soziales, Bozen: Raetia
- Noi donne (2009), Lidia Menapace: 85 anni di lotta e non sentirli... „una delle voci più importanti del femminismo italiano, simbolo di libertà ed impegno per tante donne“, [www.noidonne.org/articoli/lidia-menapace-85-anni-di-lotta-e-non-sentirli-00010.php](http://www.noidonne.org/articoli/lidia-menapace-85-anni-di-lotta-e-non-sentirli-00010.php) (06.01.2024)
- Open Data Südtirol-Alto Adige (o. J.), APB: Organisationsamt – Datensätze, <https://data.civis.bz.it/de/organization/pab-uff-organizzazione> (17.01.2024)
- Regalia, Marta (2021), Una democrazia dimezzata: Autoselezione, selezione ed elezione delle donne in Italia, Milano: Egea
- Regionalgesetz (2018), Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region, [www.provinz.bz.it/verwaltung/oertliche-koerperschaften/downloads/GESETZ\\_RG\\_2018\\_2\\_Kodex.pdf](http://www.provinz.bz.it/verwaltung/oertliche-koerperschaften/downloads/GESETZ_RG_2018_2_Kodex.pdf) (30.12.2023)
- Salto (2023), Die ‚undemokratische‘ Frauenquote (2023), <https://salto.bz/de/article/06092023/die-undemokratische-frauenquote> (30.12.2023)
- Sauer, Birgit (2001), Die Asche des Souveräns: Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt am Main/New York: Campus
- Schwindt-Bayer, Leslie A./Mishler, William (2005), An Integrated Model of Women's Representation, in: *The Journal of Politics* 67(2), 407–28
- Südtiroler Landtag (Hg.) (2023), Frauen und Politik im lokalen Kontext, [https://www.provinz.bz.it/chancengleichheit/frauen-und-politik.asp?news\\_action=4&news\\_article\\_id=676776](https://www.provinz.bz.it/chancengleichheit/frauen-und-politik.asp?news_action=4&news_article_id=676776) (30.12.2023)
- Südtiroler Landtag – Datenbanken und Sammlungen (o. J.), Politische Akte, [www.landtag-bz.org/de/politische-akte](http://www.landtag-bz.org/de/politische-akte) (16.01.2023)
- Südtiroler Landtag – Datenbanken und Sammlungen (o. J.), Abgeordnete und Mitglieder der Landesregierung nach Legislaturperioden seit 1948, <https://www.landtag-bz.org/de/abgeordnete-und-mitglieder-der-landesregierung-nach-legislaturperioden-seit-1948> (16.01.2023)
- Verfassung der Republik Italien (1948), [http://lexbrowser.provinz.bz.it/doc/de/cdri-1948/verfassung\\_der\\_republik\\_italien.aspx](http://lexbrowser.provinz.bz.it/doc/de/cdri-1948/verfassung_der_republik_italien.aspx) (30.12.2023)
- Wiechmann, Elke (2018), Politische Repräsentanz und Geschlecht: Political Gender Gap, in: Kortendiek, Beate/ Riegraf, Birgit/ Sabisch, Katja (Hg.), *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Geschlecht und Gesellschaft*, Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Young, Iris Marion (2004), Five Faces of Oppression, in: Heldke, Lisa M./O'Connor, Peg (Hg.), *Oppression, privilege, and resistance: theoretical perspectives on racism, sexism, and heterosexism*, Boston: McGraw-Hill, 37–63

Andrea Carlà

## Consociativismo e processi di (de)securitizzazione in Alto Adige

Südtiroler Freiheit e Fratelli d'Italia a confronto alla luce delle elezioni provinciali del 2023

### Consociationalism and processes of (de)securitization in South Tyrol

A comparison of Südtiroler Freiheit and Fratelli d'Italia after the 2023 provincial elections.

**Abstract** This contribution analyzes the effects of consociational mechanisms on South Tyrolean politics. We focus on the process of *ethnic outbidding*, the phenomenon whereby more radical political forces prevail over moderate ones, fostering centrifugal patterns. To this end, the research focuses on the interplay between consociationalism and the so-called process of (de)securitization, the process through which an issue is viewed (or no longer viewed) as an existential threat based on an 'us-versus-them' logic. The contribution analyzes to what extent dynamics of (de)securitization have developed in South Tyrol vis-à-vis the ethnic question, through examining whether the experience with the consociational mechanisms has contributed over time to overcome the friend-enemy distinction. Processes of (de)securitization are analyzed as they have developed in political discourses, using as data the electoral programs of the South Tyrolean political parties that (should) have the most radical positions on ethnic issues: Fratelli d'Italia and Süd-Tiroler Freiheit. The analysis will show that the South Tyrolean case both confirms and contradicts the expectation as well as the criticism of consociational theory and the extent such a type of institutional design could affect processes of ethnic outbidding.

## 1. Introduzione

L'ultima tornata elettorale per l'elezione del Consiglio provinciale in Alto Adige sembra aver segnato una svolta nell'esperienza politica di questa piccola provincia italiana caratterizzata dalla presenza di una minoranza di lingua tedesca e ladina ed un sofisticato sistema di autonomia territoriale e democrazia consociativa instaurato nel 1972 con il cosiddetto secondo Statuto d'autonomia per gestire delle tensioni 'etniche' e spinte secessioniste emerse negli anni '50 e '60 del secolo scorso.<sup>1</sup> Per la prima volta la Südtiroler Volkspartei (SVP), il partito che storicamente ha rappresentato la popolazione di lingua tedesca, ma in declino elettorale da vari anni, ha perso la sua posizione egemone. Il partito che in passato ha dominato la vita politica altoatesina, ottenendo la maggioranza assoluta e quindi potendo scegliere un solo partito espressione del gruppo linguistico italiano con cui co-governare, come prescritto dal sistema consociativo, si è visto costretto a creare un'alleanza di governo più vasta, che coinvolge un maggior numero di partiti di lingua italiana e/o tedesca. Da registrare inoltre il successo elettorale di Süd-Tiroler Freiheit, con la sua agenda di rivendicazione secessionista, e la crescita di Fratelli d'Italia, il partito erede della tradizione nazionalista e post-fascista italiana, sull'onda della crescita del partito a livello nazionale.<sup>2</sup>

Oltre un'analisi degli sviluppi politici, questo momento di cambiamento offre al tempo stesso una finestra per analizzare lo stato della democrazia consociativa in Alto Adige ed i suoi effetti sulla politica altoatesina. Questo tipo di sistema di governo è considerato da molti, sia in campo accademico che in campo politico e tra operatori ed esperti di risoluzione dei conflitti, come un'efficace soluzione per gestire società divise lungo linee di frattura p. e. etnico-linguistiche e/o religiose. Sviluppata originariamente da A. Lijphart (1977), il consociativismo è una teoria incentrata sul ruolo dell'élite politica (cfr. Jarrett 2018, 49), in base alla quale i diversi segmenti in cui si distingue la popolazione di una società plurale sono considerati come suoi elementi costitutivi. Ciascun gruppo viene quindi protetto garantendogli l'accesso al potere attraverso quattro meccanismi principali: governi di grande coalizione, proporzionalità, veto reciproco e autonomia. In presenza di specifiche condizioni favorevoli, questo sistema di governo è considerato in grado di porre fine a tensioni e violenze e sostenere processi di pace, fornendo stabilità politica (McGarry 2017b; McGarry/O'Leary 2006). In base alla teoria, la forzata cooperazione tra i diversi gruppi nei meccanismi consociativi ha il potenziale di promuovere la fiducia tra le élite politiche, fiducia che poi si riversa sulla società. In questo modo, la democrazia consociativa può ridurre le divisioni tra gruppi e indebolire la mobilitazione politica

su base identitaria più radicale, anche se è bene chiarire che il consociativismo non mira a trascendere le diversità ed appartenenze etniche (McGarry 2017a).

I modelli di democrazia consociativa sono al tempo stesso criticati per vari motivi, fra cui il fatto che siano sistemi di governo di difficile implementazione, siano antidemocratici ed inefficaci, istituzionalizzino i gruppi e le loro identità collettive, e provochino instabilità ed immobilismo politico (cfr. O’Leary 2005). Fra le critiche, alcuni teorici ritengono che, rafforzando le distinzioni identitarie e dando potere alle élite etniche, i meccanismi consociativi diminuiscano gli incentivi alla moderazione. Le dinamiche politiche rimangono così caratterizzate dal cosiddetto “*outbidding* etnico”, cioè il fenomeno per cui forze politiche più radicali prevalgono su quelle moderate, favorendo spinte centrifughe (McCulloch 2016). Infatti, poiché il consociativismo favorisce il mantenimento di arene politiche distinte per ciascun segmento della popolazione, leader politici possono fare appello alle divisioni basate sull’appartenenza etnica per prevalere sugli oppositori politici più moderati all’interno del proprio gruppo etnico. Fra gli esempi negativi a riguardo, viene spesso indicata la Bosnia ed Erzegovina, il cui governo consociativo è stato frequentemente bloccato da partiti nazionalisti e veti reciproci, ed in parte anche l’Irlanda del Nord, dove i partiti più moderati protagonisti del processo di pace sono stati superati da partiti più radicali, il Democratic Unionist Party (DUP) and Sinn Féin, i quali a volte non sono stati in grado di collaborare e formare un governo.

Questo capitolo si pone l’obiettivo di analizzare gli effetti dei meccanismi consociativi sulla politica altoatesina alla luce delle recenti dinamiche politiche emerse nell’ultima elezione del consiglio provinciale, per valutare se e in che misura siano presenti fenomeni di *outbidding* etnico. In particolare, la ricerca si chiede come tali meccanismi consociativi interagiscono sulle relazioni a livello politico fra i gruppi linguistici e sulle modalità con cui le forze politiche di ciascun gruppo linguistico rappresentano nella loro narrazione le questioni etniche, così come i rapporti fra i gruppi e la percezione che hanno l’uno dell’altro, al fine di evidenziare se e come tali percezioni e visioni siano cambiate e se si siano moderate nel tempo.

A tal fine, la ricerca combina lo studio dei modelli consociativi con approcci sviluppati nel campo degli studi sulla sicurezza, focalizzandosi sulla interazione fra i meccanismi consociativi ed il cosiddetto processo di (de)securitizzazione, cioè, quel processo attraverso il quale una questione è considerata (o non lo è più) come una minaccia esistenziale sulla base di una logica divisiva del *noi-contro-loro* (cfr. Buzan et al. 1998; Balzacq 2015). Negli ultimi decenni il concetto di (de)securitizzazione è diventato un termine ricorrente utilizzato da ricercatori e professionisti in una varietà di contesti politici, economici e sociali. Molti studi hanno utilizzato il

concetto di (de)securitizzazione per analizzare la percezione di vari problemi di sicurezza legati alla presenza di minoranze (cfr. Carlà 2023). Questo contributo analizza se, in che misura e con quali modalità si siano sviluppate dinamiche di (de)securitizzazione in Alto Adige nei confronti della questione etnica e dei rapporti fra i gruppi linguistici, esaminando se l'esperienza con i meccanismi di democrazia consociativa abbia contribuito nel tempo a superare la distinzione *amico-nemico* e logiche di *noi-contro-loro*. In questo contributo il processo di (de)securitizzazione è teorizzato come un atto linguistico, per cui i processi di (de)securitizzazione e la loro evoluzione storica sono analizzati così come si sono sviluppati nei discorsi politici a livello di élite. Metodologicamente, la ricerca è incentrata sull'analisi dei programmi elettorali dei partiti politici altoatesini che hanno (o dovrebbero avere per la loro ideologia nazionalista) le posizioni più radicali sulle questioni etniche e quindi più propensi a logiche di outbidding etnico, cioè Fratelli d'Italia e Süd-Tiroler Freiheit. Prima di procedere con l'analisi, le prossime due sezioni presentano più dettagliatamente l'approccio teorico e la metodologia usata nella ricerca così come il contesto storico-politico altoatesino.

## 2. Approccio teorico e metodologia

Con il termine securitizzazione si intende il processo che porta una problematica ad essere presentata come una minaccia esistenziale, che richiede misure di emergenza e giustifica azioni al di fuori dei normali limiti delle procedure politiche (Buzan et al. 1998, 23-24). Come sviluppato dalla cosiddetta Scuola di Copenaghen, che per prima ha teorizzato il concetto, questo processo non si basa su fatti oggettivi; la securitizzazione avviene non perché esista una reale minaccia esistenziale, ma perché un problema viene presentato come tale. Un aspetto rilevante dei processi di securitizzazione consiste nel fatto che tale tipo di processi ha una componente identitaria ed effetti escludenti, poiché agisce come un principio di categorizzazione e creazione dell'altro. Infatti, si basa sulla distinzione amico-nemico e una dicotomia noi-loro, in cui viene identificato chi deve essere protetto (cosiddetto oggetto referente), chi rappresenta una minaccia (soggetto referente), e chi fa parte di un determinato gruppo (cfr. Bilgin 2010; Guillaume/Huysmans 2013; Carlà 2020). Con de-securitizzazione si intende il processo antitetico con cui la rappresentazione istituzionale di una questione come una minaccia ed il prevalere di una logica amico-nemico vengono contestate e la tematica torna ad essere discussa nella sfera politica al di fuori di logiche emergenziali.<sup>3</sup>

Il concetto di (de)securitizzazione è stato utilizzato in diversi campi accademici, tra cui gli studi sui conflitti e la politica etnica. Varie ricerche hanno dimostrato come specifiche minoranze, come i cittadini palestinesi di Israele e le minoranze russe negli Stati baltici, siano state oggetto di processi di securitizzazione da parte degli Stati e presentate come antagoniste della società maggioritaria o come una minaccia alla sovranità e all'unità del Paese (cfr. Olesker 2014; Herd/Lögfren 2011). In alternativa, altre ricerche hanno mostrato come tutte le parti coinvolte in conflitti etnici abbiano agito come attori securitari, come osservato ad esempio in Bosnia ed Erzegovina (cfr. van Willigen 2010).

Seguendo l'esempio della ricerca svolta da Calu (2021), questo contributo applica il concetto di (de)securitizzazione allo studio sul consociativismo e sullo sviluppo di meccanismi istituzionali per società divise per analizzare come i meccanismi consociativi messi in atto in Alto Adige hanno influenzato processi di (de)securitizzazione e la rappresentazione dell'altro come una minaccia basata su una logica di noi-contro-loro e la distinzione amico-nemico. A tal fine il concetto di (de)securitizzazione viene riformulato ponendo l'accento sull'aspetto identitario nella definizione di minaccia. In questo contributo con securitizzazione si intende il processo attraverso cui una questione è considerata come una minaccia per cui l'altro è percepito in modalità esclusive basate sulla dicotomia noi-contro-loro, implicando la presenza di entità omogenee in opposizione o competizione (cfr. Carlà 2019; 2021). L'analisi esamina se e come processi di (de)securitizzazione si siano sviluppati in Alto Adige dopo l'introduzione del secondo Statuto d'autonomia, portando alla luce se, chi o cosa ed in quali termini sia presentato come una minaccia, influenzando in questo modo le relazioni fra i diversi segmenti linguistici della popolazione altoatesina.

Il contributo utilizza l'approccio alla securitizzazione sviluppato dalla cosiddetta Scuola di Copenaghen, per cui tale processo è un atto linguistico e il linguaggio ha potere performativo, poiché parlando si produce un effetto (Buzan et al. 1998, 26). Tale atto linguistico che individua una minaccia esistenziale deve, però, essere accettato da un pubblico, affinché il processo di securitizzazione possa avere successo. L'analisi traccia processi di securitizzazione come emergono nei discorsi politici dei partiti più nazionalisti in ciascuna arena linguistica (italiana e tedesca) e che, tra partiti ideologicamente simili, hanno riscontrato il maggior successo elettorale nell'ultima elezione del Consiglio provinciale; fattore che viene usato come indicatore dell'accettazione pubblica dei loro discorsi politici. Nell'area linguistica tedesca la scelta è ricaduta su *Süd-Tirol Freiheit*, nato nel 2007 dalla spaccatura di *Union für Südtirol*, il partito che fin dagli anni '80 del secolo scorso aveva storicamente rappresentato le richieste di autodeterminazione per l'Alto Adige. Nell'ultima elezione

provinciale *Süd-Tirol Freiheit* ha ottenuto il 10,9 per cento dei voti risultando come il terzo partito più votato in provincia. Nell'arena politica italiana, l'analisi si focalizza su Fratelli d'Italia, erede della tradizione post-fascista e nazionalista italiana, che in Alto Adige aveva avuto un notevole successo dagli anni '80 fino ai primi anni del nuovo millennio prima con il Movimento Sociale Italiano e poi con Alleanza Nazionale, divenuti i partiti più votati dalla comunità di lingua italiana. All'ultima elezione provinciale Fratelli d'Italia ha ottenuto il 6 per cento dei voti riverberando in parte i successi passati dei suoi predecessori, dopo anni in cui la popolarità dei partiti nazionalisti italiani era notevolmente scemata.

Verrà svolta un'analisi comparativa e longitudinale dei programmi politici usati da *Süd-Tiroler Freiheit* e Fratelli d'Italia nell'ultima elezione provinciale del 2023, confrontandoli al tempo stesso con: il programma di *Süd-Tiroler Freiheit* per l'elezione del 2008, la prima volta in cui il partito ha partecipato all'elezione del Consiglio provinciale, ottenendo il 4,9 per cento dei voti; ed il programma di settore usato da Alleanza Nazionale, precursore di Fratelli d'Italia, nell'elezione del 1998, anno in cui Alessandro Urzì, leader locale di Fratelli d'Italia, è stato eletto per la prima volta nel Consiglio provinciale nelle liste di Alleanza Nazionale, che ottenne il 9,7 per cento dei voti.

Le elezioni del Consiglio provinciale (ed i relativi programmi di partito) sono momenti ideali per analizzare eventuali processi di (de)securitizzazione in atto, poiché durante la campagna elettorale vengono discusse le caratteristiche e sfide principali della società altoatesina e gli attori politici presentano le loro rivendicazioni e posizioni politiche. Inoltre, rappresentano momenti di ponderata auto-riflessione da parte delle forze politiche, piuttosto che reazioni immediate ad eventi specifici che potrebbero indurre gli osservatori esterni a sopravvalutare la presenza di processi di (de)securitizzazione. I programmi elettorali dei partiti sono una delle più significative rappresentazioni delle posizioni politiche dei partiti e la loro analisi presenta diversi vantaggi metodologici. Come sottolineato da Scantamburlo (2016, 55) riferendosi al lavoro di Alonso, Volkens e Gomez, i programmi elettorali riflettono la posizione dell'intero partito piuttosto che di un singolo politico o fazione. Inoltre, vengono pubblicati per ogni elezione e quindi è possibile identificare eventuali cambiamenti nel tempo e condurre una comparazione sistematica tra i partiti. Allo stesso tempo, è necessario sottolineare che i programmi elettorali non riflettono interamente gli impegni ed intenzioni dei partiti politici e sarebbero necessarie ulteriori ricerche che considerino per esempio specifici discorsi politici o documenti di partito, per avere una panoramica più ampia.

### 3. Alto-Adige: da terra di conflitto a “modello” di risoluzione dei conflitti

L'Alto Adige, parte dell'Impero asburgico, venne annesso allo Stato italiano dopo la Prima guerra mondiale e durante gli anni del fascismo subì un processo di italianizzazione, che includeva il divieto dell'insegnamento della lingua tedesca nelle scuole e del suo uso negli uffici pubblici e misure per favorire l'immigrazione di persone di lingua italiana dal resto della penisola. Dopo la fine della Seconda guerra mondiale, lo Stato italiano s'impegnò a livello internazionale a proteggere la popolazione di lingua tedesca con un accordo con il governo austriaco (il cosiddetto accordo De Gasperi-Gruber), il quale però fu scarsamente attuato con il primo Statuto d'autonomia emanato nel 1948. Negli anni '50 e '60 del secolo scorso la situazione si deteriorò, e seguirono richieste di autodeterminazione da parte della popolazione di lingua tedesca, l'intervento dell'Austria che portò la questione altoatesina alle Nazioni Unite (ONU) e la creazione di un movimento secessionista che ricorse ad attentati contro i simboli della presenza italiana. Nel 1972 lo Stato italiano ha emanato il secondo Statuto di autonomia, contenente una serie di misure per proteggere la popolazione di lingua tedesca e ladina, che ha avviato un processo di riappacificazione, conclusosi formalmente nel 1992 quando l'Austria e l'Italia dichiararono chiusa la controversia riguardo l'Alto Adige.

Il nuovo statuto prevede un'ampia autonomia territoriale per la provincia di Bolzano insieme ad una serie di misure di stampo consociativo. Innanzitutto, la composizione della Giunta provinciale deve riflettere la consistenza dei gruppi linguistici (italiano, tedesco e ladino) come sono rappresentati in Consiglio provinciale, il quale è eletto con sistema proporzionale. A ciascun gruppo linguistico è attribuito una sorta di diritto di veto per materie considerate rilevanti per esso, così come una autonomia culturale. Inoltre, in base alla cosiddetta proporzionale, gli impieghi negli uffici pubblici e le risorse pubbliche sono distribuiti fra i gruppi linguistici in base alla loro consistenza come risulta in un apposito censimento linguistico svolto ogni dieci anni. Infine, sono previste una serie di misure linguistiche, fra cui l'obbligo di bilinguismo (trilinguismo nelle aree ladine) nella pubblica amministrazione e nella toponomastica, e l'insegnamento in lingua materna, ottenuto attraverso la creazione di tre tipi di scuole distinte: scuola in lingua italiana, scuola in lingua tedesca e scuola trilingue nelle aree ladine. Si tratta di un sistema di democrazia consociativa di tipo corporativo, che individua *a priori* i segmenti della popolazione che fanno parte dell'accordo consociativo, cioè i gruppi linguistici italiano, tedesco e ladino.<sup>4</sup>

Dopo l’emanazione del secondo Statuto, è iniziato in Alto Adige un periodo di pace e stabilità politica, insieme ad una notevole crescita economica, sia in termini assoluti che in comparazione con il resto d’Italia. Di conseguenza, spesso il caso altoatesino è presentato come un modello per la risoluzione dei conflitti etnici, anche se erroneamente, visto che il suo successo è legato ad una serie di fattori locali, nazionali ed internazionali, difficilmente riproducibili altrove. Fra questi fattori vi è il predominio politico della SVP, un partito etnico di raccolta, che ha ottenuto la maggioranza assoluta dei voti fino alle elezioni provinciali del 2008, e che quindi ha potuto governare la provincia come unico rappresentante della popolazione di lingua tedesca ed è stato libero di scegliere il partner di governo di lingua italiana previsto dai meccanismi consociativi. La scelta della SVP è ricaduta per lo più su partiti italiani di centro/centrosinistra fino al 2018, quando il partito ha concluso una coalizione di governo con la Lega, diventato quell’anno il partito più votato dalla popolazione di lingua italiana. Inoltre, è necessario sottolineare che la popolazione altoatesina rimane caratterizzata da una certa divisione su base linguistica per vari aspetti della vita sociale, poiché all’interno del sistema consociativo, ciascun gruppo ha creato le proprie organizzazioni, quali sindacati e associazioni sportive, anche se negli ultimi due decenni sono notevolmente aumentate le iniziative interetniche nella società civile (Pallaver 2014). Questa divisione linguistica caratterizza anche le dinamiche politiche altoatesine, poiché molti elettori votano su base etnico-linguistica. Perciò, il sistema partitico altoatesino è caratterizzato da una competizione segmentata e intra-etnica ed è suddiviso in due sub-arene politiche, una italiana ed una tedesca, anche se sono presenti partiti interetnici che escono da questa logica (Scantamburlo/Pallaver 2014; Scantamburlo 2016). All’interno della sub-sfera politica tedesca, dall’inizio degli anni ’80 sono emersi dei partiti nazionalisti che reclamano l’autodeterminazione per l’Alto Adige, fra cui oggi la *Süd-Tiroler Freiheit*, che insieme ai partiti interetnici hanno contribuito ad erodere il consenso elettorale della SVP. Nella prossima sezione si analizzerà come i meccanismi consociativi altoatesini si intersecano con processi di (de)securitizzazione nelle due sub-arene politiche (italiana e tedesca), prendendo in considerazione i discorsi politici di *Süd-Tiroler Freiheit* e quelli di Fratelli d’Italia,

#### 4. (De)securitizzazione nei discorsi politici di Süd-Tiroler Freiheit e Fratelli d'Italia: tra continuità e cambiamento

Il programma di Süd-Tiroler Freiheit per l'elezione del Consiglio provinciale del 2023 ha fra i suoi elementi centrali dei discorsi politici che riflettono alcuni processi di securitizzazione. Fin dall'introduzione il partito mette in risalto, con tono enfatico, alcuni pericoli che minacciano la vita delle persone: "La cultura e la lingua si perdono, l'autonomia è ridotta, l'inflazione e gli alti prezzi delle case stanno rovinando le persone, gli stranieri criminali godono di libertà e i tempi di attesa negli ospedali sono insopportabili!" (Süd-Tiroler Freiheit 2023).<sup>5</sup> Il responsabile di questi pericoli è innanzitutto lo Stato italiano, con cui "l'Alto Adige non avrà mai un futuro sicuro" riguardo alcun settore, dalla cultura, all'economia a questioni identitarie (Süd-Tiroler Freiheit 2023). Nella retorica del partito, il problema risiede nel fatto che in varie tematiche, dal volontariato al sistema sanitario, Roma "impone tutto" e "determina sempre di più la nostra vita quotidiana," mentre l'autonomia è continuamente ridotta (Süd-Tiroler Freiheit 2023).

Süd-Tiroler Freiheit costruisce quindi una chiara dicotomia fra l'Alto Adige (l'oggetto referente) e l'Italia, il soggetto referente da cui è necessario proteggersi. Tale dicotomia, però non si riflette in una contrapposizione fra il gruppo linguistico italiano e quello tedesco e ladino. Nel programma prevalgono i termini generali come persone (e come alternativa cittadini) ed il pronome "nostro", senza chiarire in modo specifico i contorni che delimitano la comunità di riferimento e chi ne fa parte (Süd-Tiroler Freiheit 2023). Solo due volte il termine *Südtiroler* (parola che indica altoatesini di lingua tedesca) è usato, in merito al tema della concessione della cittadinanza austriaca per i „südtiroler“ e a "medici südtiroler" che rimangono all'estero dopo la loro formazione, mentre una volta il programma fa riferimento alla protezione di tedeschi e ladini (Süd-Tiroler Freiheit 2023). La comunità di lingua italiana non è mai menzionata, e quindi rimane indefinito quanto e come il partito consideri questo segmento della popolazione come parte della società altoatesina e come valuti la presenza in provincia del gruppo linguistico italiano con la sua diversità. Non va però dimenticato che il programma è scritto esclusivamente in lingua tedesca, e quindi la popolazione di lingua tedesca è il principale interlocutore del partito, e menziona brevemente classiche questioni etnolinguistiche, quali la salvaguardia della lingua e cultura tedesca e ladina e della scuola tedesca, la protezione della proporzionale e della "lingua madre" e l'abolizione della toponomastica fascista (Süd-Tiroler Freiheit 2023).

Una contrapposizione netta emerge invece nel confronto della popolazione straniera, presentata come un secondo pericolo per l'Alto Adige. La tematica degli

stranieri è il terzo tema affrontato dal programma, dopo quello dell'autodeterminazione e dell'autonomia, ed è direttamente collegato al tema della sicurezza, come rappresentato visivamente dalla foto di una mano di una persona di colore che tiene in mano un coltello e dall'appello a "ferm[are] finalmente la violenza straniera" (Süd-Tiroler Freiheit 2023). Il programma utilizza solo il termine "stranieri", i quali sono presentati esclusivamente come criminali (e come stranieri senza documenti) che si fanno gioco delle regole della società: "il nostro paese è stato colpito da un'ondata di violenza. Gli autori hanno una cosa in comune: sono quasi sempre stranieri! Solo raramente vengono espulsi. Queste persone ridono di noi perché sanno che non gli succederà nulla!" (Süd-Tiroler Freiheit 2023). Il programma non contiene alcun altro riferimento al tema della migrazione e dell'integrazione della popolazione di origine straniera, salvo prescrivere la precedenza della popolazione locale rispetto agli stranieri nell'assegnazione dei contributi pubblici per l'affitto.

Con tono emergenziale Süd-Tiroler Freiheit (2023) rimarca che "Le cose non devono andare avanti così!" sottolineando l'urgenza di un cambiamento. Fra le misure proposte come soluzione, vi è come previsto l'autodeterminazione e l'indipendenza dell'Alto Adige dall'Italia, maggiori competenze incluso riguardo al tema dell'immigrazione, e delle misure securitarie, come l'espulsione immediata di stranieri criminali, la creazione di un servizio di sicurezza in aree a rischio e la dotazione di taser (storditori elettrici) per il personale di treni e autobus.

Questo tipo di processi di securitizzazione era già presente nei discorsi politici di Süd-Tiroler Freiheit così come elaborati nel loro primo programma elettorale del 2008, dove l'appartenenza allo Stato italiano è già presentata come un "percorso traballante" che con la sua cattiva amministrazione, corruzione e "minaccia nazionalista" crea problemi all'Alto Adige ed al suo futuro (Süd-Tiroler Freiheit 2008). Da un attento confronto, emergono però delle differenze significative. Il programma del 2008 da una parte poneva maggior attenzione a temi identitari, con riferimento al pericolo dell'assimilazione e dell'italianizzazione ed al tema della patria, presentato come secondo obiettivo del partito, dopo l'autodeterminazione, in cui vengono affrontate varie questioni quali il dialetto, i problemi dell'insegnamento multilingue per la conoscenza del tedesco, la rimozione di simboli fascisti e la grazia per i "combattenti per la libertà" (Süd-Tiroler Freiheit 2008). Se la tematica della patria, considerata come "fonte d'identità", fa pensare a una contrapposizione lungo linee etnico-linguistiche, dall'altra il programma del 2008 presentava un'apertura esplicita nei confronti degli "italiani" al fine di includerli nel concetto di patria pur mantenendo confini identitari (Süd-Tiroler Freiheit 2008). Come scritto nel programma: "Sulla base di una visione del mondo aperta, ma con una mentalità tollerante e dai confini

chiari, non giudichiamo le persone in base al loro stile di vita, all'appartenenza etnica o religiosa; ciò che conta per noi è il loro impegno per la nostra patria e la loro disponibilità a fare qualcosa per essa" (Süd-Tiroler Freiheit 2008). In particolare, agli italiani veniva chiesto di dare un contributo alla convivenza pacifica e di rinunciare ai simboli fascisti.

Quest'apertura riverbera in parte nel terzo obiettivo del partito, il "controllo dell'immigrazione" (Süd-Tiroler Freiheit 2008). La tematica non è trattata in relazione all'attività criminale come nel programma del 2023, ma come una questione identitaria alla luce del pericolo che l'immigrazione possa modificare gli equilibri etnici poiché gli stranieri credono di essere in una "provincia italiana ordinaria", "si adattano alla popolazione italiana, parlano italiano, e frequentano scuole italiane," e quindi i loro bambini diventeranno italiani, e di conseguenza il rischio per la popolazione di lingua tedesca di diventare una minoranza (Süd-Tiroler Freiheit 2008). Comunque, il partito si distanzia da pregiudizi e xenofobia e propone piuttosto soluzioni specifiche come il reclutamento di lavoratori dall'Austria e dalla Germania e corsi di tedesco obbligatori per accedere ai sussidi.

Diversamente dal programma di Süd-Tiroler Freiheit, il programma elettorale di Fratelli d'Italia per le elezioni del 2023 è per lo più esente da discorsi di securitizzazione e dalla creazione di dicotomie competitive e contrapposizioni noi-loro. L'unica eccezione è lo slogan "adesso tocca a noi!" che, però, non implica una contrapposizione etnolinguistica, ma politica e si riferisce alla possibilità di entrare a far parte del governo provinciale sostituendo le forze politiche che hanno governato in passato in alleanza con la SVP (Fratelli d'Italia 2023). Pur con un riferimento ai "valori della tradizione nazionale",<sup>6</sup> l'introduzione del programma presenta un messaggio inclusivo rappresentato dall'"impegno ... indirizzato alla promozione della convivenza paritaria, della tutela dell'autonomia come mezzo per lo sviluppo della comunità tutta" (Fratelli d'Italia 2023, 2). A riguardo è significativo il fatto che il programma si riferisca spesso ai diversi gruppi linguistici in generale e solo una volta menzioni esplicitamente la "Comunità di lingua italiana" (Fratelli d'Italia 2023, 11). In quest'ottica inclusiva rientrano l'idea che la conoscenza della seconda e di una terza lingua (prevalentemente l'inglese) siano "strumento per l'emancipazione ... e la crescita di un sentimento di appartenenza comune ad un territorio plurilingue" e l'attenzione alla "tutela delle identità locali, del trilinguismo come espressione della pluralità del territorio" ed alla collaborazione ed il dialogo tra scuole e all'"inter-scambio culturale fra i gruppi linguistici" (Fratelli d'Italia 2023, 3, 9)

Al tempo stesso, Fratelli d'Italia sembra presentare una concezione dei gruppi linguistici percepiti come entità che sono e vanno mantenute distinte. Ciò traspare

nelle richieste di “tutela dell’autonomia di ciascun gruppo” e delle loro scuole, “rafforzamento dell’insegnamento della prima lingua,” e “valorizzazione delle peculiarità culturali dei diversi gruppi linguistici” (Fratelli d’Italia 2023, 3, 8, 10). Inoltre, nel programma, che è redatto nella sola lingua italiana, traspare a volte una maggiore attenzione per il gruppo linguistico italiano, per esempio con la proposta di creare un Istituto culturale italiano e di valorizzare il principio della rotazione tra i gruppi linguistici negli incarichi politici, amministrativi ed elettivi. Né mancano riferimenti a classiche tematiche etniche che sono tradizionalmente a cuore alla popolazione di lingua italiana come la proporzionale o le recenti proposte per indirizzare gli studenti nelle scuole della propria madrelingua.<sup>7</sup> Ciò, però, avviene in modo indiretto con riferimenti a principi generali piuttosto che prese di posizione frontali, quali la valorizzazione del principio del merito nelle assunzioni negli uffici pubblici e la libertà educativa della famiglia. Da notare infine l’attenzione posta sui centri urbani, in particolare Bolzano, dove prevale la popolazione di lingua italiana.

Simile al programma di Süd-Tiroler Freiheit, anche il programma di Fratelli d’Italia tratta il tema della migrazione collegandolo a questioni di sicurezza, ma declinandolo prevalentemente in termini sociali (all’interno del tema “Sicurezza sociale”), e facendo una netta distinzione fra migranti con o senza documenti (Fratelli d’Italia 2023, 4). Per i primi il focus è su misure d’integrazione sociale ispirata da principi di integrazione civica.<sup>8</sup> Da notare a riguardo l’uso del termine inclusivo “nuovi cittadini,” mentre nel programma non vengono mai usati termini quali straniero o immigrato (Fratelli d’Italia 2023, 5). Per coloro che sono senza documenti traspare un approccio securitario di “tolleranza zero” (Fratelli d’Italia 2023, 5).

Rispetto al programma di settore di Alleanza Nazionale elaborato per le elezioni provinciali del 1998, il discorso politico del 2023 rappresenta un netto cambiamento. Il programma del 1998 presenta un discorso di securitizzazione, in cui il gruppo linguistico italiano è l’oggetto referente che deve essere protetto ed in cui emerge una concezione dei gruppi linguistici come entità in competizione. L’introduzione del programma sottolinea il “ruolo storico per uno storico impegno” del partito che “mette al centro della sua azione la tutela degli interessi storici, morali, culturali ed economici della comunità di lingua italiana” (Alleanza Nazionale 1998, 5). La fonte di preoccupazione è innanzitutto la SVP, accusata di avere posizioni radicali e di portare avanti una “politica anti-italiana,” facendo gli interessi del solo gruppo linguistico tedesco, premiato nella gestione delle risorse, mentre “il gruppo svantaggiato è il nostro” (Alleanza Nazionale 1998, 5, 34). Rifiutando di confrontarsi con AN, la SVP “inacidisce i rapporti politici e più in generale la convivenza mirando all’indebolimento del gruppo italiano” (Alleanza Nazionale 1998, 7). Il programma evoca

quasi scenari di guerra con slogan quali “nessun cedimento alla SVP” e “la nostra battaglia prosegue” (Alleanza Nazionale 1998, 7, 8). Come in tutte le guerre è presente anche il problema dei traditori, cioè di altre forze politiche nell’arena politica italiana che minano e indeboliscono “la rappresentatività italiana” (Alleanza Nazionale 1998, 7). Questa prospettiva caratterizza quasi tutto il programma e viene declinata nelle varie proposte del partito in vari settori dall’edilizia, alla cultura, all’economia, alle politiche di welfare, alla scuola ... in cui vengono suggerite varie “norme di tutela per gli italiani” (Alleanza Nazionale 1998, 5). Per esempio il programma prevede la difesa e valorizzazione delle culture presenti in provincia “senza prevaricazioni,” il rispetto della toponomastica italiana che “va difesa senza tentennamenti” contro la “radicale ‘pulizia linguistica’” in atto, la salvaguardia dei monumenti d’epoca fascista, misure contro l’emarginazione dei medici italiani relegati in una “riserva indiana” e contro l’iniqua distribuzione dei contributi sociali, la promozione del bilinguismo e della conoscenza dell’italiano contro il rischio di “monolinguismo tedesco che provocherà l’assimilazione linguistica e culturale della Comunità italiana” (Alleanza Nazionale 1998, 19, 20, 28, 34).

Da notare che questa prospettiva di contrapposizione non si riverbera nei confronti della diversità culturale fra tedeschi, italiani e ladini, nei confronti di cui emerge un messaggio inclusivo con riferimenti al bisogno di favorire l’incontro, la comprensione, e la collaborazione fra i gruppi linguistici, soprattutto fra i giovani, e una visione del contatto fra i gruppi come “occasione di arricchimento culturale e d’integrazione sociale” (Alleanza Nazionale 1998, 25). Anche questa tematica è però declinata per presentare come fonte di preoccupazione una parte dei partiti di lingua tedesca, che esaspera una rigida “separazione” che crea una “sensazione d’estraneità” nel gruppo linguistico italiano, e promuove forme di radicalismo, estremismo ed irredentismo (Alleanza Nazionale 1998, 25).

Così accade anche in merito alla questione della migrazione, la quale non è presentata come una preoccupazione in sé, ma a causa delle politiche del governo provinciale, e quindi della SVP, in particolare per il fatto che nell’assegnazione degli alloggi popolari, che in base alle regole consociative dell’Alto Adige viene fatta in accordo alla consistenza dei gruppi linguistici, i migranti non di lingua tedesca siano considerati come parte del gruppo linguistico italiano, drenandone le risorse. Come avviene nel programma del 1998 di Süd-Tiroler Freiheit, AN collega la tematica della migrazione a quello della convivenza dei gruppi linguistici, e gli fa da contraltare. Comunque, nel programma di AN sono anche presenti dei discorsi securitari nei confronti della migrazione, soprattutto quella senza documenti, questione che viene trattata come parte della tematica della “sicurezza del cittadino”, dove si

sottolinea come molti degli stranieri sia senza lavoro e facile preda di organizzazioni malavitose (Alleanza Nazionale 1998, 36).

## 5. Conferme e contraddizioni del consociativismo in Alto Adige

Dall'analisi sopra esposta, i discorsi politici di *Süd-Tiroler Freiheit* e Fratelli d'Italia si differenziano riguardo allo sviluppo di processi di (de)securitizzazione. Per i primi, discorsi di securitizzazione, incentrati su una contrapposizione noi-contro-loro, permangono e rispetto al passato si sono accentuati con una maggiore chiusura nei confronti del gruppo linguistico italiano, non più esplicitamente incluso nella concezione di patria altoatesina, e soprattutto riguardo alla popolazione straniera, che viene trattata con una prospettiva esclusivamente securitaria e si aggiunge allo stato italiano come pericolo per la società altoatesina. Al contrario, nel caso di Fratelli d'Italia, discorsi di securitizzazione si sono notevolmente attenuati e sembra essere in atto un processo di de-securitizzazione, per cui la narrazione del partito, pur mantenendo la distinzione fra i gruppi linguistici, non è più incentrata su una logica amico-nemico e la necessità di proteggere la sopravvivenza del gruppo linguistico italiano da eventuali pericoli e minacce. Anche sul tema della migrazione il partito sembra avere un approccio meno securitario rispetto al discorso politico di *Süd-Tiroler Freiheit*, tranne che nei riguardi dei migranti senza documenti, che, come fatto in passato, il partito collega a questioni di sicurezza.

Usando la presenza di discorsi di (de)securitizzazione ed il loro sviluppo come manifestazione di processi di moderazione e attenuamento del fenomeno di out-bidding etnico, possiamo affermare che, come già emerge nelle ricerche di Panzano (2018a; 2018b), il sistema di democrazia consociativa altoatesino ha avuto effetti diversi nella sub-arena politica tedesca e in quella italiana, in parte confermando ed in parte contraddicendo quelle che sono le aspettative e le critiche alla teoria del consociativismo.

Nella sub-arena politica italiana, si è assistito inizialmente a fenomeni di out-bidding etnico, con la crescita dagli anni 80 del consenso elettorale del Movimento Sociale Italiano (poi confluito in Alleanza Nazionale), il cui programma politico era incentrato sull'appartenenza etnica e la difesa del gruppo linguistico italiano, e che nel 1985 lanciava una petizione per riformare parti dello Statuto, come le norme sul bilinguismo e la proporzionale considerate pregiudizievoli per la popolazione di lingua italiana.<sup>9</sup> Questi partiti di destra nazionalisti sono però rimasti esclusi dalla formazione del governo altoatesino, anche quando divennero la forza politica più

votata dal gruppo linguistico italiano, poiché la SVP, che prima delle elezioni provinciali del 2008 otteneva la maggioranza assoluta dei voti, sceglieva come partner di governo partiti di centro/centro-sinistra, *in primis* la Democrazia Cristiana (DC), e dopo la sua scomparsa a causa degli scandali della cosiddetta Tangentopoli nella prima metà degli anni novanta, i partiti eredi della DC insieme a partiti di centro-sinistra e tra il 2008 e il 2018 il Partito Democratico (Pallaver 2013a). Questa dinamica ha contribuito al cosiddetto disagio degli italiani, cioè un certo malessere manifestato dal gruppo linguistico italiano rispetto al suo status in provincia, che trova espressione nella sua scarsa mobilitazione politica ed un maggiore livello di astensionismo elettorale rispetto al gruppo linguistico tedesco, che ha caratterizzato anche l'ultima elezione provinciale.<sup>10</sup>

Al contrario, gli ultimi quindici anni, fino alla crescita di Fratelli d'Italia nell'ultima elezione provinciale, si sono caratterizzati per la debolezza politica e gli scarsi risultati elettorali della destra nazionalista, anche a causa di divisioni interne e la presenza di altri partiti nazionali di centro destra/destra, quali la Lega e i partiti politici legati alla figura di Silvio Berlusconi, come Forza Italia.<sup>11</sup> Contemporaneamente, l'effetto di outbidding etnico è andato esaurendosi. Nella sub-arena politica italiana, dove in base al sistema di democrazia consociativa si concorre per poter governare con la SVP, gli appelli etnici hanno perso forza di attrazione. Anche se a volte continua a rilanciare tematiche etniche, la destra nazionalista italiana non mette più in dubbio i principi generali della protezione delle minoranze, del bilinguismo, e soprattutto i valori dell'autonomia, contrapponendoli alla sopravvivenza ed al benessere del gruppo linguistico italiano.<sup>12</sup> L'ultima forza politica che ha portato avanti un'agenda di questo tipo, Unitalia, che si poneva come partito di difesa degli italiani contro le discriminazioni causate dello Statuto, è scomparsa dalla scena politica da un decennio, dopo le elezioni provinciali del 2013, in cui ottenne l'1,7 per cento dei voti e non elesse nessun rappresentante. Questo processo di moderazione è il risultato di un lungo percorso a cui hanno influito vari fattori, fra cui la nomina a partire dal 2003 di esponenti di destra alla presidenza e/o vicepresidenza del Consiglio provinciale, che indicava la possibilità di un dialogo con la SVP, e le aperture della SVP a partiti di centro-destra/destra, come l'alleanza con Forza Italia per l'elezione di Herbert Dorfmann al Parlamento europeo nel 2019 ed il governo con la Lega nella precedente legislatura del 2018-2023.

Invece, nella sub-arena politica tedesca, dove le forze politiche competono per cercare di superare la SVP, questo processo di moderazione degli estremi non sembra essere in atto e la dinamica politica rimane caratterizzata da outbidding etnico. Fin dai primi anni '80 sono emerse forze politiche, confluiti nell'Union für Südtirol,

la cui agenda politica era incentrata sulla tematica etnica e la riannessione dell'Alto Adige all'Austria. Nei primi anni '90, alle forze secessioniste si è aggiunto il partito Die Freiheitlichen, ispirato al partito nazional-liberale austriaco Freiheitliche Partei Österreichs, che nel 2012 ha declinato l'idea di autodeterminazione per l'Alto Adige in forma di Libero stato (Scantamburlo 2016).

Mentre la SVP, dopo la risoluzione della questione altoatesina, ha iniziato a smussare le sue posizioni su questioni etniche<sup>13</sup> e si è discostata, anche se non formalmente, dal tema dell'autodeterminazione a favore di un'ulteriore estensione dell'autonomia e lo sviluppo di rapporti transnazionali incentrato sulla creazione nel 2011 dell'Euregio Tirolo-Alto Adige-Trentino, queste forze politiche radicali si sono consolidate col tempo, erodendo il consenso elettorale della SVP. Se nelle elezioni provinciali del 1988 l'Union für Südtirol otteneva il 2,3 per cento dei voti, vent'anni dopo, questo genere di partiti registrò una crescita notevole, ottenendo in totale più del 20 per cento dei voti (di cui 14,3 per cento per i Die Freiheitlichen, e il 4,9 per cento per la Süd-Tiroler Freiheit, distaccatosi dall'Union für Südtirol che ottenne il 2,3 per cento dei voti). Da notare che il loro successo è probabilmente anche l'espressione di un voto di protesta contro l'egemonia della SVP ed è legato ai loro appelli populistici ed i loro discorsi politici contro la migrazione e la crescente presenza in provincia di stranieri, divenute negli ultimi vent'anni in Alto Adige, così come in altre regioni d'Europa, un tema altamente controverso. Nell'ultima elezione, in cui i Die Freiheitlichen hanno moderato il loro messaggio etnico per dare risalto a tematiche più generali, come il lavoro e il costo dell'energia, il vuoto politico è stato colmato da Süd-Tiroler Freiheit con i suoi messaggi securitari contro lo Stato Italiano e gli stranieri, che è stato premiato con più del 10 per cento dei voti.

Per concludere, nel campo delle scienze politiche, con la nascita del neo-istituzionalismo negli anni '80 del secolo scorso ed il rinnovato interesse nello studio delle istituzioni, sono molti coloro che pongono fiducia su come le istituzioni possano modellare la politica e la società così come i comportamenti individuali e collettivi. La teoria della democrazia consociativa, e più in generale le varie teorie sul design istituzionale per la risoluzione dei conflitti in società divise si basano su questo assunto. Questa ricerca sul caso altoatesino contribuisce a gettare luce sulla tematica, mettendo in evidenza il ruolo svolto dallo specifico contesto in cui i meccanismi consociativi si installano. Se la democrazia consociativa altoatesina ha prodotto degli effetti sul sistema politico altoatesino e il processo di outbidding etnico, così come rappresentato da discorsi securitari, questi effetti si sono diversificati nel tempo e si differenziano a seconda dei gruppi linguistici e le loro sub-arene politiche.

---

## Note

- 1 In questo articolo viene usato il toponimo in lingua italiana Alto Adige, invece di quello in lingua tedesca Südtirol. In alternativa è usata la dizione provincia di Bolzano. Similmente è usato il toponimo italiano Bolzano, invece della dicitura bilingue Bolzano/Bozen. La scelta dell'autore non ha nessun connotato politico o ideologico.
- 2 La SVP ha concluso un accordo di governo con Fratelli d'Italia e altri tre partiti: la Lega, La Civica e die Freiheitlichen.
- 3 Da notare che il concetto di de-securitizzazione ha diverse interpretazioni. Si veda, per esempio, Hansen (2012) e Balzacq (2015).
- 4 Sistemi consociativi di tipo liberale invece premiano quei segmenti della popolazione che prevalgono spontaneamente nei processi elettorali. Si veda McCulloch (2012).
- 5 Tutte le citazioni dei programmi di Süd-Tiroler Freiheit sono state tradotte dal tedesco dall'autore.
- 6 È necessario inoltre segnalare il mantenimento nel simbolo di Fratelli d'Italia della fiamma tricolore, ad indicare il legame storico con il Movimento Sociale Italiano, e quindi con il Fascismo.
- 7 Negli ultimi anni, la presenza nelle scuole di lingua tedesca di studenti provenienti da famiglie di lingua italiana e migranti con poca conoscenza della lingua tedesca è stata considerata come un problema per il mantenimento e corretto funzionamento dell'insegnamento in lingua tedesca. A riguardo sono state proposte varie misure, fra cui l'idea di test d'ingresso, che però non è stata accolta. Al contrario, a settembre 2023 sono stati introdotti dei colloqui obbligatori tra scuola e genitori per garantire che gli studenti abbiano un adeguato supporto linguistico in famiglia.
- 8 Per integrazione civica si intende quei programmi d'integrazione per migranti che pongono l'accento sulla volontà delle persone di integrarsi imparando la lingua e cultura del paese d'accoglienza, anche attraverso strumenti illiberali (cfr. Banting/Kymlicka 2013). A riguardo, il programma di Fratelli d'Italia sottolinea l'importanza dell'"educazione linguistica, civica e culturale" e prevede l'"eliminazione dei contributi giornalieri a chi, senza occupazione e/o dimora, non manifesti reali volontà di inserimento sociale" (Fratelli d'Italia 2023, 5, 6). Da notare che quest'ultima proposta del partito non riguarda esclusivamente la popolazione migrante, ma chiunque rappresenti un problema sociale.
- 9 Dal 1978 al 1993 il successo elettorale alle elezioni provinciali del Movimento Sociale Italiano cresceva dal 2,92 per cento al 11,64 per cento. Alle elezioni provinciali del 1998 e 2003 Alleanza Nazionale ottenne rispettivamente il 9,7 per cento e l'8,4 per cento dei voti.
- 10 Su disagio si veda Pallaver (2013b) e Carlà (2019). Per l'astensionismo del gruppo linguistico italiano nell'ultima elezione si veda Ferrandi (2023).
- 11 Questi partiti, sulle tematiche etniche e dell'autonomia hanno presentato messaggi a volte opposti a volte anche più radicali delle prese di posizioni delle forze politiche nazionaliste di destra, portando complessità nella sub-arena politica italiana. Per esempio, nella sua versione originale la Lega promuoveva il diritto di autodeterminazione non solo per la Padania, ma anche per altri territori come l'Alto Adige; messaggio poi trasformatosi nel sostegno allo sviluppo del federalismo e regionalismo su scala nazionale. Esponenti berlusconiani hanno alternato posizioni moderate, anche alla luce dei rapporti che la SVP aveva con i governi guidati da Berlusconi, con prese di posizioni radicali a difesa del gruppo linguistico italiano.

- 12 Permane invece una certa diversità nell'interpretazione di alcune misure dello Statuto di Autonomia e come dovrebbero essere applicate, per esempio riguardo ad un'applicazione più flessibile del meccanismo della proporzionale.
- 13 Da segnalare che su alcune precise tematiche etniche, come la salvaguardia della scuola in madrelingua, la SVP mantiene una posizione rigida di difesa della comunità di lingua tedesca e dei suoi interessi; ciò probabilmente anche in risposta all'azione delle forze politiche più di destra e nazionaliste di lingua tedesca.

---

## Riferimenti bibliografici

- Alleanza Nazionale (1998), Programma di settore di alleanza nazionale, Elezioni per il rinnovo del Consiglio provinciale della provincia di Bolzano e del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige, 22 Novembre 1998
- Balzacq, Thierry (2015), *Contesting Security*, New York: Routledge
- Banting, Keith/Kymlicka, Will (2013), Is there really a retreat from multiculturalism policies? New evidence from the multiculturalism policy index, in: *Comparative European Politics*, 11(5), 586-587
- Bilgin, Pinar (2010), Identity/security, in: Burgess, Peter (a cura di), *The Handbook of New Security Studies*, London: Routledge, 81-89
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998), *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder and London: Lynne Rienner Publishers
- Carlà, Andrea (2019), Fear of Others? Processes of Securitization in South Tyrol, in: *Research and Science Today*, 2(18), 9-25
- Carlà, Andrea (2020), From security considerations to de-securitising the discourse on “old” and “new” minorities, in: Medda-Windischer, Roberta/Boulter, Caitlin/Malloy, Tove H. (a cura di), *Extending Protection to Migrant Populations in Europe*, London: Routledge, 156-175
- Carlà, Andrea (2021), Fear of Others: Processes of (De)Securitisation in Northern Ireland, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, 20(1), 45-77
- Carlà, Andrea (2023), Minority Issues from a Non-traditional Security Perspective: Crossfertilization among Research Fields, in: *Europa Ethnica*, 80(1/2), 88-99
- Calu, Marius-Ionut (2021), Non-Dominant Groups in Kosovo: A Marginalised View on (De)Securitisation of Minorities After Conflict, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, 20(1), 144-184
- Ferrandi, Maurizio (2023), La grande astensione italiana. In: salto.bz, 23.10.2023, <https://salto.bz/de/article/23102023/la-grande-astensione-italiana>
- Fratelli d'Italia (2023), Programma elettorale, Elezioni del 22 ottobre 2023 per il rinnovo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, <https://s3-images.stol.it/pdf/2023/09/wahlprogramm-2023-fdi.pdf> (30.01.2024)
- Guillaume, Xavier/Huysmans, Jef (2013), *Citizenship and securitizing*, in: Guillaume, Xavier/Huysmans, Jef (a cura di), *Citizenship and security*, London: Routledge, 8-34

- Hansen, Lene (2012), *Reconstructing securitization: the normative-political in the Copenhagen School and directions for how to apply it*, in: *Review of International Studies* 38(3), 526-546
- Herd, Graeme P./Lögfrén, Joan (2011). "Societal security", the Baltic States and EU integration, in: *Cooperation and Conflict*, 36(3), 273-296
- Jarrett, Henry (2018), *Peace and ethnic identity in Northern Ireland*, London: Routledge
- Lijphart, Arend (1977), *Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration*, New Haven: Yale University Press
- McCulloch, Allison (2012), *Consociational settlements in deeply divided societies: the liberal-corporate distinction*, in: *Democratization*, 21(3), 501-518
- McCulloch, Allison (2016), *On the Brink: A Year of Power-Sharing Crises*, in: *E-International Relations*, 14. 01.2016, [www.e-ir.info/2016/01/14/on-the-brink-a-year-of-power-sharing-crises/](http://www.e-ir.info/2016/01/14/on-the-brink-a-year-of-power-sharing-crises/) (30.01.2024)
- McGarry, John (2017a), *Conclusion: What Explains the Performance of Power-Sharing Settlements*, in: McCulloch, Allison/McGarry John (a cura di), *Power-Sharing Empirical and Normative Challenges*, London/New York: Routledge, 268-292
- McGarry, John (2017b), *What Explains the Success or Failure of Consociational Power-sharing*, lezione svolta presso la 2017 Summer School on Human Rights, Minorities and Diversity Governance, Eurac Research, Bolzano/Bozen, 19 June
- McGarry, John/ O'Leary Brendan (2006), *Consociational Theory, Northern Ireland's Conflict, and its Agreement 2. What Critics of Consociation Can Learn from Northern Ireland*, in: *Government and Opposition*, 41(2), 249-277
- O'Leary, Brendan (2005), *Debating Consociational Politics*, in: Noel, Sid (a cura di), *From Power Sharing to Democracy*, Montreal: McGill-Queen's University Press, 3-43
- Olesker, Ronnie (2014), *National Identity and securitization in Israel*, in: *Ethnicities*, 14(3), 371-391
- Pallaver, Günther (2013a), *I partiti italiani in Alto Adige*, in: Günther, Pallaver (a cura di), *Politika* 13. Bozen: Edition Raetia, 247-280
- Pallaver, Günther (a cura di) (2013b), *Politika* 13, Bozen: Edition Raetia
- Pallaver, Günther (2014), *South Tyrol's changing political system: from dissociative on the road to associative conflict resolution*, in: *Nationalities Papers*, 42(3), 376-398
- Panzano, Guido (2018a), *Power-sharing Executives in Northern Ireland and South Tyrol: Theories, Structures, Practices and Political Stability*, in: *Rivista di diritti comparati*, 2, 136-184
- Panzano, Guido (2018b), *The Trembling of a Complex Regional Consociation: 2018 Provincial Election in South Tyrol*, in: *ECMI Working paper* 112
- Scantamburlo, Matthias (2016), *Partiti e autodeterminazione in Südtirol/Alto Adige: competizione etnica e strategie dei partiti tra autonomia e secessione*, in: *nazioni e regioni*, 7, 47-70
- Scantamburlo, Matthias/Pallaver, Günther (2014), *The 2013 South Tyrolean Election: the End of SVP Hegemony*, in: *Regional and Federal Studies*, 24(4), 493-503
- Süd-Tiroler Freiheit (2008), *Programm für die Landtagswahlen*
- Süd-Tiroler Freiheit (2023), *Mehr Freiheit! Es liegt an ihrer Stimme!* [https://it.scribd.com/document/676841802/MEHR-FREIHEIT-Unser-Programm-fur-Sud-Tirol#download&from\\_embed](https://it.scribd.com/document/676841802/MEHR-FREIHEIT-Unser-Programm-fur-Sud-Tirol#download&from_embed) (30.01.2024)
- van Willigen, Niels (2010), *From nation-building to securitization in Bosnia and Herzegovina*, *Security and Human Rights*, 21(2), 127-138



Giorgio Mezzalana

## Trent'anni sfumati

Frammentazione, debolezza e volatilità dei partiti italiani in Alto Adige/Südtirol dalla “seconda Repubblica” a oggi

### Thirty Years dissolved

Fragmentation, Weakness, and Volatility of Italian Parties in South Tyrol from the “Second Republic” to Today

**Abstract** This article analyzes the changes in Italian political parties in South Tyrol since the years of the so-called “Second Republic.” Locally, as well as nationally, the political system has undergone a profound transformation with the crisis of ideologies and the decline of major popular parties (including the DC, PCI, PSI). Over the course of thirty years, there has been a progressive fragmentation of the political landscape with the emergence of multiple new lists and parties. Simultaneously, the boundaries between right, center, and left have become increasingly blurred, and political transformism has gained ground. There has been a widespread practice among candidates and elected officials of switching from one political allegiance to another.

Starting from the results of provincial elections and tracing the transformation of Italian political parties in South Tyrol, this contribution analyzes the changes that have occurred in this political arena and discusses the thesis of the progressive fragmentation of Italian parties.

## 1. Introduzione

Abbozzare un'analisi sulla trasformazione dei partiti italiani in Alto Adige/Südtirol a partire dalla cosiddetta "seconda Repubblica" significa gettare lo sguardo in un agone, quello della politica, che assomiglia a una pentola in continua ebollizione, la cui acqua progressivamente evapora. Così come evapora l'elettorato che quei partiti dovrebbe votarli. Meritano una parentesi di attenzione, a questo proposito, i dati sull'astensionismo che ci vengono dall'ultima tornata elettorale delle provinciali (2023). In un quadro di calo complessivo di affluenza alle urne (71,5 per cento rispetto al 73,9 per cento del 2018) si registra una particolare disaffezione al voto con perdite consistenti di strati di elettorato nei comuni e nei più grandi centri cittadini dove la componente italiana è maggiormente presente. Ne sono emblematico esempio Merano (-4,4 per cento), Bolzano (-5,6 per cento) e soprattutto Laives (-10 per cento). Qui siamo quasi arrivati al minimo sindacale per l'elezione delle nostre rappresentanze politiche, considerato che poco più di un elettore su due si è recato a votare (cfr. Atz 2023).

Il deficit partecipativo è una dimensione delle democrazie occidentali e il costante aumento dell'astensione ne è sua massima espressione. Vince la dis/educazione civica a discapito dell'idea che il cittadino possa incidere e decidere con il proprio voto sulla cosa pubblica. Ha messo radici non facili da rimuovere la convinzione, diventata diffusa opinione comune in Italia, che tanto i politici pensano solo ai loro interessi, che la politica sia una "cosa sporca" e il voto non serva a nulla. In Sudtirolo si somma l'idea, fattasi largo nell'elettorato italiano, che tanto sul futuro del proprio gruppo linguistico decide il partito di maggioranza di lingua tedesca (Svp) e il voto sia pertanto ininfluenza. Nelle ultime provinciali soltanto il 52 per cento degli altoatesini di lingua italiana ha partecipato al voto (56.500 voti validi), distribuendo le proprie preferenze non solo ai partiti "italiani" ma anche a formazioni interetniche (Verdi, Vita), Svp, Team K e lista Widmann (cfr. Atz 2023).

Ma torniamo all'oggetto del presente contributo e partiamo dal cercare di ricordare brevemente che cosa si intende per "seconda Repubblica", visto che è passato circa un terzo di secolo e da lì dobbiamo iniziare anche per capire quali sono state ripercussioni in loco. Con questa locuzione, battezzata dai *mass media*, si è inteso indicare la trasformazione del sistema politico italiano causata da fattori esogeni ed endogeni. Il crollo del muro di Berlino (1989), la fine della guerra fredda ovvero la logica dei due blocchi (Usa-Urss) che divideva il mondo in sfere di influenza e ne reggeva le sorti, hanno avuto l'effetto di uno tsunami sulla tenuta del sistema politico nazionale, in particolare sulle sue maggiori forze politiche: Democrazia Cristiana (Dc) e Partito Comunista Italiano (Pci).

La caduta del comunismo sovietico si è immediatamente riverberata sulla tenuta di uno dei partiti comunisti più forti d'Europa e, a pochi giorni dal crollo del muro, il 12 novembre 1989 il segretario Achille Occhetto annunciò in una sezione della Bolognina, quartiere di Bologna, che il Pci avrebbe cambiato nome. Il termine “comunista” sarebbe stato cancellato dal simbolo e avrebbe preso vita un partito dal nome diverso: Partito Democratico della Sinistra. Sotto le macerie del muro finì anche la Democrazia Cristiana, che in Italia aveva rappresentato il blocco di potere anticomunista per eccellenza e per decenni aveva così plasmato la propria forza politica, garantendosi un ininterrotto presidio del governo del Paese. La fine della vecchia logica comunismo/anticomunismo sbloccò il sistema politico italiano e il “fattore K”, uscito di scena, non barriccò più il blocco di potere democristiano.

La tangentopoli italiana, ovvero il sistema di clientelismo, corruzione e collusione tra politica e imprenditoria emerso attraverso le inchieste del pool di magistrati di “mani pulite” (Antonio Di Pietro, Gherardo Colombo, Piercamillo Davigo) dei primi anni '90, fu il fattore endogeno che si venne a sommare alla crisi del sistema politico italiano. Essa portò a galla responsabilità e coinvolgimento di alcuni dei maggiori leader politici, che militavano non solo nelle file della Dc e del Partito socialista italiano (Psi) ma in molte altre formazioni politiche. Le elezioni del 1992 segnarono un calo della Dc, del Psi e del Pds (erede del disciolto Pci), mentre la Lega nord di Umberto Bossi e la Rete dell'ex-democristiano Leoluca Orlando si affermarono come partiti in ascesa, il primo – dall'esplicito connotato territoriale – nel segno di una lotta aperta al “centralismo” contro “Roma ladrona”, il secondo con un richiamo alla necessità di un rinnovamento politico. Facce diverse della risposta politica alla crisi dei grandi partiti nazionali.

Con la riforma elettorale del 1993 (legge Mattarella) l'Italia passò da un sistema proporzionale a uno misto, maggioritario per il 75 per cento dei seggi e proporzionale per il restante 25 per cento, con una soglia di sbarramento al 4 per cento. Fu un tentativo di traghettare il Paese dalla prima alla seconda Repubblica e, di fronte anche alle preoccupazioni di un'opinione pubblica impressionata dalla vicenda di Tangentopoli, cogliere l'obiettivo di rendere più stabili i governi, promuovere la governabilità e l'efficacia legislativa. L'anno successivo fu quello della diaspora dei democristiani e dei socialisti. Dc e Psi si sciolsero, le loro correnti (progressiste, centriste e conservatrici), che ne avevano animato la dialettica interna e garantito una più larga rappresentanza, andarono a formare distinti raggruppamenti politici. Dallo scioglimento della Dc nacquero il Movimento dei Cristiano Sociali (centrosinistra), il Partito Popolare Italiano (centristi raccolti nell'omonimo partito fondato da Luigi Sturzo 75 anni prima), il Centro Cristiano Democratico (centro-destra), nel

1995 dal Ppi si staccarono i Cristiani Democratici Uniti (centro-destra). Dallo scioglimento dei socialisti sorsero i Socialisti Italiani (sinistra), il Partito Socialista Riformista (sinistra), la Federazione Laburista (liberal-socialista), Alleanza Democratica (centro-sinistra); esponenti del Psi confluirono anche in Forza Italia, il partito che Silvio Berlusconi aveva fondato nel 1994. Negli anni successivi, dentro a un sistema politico che avrebbe dovuto favorire la nascita del bipolarismo con l'alternanza di due coalizioni al governo del Paese (centro-destra, centro-sinistra), il processo di trasformazione dei partiti proseguì segnando una progressiva loro frammentazione e moltiplicazione.

In Alto Adige/Südtirol fu soprattutto il sistema dei partiti italiani a risentire degli effetti di questa grande trasformazione e nel 1993 anche la Dc locale dovette fare i conti con “tangentopoli”, quando il vice-presidente della Provincia Remo Ferretti (1936-2013), democristiano, indagato e poi arrestato, pose termine alla propria lunga carriera politica.

## **2. C'era una volta la Dc: la progressiva erosione del centro**

La Dc altoatesina fino quasi alla fine agli anni '80 dello scorso secolo era riuscita a cogliere l'obiettivo di fungere da rappresentanza politica del gruppo di lingua italiana. Non lo aveva raggiunto solo come forza di governo locale che, insieme alla Svp, aveva ininterrottamente retto le sorti della Provincia autonoma di Bolzano. Il consenso elettorale di cui godeva, la poneva al primo posto tra i partiti in Alto Adige (Pallaver 2007, 566-567, 588-589). Poi arrivarono gli anni della protesta italiana contro l'entrata in vigore di alcune norme del secondo Statuto di autonomia (bilinguismo e proporzionale) e fu soprattutto la destra, in particolare il Movimento Sociale Italiano (Msi), a capitalizzare politicamente il diffuso malcontento. Nelle elezioni provinciali del 20 novembre 1988, e per la prima volta dopo il 1948, la Dc non fu più il partito più votato dagli italiani dell'Alto Adige (9,07 per cento). Il primato lo aveva assunto il Movimento Sociale Italiano (10,29 per cento). Poi arrivarono “tangentopoli” e “mani pulite” e anche per la Dc locale, come si è detto, iniziò la diaspora. Alle elezioni provinciali del 1993 si presentarono la Democrazia Cristiana-Partito Popolare per l'Alto Adige (4,43 per cento) e Unione di Centro per l'Alto Adige (1,74 per cento), quest'ultima lista raccoglieva in un'area di centro-destra ex democristiani e liberali. Ambedue riuscirono a eleggere i propri consiglieri: Michele Di Puppò e Luigi Cigolla per Dc-PpAA e Armando Magnabosco per UCAA. In seguito al decesso di Magnabosco, nel 1995 subentrò Franco Ianieri, il quale al termi-

ne del suo mandato confluì, senza poi essere eletto, nella lista Alleanza Nazionale – I Liberali, presente alle consultazioni provinciali del 1998.

Non è secondario considerare che, con le nuove formazioni politiche, nella galassia dei partiti italiani cominciarono ad apparire denominazioni dalla forte connotazione territoriale e programmatica. In quella tornata elettorale del 1993 non furono solo gli eredi della Dc a presentarsi come forze politiche “per l’Alto Adige”, anche la Lega Nord – partito per costituzione territoriale – si propose nella sua declinazione locale: Lega Nord Alto Adige – Südtirol. Detto che il crescente e rilevante peso della dimensione territoriale nella politica fu un processo più generale dovuto in buona parte dalla crisi delle grandi ideologie e dai tentativi di rispondere ai contraccolpi della globalizzazione (Pallaver 2013, 252-255), l’identificazione del territorio quale riferimento identitario cominciò a porre anche i partiti italiani dell’Alto Adige in sintonia con i partiti della minoranza di lingua tedesca, questi ultimi modellati sulle ragioni della politica per e sul territorio della Provincia. Non è possibile misurare quanto in questo processo di territorializzazione possa aver inciso la chiusura del Pacchetto, della controversia con Roma e l’apertura di un nuovo corso dell’autonomia che chiedeva alla politica locale di mostrarsi capace di gestirlo in loco. Dopo aver strappato l’autonomia a Roma si trattava di conquistarla in Alto Adige/Südtirol e ciò agì sicuramente da spinta per i partiti e la politica locali a dare maggiore centralità alla dimensione territoriale.

Le liste presenti alle elezioni provinciali del 1998 mostrarono come la frammentazione della Dc non si fosse arrestata e si fosse aperta la corsa verso la riconquista del centro, nonostante la tendenza della politica nazionale verso un sistema bipolare. I consiglieri provinciali Cigolla e Di Puppò, uscenti dalla precedente legislatura quando erano stati eletti nello stesso partito (Dc-PpAA) si presentarono capolista, il primo ne’ Il Centro – Unione Democratica dell’Alto Adige (1,8 per cento), formazione di centro-destra che tra le sue fila aveva anche l’uscente consigliere leghista Umberto Montefiori, il secondo nei Popolari – Alto Adige Domani (2,7 per cento), formazione di centro fedele alla linea autonomista. Altri ex democristiani confluirono nella Lista Civica – Forza Italia – Centro Cristiano Democratico (3,7 per cento), un progetto politico di area centro-destra che portò in Consiglio provinciale un indipendente, l’avvocato Beniamino Migliucci. Cigolla e Di Puppò furono rieletti.

Nel 2003 la parola “centro” non faceva più la sua apparizione nella denominazione delle diverse liste dei partiti italiani per le provinciali. Era presente invece l’Unione Autonomista che raccoglieva di nuovo sotto un unico tetto tutti gli ex democristiani, compresi quelli che si erano divisi tra destra, centro e sinistra, più qualche esponente di Italia dei Valori e altri piccoli gruppi (Pallaver 2013, 265).

Fu una sorta di risurrezione (effimera) della Dc locale, in cui molti degli aderenti riponevano le proprie speranze di rilancio. L'esito elettorale fu al contrario molto al di sotto delle attese (3,7 per cento) e comportò l'elezione di un unico consigliere, Luigi Cigolla. Smobilitato il cantiere della ricostruzione del centro, anche in veste autonomista, le elezioni provinciali del 2008 segnarono: "la fine definitiva dei partiti eredi della Dc e quindi del centro italiano" (Pallaver 2013, 265). Cigolla, che si candidò con la lista Di Pietro Italia dei Valori, non venne eletto. Lo stesso successe alla lista Casini Unione di Centro, formazione che a livello nazionale si era appena smarcata dall'Alleanza con Berlusconi e ambiva all'equidistanza tra destra e sinistra. Sandro Repetto, allora capolista e più tardi candidato del Pd, non conquistò il seggio.

I voti del centro erano finiti in libertà, in parte assorbiti dal Partito Democratico, nato nel 2007 dalla fusione della Margherita e dei Democratici di Sinistra, in parte diretti alle formazioni politiche di centro-destra. Furono in seguito le liste civiche ad offrire spazio politico di proposta e di manovra alla diaspora dei cristiano-democratici, senza peraltro riuscire nell'intento di conquistare seggi in Consiglio provinciale. Successe così nel 2013 per Scelta Civica per l'Alto Adige e nel 2018 con Noi per l'Alto Adige – Für Südtirol, che si definiva una formazione di "centro che guarda a sinistra" (Franzosi 2018). Dato per disperso il centro, l'eredità politica della Dc e della sua diaspora ha fatto maturare sul campo esponenti politici che si sono nel frattempo conquistati la tribuna e, sebbene da banchi del Consiglio provinciale diversi, possono vantare uno stesso tratto di storia politica. Ci riferiamo a Sandro Repetto e Angelo Gennaccaro, che condividono un pezzo del loro passato politico nelle file della Dc che guardava a destra (Udc) e che nelle ultime provinciali (2023) sono stati eletti, il primo con il Pd e il secondo con La Civica, un partito quest'ultimo nato dall'unione di tre civiche locali: "Io sto con Bolzano" lista di Angelo Gennaccaro, la Civica per Merano e Alleanza per Merano, più esponenti di Italia Viva e Azione. Va aggiunto che Io sto con Bolzano, formazione vestita a immagine e somiglianza del suo leader Gennaccaro, si presenta come aggregazione post-ideologica e "neutrale" rispetto agli schieramenti di destra e sinistra. Per inciso, si tratta di un connotato proprio di molte liste civiche, che intendono marcare la propria differenza con i partiti nazionali e le storiche tradizioni politiche. Nel caso in questione, sfruttare il proprio peso politico a beneficio di uno o dell'altro schieramento, dichiarandosi per una "politica del fare", ha permesso alla lista e al suo leader di entrare, in modo politicamente disinvolto, nell'amministrazione di centro-sinistra del capoluogo e nelle trattative per il governo della Provincia con i partiti della destra. È la ricaduta di una moderna concezione del centro, che vale come idea di posizionamento

piuttosto che come dottrina. In breve, conta l'essere "centrali" per mostrarsi aperti ad alleanze politiche di destra o sinistra.

### 3. Il "polo escluso" al governo dell'Alto Adige

Con le ultime elezioni provinciali del 2023 è caduto di fatto a livello politico locale il "fattore F" ovvero la *conventio ad excludendum* nei confronti di quei partiti italiani che si sono ispirati e si ispirano al (neo/post)fascismo. Le ripercussioni politiche sono importanti e pertanto cominceremo da qui per ripercorrere, a ritroso, gli sviluppi della destra in Alto Adige fino agli anni '90 dello scorso secolo. Non senza prima aver considerato come nell'ultimo decennio l'arena della destra politica abbia conquistato il proprio posto al sole, ovvero al governo della Provincia. Un lungo processo di evoluzione che da area di cultura di partiti anti-sistema è diventata bacino di formazioni semiautonome (Pallaver 2013, 259-263).

Le elezioni del 2018 furono caratterizzate dall'effetto Lega e dalla decisa conferma che il centro per i partiti italiani si era completamente dissolto; come osservò il politologo Pallaver commentandone i risultati, non esisteva più un partito cattolico, moderato, conservatore in grado di presidiare quell'area (Fattor 2018, 7). Grazie anche a una campagna elettorale ammiccante nei confronti del mondo sudtirolese, si ricordi l'omaggio di Salvini ai Kastelruther Spatzen e al grembiule blu indossato in alcune manifestazioni pubbliche, la Lega riuscì a raccogliere voti anche nell'elettorato di lingua tedesca delle valli. Divenne il partito italiano più votato (11,1 per cento), conquistò quattro seggi e fu chiamato a formare la nuova giunta insieme alla Svp, superando le resistenze interne al partito della stella alpina e le accuse del centro-sinistra rivolte, sempre alla Svp, di portare al governo della Provincia i sovranisti. Le ragioni di un simile successo per un partito che manifestamente aveva messo da parte il suo *habitus* autonomista per vestire i panni di un aggregato di destra (anche estrema) e xenofobo, erano in buona parte frutto della trans-etnica presa elettorale dei richiami di Salvini al pericolo dell'immigrazione. Il dato politico rilevante, colto da alcuni commentatori (Campostrini 2018, 12) fu la ricomparsa del blocco sociale della destra altoatesina che nel 1988 con il Msi aveva raggiunto quattro seggi in Consiglio provinciale (10,29 per cento), attestandosi alle spalle della Svp come primo partito degli italiani. Nel 2018 a prevalere non era più la protesta contro la proporzionale e la paura della sommersione del gruppo italiano, bensì la paura dell'invasione degli immigrati. La lega sotto le insegne di una nuova destra, meno tricolore ma con la stessa convinzione ideologica sulla centralità del Primato Nazionale,

rappresentò quel blocco elettorale italiano che le divisioni nel centro-destra locale tra Alessandro Urzì (L'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia Uniti) e Michaela Biancofiore (Forza Italia) non riuscirono a compattare. La tornata elettorale del 2023 si è per così dire chiusa in continuità con l'affermazione delle destre al governo della Provincia. Al tonfo della Lega (3 per cento) ha fatto da contrappeso il successo di Fratelli d'Italia (6 per cento), partito chiamato a formare la nuova giunta con la Svp, insieme alla Lega, alla Civica e ai Freiheitlichen. Esulano da questa analisi le valutazioni politiche che possono aver indotto la Svp ad aprire la porta del governo della Provincia a un partito inserito nel solco storico del neofascismo, ciò che è possibile osservare è che l'elettorato italiano che vota la destra – ieri relegata all'opposizione – nell'ultima legislatura e in quella che si apre non vede più esclusi i propri rappresentanti dal governo provinciale.

Per quanto i risultati elettorali di Provincia e Comune non siano confrontabili, va comunque osservato che FdI a Bolzano in occasione delle amministrative del 2020 raggiunse il 7,7 per cento. I partiti di destra, inoltre, hanno raccolto nel 2023 il 50 per cento dei voti degli italiani, mentre l'altra metà è andata alle formazioni di centro-sinistra. Rispetto al 2018 si è trattato di un chiaro arretramento, visto che in quell'occasione l'area di centro destra si era conquistata la netta maggioranza del 57 per cento (cfr. Atz 2023).

Un altro elemento di analisi che va considerato e controbilancia l'impressione errata di una vittoria schiacciante di Fratelli d'Italia nelle ultime provinciali, è il restringimento del bacino elettorale della destra italiana. I partiti di questa arena politica nel loro insieme perdono infatti il 4,5 per cento di voti rispetto al 2018 e si attestano sulle stesse percentuali guadagnate dal solo Msi nel 1988 (vedi Tab. 1), con la differenza che oggi in assenza di un unico blocco elettorale che poteva contare almeno quattro seggi, i posti in Consiglio provinciale si sono dimezzati.

L'ex deputato di Alleanza Nazionale (An) Giorgio Holzmann commentando i magri risultati raggiunti, gli eccessivi personalismi in campo e la delusione di parte dell'elettorato italiano, ha affermato:

*“La mia sensazione è che più che elaborare strategie elettorali i partiti, in particolare quelli del centro-destra, abbiano perseguito tattiche mirate a far emergere situazioni personali. [...] Quando la Lega ha fatto il pieno, l'altra volta, Salvini era altissimo nei sondaggi. E i suoi ne hanno avuti quattro di consiglieri. Adesso che è la Meloni ad essere al 30 per cento, FdI ne ha fatti solo due. E sono contenti [...] la destra ha promesso tanto e ha fatto poco. O ha fatto tutt'altro”* (Campostrini 2023, 17).

**Tab. 1: Voti ai partiti della destra italiana alle elezioni provinciali in Alto Adige 1948-2023 (valori percentuali)**

Provinciali	Totale Destra ITA %	MSI	LN	AN	Unitalia	FI	PdL	FAA-LN-TA	AAC	La Destra Minniti	Casapound	Fratelli d'Italia	CentroDestra
1948	<b>2.94</b>	2.94											
1952	<b>4.78</b>	4.78											
1956	<b>6.02</b>	6.02											
1960	<b>7.09</b>	7.09											
1968	<b>6.22</b>	6.22											
1973	<b>4.02</b>	4.02											
1978	<b>2,92</b>	2,92											
1983	<b>5,88</b>	5,88											
1988	<b>10.03</b>	10.03											
1993	<b>14.6</b>	11.64	2.96										
1998	<b>16.03</b>		0,86	9.65	1,78	3,74							
2003	<b>13.8</b>		0,5	8,4	1,5	3,4							
2008	<b>12.3</b>		2,1		1,9		8,3						
2013	<b>6.9</b>				1,7			2,5	2,1	0,6	0,86		
2018	<b>14.72</b>		11,1			1			1,72		0,9		
2023	<b>10.2</b>		3			0,6						6	0,6

Abbreviazioni: MSI: Movimento Sociale Italiano (dal 1972 Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale); LN: Lega Nord (nel 2018 Lega per Salvini premier; nel 2023 Lega Salvini Alto Adige Südtirol – Uniti per l’Alto Adige); AN: Alleanza Nazionale (dal 1994 succede al MSI-DN); FI: Forza Italia; PdL: Popolo della Libertà (alleanza tra FI e AN); AAC: Alto Adige nel Cuore (movimento territoriale di destra che fa capo al Consigliere provinciale Alessandro Urzi); FAA: Forza Alto Adige; TA: Team Autonomie

Fonte: Anpi/Antifaschistischer Verein Alto Adige – Südtirol 2018 (aggiornata al 2023)

La destra italiana in Alto Adige ha da sempre coltivato politicamente l’obiettivo di rappresentare una sorta di “partito di raccolta” della comunità di lingua italiana, considerata la “vera” minoranza etnica da tutelare, rispetto ad un’autonomia orientata a favorire le popolazioni tedesca e ladina. Negli anni ’80 dello scorso secolo, come abbiamo già osservato, il Msi raccolse elettoralmente il diffuso malcontento del gruppo di lingua italiana contro alcune delle norme di attuazione dell’autonomia. Tra il 1985 e il 1994 la crescita della destra fu costante ed erose consensi nell’elettorato popolare democristiano, comunista e socialista:

*“Il Msi (poi Alleanza Nazionale) e la neonata Forza Italia berlusconiana arrivarono oltre il 14 per cento alle provinciali del 1993 e alle politiche del 1994 nel capoluogo Bolzano, dove il solo MSI arrivò al 30 per cento, la somma del voto di destra raggiunse quasi il 50 per cento dei consensi (in sostanza almeno i due terzi degli elettori di lingua italiana votarono a destra)” (Mezzalana 2019, 78).*

Con la svolta di Fiuggi (1995), che portò Gianfranco Fini a raccogliere l'eredità del partito di Giorgio Almirante e trasformarlo, Alleanza Nazionale (An) continuò localmente a rappresentare il “disagio” degli italiani, ma in quello che prima era il blocco della destra missina cominciarono le prime divisioni

*“tra coloro che volevano rimanere fedeli al tradizionale impianto nazionalista della destra italiana, spesso intrecciato con nostalgie fasciste, e coloro che si ponevano il problema di utilizzare il consenso ricevuto per governare l'autonomia insieme alla Svp. Tali divisioni erano anche espressione delle esigenze che caratterizzavano i diversi elettorati che guardavano a destra: il popolo dei quartieri italiani di Bolzano esprimeva richieste di tutela sociale, mentre i settori legati alle libere professioni, al funzionariato statale e all'economia volevano una rappresentanza politica e istituzionale capace di contare” (Mezzalana 2019, 78).*

La matrice politica e la difesa dell'italianità in Alto Adige costituivano per la destra un comune terreno di riferimento e d'azione, ma non furono sufficienti a tramutarsi in sintesi politica e programmatica. Si aprì dapprima un contrasto interno, poi nel 1996 Donato Seppi (An) insieme a consiglieri comunali fondò il movimento territoriale Unitalia, che rivendicava

*“L'eredità diretta delle storiche battaglie del Msi di Almirante e anche del fascismo. Unitalia divenne il punto di riferimento di tutta la galassia dei gruppi di estrema destra, anche quelli dichiaratamente neofascisti e neonazisti. A livello nazionale si alleò con i vari movimenti che rifiutarono la svolta di Fiuggi, ma mantenne una sua piena autonomia territoriale che le consentì di condizionare le scelte di An e Fi sulle questioni locali e, nelle elezioni amministrative, di conseguire consensi significativi con l'elezione di Seppi in Consiglio Provinciale (5,67 per cento nelle provinciali del 1998) e la conquista di diversi seggi nei consigli comunali, tra i quali spiccavano*

*i due di Bolzano. Fu nei quartieri popolari di Bolzano, in particolare Don Bosco, che Unitalia fece presa superando per ben due volte, nelle provinciali del 2008 e in quelle del 2013, il 7 per cento” (Mezzalira 2019, 79).*

La frammentazione della destra locale in partiti e liste *ad personam* non differì da quella degli altri schieramenti, a conferma di un trend che a partire dai primi anni '90 dello scorso secolo era nazionale e locale. L'evoluzione del sistema politico verso la formazione di due grandi schieramenti, centro-destra e centro-sinistra, portò Alleanza Nazionale a stringere accordi con Forza Italia, il partito di Silvio Berlusconi. Il Popolo delle Libertà, nuovo soggetto politico nato da questi due partiti del centro destra (Fi e An), si presentò alle elezioni provinciali del 2008, raccogliendo un lusinghiero 8,3 per cento dei consensi e guadagnando tre seggi. Dei tre eletti, tolta Michaela Biancofiore di Forza Italia, due venivano da Alleanza Nazionale: Alessandro Urzì e Mauro Minniti.

Le elezioni provinciali del 2013, che segnarono la crisi più rilevante della destra locale nel suo complesso, riverberavano la profonda crisi del progetto politico nazionale che aveva dato vita al Popolo delle Libertà (PdL). In quell'anno Berlusconi annunciò la rinascita di Forza Italia. Nei tre anni precedenti erano avvenute all'interno del PdL scissioni importanti, dall'uscita di Gianfranco Fini (2010) alla nascita nel 2012 di Fratelli d'Italia, partito guidato da Giorgia Meloni. Il tonfo elettorale a livello provinciale, con un risultato complessivo del solo 6,9 per cento rispetto al 12,3 per cento del 2008, fu l'esito in parte di una crisi di credibilità dovuta ai conflitti personali, a un'elevata astensione e alla frammentazione, con ben cinque liste a spartirsi l'elettorato italiano di centro-destra, quasi tutte a carattere territoriale: Unitalia Movimento per l'Alto Adige, Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie, Alto Adige nel Cuore, La Destra Minniti,<sup>1</sup> Casapound.

L'effetto Lega nel 2018, di cui si è detto, non funzionò da traino per le altre formazioni politiche di centro-destra, Forza Italia si dovette accontentare dell'1 per cento, Casapound dello 0,9 per cento e L'Alto Adige nel Cuore – Fratelli d'Italia dell'1,72 per cento, che comunque riuscì a eleggere il proprio candidato di punta: Alessandro Urzì.

Da questo breve excursus sull'evoluzione della destra politica in provincia risulta come essa abbia mancato il raggiungimento del proprio obiettivo strategico ovvero la formazione del partito di raccolta degli italiani. Personalismi, giochi di piccolo cabotaggio politico, volontà egemoniche non solo hanno prodotto una notevole frammentazione politica, hanno anche affossato qualsiasi tentativo di formare un fronte che riunisse le diverse anime della destra, capace di pescare a piene mani nel bacino del voto italiano a partire dai maggiori centri cittadini della provincia.

**Tab. 2: Confronto dei risultati elettorali delle elezioni provinciali del 1993 e del 2023 in base alla dimensione ideologica dei partiti italiani in consiglio provinciale (dati percentuali)**

	sinistra	centro sinistra	centro	centro destra	destra
<b>1993</b>	<b>Rc</b>	<b>Pds Psi</b>	<b>Dc-PpAA UcAA</b>	<b>Ln</b>	<b>Msi-Dn</b>
percentuale seggi	0,7 –	4,1 1	6,1 3	2,9 1	11,6 4
<b>2023</b>		<b>Pd</b>	<b>La Civica</b>	<b>Ls</b>	<b>Fdl</b>
percentuale seggi	–	3,5 1	2,6 1	3,0 1	6,0 2
<b>differenza 1993-2023</b>	-0,7 –	-0,6 0	-3,5 -2	+0,1 0	5,6 -2

Abbreviazioni: Pds: Partito democratico della sinistra; Dc-PpAA: Democrazia Cristiana-Partito Popolare per l'Alto Adige; UcAA: Unione di Centro per l'Alto Adige; Lega Nord Alto Adige-Südtirol; Msi: Movimento sociale italiano-Destra nazionale; Pd: Partito Democratico, Ls: Lega Salvini Adige-Südtirol – Uniti per l'Alto Adige; Fdl: Fratelli d'Italia; Rc: Rifondazione comunista

Fonte: Elaborazione propria sulla base dei risultati ufficiali delle elezioni provinciali del 1993 e del 2023

## 4. Il dissolvimento della sinistra

Anche per i partiti della sinistra l'avvento della seconda Repubblica è stato un periodo segnato da una vera e propria mutazione di pelle. Spento sotto le macerie del muro di Berlino il bel “sol dell'avvenir”, è iniziato per essi un lungo e faticoso processo di ridefinizione della propria identità e dei propri orizzonti politici. L'approdo socialdemocratico si è mostrato come la nuova (ultima?) spiaggia da raggiungere.

Rimanendo in tema di frammentazione dei partiti, possiamo affermare che nessun fronte politico come la sinistra ne ha sofferto nel corso del tempo, oseremmo dire fin dalle sue origini. Fratture, scissioni, distinzioni, moltiplicazione di gruppi e gruppuscoli nei cosiddetti “anni caldi” fanno parte della sua storia. E lo stesso processo di sfilacciamento di quest'area politica, che si è messo in moto negli anni '90 dello scorso secolo, lo si potrebbe collocare a buon diritto nella continuità, se non fosse per la profonda cesura di cui è figlio: il crollo dell'ideologia comunista.

Nell'evoluzione politica della sinistra italiana in Alto Adige va segnalato l'impegno profuso, soprattutto a partire dalla seconda metà degli anni '70, per trasformarsi da rappresentanza nazionale a rappresentanza locale e profilarsi come movimento interetnico (Pallaver 2007, 576-77). Nell'attuale Partito democratico altoatesino, prodotto di filiazione nazionale e ultimo rappresentante locale del centro-sinistra italiano, è riconoscibile una costante tensione a realizzare una forte adesione al territorio:

*“Questo riguarda la composizione di liste di candidati di tutti i gruppi linguistici, l'utilizzo di una seppur rudimentale comunicazione bilingue e soprattutto la difesa dell'autonomia contro (anche proprie) ostilità provenienti da Roma” (Pallaver 2013, 255).*

**Tab. 3: Voti ai partiti della sinistra italiana alle elezioni provinciali in Alto Adige 1948-2023\* (valori percentuali)**

provinciali	TOT SIN %	PSI	PCI	PSLI	PSDI	PSIUP	PSI-PSDI	PSIUP-PCI	DP/AD	PDS	PRC	LA RETE	CS/MLP	PD-IS/FG-GL	AR/AE	CI	PD	SAA/LS	VL/SU	NAA
1948	12,03	4,99	3,96	3,08																
1952	12,28	5,75	3,07		3,46															
1956	11,83	5,62	2,18		4,03															
1960	12,68	5,90	3,14		3,64															
1964	13,77	5,38	3,68		3,82	0,89														
1968	13,15						7,18	5,97												
1973	14,77	5,64	5,69		3,44															
1978	13,12	3,35	7,04		2,29				0,44											
1983	11,25	3,91	5,61		1,27				0,46											
1988	7,04	4,03	3,01																	
1993	5,85	1,25								2,94	0,75	0,91								
1998	4,90										1,4	3,5								
2003	5,70												3,8	1,0	0,9					
2008	7,10														0,4	6,0	0,7			
2013	7,40										0,4				0,3	6,7				
2018	5,6															3,8		0,6	1,2	
2023	3,5															3,5				

\*Nella tabella non sono state inserite le liste interetniche che si collocano nell'area della sinistra: Neue Linke–Nuova Sinistra, Alternative Liste fürs andere Südtirol/Listina alternativa per l'altro Sudtirolo; Grün–Alternative Liste/Listina verde alternativa; Verdi Grüne Vèrc; Grüne Südtirols/Verdi del Sudtirolo; Verdi Grüne Vèrc Bürger Liste Civiche; Verdi Grüne Vèrc – Sinistra Ecologia e Libertà  
 Abbreviazioni: PSI: Partito Socialista Italiano; PCI: Partito Comunista Italiano; PSLI: Partito Socialista dei Lavoratori Italiani; PSDI: Partito Socialdemocratico Italiano; PSIUP: Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria; DP/AD: Democrazia Proletaria/Arbeiterdemokratie; PDS: Partito Democratico della Sinistra; PRC: Partito della Rifondazione Comunista; CS/MLP: Centro Sinistra/Mitte-Links Projekt; PD-IS/FG-GL: Pace e Diritti–Insieme a Sinistra/Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam links; AR/AE: Alternativa Rosa/Alternative Enrosadira; CI: Partito dei Comunisti Italiani; PD: Partito Democratico; SAA/LS: Sinistra dell'Alto Adige/Linke für Südtirol; VL/SU: Vereinte Linke/Sinistra Unita; NAA: Noi per l'Alto Adige  
 Fonte: Elaborazione propria sulla base dei risultati ufficiali delle elezioni provinciali

A livello locale il 1993, *annus horribilis* per la politica nazionale, segnò non solo il battesimo elettorale del Partito democratico della sinistra, nato dalle ceneri del Pci, ma per la prima volta la sua partecipazione in giunta in una coalizione tripartito (Svp, Ppi, Pds) di centro-sinistra. Con una lunga esperienza alle spalle di fruttuosa collaborazione al governo della provincia tra Svp e centro-sinistra italiano, che aveva visto la luce nel 1964, e con i socialisti caduti in disgrazia a causa di “mani pulite”, la stella alpina aprì le porte a un partito post-comunista e di rinnovata fede autonomista. Per quasi trent’anni, ovvero fino alle provinciali del 2018, questa formula politica ha retto anche grazie ad alleanze elettorali locali di centro-sinistra: Progetto Centrosinistra/Mitte Links Projekt, 1998 (3,5 per cento); Pace e Diritti/Frieden und Gerechtigkeit, 2003 (3,8 per cento) (Pallaver 2007, 590-591). Poi, dal 2008, il Partito Democratico ha governato da solo con la Svp, diventando di fatto l’unico rappresentante del centro-sinistra italiano.

Premesso che l’area del centro-sinistra altoatesino è molto più larga dei partiti italiani che la rappresentano, potendo contare su formazioni interetniche (Verdi) che intercettano quote non ininfluenti di voto del gruppo italiano (Pallaver 2013, 258), va osservato come complessivamente la sinistra italiana locale nel corso di trent’anni abbia perso consistenti fette di elettorato, senza contare i quarant’anni precedenti (Tab. 3). Una diminuzione che corrisponde all’aumento parallelo in Alto Adige dei consensi ai partiti di destra e che ha fatto segnare il suo minimo storico (3,5 per cento) proprio nell’ultima consultazione elettorale (2023), dove risalta la presenza di un solo partito, il Pd, a presidiare l’intera area del centro-sinistra italiano con un unico eletto: Sandro Repetto. Un esito assai magro per le aspettative del partito che punta su due seggi e per le necessità di complessivo rilancio del campo progressista.

Ha contribuito in parte a questo indebolimento il fenomeno già citato della nascita dei partiti territoriali locali, operanti dapprima a livello dei centri cittadini (Pallaver 2013, 254). Tra le esperienze più significative degli ultimi dieci anni vanno segnalate a questo proposito La Civica per Merano (centro-sinistra), Alleanza per Merano (centro-destra) e Io sto con Bolzano (centro). Gli importanti risultati ottenuti dalle due civiche meranesi alle elezioni amministrative nel 2020 (cfr. Mezzalana 2021) e da Io sto con Bolzano, diventata forza di giunta nel capoluogo, hanno spinto i rispettivi leader (Andrea Casolari, Nerio Zaccaria, Angelo Gennaccaro) a dar vita a un progetto elettorale su scala provinciale, mirato al capoluogo nonché ai centri urbani del fondovalle e presentato quale antidoto al “fallimento dei partiti nazionali” in tema di risposte concrete ai bisogni del ceto medio e dei giovani: caro vita, casa, sanità, scuola bilingue (cfr. RaiNews 2023). Le tre civiche, più Italia Viva e Azione, riunite in un’unica lista (La Civica) per le ultime provinciali, hanno conquistato

un seggio (2,6 per cento). Va ricordato che in occasione delle provinciali del 2018 nelle liste del Pd erano presenti esponenti di punta della Civica per Merano (Andrea Casolari e Beatrice Calligione), espressione del tentativo da parte del partito democratico di unire le forze e aprire un dialogo con le civiche. Un progetto che non ha avuto respiro e ha portato in seguito la Civica per Merano a sposare l'unione con Alleanza per Merano in occasione delle comunali per Merano del 2020, quando le due liste sono riuscite a eleggere al secondo turno il proprio candidato sindaco: Dario Dal Medico.

Nel campo progressista non sembrano trovare spazio, anche per questione di numeri, presa elettorale e peso politico, le liste che espressamente si richiamano alla “sinistra”. I loro rappresentanti appaiono più frequentemente come “candidati bandiera” in altre formazioni politiche del centro-sinistra.

## 5. Conclusione

Dieci anni fa proprio su questa rivista il politologo Günther Pallaver parlava di frammentazione e debolezza dei partiti italiani in Alto Adige (cfr. Pallaver 2013), diagnosi che oggi può essere non solo confermata ma anche portata a spiegare la loro volatilità. Un partito debole si rafforza con fusioni o alleanze, oppure si trasforma in un nuovo soggetto, sperando in un rilancio. Il fenomeno in verità è anche figlio di dinamiche nazionali, se consideriamo pur con una semplice ricognizione a volo d'uccello, che a partire dalla prima metà degli anni '90 l'offerta politica nazionale si è moltiplicata con mille sigle nuove – a dispetto del bipolarismo – una volta che le grandi case comuni democristiana, socialista e comunista si sono svuotate. Venute a mancare le matrici ideologiche che ne ispiravano gli orizzonti politici e l'identità, è come se i partiti avessero perso la funzione di rappresentanza e guida della società, nel senso di saperne intercettare bisogni e interpretarne le aspirazioni ideali. L'arena politica negli ultimi trent'anni si è popolata di soggetti che, più che svolgere una simile funzione, sono apparsi in costante rincorsa e ritardo, privi di ricette credibili per affrontare il mondo nuovo e le sue sfide (globalizzazione, crisi economiche e ambientali, smantellamento del welfare, ecc.) e capaci al massimo di fare da cassa da risonanza alla pancia degli italiani. E chi suona più forte il tamburo alla fine viene premiato, come dimostra la presa del populismo a tutte le latitudini del nostro Paese.

Un altro effetto di questa mutazione avvenuta è la porosità dei partiti e delle arene politiche, che si è fatta largo anche in loco, dove si contano non pochi casi di

candidati ed eletti che passano da un partito all'altro nella stessa arena e/o in arena diversa. Il trasformismo in politica non è certo una novità, ma la sua presenza su larga scala è una *new entry* del periodo della seconda Repubblica dove il confine tra destra, centro e sinistra è talmente sfumato da diventare nebuloso e alla mercé dei traghettatori di turno. In questo universo della politica prosperano i tolemaici, coloro i quali giustificano la propria sostituzione di casacca affermando che è la politica a orbitare, mentre loro sono fermi sui saldi valori di sempre. E vista da questa prospettiva qualsiasi opzione politica risulta coerente.

C'è poi il dato incontestabile dell'ultimo magro esito elettorale del 22 ottobre 2023 in termini di consiglieri eletti sul versante italiano. Complessivamente gli elettori italiani rappresentano il 20 per cento dei voti validi, ciò significa che potrebbero far sedere sui banchi del Consiglio provinciale sette componenti su 35. Il fatto che ne siano stati eletti solo cinque è anche frutto della forte frammentazione dei partiti (cfr. Atz 2023).

---

## Note

- 1 Mauro Minniti, dopo una lunga militanza nella destra missina, nel 1995 aderisce alla svolta di Fiuggi. Consigliere provinciale e regionale per An dal 1994, nel 2011 ricopre la carica di Presidente del Consiglio provinciale. Nel 2013 si presenta con una propria lista e un programma che si richiama alla destra sociale, ma non viene rieletto.

---

## Riferimenti bibliografici

- Atz, Hermann (2023), Nur die Hälfte wählt rechts, in: Südtiroler Wirtschaftszeitung, 15.12.2023, 7
- Campostrini, Paolo (2018), “Con la Lega torna il blocco che votava Msi”, in: Alto Adige, 29.10.2018, 12
- Campostrini, Paolo (2023), “I personalismi hanno azzoppato italiani e destra”, in: Alto Adige, 29.10.2023, 17
- Fattor, Mauro (2018), “Per la prima volta voti tedeschi alla destra italiana”, in: Alto Adige, 23.10.2018, 7
- Franzosi, Sarah (2018), “Siamo il centro che guarda a sinistra”, in: SALTO, 10.04.2018, <https://salto.bz/en/article/09042018/siamo-il-centro-che-guarda-sinistra> (12.01.2024)
- Mezzalira, Giorgio (2019), A passo di tartaruga. La nuova estrema destra italiana in Alto Adige, in: Pallaver, Günther/Mezzalira, Giorgio (a cura di), Der identitäre Rausch. Rechtsextremismus in Südtirol/Ubriacatura identitaria. L'estrema destra in Alto Adige, Bolzano: Edition Raetia, 71-86
- Mezzalira, Giorgio (2021), La ricerca di nuovi equilibri. Bolzano e Merano due banchi di prova elettorali, in: Alber, Elisabeth/Engl, Alice/Pallaver, Günther (a cura di), Politika 2021. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol, Bolzano: Edition Raetia, 237-254
- Pallaver, Günther (2007), I partiti politici in Alto Adige dal 1945 al 2005, in: Ferrandi, Giuseppe/Pallaver Günther (a cura di), La regione Trentino-Alto Adige/Südtirol nel XX secolo. 1. Politica e istituzioni, Trento: Museo storico in Trento, 559-598
- Pallaver, Günther (2013), I partiti italiani in Alto Adige. Frammentati e deboli in cerca di una nuova identità, in: Pallaver, Günther (a cura di), Politika 13. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica, Bolzano: Edition Raetia, 247-282
- RaiNews (2023), La Civica, al centro del programma i problemi del ceto medio e i centri urbani, in: RaiNews, 04.10.2023, [www.rainews.it/tgr/bolzano/articoli/2023/10/la-civica-al-centro-del-programma-i-problemi-del-ceto-medio-e-i-centri-urbani-05705971-f551-4e92-8290-a5a406f9a492.html](http://www.rainews.it/tgr/bolzano/articoli/2023/10/la-civica-al-centro-del-programma-i-problemi-del-ceto-medio-e-i-centri-urbani-05705971-f551-4e92-8290-a5a406f9a492.html) (12.01.2024)



Günther Pallaver

## „Der Pakt mit dem Teufel“

Der Weg zur neuen Südtiroler Landesregierung

### „The pact with the devil“

The path to the new South Tyrolean provincial government

**Abstract** Never before in the history of South Tyrol have the coalition negotiations following the regional elections been so closely followed in the public eye as those of 22 October 2023. Never before have the coalition negotiations been accompanied by a sustained protest from civil society. Never before has there been a coalition of five parties seeking to form government in South Tyrol. Never before has there been a second German party in the provincial government apart from the South Tyrolean People’s Party (SVP). And never before has a party participated in the government in South Tyrol that stands in the historical and personal continuity of neo-fascist parties and has never explicitly distanced itself from fascism. This is based on the assumption that the SVP wanted to utilise the “window of opportunity” that the government in Rome offered it by securing and expanding autonomy. Under these conditions, the SVP did not orientate itself on political and ideological attitudes and entered into a “pact with the devil”.

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Mit der neuen Südtiroler Landesregierung, die seit 1. Februar 2024 im Amt ist, ist eine Epoche zu Ende gegangen. Unter Epoche versteht man in der Regel einen Zeitabschnitt, der eine Zäsur des „vorher“ und „nachher“ markiert, eine neue Zeitrechnung darstellt (Stöber 2008, 27–28).

Epochen markieren Zeitenwenden, die Elemente von Kontinuität enthalten, aber in erster Linie von tiefgreifenden Veränderungen gekennzeichnet sind. Zeitenwenden stellen Gewissheiten in Frage und markieren den Beginn einer neuen Ära, bei der die „Welt danach nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“ (Scholz 2022) ist.

Eine Zeitenwende modelliert das identitäts- und orientierungsstiftende Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft neu, wenn Erfahrungsraum und Erwartungshorizont auseinanderzufallen beginnen (Kosellek 1984; Weber 2022). Dem linearen europäischen Zeitregime der Moderne folgend, sprechen Politik und Medien nunmehr davon, dass Putins Angriffskrieg einen unzeitgemäßen Erfahrungsraum darstellt, der unserem europäischen und mithin modernen Erwartungshorizont zuwiderläuft. Der Krieg demonstriert die Rückkehr eines Politikstils.

Epoche, Zeitenwende sind gewichtige Worte, die im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Südtirol in ihrer historischen Dimension möglicherweise verfrüht erfolgen. Aber: Noch nie in der Geschichte Südtirols standen die Koalitionsverhandlungen nach den Landtagswahlen vom 22. Oktober 2023 dermaßen im Licht des öffentlichen Interesses wie diesmal. Noch nie waren die Koalitionsverhandlungen von einem anhaltenden Protest aus der Zivilgesellschaft begleitet worden. Noch nie hat es in Südtirol eine Koalition aus fünf Parteien gegeben. Noch nie hat an der Landesregierung außer der Südtiroler Volkspartei (SVP) eine zweite deutsche Partei teilgenommen. Und noch nie hat an der Regierung in Südtirol eine Partei teilgenommen, die in der historischen und personellen Kontinuität neofaschistischer Parteien steht und sich noch nie explizit vom Faschismus distanziert hat.

Allein die reine Auflistung dieser Zäsuren verleitet, von Zeitenwende zu sprechen, vom Ende einer Epoche. Der auf der italienischen Verfassung beruhende Antifaschismus scheint für die Südtiroler/-innen und für die Südtiroler Volkspartei nicht mehr identitätsstiftend zu sein wie in der Vergangenheit. Das bestätigt auch eine apollis-Umfrage zur Beliebtheit der Regierung Meloni im Februar/März 2023. 57 Prozent der Südtiroler/-innen waren zufrieden (11 Prozent sogar sehr), 30 Prozent unzufrieden. Die Zufriedenheitsquoten bei vergleichbaren Umfragen auf gesamtstaatlicher Ebene waren sogar um einiges niedriger und lagen zwischen 41 und 49 Prozent. Unter der deutschen und ladinischen Sprachgruppe war die Zufriedenheits-

werte sogar höher als unter der italienischen: 62 und 66 Prozent Zufriedenen standen 50 Prozent Unzufriedene gegenüber (Pfeifer 2023).

In diesem Beitrag wird der Prozess der Regierungsbildung nachgezeichnet und analysiert. Dabei wird von der These ausgegangen, dass die Südtiroler Volkspartei das „*window of opportunity*“ nützen wollte, das ihr die Regierung in Rom mit der Absicherung und mit dem Ausbau der Autonomie in Aussicht stellte. Unter diesen Voraussetzungen orientierte sich die SVP nicht an politisch-ideologischen Einstellungen und ging einen „Pakt mit dem Teufel“ ein. Mit diesem Spruch legitimierte der ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende und langjährige Parlamentarier Karl Zeller die Koalition mit rechten, antieuropäischen Parteien, zu denen die SVP im Normalfall auf Distanz geht (TGR 2023e).

## 2. Bildung von Koalitionsregierungen

Parteien sind die zentralen kollektiven Akteurinnen, wenn es um die Bildung von Regierungskoalitionen geht. Die Wahlen zu Vertretungskörperschaften statten die Parteien mit Verhandlungsmacht aus (*bargaining power*), wobei in dieser Hinsicht die beiden wichtigsten Faktoren einmal ihr Anteil an den Sitzen in der Vertretungskörperschaft sowie ihre räumliche (links-rechts) Platzierung gegenüber anderen Parteien sind. Diese beiden klassischen Dimensionen sind in den letzten Jahren durch weitere ergänzt worden, etwa durch die europäische. Sind noch weitere davon vorhanden (z. B. die konfessionelle, ethnische, Impfgegnerschaft/no-vax) werden Koalitionsverhandlungen schwieriger und komplexer (Laver/Schofield 1998). Auch das Streben nach Ämtern (*office*) oder die Mitgestaltung von Politikgehalten (*policy*) sind wichtige Faktoren bei Koalitionsverhandlungen, wobei sich beide auch überlagern können.

Es gibt mehrere Strukturfaktoren von Parteisystemen, die das Ausmaß der Komplexität von Koalitionsverhandlungen beeinflussen, wie Müller und Strøm (1997, 710) schreiben: Je mehr Parteien in einem Parlament vertreten sind, desto komplexer wird die Verhandlungssituation sein.

Michael Laver und Norman Schofield gehen von fünf grundlegenden Themen aus, um Koalitionen zu analysieren: die Identität und Motivation der Akteure und Akteurinnen im Koalitionsspiel, die letztendliche Zusammensetzung der von ihnen gebildeten Koalitionen, ihre Dauerhaftigkeit, die von den Koalitionsmitgliedern geteilten Gewinne und die Auswirkungen von konstitutionellen, verhaltensbedingten und historischen Zwängen auf den Prozess der Koalitionsverhandlungen (Laver/Schofield 1998).

Zwänge können auch als Beschränkungen verstanden werden, als Einschränkung der Handlungsfreiheit der Parteien bei der Koalitionspolitik. Dazu gibt es institutionelle sowie Beschränkungen des Parteiensystems. Institutionelle Beschränkungen bilden die formellen Regeln, welche die Koalitionsoptionen bestimmen. Beschränkungen aus dem Parteiensystem beziehen sich auf Parteien, die aus irgendeinem Grunde von Koalitionsverhandlungen ausgeschlossen bleiben, etwa aus ideologischen oder aus Gründen von Inkompatibilitäten hinsichtlich Politikfeldern (Müller/Strøm 1997, 715–718). Anders ausgedrückt kann man von konstitutionellen, verhaltensbedingten und historischen Zwängen auf den Prozess der Koalitionsbildung sprechen.

### 3. Koalitionsbildung in Südtirol 2023

#### 3.1 Der Anteil an Sitzen

Die SVP ist seit den ersten Landtagswahlen 1948 eine pivotale Partei, um die sich immer alles gedreht hat. Dies hat sich auch nicht geändert, seitdem sie nicht mehr die absolute Mehrheit der Mandate stellt, wie dies seit der Landtagswahl 2013 der Fall ist. Die SVP dominierte deshalb auch immer die Landesregierung, außerdem stellte sie seit 1948 ununterbrochen den Landeshauptmann (Pallaver 2018, 83–125; Heiss 2022). Daher war der Anteil der Sitze nie ein Problem.

Dies änderte sich allerdings mit dem Ende der *Democrazia Cristiana* und der zunehmenden Fragmentierung der italienischen Parteienlandschaft. Die SVP musste deshalb auf Koalitionspartner zurückgreifen, die nicht im politischen Zentrum angesiedelt waren wie die *Democrazia Cristiana*. In dieser Zeit suchte die SVP als Partei des Zentrums ihre Koalitionspartner im linken Spektrum, weil diese Parteien gegenüber den Themen Minderheitenschutz und Autonomie sensibler waren und mehr Zugeständnisse machten als Parteien im rechten Spektrum.

Mit den Landtagswahlen 2023 hat sich dies substantziell geändert. Bei den Wahlen sind 12 Parteien in den Landtag eingezogen, seit der Spaltung der Freiheitlichen nach der Koalitionsbildung sind es 13 geworden (Südtirol news 2024). Dies hängt auch mit den Stimmenverlusten der SVP zusammen, die lediglich auf 34,5 Prozent und 13 Mandate gekommen ist, ein historisches Tief. Die neue Legislaturperiode beginnt mit sechs deutschen, vier italienischen und zwei interethnischen Parteien. 1993 hatten zehn Parteien den Sprung in den Landtag geschafft, 1998 sogar elf, aber noch nie 12 wie 2023. Davon sind fünf Einer-Fraktionen (seit der Abspaltung sechs).

Die Fragmentierung ist somit nicht unbedingt etwas Neues, wohl aber die zunehmende Fragmentierung innerhalb der deutschsprachigen Wahlarena, gekoppelt mit Stimmen- und Mandatsverlusten der SVP.

Die große Anzahl der Parteien, ihre Fragmentierung und die geschrumpfte Volkspartei haben den Ausgangspunkt der Verhandlungen komplexer werden lassen.

**Tab. 1: Anzahl der Parteien im Südtiroler Landtag**

Partei	Mandate
SVP	13
Team K	4
Süd-Tiroler Freiheit (STF)	4
Verdi Grüne Verc	3
Fratelli d'Italia (FdI)	2
JWA Wirth Anderlan	2
Die Freiheitlichen (dF)	2*
Partito Democratico/Demokratische Partei (PD)	1
Für Südtirol mit Widmann	1
Lega Salvini Alto Adige Südtirol Uniti per l'Alto Adige	1
La Civica	1
Vita	1

\* Die Freiheitlichen sind nach dem Austritt von Andreas Leiter Reber nur mit einem Mandat im Landtag vertreten. Leiter Reber gründete eine eigene, die Freie Fraktion.

Quelle: Civis.bz.it 2023

### 3.2 Die räumlich-ideologische Platzierung der Parteien

Was die ideologischen Positionen der Parteien und die ideologische Distanz zwischen den Parteien betrifft, so finden wir vier Parteien in der politischen Mitte: SVP, Für Südtirol mit Widmann, La Civica, Vita. Bei Vita ist die Einordnung auf dem Links-Rechts-Spektrum allerdings schwierig. Einige programmatische Punkte weisen eher in Richtung rechts (starke Corona-Kritik, für staatliche Souveränität, Migration). Andererseits weisen Themen wie Autonomie, Umwelt, zweisprachige Schule, gegen neokoloniales Ausbeutung des Südens eher Richtung Mitte-links. Deshalb die Entscheidung, Vita in der Mitte zu belassen. Links von der Mitte finden wir eine (sozial)liberale Partei (Team K) und eine Mitte-links-Partei (PD) sowie die Grünen. Parteien, die als rechts eingestuft werden, sind die Freiheitlichen, die Süd-Tiroler

Freiheit, Fratelli d'Italia, JWA sowie die Lega. Die Einordnung des rechten Partei­enflügels beruht bei den regionalen Parteien auf ihren Programmen und Aussagen im Wahlkampf. Bei den staatsweiten Parteien wurden die Programme, ihre Politik und die einschlägige Literatur als Einordnungskriterium herangezogen (vgl. Vassallo/Vignati 2023; Broder 2023; Passarelli/Tuorto 2018).

Wenn wir von der SVP als Median im Parteiensystem Südtirols ausgehen, so sind alle Parteien, mit Ausnahme der Freiheitlichen, der Süd-Tiroler Freiheit, FdI, JWA und Lega für die Volkspartei ideologisch durchaus kompatibel.

**Tab. 2: Parteien im Südtiroler Landtag auf der Links-Rechts-Achse**

links	Mitte-links und (sozial)liberal	Mitte	Mitte-rechts	rechts
	Team K	SVP		Süd-Tiroler Freiheit
	Grüne/Verdi/Vërc	La Civica		Fratelli d'Italia (FdI)
	PD	Vita		JWA
		Für Südtirol mit Widmann		Die Freiheitlichen* (dF)
				Lega Salvini Alto Adige Südtirol Uniti per l'Alto Adige

\*Die politische Position der Freiheitlichen ist zwischen Mitte-rechts und rechts ambivalent.

Quelle: Civis.bz.it 2023

### 3.3 Institutionelle Schranken

Bei der Bildung der Landesregierung gibt es in Südtirol institutionelle Schranken und Beschränkungen aus dem Parteiensystem, die berücksichtigt werden müssen. Die zentrale institutionelle Beschränkung ist im Autonomiestatut verankert, das als politisches System eine Konkordanzdemokratie mit ethnischen Korrektiven vorsieht. In Artikel 50 legt das Autonomiestatut fest: „Die Zusammensetzung des Landesausschusses von Südtirol muss im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen stehen, wie sie im Landtag vertreten sind.“ Alle aufgelisteten deutschsprachigen sowie interethnischen Parteien hatten aber keine italienischen Abgeordneten in ihren Reihen.

Gut eine Woche nach den Landtagswahlen vom 22. Oktober entbrannte eine Debatte über die Anzahl der italienischen Regierungsmitglieder. Die italienische Sprachgruppe ist nur mehr mit fünf Abgeordneten im Landtag vertreten, bei einer Landesregierung mit acht Mitgliedern hätte nur ein Italiener/eine Italienerin Platz in

der Exekutive gefunden. FdI und Lega beharrten aber von allem Anfang an auf ihrer Forderung, bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung nur im Tandem auftreten zu wollen. Der Vertreter von FdI, Marco Galateo, vertrat die Meinung, man könne das Problem durch eine Durchführungsbestimmung lösen. Die Antwort der SVP kam über den Senator Meinhard Durnwalder. Die Italiener und Italienerinnen seien im Landtag unterrepräsentiert, „Aber man kann deshalb nicht die Grundsätze des Autonomiestatuts über Bord werfen“ (stol 2023; vgl. auch Pallaver 2023).

Um den Fall zu klären, stellte der Landeshauptmann am 15. November beim Südtiroler Landtag eine Anfrage um Rechtsauskunft über die Zusammensetzung der Landesregierung. Das vom Generalsekretär des Landtages, Florian Zelger, am 17. November erstellte Gutachten kam zu folgendem Schluss:

Ausgangspunkt, so das Gutachten, sei das Landeswahlgesetz vom 19. September 2017, Nr. 14, und hier spezifisch der Art. 67, in dem unter anderem steht: „Die Landesregierung besteht aus mindestens sieben und höchstens zehn Mitgliedern und einem Landeshauptmann. Ihre Zusammensetzung muss im Verhältnis zur zahlenmäßigen Stärke der Sprachgruppen stehen, wie diese im Landtag zum Zeitpunkt der Verkündung der Gewählten vertreten sind“ (Zelger 2023, 1). Und weiter: Im Falle der Vertretung der ladinischen Sprachgruppe in der Landesregierung stehen die restlichen zu vergebenen Regierungssämter den anderen Sprachgruppen im Verhältnis zu deren zahlenmäßigen Stärke im Landtag zu.

Die Stärke der Sprachgruppen im Landtag, so Zelger, sei folgendermaßen berechnet: Bei 29 deutschen Abgeordneten stellen diese 82,851 Prozent der Abgeordneten dar, bei fünf italienischen Abgeordneten stellen diese 14,285 Prozent dar und bei einem ladinischen Abgeordneten stellt dieser 2,8571 Prozent dar.

Bei der Berechnung von elf Mitgliedern der Landesregierung – ohne Vertretung der ladinischen Sprachgruppe – kommt es zu folgendem Ergebnis: Deutsche Sprachgruppe 9,1142 Prozent; italienische Sprachgruppe 1,5714 Prozent; ladinische Sprachgruppe 0,3142 Prozent. Ohne Vertretung der ladinischen Sprachgruppe und nach der vorgesehenen Rundung würde sich laut Gutachten folgende Zusammensetzung der Landesregierung ergeben: Deutsche Sprachgruppe 9 Personen, italienische Sprachgruppe zwei Personen, ladinische Sprachgruppe keine Person.

Diese Berechnung erfolgt ohne Berücksichtigung der ladinischen Sprachgruppe. Sollte ein ladinischer Abgeordneter oder eine ladinische Abgeordnete in die Landesregierung berufen werden, so würde sich laut Gutachten die für die ladinische Sprachgruppe rechnerisch erhobenen 0,3142 Personen zu einer Person steigern.

Da laut Gutachten das Verhältnis der deutschen zur italienischen Sprachgruppe 29 zu 5 Landtagsabgeordnete steht, und zwar 29 von 34 bzw. 5 von 34

*„und nicht 35 Abgeordnete, weil bei der gegenständlichen Berechnung das Verhältnis der deutschen und der italienischen Sprachgruppe ausschlaggebend ist, sprich die Ladinier müssen für diese Rechnung ausgeklammert werden, da gemäß Artikel 67 des Landeswahlgesetzes das Verhältnis der deutschen Abgeordneten zu den italienischen Abgeordneten zählt“ (Zelger 2023, 2).*

Wendet man diese Berechnung auf die zehn den beiden Sprachgruppen zustehenden Sitze in der Landesregierung an, kommt man zu folgendem Ergebnis: 8,529 Sitze für die deutsche und 1,47 Sitze für die italienische Sprachgruppe. Eine Landesregierung aus elf Mitgliedern, davon ein ladinischer Abgeordneter, müsste somit folgendermaßen zusammengesetzt sein: Deutsche Sprachgruppe neun Mitglieder, italienische und ladinische Sprachgruppe jeweils ein Mitglied. Die für die Präsenz der ladinischen Sprachgruppe in der Landesregierung notwendigen 0,69 Einheiten (von theoretischen 0,31 Personen zu einer Person) gehen laut Generalsekretär Florian Zelger 0,10 Einheiten zu Lasten der italienischen Sprachgruppe und im Ausmaß von 0,59 Einheiten zu Lasten der deutschen Sprachgruppe. Auf der Grundlage der aktuellen Zusammensetzung der Sprachgruppen im Landtag sinkt damit die italienische Sprachgruppe knapp unter die für die entsprechend Rundung vorgesehene Schwelle, während für die deutsche Sprachgruppe das Ergebnis trotz der Reduzierung von 0,59 Einheiten dasselbe bleibt (Zelger 2023, 3).

Das Gutachten wurde hier deshalb so ausführlich dargelegt, weil es Ausgangspunkt für eine längere politische Kontroverse und eine Reihe neuer Gutachten war.

Christian Bianchi, der einzige Vertreter der Lega, wandte sich nach der Veröffentlichung des Gutachtens von Florian Zelger an die Rechtsanwältin und Vertreterin in der Sechser-Kommission, Eleonora Maines. In ihrem Gutachten kam sie zum Schluss, dass die Stärke der italienischen und der deutschen Sprachgruppe im Landtag auf der Grundlage des Gesetzes zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der gewählten Mitglieder festgelegt werde und müsse daher in jedem Fall auf der Grundlage von 35 Abgeordneten und nicht von 34 erfolgen, also 5/35 für die italienische Sprachgruppe und 29/35 für die deutsche Sprachgruppe.

Es sei nicht möglich, so Eleonora Maines, die ladinische Sprachgruppe auszuschließen, um die Stärke der italienischen und deutschen Sprachgruppe zu messen. Weiters sei es auch nicht möglich, dass die verbleibenden zehn Regierungssitze auf der Grundlage des Verhältnisses nur zwischen der deutschen und der italienischen Sprachgruppe im Landtag unter Ausschluss der ladinischen Sprachgruppe besetzt werden.

Die Berechnung laute daher wie folgt:

*“Ladinische Sprachgruppe: Ein Regierungssitz (in Abweichung zur Stärke der Sprachgruppe im Landtag); italienische Sprachgruppe ( $5/35 \cdot 10 = 1,43$ ) 2 Regierungssitze; Deutsche Sprachgruppe ( $29/35 \cdot 10 = 8,29$ ) 8 Regierungssitze. Nach der Zuteilung der 9 Sitze auf der Grundlage ganzer Zahlen ist das Gewicht der Dezimalstellen für die italienische Sprachgruppe offensichtlich größer (0,43 ist größer als 0,29), der damit der zehnte Regierungssitz zugerechnet wird.“* (Maines 2023; TGR 2023).

Marco Galateo, Vertreter von FdI, hatte sich auf die Gutachten von Rechtsanwalt Luca Crisafulli sowie des ehemaligen Landtagspräsidenten Roberto Bizzo gestützt, die zum Schluss kamen, dass bei einer Landesregierung mit elf Mitgliedern zwei italienische Landesräte darin Platz haben (Gavazzi 2023).

Angesichts unterschiedlicher Rechtsauffassungen beauftragte der Landtagspräsident Josef Nogglar die Staatsadvokatur von Trient mit einem weiteren Gutachten.

Der beauftragte Staatsadvokat Guido Denicolò brachte in der Einleitung seine „erheblichen Bedenken“ hinsichtlich der Korrektheit des vom Rechtsamte des Landtags angewandten Auslegungsverfahrens in Bezug auf Artikel 67 des Wahlgesetzes (LG Nr. 14/2017) zum Ausdruck. Sowohl Artikel 50 Abs. 2 des Autonomiestatuts als auch Artikel 67 Absätze 3 und 5 des Wahlgesetzes würden eindeutig auf die Stärke der Sprachgruppen „im Landtag“ Bezug nehmen und somit auf die 35 Abgeordneten. Das gehe auch klar aus Artikel 67 Absatz 5 des Wahlgesetzes hervor, wo im Falle eines ladinischen Landesrates festgesetzt sei: „Im Falle der Vertretung der ladinischen Sprachgruppe in der Landesregierung stehen die restlichen zu vergebenden Regierungämter den anderen Sprachgruppen im Verhältnis zu deren zahlenmäßigen Stärke im Landtag zu.“ „*In claris non fit interpretatio*“ schreibt dazu der Gutachter Guido Denicolò und demontiert die nach seiner Auffassung irriige Annahme, dass es zahlenmäßig um das Verhältnis der deutschen Sprachgruppe zur italienischen gehe, wo hingegen laut Wahlgesetz der gesamte Landtag als Bezugsgröße zu berücksichtigen sei. Der vom Gutachten des Landtages vorgenommenen Abzug des ladinischen Abgeordneten von der Gesamtzahl der Landtagsabgeordneten finde keine gesetzliche Grundlage. Es gehe somit um den „absoluten“ Proporz im Landtag und nicht um den „relativen“ zwischen der deutschen und italienischen Sprachgruppe.

Der Landtag übernahm die Rechtsmeinung der Staatsadvokatur, womit bei einer Regierung aus elf Mitgliedern der italienischen Sprachgruppe zwei Landesräte/Landesrätinnen zustehen (Denicolò 2023).

### 3.4 Beschränkungen aus dem Parteiensystem

Beschränkungen aus dem Parteiensystem beziehen sich auf Parteien, die aus irgendeinem Grunde von Koalitionsverhandlungen ausgeschlossen bleiben, etwa aus ideologischen oder aus Gründen von Inkompatibilitäten hinsichtlich Politikfeldern.

Neben den bereits dargestellten ideologischen Positionierungen der einzelnen Parteien im Südtiroler Landtag (siehe Tab. 2), gibt es noch weitere relevante Beschränkungen. Das betrifft parallel zur Ideologie die Autonomie bzw. die Sezession, das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen, die Umwelt und Nachhaltigkeit, die (*No*)-*Vax*-Dimension sowie die weitere Integration Europas. Es sind dies Punkte, an denen neben der ideologischen Nähe oder Distanz unter den Parteien die Kompatibilität der SVP mit den anderen Parteien gemessen werden kann.

Die Südtiroler Volkspartei ist eine Autonomiepartei. Obwohl das Selbstbestimmungsrecht in ihrem Parteiprogramm verankert ist, hat sich die SVP für die innere Selbstbestimmung entschieden und seit Verabschiedung des Ersten Autonomiestatuts nie mehr die Sezession von Italien aktiv verfolgt, sieht man von einzelnen Exponenten der Volkspartei ab (Pallaver 2021). Nicht alle Parteien im Landtag vertreten dieselbe Position. Die Süd-Tiroler Freiheit und JWA sind Parteien, welche die Sezession von Italien verfolgen. Die Freiheitlichen sind ambivalent, weil sie eine Sezession nicht ausschließen, aber nur im Konsens aller drei Sprachgruppen. Alle anderen Parteien sind in der Autonomiepolitik verankert, auch wenn es extensivere (z. B. PD) bzw. restriktivere Sichtweisen gibt (z. B. Fratelli d'Italia).

Für das friedliche Zusammenleben sprechen sich alle Parteien aus. Diese Forderung ist in der Zwischenzeit zu einer Leerformel geworden, wenn man etwa bedenkt, dass beispielsweise die Süd-Tiroler Freiheit, FdI oder die Lega mit ihrer diskriminierenden Politik des Ausschlusses ebenfalls für das friedliche Zusammenleben sind. JWA hat während des Wahlkampfes wie die Alternative für Deutschland (AfD) oder die FPÖ in Österreich sogar eine „Remigration“ gefordert (Pallaver 2024).

Beim Thema Zusammenleben wurde in der Vergangenheit immer nur an die drei im Autonomiestatut vorgesehenen Sprachgruppen gedacht. Hier wird dieses Themenfeld auf die „Bürger/-innen mit Migrationshintergrund ausgeweitet, die in Südtirol immerhin rund 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Zusammenleben kann im Sinne der ethnischen Trennung oder der Integration verstanden werden bis hin zur Marginalisierung der migrantischen Bevölkerung. Unter diesen Aspekten nehmen die Parteien STF, FdI, JWA, dF und die Lega eine ambivalente Haltung ein.

Neben der Autonomie als eine zentrale *policy* gibt es weitere Themenfelder, die sich zum Teil relativ entfernt gegenüberstehen. Das betrifft Themenfelder wie etwa die zweisprachige Schule oder die Toponomastik, die während des Wahlkampfes eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Weit relevanter war das Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit, zumal die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode eine neue Klimastrategie startete und erklärte, im Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen zu wollen. 2023 wurde der KlimaPlan Südtirol 2040 beschlossen (Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2023).

In diesem Politikfeld erhöht sich die Distanz unter den Parteien bereits erheblich. Zu den im KlimaPlan Südtirol 2040 festgelegten Zielen bekennen sich die SVP (auch wenn es innerhalb der Partei von einigen Richtungen Vorbehalte gibt, wie etwa von den Landwirten), das Team K, die Grünen, der PD, La Civica und Vita. Eine ambivalente Position nehmen FdI, JWA, dF, FSW und die Lega ein. Keine Partei kann sich heute leisten, Umweltschutz und Nachhaltigkeit abzulehnen, aber es werden Vorbehalte angemeldet, die im Wesentlichen in zwei Punkten zusammengefasst werden können: die Landesregierung wolle (im Schlepptau der Europäischen Union) die Maßnahmen zu schnell und zu radikal umsetzen; Umweltschutz und Nachhaltigkeit dürften nicht zu Lasten der sozialen Absicherung der Bevölkerung gehen.

Eine neue Dimension stellt die Haltung gegenüber den Maßnahmen dar, die während der Covid-Pandemie ergriffen worden waren. Zwei Parteien, nämlich Vita und JWA gelten als explizite Impfgegner (hier vereinfacht als No-Vax Parteien bezeichnet), die in dieser Hinsicht diametral zur SVP stehen. Eine ambivalente Haltung mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Argumenten nehmen die STF, die Lega und FdI ein. So ist beispielsweise die Abgeordnete Anna Scarafoni, die für FdI in den Landtag gezogen ist, eine deklarierte Leugnerin des Klimawandels und eine genauso explizite no-vax Befürworterin (van Gerven 2023).

Das Thema Europa gilt in der Zwischenzeit als relevantes *cleavage* unter den Parteien. Die SVP ist seit jeher eine pro-europäische Partei, die den supranationalen Charakter der Union und die weitere Integration Europas befürwortet. Für eine intergouvernementale Union mit Hervorhebung des Nationalstaates, somit für einen Rückzug aus Europa, sind die Lega, FdI und Vita. JWA die Freiheitlichen nehmen gegenüber der europäischen Integration eine etwas ambivalente Haltung ein.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es bei dieser Zuordnung auch Grauzonen gibt, zumal sich nicht alle Parteien zu allen Politikfeldern klar positionieren.

Wenn wir einen Blick auf Tabelle 3 werfen, so sehen wir, welche Parteien kompatible bzw. inkompatible Positionen mit der Südtiroler Volkspartei aufweisen.

**Tab. 3: Koalitionsoptionen**

Parteien	Autonomie	Friedliches Zusammenleben	Umweltschutz/ Nachhaltigkeit	Impfung	Europa/ Integration
SVP	ja	ja	ja	ja	ja
Team K	ja	ja	ja	ja	ja
STF	Sezession	ambivalent	ja	ambivalent	ja
Verdi Grüne Vöerc	ja	ja	ja	ja	ja
Fdl	ja	ambivalent	ambivalent	ambivalent	nein
JWA	Sezession	nein	ambivalent	nein	ambivalent
dF	ja	ambivalent	ambivalent	ja	ambivalent
PD	ja	ja	ja	ja	ja
FSW	ja	ja	ambivalent	ja	ja
Lega	ja	ambivalent	ambivalent	ambivalent	nein
La Civica	ja	ja	ja	ja	ja
Vita	ja	ja	ja	nein	nein

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Politische Schnittmengen weisen demnach folgende Parteien auf: Team K, Grüne (auch wenn mit Spannungen beim Thema Umweltschutz/Nachhaltigkeit oder zweisprachige Schule), PD, FSW, La Civica.

Von einer Koalition mit der Südtiroler Volkspartei sind durch *policy*-Inkompatibilitäten tendenziell ausgeschlossen: Die Süd-Tiroler Freiheit und JWA sind Sezessionsparteien, JWA ist zusätzliche eine *No-Vax* Partei, Fratelli d'Italia weist ideologisch und aus historischen Gründen (Faschismus), aber auch im Verhältnis zu Europa eine große politische Distanz zur SVP auf. Die Lega ist ideologisch, aber vor allem in der Haltung zu Europa von der SVP sehr weit entfernt. Vita ist eine *No-Vax*-Partei und gegen die europäische Integration. Die Freiheitlichen sind in den Politikfeldern Autonomie, Umweltschutz/Nachhaltigkeit und Covid-Maßnahmen mitunter ambivalent. Das bedeutet, dass die Freiheitlichen in zu vielen Politikfeldern von der SVP entfernt sind.

## 4. Der Weg zur Koalition

### 4.1 Sondierungsgespräche

Zwei Tage nach der Landtagswahl erklärte Landeshauptmann Arno Kompatscher, mit den Sondierungsgesprächen zur Bildung der neuen Landesregierung erst nach Allerheiligen beginnen zu wollen. Am selben Tag hieß es aber bereits unter SVP-Exponenten und Exponentinnen, man habe zwar „Bauchweh mit den Fratelli“, die Alternative sei sonst aber „4 Jahre als Tourist in Rom“ (Dolomiten, 25.10.2023, 3). Das erste Diskussionsthema zur Koalition betraf eine Woche nach den Wahlen aber die sprachgruppenbedingte Zusammensetzung der Landesregierung (zu diesem Thema siehe das Kapitel 3.3.).

Am 13. November trat der neue Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, am Nachmittag führte die SVP erste Sondierungsgespräche. Noch vor Beginn der Sondierungsgespräche informierte Landeshauptmann Kompatscher den österreichischen Bundespräsidenten Alexander van der Bellen und den Außenminister Alexander Schallenberg über die politische Lage in Südtirol nach den Wahlen. Es brauche eine „stabile Regierungsmehrheit“, betonte Arno Kompatscher, auch um die Wiederherstellung von autonomen Gestaltungsmöglichkeiten im Geiste der Streitbeilegung von 1992 zu erreichen. Es sei wichtig, den eingeschlagenen Weg zur Wiederherstellung der Autonomie mit vereinten Kräften weiter zu gehen“ (Dolomiten 2023a). Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich der Vorrang der Autonomie bei den Koalitionsoptionen ab. Außenminister Schallenberg sollte drei Monate später erklären, Fratelli d’Italia in die Koalition genommen zu haben, sei eine „kluge Entscheidung“ gewesen (Dolomiten 2024g).

Die italienischen Parteien, schlossen eine Koalition mit der STF aus, das Team K eine solche mit Fratelli d’Italia (Dolomiten 2023b), das zudem zwei Landesräte/Landesrätinnen einforderte. Eine Konstante bildete die enge Zusammenarbeit zwischen FdI und Lega. Die beiden Parteien traten von Anfang an immer zusammen im Tandem auf, von den ersten Sondierungsgesprächen bis hin zur personellen Besetzung der Landesregierung. Der Versuch der Volkspartei, die beiden römischen Koalitionspartner auf Landesebene auseinander zu dividieren, schlug bei allen Anläufen fehl. Obgleich die Lega gegenüber den Fratelli d’Italia die schwächere Partei war, betonte deren Exponent Marco Galateo bei jeder Gelegenheit, dass es eine Regierung mit beiden Parteien geben werde oder keine der beiden Parteien werde sich an der Regierung beteiligen. Dieser politische Schulterchluss hat die Dynamiken bei

den Koalitionsverhandlungen stark beeinflusst und die Optionen der SVP beträchtlich eingeschränkt.

Auf der Suche nach einem deutschen Koalitionspartner boten sich vor allem die Freiheitlichen und das Team K an, welches das Veto gegen FdI zwischendurch fallen gelassen hatte. Thomas Widmann wiederum wollte die Regierung unterstützen, wenn er eingebunden werde. Lediglich JWA wollte als einziger nicht in die Regierung (Dolomiten 2023c). Allerdings sahen PD und Grüne bereits nach dem ersten Sondierungsgespräch wenig Chancen für eine Regierungsbeteiligung (Dolomiten 2023d). Und tatsächlich erklärte der Landeshauptmann, dass die STF, JWA, Vita und auch die Grünen wegen ihres Vetos gegen FdI wohl nicht für eine Koalition in Frage kämen (Dolomiten 2023e). Einige Tage später erklärte das Team K definitiv, mit Lega und FdI in keine Koalition treten zu wollen. Eine sozial-liberale Wende mit den Fratelli könne man sich nicht vorstellen (Dolomiten 2023f; 2023g). Damit waren die Würfel schon gefallen. Als die Staatsadvokatur definitiv die Frage des zweiten italienischen Landesrates geklärt hatte, entschied der SVP-Parteiausschuss am 2. Dezember Koalitionsverhandlungen mit den FdI, der Lega, den Freiheitlichen und La Civica aufzunehmen. Die Entscheidung fiel mit 41 zu 17 Stimmen und einer Enthaltung recht klar aus.

Die Argumente für eine Koalition mit einer Partei, die den Faschismus nicht verurteilen will, betrafen in erster Linie die Rückführung von autonomen Kompetenzen. Deshalb wolle man in Rom nicht im Abseits stehen. Für eine Koalition mit den Freiheitlichen und nicht mit dem Team K sprachen sich 42 Mitglieder des SVP-Ausschusses aus, 17 waren dafür (Dolomiten 2023h).

## 4.2 Koalitionsverhandlungen

Am 4. Dezember wurden unter den fünf Parteien Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Als unsichtbarer Partner am Verhandlungstisch befand sich Ministerpräsident (auf ihren Wunsch hin nicht Präsidentin) Giorgia Meloni. Die SVP sprach offen davon, dass Rom die versprochene Rückführung der Kompetenzen garantieren müsse, andernfalls würde es nicht zu einem Abschluss der Verhandlungen kommen. Um in Ruhe verhandeln zu können, beschlossen die Vertreter/-innen der Parteien, nur über gemeinsame Pressemitteilungen nach außen zu kommunizieren (Dolomiten 2023i).

Für die Verhandlungen, die am 11. Dezember begannen, wurden sechs Tische eingerichtet: Autonomie/Europa; Wohnbau/Sanität/Soziales/Senioren; Wirtschaft/Landwirtschaft; Wohnbau/Urbanistik; Bildung/Kultur/Jugend; Gemeinden/Mobilität/Umwelt/Energie (Dolomiten 2023j). Das Thema Sicherheit, besonders von den

Freiheitlichen eingefordert, erhielt keinen eigenen Arbeitstisch, sondern wurde dem Thema Autonomie zugeordnet (Dolomiten 2023k). Insgesamt nahmen an den Verhandlungen rund 70 Parteienvertreter/-innen teil.

Für den 28. Dezember hatte die SVP die Mitglieder des SVP-Ausschusses, die Ortsobleute und ihre Bürgermeister/-innen zur Beurteilung des bisherigen Verhandlungsergebnisses in der Gemeinde Nals versammelt. Diese gaben den Mitgliedern der Verhandlungsdelegationen den Auftrag, im Koalitionsprogramm Inhalte, Werte und Prinzipien der SVP deutlich sichtbar zu machen (Dolomiten 2023l). Altlandeshauptmann Luis Durnwalder erklärte, er würde der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni vertrauen (Dolomiten 2023m).

Trotz des angepeilten Ziels, das Koalitionspaket bis Weihnachten abzuschließen, wurde die Verabschiedung wegen einiger komplexer Materien wie etwa Migration, Integration, Sicherheit und Gewaltprävention in den Jänner verschoben (Dolomiten 2023n; Dolomiten 2023o). Aber auch im Jänner gab es noch eine Reihe von Sitzungen, um zu einem inhaltlichen Konsens zu kommen. Auch fehlte es nicht an Spannungen, etwa zwischen den Freiheitlichen und dem Landeshauptmann. Kontroverse Themen betrafen unter anderem die Autonomie oder die Präambel der Koalitionsvereinbarung (Dolomiten 2023p). Der definitive Text lag zum ersten Wochenende im neuen Jahr 2024 vor (Dolomiten 2023q), aber die Freiheitlichen wollten noch Nachbesserungen (Dolomiten 2023p; Dolomiten 2023q). Am 10. Jänner wurde das Koalitionsprogramm von den fünf Koalitionspartnern unterzeichnet (Dolomiten 2023r). Arno Kompatscher wurde dann am 18. Jänner 2024 mit 19 von 35 Stimmen erneut in seiner Funktion als Landeshauptmann gewählt (Dolomiten 2023s). Am Donnerstag, 1. Februar wurde auch die Landesregierung gewählt. Die fünf Koalitionsparteien stimmten mit ihrem Stimmenpaket von 19 Stimmen für die neue Landesregierung. Allerdings erklärte der Freiheitliche Andreas Leiter Reber nachträglich, er habe sich eigentlich der Stimme enthalten wollen, sodass das Ergebnis auf 18 Stimmen und die knappste denkbare Mehrheit korrigiert wurde (Dolomiten 2023t).

#### 4.3 Vorbehalte, Appelle, Proteste

Gegen eine Koalition mit den Fratelli d'Italia, die bislang als antagonistische Partei zur SVP schlechthin gegolten hatte, gab es vereinzelte Vorbehalte auch innerhalb der Volkspartei. Dagegen argumentierten Teile des Burggrafenamtes, des Arbeitnehmer/-innenflügels, Merans Vizebürgermeisterin Katharina Zeller, der Bürgermeister von Schlanders Dieter Pinggera und der Bezirksobmann des Unterlandes

Norbert Mayr. Die ehemaligen Obmänner der SVP, Siegfried Brugger und Richard Theiner, bezeichneten die Entscheidung als bedenklich (Constantini 2023).

Weit schärfer im Ton waren die Vertreter/-innen der konservativen „Plattform Heimat“ innerhalb der SVP. In einem Brief an den Parteiausschuss verurteilte die Plattform die Entscheidung für Koalitionsverhandlungen mit den italienischen Rechtsparteien. Täglich würden sie Rücktrittsbekundungen erreichen, zumal diese Koalitionspartner „öffentlich auf besagte Menschenrechte pfeifen, eindeutig dem Faschismus huldigen und sich einen ... Dreck um unsere Minderheiten scheren.“ Den Brief hatte auch der Landtagsabgeordnete Harald Stauder unterzeichnet, den die SVP-Fraktion später zu ihrem Vorsitzenden wählte (Franceschini 2023; TGR 2023a).

Auf diesen Brief reagierten die SVP-Altmandatäre und Altmandatarinnen. Ihr Sprecher Franz Pahl billigte die Rechtskoalition. Das „christlich-humanistische Weltbild der SVP“ würde dadurch nicht in Frage gestellt. Die Meloni-Regierung habe keine unfreundlichen Akte gegen die Autonomie gesetzt und keine Menschenrechte juristisch in Frage gestellt. Bei der Koalitionsbildung gehe es um das Primärziel der Sicherung der Autonomie (stol 2023a). Der Brief rief die Reaktion der beiden ehemaligen SVP-Landesrätinnen Martha Stocker und Sabina Kasslatter-Mur nach sich. „Wir nehmen die SVP-Entscheidung zu Koalitionsverhandlungen zur Kenntnis, sind aber in keiner Weise mit der vorausseilenden Verharmlosung der Fratelli d’Italia einverstanden.“ Dabei ergänzten sie aber, man müsse alles versuchen, „das Beste für unser Land zu tun, zu erreichen und umzusetzen“ (Neue Südtiroler Tageszeitung 2023).

Aufsehen erregten der Brixner Ex-Bürgermeister und ehemalige, langjährige Vorsitzende der SVP-Arbeitnehmer/-innen, Albert Pürgstaller, wie auch der LGBTQIA-Aktivist Andreas Unterkircher und der ehemalige SVP-Fraktionssprecher im Bozner Gemeinderat, Sebastian Seehauser, die wegen der sich anbahnenden Koalition mit den Fratelli d’Italia aus der SVP austraten (Constantini 2023a). Fratelli d’Italia, so Albert Pürgstaller, vertrete Werte, die nicht mit den Menschenrechten vereinbar seien (stol 2023b).

Noch nie hatte es aber bei Verhandlungen zu einer Südtiroler Landesregierung Proteste auf der Straße gegeben. Die Bewegung „no excuses“ organisierte drei Protestmärsche (6., 14., 23. Dezember), an denen zwischen 500 und tausend Personen teilnahmen. *No excuses* versteht sich als Bewegung der Zivilgesellschaft mit vielen Menschen, die bisher nicht aktiv waren. Unterstützt wurde die Initiative durch Organisationen wie *Fridays For Future*, *Scientists For Future*, *Climate Action South Tyrol*, Frauenmarsch und Omas gegen rechts. Die Bewegung argumentierte, eine Koalition mit Parteien einzugehen, die Wissenschafts-Leugnenden ein Zuhause bie-

ten, sei absolut grotesk. Wenn homophobe, antifeministische und rassistische Aussagen fallen, dann sei dies zu verurteilen. Bei FdI würden noch nationalistische, post- und neofaschistische Ausrichtungen dazukommen. Im Gegensatz dazu sei die Zivilgesellschaft bereit, sich für Demokratie, Menschenrechte, Europa, für Solidarität und Gleichheit, für die Bekämpfung der Klimakrise einzusetzen (Luther 2023). Marco Galateo, Landtagsabgeordneter von Fratelli d'Italia, drohte daraufhin allen mit einer Anzeige, die Mitglieder der FdI als Rassisten, Faschisten und Postfaschisten bezeichnen würden (bgs.news 2023a)

Neben diesen Protestmärschen appellierte eine Reihe von Berufszweigen, kulturellen Organisationen und sozialen Kategorien gegen die geplante Rechts-Mitte-Regierung. Am 10. Dezember wurde ein offener Brief an den Landeshauptmann und die Entscheidungsträger/-innen in der Südtiroler Volkspartei veröffentlicht, der von 195 Südtiroler Kunst- und Kulturschaffenden unterzeichnet wurde. Diese äußerten ihre Besorgnis, dass die SVP in Koalitionsverhandlungen mit als rechtsextrem eingestuften Parteien trete. „Unsere Autonomie und ihr Ausbau ist auch uns wichtig,“ schrieben die Unterzeichner/-innen, „aber sie darf nicht mit Zugeständnissen an die klar ersichtlichen Agenden der Rechtspopulist/-innen erkaufte werden“ (SALTO 2023).

Mitte Dezember folgte ein weiterer Appell, der von 222 Südtiroler Wissenschaftler/-innen und solchen, die in Südtirol arbeiten, unterzeichnet wurde. Mit ihrem Vorhaben „öffnet die SVP (ultra)rechten Parteien das Tor zur Regierungsbeteiligung“ (Franceschini 2023a). Es folgte ein Appell der Vereinigung der Südtiroler Biologinnen und Biologen, die vor Parteien warnten, welche die Errungenschaften der Wissenschaft leugneten.

2.300 Frauen vom Frauennetzwerk SUSI (Südtirols *Sisters*) zeigten in einem offenen Brief ihre Enttäuschung über die Koalitionsverhandlungen der SVP mit den deutschen und italienischen Rechtsparteien:

*„Wir sind Frauen, wir sind Mütter, wir sind Töchter, wir sind Schwestern und wir sind wütend. (...) Eine Koalition mit Parteien, die in wesentlichen Stücken diskriminierend, reaktionär, antifeministisch, queerfeindlich und populistisch agieren, bedeutet nicht nur einen Rückschritt für die Frauenrechte, sondern schwächt noch mehr das gesamte soziale Gefüge und hat keine Antworten auf die aktuell drängenden gesellschaftlichen Fragen“ (TGR 2023b).*

Auch die Partisanenvereinigung ANPI äußerte sich in einem offenen Brief an Landeshauptmann Arno Kompatscher zu den Koalitionsverhandlungen:

*„... wir können nicht verschweigen, dass die derzeitigen Verhandlungen, die Sie über den künftigen Provinzrat (= Landesregierung, GP) führen, ernsthaft die Gefahr bergen, grundlegende Werte in Frage zu stellen, die die Rechte und die Würde der Menschen, den Pluralismus und die Substanz der Autonomie und des Zusammenlebens betreffen“ (bgs.news 2023).*

Weiters wurde kritisiert, dass die Reform der Südtiroler Autonomie zu wenig transparent ablaufen würde.

Weitere Organisationen äußerten ihre Sorgen und Vorbehalte wie etwa die Allianz für Familie oder *Climate Action South Tyrol*. Am Tag der vorgesehenen Wahl der Landesregierung (31. Jänner mit Verschiebung auf den 1. Februar) wurde vor dem Landtag ein sieben-stündiger „*Speakers’ Corner*“ organisiert, bei dem im Zeittakt von rund einer viertel Stunde Bürger und Bürgerinnen aller Altersklassen, Berufszweigen und Sprachgruppen ihre Vorbehalte und ihren Unmut zur neuen Landesregierung zum Ausdruck brachten (Speakers’ Corner 2024).

## **5. Argumente für den „Pakt mit dem Teufel“**

Bei der Entscheidung, eine Koalition mit den Rechts-Mitte-Parteien FdI, Lega und Freiheitlichen einzugehen, ergänzt durch die Bürgerliste der politischen Mitte, La Civica, wurden im Wesentlichen drei Argumente vorgebracht: Wiederherstellung und Ausbau der Autonomie; Vorteile bei einer Landesregierung mit Parteien, die auch in Rom an der Regierung sind; die italienischen Wähler/-innen haben mehrheitlich italienische Rechtsparteien gewählt.

— i. *Autonomie*: Der Hauptgrund für das Zweckbündnis mit rechten Parteien ist die Autonomie. Sie bildet die Grundlage für den Schutz und die Entwicklung der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit innerhalb einer Territorialautonomie. Seit der im Jahr 2001 erfolgten, aber unausgegorenen Reform des Abschnitts V der italienischen Verfassung, hat der Verfassungsgerichtshof immer wieder Entscheidungen zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Staat und Regionen gefällt. Diese haben vor allem damit zu tun, dass alle italienischen Regionen seit der Reform von 2001 immer wieder Zuständigkeiten in Anspruch nehmen, welchen diesen verfassungs- und statutenrechtlich gar nicht zustehen. Dadurch kommt es zwangsläufig immer wieder zu Konflikten vor dem Verfassungsgerichtshof.

Anfechtungen und Entscheidungen gegenüber Südtirol halten sich seit 2001 weitgehend die Waage (vgl. Cherchi/Paris 2019). Die Südtiroler Landesregierung weist

in diesem Zusammenhang aber immer wieder darauf hin, dass der Verfassungsgerichtshof den Rahmen und Spielraum der autonomen Gesetzgebung und Verwaltung zunehmend einschränke. Deshalb, so das Programm der neuen Landesregierung, sei es unerlässlich, „das Autonomiestatut mittels Verfassungsgesetz an die neue Situation anzupassen und auf diese Weise den ursprünglichen Gesetzgebungsspielraum wieder herzustellen“ (Südtiroler Landesregierung 2024, 10).

Politischer Ausgangspunkt ist die Erklärung von Ministerpräsident Giorgia Meloni anlässlich ihrer Regierungserklärung vom 25. Oktober 2022, bei der sie ankündigte, die Autonomiestandards, die 1992 zur Streitbeendigungserklärung vor der UNO geführt haben, wieder herstellen zu wollen (ebda). Grundlage dafür bildet der Reformvorschlag für die Regionen mit Sonderstatut (Trentino-Südtirol, Friaul-Julisch-Venetien, Aostatal, Sardinien, aber ohne Sizilien), der von Landeshauptmann Arno Kompatscher am 3. Oktober 2023 bei der außerordentlichen Staat-Regionen-Konferenz in seiner Funktion als Koordinator der Regionen und Provinzen mit Sonderstatut an Ministerpräsidentin Meloni im Rahmen des Festivals „Italien der Regionen“ in Turin übergeben worden war. Für Änderungen des Autonomiestatuts sieht der Entwurf nicht mehr nur eine bloße Stellungnahme von Regionalrat und Landtag vor, sondern deren Zustimmung (TGR 2023c).

Am 23. November 2023 antwortete die Ministerpräsidentin auf eine parlamentarische Anfrage, sie beabsichtige die Eröffnung bilateraler Gesprächsrunden mit jeder der vier Regionen mit Sonderstatut und den autonomen Provinzen Trient und Bozen zu fördern. Dabei erinnerte sie, dass für die Regionen mit Sonderstatut und für die autonomen Provinzen Trient und Bozen die Meistbegünstigungsklausel gemäß Art. 10 des Verfassungsgesetzes Nr. 3 von 2001 gelte, und zwar auf der Grundlage der Auslegung, die das Verfassungsgericht in den letzten Jahren vorgenommen habe (Südtiroler Landesregierung 2024, 11).

Am 20. Dezember 2023 fand in Rom das von Ministerpräsidentin Meloni zugesicherte erste bilaterale Treffen zwischen dem zuständigen Regionenminister Roberto Calderoli und den Vertretern der beiden autonomen Provinzen Bozen und Trient im Beisein der Präsidenten der paritätischen Kommissionen statt. Dabei wurde ein bilateraler Arbeitstisch (Staat – Autonome Provinzen/Region) zur Verhandlung und Erstellung des entsprechenden Verfassungsgesetzesentwurfs eingerichtet. Am Text wird bereits gefeilt (Disegno di legge costituzionale 2023). Weiters wurde vereinbart, die Arbeiten innerhalb Juni 2024 mit der Übergabe des Textes zur Beschlussfassung an die Regierung abzuschließen (Dolomiten 2023u). Experten gehen davon aus, dass die Absicherung der Autonomie ein längerer Prozess wird (TGR 2023d).

— ii. *Römische Regierung*: Um die Autonomiereform durchsetzen zu können, sei es von Vorteil, mit zwei Parteien zu regieren, die auch in Rom an der Macht sind, argumentierte Kompatscher, um die Koalition mit den beiden rechten Parteien FdI und Lega zu legitimieren (Rheinische Post 2023). Damit wurde auch im Parteiausschuss argumentiert, als es darum ging, eine Entscheidung über eine Mitte-links oder Mitte-rechts Koalition zu treffen.

Einer empirischen Überprüfung hält dieses Argument allerdings nicht stand. Auch mit römischen Regierungen anderen Couleurs als in Bozen sind in der Vergangenheit in Sachen Autonomie bedeutende Erfolge erzielt worden. Exemplarisch sei auf das wichtige „Mailänder Abkommen“ unter Landeshauptmann Luis Durnwalder aus dem Jahre 2009 verwiesen. Es sicherte Südtirol 90 Prozent der im Land eingenommenen Steuern zu. Dafür übernahm das Land weitere Aufgaben. 2014 führte ein Abkommen unter Landeshauptmann Arno Kompatscher zu noch mehr Planungssicherheit. Es legte u.a. eine Fixbeteiligung Südtirols an der Staatsverschuldung und eine überstaatliche Absicherung durch Österreich fest (Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2024). 2009 gab es in Südtirol eine Mitte-links Regierung, in Rom eine Mitte-rechts-Regierung unter Silvio Berlusconi. 2014 gab es in Südtirol eine Mitte-links Regierung gleich wie in Rom.

Bis 1993, dem Beginn der sog. Zweiten Republik, gab es in Bozen und Rom immer einen parteipolitischen Gleichklang, weil die alles dominierende Democrazia Cristiana (DC) sowohl in Rom als auch in Bozen (bis auf das Wahljahr 1988) immer die erste Geige spielte, bis sie implodierte und verschwand. Bis auf 2019 mit der Landesregierung aus SVP und Lega hatte es in Südtirol immer Mitte-Links-Regierungen gegeben, bestehend aus SVP sowie Nachfolgeparteien der DC und des PCI (heute Partito democratico/Demokratische Partei).

Landeshauptmann Luis Durnwalder bildete 1994, 1999, 2003 und 2008 eine Landesregierung mit Mitte-links Parteien, als es in Rom eine technische (1994 Ciampi) und eine Mitte-Links-Regierung gab (1999 D’Alema), zweimal eine Mitte-Rechtsregierung (2003 Berlusconi II; 2008 Berlusconi IV). Durnwalders Nachfolger Arno Kompatscher bildete 2014 seine erste Regierung, als in Rom Enrico Letta mit einer Mitte-Links-Koalition regierte. Fünf Jahre später regierte 2019 in Rom Giuseppe Conte mit seiner 5 Sterne Bewegung und der Lega, in Bozen hatte die SVP mit der Lega einen politischen Pakt geschlossen. Von sechs Koalitionen in Bozen entsprachen nur vier den Koalitionen in Rom, zweimal gab es ein asymmetrisches politisches Verhältnis.

Allerdings darf man nicht am Tag der Regierungsbildung stehen bleiben. Während in Südtirol bislang die Koalitionen immer die gesamte Legislaturperiode gehalten

haben, ist dies in Italien nicht der Fall. Und so kommt es, dass Südtirols Landesregierung zwar mit einer bestimmten Koalition in Rom beginnt, im Laufe der Legislaturperiode aber immer wieder mit anderen Regierungen in Rom konfrontiert ist.

So hat Luis Durnwalder 1994 mit Carlo Azeglio Ciampi begonnen, während seiner Legislaturperiode aber auch die Regierungen Berlusconi I, Dini und Prodi I erlebt. Zwei technische Regierungen (Ciampi, Dini) eine Mitte-Links-Regierung (Prodi I), eine Mitte-Rechts-Regierung (Berlusconi I).

1999 begann Luis Durnwalder mit der Mitte-Links-Regierung D'Alema I, es folgten weitere drei Mitte-Links-Regierungen (D'Alema II, Amato II, Prodi II) unterbrochen von Berlusconi II. Seine letzte Regierungsperiode begann Luis Durnwalder 2008 mit Berlusconi IV, der dann vom Techniker Mario Monti abgelöst wurde.

Arno Kompatscher begann seine Karriere als Landeshauptmann mit den Mitte-Links-Regierungen Enrico Letta, dem die Regierungen Renzi und Gentiloni folgten. 2019 begann er mit der Mitte-rechts-Regierung Conte I (tragende Parteien waren die 5 Stelle und die Lega), dann folgte Conte II (die 5 Stelle tauschten die Lega mit dem PD aus), die technische Regierung von Mario Draghi und zuletzt die Rechts-Mitte-Koalition von Giorgia Meloni.

Wie man sieht, bleibt von einer Kontinuität zwischen den Regierungskoalitionen in Bozen und Rom wenig übrig. Die weit wichtigere Frage ist allerdings, mit welchen Regierungen autonomiepolitisch etwas weitergegangen ist.

Mit Beginn der Zweiten Republik 1993 gab es vier technische Regierungen (Ciampi; Dini; Monti; Draghi), sechs Mitte-Rechts-Regierungen (Berlusconi I, II, III, IV; Conte I; Meloni) und neun Mitte-Links-Regierungen (Prodi I; D'Alema I, II; Amato II; Prodi II; Letta; Renzi; Gentiloni; Conte II). Die technischen Regierungen haben rund 5,6 Jahre regiert und 13 Durchführungsbestimmungen erlassen. Das heißt, rund alle fünf Monate ist eine Durchführungsbestimmung verabschiedet worden.

Das Mitte-rechts-Lager hat einschließlich der Regierung Meloni bis zum 30. November 2023 insgesamt knapp 11,7 Jahre regiert. In dieser Zeit sind 34 Durchführungsbestimmungen verabschiedet worden, alle 4,1 Monate eine. Die Mitte-links-Regierungen haben 13,8 Jahre regiert und 62 Durchführungsbestimmungen verabschiedet, alle 2,7 Monate eine. So gesehen waren die Mitte-links-Regierungen Südtirol gegenüber bereiter für Zugeständnisse als die Mitte-Rechts-Regierungen.

All diese Durchführungsbestimmungen sind zu 11,9 Prozent von technischen Regierungen, 56,9 Prozent von Regierungen in Rom mit derselben politischen Orientierung auch in Bozen verabschiedet worden, somit mehrheitlich von Mitte-links Regierungen. 31,2 Prozent von Regierungen, die in Bozen keine eigenen Ansprechpartner in der Landesregierung hatten (Pallaver 2023).

— *iii. Wählerwille der Italiener/-innen:* Immer wieder wurde argumentiert, eine Koalition mit den rechten Parteien ergebe sich zwangsläufig durch das Wahlverhalten der Italiener/-innen, die mehrheitlich rechte Parteien gewählt hätten. Im Landtag sind fünf italienische Parteien vertreten: PD (Mitte links, ein Mandat), La Civica (Zentrum, ein Mandat), Lega (rechts, ein Mandat) und Fratelli d'Italia (rechts, zwei Mandate). Drei Mandate von rechten stehen zwei gegenüber, die im Zentrum und im Mitte-links-Lager stehen.

Summiert man allerdings alle italienischen Stimmen, auch jene, die beispielsweise die SVP gewählt haben, kommt es im Wesentlichen zu einer Pattsituation. Stärkste italienische Partei sind die Fratelli d'Italia (28 Prozent der italienischen Stimmen), es folgen PD, Lega, La Civica. Entgegen des medialen und politischen Narrativs, die italienische Sprachgruppe in Südtirol sei politisch mehrheitlich nach rechts orientiert, entfallen auf die vier italienischen Rechtsparteien Fratelli d'Italia, Lega, Forza Italia und Centro Destra (als Abspaltung der Lega), in etwa die Hälfte aller „italienischen“ Stimmen. Die andere Hälfte geht an Mitte-links (PD, Civica, Grüne, Movimento 5 Stelle) oder an „deutsche“ Parteien (SVP, Team K, Liste Widmann) bzw. an Vita. Im Gegensatz zu den Landtagswahlen 2023 gab es 2018 noch eine klare Mehrheit für rechte italienische Parteien (57 Prozent) (vgl. Atz 2023).

## 6. Präambel und Programm

Das Regierungsprogramm wurde vom 100köpfigen Parteiausschuss der Südtiroler Volkspartei einstimmig mit einer Enthaltung am 8. Jänner 2024 angenommen (Dolomiten 2024), genauso wie von den anderen Koalitionsparteien. Das „Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2023 – 2028 (Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2024) besteht aus einer Art Präambel und 25 Schwerpunkten. Wie schon in der Präambel des Regierungsprogramms 2018–2023 wurde auch in jener der neuen Regierung auf die Bedenken und Vorbehalte gegenüber den rechten Koalitionsparteien reagiert. Betont werden die Grundwerte einer modernen, offenen, freien, nachhaltigen und demokratischen Gesellschaft, die Prinzipien der Verfassung und des Autonomiestatuts sowie der Europäische Union als fundamentales Friedensprojekt. Die Koalitionsvereinbarung, so die Präambel, fußt auf den Werten und Prinzipien der Verfassung und des Autonomiestatuts. Die Koalition lehnt jede Form des Totalitarismus oder des Radikalismus – einschließlich der aktuellen Formen des internationalen Terrorismus – sowie des übersteigerten Nationalismus ab und verurteilt die faschistischen und nationalsozialistischen Ideologien. Als erster und da-

mit zentraler Punkt steht die Autonomie und Autonomiereform (Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2024, 9–12).

Neu ist die Einrichtung eines Koalitionsausschusses (wie er in Österreich seit jeher gang und gäbe ist). Es handelt sich um ein informelles Steuerungsgremium der Regierung, um vor allem Konflikte bereits im Vorfeld zu vermeiden und zu schlichten. Dieser setzt sich aus je zwei Mitgliedern der Koalitionspartner und dem Landeshauptmann zusammen (insgesamt elf Mitglieder), übernimmt die Koordination zwischen den Fraktionen der Mehrheit und evaluiert fortlaufend die Arbeit der Mehrheit. Der Ausschuss tagt viermal im Jahr und bei Bedarf. Einmal jährlich tagt eine Koalitionsklausur (Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2024, 79–80).

## 7. Personelle Besetzung und Machtverteilung

Die Aufstockung der Landesregierung auf elf Mitglieder garantiert der SVP weiterhin einen starken Einfluss. Acht auf elf Regierungsmitglieder stellt die Volkspartei, jeweils ein Regierungsmitglied ging an die Fratelli d'Italia, an die Lega und an die Freiheitlichen, erstmals an eine deutschsprachige Partei. Mit zwei Regierungsämtern kommen die Italiener auf 18,2 Prozent, mit acht kommt die Volkspartei auf respektable 72,7 Prozent. So stark war die SVP auch schon 1993 und 1998 unter Luis Durnwalder, als die Volkspartei die absolute Mehrheit einführte, einmal mit 54 Prozent, dann gar mit 60 Prozent. Die Italiener saßen damals noch mit drei Mitgliedern in der Landesregierung.

Trotz Niederlage(n) erhält die SVP diese Machtzuweisung als Folge des politischen Proporzsystems. Die Landesregierung wird ethnisch auf der Grundlage der Stärke der Sprachgruppen im Landtag zusammengesetzt. Somit steuern auch die deutschen Oppositionellen im Landtag ihren Beitrag zum Machterhalt der SVP in der Regierung bei. Und die wenigen italienischen Landtagsabgeordneten, alle vier Regierungs- und Oppositionsparteien zusammen, garantieren zumindest zwei Sitze in der Exekutive. Mit zwei Regierungsmitgliedern sitzen die Italiener mit 18,2 Prozent unter ihrer numerischen Volksgruppenstärke (26 Prozent) in der Landesregierung. Dazu gekommen sind die Freiheitlichen, die in der Landesregierung auf 9,1 Prozent kommen, während die Partei von Ulli Mair bei den Wahlen auf 4,9 Prozent zurückfiel. Die SVP hingegen profitiert von der deutschen Präsenz im Landtag: 72,7 Prozent Regierungsbeteiligung gegen einen Anteil von 69,4 Prozent bei der letzten Volkszählung, aber bei nur 34,5 Prozent bei den Landtagswahlen (Pallaver 2024).

Tab. 4: Vertretung der SVP und ihrer Koalitionspartner in der Landesregierung

Jahr	SVP				Deutscher Koalitionspartner dF	Italienische Koalitionspartner			
	Stimmenanteil bei Landtagswahlen	Sitze im Landtag	Sitze im Landtag in Prozent	Sitze in der Landesregierung		Sitze in der Landesregierung in Prozent	Sitze in der Landesregierung	Sitze in der Landesregierung in Prozent	
1993	52,0	19/35	54,3	8/11	72,7		3/11	27,3	
1998	56,6	21/35	60,0	8/11	72,7		3/11	27,3	
2003	55,6	21/35	60,0	9/11	81,8		2/11	18,2	
2008	48,1	18/35	51,4	7/9	77,8		2/9	22,2	
2013	45,7	17/35	48,6	7/8	87,5		1/8	12,5	
2018	41,9	15/35	42,8	7/9	77,8		2/9	22,2	
2023	34,5	13/35	37,1	8/11	72,7	1/11	9,1	2/11	18,2

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Nachdem das Gutachten der Staatsadvokatur definitiv klargestellt hatte, dass bei elf Regierungsmitgliedern zwei italienische Landesräte/Landesrätinnen in der Regierung Platz haben, ging es vor Weihnachten um personelle Fragen: Wie groß sollte die Landesregierung definitiv sein? Wer von den drei italienischen Koalitionspartnern sollte in die Landesregierung kommen? Wer von der SVP sollte bestätigt oder neu in die Regierung entsandt werden?

Spannungen gab es zu Beginn dieser Debatte zwischen den drei italienischen Koalitionspartnern, zumal selbst bei einer Regierung aus elf Mitgliedern nur zwei in die Landesregierung aufgenommen werden können. Während die beiden Vertreter von FdI und Lega, weil Regierungsmitglieder in Rom, von einer Beteiligung ausgingen und betonten, man könne FdI und Lega nur im Doppelpack bekommen, erklärte Angelo Gennaccaro, Vertreter der La Civica, er vertrete jene Italiener/innen, die nicht rechts gewählt hätten. Außerdem habe er unter den italienischen Landtagsabgeordneten die meisten Vorzugsstimmen erhalten. Dem Vertreter der Bürgerliste gaben die Arbeitnehmer in der SVP den Vorzug, weil dadurch die Koalition mehr in die Mitte rücken würde (Dolomiten 2023v).

Anfang Jänner unterbreitete Landeshauptmann Kompatscher den italienischen Koalitionspartnern den Vorschlag einer schlanken Landesregierung aus acht Mit-

gliedern, was FdI und Lega strikt ablehnten, genauso wie sein Vorschlag einer elfer Regierung mit FdI und La Civica, bei der die Lega draußen bleiben würde (Dolomiten 2024a). Kompatscher bevorzugte eine achtköpfige Landesregierung, weil er damit Landesregierungsmitglieder los werden konnte, mit denen er persönlich kein gutes Verhältnis hatte.

Der 100köpfige Parteiausschuss beschloss bei sieben Enthaltungen aus dem Burggrafenamt und keiner Gegenstimme am 8. Jänner folgenden Vorschlag: Die Regierung sollte auf elf Mitglieder aufgestockt werden. Dabei sollten die Italiener/-innen unter sich aushandeln, wer neben Marco Galateo von FdI in die Regierung treten sollte. Wenn kein Italiener/in aussichere und es somit bei 19 Abgeordneten als Landtagsmehrheit bleibe, würde man für eine Regierung mit elf Mitgliedern stimmen, andernfalls diese auf acht mit einem einzigen Landesrat oder einzigen Landesrätin reduzieren (Dolomiten 2024b). Diesen Vorschlag von Landeshauptmann Kompatscher nahmen die drei italienischen Koalitionspartner aber nicht an und beharrten darauf, dass die SVP entscheiden müsse, wen sie in die Koalition holen wolle (Dolomiten 2024c). Der Lega zu Hilfe kam Regionenminister Roberto Calderoli, der verlauten ließ, dass alle Autonomie-Bestrebungen blockiert würden, sollte die Lega nicht in die Landesregierung kommen (Dolomiten 2024d).

Schlussendlich einigte man sich auf eine Landesregierung mit elf Mitgliedern, der Marco Galateo von FdI und Christian Bianchi von der Lega angehören sollten. Angelo Gennaccaro von La Civica erhielt die Sonderkompetenz für die beiden größten Städte Bozen und Meran (die Liste hatte im Wahlkampf einen Landesrat für die Städte gefordert), wird Vizepräsident des Landtages, um nach der Hälfte der Legislaturperiode Präsident zu werden, sowie Regionalassessor und kommt in die Sechser-Kommission. Exponenten und Exponentinnen seiner Partei wurden außerdem Posten im „*sottogoverno*“ zugesichert. 2025 könnte Gennaccaro Bürgermeisterkandidat in Bozen sein und auf die Unterstützung der SVP zählen (Dolomiten 2024e).

Die SVP stellt folgende Mitglieder in der neuen Landesregierung: Arno Kompatscher, Landeshauptmann (Autonomie und Außenbeziehungen, Finanzen, Gemeinden, Zivilschutz, Bürgerrechte, Chancengleichheit); Daniel Alfreider, ladinischer Landeshauptmannstellvertreter (Mobilität, Infrastruktur, Vergabeagentur, ladinische Schule und Kultur); Landeshauptmannstellvertreterin Rosmarie Pamer (Soziales, Familie, Senioren); Philipp Achammer (Deutsche Schule und Kultur, Denkmalschutz, Innovation, Wissenschaft mit Universität); Peter Brunner (Raumordnung, Energie, Sport, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz); Waltraud Deeg (Europa, Arbeit, Personal); Hubert Messner (Gesundheitswesen); Luis Walcher (Land- und Forstwirtschaft, Tourismus); Ulli Mair, Vertreterin der Freiheitlichen (Wohnbau, Sicherheit und Gewaltprävention);

Marco Galateo, italienischer Landeshauptmannstellvertreter, Vertreter von Fratelli d'Italia (Industrie, Handel und Handwerk, italienische Schule und Kultur); Christian Bianchi, Vertreter der Lega (Hochbau, Vermögen, Grundbuch und Kataster) (Autonome Provinz Bozen – Südtirol 2024a).

Landeshauptmann Kompatscher musste auf seinen ehemaligen Landesrat und Mitstreiter Arnold Schuler verzichten, der zum Landtagspräsidenten gewählt wurde. An seine Stelle trat Luis Walcher. Hingegen verzichtete Waltraud Deeg auf ihr Amt. Die ehemalige Soziallandesrätin hatte ihre Zuständigkeiten an Rosmarie Pamer abtreten müssen und hatte dafür nur sehr geringe neue Zuständigkeiten erhalten. Da in einer elfer Landesregierung drei Frauen vertreten sein müssen, musste die einzige verbliebene Frau der SVP, die Fraktionssprecherin Magdalena Amhof, Waltraud Deeg in der Regierung ersetzen (Dolomiten 2024). Die Wahl erfolgte nach eineinhalb Tagen heftiger Debatten am 1. Februar, allerdings nicht mit allen 19 Stimmen der Mehrheitskoalition, sondern mit einer weniger, weil sich der Freiheitliche Andreas Leiter Reber der Stimme enthielt. Leiter Reber begründete seine Enthaltung damit, dass er nicht Parteien wie Fratelli d'Italia vorbehaltlos in die Landesregierung wählen würde (Südtirol news 2024). Leiter Reber trat eine Woche später aus der Freiheitlichen Partei aus und gründete eine eigene Landtagsfraktion, die Freie Fraktion (Südtiroler Landtag 2024).

## 8. Schlussbetrachtung

Landeshauptmann Arno Kompatscher hatte bei der entscheidenden Sitzung, ob die SVP neben den drei italienischen Parteien mit den rechtsgerichteten Freiheitlichen oder mit dem sozialliberalen Team K eine Koalition eingehen solle, gemeint, mit beiden Optionen leben zu können (Dolomiten 2023h). Die Argumente für eine Koalition mit Fratelli d'Italia, Lega und La Civica verdichteten sich in den drei Punkten: Autonomie, römische Regierung, Wählerwille der Italiener/-innen. Es gab aber auch noch sekundäre Gründe. Das Verhältnis zum Team K ist spannungsgeladen, weshalb man den direkten Konkurrenten nicht aufwerten wollte. Außerdem hatte das Team K zwei Regierungssitze beansprucht, die Freiheitlichen nur einen. Gegen die Grünen gab es große Vorbehalte seitens der Bauern und der Touristiker/-innen. Die SVP, so Kompatscher, habe jedenfalls auch andere Optionen geprüft, die aber nicht möglich waren (Nindler 2024). Man brauche aber eine stabile Mehrheit (Dolomiten 2023a). Nicht alle Narrative dieser Art halten allerdings der sozialen Wirklichkeit stand.

An dieser Stelle sei auf die Eingangsthese verwiesen, nach der die Südtiroler Volkspartei das „*window of opportunity*“ nützen wollte, das ihr die Regierung in Rom mit der Absicherung und mit dem Ausbau der Autonomie in Aussicht stellte. Dass die Autonomie von allem Anfang an im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen der Volkspartei bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung stand, kommt allein dadurch zum Ausdruck, dass es im Laufe der Verhandlungen immer wieder Rückkoppelungen mit und Mahnrufe aus Rom gegeben hatte, dass man während der Verhandlungen in Bozen auch Verhandlungen zur Autonomie in Rom führte. Belegt kann diese Autonomie-Priorität aber auch dadurch, dass die beiden anderen Argumente für eine Koalition mit Lega und FdI (und mit La Civica), nämlich der politische Gleichklang der Bozner und der römischen Regierung sowie der Wähler/-innenwillen der Italiener/-innen einer empirischen Überprüfung nicht standgehalten haben. Dem Vorwurf ausgesetzt, mit recht-rechten Parteien eine Koalition einzugehen, entgegnet Kompatscher mit dem Hinweis, es handle sich lediglich um eine „Zweckgemeinschaft“, bei der die Werte der Volkspartei nicht zur Verfügung stünden. Es komme auf die Inhalte drauf an (Dolomiten 2023h). „Wir bleiben, wo wir sind. Wir rücken nicht nach rechts.“ Und ein Pakt mit dem Teufel sei das schon gar nicht. An dieser Koalition habe aufgrund des Wahlergebnisses und der Verfassung praktisch kein Weg vorbeigeführt. Kompatscher wehrt sich auch dagegen, mit dieser Koalition ein Modell für Regierungen weit rechts der Mitte auszuprobieren. In der Koalitionsvereinbarung stehe ein klares Ja zu Europa und ein klares Nein zu jeglicher faschistischer Ideologie. Es gäbe eine klare rote Linie. Wenn das in die falsche Richtung gehe, werde die Reißleine gezogen (Rheinische Post 2024). Eine Lehrstunde über Antifaschismus brauche er jedenfalls nicht (Nindler 2024).

Während sich für die Volkspartei und die neue Landesregierung ein Fenster für die Wiederherstellung autonomer Rechte und den Ausbau der Autonomie auftut, haben die Änderungen im Parteienspektrum Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Der Prozess der Regierungsbildung folgte dem Muster der vergangenen Jahrzehnte, geprägt von der Dominanz einer größeren Partei und der scheinbaren Unterordnung der kleineren. Was die Regierungsbildung von allen früheren Regierungsbildungen unterscheidet, ist die Kleinteiligkeit der Koalitionsparteien. Neben zwei Ein-Personenparteien (Lega, La Civica) sitzen weitere jeweils Zwei-Personenparteien in der Landesregierung sowie die stark geschrumpfte SVP. Die geschwächte SVP konnte so manche Forderungen nicht durchsetzen, wie etwa eine achter statt einer elfer Landesregierung. Eine relevante Neuheit ist jedenfalls der Umstand, dass die Regierung mit 18 Mandaten lediglich ein Mandat mehr als die Opposition hat.

Die Oppositionsparteien haben zugelegt, an Anzahl und an Wähler/-innenkonsens und verfügen einen bislang noch nie gekannten hohen Anteil an Mandaten. Das parlamentarische Leben gewinnt unter diesen neuen Rahmenbedingungen eine völlig neue Dynamik. Mit diesem hohen Anteil an Mandaten wird es möglich, die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten voll auszuschöpfen, selbst wenn die Oppositionsparteien nicht alle auf einer Linie sind. Das hat man bereits bei der Besetzung der Gesetzgebungskommissionen des Landtages gesehen, wovon einer eine Mehrheit aus Oppositionsmitgliedern hat.

Gewonnen hat bei dieser Wahl der Parlamentarismus, die Regierungsmehrheit genauso wie die Oppositionsminderheit. Die in den vergangenen Jahrzehnten bemerkbare Aushöhlung der Legislative zugunsten der Exekutive könnte vorerst ein Ende haben. Der Landtag hat mit dieser Wahl neue Potentiale zur Verfügung.

---

## Anmerkungen

- 1 Für die kritische Durchsicht des Manuskripts danke ich meinen Mitherausgeberinnen Alice Engl und Elisabeth Alber.

---

## Literaturverzeichnis

- Atz, Hermann (2023), Nur die Hälfte wählt rechts, in: Südtiroler Wirtschaftszeitung – Nr. 48, 15. 12. 2023, 7
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2023), Klimaplan Südtirol 2040, [www.klimaland.bz/wp-content/uploads/Klimaplan-Suedtirol-2040\\_DEU\\_WEB-pagine-singole.pdf](http://www.klimaland.bz/wp-content/uploads/Klimaplan-Suedtirol-2040_DEU_WEB-pagine-singole.pdf) (25.01.2024)
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2023a), Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2023–2028, [https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/a1608d09-aa7b-0184-16cb-55babd452793/72b97def-fc48-447a-973c-bcdc9c7ddbc7/Provinz\\_Regierungsprogramm%20%E2%80%93%20L%E2%80%99accordo%20di%20coalizione.pdf](https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/a1608d09-aa7b-0184-16cb-55babd452793/72b97def-fc48-447a-973c-bcdc9c7ddbc7/Provinz_Regierungsprogramm%20%E2%80%93%20L%E2%80%99accordo%20di%20coalizione.pdf) (09.03.2024)
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2024), Kompetenzen und Finanzierung der Autonomie, <https://autonomie.provinz.bz.it/de/kompetenzen-und-finanzierung-der-autonomie> (12.03.2024)
- Autonome Provinz Bozen – Südtirol (2024a),
- Südtiroler Landesregierung (2024), Südtiroler Landesregierung, <https://landesregierung.provinz.bz.it/de/home> (12.03.2024)
- bgs.news (2023), Lettera aperta al Presidente della Giunta Provinciale incaricato Arno Kompatscher, 23.12.2023, <https://buongiornosuedtirol.it/2023/12/lettera-aperta-al-presidente-della-giunta-provinciale-incaricato-arno-kompatscher/> (12.03.2024)
- bgs.news (2023a), “Quereliamo tutti...“ la minaccia di Marco Galateo, 18.12.2023, <https://buongiorno.suedtirol.it/2023/12/quereliamo-tutti-la-minaccia-di-marco-galateo/> (12.03.2024)
- Broder, David (2023), I nipoti di Mussolini. Il fascismo nell’Italia contemporanea, Milano: Adriano Salani Editore
- Cherchi, Antonello/Paris, Marta (2019), Le liti tra Stato e Regioni impegnano 1 sentenza su 2 della Consulta, 06.09.2019, [www.ilsole24ore.com/art/le-liti-stato-e-regioni-impegnano-1-sentenza-2-consulta-ACQ5Jmf](http://www.ilsole24ore.com/art/le-liti-stato-e-regioni-impegnano-1-sentenza-2-consulta-ACQ5Jmf) (12.03.2024)
- Civis.bz.it (2023), Landtagswahlen 2023, <https://landtagswahlen.provinz.bz.it/de/elected> (25.02.2024)
- Constantini, Simon (2023), Die Warnungen der Ex-Obmänner, in: BBD, 06.12.2023, [www.brennerbasisdemokratie.eu/?p=82424](http://www.brennerbasisdemokratie.eu/?p=82424) (25.01.2024)
- Constantini, Simon (2023a), SVP: Sebastian Seehauser tritt aus, 08.12.2023, [www.brennerbasisdemokratie.eu/?p=82500](http://www.brennerbasisdemokratie.eu/?p=82500) (25.01.2024)
- Denicolò, Guido (2023), Articolo 50 Statuto d’autonomia e 67 L.P. n. 14/2017 – Giunta provinciale – composizione – rappresentanza dei gruppi linguistici – quesito. Avvocatura Distrettuale dello Stato di Trento, Trento 23.11.2023
- Disegno di legge costituzionale (2023), Disposizioni concernenti l’adeguamento degli Statuti delle Regioni a statuto speciale in attuazione dell’articolo 10 della legge costituzionale del 18 ottobre 2001, n. 3 (Entwurf)
- Dolomiten (2023), Bauchweh mit Fratelli oder „4 Jahre als Tourist in Rom“, 05.10.2023, 3
- Dolomiten (2023a), „Wir brauchen stabile Regierungsmehrheit“, 11./12. 11.2023, 15
- Dolomiten (2023b), Knoll im Abseits, Kölle erhöht Preis, 16.11.2023, 11
- Dolomiten (2023c), „Opposition, aber nicht nur eiern“, 18./19.11.2023, 13
- Dolomiten (2023d), Juniorpartner: Blau und Geld bieten sich feil, 17.11.2023, 13

- Dolomiten (2023e), „Ladiner in der Regierung ist unverhandelbar“, 21.11.2023, 11
- Dolomiten (2023f), „Der Landeshauptmann weiß ja, wo wir zu finden sind“, 24.11.2023, 13;
- Dolomiten (2023g), 11 Sessel, die viele Probleme lösen, 30.11.2023, 13
- Dolomiten (2023h), SVP biegt 2-mal nach rechts ab: Heute startet endlich Verhandlung, 04.12.2023, 3
- Dolomiten (2023i), Quintett mit unsichtbarem Sechsten, 05.12.2023, 11
- Dolomiten (2023j), Großaufgebot für Koalitions-Deal, 12.12.2023, 9
- Dolomiten (2023k), Thema Sicherheit „ausverhandelt“, 14.12.2023, 15
- Dolomiten (2023l), „Die Handschrift der SVP sichtbar machen“, 29.11.2023, 9
- Dolomiten (2023m), Durnwalder: „Die SVP hat richtig entschieden“, 7./8.12.2023, 15
- Dolomiten (2023n), Kein Koalitionspaket unterm Weihnachtsbaum, 22.12.2023, 13
- Dolomiten (2023o), Einigung erweist sich als harte Nuss, 29.11.2023, 9
- Dolomiten (2023p), Freiheitliche wollen Nachbesserungen, 09.01.2023, 11
- Dolomiten (2023q), Nach Programm jetzt Personalfrage, 5./6./7.1.2024, 13
- Dolomiten (2023q), Rechte Handschrift im Koalitionsprogramm erkennbar, 09.01.2024, 11
- Dolomiten (2023r), 5 Unterschriften für eine wackelige Mehrheit, 11.10.2023, 9
- Dolomiten (2023s), 16 schallende Ohrfeigen für Kompatscher, 19.01.2024, 11
- Dolomiten (2023t), Trotz fehlender Stimme 11 Köpfe, 02.02.2024, 14
- Dolomiten (2023u), „In 6 Monaten soll Entwurf stehen“, 21.12.2023, 9
- Dolomiten (2023v), Regierung: 3 Italiener ist einer zu viel, 20.12.2023, 11
- Dolomiten (2024), Landesregierung: Ball zurück an Italiener, 09.01.2024, 11
- Dolomiten (2024a), Riesen Zoff um Größe und Namen, 08.01.2024, 7
- Dolomiten (2024b), Landesregierung: Ball zurück an Italiener, 09.01.2024, 11
- Dolomiten (2024c), Italiener: Ball zurück in Kompatschers Feld, 10.01.2024, 11
- Dolomiten (2024d), LH-Wahl auf wackeligen Beinen, 12.01.2024, 11
- Dolomiten (2024e), 11 echte und ein Schattenlandesrat, 18.01.2024, 11
- Dolomiten (2024f), Deeg wirft hin, Amhof muss einspringen, 24.01.2024, 13
- Dolomiten (2024g), Schallenberg: Regierungsbildung kluge Entscheidung, 06.02.2024, 11
- Franceschini, Christoph (2023), „Lasst uns ein bisschen Würde.“ Die Plattform Heimat in der SVP wendet sich einem geharnischten Brief an den Landeshauptmann, den SVP-Obmann und den Parteiausschuss, in: SALTO, 18.12.2023, <https://salto.bz/de/article/18122023/lasst-uns-ein-bisschen-wurde> (06.03.2024)
- Franceschini, Christoph (2023a), Die Regime-Akademie, in: SALTO, 19.12.2023, <https://salto.bz/de/article/19122023/die-regime-akademie> (03.03.2024)
- Gavazzi, Floriana (2023), Trattative di giunta, stallo sul secondo assessore italiano, in: TGR, 21.11.2023, [www.rainews.it/tgr/bolzano/articoli/2023/11/trattative-di-giunta-stallo-sul-secondo-assessore-italiano-1d03c664-ca90-4c6f-ac23-d90a72619dfc.html](http://www.rainews.it/tgr/bolzano/articoli/2023/11/trattative-di-giunta-stallo-sul-secondo-assessore-italiano-1d03c664-ca90-4c6f-ac23-d90a72619dfc.html) (01.03.2024)
- Heiss, Hans (2022), Die Blüten der Macht. Die Südtiroler Volkspartei zwischen Wunder und Widerspruch, Merano: Edizioni alphabeta Verlag
- Koselleck, Reinhard (1984), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, 3. Auflage, Frankfurt/M.: suhrkamp Wissenschaft
- Laver, Michael/Schofield, Norman (1998), Multiparty Government, The Politics of Coalition in Europe, Ann Arbor: University of Michigan Press

- Maines, Eleonora (2023), Parere sulla rappresentanza dei gruppi linguistici nella giunta provinciale di Bolzano; Bolzano, 23.11.2023
- Luther, Anna (2023), „Passende Freunde für Arno Kompatscher,“ in: SALTO, 13.12.2023, <https://salto.bz/de/article/13122023/passende-freunde-fuer-arno-kompatscher> (03.03.2024)
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (1997), Schluß: Koalitionsregierungen und die Praxis des Regierens in Westeuropa, in: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (Hg.), Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Bd. 13), Wien: Signum, 705–749
- Neue Südtiroler Tageszeitung (2023), „Vorausseilende Verharmlosung,“ in: Neue Südtiroler Tageszeitung Online, 20.12.2023, [www.tageszeitung.it/2023/12/20/vorausseilende-verharmlosung/](http://www.tageszeitung.it/2023/12/20/vorausseilende-verharmlosung/) (06.03.2024)
- Nindler, Peter (2024), „Brauche keine Lehrstunde über Faschismus,“ in: Tiroler Tageszeitung, 22.01.2024, 4
- Pallaver, Günther (2018), Südtirols Parteien. Analysen, Trends und Perspektiven, Bozen: Edition Raetia
- Pallaver, Günther (2021), South Tyrol and Internal Self-Determination, in: Eppler, Annegret/Jeffery, Charlie/Lütgenau, Stefan August (Hg.), Qualified Autonomy and Federalism versus Secession in EU Member States, Innsbruck, Wien: Studienverlag (= Foster Europe – International Studies Series, 4), 345–361
- Pallaver, Günther (2023), Freiwilliger Proporz, in: SALTO, 14.11.2023, <https://salto.bz/de/article/14112023/freiwilliger-proporz> (29.02.2024)
- Pallaver, Günther (2023), Das Bozner Märchen, in: ff – Das Südtiroler Wochenmagazin, 07.12.2023, Nr. 49, 28 – 29
- Pallaver, Günther (2024), Extremer Gleichschritt, in: ff – Das Südtiroler Wochenmagazin, 01.02.2024, Nr. 5, 26
- Pallaver, Günther (2024), Der wundersame Machterhalt, in: ff – Das Südtiroler Wochenmagazin, Nr. 6, 08.02.2024, 28
- Pfeifer, Christian (2023), Applaus für Meloni, in: Südtiroler Wirtschaftszeitung, 21.4.2023, Nr. 15, 4
- Rheinische Post (2024), Modell für Europa? Südtirol mit neuartiger Mitte-Rechts-Regierung, 31.01.2024, [https://rp-online.de/politik/ausland/modell-fuer-europa-suedtirol-mit-neuer-mitte-rechts-regierung\\_aid-106206261](https://rp-online.de/politik/ausland/modell-fuer-europa-suedtirol-mit-neuer-mitte-rechts-regierung_aid-106206261) (10.03.2024)
- SALTO (2023), Der Brandbrief, 10.12.2023, <https://salto.bz/de/article/10122023/der-brandbrief> (03.03.2024)
- Scholz, Olaf (2022), Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, [www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/reden/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/reden/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356) (24.02.2024)
- Speakers' Corner (2023), 7 h Redemarathon gegen Dambruch nach rechts, Medienaussendung, 30.1.2024
- Stöber, Rudolf (2008), Epochenvergleiche in der Medien- und Kommunikationsgeschichte, in: Meliscek, Gabriele/Seethaler, Josef/Wilke, Jürgen (Hg.), Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich. Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2–42
- stol (2023), Warum sich ein 2. Landesrat für die Italiener nicht aushebt, 30.10. 2023, [www.stol.it/artikel/politik/warum-sich-ein-2-landesrat-fuer-die-italiener-nicht-ausgeht](http://www.stol.it/artikel/politik/warum-sich-ein-2-landesrat-fuer-die-italiener-nicht-ausgeht) (10.02.2024)
- stol (2023a), Club der Altmandatare: „Primärziel Sicherung der Autonomie, 19.12.2023, [www.stol.it/artikel/politik/club-der-altmandatare-primarziel-sicherung-der-autonomie](http://www.stol.it/artikel/politik/club-der-altmandatare-primarziel-sicherung-der-autonomie) (03.03.2024)

- stol (2023b), Harsche Kritik der Opposition: „Südtirol erhält Koalition der Verlierer,“ 04.12.2023, [www.stol.it/artikel/politik/harsche-kritik-der-opposition-suedtirol-erhaelt-koalition-der-verlierer](http://www.stol.it/artikel/politik/harsche-kritik-der-opposition-suedtirol-erhaelt-koalition-der-verlierer) (03.03.2024)
- Südtirol news (2024), Paukenschlag: Andreas Leiter Reber verlässt Regierungskoalition, in: Südtirol news, 19.02.2024, [www.suedtirolnews.it/politik/paukenschlag-andreas-leiter-reber-verlaesst-regierungs-koalition](http://www.suedtirolnews.it/politik/paukenschlag-andreas-leiter-reber-verlaesst-regierungs-koalition) (25.02.2024)
- Südtiroler Landesregierung (2024), Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2023–2028/Programma di governo per la legislatura 2023-2028, Bozen – Bolano 2024, [https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/a1608d09-aa7b-0184-16cb-55babb452793/72b97def-fc48-447a-973c-bcdc9c7ddb7/Provinz\\_Regierungsprogramm%20%E2%80%93%20L%E2%80%99accordo%20di%20coalizione.pdf](https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/a1608d09-aa7b-0184-16cb-55babb452793/72b97def-fc48-447a-973c-bcdc9c7ddb7/Provinz_Regierungsprogramm%20%E2%80%93%20L%E2%80%99accordo%20di%20coalizione.pdf) (12.03.2024)
- Südtiroler Landtag (2024), Fraktionen, [www.landtag-bz.org/de/fraktionen](http://www.landtag-bz.org/de/fraktionen) (12.03.2024)
- TGR (2023), Bianchi si rivolge a Eleonora Maines: „In una giunta a 11 gli assessori italiani devono essere due,“ 23.11.2023, [www.rainews.it/tgr/bolzano/articoli/2023/11/bianchi-si-rivolge-a-eleonora-maines-in-una-giunta-a-11-gli-assessori-italiani-devono-essere-due](http://www.rainews.it/tgr/bolzano/articoli/2023/11/bianchi-si-rivolge-a-eleonora-maines-in-una-giunta-a-11-gli-assessori-italiani-devono-essere-due)-8d8b3f7b-59a6-411d-b3fa-811a2184130d.html (24.03.2024)
- TGR (2023a), Konservative in der SVP geißeln intern die Entscheidung für FdI, 19.12.2023, [www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/12/konservative-in-der-svp-geisseln-intern-die-entscheidung-fur-fdi](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/12/konservative-in-der-svp-geisseln-intern-die-entscheidung-fur-fdi)-62a15d0e-232e-41b0-8f43-646a1eb1ab98.html (6.3.2024)
- TGR (2023b), Der nächste offene Brief: Die SUSIs schreiben an SVP und Kompatscher, 1.12.2023, [www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/12/der-nachste-offene-brief-die-susis-schreiben-an-svp-und-kompatscher](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/12/der-nachste-offene-brief-die-susis-schreiben-an-svp-und-kompatscher)-842acfae-4e69-45d5-90cc-5be3af6b00f0.html (10.03.2024)
- TGR (2023c), Meloni bekommt von Kompatscher den Verfassungsgesetzentwurf überreicht, 03.10.2023, [www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/10/meloni-bekommt-von-kompatscher-den-verfassungsgesetzentwurf-uberreicht](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/10/meloni-bekommt-von-kompatscher-den-verfassungsgesetzentwurf-uberreicht)--14628a90-278c-47bb-8136-282ee40eac02.html (09.03.2024)
- TGR (2023d), Palermo: „Absicherung der Autonomie wird ein längerer Prozess,“ [www.rainews.it/tgr/tagesschau/audio/2023/12/palermo-absicherung-der-autonomie-wird-ein-langerer-prozess](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/audio/2023/12/palermo-absicherung-der-autonomie-wird-ein-langerer-prozess)-560868cbdf92-4627-9e7a-21441d8431cf.html (10.03.2024)
- TGR (2023e), Zeller: „Wenn es sein muss, machen wir auch einen Pakt mit dem Teufel,“ 05.12.2023, [www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/12/zeller-wenn-es-sein-muss-machen-wir-auch-einen-pakt-mit-dem-teufel](http://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/12/zeller-wenn-es-sein-muss-machen-wir-auch-einen-pakt-mit-dem-teufel)-d4305574-7046-4d4d-83bf-301774bae3c3.html (03.03.2024)
- van Gerven, Alexander (2023), Die rechten Klimamärchen, in: ff-Das Südtiroler Wochenmagazin, 24. 08. 2023, Nr. 34, [www.ff-bz.com/gesellschaft-wissen/2023-34/rechten-klimamaerchen.html](http://www.ff-bz.com/gesellschaft-wissen/2023-34/rechten-klimamaerchen.html) (26.02.2024)
- Vassallo, Salvatore/Vignati, Rinaldo (2023), Fratelli di Giorgia. Il partito della destra nazionale-conservatrice, Bologna: il Mulino
- Weber, Claudia (2022), Zeitenwende? Zeitenwende!, in: Verfassungsblog, 6. März 2022, <https://verfassungsblog.de/zeitenwende-zeitenwende/> (24.02.2024)
- Zelger, Florian (2023), Zusammensetzung der Landesregierung – Anfrage um Rechtsauskunft des Landeshauptmannes vom 15. November 2023. Südtiroler Landtag – Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten, Bozen, 17.11.2023

Thomas Walli/Günther Pallaver

## Die politische Klasse in Tirol, Südtirol und im Trentino

### The Political Class in Tyrol, South Tyrol and Trentino

**Abstract** In 2022 and 2023, the three state parliaments (Landtage) of South Tyrol, Trentino, and the Tyrol were newly elected. Based on representation theory and elite research, this article examines the question of how the state parliaments are structured in terms of socio-demographic and socio-structural dimensions, and how they differ from one another. All 106 members of parliament are included in the analysis. In summary, it can be said that the socio-demographic characteristics among the members of parliament in the three Euregio member states are not fundamentally different. What we can observe is that state parliaments are (still) organizations comprised of elites. In terms of socio-demographic characteristics, they do not fully correspond with the respective societies in which they are situated. Furthermore, while the percentage of female political representatives is rising, women are still underrepresented, as are people with a formally lower degree of education and certain professions, especially blue-collar workers.

# 1. Einleitung und theoretischer Rahmen: Abgeordnete als politische Machteliten

## 1.1 Warum Soziodemographie und Sozialstruktur?

2022 und 2023 wurden die drei Landtage von Südtirol, Trentino und Tirol neu gewählt. Insgesamt waren 1.406.463 Wählerinnen und Wähler (429.841 in Südtirol, 441.510 im Trentino und 535.112 in Tirol, vgl. Autonome Provinz Bozen-Südtirol 2023; Ufficio Stampa della Giunta provinciale 2023; Amt der Tiroler Landesregierung 2022) aufgerufen, die 106 Abgeordneten der drei Euregio-Länder zu wählen (je 35 in Südtirol und Trentino, 36 in Tirol). Wer sind die Abgeordneten, die uns vertreten? Wie ist ihre Sozialstruktur?

Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie die Landtage anhand der soziodemographischen und sozialstrukturellen Dimension beschaffen sind und wie sie sich voneinander unterscheiden. Es werden alle 106 Abgeordneten zur Analyse herangezogen.

Im Folgenden wird zuerst auf den theoretischen Hintergrund eingegangen. In der Frage nach der soziodemographischen und sozialstrukturellen Dimension kulminieren zwei Theoriestränge der Vergleichenden Politikwissenschaft und Politischen Theorie: einerseits ein Strang, der sich mit Repräsentation befasst, und andererseits ein Strang, der der Eliteforschung entspringt und Macht und Herrschaft als zentrale Kategorien ins Zentrum stellt. Zum ersten Strang: Abgeordnete sind in einem demokratischen System die Träger/-innen der Repräsentation, worauf bereits Ernst Fraenkel (1964) hingewiesen hat. Sie sind diejenigen, die die Bürger/-innen vertreten, deren Interessen wahrnehmen und für alle verbindlich entscheiden. Zugleich erhebt das Konzept der Repräsentation nach Hanna Pitkin (1967) auch den Anspruch, dass die Abgeordneten grundlegende Eigenschaften der Bevölkerung widerspiegeln. Zum zweiten Strang: Abgeordnete stellen eine Funktions- und Machtelite innerhalb der Gesellschaft dar. Sie sind in der (formalen) Position, Macht und Herrschaft über andere auszuüben. Die Beschaffenheit und Eigenschaften der herrschenden (in diesem Fall genauer: politischen) Klasse ist eine Grundfrage der sozialwissenschaftlichen Eliteforschung.

In einem zweiten Schritt werden die Abgeordneten der drei Landtage anhand ihrer soziodemographischen und sozialstrukturellen Dimension vergleichend analysiert.

## 1.2 Parlamente als Träger/-innen der Repräsentation

Parlamente erfüllen in Demokratien wichtige Funktionen (vgl. Marschall 2017, 115–170, insbesondere 120–124). Sie verfügen über eine *Wahl- und Abwahlfunktion* (bzw. auch *Kreationsfunktion*), indem sie wichtige Ämter und Positionen (in parlamentarischen Demokratien v. a. die Regierung aber z. B. auch Bürger/-innenbeauftragte oder Volksanwaltschaften) wählen; eine *Gesetzgebungsfunktion* (daher auch die Bezeichnung von Parlamenten als „Legislative“ bzw. „rechtssetzende Gewalt“); eine *Kontrollfunktion*, v. a. gegenüber der Regierung und nachgeordneten exekutiven Stellen;<sup>1</sup> eine *Kommunikationsfunktion*, indem das Parlament Diskussionen der Öffentlichkeit in die Sphäre der politischen Institutionen transferiert und als Ort der politischen Debatte fungiert. Andreas Maurer (2002) fügt schließlich noch eine *Systemgestaltungsfunktion* hinzu, die die Rolle des Parlaments in der Änderung und Weiterentwicklung der Grundregeln des politischen Systems betont, z. B. Änderungen der (Landes-)Verfassungen auf nationaler und subnationaler Ebene oder Vertragsänderungen auf europäischer Ebene.

Die Parlamentsfunktionen werden wesentlich von den parlamentarischen Akteurinnen und Akteuren getragen, also den gewählten Abgeordneten und nichtgewählten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Beamtinnen und Beamte, Mitarbeiter/-innen von Abgeordneten, Fraktionen etc.) (vgl. Patzelt 2009, 311). Sie haben damit einen erheblichen Anteil an der Leistungsfähigkeit von Parlamenten. Die Abgeordneten nehmen in mindestens zweifacher Hinsicht eine herausragende Stellung ein: Erstens repräsentieren sie durch Direktwahl die Bürgerinnen und Bürger eines Landes, Staates oder der EU. Zweitens haben sie die formale, weil verfassungsrechtlich begründete Macht, verbindliche Regeln für alle zu setzen.

Zur Repräsentation: Darunter verstehen wir (mit Fraenkel) zunächst „die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und mit dem Anspruch legitimieren, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen“ (Fraenkel 1964, 81). Das Konzept der Repräsentation wurde als eines der zentralen Komponenten moderner Demokratien in der Folge immer wieder weiterentwickelt und neu gedacht (vgl. etwa Pitkin 1967; Eulau/Wahlke 1978; Herzog et al. 1993; Patzelt 1993; Strøm et al. 2006; Urbinati 2006).

Die US-amerikanische Politische Theoretikerin Pitkin (1967) hat kurz nach Fraenkel eine differenziertere Definition von Repräsentation vorgelegt. Zunächst

geht sie von der vielzitierten und noch vagen Definition aus: „[R]epresentation [...] means the making present in some sense of something which is nevertheless not present literally or in fact.“ (Pitkin 1967, 8–9, Hervorhebung im Original) Im Anschluss unterscheidet sie vier Dimensionen der Repräsentation (Pitkin 1967; vgl. auch Patzelt 1993, 23–27; 2009, 333–334):

1. *Formalistische Repräsentation* („*formalistic view*“): Diese Dimension kreist um die Frage „Wer darf auf Basis von welchem Recht für Bürgerinnen und Bürger entscheiden oder handeln?“. Dieses Verständnis von Repräsentation ist eng mit jenem Fraenkels verwandt.
2. *Deskriptive Repräsentation* („*standing for*“ I): Bildet die Zusammensetzung der repräsentativen Institution die zu vertretenden Bürgerinnen und Bürger möglichst genau ab? In den Worten Pitkins (1967, 61, Hervorhebungen im Original):  
*„[R]epresenting is not acting with authority, or acting before being held account, or any kind of acting at all. Rather, it depends on the representative’s characteristics, on what he is or is like, on being something rather than doing something. The representative does not act for others; he ‚stands for‘ them, by virtue of a correspondence or connection between them, a resemblance or reflection. In political terms, what seems important is less what the legislature does than how it is composed.“*

Es geht also um eine möglichst unverzerrte Stichprobe aus der Grundgesamtheit.

3. *Symbolische Repräsentation* („*standing for*“ II): Fühlen sich die zu vertretenden Bürgerinnen und Bürger im Abgeordneten repräsentiert und akzeptieren sie die Repräsentation? Die Repräsentantinnen und Repräsentanten sind Symbole, die von den Repräsentierten – auch auf emotionaler Ebene – angenommen werden.
4. *Interaktive Repräsentation* („*acting for*“): Handeln die Abgeordneten zum Wohle und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger? Im Zentrum stehen Erwartungen, Handlungen und Verhalten der Repräsentantinnen und Repräsentanten, die sowohl auf die Interessen und Wünsche der individuellen Repräsentierten abzielen als auch auf das übergeordnete kollektive Wohl.

Mit dieser Arbeit zielen wir vor allem auf die zweite Dimension der Repräsentation nach Pitkin ab: Repräsentation als Zusammensetzung des Parlaments. Es geht uns also in den Worten von Patzelt und an Aristoteles anlehnd um die „parlamentarische Materialursache“ (Patzelt 2009, 314–316).<sup>2</sup> Geht es bei Aristoteles’ „Materialursache“ um den Stoff, woraus etwas geschaffen ist, meint Patzelt hier vor allem die Personen, die Parlamente ausmachen (als Abgeordnete oder Parlamentsangestellte).

Die Analyse von Soziodemographie und Sozialstruktur der Abgeordneten, die im Folgenden im Mittelpunkt steht, fällt damit genau in diese Kategorie. Weiterhin Patzelt bzw. Aristoteles folgend, will hingegen die Frage nach den „parlamentarischen Antriebsursachen“ („Wirkungsursache“ bei Aristoteles) Handlungsmotive und Antriebskräfte von Parlamentariern und Parlamentarierinnen in den Mittelpunkt rücken; „parlamentarische Zweckursachen“ interessieren sich für den Zweck bzw. die Funktion, die Parlamente erfüllen; und „parlamentarische Formursachen“ fragen nach spezifischen Strukturen und institutionellen Grundregeln von Parlamenten.

Mit der Erhöhung des Grads der deskriptiven Repräsentation geht die Vorstellung einher, dass sich damit auch die substanzielle bzw. interaktive Repräsentation erhöht. Spiegelt sich nämlich die Vielfalt der Bevölkerung im Parlament wider, so die Argumentation, erhöhe sich auch die Vielfalt der vertretenen Interessen. Dies stärke die Legitimität des parlamentarischen Systems (Fortin-Rittberger/Kröber 2022, 110–112).

### 1.3 Parlamentarier/-innen als Teil der politischen Elite

Abgeordnete sind Teil einer politischen Elite („*classe politica*“), die wiederum Teilmenge einer gesamtgesellschaftlichen Elite („*classe dirigente*“, vgl. Newell 2015) ist. Der Elitebegriff ist keineswegs unumstritten. Besonders im deutschsprachigen Raum ruft er in Erinnerung an den nationalsozialistischen Elitediskurs immer wieder Ablehnung hervor (Hartmann 2004, 43; Kaina 2009, 387). Im Rahmen dieser Arbeit wird eine möglichst schlanke und neutrale Definition des Begriffs verwendet: Als Elite verstehen wir eine gesellschaftliche Minderheit, die erstens dem Rest der Gesellschaft überlegen ist und zweitens aufgrund einer Auslese in diese (Macht) Position gekommen ist (Waldmann 2011, 112).

Die sozialwissenschaftliche Eliteforschung unterscheidet zwischen *Werteliten*, *Funktionseleiten* und *Machteliten*. Die herausragende soziale Stellung von *Werteliten* beruht darauf, dass sie gesellschaftlich gewünschte Werte glaubhaft vertreten. Ihre Macht fußt auf einer nicht formalisierten Vorbildfunktion. Dabei wird häufig die Volatilität und Fluidität des Konzepts kritisiert: Welche Werte zu einem bestimmten Zeitpunkt von einer bestimmten Gesellschaft als gewünscht betrachtet werden, ist in einem ständigen Wandel. Zugleich ist eine unidirektionale Kausalität zu bezweifeln; denn Werteliten können aufgrund ihrer Autorität wiederum jene Werte in der Gesellschaft bestärken, die sie verkörpern.

*Funktionseliten* nehmen hingegen Aufgaben wahr, die Funktionen zum Erhalt der Gesellschaft erfüllen und/oder zum Gemeinwohl beitragen. Zu Funktionseliten zählen „die jeweils Besten und Klügsten“ (Kaina 2009, 389) aus verschiedenen Teilbereichen einer Gesellschaft: Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien etc. Leistung wird damit zum wichtigsten Auslesekriterium. Problematisch ist dieses Eliteverständnis in dreifacher Hinsicht: Erstens gibt es keine sich über alle gesellschaftlichen Teilbereiche erstreckenden objektiv quantifizierbaren Leistungskriterien. Zweitens hat dieses Eliteverständnis einen stark affirmativen Charakter von Macht: Wer oben ist, muss mehr geleistet haben bzw. leisten (vgl. Kaina 2009, 389). Drittens ist dieses Eliteverständnis konzeptuell schwammig, da wichtige politikwissenschaftliche Kategorien wie Macht und Herrschaft mit dem konturlosen Begriff der Funktion eingetauscht werden.

Der Begriff *Machteliten* versucht dem Rechnung zu tragen. Machteliten sind solche, die „allgemeinverbindliche politische Entscheidungen treffen oder beeinflussen“ (Kaina 2009, 389) können. Dieser Konzeption steht der Befund zugrunde, dass es in menschlichen Zivilisationen immer (wenige) Herrschende und (viele) Beherrschte gegeben hat.

Dieses Eliteverständnisses ist eng mit den Namen Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto und Robert Michels verknüpft. Alle drei publizierten in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Werke, die heute als Klassiker der Eliteforschung gelten. Alle drei gingen im Prinzip davon aus, dass Hierarchie eine Grundbedingung jeder gesellschaftlichen Ordnung sei. Dabei habe es in jeder historischen Phase eine Zweiteilung der Gesellschaft in Elite und Masse gegeben (Hartmann 2004, 37). Die Haltung der Autoren ist entgegen dem eigenen Anspruch nicht wertneutral, sondern den Herrschenden zugeneigt (Tamayo/Acemyan 2012, 75–76). So schrieb etwa Mosca (1896, 64): „[L]e minoranze governanti [...] si distinguono dalla massa dei governati per certe qualità, che danno loro una certa superiorità materiale ed intellettuale od anche morale, oppure sono gli eredi di coloro, che queste qualità possedevano.“

Die drei Autoren betonten neben der (fast natürlich erscheinenden) „superiorität“ der Eliten auch deren Hang zur Abschottung nach außen. Pareto spricht dabei von einem „Keislauf der Eliten“, also einem ständigen Austausch zwischen Masse und Elite, den Letztere durch Monopolisierung von Macht zu stoppen versucht (Hartmann 2004, 39). Michels' berühmte Rede vom „ehernen Gesetz der Oligarchie“ geht in eine ähnliche Richtung: Jede Organisation, seien es Parteien oder die Demokratie an sich, tendiert zu Arbeitsteilung und Delegation; daraus folgt zwangsläufig eine Oligarchisierung (durch Elitenbildung und -verhärtung) (Tamayo/Acemyan 2012, 85).

Michels leitet daraus konsequenterweise das Konzept eines Führers ab, der Geführten gegenübersteht (Tamayo/Acemyan 2012, 85). Die Nähe zum Faschismus ist nicht nur begrifflich gegeben. Als Mitglied des Partito Nazionale Fascista (PNF) wurde er 1927 zum Professor für Nationalökonomie in Perugia ernannt. Mosca und Pareto waren Zeit ihres Lebens auf Distanz zum faschistischen Regime. Nichtsdestotrotz haben sie mit ihren Elitentheorien den Faschismus intellektuell und ideologisch geprägt (Hartmann 2004, 41).

Neben dieser konservativen bis protofaschistischen Elitekonzeption entwickelte sich im 20. Jahrhundert auch eine linke Kritik an (parlamentarischen) Machteliten, die sich vom Konzept der Klassengesellschaft ableitet. Parlamente sind danach ein Instrument der herrschenden Klasse, um die eigenen Interessen durchzusetzen und die Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren (vgl. Agnoli 1968; Marschall 2017, 222).

Die neuere Forschung geht stärker empirisch vor (vgl. Cotta/Best 2007). So stellen etwa Blondel/Müller-Rommel (2007) fest, dass die derzeitigen Eliten erstens überwiegend männlich, gut gebildet und wohlhabend sind, und zweitens dazu tendieren, sich abzuschotten und keine neuen Herausforderer/-innen zu dulden. In Bezug auf die politischen Eliten, eben die *Machteliten*, deutet dieser Befund in der Tat auf ein Demokratiedefizit hin (Verzichelli/Cotta 2015, 423; vgl. Albertus/Menaldo 2018). Eine von der Gesellschaft zu sehr abgeschottete politische Klasse ruft in einer Demokratie zwangsläufig Skepsis und Misstrauen hervor und lässt dabei viel Platz für Populismus (Verzichelli/Cotta 2015, 429; vgl. zum Zusammenhang von geschlossenen Elitenzirkeln und Rechtspopulismus Hartmann 2018).<sup>3</sup> Im Umkehrschluss bedeutet das, dass das Schließen von „Repräsentationslücken“ (Kaina 2009, 406) ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Populismus, politische Unzufriedenheit und autoritäre Radikalisierung sein kann. Solche Repräsentationslücken bestanden und bestehen in den Landtagen und Gemeinderäten der Euregio bisher vor allem in Bezug auf Frauen (vgl. Atz 2021), sexuelle, migrantische, ethnische oder andere Minderheiten (vgl. etwa Wisthaler et al. 2021) oder Menschen aus unteren Einkommens- und Vermögensschichten und Arbeiter/-innen (vgl. Traweger/Pallaver 2022). Dieser Beitrag untersucht den Ist-Zustand der Repräsentation in den Landtagen von Tirol, Südtirol und Trentino.

## 1.4 Methode

Analyse und Vergleich der Soziodemographie und Sozialstruktur ist aus theoretischer Sicht zweifach interessant: Erstens erfüllen Abgeordnete die Funktion der Repräsentation, was die Repräsentation als Zusammensetzung des Parlaments bzw. „parlamentarische Materialursache“ mit einschließt. Zweitens sind Abgeordnete Teil der politischen Machtelite und damit der politischen Klasse. Einsicht in deren Beschaffenheit ist Grundlage für weitergehende Arbeiten und Diskussionen zu Demokratiequalität.

Im Folgenden werden die soziodemographischen und sozialstrukturellen Eigenschaften der Abgeordneten in Tirol, Südtirol und Trentino erhoben und miteinander verglichen. Diese Arbeit basiert methodisch vor allem auf Traweger/Pallaver 2022, des Weiteren auch auf Pelinka 1979, Jenny et al. 2001, Verzichelli 2010 und Isernia et al. 2023. Für die Daten gelten diese Stichtage: Tirol 20.11.2023; Südtirol 13.11.2023; Trentino 7.11.2023. Folgende Dimensionen wurden erhoben: Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, vorheriger oder aktueller Beruf (neben Landtagsmandat), lokalpolitisches Amt, erstmaliger Eintritt in den Landtag (Turnover). Als Quellen der erhobenen Daten dienten folgende Internetportale: Land Tirol (o. J.), Südtiroler Landtag (o. J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o. J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o. J.) sowie einzelne persönliche Websites der Abgeordneten.

## 2. Die Landtage von Tirol, Südtirol und Trentino

Die Landtage der Europaregion unterscheiden sich nicht in ihrer politischen Funktion, wohl aber in ihren Sachkompetenzen, die in Tirol geringer sind als in Südtirol und im Trentino; weiters in der Anzahl der Landtagsabgeordneten und wie diese gewählt werden.

Der Tiroler Landtag wird alle fünf Jahre in neun Wahlkreisen nach dem Verhältniswahlssystem mit einer Fünf-Prozenthürde gewählt und besteht aus 36 Mitgliedern.

Jede/r Wahlberechtigte kann zwei Vorzugsstimmen abgeben, eine Stimme für den Kandidaten/die Kandidatin der Landesliste und eine an einen Wahlkreis-Kandidaten/Kandidatin. Stimmensplitting ist nicht möglich. Es besteht die Möglichkeit der Briefwahl. Die Mandate werden über ein erstes und zweites Ermittlungsverfahren vergeben. Der Landtag wählt aus seiner Mitte den Landeshauptmann/die Landeshauptfrau sowie die Mitglieder der Landesregierung. Sind die berufenen

Regierungsmitglieder bereits Mitglieder des Landtages, müssen sie ihr Mandat für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Regierung ablegen (Landtagswahlordnung 2017).

In Südtirol werden die 35 Mandate in einem einzigen Wahlkreis nach dem Verhältniswahlssystem ohne Sperrklausel und ohne Grundmandat mit der Möglichkeit gewählt, bis zu vier Vorzugsstimmen abzugeben. Für im Ausland ansässige oder kurzfristig außer Landes befindliche Wähler/-innen gibt es die Möglichkeit der Briefwahl. In jeder Liste muss mindestens ein Drittel des jeweiligen anderen Geschlechts vertreten sein. Die Landesregierung mit dem Landeshauptmann/der Landeshauptfrau wird vom Landtag gewählt. Für den Landeshauptmann/der Landeshauptfrau herrscht eine Beschränkung auf drei ununterbrochene Mandate (Landesgesetz 2017).

Das Wahlsystem im Trentino für die Vergabe von 35 Sitzen in einem einzigen Wahlkreis weist im Vergleich zu Südtirol einige Abweichungen auf. Der Landeshauptmann/die Landeshauptfrau wird, verbunden mit einer variablen Mehrheitsprämie, über ein relatives Mehrheitswahlssystem gewählt. Die Ausübung der Funktion ist für den Landeshauptmann/die Landeshauptfrau auf zwei hintereinander folgende Mandate beschränkt.

Jede Liste muss mit einem Kandidaten/einer Kandidatin für das Amt des Landeshauptmanns/der Landeshauptfrau verbunden sein. Die Listen müssen weiters Geschlechts-paritatisch zusammengesetzt sein. Die Wähler/-innen wählen einmal den Kandidaten/die Kandidatin für das Amt des Landeshauptmanns/der Landeshauptfrau sowie eine der damit verbundenen Liste. Sie können zwei Vorzugsstimmen abgeben, paritatisch aufgeteilt nach Geschlecht Mann und Frau.

Der Wahlkoalition des/der siegreichen Präsidenten/Präsidentin werden ohne Berücksichtigung des Sitzes des Präsidenten/der Präsidentin 17 Sitze zugeteilt, wenn die Zahl der erhaltenen Stimmen weniger als 40 Prozent beträgt, 20 Sitze, wenn die Zahl der erhaltenen Stimmen mindestens 40 Prozent der Gesamtstimmen beträgt. Die Koalition des Präsidenten/der Präsidentin darf in keinem Fall mehr als 23 Sitze erhalten. Nach der Zuteilung der Sitze an die Liste oder Koalition des/der Präsidenten/Präsidentin werden die restlichen Sitze proportional auf die anderen Listen und Koalitionen verteilt. Danach kommt es zur Verteilung der Sitze innerhalb der Koalition (Consiglio della Provincia Autonoma di Trento 2023).

**Tab. 1: Tirol, Wahlergebnisse Landtagswahl 2022 (in Prozent und Sitzen)**

Listen	%	Sitze
Anton Mattle Tiroler Volkspartei (MATTLE) (ÖVP)	34,71	14
Sozialdemokratische Partei Österreichs – Tirol (SPÖ)	17,48	7
Freiheitliche Partei Österreichs – die Tiroler Freiheitlichen (FPÖ)	18,84	7
Die Grünen – Die Grüne Alternative Tirol (GRÜNE)	9,20	3
Liste Fritz – Bürgerforum Tirol (FRITZ)	9,90	3
Neos	6,29	2
MFG Österreich – Menschen Freiheit Grundrechte (MFG)	2,78	-
mach mit – Die Liste für alle anderen (MACH MIT)	0,13	-
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	0,67	-

Quelle: Land Tirol 2022

**Tab. 2: Südtirol, Wahlergebnisse Landtagswahl 2023 (in Prozent und Sitzen)**

Listen	%	Sitze
Südtiroler Volkspartei (SVP)	34,5	13
Team K (TK)	11,1	4
Lega	3,0	1
Verdi/Grüne/Vërc (VGV)	9,0	3
Die Freiheitlichen (dF)	4,9	2
Süd-Tiroler Freiheit (STF)	10,9	4
Partito Democratico/Demokratische Partei (PD)	3,5	1
Movimento 5 Stelle (M5S)	0,7	0
Fratelli d'Italia (FdI)	6,0	2
Forza Italia (FI)	0,6	0
Jürgen Wirth Anderlan (JWA)	5,9	2
Südtirol mit Widmann (SMW)	3,4	1
La Civica (LC)	2,6	1
Vita	2,6	1
Enzian	0,7	0
Centro Destra	0,6	0

Quelle: Civis 2023

**Tab. 3: Trentino, Wahlergebnisse Direktwahl des/der Landeshauptmanns/-frau und Wahlergebnisse Landtagswahl 2023 (in Prozent und Sitzen)**

Listen	Prozent	Sitze	
<b>Maurizio Fugatti</b>			
Noi Trentino per Fugatti presidente (NTPF)	10,73%	4	
Lega Fugatti presidente (Lega)	13,05%	6	Die Liste tritt das Mandat an den LH*-Kandidaten ab <sup>4</sup>
Fratelli d'Italia (FdI)	12,34%	5	
Unione dei Democratici Cristiani e dei Democratici di Centro – UDC	0,59%	0	
Forza Italia	2,03%	0	
La Civica (LC)	4,85%	2	
Partito Autonomista Trentino Tirolese – (PATT)	8,18%	3	
Fassa	0,87%	1	garantierter Sitz für die ladinische Minderheit
<b>Marini Alex</b>			
Movimento Cinque Stelle	1,95%	0	
<b>Francesco Valduga</b>			
Italia Viva	1,47%	0	
Campobase (CB)	8,41%	4	Die Liste tritt das Mandat an den LH-Kandidaten ab
Alleanza Verdi e Sinistra (V/S)	3,25%	1	
Fascegn	1,56%	0	
Casa Autonomia.EU (CAEU)	4,29%	1	Die Liste tritt das Mandat an den LH-Kandidaten ab
Azione	1,42%	0	
Partito Democratico del Trentino (PD)	16,64%	7	
<b>Filippo Desgasperi</b>			
La me Val – Primiero Vanoi Mis	0,52%	0	
Onda	2,52%	1	Die Liste tritt das Mandat an den LH-Kandidaten ab
Unione popolare	0,47%	0	

Listen	Prozent	Sitze	
<b>Sergio Divina</b> (nicht gewählt)			
Giovani per Divina presidente	0,27%	0	
Noi con Divina presidente	0,79%	0	
Alternativa popolare	0,97%	0	
<b>Elena Dardo</b> (nicht gewählt)			
Alternativa	0,48%	0	
<b>Marco Rizzo</b> (nicht gewählt)			
Democrazia sovrana popolare	2,35%	0	

\*LH: Landeshauptmann

Quelle: Provincia Autonoma di Trento 2023

Eine besondere Regel ist für die beiden Landtage von Bozen und Trient zugunsten der ladinischen Minderheit vorgesehen. In der Provinz Trient wird einem Vertreter/ einer Vertreterin der ladinischen Gebiete im Fassatal ein Sitz zugewiesen. Ein Sitz geht per Gesetz an jenen Kandidaten/jene Kandidatin, welche/-r die meisten Vorzugsstimmen in den ladinischen Gemeinden erhalten hat und der Liste angehört, die in denselben Gemeinden die meisten Stimmen erzielt hat. Eine ähnliche Regelung für die ladinische Bevölkerung im Grödner- und im Gadertal gibt es bei der Wahl zum Südtiroler Landtag. Wenn kein Ladiner/keine Ladinerin ein direktes Mandat erzielt, kommt eine Sonderregelung zum Zuge, die einen ladinischen Sitz garantiert.

Die beiden Provinzen Bozen und Trient bilden nach der Landtagswahl zusammen den Regionalrat Trentino-Südtirol. Deshalb finden die Wahlen in Bozen und Trient gleichzeitig statt, sofern nicht einer der Landtag vorzeitig aufgelöst wird.

Die parteipolitische Zusammensetzung der Landtage präsentierte sich zu Beginn der jeweiligen Legislaturperioden wie folgt (spätere Änderungen wurden nicht berücksichtigt). In Tirol sind sechs Parteien im Landtag vertreten, in Südtirol zwölf und im Trentino elf. Allerdings bedeutet die doch erheblich höhere Anzahl an Parteien in Südtirol und im Trentino im Vergleich zu Tirol nicht, dass all diese Parteien auch relevant sind, zumal es eine Reihe von Ein-Personen-Parteien gibt, die nicht alle ein Koalitions- oder ein Erpressungspotential besitzen (Sartori 1976).

In Tirol regiert eine Koalition aus ÖVP und SPÖ, in Südtirol eine Fünfer-Koalition bestehend aus SVP, Fratelli d'Italia, Lega, Die Freiheitlichen und La Civica. Im

Trentino bilden sechs Parteien die Regierung: Lega Fugatti presidente, Noi Trentino per Fugatti presidente, Fratelli d'Italia, La Civica, Partito Autonomista Trentino-Tirolese (Patt), Fassa.

**Tab. 4: Anzahl der Parteien in den Landtagen der Euregio-Mitgliedsländer**

Tirol	Südtirol	Trentino
6	12	11

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.)

### 3. Der persönliche Hintergrund der Abgeordneten

#### 3.1 Geschlecht

In den Landtag von Tirol sind 15 Frauen gewählt worden (41,7 Prozent), in jenen des Trentino 14 (40 Prozent) und in jenen von Südtirol zehn (28,6 Prozent). Im Durchschnitt des Dreierlandtages sind dies 36,8 Prozent. Tirol und das Trentino liegen mehr oder weniger gleich auf, allerdings gibt es im Tiroler Wahlgesetz im Gegensatz zum Trentino keine frauenfördernden Maßnahmen. Insofern ist das Ergebnis in Tirol politisch relevanter als im Trentino. Südtirol hängt in dieser Hinsicht dem Trentino stark nach, sieht das Wahlgesetz nur schwache Maßnahmen für Frauen vor.

**Tab. 5: Anteil der Frauen und Männer in den Euregio-Landtagen**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frauen	15	41,7	10	28,6	14	40,0
Männer	21	58,3	25	71,4	21	60,0

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Den geringsten Frauenanteil im Tiroler Landtag weisen die Freiheitlichen auf, wie dies bei rechtspopulistischen Parteien sehr oft der Fall ist (28,6 Prozent). Es folgen die Liste Fritz (33,3 Prozent) und die ÖVP (35,7 Prozent), alle anderen Parteien liegen bei 50 Prozent und darüber, an erster Stelle rangieren die Grünen (66,7 Prozent).

**Tab. 6: Anteil der Frauen im Tiroler Landtag nach Parteien**

	Fraktionsgröße	Frauen	Männer	Frauenanteil (%)
ÖVP	14	5	9	35,7
FPÖ	7	2	5	28,6
SPÖ	7	4	3	57,1
Liste Fritiz	3	1	2	33,3
Grüne	3	2	1	66,7
Neos	2	1	1	50,0

Quelle: Land Tirol (o.J.), eigene Berechnungen

Im Südtiroler Landtag ist die Liste Vita mit einer Frau vertreten (100 Prozent), an zweiter Stelle liegen die Grünen mit zwei von drei Mandaten und somit bei einem Frauenanteil von 66,7 Prozent. Es folgen zwei Parteien mit jeweils zwei Abgeordneten, davon jeweils einer Frau: FdI und Die Freiheitlichen. Team K und Süd-Tiroler Freiheit mit einer Frau auf vier Mandate kommen auf 25 Prozent Frauenanteil. Die SVP als stimmenstärkste Partei liegt mit drei Frauen auf 13 Mandate bei 23,1 Prozent an letzter Stelle. Unter den zwölf Parteien im Landtag gibt es fünf Ein-Personen-Parteien.

**Tab. 7: Anteil der Frauen im Südtiroler Landtag nach Parteien**

	Fraktionsgröße	Frauen	Männer	Frauenanteil (%)
SVP	13	3	10	23,1
Team K	4	1	3	25,0
Süd-Tiroler Freiheit	4	1	3	25,0
Grüne/Verdi/Verc	3	2	1	66,6
Fratelli d'Italia	2	1	1	50,0
JWA	2	–	2	0,0
Die Freiheitlichen	2	1	1	50,0
Partito Democratico/ Demokratische Partei	1	–	1	0,0
Für Südtirol mit Widmann	1	–	1	0,0
Lega	1	–	1	0,0
La Civica	1	–	1	0,0
Vita	1	1	–	100

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

Im Trentino sind 14 Frauen im Landtag vertreten. Es gibt zwei Listen, die durch jeweils eine Frau vertreten werden (100 Prozent). Es folgt der Partito Democratico mit 57,1 Prozent bei vier Frauen auf sieben Mandate. Zwei weitere Parteien, Noi Trentino per Fugatti presidente und La Civica weisen jeweils die Hälfte weibliche Abgeordnete auf (50 Prozent). Zwei Listen (Fassa, Onda) bestehen nur aus männlichen Vertretern. Die Parteien mit der höchsten Frauenquote gehören dem Mitte-Links-Bündnis an.

**Tab. 8: Anteil der Frauen im Trentiner Landtag nach Parteien**

	Fraktionsgröße	Frauen	Männer	Frauenanteil (%)
Noi Trentino per Fugatti presidente	4	2	2	50,0,0
Lega Fugatti presidente	6	2	4	33,3
Fratelli d'Italia	5	1	4	20,0
La Civica	2	1	1	50,0
Partito Autonomista Trentino Tirolese – PATT	3	1	2	33,3
Fassa	1	-	1	0
Campobase	4	1	3	25,0
Alleanza Verdi e Sinistra	1	1	-	100
Casa Autonomia.EU	1	1	-	100
Partito Democratico del Trentino	7	4	3	57,1
Onda	1	-	1	0

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Bei der Zusammensetzung der Landesregierungen liegt Tirol mit 37,5 Prozent (3 auf 8 Regierungsmitglieder) an erster Stelle, gefolgt von Südtirol mit 27,3 Prozent (3 auf 11) und dem Trentino mit 25,0 Prozent (2 auf 8).

**Tab. 9: Anteil der Frauen in den Landesregierungen der Europaregion**

	Tirol	Südtirol	Trentino
Anzahl der Regierungsmitglieder	8	11	8
Frauenanteil absolut	3	3	2
Frauenanteil in Prozent	37,5	27,3	25,0

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der offiziellen Seiten der Landesregierungen

### 3.2 Alter

Die Durchschnittswerte der drei Landtage liegen relativ eng beieinander. Das niederste Durchschnittsalter finden wir im Tiroler Landtag (44,8), während Südtirol und das Trentino mit rund 52 Jahren fast ident sind. Ident ist in Bozen und in Trient auch das Durchschnittsalter der Männer und Frauen, während die weiblichen Abgeordneten im Tiroler Landtag um acht Jahre älter sind als ihre männlichen Kollegen.

**Tab. 10: Durchschnittsalter der Landtagsabgeordneten**

Tirol		Südtirol		Trentino	
44,8 Jahre		52,2 Jahre		51,1 Jahre	
Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
49,4	41,7	52,0	52,2	50,5	51,7

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Nach Fraktionen im Landtag aufgeschlüsselt finden wir im Tiroler Landtag folgendes Bild: ÖVP, SPÖ und FPÖ liegen mit einem Durchschnittsalter von rund 43 eng beieinander, etwas höher liegen die Liste Fritz, die Grünen und die Neos. Die Frauen sind in allen Fraktionen etwas älter als die Männer. Die jüngsten Abgeordneten finden sich in den Reihen der ÖVP (29 Jahre), der SPÖ (28) und der FPÖ (28). Der älteste Abgeordnete mit 57 Jahren ist von der ÖVP, bei den Frauen eine Vertreterin der Freiheitlichen mit 58 Jahren.

**Tab. 11: Tirol: Durchschnittsalter von Frauen und Männern in den einzelnen Landtagsfraktionen**

Parteien	Durchschnittsalter der Abgeordneten	Anzahl Frauen	Durchschnittsalter der Frauen	Durchschnittsalter der Männer	Alter der jüngsten und ältesten Abgeordneten			
					Frauen		Männer	
ÖVP	43,8	5	46,6	42,2	29	57	29	57
SPÖ	43,3	4	48,0	37,0	28	57	35	40
FPÖ	42,9	2	49,0	40,4	40	58	28	48
Fritz	51,7	1	55,0	50,0	55		49	51
Grüne	47,0	2	51,0	39,0	48	54	39	
Neos	50,0	1	57,0	43,0	57		43	

Quelle: Land Tirol (o.J.), eigene Berechnungen

In Südtirol liegt das Durchschnittsalter in allen Fraktionen mehrheitlich über 50 Jahren, das Durchschnittsalter der Frauen liegt zwischen 43 Jahren (STF) und 69 Jahren (FdI). Jüngste Abgeordnete ist eine Grüne (40), jüngster Abgeordneter ist ebenfalls ein Grüner (26), der älteste mit 70 Jahren ist ein Vertreter der SVP.

**Tab. 12: Südtirol: Durchschnittsalter von Frauen und Männern in den einzelnen Landtagsfraktionen**

Parteien	Durchschnittsalter der Abgeordneten	Durchschnittsalter der Frauen	Durchschnittsalter der Männer	Alter der jüngsten und ältesten Abgeordneten			
				Frauen		Männer	
SVP	51,5	49,7	53,3	46	52	38	70
TK	58,7	58	58,3	58		53	69
STF	46,2	43	47,3	43		39	60
Grüne	40,3	47,5	26	40	55	26	
Fdl	56,5	69	44	69		44	
JWA	56	–	56			53	59
dF	45	49	41	49		41	
PD	64	–	64			64	
MSW	64	–	64			64	
Lega	53	–	53			53	
LC	40	–	40			40	
Vita	57	57	–	57			

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

Mit Ausnahme des Patt (62,7) und der Lista Civica (43) weisen alle Parteien im Trentiner Landtag ein Durchschnittsalter zwischen 50 und 58 Jahren auf. Unter den Frauen sticht die Lega mit dem niedrigsten Durchschnittsalter von 42 Jahren heraus, bei den Männern der PD mit 47,7 Jahren. Mit 36 Jahren stellt die Lega die jüngste Abgeordnete, mit 62 der PD die älteste. Unter den Männern ist es nochmals die Lega (35) und der Patt (67).

**Tab. 13: Trentino: Durchschnittsalter von Frauen und Männern in den einzelnen Landtagsfraktionen**

Parteien	Durchschnittsalter der Abgeordneten	Durchschnittsalter der Frauen	Durchschnittsalter der Männer	Alter der jüngsten und ältesten Abgeordneten			
				Frauen		Männer	
PD	50,6	52,7	47,7	44	62	44	50
Lega	47,2	42	49,7	36	48	35	58
FdI	53,2	47	54,7	47		43	62
Noi Trentino	54,5	52	57	46	58	51	63
Campobase	50,3	51	50	51		46	54
Patt	62,7	56	66	56		65	67
LC	43	43		43			
Casa Autonomia	58	58		58			
Alleanza Verdi e Sinistra	53	53		53			
Onda	52		52			52	

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

In allen drei Landtagen ist der größere Anteil der Abgeordneten zwischen 51 und 60 Jahren alt. In Tirol sind es 30,5 Prozent, in Südtirol 42,9 Prozent und im Trentino 40,0 Prozent. Es folgt die Altersklasse 41 bis 50. Wenn wir diese beiden Altersklassen zusammennehmen, so dominieren die Abgeordneten zwischen 41 und 60 Jahren. Das sind für Tirol 58,3 Prozent, für Südtirol 65,8 Prozent und für das Trentino 74,3 Prozent. Zwei Drittel der Landtagsabgeordneten stammt aus diesen beiden Alterskohorten. In der Altersklasse 61 bis 70 ist Tirol nicht vertreten, am stärksten ist hier Südtirol mit 20,0 Prozent präsent, das Trentino mit 17,1 Prozent.

**Tab. 14: Lebensalter der Landtagsabgeordneten in Tirol**

Alter in Jahren	Anzahl (absolut)	Prozentanteil
21–30	5	13,9
31–40	10	27,8
41–50	10	27,8
51–60	11	30,5
61–70	-	-

Quelle: Land Tirol (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 15: Lebensalter der Landtagsabgeordneten in Südtirol**

Alter in Jahren	Anzahl (absolut)	Prozentanteil
21–30	1	2,8
31–40	4	11,4
41–50	8	22,9
51–60	15	42,9
61–70	7	20,0

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 16: Lebensalter der Landtagsabgeordneten im Trentino**

Alter in Jahren	Anzahl (absolut)	Prozentanteil
21–30	–	–
31–40	3	8,6
41–50	12	34,3
51–60	14	40,0
61–70	6	17,1

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Bei der Aufschlüsselung der Alterskohorten nach Geschlecht sehen wir, dass die Frauen in allen drei Ländern am stärksten im Abschnitt 51–60 Jahre konzentriert sind, im Trentino ex aequo mit jenen zwischen 41 und 50 Jahren. Bei den Männern gilt dies auch mit Ausnahme Tirols, wo die Altersdekade von 31 bis 40 überwiegt.

**Tab. 17: Lebensalter der Landtagsabgeordneten in Tirol nach Geschlecht**

Alter in Jahren	Anzahl (absolut)		Prozentanteil	
	M	F	M	F
21–30	3	2	8,3	5,6
31–40	9	1	25,0	2,8
41–50	6	4	16,7	11,1
51–60	3	8	8,3	22,2
61–70	–	–	–	–

Quelle: Land Tirol (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 18: Lebensalter der Landtagsabgeordneten in Südtirol nach Geschlecht**

Alter in Jahren	Anzahl (absolut)		Prozentanteil	
	M	F	M	F
21–30	1	–	2,8	–
31–40	3	1	8,6	2,8
41–50	5	3	14,3	8,6
51–60	11	4	31,5	11,4
61–70	6	1	17,2	2,8

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 19: Lebensalter der Landtagsabgeordneten im Trentino nach Geschlecht**

Alter in Jahren	Anzahl (absolut)		Prozentanteil	
	M	F	M	F
21–30	–	–	–	–
31–40	2	1	5,7	2,8
41–50	6	6	17,2	17,2
51–60	8	6	22,8	17,2
61–70	5	1	14,3	2,8

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

### 3.3 Bildung

Was den Bildungsgrad unter den Landtagsabgeordneten betrifft, so überwiegen in allen drei Ländern im Wesentlichen im gleichen Ausmaß (rund 54 Prozent) die akademischen Abschlüsse. Bei den Abschlüssen mit Matura/Höhere Schulen steigen die Prozentsätze kontinuierlich von Tirol über Südtirol ins Trentino. Dort gibt es 42,9 Prozent Volksvertreter/-innen mit einem solchen Abschluss. Das Trentino weist im Vergleich zu Tirol und Südtirol noch eine weitere Besonderheit auf. Im Trentiner Landtag gibt es niemanden aus dem Bereich Lehre/Fachschule. Und im Trentino sowie in Südtirol gibt es jeweils einen Abgeordneten, dessen formaler Bildungsgrad nicht über die Pflichtschule geht.

**Tab. 20: Formale Bildung der Landtagsabgeordneten im Vergleich**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl Mandate	%	Anzahl Mandate	%	Anzahl Mandate	%
Akademischer Grad	20	55,6	19	54,3	19	54,3
Höhere Schule/Matura	10	27,8	10	28,6	15	42,9
Lehre/Fachschule	6	16,7	5	14,3	–	–
Pflichtschule	–	–	1	2,8	1	2,8

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 21: Bildungsgrad nach Geschlecht**

	Tirol				Südtirol				Trentino			
	F		M		F		M		F		M	
	*abs.	%	*abs.	%	*abs.	%	*abs.	%	*abs.	%	*abs.	%
Akademischer Grad	10	27,8	10	27,8	7	20,0	12	34,3	9	25,7	10	28,6
Höhere Schule/Matura	4	11,1	6	16,6	3	8,6	8	22,8	6	17,2	9	25,7
Lehre/Fachschule	1	2,8	5	13,9	–	–	5	14,3	–	–	–	–
Pflichtschule	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	2,8

\*abs.: absolut

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Wenn wir den Bildungsgrad nach Geschlecht differenzieren, so können wir sehen, dass sich die akademischen Abschlüsse in etwa die Waage halten. Bei den Abschlüssen mit Matura gibt es in allen drei Landtagen ein leichtes Übergewicht bei den Männern. Ganz eindeutig kommt dies beim Abschluss einer Lehre/Fachschule zum Ausdruck.

### 3.4 Beruf

Die Berufsangabe der Abgeordneten hängt oft von der politischen Zweckmäßigkeit ab, wenn die soziale Vertretung unterstrichen werden soll (vgl. Jenny et al. 2001, 59). Die meisten Abgeordneten in allen drei Ländern sind Angestellte. Tirol und das Trentino liegen gleich auf (rund 42 Prozent), Südtirol liegt mit 25 Prozent deutlich dahinter. Die Selbständigen bilden die zweitstärkste Berufsgruppe, hier ist Tirol im Vergleich der drei Länder am schwächsten vertreten (33 Prozent gegenüber 40 Prozent). Es folgt der öffentliche Dienst, hier liegt wiederum Südtirol im Vergleich zu den beiden anderen Ländern etwas zurück (11,4 Prozent zu 19 Prozent und 17 Prozent).

Im Trentino gibt es keinen Landwirt im Landtag, zwei in Tirol, gar fünf in Südtirol. Den einzigen Studenten stellen die Grünen Südtirols. Kein/e einzige/r Arbeiter/-in hat den Einzug in einen der Landtage geschafft.

**Tab. 22: Berufszweige der Landtagsabgeordneten**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Öffentlicher Dienst	7	19,4	4	11,4	6	17,1
Angestellte	15	41,7	9	25,7	15	42,9
Arbeiter/-in	–	–	–	–	–	–
Selbständige	12	33,3	14	40,0	14	40,0
Landwirt/-in	2*	5,6	5**	14,3	–	–
Rentner/-in	–	–	2	5,7	–	–
Student/-in	–	–	1	2,9	–	–

\* Beide Abgeordnete sind Landwirte und zugleich Teilzeit-Angestellte.

\*\* Ein Teil davon sind Landwirte mit einem Nebenerwerb.

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Bei der Aufschlüsselung nach Geschlecht liegen Männer und Frauen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, in Südtirol und im Trentino gleich auf, in Tirol sind mehr als doppelt so viel Männer (14 Prozent) im öffentlichen Dienst beschäftigt als Frauen (5,5 Prozent). Den stärksten Unterschied unter den Angestellten gibt es in Südtirol mit 20,0 Prozent Frauen und rund sechs Prozent Männern. Bei den Selbständigen halten sich die Männer in Südtirol und im Trentino die Waage. Unter den Landwirten gibt es keine Frauen, auch nicht unter den Rentnern und Rentnerinnen.

**Tab. 23: Berufszweige der Landtagsabgeordneten nach Geschlecht**

	Tirol				Südtirol				Trentino			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	*Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Öffentlicher Dienst	2	5,5	5	13,9	2	5,7	2	5,7	3	8,6	3	8,6
Angestellte	6	16,7	9	25,0	7	20,0	2	5,7	8	22,9	7	20,0
Arbeiter/-in	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Selbständige	7	19,4	5	13,9	5	14,2	11	31,3	3	8,6	11	31,3
Landwirt/-in	–		2	5,6			5	14,2				
Rentner/-in												
Student/-in							1	3,3				

\*Anz.: Anzahl

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

### 3.5 Lokale politische Ämter

Parteien rekrutieren ihr politisches Personal vielfach aus den lokalen Funktionsträgern und -trägerinnen. Deshalb ist es aufschlussreich, Einblick in den politischen Werdegang der Landtagsabgeordneten zu nehmen, somit zu verifizieren, wie sehr die Abgeordneten bereits auf kommunalpolitischer Ebene engagiert waren.

Dabei unterscheidet sich der Tiroler Landtag von den beiden Landtagen in Südtirol und im Trentino ganz wesentlich. In Tirol ist die zeitgleiche Ausübung eines Amtes als Gemeinderat/Gemeinderätin oder als Bürgermeister/-in mit der Funktion eines Landtagsmandats vereinbar. In Südtirol und im Trentino besteht hingegen eine Unvereinbarkeit. Wer in den Landtag gewählt worden ist, muss sämtliche politischen Ämter auf kommunaler Ebene aufgeben.

**Tab. 24: Anzahl der Bürgermeister/-innen**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Amtierende Bürgermeister/-innen	7	19,4				
Ehemalige Bürgermeister/-innen	1	2,8	9	25,7	9	25,7

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Bei den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen gibt es so gut wie keinen relevanten Unterschied zwischen den drei Landtagen, Tirol stellt sieben (plus einen ehemaligen Bürgermeister; 22,2 Prozent), Südtirol und das Trentino stellen jeweils neun ehemalige Bürgermeister/-innen, das sind knapp 26 Prozent der jeweiligen Abgeordneten.

**Tab. 25: Tirol: Anzahl der amtierenden und ehemaligen Bürgermeister/-innen nach Parteien**

ÖVP		SPÖ		FPÖ	Liste Fritz	Grüne	Neos	Summe
M*	M	F*	M					8
5	1	1	1		-	-	-	

\*M: Männer, F: Frauen

Quelle: Land Tirol (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Die höchste Anzahl an Bürgermeister/-innen stellt die ÖVP. Den fünf männlichen, amtierenden Bürgermeistern der Volkspartei stehen eine Bürgermeisterin und ein Bürgermeister der Sozialdemokraten gegenüber sowie ein freiheitlicher Bürgermeister.

**Tab. 26: Südtirol: Anzahl der ehemaligen Bürgermeister/-innen nach Parteien**

SVP		TK	STF	Grüne	Fdl	JWA	dF	PD	SMW	Lega	LC	Vita	Summe
M	F					M				M			9
6	1					1				1			

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

Die traditionelle Bürgermeister/-innenpartei ist in Südtirol die Südtiroler Volkspartei. Nach den letzten Gemeinderatswahlen im Jahre 2020 stellte die SVP 101 von 116 Bürgermeister/-innen (vgl. Gasser 2021). Von den 13 SVP-Abgeordneten bekleideten vor ihrer Wahl sieben das Amt eines Bürgermeisters, eine das Amt einer Bürgermeisterin. In der Fraktion der Liste JWA befindet sich ein ehemaliger Bürgermeister, die Lega ist im Landtag ebenfalls mit einem Bürgermeister vertreten.

**Tab. 27: Trentino: Anzahl der ehemaligen Bürgermeister/-innen nach Parteien**

Lega	NTPF	Fdl	LC	Patt	Fassa		CB	V/S	CAEU	PD	Onda	Summe
	M	M	M		M	F	M			M		9
-	1	3	1	-	1	1	1	-	-	1	-	

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Im Trentino hatten von den 35 Abgeordneten neun ein Bürgermeisteramt inne, nur eine davon ist eine Frau. Von den fünf Abgeordneten der FdI kommen drei aus einem Bürgermeisteramt.

**Tab. 28: Anzahl der (ehemaligen) Gemeinderäte**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
<b>Gesamtzahl</b>	16		16		18	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gemeinderäte (GR)	8	8	6	10	9	9
Prozentsatz GR	44,4		45,7		51,4	

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Die Anzahl der (ehemaligen) Gemeinderäte ist in allen drei Landtagen relativ gleich hoch. Den höchsten Anteil an Gemeinderäten und Gemeinderätinnen stellt das Trentino mit 18 (51,4 Prozent), Tirol und Südtirol folgen mit jeweils 16 (rund 45 Prozent). Frauen und Männer halten sich in Tirol und im Trentino die Waage, in Südtirol überwiegen die Männer.

**Tab. 29: Tirol: Anzahl der amtierenden und ehemaligen Gemeinderatsmitglieder**

ÖVP		FPÖ		SPÖ		Grüne		Liste Fritz		Neos		Summe
5		3		3		3		1		1		16
F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	-
2	3	1	2	2	1	2	1	-	1	1	-	

Quelle: Land Tirol (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

In allen Listen im Tiroler Landtag befinden sich Gemeinderäte. Den höchsten Anteil an Gemeinderatsmitgliedern weist die ÖVP auf: drei Männer und zwei Frauen. Es folgen die FPÖ, die SPÖ und die Grünen mit jeweils drei kommunalen Vertretern und Vertreterinnen. Davon sind fünf Frauen. Eine davon war vor ihrer Wahl in den Tiroler Landtag Gemeinderatsmitglied in der Südtiroler Gemeinde Kurtatsch.

**Tab. 30: Südtirol: Anzahl der ehemaligen Gemeinderatsmitglieder**

SVP		TK		STF		Grüne		FdI		JWA		dF		PD		Lega		LC		Vita		Summe
5		–		4		2		2		–		1		1		–		1		–		16
F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	–
2	3	–	–	1	3	2	–	1	1	–	–	–	1	–	1	–	–	–	1	–	–	

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

Auch bei den Gemeinderäten und Gemeinderätinnen führt die SVP mit fünf Vertretern und Vertreterinnen (zwei Frauen und drei Männer) die Rangliste an. Es folgt die Süd-Tiroler Freiheit mit einer Frau und drei Männern. Die Grünen stellen drei Mandate, zwei davon sind Frauen. Auch die beiden Exponenten und Exponentinnen der FdI haben Erfahrungen in den Gemeindestuben gesammelt (jeweils eine Frau und ein Mann). Das TK als zweitstärkste Fraktion im Landtag, die Liste JWA, die Lega und Vita weisen neben ihren bereits erwähnten ehemaligen Bürgermeister/-innen keine Gemeindevertreter/-innen als Abgeordnete auf.

**Tab. 31: Trentino: Anzahl der ehemaligen Gemeinderatsmitglieder**

Lega		NTFP		FdI		LC		Patt		Fassa		CB		V/S		CAEU		PD		Onda		Summe
5		1		2				1		1		3		1		–		4				18
F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	–
1	4	1	–	1	1	–	–	–	1	–	1	1	2	1	–	–	–	4	–	–	–	

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Im Trentino sind es die Lega (fünf) und der PD (vier) mit den meisten Abgeordneten, die zuvor in den Gemeinderäten engagiert waren. Die stärkste Gemeinderatsfraktion bildet der PD mit vier Frauen.

**Tab. 32: Landtagsabgeordnete mit kommunalpolitischen Erfahrungen**

Tirol		Südtirol		Trentino	
24 (66,7%)		25 (71,4%)		27 (77,1%)	
F	M	F	M	F	M
9	15	7	18	10	17

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Alle drei Landtage sind stark durch kommunalpolitische Vertreter/-innen geprägt. In Tirol sind es 66,7 Prozent der Abgeordneten, in Südtirol 71,4 und im Trentino 77,1. In allen drei Landtagen überwiegen die Männer.

### 3.6 Eintritt in den Landtag

Politische und auch technische Erfahrungen im Landtag spielen für die politische Arbeit eine bedeutende Rolle. Deshalb ist die Frage des Personalaustausches, die Frage der Erneuerung des politischen Personals eine relevante Variable. Von 36 Abgeordneten in Tirol sind 2022 17 erstmals in den Landtag gezogen. Das sind 47,2 Prozent, was bedeutet, dass fast die Hälfte des vorhergehenden Landtages ausgewechselt worden ist. Die an Arbeitsjahren „jüngste“ Fraktion ist die ÖVP mit acht auf 14 neuen Mandataren und Mandatarinnen. Drei Abgeordnete sind bereits seit der XIV Legislaturperiode (2003–2008) im Landtag.

**Tab. 33: Tirol: Erstmalsiger Eintritt in den Landtag, Landtagswahl 2022**

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Liste Fritz	Grüne	Neos	Gesamt
XIII *GP 1999–2003		-	-	-	-	-	-
XIV GP 2003–2008	1	1	-	1	-	-	3
XV GP 2008–2013	1	-	-		1	-	2
XIII GP 2013–2018	2(i)	-	1(ii)	-	-	-	3
XVI GP 2018–2022	2	4	3	1		1	11
XVII GP 2022–2027	8(iii)	2	3(iv)	1	2	1	17

\*GP: Gesetzgebungsperiode

i: Ein Abgeordneter rückte 2015 nach.

ii: Ein Abgeordneter rückte 2015 nach.

iii: Eine Abgeordnete rückte 2023 nach.

iv: Ein Abgeordneter rückte 2023 nach.

Quelle: Land Tirol (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 34: Tirol: Erstmalsiger Eintritt in den Landtag nach Parteien**

ÖVP		SPÖ		FPÖ		Liste Fritz		Grüne		Neos	
8		2		3		1		2		1	
F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
3	5	1	1	1	2	-	1	2	-	1	-

Quelle: Land Tirol (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 35: Tirol: Neueintritte nach Geschlecht**

Gesamtzahl der Neueintritte		Prozent von allen Abgeordneten	
17		47,2	
Frauen	Männer	Frauen	Männer
8	9	22,2	25,0

Quelle: Land Tirol (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Was die Aufteilung nach Geschlechtern betrifft, so stellen die acht Frauen, die erstmals in den Landtag gewählt worden sind, 22,2 Prozent aller Abgeordneten dar (Männer: 25,0 Prozent), unter den „Neuen“ sind es 47,1 gegenüber 52,9 Prozent Männern.

In Südtirol sind auf 35 Mandate 15 neu besetzt worden, das entspricht einem Satz von 42,8 Prozent. Zwei Abgeordnete waren bereits in der XII. Gesetzgebungsperiode Mitglied des Landtages und sind es somit seit zwanzig Jahren. Drei Parteien, nämlich das TK, die Freiheitlichen und der PD, sind erneut mit jenen Abgeordneten in den Landtag eingetreten, welche diese Parteien bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode vertreten haben.

**Tab. 36: Südtirol: Erstmaliger Eintritt in den Landtag, Landtagswahl 2023**

	SVP	TK	STF	Grüne	Fdl	JWA	dF	PD	SMW	Lega	LC	Vita	Gesamt
XII GP 2003–2008							1		1(ii)				2
XIII GP 2008–2013	2		1										3
XIV GP 2013–2018	4	1	2(i)	1									8
XV GP 2018–2023	2	3					1	1					7
XVI GP 2023–2028	5	-	1	2	2	2	-	-		1	1	1	15

\*GP: Gesetzgebungsperiode

I: Eine Abgeordnete rückte 2014 nach. Ein Abgeordneter war 2018–2023 nicht im Landtag vertreten, Wiederwahl 2023.

ii: Antritt 2023 mit einer eigenen Liste

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 37: Südtirol: Erstmaliger Eintritt in den Landtag nach Parteien**

SVP		TK		STF		Grüne		Fdl		JWA		dF		PD		SMW		Lega		LC		Vita	
M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
4	1	-	-	1	-	1	1	1	1	2	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	1

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 38: Südtirol: Neueintritte nach Geschlecht**

Gesamtzahl der Neueintritte		Prozent von allen Abgeordneten	
15		42,8	
Frauen	Männer	Frauen	Männer
4	11	11,4	31,4

Quelle: Südtiroler Landtag (o.J.), eigene Berechnungen

Die 15 Neueintritte entsprechen einem Satz von 42,8 Prozent. Unter diesen befinden sich vier Frauen, das entspricht auf 35 Abgeordnete 11,4 Prozent gegenüber 31,4 Prozent an Männern. Nur auf die Neueintritte berechnet sind das 26,7 Prozent Frauen und 73,3 Prozent Männer.

In den Trentiner Landtag sind bei den Wahlen 2023 15 neue Abgeordnete eingezogen, das sind 42,8 Prozent. Im Gegensatz zu Südtirol ist im Trentiner Landtag niemand länger als zehn Jahre im Hohen Haus. Immerhin haben fünf Parteien keine Erneuerung vorgenommen. Das sind: Lega, LC, Casa autonomia, Fassa und Verdi & Sinistra.

**Tab. 39: Trentino. Erstmaliger Eintritt in den Landtag, Landtagswahl 2023**

	PD	Lega	Fdl	NTFP	CB	Patt	LC	CAEU	Fassa	V/S	Onda	Gesamt
XI *GP 1998–2003							.				-	-
XII GP 2003–2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XIII GP 2008–2013												-
XIV GP 2013–2018	3	1(iv)	1(ii)	--	-	2	-	-	-	-	1(iii)	8
XV GP 2018–2023	1(i)	5	-	1	-	-	2	1* Ex Patt	1	1* ex Futura	-	12
XVI GP 2023–2028	3	-	4	3	4	1	-	-	-	-	-	15

\*GP: Gesetzgebungsperiode

i: Übertritt von Futura; ii: Wechsel 2014; iii: Wechsel von M5S; iv: mit einer Unterbrechung 2013–18

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

**Tab. 40: Trentino: Erstmöglicher Eintritt in den Landtag nach Parteien**

PD		Lega		Fdi		NTPF		CB		Patt		LC		CAEU		Fassa		V/S		Onda	
M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
1	2			3	1	1	2	3	1		1										

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Was die Aufteilung nach Geschlechtern betrifft, so präsentiert sich diese recht ausgeglichen: 7 Frauen (20,0 Prozent) und 8 Männer (22,8 Prozent).

**Tab. 41: Trentino: Neueintritte nach Geschlecht**

Gesamtzahl der Neueintritte		Prozent von allen Abgeordneten	
15		42,8	
Frauen	Männer	Frauen	Männer
7	8	20,0	22,8

Quelle: Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Was die Aufteilung nach Geschlechtern betrifft, so stellen die acht Frauen, die erstmals in den Landtag gewählt worden sind, 20,0 Prozent aller 35 Abgeordneten, die acht Männer kommen auf 22,8 Prozent. Nur auf die Neueintritte berechnet, stehen die Frauen bei 46,7 Prozent, die Männer bei 53,3 Prozent.

## 4. Resümee und Schlussfolgerungen

Die Erhebung von soziodemographischen Daten der Landtagsabgeordneten in Tirol, Südtirol und im Trentino erlaubt es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Volksvertreter/-innen in den drei Euregio-Ländern festzustellen. Die wichtigsten Ergebnisse sollen hier nochmals zusammengefasst und einige Trends angesprochen werden.

### 4.1 Geschlecht

Tab. 42: Anteil der Frauen und Männer

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frauen	15	41,7	10	28,6	14	40,0
Männer	21	58,3	25	71,4	21	60,0

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), eigene Berechnungen

Die Anzahl der Frauen hat sich in den Landesparlamenten im Vergleich zu früheren Wahlen zwar erhöht, ist aber in gewisser Weise asymmetrisch. In Südtirol gibt es die gesetzliche Verpflichtung, dass mindestens ein Drittel der Kandidaten und Kandidatinnen dem jeweils anderen Geschlecht angehören muss. Im Trentino sind die per Gesetz vorgesehenen Maßnahmen zur Förderung der Frauenpräsenz weit fortgeschrittener. Die Liste der Kandidaten und Kandidatinnen muss nach Geschlecht paritätisch zusammengesetzt sein, die zwei zur Verfügung stehenden Vorzugsstimmen müssen nach Geschlecht gesplittet werden. In Tirol sieht das Wahlgesetz keine besonderen Regeln für die Frauen vor.

Die Regelung im Trentino hat dazu geführt, dass die Anzahl der Frauen nach den Wahlen von 2023 noch nie so hoch war. Von neun (25,7 Prozent) bei den Landtagswahlen 2018 ist die Anzahl auf 14 (40 Prozent) gestiegen. In Südtirol stagniert die Wahl von Frauen nach wie vor, trotz der – wenn auch minimalen – gesetzlichen Förderung. Neun Frauen (25,7 Prozent) waren es bei den Wahlen 2018, zehn sind es 2023 geworden (28,6 Prozent). Tirol aber, wo es keine besonderen Regeln in der Landeswahlordnung für Frauen gibt, hatte bereits 2018 mit 13 Frauen die höchste Anzahl an Frauen in der Europaregion (36,1 Prozent), 2022 steigerte sich die Präsenz auf 15 (41,7 Prozent). Tirol liegt somit ohne gesetzliche Frauenförderung auf gleicher Ebene wie Trient mit einer massiven Frauenförderung.<sup>5</sup>

In Tirol ist keine Partei im Landtag ohne Frauen vertreten, wohl aber in Südtirol (JWA, PD, Lega, LC, SMW) und im Trentino (Fassa, Onda). Die SPÖ (4:3) und die Grünen (2:1) sind in Tirol mit mehr Frauen als Männer im Landtag vertreten, in Südtirol sind es die Grünen (2:1) und die Liste Vita (1:0).

## 4.2 Alter

Schaut man sich das Alter der Landtagsabgeordneten an, so liegt dieses in Südtirol und im Trentino bei rund 50 Jahren, in Tirol doch schon erheblich niedriger bei rund 45 Jahren. In Tirol sind die weiblichen Abgeordneten um durchschnittlich acht Jahre älter als ihre männlichen Kollegen, in Südtirol und im Trentino gibt es kaum einen Unterschied.

**Tab. 43: Durchschnittsalter der Landtagsabgeordneten**

Tirol		Südtirol		Trentino	
44,8 Jahre		52,2 Jahre		51,1 Jahre	
Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
49,4	41,7	52,0	52,2	50,5	51,7

Quelle: Land Tirol (o. J.), Südtiroler Landtag (o. J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o. J.), eigene Berechnungen

Im Unterschied zu den Landtagswahlen 2018 hat sich das Durchschnittsalter kaum geändert. In Tirol liegen aber vier auf sechs Parteien unter der Grenze von 50 Jahren (Liste Fritz und die Neos liegen darüber), in Südtirol sind dies nur zwei auf zwölf Parteien (Grüne und STF), im Trentino zwei auf zehn (Lega, La Civica).

Der größere Anteil der Abgeordneten ist zwischen 51 und 60 Jahren alt. In Tirol sind es 30,5 Prozent, in Südtirol 42,9 Prozent und im Trentino 40,0 Prozent. Es folgt die Altersklasse 41 bis 50. In diese beiden Altersklassen sind die meisten Abgeordneten konzentriert: Tirol 58,3 Prozent, Südtirol 65,8 Prozent, das Trentino 74,3 Prozent.

## 4.3 Bildung

**Tab. 44: Formale Bildung der Landtagsabgeordneten im Vergleich**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl Mandate	%	Anzahl Mandate	%	Anzahl Mandate	%
Akademischer Grad	20	55,6	19	54,3	19	54,3
Höhere Schule/Matura	10	27,8	10	28,6	15	42,9
Lehre/Fachschule	6	16,7	5	14,3		
Pflichtschule	–	–	1	2,8	1	2,8

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Der Bildungsgrad der Abgeordneten in allen drei Landtagen entspricht nicht dem durchschnittlichen Bildungsgrad der Bevölkerung. In allen drei Ländern liegen die Akademiker/-innen in den Landtagen mit rund 55 Prozent an erster Stelle. Im Bereich Lehre/Fachschule weist der Trentiner Landtag im Gegensatz zu Tirol und Südtirol keine Abgeordneten auf. Jeweils einen Abgeordneten mit nur Pflichtabschluss finden wir in den Landtagen von Südtirol und des Trentino.

## 4.4 Beruf

**Tab. 45: Berufszweige der Landtagsabgeordneten**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Öffentlicher Dienst	7	19,4	4	11,4	6	17,1
Angestellte	15	41,7	9	25,7	15	42,9
Arbeiter/-in	–	–	–	–	–	–
Selbständige	12	33,3	14	40,0	14	40,0
Landwirt/-in	2	5,6	5	14,3	–	
Rentner/-in	–	–	2	5,7	–	
Student/-in	–	–	1	2,9	–	

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Die meisten Abgeordneten entstammen den Kategorien Angestellte und Selbständige. Bei den Angestellten steht Trient an der Spitze (42,9 Prozent), bei den Selbständigen liegen Bozen und Trient gleich auf (40 Prozent), in Tirol rekrutieren die Parteien ihre Vertreter/-innen mit knapp 20 Prozent aus dem öffentlichen Dienst, dahinter kommen Trient und Bozen. 2018 dominierten in allen drei Ländern ebenfalls die Selbständigen. Und wie bereits 2018 ist auch in den neu gewählten Landtagen kein/e Arbeiter/-in vertreten. Südtirol weist drei Besonderheiten auf: Im Südtiroler Landtag sitzen die meisten Bauern (fünf an der Zahl, 14,3 Prozent), zwei Rentner und ein Student. Darunter befinden sich keine Frauen. Auffällig ist, dass unter den Frauen die Angestellten einen weit höheren Prozentsatz aufweisen als die Männer (20 Prozent zu 6 Prozent).

#### 4.5 Lokale politische Ämter

**Tab. 46: Anzahl der amtierenden und ehemaligen Bürgermeister/-innen und Gemeinderät/-innen**

	Tirol		Südtirol		Trentino	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Amtierende Bürgermeister/-innen	7	19,4				
Ehemalige Bürgermeister/-innen	1	2,8	9	25,7	9	25,7
Anzahl der (ehemaligen) Gemeinderäte	16	44,4	16	45,7	18	51,4
Landtagsabgeordnete mit kommunalpolitischen Erfahrungen	24	66,7	25	71,4	27	77,1

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Eine relativ hohe Anzahl an Landtagsabgeordneten beginnt ihre politische Karriere in der Gemeinde. Allerdings gibt es zwischen den drei Landtagen unterschiedliche Kompatibilitätsregelungen. In Südtirol und im Trentino ist ein Amt auf kommunaler Ebene mit einem Landtagsmandat nicht kompatibel, in Tirol ist dies kein Hindernis. Deshalb wird in der Tabelle auf den Unterschied zwischen amtierenden und ehemaligen Bürgermeister/-innen hingewiesen.

Der Anteil an Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen (ehemalige miteingerechnet) liegt in allen drei Landtagen in etwa gleich auf (Tirol acht, Südtirol und das Trentino jeweils neun). Dasselbe ergibt sich bei den Gemeinderäten. Zählt man alle

Landtagsabgeordneten mit Gemeinderfahrungen zusammen, so liegt deren Anteil überall bei über zwei Drittel. Die Hälfte davon sind in der Zwischenzeit Frauen.

#### 4.6 Erstmöglicher Eintritt in den Landtag

**Tab. 47: Neueintritte in die Landtage. Vergleich Landtagswahlen (\* 2022) 2023**

Tirol *		Südtirol		Trentino	
17 Abgeordnete – 47,2%		15 Abgeordnete – 42,8%		15 Abgeordnete – 42,8	
F	M	F	M	F	M
8	9	4	11	7	8
22,2	25,0	11,4	31,4	20,0	22,8

Quelle: Land Tirol (o.J.), Südtiroler Landtag (o.J.), Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o.J.), eigene Berechnungen

Der Erneuerungsschub ist im Vergleich der drei Landtage sehr ausgeglichen und liegt etwas über 40 Prozent, in Tirol etwas darüber. Was den Turnover unter den Geschlechtern betrifft, so sind Tirol und das Trentino ausgeglichen, während in Südtirol der weit größere Neuzugang bei den Männern anzutreffen ist. Der Turnover in den drei Ländern ist damit in etwa gleich hoch wie der Durchschnitt in nationalen Parlamenten Westeuropas seit 1989 (41,8 Prozent; zum Vergleich: Österreich 39,3 Prozent, Italien 56,8 Prozent) (Gouglas et al. 2018, 652). Der Turnover zeigt die prinzipielle Offenheit der Landtage für neue aufstrebende Eliten und relativiert etwas Michels „ehernes Gesetz der Oligarchie“ der Elitenverhärtung. Ein Grund hierfür könnte sein, dass Abgeordnete den Landtag als Sprungbrett für prestigereichere Posten benutzen. Ein gesteigener Turnover wird freilich von vielen Variablen bedingt, hängt aber häufig mit einer erhöhten Volatilität zusammen (Gouglas et al. 2018, 638).

Resümierend kann man sagen, dass sich die soziodemographischen Unterschiede unter den Landtagsabgeordneten in den drei Euregio-Mitgliedsländern nicht grundlegend unterscheiden, sieht man von vereinzelt Punkten ab, die aber nicht auf unterschiedliche Entwicklungen oder neue Trends unter den Volksvertretern und Volksvertreterinnen hinweisen.

Die Unterschiede werden allerdings relevanter, wenn die einzelnen personenbezogenen Daten nach Geschlecht differenziert werden. Die Geschlechtergleichheit ist noch lange nicht erreicht, aber die Schere zwischen Männern und Frauen hat sich

ein bisschen verkleinert, sowohl mit als auch ohne frauenfördernde Maßnahmen. Rechts-konservative Parteien werden etwas stärker von Männern dominiert.

Die Abgeordneten sind in den letzten Jahrzehnten im Schnitt nicht nur weiblicher, sondern auch etwas jünger geworden. Der allgemeine Trend der Verjüngung kann hingegen für die Jahre 2018–2023 nicht bestätigt werden.

Eindeutig geht der Trend in Richtung eines formal höheren Bildungsgrades, Landtagsabgeordnete mit einem reinen Pflichtabschluss kommen in allen drei Landtagen nur einmal vor. Damit entspricht der durchschnittliche formale Bildungsgrad in den drei untersuchten Ländern nicht dem Bildungsgrad der Bevölkerung. Dieser entspricht auch nicht der beruflichen Vertretung, wenn wir bedenken, dass Selbständige und Angestellte das größte Becken der politischen Rekrutierung darstellen, während in der Zwischenzeit kein/e einzige/r Arbeiter/-in in einem der drei Landtage vertreten ist. Auffällig ist auch die Überrepräsentation der Landwirte im Südtiroler Landtag (14,3 Prozent).<sup>6</sup> Aus Sicht der Repräsentationstheorie nach Pitkin ist damit die deskriptive Repräsentation („*standing for*“) nicht gegeben.

Auf Grund einer Reihe von gesellschaftlichen Transformationsprozessen ist das „Territorium“ zum Surrogat der Ideologie und in den letzten Jahrzehnten für eine politische Karriere relevant geworden (Verzichelli 2010, 93–97). Darunter fallen die Gemeinde, das Bundesland, die Region, die Provinz. Lokalpolitisches Engagement in der Gemeinde dient sehr oft als Sprungbrett für eine politische Karriere im Landtag. Mit der Übernahme eines Amtes als Gemeinderat/Gemeinderätin oder als Bürgermeister/-in ist ein erster Schritt in Richtung Landesparlament getan. Dabei ist die politische Funktion der Bürgermeister/-innen besonders relevant, insbesondere, seitdem diese in Italien, aber auch in den meisten österreichischen Bundesländern, so auch in Tirol, direkt gewählt werden. Diese Funktion ist mit einem gewissen Prestige verbunden, mit Präsenz, Öffentlichkeit, Sichtbarkeit und Bekanntheit.

Für Südtirol und das Trentino ist die Ausübung des Bürgermeisteramtes vor den Landtagswahlen relevant, weil damit unter anderem Vertrauen zu den Bürgern und Bürgerinnen und Visibilität verbunden ist.

Aus Sicht der Eliteforschung ist die Ausübung des Amtes als Gemeinderat/-rätin bzw. Bürgermeister/-in eine Möglichkeit, um in den Elitenzirkel der Landtagsabgeordneten aufzusteigen.

Die hier vorgenommene Beschreibung und Analyse der soziodemographischen Struktur der Abgeordneten in den Landtagen von Tirol, Südtirol und Trentino bilden lediglich einen Ausgangspunkt, eine erste Annäherung an die vielen offen gebliebenen Fragen, die mit dieser Themenstellung verbunden sind.

---

## Anmerkungen

- 1 Freilich wird die Kontrollfunktion in den meisten Staaten Westeuropas, die dem System der parlamentarischen Demokratien zuzuzählen sind, *de facto* meist nur von der Opposition ausgeübt. Anders ist es in präsidentiellen Systemen oder auch in der Europäischen Union (EU), in denen das Parlament als direkter Gegenspieler der Exekutive (Präsident/-in in den USA, Kommission und Rat in der EU) auftritt. Hier nimmt das Parlament *de facto* und *de jure* eine von der Exekutive zu trennende Kontrollfunktion wahr.
- 2 Aristoteles (1995) unterscheidet in seinem Werk *Physik* vier Ursachenbegriffe: Formursache (*causa formalis*), Stoffursache (*causa materialis*), Wirkungsursache (*causa efficiens*), Zweckursache (*causa finalis*). Die vier Ursachen wollen jedes beliebige Phänomen in seiner Kontingenz, seinem Gerade-so-und-nicht-anders-sein, erklären.
- 3 Hartmann (2013) gibt zu bedenken, dass bei aller Exklusivität der *politischen Machteliten* die am stärksten geschlossenen Zirkel *in den Wirtschaftseliten* zu finden sind – mit fatalen Folgen für soziale Gleichheit und Chancengerechtigkeit.
- 4 Das Wahlgesetz sieht vor, dass alle Kandidat/-innen für das Amt des/der Landeshauptmanns/-frau als gewählt gelten, wenn eine mit dem/der Spitzenkandidaten/-in verbundene Liste mindestens ein Mandat erzielt. Ein/e Spitzenkandidat/-in für das Amt des/der Landeshauptmanns/-frau, der/die kein direktes Mandat erzielt, erhält das Mandat mit der geringsten Stimmenanzahl der in der Wahlkoalition verbundenen Liste. Dies war bei Casa Autonomia.EU in der Wahlkoalition Francesco Valduga und Onda in der Wahlkoalition Filippo Degasperi der Fall.
- 5 Alle Vergleichsdaten zur Wahl 2018 sind entnommen aus: Traweger/Pallaver 2022, 11-53.
- 6 Zum Vergleich: Im Jahr 2020 waren 2,9 Prozent der Südtiroler/-innen selbständig oder nichtselbständig in der Landwirtschaft erwerbstätig (6,2 % aller Erwerbstätigen, vgl. ASTAT 2021, 27).

---

## Literaturverzeichnis

- Agnoli, Johannes (1968), *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt
- Albertus, Michael/Menaldo, Victor (2018), *Authoritarianism and the Elite Origins of Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press
- Amt der Tiroler Landesregierung (2022), *Tiroler Landtagswahl 2022: 535.112 TirolerInnen am 25. September wahlberechtigt*, 09.08.2022, [www.tirol.gv.at/meldungen/meldung/tiroler-landtagswahl-2022-535112-tirolerinnen-am-25-september-wahlberechtigt/](http://www.tirol.gv.at/meldungen/meldung/tiroler-landtagswahl-2022-535112-tirolerinnen-am-25-september-wahlberechtigt/) (15.12.2023)
- Aristoteles (1995), *Physik: Vorlesung über die Natur*, in: Aristoteles (Hg.), *Philosophische Schriften: In sechs Bänden*. Band 6: *Physik. Vorlesung über die Natur und Über die Seele*. Nach der Übersetzung von Willy Theiler, bearbeitet von Horst Seidl, Hamburg: Felix Meiner, 1–258.

- ASTAT (2021), Südtirol in Zahlen – Alto Adige in cifre, [https://astat.provinz.bz.it/downloads/Siz\\_2021\(12\).pdf](https://astat.provinz.bz.it/downloads/Siz_2021(12).pdf) (7.2.2024)
- Atz, Hermann (2021), Frauen und Gemeinderatswahlen 2020. Die Quote ist ein Papiertiger, in: Alber, Elisabeth/Engl, Alice/Pallaver, Günther (Hg.), *Politika2021. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen, Ed. Raetia, 255–276
- Autonome Provinz Bozen-Südtirol (2023), Landtagswahlen 2023: Wahlbeteiligung, <https://landtagswahlen.provinz.bz.it/de/turnout> (15.12.2023)
- Blondel, Jean/Müller-Rommel, Ferdinand (2007), Political Elites, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford: Oxford University Press, 818–832
- Civis.bz.it (2023), Landtagswahlen 2023. Wahl des Landtages der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol. Endgültige Ergebnisse, <https://landtagswahlen.provinz.bz.it/it/elected> (15.12.2023)
- Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (2023), Legge provinciale 5 marzo 2003, n. 2 <https://www.consiglio.provincia.tn.it/leggi-e-archivi/codice-provinciale/Pages/legge.aspx?uid=9703> (18.1.2024)
- Consiglio della Provincia Autonoma di Trento (o.J.), I Consiglieri, [www.consiglio.provincia.tn.it/istituzione/i-consiglieri/](http://www.consiglio.provincia.tn.it/istituzione/i-consiglieri/) (7.11.2023)
- Cotta, Maurizio/Best, Heinrich (Hg.) (2007), *Democratic Representation in Europe. Diversity, Change, and Convergence*, Oxford, Oxford University Press
- Eulau, Heinz/Wahlke, John C. (Hg.) (1978), *The Politics of Representation. Continuities in Theory and Research*, Beverly Hills, CA/London: Sage Publications
- Fortin-Rittberger, Jessica/Kröber, Corinna (2022), Was zeichnet gute Repräsentation aus? Über die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages, in: Friedel, Anne-Sophie/Günther, Julia/Hirsch, Jacob/Kneip, Sascha/Piepenbrink, Johannes/Seibring, Anne (Hg.), *Repräsentation – Identität – Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), 110–121
- Fraenkel, Ernst (1964), *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart: Kohlhammer
- Gasser, Florian (2021), Südtiroler Gemeinderatswahlen 2020 – Eine Wahl in Zeiten von Covid-19, in: Alber, Elisabeth/Engl, Alice/Pallaver, Günther (Hg.), *Politika2021. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen, Ed. Raetia, 211–233
- Gouglas, Athanassios/Maddens, Bart/Brans, Marleen (2018), Determinants of legislative turnover in Western Europe, 1945–2015, in: *European Journal of Political Research*, 57(3), 637–661
- Hartmann, Michael (2004), *Elitesoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt a. M.: Campus
- Hartmann, Michael (2013), *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?*, Frankfurt a. M.: Campus
- Hartmann, Michael (2018), *Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden*, Frankfurt a. M.: Campus
- Herzog, Dietrich/Rebenstorf, Hilke/Weßels, Bernhard (Hg.) (1993), *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Isernia, Pierangelo/Martini, Sergio/Verzichelli, Luca (Hg.) (2023), *La classe politica italiana: Struttura, atteggiamenti, sfide*, Bologna: il Mulino
- Jenny, Marcelo/Philipp, Wilfried/Steininger, Barbara (2001), Demographische, sozialstrukturelle und sozio-kulturelle Merkmale der österreichischen Parlamentarier (1996–1999), in: Müller, Wolfgang C./

- Jenny, Marcelo/Steininger, Barbara/Dolezal, Martin/Philipp, Wilfried/Preisler-Westphal, Sabine (Hg.), Die österreichischen Abgeordneten: Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten, Wien: WUV-Universitätsverlag, 53–63
- Kaina, Viktoria (2009), Elitelforschung, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 385–419
- Landesgesetz (2017), Bestimmungen über die Wahl des Landtages, des Landeshauptmannes und über die Zusammensetzung und Wahl der Landesregierung. Landesgesetz vom 19. September 2017, Nr. 141, [http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/de/208939/landesgesetz\\_vom\\_19\\_september\\_2017\\_nr\\_14.aspx](http://lexbrowser.provincia.bz.it/doc/de/208939/landesgesetz_vom_19_september_2017_nr_14.aspx) (14.1.2023)
- Land Tirol (2022), Landtagswahl 2022 | Landesergebnis, [https://wahlen.tirol.gv.at/landtagswahl\\_2022/index.html](https://wahlen.tirol.gv.at/landtagswahl_2022/index.html) (18.01.2024)
- Land Tirol (o. J.), Portal Tirol Landtagsvidenz, <https://portal.tirol.gv.at/LteWeb/public/index.xhtml?cid=1> (20.11.2023)
- Landtagswahlordnung (2017), Landesrecht konsolidiert Tirol: Gesamte Rechtsvorschrift für Landtagswahlordnung 2017 – TLWO 2017, Tiroler, Fassung vom 18.01.2024, [www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000686](http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000686) (18.01.2024)
- Marschall, Stefan (2017), Parlamentarismus. Eine Einführung, 2. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung
- Maurer, Andreas (2002), Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, Baden-Baden: Nomos
- Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie (o. J.), Meine Abgeordneten, [www.meineabgeordneten.at/](http://www.meineabgeordneten.at/) (20.11.2023)
- Mosca, Gaetano (1896), Elementi di scienza politica, Roma/Firenze/Torino/Milano: Fratelli Bocca
- Newell, James L. (2015), *La Classe Dirigente*, in: Jones, Erik/Pasquino, Gianfranco (Hg.), The Oxford Handbook of Italian politics, Oxford: Oxford University Press, 3–15
- Patzelt, Werner J. (1993), Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit, Passau: Wissenschaftsverlag Rothe
- Patzelt, Werner J. (2009), Parlamentssoziologie, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 311–351
- Pelinka, Anton (1979), Volksvertretung als funktionale Elite – Der österreichische Nationalrat auf dem Weg zum Arbeitsparlament, in: Khol, Andreas/Stirnermann, Alfred (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 39–58
- Pitkin, Hanna Fenichel (1967), The Concept of Representation, Berkeley, CA/Los Angeles, CA/London: University of California Press
- Provincia Autonoma di Trento (2023), Elezioni Provinciali 2023 – affluenza e risultati, <https://elezioni.provincia.tn.it/> (16.1.2024)
- Sartori, Giovanni (1976), Parties and Party System. A Framework of Analysis, Cambridge: Cambridge University Press
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C./Bergman, Torbjörn (Hg.) (2006), Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies, Oxford: Oxford University Press
- Südtiroler Landtag (o. J.), Abgeordnete, <https://www.landtag-bz.org/de/abgeordnete> (13.11.2023)

- Tamayo, Miguel/Acemyan, Talar Valentina (2012), Ewig minorenn – Mosca, Pareto und Michels über Macht und Herrschaft, in: Imbusch, Peter (Hg.), *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*, Wiesbaden: Springer VS, 73–95
- Traweger, Christian/Pallaver, Günther (2022), Die Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino in Corona-Zeiten. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung/L'Euregio Tirolo – Alto Adige – Tirolo al tempo del Corona. Risultati di un sondaggio, Bozen: EVTZ Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino
- Ufficio Stampa della Giunta provinciale (2023), Elezioni provinciali: domenica è il giorno del voto, [www.ufficiostampa.provincia.tn.it/Comunicati/Elezioni-provinciali-domenica-e-il-giorno-del-voto](http://www.ufficiostampa.provincia.tn.it/Comunicati/Elezioni-provinciali-domenica-e-il-giorno-del-voto) (15.12.2023)
- Urbinati, Nadia (2006), *Representative Democracy. Principles and Genealogy*, Chicago/London: The University of Chicago Press
- Verzichelli, Luca (2010), *Vivere di politica: Come (non) cambiano le carriere politiche in Italia*, Bologna: il Mulino
- Verzichelli, Luca/Cotta, Maurizio (2015), The development of political elites in Europe, in: Magone, José M. (Hg.), *Routledge Handbook of European Politics*, London: Routledge, 421–438
- Waldmann, Peter (2011), Elite/Elitentheorie, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hg.), *Kleines Lexikon der Politik*, München: C. H. Beck, 111–115
- Wisthaler, Verena/Schönthaler, Sophia/Zogu, Giorgia (2021), Migrant/-innen als Kandidat/-innen bei den Südtiroler Gemeinderatswahlen 2020: Zwischen Repräsentation und Parteistrategie, in: Alber, Elisabeth/Engl, Alice/Pallaver, Günther (Hg.), *Politika2021. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen, Ed. Raetia, 255–276





Marco Brunazzo/Cristiano Santinello

## Le elezioni provinciali 2023 in Trentino: una conferma, ma con molte ombre

### 2023 Provincial elections in Trentino: A confirmation with many shadows

**Abstract** The unanimous victors of the provincial elections in Trentino on October 22, 2023 was the center-right coalition. At the same time, clear dynamics underlying the voters' choices emerge from an analysis of the vote: the nationalization of voting preferences, a strong demand for bipolarism, and a very marked division between major urban centers and valleys. The result of the October provincial election also gives rise to a much more "female" Provincial Council.

However, the result of the vote has also led to added pressures within the center-right coalition, resulting in a very turbulent post-election period. The outcome of the vote was simultaneously suboptimal for the two main parties of the center-right. It has been speculated that tensions within the winning coalition are likely to intensify in the run-up to the 2024 European elections.

## 1. Introduzione

I risultati delle elezioni provinciali del 22 ottobre 2023 in Trentino sono stati sostanzialmente nel segno della continuità: riconfermato il Presidente uscente Maurizio Fugatti e riconfermata la maggioranza di centrodestra. Il risultato non era scontato, perché la legislatura che si chiudeva si era caratterizzata per importanti sfide. Due su tutte: la tempesta Vaia del 26-30 ottobre 2018, che aveva causato ingenti danni diretti al patrimonio boschivo e abitativo del Trentino, oltre a creare le condizioni per la diffusione del bostrico; e la pandemia del Covid-19, che aveva richiesto una riorganizzazione del settore sanitario nonché delle politiche legate sia al contenimento della diffusione del virus (come i vari *lockdown* per limitare la mobilità dei cittadini o la chiusura delle scuole) sia alla ripresa economica nel periodo post-pandemia. Una menzione particolare, inoltre, merita l'uccisione del giovane Andrea Papi da parte dell'orsa Jj4 avvenuta il 5 aprile 2023, che drammaticamente introdurrà nella campagna elettorale il tema della gestione dei grandi carnivori da parte della Provincia autonoma.

Al di là, quindi, del risultato generale che, come detto, non ha segnato discontinuità nel governo del Trentino, un'analisi più dettagliata evidenzia alcune dinamiche elettorali degne di nota, tra cui: l'aumento dell'astensionismo; la volatilità delle scelte di voto che, se da una parte, risente in maniera marcata dell'orientamento nazionale dell'elettorato, dall'altro si traduce in una certa fluidità a livello infracoalzionale; il perdurare della distinzione del comportamento di voto delle valli rispetto ai centri urbani più grandi. Queste dinamiche in parte originali hanno reso la fase post-elettorale particolarmente complessa, producendo una crisi di fatto della maggioranza di governo che ha portato a un notevole ritardo nella formazione della nuova Giunta provinciale e nella nomina di diverse cariche politiche apicali.

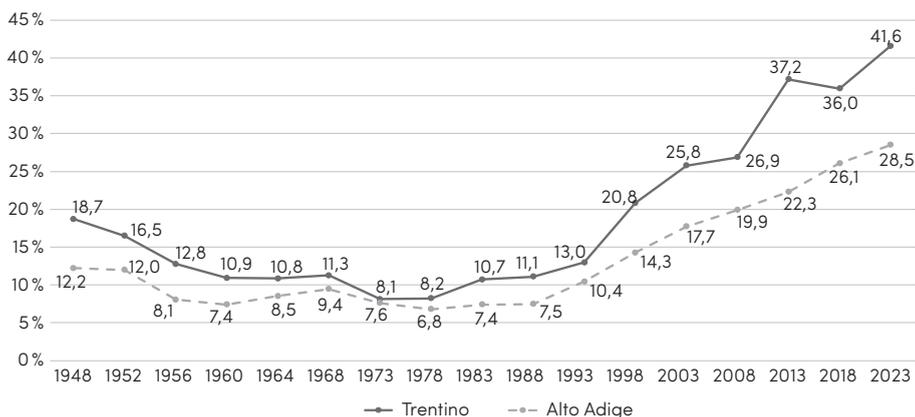
L'articolo prende in considerazione in primo luogo i risultati elettorali, per poi evidenziare, anche grazie all'uso di dati cartografici, alcune delle dinamiche che più significativamente hanno contraddistinto il voto trentino e che sono state all'origine delle tensioni politiche post-elettorali. Una sezione specifica è dedicata al tema delle quote di genere previste nella legge elettorale: come si vedrà, il Consiglio provinciale uscito dalle elezioni di ottobre è certamente il più "rosa" della storia trentina (e di quella regionale), ma ciò può essere solo in parte ascritto alla riforma della legge elettorale approvata con la legge provinciale 4/2018.

## 2. Il risultato

Prima di illustrare i risultati delle elezioni, giova probabilmente ricordare le principali caratteristiche della legge elettorale 5/2003. I seggi del Consiglio provinciale sono attribuiti con sistema proporzionale e metodo d'Hondt. Alle liste del candidato Presidente eletto è attribuito un premio di maggioranza, diversificato a seconda dei seggi ottenuti dalla coalizione del medesimo Presidente. Il premio di maggioranza comporta che la coalizione del Presidente eletto ottenga almeno 18 seggi (compreso quello del Presidente). Nel caso in cui la lista o le liste collegate al Presidente eletto abbiano ottenuto almeno il 40 per cento dei voti validi alle stesse sono assegnati 21 seggi (compreso quello del Presidente). A garanzia delle minoranze è previsto inoltre che alla coalizione del Presidente non siano comunque assegnati più di 24 seggi (compreso quello del Presidente). Un seggio è comunque attribuito al candidato che ha ottenuto un maggior numero di preferenze della lista più votata nei comuni ladini. La Giunta provinciale è composta dal Presidente della Provincia e da non più di sei assessori nominati dal Presidente fra i consiglieri provinciali entro dieci giorni dalla proclamazione degli eletti, a uno dei quali è attribuita la funzione di Vicepresidente. Inoltre, il Presidente può nominare un settimo assessore scelto tra cittadini non facenti parte del Consiglio provinciale. È facoltà del Presidente revocare gli assessori.

Il primo dato rilevante emerso nelle elezioni provinciali trentine è quello riguardante l'astensionismo. Come è evidente dalla figura 1, quasi un avente diritto su due non ha partecipato alle elezioni. È evidente che questo dato si inserisce in un trend

**Fig. 1: Tasso di astensionismo alle elezioni provinciali di Trentino e Alto Adige (1948-2023). Dati percentuali**



Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023

crescente, avviatosi nel 1978, che accomuna entrambe le province autonome. Tuttavia, il dato relativo al Trentino è particolarmente significativo. In mancanza di ricerche empiriche specifiche, è difficile comprendere le cause di questo andamento. La letteratura in materia (cfr. Presidenza del Consiglio dei ministri 2022) ha sottolineato come l'astensionismo possa essere distinto in apparente (che riguarda gli iscritti nelle liste elettorali che, per i più diversi motivi, come, per esempio, quello di risiedere all'estero, non danno mai "segni di vita" presso le amministrazioni locali) e reale. Quest'ultimo si divide in astensionismo involontario, che riguarda l'impossibilità materiale di recarsi alle urne per anzianità, malattia, disabilità o soggiorno temporaneo al di fuori dal comune di residenza, l'astensionismo per disinteresse verso la politica e l'astensionismo di protesta. Come detto, quale dinamica abbia prevalso in Trentino, non è dato saperlo in mancanza di ricerche specifiche. Tuttavia, senza sottovalutare la portata dell'astensionismo, è assai probabile che esso non debba essere letto necessariamente e solamente come frutto di protesta o disinteresse.

Le elezioni provinciali del 2023 confermano ancora una volta, se mai ce ne fosse stato bisogno, che le dinamiche di voto a livello trentino seguono oramai le dinamiche nazionali (cfr. Brunazzo 2023; Brunazzo/Santinello 2019). Se nel 2018, in linea con l'andamento nazionale, anche in Trentino la Lega aveva ottenuto un risultato straordinario, il voto del 2023 premia, dopo averlo fatto a livello nazionale nelle elezioni politiche 2022, soprattutto Fratelli d'Italia (FdI) (tabella 1 e tabella 2).

**Tab. 1: I voti ottenuti dai candidati Presidente (2023)**

Candidato Presidente	Liste collegate	Voti ottenuti	%
Maurizio Fugatti	Noi Trentino per Fugatti presidente, Lega Fugatti presidente, FdI, Udc, FI, La Civica, Patt, Fassa	129.758	51,82
Francesco Valduga	Iv, Campobase, Alleanza Verdi e Sinistra, Fascegn, Casa Autonomia.eu, Azione, Pd	93.893	37,50
Filippo Degasperi	La me val, Onda, Unione popolare	9.534	3,81
Marco Rizzo	Democrazia sovrana popolare	5.651	2,26
Sergio Divina	Giovani per Divina presidente, Noi con divina presidente, Alternativa popolare	5.560	2,22
Alex Marini	M5S	4.796	1,92
Elena Dardo	Alternativa	1.205	0,48
<b>Totale</b>		<b>250.397</b>	<b>100</b>

Nota: Lista degli acronimi: FdI (Fratelli d'Italia), FI (Forza Italia), Iv (Italia viva), M5S (Movimento 5 Stelle), Patt (Partito autonomista trentino-tirolese), Pd (Partito democratico), Udc (Unione di centro)

Fonte: Provincia autonoma di Trento 2023

**Tab. 2: I voti ottenuti dalle liste elettorali nel 2023**

Lista elettorale	Voti ottenuti	%
Pd	38.693	16,64
Lega Fugatti presidente	30.345	13,05
Fdl	28.688	12,35
Noi Trentino per Fugatti presidente	24.953	10,73
Campobase	19.557	8,41
Patt	19.023	8,18
La Civica	11.274	4,85
Casa Autonomia.eu	9.967	4,29
Alleanza Verdi e Sinistra	7.546	3,25
Onda	5.864	2,52
Democrazia sovrana popolare	5.455	2,35
FI	4.712	2,02
M5S	4.524	1,95
Fascegn	3.631	1,56
Iv	3.406	1,46
Azione	3.302	1,42
Alternativa popolare	2.264	0,97
Fassa	2.018	0,87
Noi con Divina presidente	1.847	0,79
Udc	1.370	0,59
La me val	1.203	0,52
Alternativa	1.120	0,48
Unione popolare	1.088	0,47
Giovani per Divina presidente	639	0,28
<b>Totale</b>	<b>232.513</b>	<b>100</b>

Nota: Lista degli acronimi: Fdl (Fratelli d'Italia), FI (Forza Italia), Iv (Italia viva), M5S (Movimento 5 Stelle), Patt (Partito autonomista trentino-tirolese), Pd (Partito democratico), Udc (Unione di centro)

Fonte: Provincia autonoma di Trento 2023

Il nuovo Consiglio provinciale risulta quindi composto come riportato nella tabella 3. In virtù del premio di maggioranza attribuito dalla legge elettorale, il centrodestra può contare su 21 consiglieri (compreso il Presidente eletto) e l'opposizione su 14 consiglieri. Va evidenziato come il partito maggiormente rappresentato non sia più la Lega (come nel 2018), ma il Pd (Partito democratico).

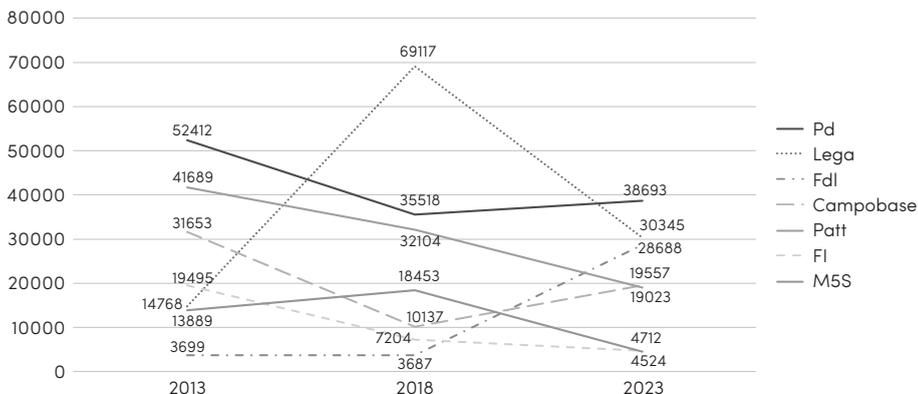
L'analisi dei voti assoluti dei principali partiti registrati nelle consultazioni provinciali a partire dal 2013 permette una valutazione diacronica dei risultati del 2023.

**Tab. 3: La composizione del Consiglio provinciale di Trento, XVII legislatura**

Partito	Consigliere eletto	
Noi Trentino per Fugatti presidente	Angeli Eleonora Brunet Antonella Soini Claudio Spinelli Achille	<i>Maggioranza</i> Candidato Presidente eletto: Maurizio Fugatti
Lega Fugatti presidente	Bisesti Mirko Failoni Roberto Paccher Roberto Segnana Stefania Zanotelli Giulia	
Fratelli d'Italia	Biada Daniele Cia Claudio Daldoss Carlo Gerosa Francesca Girardi Christian	
La Civica	Gottardi Mattia Masè Vanessa	
Partito autonomista trentino-tirolese	Bosin Maria Kaswalder Walter Tonina Mario	
Fassa	Guglielmi Luca	
Campobase	Malfer Michele Maule Chiara Stanchina Roberto	<i>Opposizione</i> Candidati Presidenti eletti: Francesco Valduga, Filippo Degasperi
Alleanza Verdi e Sinistra	Coppola Lucia	
Casa autonomia.eu	Demagri Paola	
Partito democratico	Calzà Michela De Bertolini Andrea Franzoia Mariachiara Maestri Lucia Manica Alessio Parolari Francesca Zanella Paolo	

Fonte: Provincia autonoma di Trento 2023

**Fig. 2: Voti attribuiti ai principali partiti trentini alle elezioni provinciali 2013, 2018 e 2023. Valori assoluti**

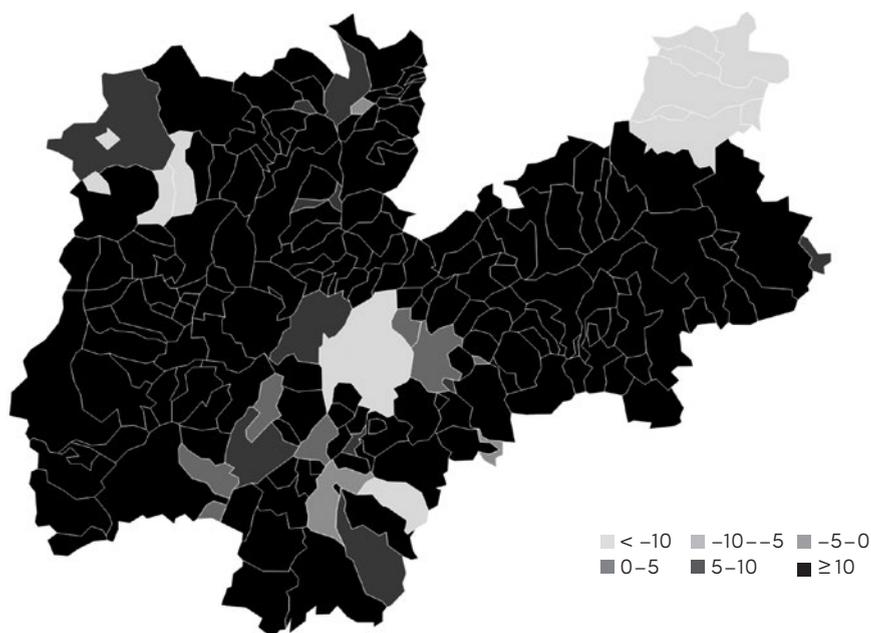


Nota: per il 2013 e 2018, i voti attribuiti a Campobase erano stati raccolti dall'UpT (Unione per il Trentino).  
Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023

Dalla figura 2 emerge chiaramente l'altalenante consenso attribuito alla Lega (che pure esprimeva il candidato Presidente vincente), che nell'arco di 5 anni perde circa 40.000 voti (arrivando pur sempre a raddoppiare i voti guadagnati nel 2013). Allo stesso tempo, è evidente in tutta la sua portata il successo di Fratelli d'Italia, che sostanzialmente decuplica i voti ottenuti in passato.

Il Pd, da parte sua, ottiene circa 3.000 voti in più rispetto a 2018 (quando aveva risentito, in termini elettorali, della competizione della lista Futura 2018), ma perde comunque 14.000 voti rispetto al 2013 (quando la lista Futura 2018 non c'era). Il Patt (Partito autonomista trentino-tirolese) al contempo continua a conoscere una vera e propria emorragia di consensi (meno 12.000 voti rispetto al 2018, meno 22.000 voti rispetto al 2013), dimezzando i voti ottenuti solo 10 anni prima. Nelle elezioni 2023 il Patt ha certamente sofferto la scissione della lista Casa Autonomia.eu, fondata da due consiglieri provinciali autonomisti uscenti), ma, più in generale, ha pagato l'alleanza con FdI, un partito di destra nazionale con cui aveva sempre rifiutato di allearsi. Solamente un anno prima delle elezioni, in occasione del Consiglio provinciale del partito tenutosi l'11 ottobre, il segretario del Patt Simone Marchiori dichiarava "alternativa e inconciliabile" la visione del Patt rispetto a quella di FdI (cfr. Trentino 2022). Il seguente spostamento a destra del Patt ha comportato, tra l'altro, un intenso e a tratti polemico dibattito sui quotidiani locali sull'attualità dell'autonomismo e sul futuro dell'autonomia trentina, ed è stato segnato anche dall'abbandono del Patt da parte di diversi, storici esponenti politici locali del partito, tra cui il Presidente onorario Luigi Panizza.

Fig. 3: Distribuzione territoriale delle differenze tra le coalizioni di centrodestra e centrosinistra. Dati in percentuale



Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023

L'analisi della distribuzione territoriale del voto dei partiti offre altre importanti indicazioni. Anche nel 2023, il centrosinistra appare più forte nei centri urbani di medio-grandi dimensioni e il centrodestra, invece, nelle valli. Come emerge dalla figura 3, infatti, in larga parte del territorio trentino, la differenza tra le due coalizioni è superiore al 10 per cento a favore del centrodestra.

Quella del centrodestra, insomma, è stata una vittoria chiara. Tuttavia, subito dopo le elezioni sono emerse importanti tensioni tra alleati nella formazione della Giunta provinciale. La legge elettorale è molto precisa nel dettare i tempi del processo di formazione della Giunta. Dopo la proclamazione degli eletti, che avviene a valle dei controlli dei voti ufficiosi fatti pervenire dai seggi alla commissione elettorale provinciale, il Presidente della Provincia ha dieci giorni per nominare gli assessori e attribuire a uno di essi la funzione di Vicepresidente. Il nuovo Consiglio provinciale si riunisce non oltre il ventesimo giorno dalla proclamazione degli eletti, su convocazione del nuovo Presidente della Provincia. Infine, in occasione della prima seduta del Consiglio provinciale il Presidente della Provincia presenta il programma di legislatura e comunica i nominativi degli assessori.

Se dal punto di vista formale questo articolato processo è stato rispettato, un confronto con quanto avvenuto in occasione della formazione della Giunta (sempre di centrodestra) dopo le elezioni del 2018 rende evidente quanto politicamente accidentato sia stato questo percorso nel 2023. Le elezioni nel 2018 si erano tenute il 21 ottobre e la proclamazione degli eletti era avvenuta il successivo 2 novembre. Il 23 novembre il Presidente Fugatti aveva pubblicato il decreto di proclamazione della formazione della Giunta, il 23 novembre il Consiglio provinciale si era riunito per la elezione del suo Presidente e il 27 novembre il Presidente Fugatti aveva potuto quindi presentare il programma di legislatura. In totale, erano serviti 37 giorni.

Nel 2023, le elezioni si sono tenute il 22 ottobre, la proclamazione degli eletti è avvenuta il 7 novembre, e la pubblicazione del decreto di nomina della Giunta è avvenuta il 17 novembre. Tuttavia, FdI ha fatto immediatamente sapere di non ritenersi soddisfatta, sostenendo che l'accordo preelettorale per cui FdI avrebbe dovuto ottenere la carica di Vicepresidente (inizialmente attribuita a Achille Spinelli) non era stato rispettato. Seguiranno settimane di intense polemiche che porteranno alle dimissioni del consigliere di FdI Claudio Cia, nominato il 17 novembre assessore alle politiche per la casa, disabilità, mobilità a trasporti. In seguito, Cia lascerà anche il gruppo consiliare del suo partito. Il 13 dicembre, il Presidente della Provincia emanerà quindi un nuovo decreto, attribuendo la Vicepresidenza a Francesca Gerosa, sempre di FdI, ma limitando alla sola Vicepresidente la presenza degli esponenti del partito di Giorgia Meloni nel governo provinciale.

Come assessore tecnico verrà nominato il segretario politico del Patt, Simone Marchiori, candidato alle elezioni ma risultato non eletto. Anche in questo caso, non facendo parte, Marchiori, del Consiglio provinciale non vi è stata nessuna violazione della legge. Tuttavia, è chiaro che, analogamente ad altre esperienze nazionali, il ruolo del settimo assessore, nello spirito degli estensori della legge elettorale, avrebbe dovuto essere riservato a personalità con un profilo non apertamente politico.

Le tensioni sulla formazione della Giunta si sono proiettate anche sulla nomina del Presidente del Consiglio provinciale. Il Consiglio provinciale si è riunito per la prima volta per pochi minuti il 24 novembre, una seconda volta (sempre per un tempo limitato) il 30 novembre. Il 7 dicembre, la terza seduta non ha avuto luogo per mancanza del numero legale. Solamente il 13 dicembre il Consiglio provinciale ha potuto procedere alla nomina del suo Presidente e Vicepresidente. Infine, il 21 dicembre il Presidente Fugatti ha potuto presentare il programma di legislatura. Dalle elezioni, sono passati 60 giorni.

Le radici di questa crisi vanno ricercate nei risultati elettorali trentini e nelle prospettive politiche nazionali. Per quanto riguarda il primo punto, è evidente come FdI

abbia ottenuto un risultato al di sotto delle aspettative: in Trentino, non c'è stato l'agognato sorpasso sulla Lega. Tuttavia, come si è visto, anche la Lega ha perso numerosi voti, e l'elezione di Fugatti è stata per lo più resa possibile dal buon risultato ottenuto dalla lista Noi Trentino, capeggiata dall'assessore provinciale uscente Achille Spinelli. Insomma, il combinato disposto di due successi limitati ha indebolito l'intera coalizione. Non solo. Il risultato elettorale ha anche evidenziato come il Patt non sia riuscito ad eleggere di fatto nessun suo rappresentante. La neoconsigliera Maria Bosin, infatti, risulta non tesserata al partito, il Presidente uscente del Consiglio provinciale Walter Kaswalder è un esponente di Autonomia popolare, un partito alleato del Patt, e l'assessore uscente Mario Tonina è stato tra i fondatori di Progetto Trentino, un partito alternativo al Patt già nel 2018 e sciolto solo in vista delle elezioni provinciali. La nomina come assessore esterno di Marchiori aveva la funzione, probabilmente, di sedare alcuni malumori nel partito emersi prima e dopo le elezioni. Sulle dinamiche politiche locali si allungano anche le ombre della competizione tra Lega e FdI a livello nazionale in vista delle elezioni europee del giugno 2024. E che le tensioni trentine siano state oggetto di valutazioni nazionali risulta evidente dall'attenzione riservata anche dalla stampa nazionale alle vicende locali (cfr. Bartoloni 2023; il Post 2023, il Manifesto 2023).

Nel suo intervento programmatico in Consiglio provinciale del 21 dicembre 2023, il Presidente Maurizio Fugatti ha illustrato i temi principali per i cinque anni di governo enfatizzando la continuità con il governo precedente: "Il nostro governo non prende dunque le mosse da un 'punto zero', visto che la bussola su come e dove muoverci l'abbiamo già orientata nel recente passato e lo abbiamo fatto assieme ai territori [...]. Dunque, è continuità il primo concetto che voglio evidenziare in queste prime dichiarazioni programmatiche" (Fugatti 2023, 2). Limitate concessioni sono state fatte dal Presidente a temi ampi, come la storia e le ragioni dell'autonomia trentina. Una citazione appena è stata riservata ad Alcide Degasperis e nessuna a Bruno Kessler. Maggiore attenzione è stata dedicata a temi più concreti, anche se politicamente controversi, come i nuovi accordi finanziari con lo Stato del 2021 e 2023 (primo punto illustrato nel programma), le necessità del settore sanitario (con la rivendicazione della fondazione della Scuola di Medicina), la ricerca, la formazione e la cultura, la mobilità, il lavoro e molto altro. Nelle conclusioni, Fugatti ha sintetizzato tre priorità: la possibilità per tutti di avere un'abitazione (a fronte di crescenti problemi legati alla disponibilità di case e appartamenti), la crisi delle nascite (il Trentino ha un saldo naturale della popolazione negativo), l'adeguamento delle retribuzioni dei lavoratori (che risultano essere di livello mediamente inferiore in diversi comparti e in particolare per i lavori a maggiore qualificazione (rispetto alle retribuzioni del Nord-Est).

Nel suo discorso, in altre parole, il Presidente Fugatti ha voluto rimarcare l'approccio che aveva connotato la sua campagna elettorale: la concretezza della sua azione politica, rivolta non a identificare una visione complessiva dell'autonomia entro cui sviluppare le politiche locali, ma a risolvere i "problemi concreti" delle persone.

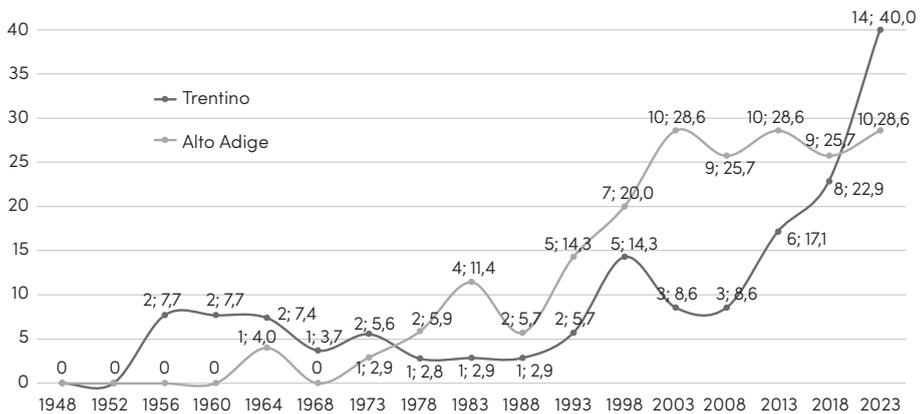
Nel corso della discussione, l'opposizione ha criticato proprio la mancanza di visione complessiva (cfr. Consiglio provinciale 2023). Per esempio, Francesco Valduga, candidato Presidente del centrosinistra, ha sottolineato come la relazione di Fugatti presentasse un elenco di problemi più che di proposte, citando, come esempi, i temi legati alle opere pubbliche, all'ambito sanitario, alle politiche per la casa.

### 3. La rappresentanza di genere

Il Consiglio provinciale uscito dalle elezioni 2023 è certamente quello più "rosa" dell'intera storia regionale. Le consigliere elette sono infatti 14, ossia il 40 per cento dei membri complessivi (figura 4). Per la prima volta, inoltre, il numero delle consigliere elette in Trentino supera quello delle consigliere elette in Alto Adige.

Questo esito può essere una conseguenza della seconda applicazione della modifica della legge elettorale approvata nel 2018 in materia di parità di genere. Secondo la riforma (fortemente voluta dalla allora maggioranza di centrosinistra), le liste elettorali devono essere formate in egual misura da rappresentanti di entrambi i generi e una delle due preferenze esprimibili per i candidati dello stesso partito devono

**Fig. 4: Le consigliere provinciali elette (1948-2023). Numeri assoluti e percentuali**



Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023; Provincia autonoma di Bolzano 2023

**Tab. 4: Le quote di lista: i candidati alla carica di consigliere provinciale nelle elezioni provinciali del 2013 e 2018**

	Elezioni provinciali 2013		Elezioni provinciali 2018		Elezioni provinciali 2018	
	Trento	Bolzano	Trento	Bolzano	Trento	Bolzano
Quota di lista	2/3	2/3	1/2	2/3	1/2	2/3
Candidati totali	740	424	699	492	787	488
Candidate	280	157	344	162	391	198
%	37,8	37,0	49,2	32,9	49,7	40,6

Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023; Provincia autonoma di Bolzano 2023

essere attribuite a persone di genere diverso (cfr. Brunazzo/Santinello 2019), mentre in Provincia di Bolzano la legge prevede solamente che al massimo due terzi delle liste debbano essere formate da candidati dello stesso genere. Come appare chiaramente nella tabella 4, queste diverse disposizioni di legge hanno comportato un aumento significativo del numero delle candidate in Trentino e un aumento significativo del differenziale tra le due province.

Un'analisi più approfondita consente, tuttavia, di evidenziare dinamiche che sottendono l'applicazione della legge. La prima considerazione riguarda le candidate alla Presidenza della Provincia. Nel 2023, ve ne era solo una, esattamente come nel 2018 e, prima ancora, nel 2013. La seconda considerazione riguarda il fatto che nel 2018 e, ancor di più, nel 2023, le candidate sembrano aver potuto competere più apertamente che nel 2013 all'elezione. L'indice di competitività infragenere, calcolato come differenza tra il risultato ottenuto dai primi due candidati di genere diverso all'interno di una lista (cfr. Legnante et al. 2013), evidenzia un significativo aumento della competitività rispetto alle due tornate elettorali precedenti. Tuttavia, l'indice di competitività intragenere, misurato tramite la differenza del numero di preferenze ottenute dai primi due candidati dello stesso genere, non evidenzia alcun mutamento. Il combinato disposto dei due indici permette di evidenziare, quindi, come il voto di preferenza si concentri prevalentemente su un numero limitato di candidate, ma che proprio questa concentrazione renda alcune candidate molto competitive (tabella 5).

Naturalmente, non tutti i partiti seguono dinamiche simili. Nella figura 5 si vede come alcuni di essi si caratterizzino per un livello di competitività infragenere molto elevato (come nel caso di Italia Viva o Alleanza Verdi e Sinistra), altri per una mancanza di competitività delle candidate (come Unione di centro e Democrazia sovrana e popolare).

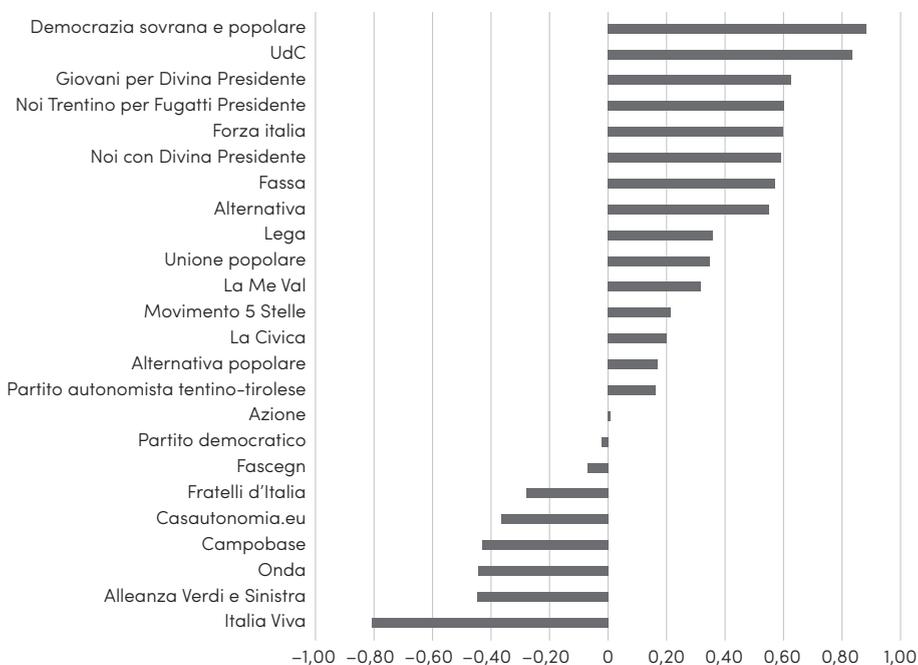
**Tab. 5: Il livello di competitività intra e infragenere**

Anno elezioni	Competitività intragenere femminile	Competitività intragenere maschile	Competitività infragenere
2013	0,54	0,61	0,33
2018	0,54	0,57	0,30
2023	0,54	0,58	0,17

Nota: i valori di riferimento della competitività intragenere sono i seguenti: 0 "concentrazione del voto di preferenza", 1 "perfetta competitività". I valori di riferimento per la competitività infragenere sono i seguenti: -1 "effetto concentrazione femminile"; 0 "Perfetta competitività"; 1 "effetto concentrazione maschile".

Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023; Provincia autonoma di Bolzano 2023

**Fig. 5: Il livello di competitività infragenere nei partiti trentini in occasione delle elezioni 2023.**



Nota: sull'interpretazione dell'indice di competitività infragenere IC(f-m) si veda la nota alla tabella 5.

Fonte: calcoli degli autori su dati tratti da Provincia autonoma di Trento 2023; Provincia autonoma di Bolzano 2023

### 3. Conclusioni

La vittoria della coalizione di centrodestra alle elezioni provinciali trentine del 22 ottobre 2023 è stata chiara. Allo stesso tempo, chiare emergono dall'analisi fin qui condotta le dinamiche che sottendono il voto degli elettori: la nazionalizzazione delle scelte di voto (che hanno portato a un successo di FdI prima ancora che della Lega), la forte richiesta di bipolarismo (che ha premiato le due coalizioni politiche principali a tutto svantaggio delle altre liste), la divisione molto marcata tra i grandi centri urbani e le valli (dove il centrosinistra fatica grandemente ad affermarsi). Il 22 ottobre lascia anche un Consiglio provinciale molto più "rosa": non era mai successo nella storia regionale che il 40 per cento dei membri di un Consiglio provinciale fosse di genere femminile.

Il voto però ha lasciato anche strascichi importanti nel centrodestra, che si sono tradotti in un periodo post-elettorale assai turbolento. Nei due mesi che sono serviti a formare la Giunta regionale, il centrodestra ha mostrato quanto profonde siano le divisioni tra alleati. Le tensioni del dopo voto vanno ricercate proprio nell'esito del voto, che, se è stato chiaro nel suo complesso, è stato allo stesso tempo subottimale per i due partiti principali: la Lega è rimasta primo partito della coalizione, ma ha più che dimezzato i suoi consensi; FdI ha aumentato significativamente i suoi voti, ma non è riuscito a superare la Lega. Le tensioni nel centrodestra saranno probabilmente destinate a rinvigorirsi in vista delle elezioni europee, dato che Lega e FdI sembrano oramai inseguirsi sullo stesso terreno di confronto, quello dell'euroscetticismo strumentale. Riuscirà un governo provinciale formato da partner divisi e molto esposti alle dinamiche politiche nazionali a far fronte alle "preoccupazioni di una società inquieta", per usare le parole pronunciate dal Presidente Maurizio Fugatti nella presentazione del programma di legislatura al Consiglio provinciale?

---

## Riferimenti bibliografici

- Bartoloni, Gabriele (2023), In Trentino la prima crisi FdI. Partito spaccato, volano gli stracci: “Gestione locale catastrofica”, in: *La Repubblica*, 12.12.2023, [www.repubblica.it/politica/2023/12/12/news/trentino\\_crisi\\_partito\\_fratelli\\_italia-421634044/](http://www.repubblica.it/politica/2023/12/12/news/trentino_crisi_partito_fratelli_italia-421634044/) (21.01.2024)
- Brunazzo, Marco (2023), Le elezioni politiche 2022. La vittoria della destra (anche) in Trentino, in: Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth/Engl, Alice (a cura di), *Politika 2023. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell’Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bolzano: Edition Raetia, 257-270
- Brunazzo, Marco/Santinello, Cristiano (2019), Le elezioni provinciali 2018. La prima alternanza, in: Engl, Alice/Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth (a cura di), *Politika 2019. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell’Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bolzano: Edition Raetia, 243-258
- Consiglio provinciale (2023), Consiglio provinciale. Discussione sulla relazione programmatica. Gli interventi della mattinata, in: *Consiglio provinciale cronache. Giornale online*, 22.12.2023, [www.consiglio.provincia.tn.it/news/giornale-online/Pages/articolo.aspx?uid=182767](http://www.consiglio.provincia.tn.it/news/giornale-online/Pages/articolo.aspx?uid=182767) (21.01.2024)
- Fugatti, Maurizio (2023), Intervento del Presidente della Provincia autonoma di Trento. Presentazione del programma di legislatura al Consiglio provinciale, in: *Consiglio provinciale cronache. Giornale online*, 21.12.2023, [www.consiglio.provincia.tn.it/news/giornale-online/Pages/articolo.aspx?uid=182765](http://www.consiglio.provincia.tn.it/news/giornale-online/Pages/articolo.aspx?uid=182765) (21.01.2024)
- il Manifesto (2023), Trento, la squadra di Fugatti parte già in crisi. Fdi ritira gli assessori, in: *il Manifesto*, 19.11.2023, <https://ilmanifesto.it/trento-la-squadra-di-fugatti-parte-gia-in-crisi-fdi-ritira-gli-assessori> (21.01.2024)
- il Post (2023), La destra ha risolto la crisi in Trentino, in: *il Post*, 08.12.2023, [www.ilpost.it/2023/12/08/destra-trentino-crisi-nomina-gerosa-fugatti/](http://www.ilpost.it/2023/12/08/destra-trentino-crisi-nomina-gerosa-fugatti/) (21.01.2024)
- Legnante, Guido/Pulvirenti, Alice/Ruffino, Lorenzo (2013), La doppia preferenza di genere alla prova dei fatti, paper preparato per la riflessione su “La doppia preferenza di genere alla prova del voto. Effetti e opportunità della legge 215/2012”, Comune di Pavia, Assessorato alle Pari opportunità e Fondazione Romagnosi Pavia, 14.12.2013
- Presidenza del Consiglio dei ministri (2022), Per la partecipazione dei cittadini. Come ridurre l’astensionismo e agevolare il voto, Roma: Presidenza del Consiglio dei ministri, Dipartimento per le riforme istituzionali, Dipartimento per l’informazione e l’editoria, [www.riformeistituzionali.gov.it/media/1427/ebook-libro-bianco\\_02\\_05\\_22.pdf](http://www.riformeistituzionali.gov.it/media/1427/ebook-libro-bianco_02_05_22.pdf) (21.01.2024)
- Provincia autonoma di Bolzano (2023), Elezioni provinciali 2023. Risultati definitivi, <https://elezioni.provincia.bz.it/it/elected> (21.01.2024)
- Provincia autonoma di Trento (2023), Elezioni provinciali 2023. Affluenza e risultati, <https://elezioni.provincia.tn.it/> (21.01.2024)
- Trentino (2022), Patt: “Con FdI visioni inconciliabili”. Confermata la linea con Progetto Trentino, in: *Trentino*, 22.10.2023, [www.giornaletrentino.it/cronaca/patt-con-fdi-visioni-inconciliabili-confermata-la-linea-con-progetto-trentino-1.3332008](http://www.giornaletrentino.it/cronaca/patt-con-fdi-visioni-inconciliabili-confermata-la-linea-con-progetto-trentino-1.3332008) (21.01.2024)



Roland Sturm

## Die bayerische Landtagswahl 2023 – Stabilität trotz heftiger Erschütterungen

### The 2013 Bavarian Election – Stability of Government, but Tectonic Changes in the Electorate

**Abstract** The regional election held in Bavaria in October 2023 confirmed the parliamentary majority of the CSU and Freie Wähler coalition, who have been in power since 2018. It redrew the political landscape, because it moved the Bavarian party system further to the right of centre. The election winners were the Freie Wähler and the AfD, a right-wing party outside the current political consensus. All parties that govern on the federal level in Berlin suffered heavy losses in the election. The FDP no longer gained sufficient support to enter the regional parliament. The SPD, the party of the Federal Chancellor, saw a further decrease of its vote share which in 2018 was already below ten per cent. The Greens also suffered from heavy losses in the recent regional election though they secured most of their support in the big cities (with four constituency wins in Munich). Outside the largest metropolitan areas, the Freie Wähler had a strong performance and even gained two constituencies. The remainder of the constituencies were won by the CSU.

## 1. Der Wahlkampf

Der Wahlkampf wurde durch zwei Entwicklungen bestimmt, die mit zentralen Themen der Landespolitik wenig zu tun hatten. Es dominierten zum einen bundespolitische Themen, insbesondere die Klimapolitik der in Berlin regierenden Ampelkoalition (Stichwort: Heizungsgesetz) und deren Migrationspolitik, angesichts wachsender Zuwanderung, die die Städte und Gemeinden finanziell und hinsichtlich der Erfüllung ihrer Pflichten zur Unterbringung und Versorgung der Zuwandernden überfordert.

Zum anderen stand zeitweise die „Flugblatffäre“ im Mittelpunkt des Interesses. Ende August veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung“ ein antisemitisches Flugblatt, das – als der heutige Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, in den 1980-er Jahren in die 11. Klasse des Gymnasiums ging – in dessen Schulranzen gefunden wurde. Mit dem Flugblatt wurde zu einem fiktiven Schreibwettbewerb aufgerufen, und als Preise wurden beispielsweise „ein Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz“ oder ein „Aufenthalt in Dachau“ ausgelobt. Zur Entlastung Aiwangers führte dieser an, dass das Flugblatt von seinem Bruder stamme, die „Jugendsünde“ lange her sei und er bisher in keiner Weise als Antisemit aufgefallen sei. Dennoch wog der Antisemitismusvorwurf schwer, zumal ein früherer Lehrer Aiwangers, der der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) nahesteht, sowie Schulkamerad/-innen von weiteren Verhaltensauffälligkeiten Aiwangers berichteten.

Aiwanger sah in der „Flugblatffäre“ eine gegen ihn gerichtete Wahlkampfkampagne. Ministerpräsident Markus Söder (CSU – Christlich-Soziale Union in Bayern) reagierte auf die Affäre seines Stellvertreters mit einem 25 Fragen-Katalog, den Hubert Aiwanger umgehend beantworten musste. Söder stellte danach fest, dass das Flugblatt „ekelhaft“ und „widerlich“ sei, eine Entlassung Aiwangers sei aber zum jetzigen Zeitpunkt „ein Übermaß“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2023a, 1). Die Opposition im Landtag warf Söder im Hinblick auf die Fortsetzung der CSU-Freie Wähler Koalition „Hinhaltetaktik“ vor und erinnerte zur Untermauerung des Vorwurfs des Rechtsextremismus an eine Rede Aiwangers in Erding auf einer Protestversammlung gegen das Heizungsgesetz. Hier hatte er in die Menge gerufen „die schweigende große Mehrheit“ müsse sich „die Demokratie wieder zurückholen“, eine Wortwahl, die nach Meinung der Opposition Aiwanger in die Nähe der Rechtsaußenpartei AfD (Alternative für Deutschland) rückte. Am 7. September befasste sich der Zwischenausschuss<sup>1</sup> des Landtags mit der Flugblatffäre. Der Antrag von Teilen der Opposition auf Entlassung Aiwangers scheiterte.

Anders als von der Opposition wohl erwartet, schadete Aiwanger die Flugblatffäre im Wahlkampf nicht – im Gegenteil. Der „Bayerntrend“, eine Infratest

dimap-Umfrage im Auftrag des Bayerischen Rundfunks, fand vier Wochen vor der Wahl einen Zustimmungswert von 17 Prozent für die Freien Wähler (Wahlergebnis 2018: 11,6 Prozent) (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2023b, 1) Aiwanger und Söder erklärten Anfang September die Affäre für beendet (Frasch/Ripperger 2023a, 3) – gerade noch rechtzeitig bevor mit dem politischen Frühschoppen auf dem Gillamoos im niederbayerischen Abensberg die heiße Phase des Wahlkampfes begann. Die längste Schlange von Interessierten an den dortigen Wahlreden bildete sich vor dem Weißbierstadl, wo Hubert Aiwanger auftrat.

Nach den Daten von Infratest dimap spielte die Flugblattaffäre keine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung. Das wichtigste Thema war für das Wahlvolk die „wirtschaftliche Entwicklung“, gefolgt von Zuwanderung, Klima und Energie und innere Sicherheit. In der öffentlichen Wahrnehmung war allerdings die Migrationskrise wichtiger als es diese Umfrage verdeutlichte. Wie zu erwarten war, war für die Wähler/-innen der Grünen „Klima und Energie“ mit großem Abstand das Hauptthema, für Wähler/-innen der AfD war es, ebenfalls mit großem Abstand, die Zuwanderung (vgl. Tagesschau 2023a). Die „Bayerntrend“-Umfrage von Infratest.dimap im Auftrag des Bayerischen Rundfunks hatte die Zuwanderung als wichtigstes Thema schon Mitte September identifiziert (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2023c, 4). Die CSU reagierte spät, mit Vorschlägen im Asylverfahren verstärkt das Sachleistungsprinzip durchzusetzen, Asylbewerber/-innen vermehrt zur Arbeit zu verpflichten, die Zahl der sicheren Herkunftsländer zu vergrößern und eine „Integrationsgrenze“ von 200.000 Personen festzulegen (Frasch 2023c, 4).

Koalitionsoptionen waren von Beginn an ein Wahlkampfthema. Söder legte großen Wert auf die „Brandmauer“ zur Ausgrenzung der AfD. Als Ziel erklärte er die Fortsetzung der bürgerlichen Koalition von CSU und Freien Wählern in Bayern (die sogenannte Bayernkoalition). Den Grünen, die heftig um eine Koalitions- und damit Regierungsbeteiligung warben, erteilte er wiederholt eine deutliche Absage. Den Grünen fehle das „Bayern-Gen“. Eine Koalition mit ihnen werde es „definitiv“ nicht geben. Er selbst versuchte, wie das die CSU schon seit Franz-Josef Strauß getan hat, die Identität von Bayern und der CSU zu betonen. Wie Edmund Stoiber, ein anderer Vorgänger und ein anderes Vorbild von Markus Söder, wurde er nicht müde, die Überlegenheit des Freistaats in der deutschen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Landschaft zu preisen. Dies kann hilfreich sein, wenn das strahlende Bayern-Image auf die CSU abstrahlt, führt aber auch regelmäßig in der linksliberalen norddeutschen Presse zum *Bayern-Bashing*, wenn eigentlich die CSU gemeint ist (vgl. Der Spiegel 2023).

Die Sozialdemokratie spielte im Wahlkampf ebenso wie die FDP (Freie Demokratische Partei) nur eine Nebenrolle. Die Idee der SPD, einen sozialen Akzent zu

setzen (Slogan: „Soziale Politik für Dich“), blieb folgenlos für die relevanten Wahlkampfthemen. Ihr Spitzenkandidat Florian von Brunn, von Söder, wenn überhaupt, als „Florian von Dings“ erwähnt, blieb weitgehend unbekannt. Er gab an, er wolle „machen statt södern“. Ca. ein Drittel der Bayern kennen ihn. Flotte Sprüche bei Christopher Street Days, wie „Sex statt Söder“ oder „Horny statt Hubsy“, halfen nicht weiter, die SPD ins Gespräch zu bringen, ebenso wenig ein Fünf-Punkte-Plan („Von-Brunn-Plan“) mit wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. In Bayern ist die SPD, die in Berlin den Kanzler stellt, Nummer fünf unter den Parteien (vgl. Frasch 2023a).

Die FDP versuchte mit Prominenten das Bekanntheitsdefizit ihres Spitzenkandidaten Martin Hagen auszugleichen. Der frühere Herausgeber (1993–2010) des politischen Wochenmagazins „Focus“, Helmut Markwort; die Tochter des früheren CSU-Ministerpräsidenten Susanne Seehofer und der frühere FDP-Minister Wolfgang Heubisch (2008–2013) waren hierfür aber nur begrenzt geeignet. Der ehemalige Landesvorsitzende der FDP, Albert Duin (2013–2017), bemerkte resignierend: „Wir feiern uns dafür ab, was wir jetzt wieder erreicht haben im Landtag, dabei interessiert es den Bürger draußen null“ (Frasch 2023b). Der Wahlkampfeslogan der FDP: „Servus Zukunft“ wurde dann auch zu einem „Servus FDP“. Die Berliner Agentur, die diesen Slogan erfunden hatte, hatte ironischerweise die Doppeldeutigkeit des Begriffs „Servus“ in Bayern nicht erkannt. Vorbild war für sie der Filmtitel „Zurück in die Zukunft“.

Das bayerische Fernsehen veranstaltete zwei Spitzenkandidatenduelle. Geplant war Regierung gegen Opposition und dann eine Runde der kleineren Landtagsparteien (Freie Wähler, FDP, SPD, AfD). Für die Regierung trat in der ersten Runde Markus Söder an, als Vertreter der Grünen, der damals noch stärksten Oppositionsfraktion, Ludwig Hartmann. Einen klaren Sieger hatte keine der Runden. Bei Betonung der bekannten Unterschiede in der Migrationspolitik und hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energien ging es in der Debatte zwischen Hartmann und Söder wenig aggressiv zu. Hartmann erneuerte seine Hoffnung auf Schwarz-Grün. Das Thema Kampf dem Rechtsruck, das für die Grünen 2018 schon einmal funktionierte, griffen sie mit der Parole „Herz statt Hetze“ erneut auf. Ihr Spitzenduo Katharina Schulze und Ludwig Hartmann formten auf Plakaten mit aneinander liegenden Händen Herzen. Die Grünen bemühten sich auch darum, ihren Konflikt mit Teilen der Bauernschaft nicht ausufern zu lassen. Markus Söder schloss im Namen der Staatsregierung publikumswirksam vor der Wahl einen „Zukunftsvertrag zur Landwirtschaft in Bayern“ mit den Vertretern und Vertreterinnen des Bayerischen Bauernverbandes. Mit diesem kam er den Forderungen der konventionellen Landwirtschaft weit entgegen. Unter anderem wurde gefordert: Die Schaffung der recht-

lichen Grundlage für die Entnahme von „Problemtieren“, wie Wolf und Bär, die Ablehnung des Verbots von Pflanzenschutzmitteln bzw. eine finanzielle Unterstützung bei EU-Verboten, oder ein klares Bekenntnis zur Tierhaltung.

Die Freien Wähler blieben bei diesen Vereinbarungen, trotz Regierungsbeteiligung, außen vor, weil sie für die CSU Konkurrenten und Konkurrentinnen auf dem flachen Land sind. Im Wahlkampf gelang es den Freien Wählern sich als „bürgerliche Alternative“ (Slogan: „Anpacken für Bayern“) zur CSU zu empfehlen. Pragmatismus und Vernunft, die Förderung kleiner Strukturen, also Ehrenamt, Mittelstand und Regionalbanken beispielsweise, sind die Prioritäten einer Partei, deren Ursprünge in der Lokalpolitik liegen. Hier gibt es bei der Energiewende Überschneidungen mit den Grünen, allerdings bei starker Betonung kommunaler Entscheidungsautonomie. Von insgesamt 2.000 Bürgermeister/-innen in Bayern sind ca. 1.000 parteifrei oder Freie Wähler, von 71 Landräten und Landrätinnen sind 14 Freie Wähler. Seit 2008 sind die Freien Wähler im Landtag, seit 2018 in der Landesregierung. Das Gesicht der Freien Wähler ist Hubert Aiwanger, der selbst im bayerischen Wahlkampf bundespolitische Ambitionen für seine Freien Wähler betonte.

Bei der CSU dominierte Ministerpräsident Markus Söder die politische Kommunikation. Er sah in der Wahl (und im späteren Wahlerfolg) auch so etwas wie ein Plebiszit über seine eigene Person (und seine möglichen Ambitionen als Kanzlerkandidat im Bund). Im Wahlkampf wurde von der CSU als „rote Linie“ für die Ansprüche Söders und seine führende Stellung in der Partei ein Wahlergebnis von 35 Prozent für die CSU genannt, angestrebt wurden 40 Prozent plus (Holl 2023, 8). Nach den Daten von Infratest.dimap meinten 61 Prozent der Befragten, er sei ein guter Ministerpräsident; 56 Prozent gaben an „Ihm geht es mehr um sich selbst als um die Sache“. 55 Prozent waren zufrieden mit seiner politischen Arbeit, und nur 35 Prozent sagten „Bei ihm weiß man immer genau was er will.“ (vgl. Tagesschau 2023b). Das Wahlprogramm der CSU trug den Titel „Regierungsprogramm“. Markus Söder ließ sich, wie auch die anderen Spitzenkandidaten und Kandidatinnen mit ähnlich guten Ergebnissen, kurz vor der Wahl auf einem Parteitag mit 96 Prozent Unterstützung bestätigen. Vor dem Beginn des Wahlkampfs besetzte die Landesregierung populäre Themen. Beschlossen wurde eine Klage gegen den Bayern benachteiligenden Finanzausgleich (Bayern als Geberland zahlt knapp 10 Milliarden Euro ein), die in Berlin geplante Cannabis-Legalisierung wurde abgelehnt, Angela Merkel erhielt im Juni den bayerischen Verdienstorden, Markus Söder versuchte, den Kampf gegen *Wokeness*<sup>2</sup> zum Wahlkampfthema zu machen. Ebenfalls im Juni schloss die CSU ohne Beteiligung der Jäger und vor allem der Freien Wähler einen „Waldpakt für Bayern“.

Die Alternative für Deutschland (AfD) hatte in der vergangenen Legislaturperiode vor allem mit Streit in der eigenen Fraktion Schlagzeilen gemacht. Die thematische Prägung des Wahlkampfes mit dem Schwerpunkt Zuwanderung machte sie in der Wählerschaft attraktiv. Die CSU hatte es nun mit zwei effektiven Parteien rechts von ihr, den Freien Wählern und der AfD zu tun. 46 Prozent derjenigen, die 2023 Freie Wähler wählten, und 65 Prozent der AfD-Wähler/-innen stimmten der Aussage zu: „Die CSU ist mir einfach nicht mehr konservativ genug.“ (vgl. Tagesschau 2023c). Während die AfD sich als Teil des bürgerlichen Lagers, mit dem Anspruch mitzugereichen, definierte, grenzten sich Freie Wähler und CSU von ihr als „rechtsextremere“ Partei ab. Beide Spitzenkandidaten und Kandidatinnen der AfD, Katrin Ebner-Steiner und Martin Böhm, wurden dem völkischen Flügel der AfD zugeordnet.

Insgesamt kandidierten bei der Wahl 15 Parteien und 1.811 Kandidaten und Kandidatinnen. 9,4 Millionen Bürger/-innen waren wahlberechtigt.

## 2. Das Wahlergebnis

### 2.1 Das Wahlsystem

Das bayerische Wahlsystem hat einige Besonderheiten im Vergleich zu anderen deutschen Wahlsystemen. Es handelt sich um eine personalisierte Verhältniswahl mit offenen Listen. Der/die Wähler/-in hat zwei Stimmen. Die erste Stimme ist die Wahlkreisstimme, mit der Zweitstimme kann der/die Wählende direkt eine/-n Bewerber/-in auf der Liste einer Partei ankreuzen. Erst- und Zweitstimme werden zur Ermittlung der Sitzverteilung auf die Parteien zusammengezählt. Zwischen den Wahlkreisen findet kein landesweiter Verhältnisausgleich statt. Das Wahlgebiet ist in sieben Wahlkreise aufgeteilt (vgl. Tabelle 1). Da jede/-r Wahlsieger/-in in seinem/ihrem Wahlkreis gewählt ist, können zur Herstellung der Verhältnismäßigkeit wegen möglicher Überhangmandate auch Ausgleichsmandate entstehen. Der Landtag wird dadurch größer als gesetzlich normiert. Nach der Wahl 2023 hat der Bayerische Landtag 203 statt 180 Mitglieder wegen elf Überhangmandaten für die CSU und sieben Ausgleichsmandaten für die Freien Wähler, drei Ausgleichsmandaten für die Grünen und zwei Ausgleichsmandaten für die AfD. Es gilt eine Sperrklausel von 5 Prozent für den Einzug in den Landtag. Die durch das Bundesgesetz geregelte Mindestgrenze von 1 Prozent der Stimmen für eine Beteiligung an der Parteienfinanzierung erreichten 2023 neben der nicht mehr im Landtag vertretenen FDP (3,0 Prozent), die Ökologisch-demokratische Partei (ÖDP) (1,8 Prozent) und DIE LINKE (1,5 Prozent).

**Tab. 1: Wahl- und Stimmkreiseinteilung**

Wahlkreis	Abgeordnete		
	Gesamt	Im Stimmkreis	Auf Wahlkreisliste
Oberbayern	61	31	30
Niederbayern	18	9	9
Oberpfalz	16	8	8
Oberfranken	16	8	8
Mittelfranken	24	12	12
Unterfranken	19	10	9
Schwaben	26	13	13
<b>Bayern insgesamt</b>	<b>180</b>	<b>91</b>	<b>89</b>

Quelle: eigene Zusammenstellung.

## 2.2 Das Wahlergebnis

Bei der Landtagswahl 2023 wuchs die Wahlbeteiligung auf für Landtagswahlen beachtliche 73,3 Prozent (+1,0 Prozent). Klarer Wahlsieger war die CSU, obwohl sie hinter ihren eigenen Erwartungen zurückblieb und lediglich ihr Ergebnis von vor fünf Jahren stabilisierte. Das CSU-Ergebnis war das schlechteste Resultat für die Partei seit 1950. Geradezu ein Desaster war die Wahl für die in Berlin regierenden Ampelparteien: SPD, Grüne und FDP. Die Grünen, bei der letzten Wahl noch zweitstärkste Kraft im Landtag, fallen hinter Freie Wähler und AfD zurück. Die SPD, schon 2018 in Bayern eine Splitterpartei mit weniger als 10 Prozent der Stimmen, verliert weiter. Die FDP schafft es deutlich nicht mehr in den Landtag. Die bundespolitische Überlagerung des Wahlkampfes hat das Seine zu diesem Ergebnis beigetragen. 54 Prozent gaben in einer Infratest.dimap-Umfrage an, die Landtagswahl sei ein Denkkzettel für die Bundestagswahl, nur 39 Prozent verneinten dies (vgl. Tageschau 2023d).

Das im Bund vernachlässigte Thema der Zuwanderung stärkte die Parteien rechts von der CSU, vor allen Dingen die Freien Wähler. Markus Söder versuchte, die „Sondereffekte“ dieser Wahl, Migration und Flugblattaffäre, für das Erstarken der Freien Wähler verantwortlich zu machen, mit der impliziten Hoffnung, dass die CSU ohne diese „Sondereffekte“ besser dastehen würde. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass die Arbeit der Landesregierung (einschließlich der Freien Wähler) insgesamt bewertet wurde. Nach den Daten von Infratest.dimap fiel diese Bewertung knapp

positiv aus (51 Prozent) (vgl. Tagesschau 2023e). Wenn man sich nicht so sehr um die bayerischen Belange kümmert und die zeitgleichen Hessenwahlen mitbetrachtet, so setzen die Bayernwahlen einen Trend der deutschen Landtagswahlen fort, der sich parteiübergreifend beobachten lässt. Die jeweiligen Regierungschefs werden bei Landtagswahlen bestätigt. Es gibt eine starke Tendenz zur Personenwahl.

**Tab. 2: Wahlergebnis 2023 (Veränderung im Vergleich zur Wahl 2018)**

Partei	Gültige Gesamtstimmen			Sitzverteilung		
	Anzahl	%	Veränderung	Anzahl	%	Veränderung
CSU	5.059.142	37,0	-0,2	85	41,9	0
Grüne	1.972.147	14,4	-3,2	32	15,8	-6
Freie Wähler	2.163.353	15,8	+4,2	37	18,2	+10
AfD	1.999.924	14,6	+4,4	32	15,8	+10
SPD	1.140.585	8,4	-1,3	17	8,3	-5
FDP	413.595	3,0	-2,1	0		
DIE LINKE	200.795	1,5	-1,7	0		
Bayernpartei	129.469	0,9	-0,8	0		
ÖDP <sup>a</sup>	245.145	1,8	+0,2	0		
DIE PARTEI	64.085	0,5	+0,1	0		
Tierschutzpartei	60.764	0,5	+0,2	0		
V-Partei <sup>b</sup>	22.934	0,2	-0,1	0		
Partei der Humanisten	14.022	0,1	+0,1	0		
dieBasis	119.314	0,9	neu			
Volt	41.623	0,3	neu			
<b>Bayern insgesamt</b>	<b>13.655.897</b>	<b>100</b>		<b>203</b>	<b>100</b>	<b>-2</b>

<sup>a</sup> ÖDP – Ökologisch–Demokratische Partei;

<sup>b</sup> V-Partei- Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer

Quelle: Der Landeswahlleiter des Freistaats Bayern 2023;; eigene Berechnungen.

Die Grünen verloren zwar ein Direktmandat in München, holen aber ihre vier Direktmandate alle im dortigen großstädtisch-studentischen Milieu. Die Freien Wähler gewinnen gegenüber der CSU auf dem Lande und erobern erstmals zwei Direktmandate in Landshut und Neuburg-Schrobenhausen. Sie und die AfD sind die Gewinner der Wahl. Die AfD-Ergebnisse sind in allen Altersgruppen zweistellig und erreichen ihren besten Wert bei den 35- bis 44-Jährigen mit 20 Prozent. Auch wenn die Methodik der Ermittlung von Wählerwanderungsbilanzen umstritten ist,

zeigen solche Bilanzen doch Trends. Für die CSU ist die Bilanz eindeutig. Sie gewinnt 85 der 91 Direktmandate. Die Partei verlor dennoch massiv an die AfD und noch viel stärker an die Freien Wähler. Die Verluste konnte sie ausgleichen durch Zugewinne aus allen anderen politischen Lagern und sogar durch Zustrom von Nichtwähler/-innen (vgl. Tagesschau 2023f).

Überdurchschnittlich stark war die CSU bei den über 70-Jährigen, bei Menschen mit einfacher Bildung und bei Menschen, die mehr als 20 Jahre in Bayern leben. Von einigen Klischees gilt es Abschied zu nehmen. Die Jungwähler/-innen sind nicht in erster Linie Grünen-Anhänger/-innen. Sie wählten wie alle Altersgruppen am meisten die CSU und etwa genauso stark wie die Grünen die AfD. Die SPD kann, nicht nur wegen ihrer insgesamt schwachen Unterstützung in der Wählerschaft, nicht mehr für sich reklamieren, die Arbeiter/-innen zu repräsentieren. Aus dieser Berufsgruppe wählte ein Drittel die AfD, nur noch 5 Prozent entschieden sich für die SPD (vgl. Jerabek/Heim 2023).

**Tab. 3: Stärken der CSU, in Prozent**

Partei	über 70-Jährige	einfache Bildung	20 Jahre und länger Wohndauer in Bayern
CSU	53	45	39
Freie Wähler	14	20	16
SPD	12	7	8
Grüne	9	4	13
AfD	7	18	15
FDP	3	1	3

Quelle: Tagesschau 2023g; Tagesschau 2023h; Tagesschau 2023i

Die AfD wird stärkste Oppositionspartei. Sie gewinnt Stimmen auch von den Freien Wählern und aus allen politischen Lagern, auch von den Grünen. In kleinen Gemeinden und kleineren Städten sind CSU, AfD und Freie Wähler deutlich stärker als in den großen Städten. Bei den Grünen ist dies nach den Daten der Forschungsgruppe Wahlen umgekehrt. Das Wahlverhalten von Frauen unterscheidet sich, mit Ausnahme der geringeren Unterstützung der AfD, nicht wesentlich von dem der Männer (vgl. Welt 2023).

Von den 203 gewählten Abgeordneten sind 78 neu. Der Landtag ist mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren jünger geworden und weniger akademisch, es sind mehr Personen ohne Hochschulstudium vertreten. Nur ein Viertel der Abgeordneten ist weiblich, weniger als im vorigen Landtag (damals 26,8 Prozent).

### 2.3 Die CSU behauptet ihre Sonderstellung

Die Wahl 2023 bestätigte die Sonderstellung der CSU in Bayern. Sie regiert ununterbrochen seit 1957. Zum letzten Mal erreichte die Partei eine absolute Mehrheit der Wählerstimmen 2003 mit 60,7 Prozent und 2013 eine absolute Mehrheit der Sitze im Landtag. Seit 2003 reduzierte sich der Anteil der Wählerstimmen, die auf die Partei entfielen (mit Ausnahme von 2013), stetig. 2008 war die CSU gezwungen, eine Legislaturperiode lang mit der FDP zu regieren, seit 2018 sind die Freien Wähler ihr Koalitionspartner. Dies deutet an, dass sich hinter der Fassade der Stabilität deutliche Verschiebungen des Parteienwettbewerbs abzeichnen. In Zukunft könnte ein weiterer Stimmenverlust der CSU dazu führen, dass die Partei bei Bundestagswahlen unter die fünf Prozent-Hürde rutscht. Sie wäre dann, selbst wenn sie alle Wahlkreise in Bayern gewinnt, nicht mehr im Bundestag vertreten. Ihre Doppelrolle als Regionalpartei mit bundespolitischen Ambitionen wäre Geschichte (vgl. Sturm 2020).

Das Wahlergebnis von 2023 weist auch auf innerbayerischen Wandel hin. Das Wahlverhalten wurde konservativer (unter anderem in Opposition zur Berliner Ampelkoalition). Die Parteien der Ampelkoalition erreichten bei der Landtagswahl zusammen gerade noch 25,8 Prozent – weit entfernt von einer Mehrheit. Das konservative Lager ist aber gespalten. Freie Wähler und CSU halten Distanz zur AfD. Die Freien Wähler haben einen charismatischen Redner an der Spitze, der dem Ministerpräsidenten Markus Söder die in Bayern nicht unwichtige „Lufthoheit“ über den Stammtischen und im Bierzelt streitig macht. Der CSU gelingt es nicht mehr, den rechten Rand der bayerischen Politik zu integrieren.

## 3. Regierungsbildung

Die Koalitionsparteien CSU und Freie Wähler nahmen in der Woche nach der Wahl zügig Gespräche auf und einigten sich auf Koalitionsverhandlungen. Schon im Wahlkampf hatte Markus Söder eine andere Konstellation der Landesregierung ausgeschlossen. Er war auch nicht bereit, die sonst üblichen Sondierungsgespräche „mit allen demokratischen Parteien“ zu führen, was ihm das Drohpotential mit einem anderen möglichen Koalitionspartner nahm. Hinzu kam, dass nach Umfragen eine Mehrheit der Wähler/-innen die Zusammenarbeit von Freien Wählern und CSU positiv bewertete. Sie blieb ihre Wunschkoalition.

Dennoch gab es im Vorfeld und mit dem Beginn der Verhandlungen der Koalitionspartner Irritationen. Die Freien Wähler machten ihren Wahlerfolg gelten und

verlangten eine/-n vierte/-n Kabinettsminister/-in. Genannt wurde das Landwirtschaftsressort. Der neue Fraktionsvorsitzende der CSU im bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, ebenso wie der Ministerpräsident selbst, wandten sich gegen diese Forderung und erinnerten die Freien Wähler an die Kräfteverhältnisse in der Koalition. Aus Sicht Söders war Aiwanger wegen der Flugblatffäre noch „auf Bewährung“ und sollte bescheiden bleiben. Aiwanger riet der CSU, nicht „so mädchenhaft aufzutreten“. Söder sagte: „Ich rate umgekehrt, nicht pubertär zu agieren.“ (Frasch/Ripperger 2023b, 3).

Die Koalitionspartner lösten ihre Kontroversen durch Kompromisse. Der Koalitionsvertrag beginnt außerhalb des üblichen Vorgehens mit einer Präambel, die rückblickend als Reaktion auf die Flugblatffäre gelesen werden kann, was aber beide Koalitionspartner so nicht verstanden haben wollen. Die Präambel hält unter anderem fest: „Wir treten jeglicher Form von Antisemitismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschlossen entgegen“ (Bayerische Staatsregierung 2023, 1). Die Freien Wähler erhielten den gewünschten zusätzlichen Kabinettsposten, mussten aber eine Staatssekretärin abgeben. Das Ressort für Digitales ist das kleinste und musste an die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten den Glamourpart (Filmförderung und Filmfest) abgeben. Der CSU Fraktionsvorsitzende Holetschek betonte, Digitalisierung sei ohnehin Chefsache. Am 26. Oktober 2023 wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet – am 31. Oktober wurde Markus Söder vom bayerischen Landtag erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Er erhielt 120 von 198 abgegebenen Stimmen. Mit Nein stimmten 76 Abgeordnete, zwei enthielten sich (vgl. Frasch 2023d).

---

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Zwischenausschuss ist ein Gremium des Landtags. Es ist in der Zeit kurz vor Landtagswahlen für die Beratung dringender Angelegenheiten zuständig. Die Legislaturperiode des Parlaments endete bereits am 20. Juli 2023. Dem Zwischenausschuss gehörten 51 der insgesamt 205 Abgeordneten an – also nur ein Viertel. Es ist erst das siebte Mal in der Geschichte des bayerischen Landtags, dass ein Zwischenausschuss einberufen werden musste.
- <sup>2</sup> Der Begriff Wokeness bezeichnet eine erhöhte Wachsamkeit und Sensibilität gegenüber verschiedensten Formen sozialer Missstände und Diskriminierungen (z.B. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus oder Umweltzerstörung). Er beinhaltet die Absicht, das Zeitgeschehen aufmerksam zu verfolgen und sich im öffentlichen Raum aktiv gegen Missstände zu äußern (vgl. Bendel 2021).

---

## Literaturverzeichnis

- Bendel, Oliver (2021), Wokeness, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/wokeness-123231/version-384489> (21.01.2024)
- Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern (2023), Landtagswahl 2023. Endgültiges Ergebnis, [www.landtagswahl2023.bayern.de/index.html](http://www.landtagswahl2023.bayern.de/index.html) (21.01.2024)
- Der Spiegel (2023), Mia san mia, Der Spiegel, 09.09.2023, 13–23
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023a), Söder verlangt von Aiwanger Antworten auf 25 Fragen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.08.2023, 1
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023b), Aiwanger profitiert von Flugblatt-Affäre, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.09.2023, 1
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023c), Zuwanderung wichtigstes Thema, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.09.2023, 4
- Frasch, Timo (2023a), Auch die SPD will Bayern sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.09.2023, 3
- Frasch, Timo (2023b), Die Leiden der Bayern-FDP, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.09.2023, 4
- Frasch, Timo (2023c), Söder: Lampedusa kennt keine bayerische Landtagswahl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.09.2023, 4
- Frasch, Timo (2023d), Ein kleines Ministerium mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2023, 4
- Frasch, Timo/Ripperger, Anna-Lena (2023a), Das Ende einer Affäre?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.09.2023, 7
- Frasch, Timo/Ripperger, Anna-Lena (2023b), Alles auf Migration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.10.2023, 3
- Holl, Thomas (2023), Söders Prozente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.10.2023, 8

- Jerabek, Petr/Meim Maximilian (2023), Sieg mit Schattenseiten, in: BR24, 09.10.2023, [www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-wahl-sieg-mit-schoenheitsfehlern-fuer-csu-chef-markus-soeder](http://www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-wahl-sieg-mit-schoenheitsfehlern-fuer-csu-chef-markus-soeder),Ts6N2rG (21.01.2024)
- Bayerische Staatsregierung (2023), Koalitionsvertrag „Freiheit und Stabilität – Für ein modernes, welt-offenes und heimatverbundenes Bayern“, [www.bayern.de/staatsregierung/koalitionsvertrag-2023-2028/](http://www.bayern.de/staatsregierung/koalitionsvertrag-2023-2028/) (21.01.2024)
- Sturm, Roland (2020), True Bavarians. The Volatile Identity Politics of Born Regionalists, in: Donat, Elisabeth/Meyer, Sarah/Abels, Gabriele (Hg.), *European Regions. Perspectives, Trends and Developments in the 21<sup>st</sup> Century*, Bielefeld: transcript, 117–126
- Tagesschau (2023a), Welches Thema spielt für ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023b), Ansichten über Markus Söder, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023c), Die CSU ist mir einfach nicht mehr konservativ genug, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023d), Landtagswahl: Denkkzettel für Bundesregierung, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023e), Zufriedenheit mit der Landesregierung, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023f), Wanderung CSU, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023g), Stimmanteile bei über 70-jährigen, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023h), Stimmanteile nach Bildung, in: Tagesschau, 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Tagesschau (2023i), Stimmanteile nach Wohndauer in Bayern in: Tagesschau 08.10.2023, [www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml](http://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml) (21.01.2024)
- Welt (2023), Die Alten retten Söder – AfD bei den Jüngeren stark, in: Welt, 08.10.2023, [www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/die-alten-retten-s-%C3%B6der-afd-bei-den-j%C3%BCngeren-stark/ar-AA1hSKmC](http://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/die-alten-retten-s-%C3%B6der-afd-bei-den-j%C3%BCngeren-stark/ar-AA1hSKmC) (21.01.2024)





Sophie Mair

# Die Rolle der Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen im Kontext der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz

Ein euroregionaler Vergleich

## **Equality bodies and their role in enforcing equal opportunities for men and women in the workplace.**

An euroregional comparison.

**Abstract** This essay looks at the principle of equal opportunities for women and men in the workplace and, in particular, at the legal institutions responsible for enforcing this principle. Through a comparative approach, both the Austrian and Italian legal systems are analyzed, focusing on constitutional as well as statutory provisions. The role of the Italian „Consiglieri/e di parità“ and the Austrian „Gleichbehandlungsbeauftragten“ is of particular interest, especially emphasizing legal and practical aspects in the Euregio Tyrol South Tyrol Trentino. To this end, interviews with the current office holders were conducted and are partly reported in this essay. These interviews highlight the practical side of the institutional work and identify points of criticism and opportunities for improvement.

## 1. Einleitung

Das Thema der Gleichbehandlung von Mann und Frau ist mittlerweile im gesellschaftlichen Diskurs angekommen und daraus nicht mehr wegzudenken. Gleichbehandlung kann viele Gestalten einnehmen, jedoch soll sich dieser Beitrag<sup>1</sup> auf die arbeitsrechtliche Dimension in Italien und Österreich konzentrieren, also die Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz.

Dabei bewegt sich die Abhandlung auf verschiedenen Ebenen: Zuerst werden die relevanten verfassungsrechtlichen Bestimmungen analysiert, darauffolgend wird die einfachgesetzliche Umsetzung dieser verfassungsrechtlichen Bestimmungen betrachtet.

Eine wichtige Rolle in der Umsetzung der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz spielen verschiedene Institutionen, darunter insbesondere die Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen in Italien und die Gleichbehandlungsbeauftragten in Österreich. Diese Institutionen bekämpfen Diskriminierung am Arbeitsplatz und tragen zur allgemeinen Sensibilisierung in diesem Bereich bei. Hierbei liegt der Fokus vor allem auf der lokalen Ebene, spezifisch auf den Autonomen Provinzen Bozen/Südtirol und Trient sowie auf dem Land Tirol (also den Ländern der Euregio). Um die praktische Seite nicht außen vor zu lassen, hat die Verfasserin Interviews mit den aktuellen Amtsinhaberinnen und dem Amtsinhaber innerhalb der Euregio geführt. Ausschnitte dieser Interviews sind im gegenständlichen Beitrag angeführt. Dabei wird auch ein Blick in die Zukunft geworfen.

Das Hauptaugenmerk dieser Betrachtung liegt insbesondere auf dem Rechtsvergleich innerhalb der Euregio und der nationalen Rechtsordnungen. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Gesetzgebung und die diesbezügliche Umsetzung ausreicht, damit die Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen ihre Aufgaben hinreichend erfüllen können. Wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten und Schwachstellen der gesetzlichen Regelung und deren Umsetzung?

## 2. Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz

### 2.1 Die italienische Verfassung und die Interpretation des Verfassungsgerichtshofs

Im Bereich der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz sind verschiedene Artikel der italienischen Verfassung relevant. Darunter fallen die Artikel 3, 4, 37 und 117, Absatz 7, auf die im Nachfolgenden einzeln eingegangen wird.

Artikel 3 der Verfassung findet sich unter deren grundlegenden Rechtssätzen und enthält das Gleichheitsprinzip. Die Stellung am Anfang des grundlegenden Textes der italienischen Rechtsordnung verdeutlicht die Position als „Eckpfeiler des demokratischen Staates“ (Happacher 2022, 35). In Absatz 1 des Artikels 3 wird die formelle, in Absatz 2 die materielle Gleichheit festgeschrieben.

Durch die formelle Gleichheit werden alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gleichgestellt, „ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Sprache, des Glaubens, der politischen Anschauungen, der persönlichen und sozialen Verhältnisse“ (Artikel 3, Absatz 1 Verfassung). Es wird die Basis für die liberale Staatsform gelegt (vgl. D’Amico 2018, 28), indem jedwede Diskriminierung und ungerechtfertigte Privilegien beseitigt werden (vgl. Califano 2021, 56).

Ergänzt wird der formelle Gleichheitsgrundsatz durch den materiellen Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3, Absatz 2. Die Italienische Republik wird dadurch konkret verpflichtet, alle sozialen und wirtschaftlichen Hürden zu beseitigen, die die volle Entfaltung der Persönlichkeit und die „Teilnahme aller Arbeiter an der [...] Gestaltung des Landes“ (im Wortlaut von Artikel 3, Absatz 2 Verfassung) behindern. Diese Bestimmung hat programmatischen Charakter und richtet sich deswegen vorwiegend an den Gesetzgeber, dem die Umsetzung dieser Vorgabe obliegt (vgl. Happacher 2022, 37). Die Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung hatten erkannt, dass die alleinige Anerkennung eines formellen Gleichheitsprinzips keine effektive Gleichheit erreichen konnte (vgl. Gregorio 2016, 783). In dieser materiellen Dimension des Gleichheitsprinzips lässt sich auch die soziale Ausprägung der Republik erkennen. Der Staat greift demnach ein, um bestehende soziale und historisch gewachsene Diskriminierungen auf ein Minimum zu beschränken (vgl. Proia 2018, 231).

Daraus kann man jedoch nicht automatisch schließen, dass die Gesetzgebung keine unterscheidenden Regelungen treffen kann. Gleiche Situationen müssen gleich, ungleiche ungleich behandelt werden (siehe dazu z. B. das Urteil des italienischen

Verfassungsgerichtshofs Nr. 3 von 1957). Hierbei ist die ausreichende Rechtfertigung und Sachlichkeit der Unterscheidung entscheidend (vgl. D'Amico 2018, 29) (siehe Urteile des Verfassungsgerichtshofs Nr. 15 von 1960 und Nr. 89 von 1996). Das Gleichheitsprinzip wird erst dann verletzt, wenn die Unterscheidung nicht angemessen und objektiv begründet werden kann (vgl. Califano 2021, 56–57).

Um konkret festzustellen, ob eine Bestimmung gegen das Gleichheitsprinzip verstößt, wird vom Verfassungsgerichtshof zumeist die Methode des *tertium comparationis* angewendet (vgl. Happacher 2022, 36). Dabei wird der vorliegende Sachverhalt mit einem anderen, ähnlichen Sachverhalt verglichen, um festzustellen, ob die Situationen ungleich oder gleich behandelt werden sollen (vgl. Sorrentino 2017, 6). Im Zuge dessen analysiert der Verfassungsgerichtshof auch die *ratio legis* der Bestimmung, also die Gründe und Ziele, die mit einer bestimmten Entscheidung verfolgt werden (vgl. D'Amico 2018, 31).

Mit Artikel 3 der Verfassung und dem Gleichheitsgrundsatz hängen auch die positiven Maßnahmen (englisch *affirmative action*) zusammen, vor allem in der Herstellung effektiver Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Diese positiven Maßnahmen beseitigen keine Ungleichheiten juristischer Natur, sondern wirken struktureller, kultureller und gesellschaftlicher Benachteiligung entgegen (vgl. Tripodina 2018, 248). Eine solche positive Maßnahme kann z. B. in einer Quote bestehen.

Laut herrschender Meinung, die sich auch durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union herausgebildet hat, müssen diese Maßnahmen zeitlich begrenzt und angemessen sein; außerdem müssen konkrete Diskriminierungsfaktoren vorliegen (vgl. Ballestrero/De Simone 2019, 300). Auch der italienische Verfassungsgerichtshof hat sich zu den Grenzen der positiven Maßnahmen geäußert. Im Urteil Nr. 422 von 1995 hält er fest, dass diese dazu beitragen können, bestehende Hürden zu beseitigen, aber nicht ein bestimmtes Ergebnis garantieren dürfen. Im vorliegenden Fall entschied der Verfassungsgerichtshof über ein Wahlgesetz für Gemeinden mit bis zu 15.000 Einwohnern und Einwohnerinnen, in welchem festgelegt wurde, dass auf einer Liste nicht mehr als 2/3 der Kandidaten und Kandidatinnen dem gleichen Geschlecht angehören dürfen.

Außerdem kann eine vergangene Diskriminierung nicht mit einer aktuellen Diskriminierung beglichen werden, was eine sogenannte *reverse discrimination* darstellen würde. Dies wäre nicht mit den Zielen von Artikel 3 der Verfassung vereinbar. Auch im Fall des erwähnten Urteils Nr. 422/1995 geht der Verfassungsgerichtshof von einer solchen *reverse discrimination* aus.

Gleichzeitig bezeichnet selbst der Verfassungsgerichtshof die positiven Maßnahmen als stärkstes Mittel der Gesetzgebung zur Erleichterung der Ausgangsbedin-

gungen von bestimmten Personengruppen, die anderweitig benachteiligt wären. Interessant dazu ist Urteil Nr. 109 von 1993, in dem der Verfassungsgerichtshof die positiven Maßnahmen folgendermaßen einordnet: „[S]ono il più potente strumento a disposizione del legislatore [...] che tende ad innalzare la soglia di partenza per le singole categorie socialmente svantaggiate“. Dennoch ist die Frage ihrer Anwendung und Grenzen immer noch umstritten und nicht abschließend geklärt (vgl. D’Amico 2018, 34).

In Bezug auf die Arbeit ist auch Artikel 4 der Verfassung relevant, der sich ebenfalls unter den grundlegenden Rechtssätzen befindet und ein grundsätzliches Recht auf Arbeit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger anerkennt. Diese zentrale Stellung der Arbeit kommt auch in Artikel 1 der Verfassung zum Ausdruck, der Italien als eine „auf die Arbeit gegründete Republik“ beschreibt. Das Recht auf Arbeit ist somit ein grundlegendes Freiheitsrecht, so legt es auch der Verfassungsgerichtshof im Urteil Nr. 45 von 1965 fest (wörtlich: „fondamentale diritto di libertà della persona umana“). Zu diesem Freiheitsrecht zählt auch die volle Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt (vgl. Scarponi 2014, 64–65).

Allerdings garantiert die Formulierung von Artikel 4 weder allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beschäftigung, noch kann daraus ein Recht auf bedingungslose Erhaltung des Arbeitsplatzes abgeleitet werden. Der Artikel bildet jedoch die Grundlage für bestimmte Garantien im Bereich des Arbeitsrechts (z. B. der Schutz vor unbegründeter, unwirksamer oder nichtiger Kündigung) (vgl. Cavino 2018, 37).

Eine weitere zentrale Bestimmung der italienischen Verfassung findet sich in Artikel 37, der die absolute Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz fest schreibt. Spezifisch bezieht sich dieses Gleichheitsprinzip auf den Zugang zur Arbeit, die Arbeitsmöglichkeiten, die Bezahlung sowie den Karrierefortschritt (vgl. De Vergottini 2017, 409). Wesentlich ist hierbei das festgeschriebene Recht auf gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeitsleistung oder solcher, die den gleichen Wert hat. Die Arbeitsleistung ist dann als gleich einzustufen, wenn sowohl die Aufgaben als auch der berufliche Rang miteinander übereinstimmen (vgl. Tripodina 2018, 247) (siehe dazu auch das Urteil des Kassationsgerichtshofs Nr. 2538 von 1968).

Im zweiten Teil der Bestimmung wird allerdings auch festgelegt, dass der Frau am Arbeitsplatz besonderer Schutz zuteil wird, um ihre „wesenhafte Aufgabe im Dienst der Familie“ zu erfüllen. Die Arbeitsbedingungen müssen es also ermöglichen, den familiären Verpflichtungen nachzugehen (vgl. Happacher 2022, 200).

Diese Zweiteilung ist Ausdruck der gesellschaftlichen Wichtigkeit der Mutterschaft und der Aufteilung der familiären Aufgaben. Es soll Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Care-Arbeit angestrebt werden (vgl. Scarponi 2014, 66). Die von

Artikel 37 postulierte „wesenhafte Aufgabe im Dienst der Familie“ darf der Verwirklichung der Frau am Arbeitsplatz nicht im Wege stehen (siehe dazu das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 374 von 1989).

Kurz muss ebenso auf Artikel 117, Absatz 7 der Verfassung eingegangen werden, der wie folgt lautet:

*„(7) Die Regionalgesetze beseitigen sämtliche Hindernisse, welche der vollständigen Gleichbehandlung von Mann und Frau in Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft entgegenstehen, und fördern die Chancengleichheit von Mann und Frau beim Zugang zu Wahlämtern.“*

Der gesamte Wortlaut von Artikel 117 und damit auch dieser Absatz wurden mit der Verfassungsreform von 2001 vollständig umformuliert. Die vorliegende Bestimmung schreibt spezifisch fest, dass auch die Regionen ihren Beitrag im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit leisten sollen. Dass mittlerweile zahlreiche statutarische Bestimmungen und Regionalgesetze in Umsetzung zu dieser Bestimmung erlassen wurden, hebt den transversalen Charakter des Gleichstellungsdiskurses hervor (vgl. Caielli 2018, 357).

## 2.2 Die österreichische Verfassung

Wie in der italienischen Verfassung findet sich auch im österreichischen Verfassungsrecht das Gleichheitsprinzip wieder.

Das Gleichheitsprinzip gilt bereits seit dem Staatsgrundgesetz von 1867. In Artikel 2 wurde darin festgelegt, dass „vor dem Gesetze [...] alle Staatsbürger gleich“ seien.

Dieselbe Formulierung greift auch Artikel 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920 auf. Darin wird ergänzt, dass jegliche „Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses [...] ausgeschlossen“ sind (Absatz 1). Somit listet der Artikel spezifische Diskriminierungsfaktoren auf, wie es auch Artikel 3 der italienischen Verfassung tut. Artikel 7, Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes geht auf die Gleichbehandlung von Mann und Frau ein. Darin bekennen sich der Bund, die Länder sowie die Gemeinden zur „tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau“. Zur Förderung dieser faktischen Gleichstellung können Maßnahmen getroffen werden, die bestehende Ungleichheiten beseitigen. Somit ist der Ansatz in der österreichischen Verfassungsgesetzgebung ähnlich wie

jener in der italienischen Verfassung in Artikel 3, Absatz 2: In beiden Fällen sind die staatlichen Institutionen dazu angehalten, Gleichstellung durch konkrete Maßnahmen herzustellen.

Auch in der Haushaltsführung haben die verschiedenen Gebietskörperschaften die tatsächliche Gleichstellung anzustreben, wie Artikel 13 Bundes-Verfassungsgesetz festlegt.

### **3. Die einfachgesetzliche Umsetzung der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und des Diskriminierungsverbots**

Die Gesetzgebung in Italien und Österreich hat zahlreiche Gesetze hervorgebracht, die die verfassungsrechtlichen Vorgaben im Bereich der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz umsetzen.

Der Großteil des Rechts in beiden Ländern ist mittlerweile direkt oder indirekt durch das supranationale Recht der EU geprägt. Dies ist auch im Gleichbehandlungsrecht der Fall, wobei die Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen besonders erwähnenswert ist. Diese enthält verschiedene Begriffsbestimmungen, sieht die Möglichkeit von positiven Maßnahmen vor und legt ein Diskriminierungsverbot in Bezug auf Entgelt, soziale Sicherheit, den Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen fest. Die genannte EU-Richtlinie wurde auch von den Mitgliedstaaten Italien und Österreich durch nationale Gesetzgebung umgesetzt.

#### 3.1 Italien

Im Bereich der Durchsetzung des Prinzips der Nichtdiskriminierung und der Gleichstellung von Mann und Frau ist der Kodex für Chancengleichheit zwischen Mann und Frau (gesetzesvertretendes Dekret vom 11. April 2006, Nr. 198,<sup>2</sup> nachfolgend: Kodex) der zentrale Gesetzestext. Das gegenständliche gesetzesvertretende Dekret stellt wohl eine der wichtigsten Reformen im Bereich der Chancengleichheit dar. Es fasst die geltenden Bestimmungen zusammen und absorbiert damit zahlreiche andere Bestimmungen in diesem Bereich (vgl. Simonati 2015, 364).

Der Kodex befasst sich organisch mit allen Bereichen, die die Chancengleichheit betreffen, darunter die ethisch-sozialen Beziehungen, die Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen sowie die zivilen und politischen Beziehungen. Es ist sowohl das Amt der Gleichstellungsrätin und des Gleichstellungsrates geregelt als auch die allgemeine Definition von Diskriminierung darin enthalten.

Artikel 1 des Kodex definiert dessen Ziele: Es soll jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts behoben werden, die der Ausübung von politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder zivilen Grund- oder Freiheitsrechten im Wege stehen. Die positiven Maßnahmen werden auch im Kodex der Chancengleichheit aufgegriffen und definiert (Artikel 42). Darin werden sie als Maßnahmen beschrieben, die darauf abzielen, *de facto* bestehende Hürden zur Erreichung der Chancengleichheit zu beseitigen.

Für diese Betrachtung ist besonders das dritte Buch des Kodex relevant. Dieses bezieht sich auf die Chancengleichheit in den Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen und ist deshalb auch für das Thema der Chancengleichheit von Mann und Frau am Arbeitsplatz interessant.

Die Definition von Diskriminierung findet sich in Artikel 25 des Kodex. Dieser gesetzlich weit definierte Begriff der Diskriminierung kann in jeglicher Bestimmung, jeglichem Kriterium, jeglicher Praxis, jeglichem Akt, jeglicher Abrede oder Verhaltensweise („*qualsiasi disposizione, criterio, prassi, atto, patto o comportamento*“) bzw. in der Anordnung zu einer bestimmten Handlung oder Verhaltensweise („*l'ordine di porre in essere un atto o un comportamento*“) bestehen. Außerdem kann eine Definition direkt oder indirekt erfolgen.

Direkte Diskriminierung besteht in einer Handlung, die eine nachteilige Auswirkung („*effetto pregiudizievole*“) aufgrund des Geschlechts bewirkt bzw. eine weniger günstige Behandlung („*trattamento meno favorevole*“) von Arbeiterinnen und Arbeitern in gleicher Situation („*in situazione analoga*“) zur Folge hat (Artikel 25, Absatz 1 Kodex). Dies gilt auch für Kandidatinnen und Kandidaten während des Auswahlverfahrens für Personal.

Indirekt ist die Diskriminierung laut Artikel 25, Absatz 2 Kodex dann, wenn das unterscheidende Kriterium zwar scheinbar neutral („*apparentemente neutro*“) wirkt, aber eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in eine Situation besonderen Nachteils („*posizione di particolare svantaggio*“) bringt. Auch hier werden die Bewerberinnen und Bewerber bei der Personalauswahl in den Anwendungsbereich miteingeschlossen. Eine indirekte Diskriminierung ist dann ausgeschlossen, wenn die Auswahlkriterien wesentliche Voraussetzungen („*requisiti essenziali*“) für die Arbeitsleistung darstellen. Die Zielsetzung einer solchen Bestimmung muss recht-

mäßig und die Mittel notwendig und angemessen sein. Trifft all dies zu, besteht im konkreten Fall keine Diskriminierung (vgl. Scarponi 2014, 78).

Als Diskriminierung wird vom italienischen Gesetzgeber auch Belästigung („*molestie*“) angesehen („*considerate come*“). In der Definition des Gesetzgebers sind Belästigungen mit dem Geschlecht verbundene unerwünschte Verhaltensweisen, die darauf abzielen, die Würde der Person zu verletzen und ein Klima der Einschüchterung, Feindseligkeit, Herabwürdigung, Demütigung oder Beleidigung zu schaffen (Artikel 26, Absatz 1 Kodex). Dasselbe gilt auch für die sexuelle Belästigung (definiert in Artikel 26, Absatz 2 Kodex), bei der die vorgenannten unerwünschten Verhaltensweisen eine sexuelle Konnotation bekommen.

Eine weitere wichtige Unterscheidung besteht zwischen individueller und kollektiver Diskriminierung (vgl. Arcidiacono/Manna 2013, 119). Kollektive Diskriminierung (Näheres hierzu in Artikel 37 Kodex) betrifft mehrere, durch die Diskriminierung verletzte Subjekte, die nicht bestimmt bzw. bestimmbar sind (z. B. im Falle von Wettbewerbsausschreibungen) (vgl. Scarponi 2014, 84). In diesem Zusammenhang spielen der Gleichstellungsrat und die Gleichstellungsrätin eine wichtige Rolle, diese wird weiter unten genauer beleuchtet.

Was passiert, wenn die obgenannten Diskriminierungsverbote verletzt werden, ist im sogenannten Arbeiterstatut (Gesetz vom 20. Mai 1970, Nr. 300) festgeschrieben. Artikel 15 des Arbeiterstatuts schreibt die Nichtigkeit aller Abmachungen oder Handlungen fest, die aufgrund politischer oder persönlicher Überzeugungen oder Gründen der Religion, der Rassifizierung, der Sprache, des Geschlechts, des Handicaps, des Alters oder der sexuellen Orientierung diskriminieren.

Erfolgt dennoch eine Kündigung, die aufgrund des Geschlechts diskriminiert, schafft Artikel 18 Arbeiterstatut Abhilfe. Die Absätze 1–3 bieten starken Kündigungsschutz: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen im Falle von unbegründeter, unwirksamer oder nichtiger Kündigung wieder in den Arbeitsplatz eingegliedert werden und eine Entschädigung erhalten (vgl. Cavino 2018, 36).

### 3.2 Österreich

Auch in der Republik Österreich sind spezifische Diskriminierungsverbote gesetzlich festgeschrieben. So ist es untersagt, Personen aufgrund ihres Geschlechts, Alters, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, sexueller Orientierung oder einer Behinderung nachteilig zu behandeln (vgl. Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft 2022).

Allerdings ist die Gesetzgebung in Bezug auf die Nichtdiskriminierung von Mann und Frau am Arbeitsplatz zersplitterter. Auf der einen Seite wird zwischen verschiedenen Formen von Arbeitsverhältnissen unterschieden. Demnach sind verschiedene Bestimmungen anwendbar, je nachdem, ob ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin beim Bund, beim Land oder bei einem privaten Arbeitgeber bzw. einer privaten Arbeitgeberin angestellt ist. Auf der anderen Seite spiegelt sich in der Gesetzgebung die föderalistische und bundesstaatliche Struktur Österreichs wider. Auf Ebene des Bundes sind die Bestimmungen zur Gleichbehandlung von Mann und Frau hauptsächlich in folgenden Gesetzen festgeschrieben:

- Bundesgesetz über die Gleichbehandlung<sup>3</sup> (Gleichbehandlungsgesetz-GIBG): Für die Privatwirtschaft und sonstige Bereiche
- Bundesgesetz über die Gleichbehandlungskommission und die Gleichbehandlungsanwaltschaft<sup>4</sup> (GBK/GAW-Gesetz): Für die Gleichbehandlungskommission und die Gleichbehandlungsanwaltschaft
- Bundesgesetz über die Gleichbehandlung im Bereich des Bundes<sup>5</sup> (Gesetz Nr. 100 des Jahres 1993, Bundes-Gleichbehandlungsgesetz-B-GIBG): Für Arbeitsverhältnisse im Bundesdienst.

Die verschiedenen Bundesländer haben jeweils eigene Landes-Gleichbehandlungsgesetze verabschiedet.<sup>6</sup>

Auch in Österreich wird zwischen direkter und indirekter Diskriminierung unterschieden, wobei sich die Definitionen mit jenen in der italienischen Gesetzgebung überschneiden (siehe dazu das vorherige Unterkapitel sowie § 4a des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes).

Zur Durchsetzung des Rechts auf Gleichbehandlung werden zwei zentrale Institutionen eingerichtet: die Gleichbehandlungsbeauftragten (für den Bundesdienst) und die Gleichbehandlungsanwaltschaft (für private Arbeitsverhältnisse und sonstige Bereiche) (vgl. Österreichs digitales Amt 2023). Auch die Gleichbehandlungskommission als unabhängige Beschwerdekommision befasst sich mit Fragen der Diskriminierung (vgl. Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft 2022). Auf die Gleichbehandlungsbeauftragten wird weiter unten eingegangen, wobei der Fokus auf den Gleichbehandlungsbeauftragten des Landes Tirol liegt.

## 4. Die Gleichstellungsräte und -rätinnen der Autonomen Region Trentino-Südtirol und die Gleichbehandlungsbeauftragten des Landes Tirol

Im vorigen Abschnitt wurde die österreichische und italienische Gesetzgebung im Bereich der Gleichbehandlung von Mann und Frau (am Arbeitsplatz) dargestellt. In diesen Gesetzen werden auch jene Institutionen bestimmt, die mit der Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung beauftragt sind.

Allerdings finden sich solche Bestimmungen nicht nur in den genannten Gesetzen, sondern auch die nachgeordneten Gebietskörperschaften haben Regelungen für ihre Territorien geschaffen. Diese Bestimmungen beziehen sich mal mehr, mal weniger auf die staatliche Gesetzgebung.

In der gegenständlichen Darstellung wird auf die Gesetzgebung in den drei Ländern der Euregio –Tirol, Südtirol, Trentino – eingegangen.

### 4.1 Die territorialen Gleichstellungsräte und -rätinnen in Italien

Wie erwähnt, spielt in Italien vor allem der Kodex der Chancengleichheit eine entscheidende Rolle. Dieser regelt unter anderem die Rolle des staatlichen Gleichstellungsrats und der staatlichen Gleichstellungsrätin, aber auch jene der territorialen Gleichstellungsräte und -rätinnen auf Ebene der Regionen, der Großstädte mit besonderem Status und der ehemaligen Provinzen (siehe Artikel 12, Absatz 1 Kodex).

Demnach werden auch in den Autonomen Provinzen Bozen/Südtirol und Trient Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen ernannt. Auf diese finden die Bestimmungen des Kodex der Chancengleichheit Anwendung, jedoch sehen die Landesgesetze teils eigene Regelungen vor.

Die Institution des Gleichstellungsrates und der Gleichstellungsrätin fördert und kontrolliert die Umsetzung der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau und die Bekämpfung von Diskriminierung am Arbeitsplatz. In diesem Zusammenhang ist vor allem Artikel 15 Kodex relevant, der die Aufgaben des Amtes definiert.

Die territoriale Gliederung bedingt eine besondere Bindung der jeweiligen Gleichstellungsräte und -rätinnen an das Gebiet, in welchem sie tätig sind. Dadurch ist es möglich, Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts besser zu erkennen und wirksamer zu beheben als eine zentralisierte Institution (vgl. Guarriello 2007, 483–484). Die Gleichstellungsräte und -rätinnen kennen die Beschäftigungssituation auf ihrem territorialen Zuständigkeitsgebiet und wissen, in welchen Bereichen noch

Handlungsbedarf besteht. So können Probleme und Lösungsstrategien in einem Gebiet gezielt in Angriff genommen werden.

Die territorialen Gleichstellungsräte und -rätinnen werden durch die jeweils regional zuständige Gebietskörperschaft bestimmt (Artikel 12, Absatz 3 Kodex) und sind auch bei dieser verankert. Anschließend muss der Kandidat oder die Kandidatin vom Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik per Dekret formal ernannt werden.

Eine der einschneidendsten Befugnisse des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin auf Ebene der Gebietskörperschaften ist die Klageberechtigung bei Diskriminierung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, sei diese individuell oder kollektiv (zur Begriffsbestimmung: siehe oben).

Bei der Klage gegen kollektive Diskriminierung handelt es sich um eine öffentliche Sammelklage („*azione collettiva pubblica*“) (vgl. Ballestrero/De Simone 2019, 304), die den *class actions* entspricht, die man aus dem *common law* kennt (vgl. Curcio 2007, 546). Je nachdem, ob sich die kollektive Diskriminierung auf staatlicher oder regionaler Ebene ereignet, sind dafür der staatliche Gleichstellungsrat bzw. die staatlichen Gleichstellungsrätin oder die territorialen Gleichstellungsräte und -rätinnen zuständig.

Die Möglichkeit einer Klage besteht auch, wenn die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht direkt und unmittelbar bestimmt werden können („*anche quando non siano individuabili in modo immediato e diretto le lavoratrici o i lavoratori lesi dalle discriminazioni*“, Wortlaut von Artikel 37, Absatz 1 Kodex).

Diese Art der Klage ist die einzige, die der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin autonom und direkt einbringen kann (vgl. Pipponzi 2018) und die damit in seiner oder ihrer alleinigen Zuständigkeit liegt (vgl. Arcidiacono/Manna 2013, 123). Die Klageberechtigung wird dabei direkt durch den Kodex zugesprochen und nicht durch die Ermächtigung der betroffenen Personen. Der Gleichstellungsrat und die Gleichstellungsrätin nehmen so die Rolle eines Prozessstandschafters („*sostituto processuale*“) gemäß Artikel 81 der Zivilprozessordnung ein (vgl. Curcio 2007, 543).

Stellt der Richter bzw. die Richterin eine Diskriminierung fest, verfügt er oder sie im Urteil einen Plan zur Behebung der Diskriminierungen. Dieser Plan gilt als positive Maßnahme und soll zukünftige Diskriminierungen verhindern (vgl. Pipponzi 2018). Bei der Festsetzung des Plans bedient sich der Richter bzw. die Richterin der Expertise des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin. Der Richter bzw. die Richterin legt auch die Kriterien zur Umsetzung des Plans fest (Artikel 37, Absatz 3 Kodex). Außerdem kann die Leistung von Schadensersatz angeordnet werden.

Durch die Ermächtigung zu einer kollektiven Klage vertreten die Gleichstellungsräte und -rätinnen allgemeine Interessen zur Umsetzung der Gleichheit (vgl. Pipponzi 2018). Die Sammelklage lässt Interessen zu Tage kommen, die ansonsten ungeschützt wären. Sie hilft dabei, die fehlende Effektivität der Einzelklage zu überwinden, da diese oft finanzielle Ressourcen erfordert, die der Einzelne nicht aufbringen kann (vgl. Pirone 2020, 212–213).

Die Klageberechtigung bei individueller Diskriminierung steht allein den Gleichstellungsräten und -rätinnen auf territorialer Ebene zu (siehe Artikel 36 Kodex). Dies kommt bei Diskriminierungsfällen beim Zugang zur Arbeit, bei Beförderungen, Berufsausbildung und Arbeitsbedingungen zum Tragen. Dabei kann der territorial zuständige Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin bevollmächtigt werden, den Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin vor Gericht zu vertreten. In diesem Fall wird von einer gewillkürten Vertretung gemäß Artikel 1387 des Zivilgesetzbuches gesprochen. Der Gleichstellungsrat oder die Gleichstellungsrätin kann auch in einem Verfahren intervenieren, das bereits vom Arbeitnehmer bzw. der Arbeitnehmerin angestrebt wird. Hierbei spricht man von einer Unterstützungsintervention („*intervento ad adiuvandum*“, gemäß Artikel 105 der Zivilprozessordnung), welche keine autonome Klage des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin darstellt und somit abhängig von der Hauptklage ist (vgl. Curcio 2007, 543).

Ein zentrales Problem in Bezug auf die territorialen Gleichstellungsräte und -rätinnen ist jenes der Entschädigung für die Tätigkeit.

In einer vorherigen Formulierung von Artikel 18 Kodex wurden die Kosten und Spesen durch einen staatlichen Fonds gedeckt. Nunmehr muss die Entschädigung von jener Gebietskörperschaft getragen werden, die den Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin bestellt hat (siehe Artikel 17, Absatz 2 Kodex). Allerdings ist eine Entschädigung nicht zwingend vorgeschrieben. Dies hat zur Folge, dass die übertragenen Aufgaben besser in jenen Gebieten erfüllt werden, in denen die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Dies führt zu territorialen Ungleichheiten in der Ausübung der Tätigkeit (vgl. Bagni Cipriani/Molendini 2022, 13).

Die Kriterien für eine eventuelle Entschädigung werden jährlich von der Gemeinsamen Konferenz („*Conferenza Unificata*“) erarbeitet. Für den Zeitraum 2021–2022 betrug diese Entschädigung monatlich zwischen 390 Euro und 780 Euro brutto für die regionalen Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen sowie monatlich 68 Euro brutto für die Gleichstellungsräte und Gleichstellungsrätinnen der unteren Ebene (vgl. Bagni Cipriani/Molendini 2022, 13). Eine solch niedrige, nicht zwingend vorgeschriebene Entschädigung wirkt in diesem Zusammenhang fast symbolisch.

#### 4.1.1 Die Autonome Provinz Bozen/Südtirol

Die Autonome Provinz Bozen/Südtirol befasst sich in verschiedenen Landesgesetzen mit der Thematik der Gleichstellung – im Allgemeinen und am Arbeitsplatz – und dem Gleichstellungsrat bzw. der Gleichstellungsrätin.

Relevant ist hierbei das Landesgesetz vom 8. März 2010, Nr. 5,<sup>7</sup> welches die Gleichstellung und Frauenförderung regelt und sich in Abschnitt VI mit der Gleichstellung und Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Privatwirtschaft befasst. Vor einer Reform im Jahre 2020 war auch der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin im gegenständlichen Landesgesetz geregelt.

Nunmehr finden sich die Bestimmungen zu Gleichstellungsrat und -rätin im Landesgesetz vom 9. Oktober 2020, Nr. 11.<sup>8</sup> Dieses Landesgesetz enthält „Bestimmungen über die beim Landtag angesiedelten Ombudsstellen“, darunter fallen, neben dem Gleichstellungsrat bzw. der Gleichstellungsrätin, auch die Volksanwaltschaft, die Kinder- und Jugendanwaltschaft und der Landesbeirat für das Kommunikationswesen. Beim Landtag angesiedelt ist der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin schon seit dem Jahr 2014 (vgl. Morandini 2023, 11), formal als Ombudsstelle charakterisiert ist die Institution erst seit der gegenständlichen Gesetzesreform.

In Artikel 1, Absatz 4 des Landesgesetzes Nr. 11/2020 wird festgelegt, dass der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin für die Förderung und Beaufsichtigung der „Umsetzung der Prinzipien der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung zwischen Frauen und Männern am Arbeitsplatz“ zuständig ist. Dieselbe Formulierung findet man auch auf staatlicher Ebene in Artikel 13, Absatz I Kodex.

Abschnitt I des gegenständlichen Landesgesetzes beinhaltet allgemeine Bestimmungen, die alle beim Landtag angesiedelten Ombudsstellen betreffen. Dabei handelt es sich um organisatorische Bestimmungen, die unter anderem die Zugangsvoraussetzungen, das Wahlverfahren, Unvereinbarkeitsgründe, die Amtsdauer und die Besoldung betreffen.

Abschnitt IV des Landesgesetzes betrifft spezifisch den Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin. Die genauen Aufgaben und Befugnisse werden in Artikel 28 festgelegt, wobei sich die landesgesetzlichen Bestimmungen an die Bestimmungen im Kodex der Chancengleichheit anlehnen. Letzterer kommt immer dann zum Tragen, wenn Sachverhalte im Landesgesetz nicht explizit anders geregelt werden. So hat der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol z. B. auch Klageberechtigung bei individueller oder kollektiver Diskriminierung, wie es durch die nationale Gesetzgebung vorgesehen ist. Das

unterscheidet die Gleichstellungsrätin bzw den Gleichstellungsrat grundlegend von den anderen Ombudsstellen in der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol, welche nicht die Berechtigung zur Klageerhebung haben (vgl. Morandini 2022b).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang das oben bereits angeschnittene Problem der Besoldung und Entschädigung. Hier befindet sich der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol in einer privilegierten Situation im Vergleich zu vielen Amtskollegen und -kolleginnen. Artikel 10 des Landesgesetzes Nr. 11/2020 sieht die Besoldung nicht nur als Eventualität (wie Artikel 17, Absatz 2 Kodex auf staatlicher Ebene), sondern als Anspruch auf eine monatliche Bruttoaufwandsentschädigung in Höhe von 6.000 Euro vor. Außerdem verfügt Artikel 29 des Landesgesetzes, dass der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin vom Landtag mit einem Büro, dem notwendigen Personal und den notwendigen Geldmitteln ausgestattet wird. So hat das Büro der Gleichstellungsrätin aktuell vier Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (vgl. Morandini 2023, 15–16).

Eine Besonderheit der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol besteht darin, dass der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin neben anderen Funktionen auch für den Monitoringausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung zuständig ist, in welchem er oder sie den Vorsitz übernimmt (siehe Artikel 32 des Landesgesetzes).

Besonders ist außerdem eine neue Zuständigkeit, die dem Gleichstellungsrat bzw. der Gleichstellungsrätin durch das Landesgesetz vom 21. Juni 2021, Nr. 4<sup>9</sup> („Prävention und Umgang mit Mobbing, Straining und Gewalt am Arbeitsplatz“) zugesprochen wurde. Das genannte Landesgesetz siedelt einen neuen Anti-Mobbing-Dienst beim Gleichstellungsrat bzw. bei der Gleichstellungsrätin an. Dieser Anti-Mobbing-Dienst bietet „Beratungs-, Informations- und Mediationsdienste“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an, die von Mobbing, Straining und Gewalt am Arbeitsplatz betroffen sind (Artikel 3 des Landesgesetzes). Die Gleichstellungsrätin, Dr. Michela Morandini (2022a, 11), sieht darin eine „wesentliche Veränderung im Aufgabenprofil der Gleichstellungsrätin“. Diese Veränderung in der Aufgabenstellung ist deswegen relevant, weil Mobbing seit Beginn der Beratungstätigkeit eines der wichtigsten Themen darstellt (vgl. Morandini 2023, 20).

Diese beiden Sonderkompetenzen (für die Rechte von Menschen mit Behinderung und für Mobbing) sind auf staatlicher Ebene nicht vorgesehen.

Der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol ist der oder die Einzige in ganz Italien, der oder die in Vollzeit tätig ist (vgl. Morandini 2023, 11).

#### 4.1.2 Die Autonome Provinz Trient

In der Autonomen Provinz Trient dreht sich das System der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau um das Landesgesetz vom 18. Juni 2012, Nr. 13<sup>10</sup> (Landesgesetz über die Chancengleichheit). Dieses Landesgesetz entspricht damit dem Landesgesetz der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol Nr. 5/2010 und enthält in einem einzigen Artikel (Artikel 16) die Bestimmungen zum Gleichstellungsrat bzw. der Gleichstellungsrätin.

Bekanntermaßen liegt der allgemeine Aufgabenbereich des Gleichstellungsrats bzw. der Gleichstellungsrätin darin, Maßnahmen zur Einhaltung des Prinzips der Nichtdiskriminierung und zur Förderung der Chancengleichheit am Arbeitsplatz zu ergreifen. So ist es auch in Artikel 16, Absatz 3 des Trientner Landesgesetzes festgelegt, ähnlich wie in Artikel 1 des Landesgesetzes der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol Nr. 11/2020 und in Artikel 13 des Kodex der Chancengleichheit auf nationaler Ebene. Zu diesem Zweck wird die Institution beim Landtag der Autonomen Provinz Trient eingerichtet.

Artikel 16 des Landesgesetzes Nr. 13/2012 legt neben den genauen Aufgaben (Absatz 3) auch organisatorische Aspekte fest, die z. B. die Dauer des Mandats oder die Berichterstattung über die Tätigkeit betreffen.

Die Verankerung des Gleichstellungsrates und der Gleichstellungsrätin beim Landtag der Autonomen Provinz Trient ist eine Neuerung der letzten Jahre, erfolgt durch das Landesgesetz vom 4. August 2021, Nr. 18<sup>11</sup> und beginnend mit dem 01.01.2022 (vgl. Borzaga 2023a, 4). So will man die Rolle des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin mit den anderen beim Landtag angesiedelten Ombudsstellen vergleichbar machen, sprich, mit der Volksanwaltschaft, der Anwaltschaft für Häftlinge und der Anwaltschaft für Minderjährige (vgl. Borzaga 2023a, 3). So, meint der aktuelle Gleichstellungsrat, Univ.-Prof. Dr. Matteo Borzaga (2023a, 4), will man das Amt von einer möglichen politischen Einflussnahme schützen und adaptiert sozusagen das „Südtiroler Modell“. Die Autonome Provinz Bozen/Südtirol hat diese Entscheidung schon im Jahr 2014 aus ähnlichen Überlegungen getroffen (vgl. Morandini 2022b).

Eine weitere wichtige Änderung des Jahres 2021, erfolgt durch Landesgesetz vom 27. Dezember 2021, Nr. 22, betrifft die Entschädigung des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin. Die vorherige vage Formulierung des Absatzes machte starke Schwankungen in der Entlohnung möglich (vgl. Borzaga 2023a, 3–4). Durch die neuen Bestimmungen wird die Entschädigung gleichbleibend festgelegt und auch an die anderen Ombudsstellen beim Landtag angepasst (vgl. Borzaga 2023a, 4).

Im Unterschied zur Autonomen Provinz Bozen/Südtirol wird dem Gleichstellungsrat bzw. der Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Trient weniger Personal zur Verfügung gestellt, lediglich zwei Teilzeit-Mitarbeiterinnen sind bei verschiedenen Aufgaben unterstützend tätig (vgl. Borzaga 2023a, 5). Außerdem ist auch der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin selbst nicht in Vollzeit tätig, was die Vereinbarkeit der verschiedenen Aktivitäten nicht immer einfach gestaltet (vgl. Borzaga 2023b).

In Übereinstimmung mit der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol ist auch der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Trient für Mobbing am Arbeitsplatz zuständig (siehe Artikel 16, Absatz des Landesgesetz Nr. 3/2012 und Artikel 4 des Landesgesetzes vom 14. März 2013, Nr. 2).<sup>12</sup>

Diese besondere Zuständigkeit für Mobbing besteht in beiden Autonomen Provinzen seit Jahren, stellt aber eine inneritalienische Besonderheit dar, die auf staatlicher Ebene von der derzeitigen staatlichen Gleichstellungsrätin teils kritisch beäugt wird. Es herrscht die Meinung vor, dass der Diskriminierungsfaktor Geschlecht eine von den anderen Diskriminierungsfaktoren getrennte gesetzliche Regelung erfahren soll, wie es auch bisher der Fall war. Die Zuständigkeit für Mobbing geht über diese traditionelle Trennung hinaus. Es wird nicht danach unterschieden, aus welchen Gründen Mobbing erfolgt.

Der Kompetenzkatalog in den Autonomen Provinzen ist somit breiter definiert als auf staatlicher Ebene.

## 4.2 Das Land Tirol

Die Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung in den österreichischen Bundesländern wird, wie bereits erwähnt, durch eigene Landes-Gleichbehandlungsgesetze geregelt. Im Fall des Landes Tirol finden sich die Bestimmungen im Gesetz vom 17. November 2004 über die Gleichbehandlung im Landesdienst (Landes-Gleichbehandlungsgesetz 2005, Nr. 1). Diese auf Länderebene zersplitterten Regelungen spiegeln die starke bundesstaatliche Trennung der Kompetenzen wider und zeigen die Auswirkungen des Föderalismus (vgl. Kafka 2022).

Auch auf Länderebene besteht eine Trennung zwischen der Beschäftigung im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft. Die Zuständigkeit für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Privatwirtschaft liegt bei den jeweiligen Regionalbüros der Gleichbehandlungsanwaltschaft (in diesem Fall: das Regionalbüro Tirol, Salzburg und Vorarlberg). Für Angestellte im öffentlichen Dienst haben regionale

Einrichtungen in den einzelnen Bundesländern die Kompetenz, eigenständige Regelungen zu treffen (vgl. Kafka 2022). Im Land Tirol sind demnach die Gleichbehandlungskommission, die Gleichbehandlungsbeauftragten und die Vertrauenspersonen zuständig. Diese Einrichtungen setzen sich folgende Ziele: die „Gleichbehandlung und Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die besondere Förderung von Frauen“ (Land Tirol 2023a), die Gleichbehandlung ohne Unterscheidung aufgrund verschiedener Faktoren (Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, Alter, sexuelle Orientierung, Behinderung) sowie die „besondere Förderung von Menschen mit Behinderungen“ (Land Tirol 2023a). Im vorliegenden Beitrag liegt das Augenmerk auf den Gleichbehandlungsbeauftragten für die Landesverwaltung, Musikschulen und Konservatorium und die Landarbeiter und Landarbeiterinnen.

Die Gleichbehandlungsbeauftragten können sich mit allen Fragen befassen, die die Gleichbehandlung und Gleichstellung betreffen. Hierfür können sich Bedienstete für Fragen, Beschwerden und Anregungen an sie wenden. Auf Antrag einer bzw. eines Bediensteten führen sie Schlichtungsverfahren durch oder geben Gutachten bei der Gleichbehandlungskommission in Auftrag. Außerdem wirken sie beim sogenannten Frauenförderungsprogramm mit. Genauere Informationen zu den institutionellen Aufgaben finden sich in §§ 28, 42 und 46 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes.

Die Gleichbehandlungsbeauftragten haben keine Klageberechtigung, wie es bei den italienischen Gleichstellungsräten und -rätinnen der Fall ist. Allerdings können sie die genannten Anträge bei der Gleichbehandlungskommission stellen oder Disziplinaranzeige erstatten (vgl. Kafka 2022). Die fehlende Klageberechtigung wird zum Teil dadurch ausgeglichen, dass der bzw. die Gleichbehandlungsbeauftragte Mitglied beim Klagsverband ist. Dieser bietet Diskriminierungsopfern rechtliche Unterstützung an.<sup>13</sup>

In der Funktion als Antidiskriminierungsbeauftragter bzw. Antidiskriminierungsbeauftragte besteht ebenso eine Zuständigkeit für die besondere „Förderung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst“ (vgl. Land Tirol 2023a). Zusätzlich wird auch der Vorsitz im Tiroler Monitoringausschuss geführt (vgl. Land Tirol 2023b). Der Südtiroler Monitoringausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung ist nach dem Beispiel Tirols und den entsprechenden Erfahrungen aufgebaut (vgl. Morandini 2022b).

## 5. Vergleich, Fazit und Schlussbetrachtungen

In Italien sind die Gleichstellungsräte und -rätinnen vollumfassend für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die aufgrund des Geschlechts diskriminiert werden, zuständig. In Österreich wird, wie bereits erwähnt, nach der Art des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin unterschieden.

Innerhalb der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird in Österreich jedoch nicht weiter nach Diskriminierungsgrund unterschieden, die Diskriminierung kann aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung usw. erfolgen. Die Gleichstellungsräte und -rätinnen in Italien sind ihrer ursprünglichen Ausrichtung nach ausschließlich für Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zuständig. Dies kann Schwierigkeiten bei Mehrfachdiskriminierungen bereiten. Dass der Diskriminierungsfaktor Geschlecht so eindeutig von anderen Diskriminierungsfaktoren abgegrenzt wird, hat unter anderem damit zu tun, dass Italien ein historisch und kulturell bedingtes Problem mit weiblicher Erwerbstätigkeit hat (vgl. Morandini 2022b).

In Österreich besteht dieses Problem der Zuständigkeitsabgrenzung bei Mehrfachdiskriminierungen nicht. Verschiedenste Institutionen setzen sich für Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz ein. Dies kann insofern von Nachteil für Betroffene sein, weil diese oft erst an die richtige Anlaufstelle gelangen müssen. Hierfür müssen häufig der Arbeitsvertrag und der rechtliche Aufbau des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin analysiert werden (vgl. Kafka 2022). Die Lage präsentiert sich in Österreich also insgesamt zersplitterter.

In Tirol sei man schon einen weiten Weg gegangen, stellt die Gleichbehandlungsbeauftragte des Landes Tirols, Mag.a Isolde Kafka, im Interview fest. Es sei ein „langjähriger Kampf“ (Kafka 2022) gewesen, bis man die Figur des bzw. der Gleichbehandlungsbeauftragten etabliert habe, jedoch zeige die Entwicklung der letzten Jahre, dass dies mittlerweile erreicht worden sei. Kafka (2022) stellt auch fest, dass das Thema der Gleichbehandlung in den fast 25 Jahren ihrer Tätigkeit immer ernster genommen werde.

In Italien ist die Ernsthaftigkeit und Aufmerksamkeit für das Thema der Gleichbehandlung und die Figur des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin nicht in gleicher Weise angekommen. Michela Morandini und Matteo Borzaga sind sich in diesem Punkt einig und weisen beide in ihren jeweiligen Interviews darauf hin, dass stark zwischen den Autonomen Provinzen und der staatlichen Ebene differenziert werden müsse.

Im sonstigen Staatsgebiet funktioniere leider fast nichts, meint Borzaga (2022) im Interview (*„mi dispiace dire, ma non funziona quasi niente, a causa di questi*

*problemi di implementazione*“). Auch Morandini (2022b) kritisiert die Situation auf staatlicher Ebene stark.

Das Problem liege dabei nicht in der Gesetzgebung, die sehr fortschrittlich sei. Auch das Kompetenzprofil der Gleichstellungsräte und -rätinnen in Bezug auf Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts beinhalte sehr viel. Was nicht funktioniere, sei die Umsetzung und Anwendung der Gesetzgebung: Den Gleichstellungsräten und -rätinnen werden keine adäquaten Mittel zur Ausübung ihrer Tätigkeit zur Verfügung gestellt. Die staatlichen Fonds stünden oft nicht zur Verfügung und die Gleichstellungsrätinnen und -räte würden ihre Tätigkeit ehrenamtlich oder nur mit minimaler Entschädigung ausüben. Den territorialen Gleichstellungsräten und -rätinnen sei es deshalb nicht möglich, die vom Gesetz zugeschriebenen Zuständigkeiten auszuüben. Diese Tatsache drückt sich auch in den in Angriff genommenen Fällen aus: Auf dem gesamten Staatsgebiet wurden im Jahr 2020 1.078 Fälle bearbeitet, von welchen ungefähr 1/3 auf die Autonomen Provinzen Bozen und Trient fallen (jeweils rund 200 bzw. 100), die gemeinsam eine Million Einwohner und Einwohnerinnen haben. Und dies, obwohl es insgesamt 125 territoriale Gleichstellungsrätinnen und -räte gibt (vgl. Borzaga 2023b, 20).

Durch all dies lasse man die Figur „aushungern“, meint Michela Morandini (2022b), es sei eine „Augenauswischerei“. Man merke, dass die Figur stärker sei, wenn man sie angemessen entschädige. Matteo Borzaga (2022) spricht sogar von einer Verhöhnung („*presa in giro*“). Man müsse die Figur so ausstatten, dass sie wirksam arbeiten könne. Dies bedeute vor allem, die dafür nötigen Ressourcen in die Hand zu nehmen. Erst dann könne man ihr mehr Zuständigkeiten geben und z. B. vorschreiben, dass ein Teil der Tätigkeit verpflichtend den Beratungen gewidmet werden soll, wie es Matteo Borzaga (2022) vorschwebt. Der Gesetzgeber sollte also der Institution die nötige Aufmerksamkeit schenken und aufhören, sie zwar formal zu stärken, sie aber *de facto* mehr und mehr auszuhöhlen.

Die angesprochenen Problemfelder sind auf Ebene der Autonomen Provinzen nicht in der gleichen Weise ausgeprägt, wie auf den vorherigen Seiten dargestellt wurde, obwohl sich auch die Autonomen Provinzen voneinander unterscheiden. Die Figur des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin hat in den beiden Autonomen Provinzen eine eigene Entwicklung genommen und ist in Teilen anders ausgestaltet als auf dem restlichen italienischen Staatsgebiet. Sowohl Morandini (2022b) als auch Borzaga (2022) bewerten ihre individuellen Arbeitsbedingungen positiv und sind der Meinung, dass diese mitunter die besten auf dem Staatsgebiet seien.

Die Autonomen Provinzen Bozen und Trient nehmen also durchaus eine Vorreiterrolle ein und können als Vorbild dienen, um die Figur des Gleichstellungsrates

bzw. der Gleichstellungsrätin auf dem gesamten Staatsgebiet umzugestalten. Als Beispiel dafür kann die mehrmals erwähnte Zuständigkeit für Mobbing am Arbeitsplatz genannt werden.

Im Bereich der Umstrukturierung muss auch auf die Thematik der Ombudsstelle eingegangen werden. Wie erwähnt, ist der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Bozen bereits per landesgesetzlicher Definition eine Ombudsstelle; der Gleichstellungsrat bzw. die Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Trient ist es *de facto*.

Matteo Borzaga (2023b, 22) schwebt jedoch vor, die Figur des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin auch auf staatlicher Ebene zu einer Ombudsstelle („*organi di garanzia contro le discriminazioni*“) umzubauen – als Anlaufstelle für alle von Diskriminierung betroffenen Personen, unabhängig vom Diskriminierungsfaktor im konkreten Fall. Dies wäre unter anderem auch bei vermehrt auftretenden Fällen von Mehrfachdiskriminierungen sinnvoll. Außerdem bestünde für Personen, die nicht aus Gründen des Geschlechts, sondern aufgrund anderer Faktoren diskriminiert werden, kein gleichwertiger Schutz (vgl. Borzaga 2023b, 22). Dieses Modell würde jenem entsprechen, dass im Land Tirol bereits besteht.

Eine solche Umstrukturierung erscheint erstrebenswert, wenn man die Figur des Gleichstellungsrates bzw. der Gleichstellungsrätin modernisieren und an neue Gegebenheiten anpassen will. Dies kann aber nur gelingen, wenn man das Verständnis ablegt, das Geschlecht als getrennten Diskriminierungsfaktor zu begreifen und ihn von anderen Diskriminierungsfaktoren getrennt zu regeln. Deshalb erscheint es wünschenswert, diese Trennung und damit in gewisser Weise auch ein binäres Geschlechterverständnis zu überwinden.<sup>14</sup>

Oft fängt es schon bei der Sichtbarkeit des Themas der Gleichbehandlung an. Hier hat sich in den letzten Jahren viel getan, die Gleichbehandlung ist ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion gerückt. Dennoch ist es oft schwierig, sich ein klares Bild über die Situation der Frauen am Arbeitsplatz zu machen, da statistische Daten fehlen. Diese „Unsichtbarkeit“ wirkt paradox, wenn man bedenkt, dass die Arbeit im Allgemeinen und die Gleichbehandlung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Besonderen Einfluss auf (fast) jeden Aspekt des alltäglichen Lebens einer Person haben.

Auch die Sichtbarkeit der Gleichstellungsräte und -rätinnen fehlt im öffentlichen Diskurs, was sich unter anderem dadurch ausdrückt, dass vor allem zu den territorialen Gleichstellungsräten und -rätinnen wenig Literatur vorhanden ist. Dieser Umstand kann auf eine geringe Bekanntheit der Figur hindeuten. Auf jeden Fall fehlt die (rechts)wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Dazu kann der vorliegende Artikel einen (kleinen) Beitrag leisten.

---

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag ist eine Kurzversion der gleichnamigen Diplomarbeit, die die Verfasserin zur Erlangung des Grades einer Magistra der Rechtswissenschaften an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck bei Univ.-Prof. Dr. Matteo Borzaga im Juni 2023 vorgelegt hat.
- 2 Kundgemacht im Gesetzesanzeiger vom 31.05.2006, Nr. 125.
- 3 Kundgemacht im Bundesgesetzblatt vom 23. Juni 2004, Nr. 66.
- 4 Kundgemacht im Bundesgesetzblatt vom 15. März 1979, Nr. 38.
- 5 Kundgemacht im Bundesgesetzblatt vom 12. Februar 1993, Nr. 43.
- 6 Die Aufzählung der einzelnen Gesetze der Bundesländer findet sich unter: [www.bundestkanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/rechtliche-grundlagen-der-gleichbehandlung/bundes-und-landes-gleichbehandlungsgesetz.html](http://www.bundestkanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/rechtliche-grundlagen-der-gleichbehandlung/bundes-und-landes-gleichbehandlungsgesetz.html) (26.10.2023).
- 7 Kundgemacht im Beiblatt Nr. 4 zum Amtsblatt vom 16. März 2010, Nr. 11.
- 8 Kundgemacht im Amtsblatt vom 15. Oktober 2020, Nr. 42.
- 9 Kundgemacht im Beiblatt 4 zum Amtsblatt vom 24. Juni 2021, Nr. 25.
- 10 Kundgemacht im Amtsblatt vom 19. Juni 2012, Nr. 25.
- 11 Kundgemacht im Amtsblatt vom 4. August 2021, Nr. 30, außerordentlich Nr. 3.
- 12 Kundgemacht im Amtsblatt vom 19. März 2013, Nr. 12.
- 13 Nähere Informationen zum Klagsverband unter: [www.klagsverband.at](http://www.klagsverband.at) (28.01.2024)
- 14 Isolde Kafka weist in ihrem Interview ebenfalls darauf hin, dass es in diesem Punkt noch viel zu tun gäbe.

---

## Literaturverzeichnis

- Arcidiacono, Caterina/Manna, Valentina (2013), I diritti delle donne: strumenti per l'uso, in: *La Camera Blu – Rivista Di Studi Di Genere* 7, 116–127, [www.serena.unina.it/index.php/camerablu/article/view/1368](http://www.serena.unina.it/index.php/camerablu/article/view/1368) (12.10.2021)
- Bagni Cipriani, Francesca/Molendini, Serenella (2022), Rapporto attività – Anno 2021, [www.lavoro.gov.it/ministro-e-ministero/Organi-garanzia-e-osservatori/ConsiglieraNazionale/Consigliera-nazionale-di-parita/Documents/CNP-RAPPORTO-ATTIVITA-2021.pdf](http://www.lavoro.gov.it/ministro-e-ministero/Organi-garanzia-e-osservatori/ConsiglieraNazionale/Consigliera-nazionale-di-parita/Documents/CNP-RAPPORTO-ATTIVITA-2021.pdf) (15.07.2022)
- Ballestrero, Maria Vittoria/De Simone, Gisella (2019), *Diritto del lavoro*, Turin: G. Giappichelli Editore
- Borzaga, Matteo (2023a), Consigliere/a di parità nel lavoro. Relazione Annuale 2022, [www.consiglio.provincia.tn.it/preso-il-consiglio/consigliera-parita/Pages/relazioni-annuali.aspx](http://www.consiglio.provincia.tn.it/preso-il-consiglio/consigliera-parita/Pages/relazioni-annuali.aspx) (18.10.2023)
- Borzaga, Matteo (2023b), Occorre ripensare il ruolo delle consigliere e dei consiglieri di parità? Riflessioni a partire dall'esperienza concreta, in: *Lavoro e Diritto* 1, 17–23
- Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft (2022), Gleichbehandlung, [www.bmaw.gv.at/Themen/Arbeitsrecht/Gleichbehandlung.html](http://www.bmaw.gv.at/Themen/Arbeitsrecht/Gleichbehandlung.html) (11.10.2023)

- Caielli, Mia (2018), Articolo 117, comma 7, in: Clementi, Francesco/Cuocolo, Lorenzo/Rosa, Francesca/Vigevani, Giulio Enea (Hg.), *La Costituzione italiana. Commento articolo per articolo. Vol. II. Parte II – Ordinamento della Repubblica (Artt. 55–139) e Disposizioni transitorie e finali*, Bologna: il Mulino, 357–360
- Califano, Licia (2021), Parità dei diritti e discriminazioni di genere, in: *federalismi.it* 7, [www.federalismi.it/nv14/articolo-documento.cfm?Artid=45027](http://www.federalismi.it/nv14/articolo-documento.cfm?Artid=45027) (14.09.2023)
- Cavino, Massimo (2018), Articolo 4, in: Clementi, Francesco/Cuocolo, Lorenzo/Rosa, Francesca/Vigevani, Giulio Enea (Hg.), *La Costituzione italiana. Commento articolo per articolo. Vol. I. Principi fondamentali e Parte I – Diritti e doveri dei cittadini (Articoli 1–54)*, Bologna: il Mulino, 35–40
- Curcio, Laura (2007), Le azioni in giudizio e l'onere della prova, in: Barbera, Marzia (Hg.), *Il nuovo diritto antidiscriminatorio. Il quadro comunitario e nazionale*, Mailand: Giuffrè, 529–559
- D'Amico, Marilisa (2018), Articolo 3, in: Clementi, Francesco/Cuocolo, Lorenzo/Rosa, Francesca/Vigevani, Giulio Enea (Hg.), *La Costituzione italiana. Commento articolo per articolo. Vol. I. Principi fondamentali e Parte I – Diritti e doveri dei cittadini (Articoli 1–54)*, Bologna: il Mulino, 28–34
- De Vergottini, Giuseppe (2017), *Diritto costituzionale*, Padua: Wolters Kluwer/CEDAM
- Gregorio, Massimiliano (2016), Cittadinanza femminile e Costituzione repubblicana, in: *Studi storici – Rivista trimestrale dell'istituto Gramsci*, 773–795
- Guarriello, Fausta (2007), Il ruolo delle istituzioni e della società civile, in: Barbera, Marzia (Hg.), *Il nuovo diritto antidiscriminatorio. Il quadro comunitario e nazionale*, Mailand: Giuffrè, 467–528
- Happacher, Esther (2022), *Einführung in das Italienische Verfassungsrecht*, Innsbruck: Studia Verlag
- Land Tirol, *Gleichbehandlung & Frauenförderung* (2023a), [www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/gleichbehandlung-frauenfoerderung/](http://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/gleichbehandlung-frauenfoerderung/) (24.10.2023)
- Land Tirol, *Tiroler Monitoringausschuss* (2023b), [www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/tiroler-monitoringausschuss/](http://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/tiroler-monitoringausschuss/) (25.10.2023)
- Morandini, Michela (2022a), *Tätigkeitsbericht 2021. Gleichstellungsräтин*, [www.gleichstellungsraetin-bz.org/publikationen.asp](http://www.gleichstellungsraetin-bz.org/publikationen.asp) (17.10.2023)
- Morandini, Michela (2023), *Tätigkeitsbericht 2022*, [www.gleichstellungsraetin-bz.org/publikationen.asp](http://www.gleichstellungsraetin-bz.org/publikationen.asp) (17.10.2023)
- Österreichs digitales Amt (2023), *Allgemeines zur Gleichbehandlung*, [www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente\\_und\\_recht/gleichbehandlung/Seite.1860100.html](http://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/gleichbehandlung/Seite.1860100.html) (16.10.2023)
- Pipponzi, Ivana (2018), Parità di genere e contrasto alle discriminazioni nel mondo del lavoro: la Consigliera di parità, in: *La Previdenza Forense* 3, [www.cassaforense.it/riviste-cassa/la-previdenza-forense/avvocatura/parita-di-genere-e-contrasto-alle-discriminazioni-nel-mondo-del-lavoro-la-consigliera-di-parita](http://www.cassaforense.it/riviste-cassa/la-previdenza-forense/avvocatura/parita-di-genere-e-contrasto-alle-discriminazioni-nel-mondo-del-lavoro-la-consigliera-di-parita) (16.10.2023)
- Pirone, Marzia (2020), Le azioni collettive contro le discriminazioni nel lavoro, in: *dirittifondamentali.it* 2, 210–233, <https://dirittifondamentali.it/2020/05/08/le-azioni-collettive-contro-le-discriminazioni-nel-lavoro/> (16.10.2023)
- Proia, Giampiero (2018), *Manuale di diritto del lavoro*, Mailand/Padua: Wolters Kluwer/CEDAM
- Scarponi, Stefania (2014), Il principio di eguaglianza uomo/donna fra divieti di discriminazione e promozione delle pari opportunità, in: Scarponi, Stefania (Hg.), *Diritto e genere – Analisi interdisciplinare e comparata*, Assago: CEDAM, 63–113

- Simonati, Anna (2015), La parità di genere in Italia: la giuridificazione dell'uguaglianza sostanziale, fra tutela di diritti individuali e interesse della collettività, in: *Nuove autonomie* 3, 361–381
- Sorrentino, Federico (2017), Eguaglianza formale, in: [costituzionalismo.it](http://costituzionalismo.it) 3, [www.costituzionalismo.it/eguaglianza-formale/](http://www.costituzionalismo.it/eguaglianza-formale/) (19.09.2023)
- Tripodina, Chiara (2018), Articolo 37, in: Clementi, Francesco/Cuocolo, Lorenzo/Rosa, Francesca/Vigevani, Giulio Enea (Hg.), *La Costituzione italiana. Commento articolo per articolo. Vol. I. Principi fondamentali e Parte I – Diritti e doveri dei cittadini (Articoli 1–54)*, Bologna: il Mulino, 247–251

---

## Interviews

Interview mit dem Gleichstellungsrat der Autonomen Provinz Trient Matteo Borzaga am 25.11.2022

Interview mit der Gleichbehandlungsbeauftragten des Landes Tirol Isolde Kafka am 14.11.2022

Interview mit der Gleichstellungsrätin der Autonomen Provinz Bozen Michela Morandini am 08.11.2022 (2022b)

Theresia Morandell

## Reformen der Gemeindeordnung der Autonomen Region Trentino-Südtirol seit 1948

### Reforms to the municipal code of the Autonomous Region of Trentino-South Tyrol since 1948

**Abstract** 1948 was an important election year in South Tyrol, particularly at the local level. On July 11<sup>th</sup>, 1948, the city of Bolzano held elections to the municipal council for the first time since the fascist takeover and the Second World War. The 1948 local elections marked a successful break with the fascist municipal code under which democratically elected bodies were disempowered. The municipal council was able to regain its central role in the institutional structure of the municipality and affirm the political representation of the citizens. Over the past seventy five years, this role has been consolidated and expanded through a series of legislative reforms that saw a general increase in the importance of the municipality in the political system. This chapter traces the legislative developments regarding the institutional framework and the relations between the three core political bodies of the municipality – municipal council, mayor, and executive committee – since 1948. It highlights interventions regarding the composition of the municipal bodies as well as reforms to the municipal election system and to the area of responsibility of the three core bodies.

## 1. Das Wahljahr 1948<sup>1</sup>

1948 zeichnete ein bedeutendes Wahljahr auf Gemeindeebene: Am 11. Juli 1948 wurde in Bozen erstmals nach der faschistischen Machtübernahme und dem Zweiten Weltkrieg wieder die Wahl zum Gemeinderat abgehalten. Gleichzeitig schützte die neue Verfassung von 1948 das Recht der örtlichen Gemeinschaft auf Selbstverwaltung (Artikel 5 und 128). Die Wiederabhaltung der Gemeinderatswahlen im Sommer 1948 in Bozen markierte damit nicht nur die Rückkehr zur demokratischen Ordnung in der Gemeindeverwaltung. Gemeinsam mit den Wahlen zum Parlament im April und zum Regionalrat im November 1948 war es auch die erste Wahl, an der Südtirols Frauen ihre Stimme abgeben konnten (vgl. Ferrandi 2023; Filippi 1998).

Der Gemeinderat nimmt als politische Vertretung der Bürger/-innen eine zentrale Rolle im institutionellen Gefüge der Gemeinde ein. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Bedeutungszuwachses der Gemeinde im politischen System (vgl. Ambrosi 2004; Engl et al. 2016; Happacher/Terzer 2018; Klotz 2023; Vandelli 2015; Woelk 2014) hat er diese Rolle in den vergangenen 75 Jahren festigen und schrittweise ausbauen können. Anlässlich der Jubiläumsfeier „75 Jahre Gemeinderat der Stadt Bozen: 1948–2023“ (Città di Bolzano/Stadt Bozen 2023) zeichnet der folgende Beitrag diese Entwicklungen in der Gemeindeordnung seit 1948 nach. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf den drei politischen Kernorganen der Gemeinde, dem Gemeinderat, dem Ausschuss und dem Bürgermeisteramt, ebenso wie dem Verhältnis dieser Gemeindeorgane zueinander. Beschrieben wird der Rechtsrahmen in der Autonomen Region Trentino-Südtirol, welcher im Großen und Ganzen der staatlichen Gesetzgebung für Gemeinden in Regionen mit Normalstatut folgt, sich in einigen nachfolgend vermerkten Aspekten jedoch auch vom staatlichen Rechtsrahmen abhebt (vgl. D’Orlando/Grisostolo 2018; Vandelli 2015).

## 2. Die Gemeindeordnung der Nachkriegszeit

Die Gemeindeordnung ist im Trentino-Südtirol vor allem durch die Regionalgesetzgebung geprägt, denn das Autonomiestatut weist der Region zunächst konkurrierende und seit 1993 primäre Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet der Ordnung der örtlichen Körperschaften zu (Artikel 4). Wurde in der Nachkriegszeit zunächst auf die Gesetzgebung aus der Zeit vor der faschistischen Machtübernahme zurückgegriffen, erfolgten erste umfassende Anpassungen in der Gesetzgebung zum institutionellen Aufbau der Gemeinde 1956 mit dem Regionalgesetz Nr. 5 über die Zusammen-

setzung und Wahl der Gemeindeorgane und 1963 mit dem Regionalgesetz Nr. 29 über die Gemeindeordnung. Wesentliche Züge des darin festgelegten institutionellen Gefüges, in dessen Zentrum der Gemeinderat, der Ausschuss und der/die Bürgermeister/-in stehen, bleiben bis heute erhalten, haben jedoch zahlreiche Änderungen erfahren.

Der Gemeinderat wurde als Organ zur demokratischen Vertretung der örtlichen Gemeinschaft bestätigt. Seine (in Bozen als Gemeinde mit über 30.000 Einwohnern und Einwohnerinnen) 40 Mitglieder werden seither nach dem Verhältniswahlsystem mit Listenwahl von den Bürgern und Bürgerinnen auf eine Amtszeit von zunächst vier Jahren gewählt. Er fasst Beschlüsse zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der örtlichen Gemeinschaft in allen Bereichen, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fallen – und die gleichzeitig nicht dem Ausschuss oder dem/der Bürgermeister/-in vorbehalten sind. Insbesondere steht es dem Gemeinderat zu, Verordnungen zu erlassen. Es handelt sich hierbei um Verwaltungsakte, die den Grundsätzen der ordentlichen Gesetzgebung unterworfen sind und daher gemäß den Bestimmungen des Autonomiestatuts (Artikel 54) zunächst der Landesregierung zur Gesetzmäßigkeitskontrolle übermittelt werden müssen. Erst dann können sie in Kraft treten. Die Verordnungsgewalt der Gemeinde bezieht sich insbesondere auf die Personalordnung, die Ordnung der Ämter und Einrichtungen der Gemeinde, die Verwaltung des Gemeindevermögens und der öffentlichen Dienste. Zur Regelung seiner Aufgaben und Tätigkeiten gibt sich der Gemeinderat außerdem eine eigene Geschäftsordnung. Jedes Ratsmitglied, ebenso wie der Ausschuss und der/die Bürgermeister/-in haben das Recht, Initiativen zur Beschlussfassung im Gemeinderat einzubringen.

Der Gemeinderat wählt aus seiner Mitte den/die Bürgermeister/-in und bis zu sechs Assessoren und Assessorinnen in den Gemeindeausschuss (zehn seit 1986; Regionalgesetz Nr. 11/1986). Die effektive Anzahl der Mitglieder im Gemeindeausschuss wird jeweils nach der Bürgermeisterwahl bestimmt und kann daher auch unter der gesetzlich festgeschriebenen Höchstzahl liegen. Der Ausschuss ist für die Durchführung der Amtsgeschäfte zuständig, setzt das Datum der Sitzungen des Rats fest und kann in Dringlichkeitsfällen Beschlüsse auch im Zuständigkeitsbereich des Rats fassen. Gemäß den Bestimmungen des Autonomiestatuts (Artikel 61) muss die Zusammensetzung des Gemeindeausschusses, ebenso wie jene der vom Gemeinderat gebildeten Kommissionen, dem Verhältnis der Stärke der im Gemeinderat vertretenen Sprachgruppen entsprechen. Dem/der Bürgermeister/-in kommt eine duale Funktion als Oberhaupt der Verwaltung und als Amtswalter/-in der Regierung zu. Er/sie führt den Vorsitz im Gemeindeausschuss und zunächst auch im Gemeinderat,

vertritt die Gemeinde nach außen, teilt die Amtsgeschäfte der Gemeinde unter den Assessoren und Assessorinnen auf und koordiniert deren Tätigkeit. Als Amtswalter/-in der Regierung übt der/die Bürgermeister/-in Befugnisse im Bereich der Personenstandsregister, der Wahlen und der Statistik aus sowie Funktionen im Bereich der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und der Gerichtspolizei. Außerdem kann der/die Bürgermeister/-in aus Gründen der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit dringliche und notwendige Maßnahmen auf den Sachgebieten des Bauwesens, der Ortschaftspolizei und der Hygiene erlassen.

### **3. Die 1990er-Jahre der Reformen**

Zeichneten sich die 1970er und die 1980er-Jahre durch punktuelle Anpassungen der oben umrissenen Bestimmungen aus, so brachten die 1990er-Jahre tiefgreifende Änderungen am institutionellen Gefüge der Gemeinde auf dem gesamten Staatsgebiet. Den Auftakt bildete das Gesetz Nr. 142/1990 mit einer vollumfänglichen Reform der Gemeindeordnung, mit Gesetz Nr. 81/1993 folgte die Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin. Die Gesetzesverordnung Nr. 267/2000 fasste die Entwicklungen in der staatlichen Gesetzgebung schließlich im „Einheitstext zur Ordnung der örtlichen Körperschaften“ (TUEL) zusammen. Diese Reformen durch den staatlichen Gesetzgeber betrafen in erster Linie die Gemeinden in Regionen mit Normalstatut, wurden jedoch in vielerlei Hinsicht zum Vorbild für die Regionalgesetzgebung im Trentino-Südtirol (vgl. D’Orlando/Grisostolo 2018; Vandelli 2015). Insbesondere sind im regionalen Kontext die neue Gemeindeordnung (Regionalgesetz Nr. 1/1993) und die Änderungen am Wahlsystem (Regionalgesetz Nr. 3/1994) zu erwähnen, welche im Laufe des Jahrzehnts mehrfach abgeändert und erweitert wurden.

Als größte Neuerung wird seither neben dem Gemeinderat auch der/die Bürgermeister/-in auf eine Amtszeit von fünf Jahren direkt von der örtlichen Bevölkerung gewählt. Beim Wahlsystem für beide Organe wird dabei zwischen großen und kleinen Gemeinden unter 13.000 Einwohnern und Einwohnerinnen unterschieden (15.000 seit 2004; Regionalgesetz Nr. 7/2004). In Bozen als demnach großer Gemeinde ist für die Wahl ins Bürgermeisteramt eine absolute Mehrheit der gültigen Stimmen vonnöten. Wird diese im ersten Wahlgang nicht erreicht, kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden Kandidierenden, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenanzahl erhalten haben. In großen Gemeinden werden außerdem Gemeinderat und Bürgermeister/-in über einen einzigen Stimmzettel gewählt, indem die für die Wahl zum Gemeinderat zum Ausdruck gebrachte Listenstimmen direkt den mit

der gewählten Liste verbundenen Bürgermeisterkandidaten und -kandidatinnen zugerechnet werden.

Das reine Verhältniswahlsystem ohne Mehrheitsprämie bei der Wahl zum Gemeinderat bleibt für die Autonome Provinz Bozen erhalten und ist in Südtirol klar an den Schutz der Sprachgruppen geknüpft. Zur Ausübung des aktiven Wahlrechts gilt außerdem bereits seit 1988 die vierjährige Ansässigkeit auf dem Gebiet der Region – eine Ausnahme im Südtiroler Wahlsystem, die in der Autonomen Provinz Trient und in den anderen Regionen nicht zutrifft (Regionalgesetz Nr. 12/1988). Die Amtsdauer des Gemeinderats und des Bürgermeisteramts sind nun aneinandergeküpft: Verfällt eines der beiden Organe, verfällt auch das andere und beide werden neu gewählt.

Die Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin führte einerseits zu einer Stärkung der Exekutive (vgl. Bobbio 2005; Woelk 2014). Gleichzeitig stärkte die neue Gemeindeordnung auch die Autonomie des Gemeinderats und führte zu einer klareren Trennung der Aufgaben der drei politischen Organe. Fasste der Rat bisher Beschlüsse in allen Bereichen der Gemeindetätigkeit, die nicht anderen Organen vorbehalten waren, kommt die allgemeine Verwaltungszuständigkeit nun dem Ausschuss zu. Dieser Schritt entlastet den Gemeinderat, da er nicht mehr für die Behandlung unzähliger auch geringfügiger Verwaltungsentscheidungen zuständig ist (vgl. Vandelli 2015). Als politisch-administratives Leitungs- und Kontrollorgan konzentrieren sich die Zuständigkeiten des Rats nun auf die Behandlung von grundlegenden Beschlüssen (sogenannte Richtlinienkompetenz) – unter anderem die Annahme der Gemeindefassung und von Verordnungen, des Haushalts, der Entwicklungsprogramme und Raumpläne sowie die Beschlussfassung zu öffentlichen Diensten, örtlichen Abgaben, zur Schaffung von Einrichtungen und Sonderbetrieben und zu Abkommen mit anderen Gemeinden. Der Rat behandelt und genehmigt außerdem das von dem/der neu gewählten Bürgermeister/-in vorgelegte programmatische Dokument.

1993 im Zuge der Reform der Gemeindeordnung neu eingeführt, stellte die Anerkennung der Satzungsgewalt einen bedeutenden Zuwachs der normativen Befugnisse der Gemeinde, insbesondere des Gemeinderats, dar. Vom Gemeinderat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, legt die Satzung unter Einhaltung der gesetzlich festgelegten Leitsätze grundlegende Bestimmungen zur Organisation der Gemeinde und zur Ausführung ihrer Tätigkeiten fest (z.B. die Zusammensetzung und Zuständigkeiten der Organe, ebenso wie die Ordnung der Ämter und der öffentlichen Dienste). Die Satzung stellt seitdem die wichtigste Rechtsquelle der Gemeinde dar, an der sich die Verordnungen und alle weiteren Verwaltungsmaßnahmen ausrichten

müssen. Auch die Satzung ist zunächst der Gesetzesmäßigkeitkontrolle durch die Landesregierung unterworfen.

Unter den neuen Bestimmungen zur Stärkung der Autonomie des Gemeinderats dürfen Beschlüsse im Zuständigkeitsbereich des Rats außerdem nicht mehr im Dringlichkeitsverfahren vom Ausschuss gefasst werden, es sei denn, es handelt sich um dringliche Beschlüsse zur Abänderung des Haushaltsplans, die dem Gemeinderat daraufhin binnen 60 Tagen zur Genehmigung vorzulegen sind. Bezüglich der Ratssitzungen obliegen die Einberufung und der Vorsitz nun nicht mehr dem/der Bürgermeister/-in, sondern dem Ratspräsidenten/der Ratspräsidentin, sofern dieses Amt von der Satzung der Gemeinde vorgesehen ist. Die in der Landeshauptstadt 50 Gemeinderatsmitglieder haben das Initiativrecht in allen Bereichen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen, können mündliche und schriftliche Anfragen stellen, Beschlussanträge und nun auch Tagesordnungspunkte einbringen. Um ihre Kontrollfunktion effektiv ausüben zu können, haben die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen außerdem das Recht, Einsicht in alle Verwaltungsunterlagen der Gemeinde und ihrer abhängigen Körperschaften zu erhalten. Die Leitungs- und Kontrollfunktion des Gemeinderats spiegelt sich auch darin wider, dass der Ausschuss dem Rat jährlich Bericht über seine Tätigkeit erstattet und dessen allgemeine Anweisungen ausführt. Der Ausschuss kann dem Rat jedoch auch eigene Vorschläge und Anregungen unterbreiten.

Die bis zu zehn Assessoren und Assessorinnen (heute Gemeindereferenten und Gemeindereferentinnen), die gemeinsam mit dem/der Bürgermeister/-in den Ausschuss bilden, werden vom Gemeinderat auf Vorschlag des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin gewählt. Diese Wahl des Ausschusses durch den Gemeinderat stellt eine weitere Südtiroler Ausnahme dar; im restlichen Staatsgebiet wird der Ausschuss von dem/der Bürgermeister/-in ernannt (vgl. D’Orlando/Grisostolo 2018). Maximal die Hälfte der Ausschussmitglieder kann nun auch von außen berufen werden, muss also nicht mehr dem Gemeinderat angehören. Bereits in den 1980er-Jahren in Ergänzung zum Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung aller Sprachgruppen eingeführt, wurde außerdem das Recht jeder Sprachgruppe, im Ausschuss vertreten zu sein, sofern dem Gemeinderat mindestens zwei Mitglieder derselben Sprachgruppe angehören (Regionalgesetz Nr. 11/1986). Der/die Bürgermeister/-in wählt unter den Ausschussmitgliedern eine/-n Vizebürgermeister/-in – und zwar unter den Mitgliedern derjenigen Sprachgruppe, die im Gemeinderat neben der Sprachgruppe des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin am zweitstärksten vertreten ist. In der Praxis stellte die italienische Sprachgruppe in Bozen bisher immer den Bürgermeister, während der Vizebürgermeister stets der deutschen Sprachgruppe angehörte.

## 4. Paradigmenwechsel in der Verwaltung

Parallel zu den Reformen der Gemeindeordnung wurden im Laufe der 1990er-Jahre wichtige Neuerungen in der Gemeindeverwaltung eingeführt (vgl. Bobbio 2005; Vandelli 2015). Neben einer verstärkten Anlehnung an betriebswirtschaftliche Prinzipien in der Personalführung zielten die Verwaltungsreformen insbesondere auf eine schärfere Trennung zwischen Politik und Verwaltung ab. Trafen die politischen Organe – Rat, Bürgermeister/-in und Ausschuss – zunächst alle Verwaltungsbeschlüsse sowohl allgemeiner als auch punktueller Natur, die in den Verantwortungsbereich der Gemeinde fielen, ist ihre Funktion nun nach den Grundsätzen der *New Public Management*-Philosophie auf die Annahme von Beschlüssen und Zielvorgaben allgemeiner Natur begrenzt. Es liegt hingegen im Verantwortungsbereich der leitenden Beamten und Beamtinnen, die Mittel und Ressourcen zur Umsetzung der Zielvorgaben festzusetzen. Die Kontrolle über die Umsetzung dieser punktuellen Maßnahmen im Sinne der zuvor gesetzten Zielvorgaben kommt wiederum den politischen Organen zu (vgl. Bobbio 2005; Vandelli 2015).

Als Verbindungsglied zwischen der politischen und der administrativen Sphäre wurde 1998 für große Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern und Einwohnerinnen die Figur der *City Managers* bzw. der Generaldirektoren und -direktorinnen eingeführt (Regionalgesetz Nr. 10/1998). Durch den/die Bürgermeister/-in ernannt und an seine/ihre Mandatsdauer gebunden, koordiniert der/die Generaldirektor/-in die Tätigkeit der Verwaltung bei der Umsetzung der von den politischen Organen festgesetzten Zielvorgaben. Diese Rolle ist nicht zu verwechseln mit dem Amt des Gemeindesekretärs/der Gemeindesekretärin, in Bozen Generalsekretär/-in. Ranghöchste/-r Beamte/-r der Gemeinde und funktionsmäßig ebenfalls dem Bürgermeisteramt unterstellt, übt der/die Gemeindesekretär/-in eine rechtlich-administrative Beratungsfunktion für die politischen Organe der Gemeinde aus. Er/sie nimmt an den Sitzungen des Gemeinderats und Ausschusses teil, führt Protokoll und gewährleistet die Übereinstimmung der Verwaltungstätigkeit mit den Rechtsbestimmungen. Außerdem führt er/sie Maßnahmen aus, bereitet Beschlüsse vor und veröffentlicht diese. Der/die Gemeindesekretär/-in ist Angestellte/-r der Gemeinde und wird infolge einer Befähigungsprüfung und eines öffentlichen Wettbewerbs vom Gemeinderat ernannt (vgl. Happacher/Bertel 2016; Vandelli 2012).

## 5. Das neue Jahrtausend zwischen Kontinuität und Aufbruch

Der Reformgeist der 1990er-Jahre kulminierte 2001 in einer umfassenden Verfassungsreform (Verfassungsgesetz Nr. 3/2001), welche die Autonomie der Gemeinde bedeutend ausweitete: Ausbau ihrer Verwaltungsbefugnisse, Bestärkung ihrer Finanzautonomie, ihrer Satzungs- und Verordnungsgewalt, stärkere Beteiligung an regionalen Entscheidungsfindungsprozessen und Aufhebung der externen Gesetzesmäßigkeitsskontrollen über die Verwaltungsakte der Gemeinde. Die neuen Verfassungsbestimmungen waren zunächst nicht direkt auf die Gemeinden in der Autonomen Provinz Bozen anwendbar, da eine derartige Ausweitung der Gemeindeautonomie die im Autonomiestatut zentral verankerte Autonomie der Region und der beiden autonomen Provinzen beschnitten hätte. Dennoch hat sich die Regionalgesetzgebung seit der Jahrtausendwende stark an den Prinzipien des neuen Titel V der Verfassung orientiert (vgl. Ambrosi 2004; Happacher/Terzer 2018). Dazu wurde die fragmentierte Regionalgesetzgebung über die örtlichen Körperschaften zunächst in mehreren Einheitstexten – zur Wahl und Zusammensetzung der Gemeindeorgane (Dekret des Präsidenten der Region [DPRReg.] Nr. 1/2005), zur Gemeinde-, Personal- und Finanzordnung (DPRReg. Nr. 3/2005, DPRReg. Nr. 2/2005, DPRReg. Nr. 4/2005) – gesammelt und schließlich im „Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol“ zusammengefasst (Regionalgesetz Nr. 2/2018).

Weitere konkrete Schritte hin zur Umsetzung der Verfassungsreform wurden durch den Regionalgesetzgeber mit Gesetz Nr. 7/2004 getätigt, welches die Aufhebung der externen Gesetzesmäßigkeitsskontrollen der Landesregierung über die Verwaltungsakte der Gemeinde vorsah. Diese wurden bereits im Laufe der 1990er-Jahre schrittweise abgebaut, bis 1998 nur mehr die wichtigsten Beschlüsse des Gemeinderats – wie Satzungen, Verordnungen und Haushaltsvoranschläge – der Landesregierung zur Kontrolle übermittelt werden mussten. Mit der Aufhebung der externen Gesetzesmäßigkeitsskontrollen kommt der Kontrollfunktion des Gemeinderats nun eine verstärkte Bedeutung zu, ebenso wie jener der gemeindeinternen Rechnungsprüfer/-innen über die buchhalterische, finanzielle und wirtschaftliche Gebarung der Gemeinde und jener des Gemeindesekretärs/der Gemeindesekretärin über die Gesetzesmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit.

Aufrecht bleibt die im Autonomiestatut (Artikel 54) verankerte Aufsicht der Landesregierung über die Organe der Gemeinde. Kann deren normale Tätigkeit nicht gewährleistet werden, z.B. bei Amtsverlust oder Rücktritt von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Gemeinderats, kann die Landesregierung den Gemeinderat auflösen und die Gemeinde unter kommissarische Verwaltung stellen. Der Landes-

regierung obliegt es weiterhin, die Gemeinderäte bei verfassungswidrigen Handlungen sowie bei schweren und andauernden Gesetzesverletzungen aufzulösen und unter kommissarische Verwaltung zu stellen. In Bozen als Gemeinde mit mehr als 20.000 Einwohnern und Einwohnerinnen obliegen diese außerordentlichen Maßnahmen dem Staat.

Detailanpassungen wurden 2013 und 2014 bei der Zusammensetzung der Gemeindeorgane vorgenommen (Regionalgesetz Nr. 1/2013 und Regionalgesetz Nr. 11/2014). Die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder wurde für die Landeshauptstadt auf 45 festgesetzt. Für den Ausschuss kann in der Satzung nunmehr eine Höchstanzahl von sieben Gemeindereferenten und Gemeindereferentinnen vorgesehen werden. In der Stadtgemeinde Bozen setzt sich der Ausschuss aktuell aus dem Bürgermeister, dem Vize-Bürgermeister und fünf Stadträten und Stadträtinnen zusammen. Neben den Bestimmungen zur verhältnismäßigen Vertretung der Sprachgruppen gewinnen nun auch Bestimmungen zur Gleichberechtigung beider Geschlechter beim Zugang zum Gemeindeausschuss an Bedeutung. So muss der Anteil des unterrepräsentierten (weiblichen) Geschlechts im Gemeindeausschuss mindestens im Verhältnis zu seiner Stärke im Gemeinderat garantiert werden. Wird dieser Grundsatz auch nach erfolgter Verwarnung durch die Landesregierung nicht respektiert, so löst die Landesregierung den Gemeinderat im Zuge ihrer oben genannten Aufsichtsfunktion über die Gemeindeorgane auf und es kommt zu Neuwahlen.

2016 wurde schließlich das System zur Wahl des Gemeinderats für die Stadtgemeinde Bozen abgeändert, um der häufig mit dem Verhältniswahlssystem einhergehenden Fragmentierung der Parteienlandschaft zu begegnen (Regionalgesetz Nr. 1/2016). Für die Zuweisung der Sitze im Gemeinderat gelten nun Sperrklauseln von 7 Prozent der gültigen Stimmen für Listenverbindungen und von 3 Prozent für Listen, die nicht in Gruppen verbunden sind.

## 6. Schlussreflexionen

Seit 1948 hat es zahlreiche Reformen im institutionellen Aufbau und Zusammenspiel der politischen Kernorgane der Gemeinde – Gemeinderat, Bürgermeister/-in und Ausschuss – gegeben, wobei drei Teilbereiche besonders hervorstechen. Erstens wirkten sich die Reformen auf die Zusammensetzung der Gemeindeorgane aus. So änderte sich die gesetzlich festgeschriebene Anzahl der Gemeinderatsmitglieder für Bozen als Beispiel einer großen Gemeinde von 40 in den 1950er und 1960er-Jahren über 50 in den 1990er-Jahren auf eine aktuelle Zahl von 45 Gemeinderäten und

Gemeinderätinnen. Wichtig sind im Südtiroler Kontext außerdem die Bestimmungen zur verhältnismäßigen Vertretung der Sprachgruppen in den Kollegialorganen der Gemeinde. Bereits im Autonomiestatut verankert und in den 1980er-Jahren weiter ausgebaut, wurden diese im vergangenen Jahrzehnt außerdem um Bestimmungen zur verhältnismäßigen Vertretung beider Geschlechter beim Zugang zum Gemeindeausschuss ergänzt. Zweitens gab es tiefgreifende Reformen beim Wahlsystem auf Gemeindeebene, insbesondere 1994 durch die Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin und die Differenzierung seither im Wahlsystem zwischen kleinen und großen Gemeinden über 15.000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Drittens wirkten sich die Reformen der vergangenen 75 Jahre auf den Zuständigkeitsbereich der drei politischen Kernorgane aus. Bis in die 1990er-Jahre hinein wurden die Sitzungen des Gemeinderats durch den/die Bürgermeister/-in einberufen und der Ausschuss konnte in Dringlichkeitsfällen Beschlüsse auch im Zuständigkeitsbereich des Rats fassen. Letzterem kam die allgemeine Verwaltungsbefugnis zu und damit die Annahme einer großen Zahl an Akten allgemeiner und punktueller Natur, welche die Ratstätigkeit langsam und bisweilen mühselig gestalteten (vgl. Vandelli 2015). Die Reformen führten mitunter zu einer Stärkung der Autonomie des Gemeinderats gegenüber den Exekutivorganen der Gemeinde, insbesondere durch die deutlichere Abgrenzung und Stärkung seines Tätigkeitsbereichs als Leitungs- und Kontrollorgan der Gemeindetätigkeit.

Hinzu kommen Reformen in Bezug auf die normativen Befugnisse der Gemeinde und insbesondere des Gemeinderats, in Bezug auf das System der internen und externen Kontrollen der Tätigkeit der Gemeindeorgane, ebenso wie eine zunehmende Trennung von Verwaltung und Politik. Insgesamt spiegeln die Reformen in der Gemeindeordnung eine allgemeine Stärkung der Gemeinde im politischen System wider (vgl. Ambrosi 2004; Engl et al. 2016; Happacher/Terzer 2018; Klotz 2023; Vandelli 2015; Woelk 2014), welche sich auch auf die zentralen Gemeindeorgane ausgewirkt und zu einem Zuwachs ihrer administrativen, normativen und organisatorischen Autonomie geführt hat.

---

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag wurde anlässlich der Jubiläumsfeier „75 Jahre Gemeinderat der Stadt Bozen: 1948–2023“ im Auftrag der Stadt Bozen verfasst. Eine kürzere Version wurde in der entsprechenden Festschrift (Città di Bolzano/Stadt Bozen 2023) veröffentlicht und ist unter dem folgenden Link einsehbar: <https://opencity.gemeinde.bozen.it/Aktuelles/Pressemitteilungen/Festakt-anlaesslich-der-75-Jahr-Feier-des-Bozner-Gemeinderates>.

---

## Literaturverzeichnis

- Ambrosi, Andrea (2004), Die Autonomie der Südtiroler Gemeinden zwischen Sonderstatut und Verfassung, in: Südtiroler Gemeindenverband (Hg.), Festschrift 50 Jahre Südtiroler Gemeindenverband. 1954–2004, Bozen: Gemeindenverband, 27–47
- Bobbio, Luigi (2005), Italy: After the Storm, in: Denters, Bas/Rose, Lawrence E. (Hg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 29–46
- Città di Bolzano/Stadt Bozen (Hg.) (2023), 75 anni di Consiglio Comunale della Città di Bolzano/75 Jahre Gemeinderat der Stadt Bozen. 1948–2023, Bozen: Città di Bolzano/Stadt Bozen
- D’Orlando, Elena/Grisostolo, Francesco E. (2018), La disciplina degli enti locali tra uniformità e differenziazione, in: Palermo, Francesco/Parolari, Sara (Hg.), Le variabili della specialità, Napoli: Edizioni scientifiche italiane, 99–159
- Engl, Alice/Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth (Hg.) (2016), Politika 2016. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell’Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol, Bozen: Edition Raetia
- Ferrandi, Maurizio (2023), Luglio 1948 Bolzano vota. Dopo 26 anni la Città ha di nuovo un Consiglio, in: Città di Bolzano/Stadt Bozen (Hg.), 75 anni di Consiglio Comunale della Città di Bolzano/75 Jahre Gemeinderat der Stadt Bozen. 1948–2023, Bozen: Città di Bolzano/Stadt Bozen, 8–13
- Filippi, Ermanno (1998), Kurze Geschichte des Gemeinderats, in: Città di Bolzano/Stadt Bozen (Hg.), Consiglio Comunale di Bolzano/Gemeinderat Bozen. 1948/1998, Bozen: Città di Bolzano/Stadt Bozen, 11–15
- Happacher, Esther/Bertel, Maria (2016), Die Zuständigkeiten der Gemeinden in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, in: Engl, Alice/Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth (Hg.), Politika 2016. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell’Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol, Bozen: Edition Raetia, 51–73
- Happacher, Esther/Terzer, Benedikt (2018), Alto Adige/Südtirol, in: Happacher, Esther/Toniatti, Roberto (Hg.), Gli ordinamenti dell’Euregio, Milano: Franco Angeli, 208–220
- Klotz, Greta (2023), Interkommunale Kooperation im Alpenraum. Die lokalen Dienstleistungen in Graubünden, Südtirol und Tirol, Dissertation, Freiburg (CH): Universität Freiburg

- Vandelli, Luciano (2012), Local Government in Italy, in: Moreno, Ángel-Manuel (Hg.), Local Government in the Member States of the European Union. A Comparative Legal Perspective, Madrid: INAP, 339–364
- Vandelli, Luciano (2015), Il sistema delle autonomie locali, Bologna: Il Mulino
- Woelk, Jens (2014), Italien. Auf der ständigen Suche nach Gleichgewicht, in: Alber, Elisabeth/Zwilling, Carolin (Hg.), Gemeinden im Europäischen Mehrebenensystem. Herausforderungen im 21. Jahrhundert, Baden-Baden: Nomos, 105–128

Irene Landini

## Immigrazione e diversità culturale all'interno dei diversi sistemi scolastici in Alto Adige

Una prospettiva bottom-up\*

### Encountering migrant-driven diversity in South Tyrolean' rigid system of linguistically divided schools

A bottom-up perspective.

**Abstract** This research contributes to the studies that investigate the relationships between old and new diversity within 'divided societies', and notably in South Tyrol and Bolzano. The chapter explores how teachers deal with migrant-driven cultural and linguistic diversity in primary and middle schools. It compares the challenges experienced and the strategies put in place by teachers belonging to the German-speaking group (in German schools) and the Italian-speaking one (in Italian schools). The analysis is especially interested in investigating how teachers belonging to the two different groups interpret and apply the recently developed educational paradigm of intercultural education, promoted by the Council of Europe (Council of Europe's White Paper on Intercultural Dialogue, 2008). The analysis reveals that the implementation of the intercultural education paradigm to accommodate migrant-driven diversity takes far different shapes across the divided streams of schools. The main argument of the chapter is that these differences are linked to specific historical and identitarian factors that have already been found to shape the top-down policy approach to migration by South Tyrolean political elites (notably the ones representing the German group).

## 1. Introduzione

La diversità culturale e linguistica in ambito scolastico è aumentata in modo significativo, nel corso degli ultimi decenni, in quasi tutti i Paesi europei (seppur con differenze). Tale fenomeno è dovuto, in parte, all'aumento di studenti/studentesse con 'background migratorio' (Consiglio d'Europa 2008)<sup>1</sup> all'interno delle scuole di diversi ordine e grado. In tale contesto, il Consiglio d'Europa (Consiglio d'Europa 2008) ha iniziato a promuovere un nuovo paradigma per la gestione della diversità culturale e linguistica in ambito scolastico, definito 'educazione interculturale'. L'aumento di studenti/studentesse con background migratorio è diventato un tema particolarmente scottante anche in molti contesti sociali e territoriali definiti con il termine inglese di *divided societies* (Carlà 2018), 'società internamente divise', dove troviamo la coesistenza di gruppi autoctoni linguisticamente e/o culturalmente diversi fra loro e, spesso, la contrapposizione fra gruppi di minoranze nazionali e gruppi di maggioranza nazionale (esempi sono la regione del Québec in Canada, la Catalogna in Spagna, l'Alto Adige in Italia).

Contemporaneamente alla crescita del fenomeno migratorio in tali contesti, si è assistito anche a un aumento degli studi riguardanti le relazioni tra le minoranze nazionali (*old diversity*) e le nuove comunità di migranti (*new diversity*) (per es. Carlà 2014, 2018; Jeram et al. 2015; Franco-Guillén 2015; Hepburn 2011; Zapata-Barrero 2009). Alcuni di questi studi hanno esaminato tali dinamiche anche in Alto Adige. Come è noto, in Alto Adige riscontriamo la presenza di una consistente minoranza di lingua tedesca e una, meno consistente, di lingua ladina, che convivono con la popolazione di lingua italiana. I dati dell'ultimo censimento linguistico, effettuato nel 2011, ci dicono che gli appartenenti al gruppo linguistico tedesco sono 69,41 per cento della popolazione alto atesina totale, quelli del gruppo italiano il 26,06 per cento, mentre i restanti 4,53 per cento appartengono alla minoranza ladina (ASTAT 2011).

A livello politico, le relazioni fra i tre gruppi linguistici sono organizzate sulla base di meccanismi consociativi di condivisione del potere (Lijphart 1977), che richiedono la rappresentanza governativa di tutti e tre i gruppi linguistici (Carlà 2018; Pallaver 2008). Inoltre, lo Statuto di Autonomia ha istituito il bilinguismo<sup>2</sup> in tutti gli uffici pubblici, comprese le istituzioni e strutture scolastiche (Wisthaler 2013). Il sistema educativo dell'Alto Adige, pur seguendo il sistema educativo nazionale italiano, si basa sul principio del separatismo linguistico, che prevede l'istruzione nella lingua madre dei bambini con l'insegnamento obbligatorio dell'altra lingua (articolo 19 dello Statuto). Sono stati, dunque, istituiti sistemi scolastici paralleli, in

cui gli alunni della scuola materna, elementare, media e superiore possono usufruire di un insegnamento nella lingua madre (tedesco o italiano) da parte di insegnanti della stessa lingua. L'altra lingua (tedesco nel sistema italiano; italiano nel sistema tedesco) è insegnata come seconda lingua. Il sistema di scuole parallele, inoltre, fa riferimento a organi amministrativi e comitati di valutazione separati (Wisthaler 2013).

I principali studi focalizzati sull'interazione tra *old* e *new diversity* nel contesto altoatesino (così come molti altri studi che guardano ad altre società internamente divise), hanno privilegiato una prospettiva *top-down*. Essi hanno analizzato, quindi, le strategie partitiche e le politiche portate avanti dalle élites politiche che rappresentano i gruppi minoritari tedeschi e ladini (Carlà 2014; 2018; Pallaver 2008; Wisthaler 2015). Al contrario, gli studiosi hanno prestato una limitata attenzione alla dimensione *bottom-up*, cioè alle esperienze, difficoltà incontrate e strategie messe in atto dai *practitioners* nell'ambito dell'integrazione delle minoranze migranti (Caponio/Donatiello 2017). All'interno dell'ambito dell'istruzione, tali *practitioners* sono gli insegnanti scolastici: essi sono, infatti, fra i principali attori impegnati in prima persona, quotidianamente, nell'interazione con studenti con background migratorio e nella promozione di inclusione e dialogo reciproco (Consiglio d'Europa 2008; 2014). Un ulteriore limite della letteratura esistente è che il focus sull'interazione tra *old* e *new diversity* ha ostacolato l'analisi delle relazioni fra le nuove minoranze migranti e i gruppi di maggioranza nazionale, all'interno di società divise: nel caso altoatesino, le relazioni fra il gruppo linguistico italiano e i vari gruppi di migranti nel territorio.

Alla luce di tale contesto, questa ricerca contribuisce e integra gli studi precedenti riguardanti le relazioni tra 'nuove' e 'antiche' forme di diversità culturale e linguistica in contesti di *divided societies*, e in particolar modo in Alto Adige. Il capitolo, infatti, esplora le esperienze degli insegnanti riguardanti le loro interazioni quotidiane con studenti con background migratorio. Due elementi sono di particolare interesse:

1. le principali sfide e gli aspetti problematici e critici che emergono dall'esperienza di interazione quotidiana degli insegnanti con studenti/studentesse di origine straniera;
2. le strategie (contenuti didattici specifici, eventi, attività di vario tipo) elaborate quotidianamente dagli/dalle insegnanti, per affrontare tali sfide. In particolare, l'analisi è interessata a mettere in luce fino a che punto, e con quali modalità, gli/le insegnanti interpretano e applicano il paradigma dell'educazione interculturale. Il focus è sulla città di Bolzano.

Specificatamente, il capitolo effettua una comparazione fra le sfide vissute e le strategie implementative del paradigma interculturale da parte di insegnanti appartenenti a gruppi linguistici diversi (italiani e tedeschi), all'interno delle rispettive scuole.

Questa ricerca adotta un approccio esplorativo. L'analisi non mira, dunque, a testare ipotesi di ricerca ben strutturate ma, invece, intende esplorare a fondo le esperienze e strategie degli/delle insegnanti, al fine di conseguire due obiettivi principali. In primo luogo, l'analisi intende espandere la nostra conoscenza riguardo alla presenza di eventuali differenze fra le scuole tedesche e quelle italiane, nel contesto di Bolzano. In particolare, si evidenzierà la presenza (eventuale) di differenze in termini di 1) concezione di cosa rappresenti una sfida, in un contesto di crescente immigrazione e diversità culturale e linguistica nelle scuole e 2) strategie elaborate dagli/dalle insegnanti e soprattutto interpretazione e applicazione delle normative sull'educazione interculturale, nei diversi tipi di scuole.

Inoltre, come secondo obiettivo, la ricerca vuole portare avanti (basandosi sui risultati dell'analisi empirica) una nuova ipotesi su potenziali fattori che possono contribuire a comprendere le caratteristiche di ogni scuola e, allo stesso tempo, i *patterns* di somiglianze e differenze fra scuole in lingua italiana e in lingua tedesca. A tale proposito, le ricerche precedenti ci forniscono alcuni spunti di riflessione, illustrati nelle prossime sezioni, che saranno tenuti in considerazione durante l'analisi.

## **2. L'educazione interculturale: punti principali**

Secondo le Linee guida dell'Unesco del 2006 e il Libro Bianco del Consiglio d'Europa sul dialogo interculturale del 2008, l'educazione interculturale e, più in generale, l'interculturalismo consistono nell'«esistenza e nell'equa interazione di culture diverse e nella possibilità di generare espressioni culturali condivise attraverso il dialogo e il rispetto reciproco» (Unesco 2006, 14). L'educazione interculturale, quindi, «mira ad andare oltre la coesistenza passiva, per raggiungere un modo di vivere insieme in società multiculturali che si sviluppi e sia sostenibile attraverso la creazione di comprensione, rispetto e dialogo tra i diversi gruppi culturali» (Libro bianco del Consiglio d'Europa 2008, 25).

In particolare, i contenuti dell'educazione interculturale sono di due tipi. Il primo consiste in contenuti didattici dedicati unicamente agli studenti con background migratorio, in particolare mediazione linguistica e culturale, corsi di lingua scolastici ed extra-scolastici, supporto allo svolgimento dei compiti scolastici in orario pomeridiano o altre iniziative simili. Il secondo tipo di contenuti didattici, invece, è rivol-

to a tutti gli studenti, sia italiani che di origine straniera. Viene data grande importanza a tutte le attività che, in modi diversi, possono favorire la conoscenza e il dialogo fra affiliazioni culturali e linguistiche differenti, come richiesto dal Consiglio d'Europa. Alcuni esempi sono: l'organizzazione di dialoghi in classe, soprattutto su temi controversi legati, per esempio, alle diverse religioni, al ruolo delle donne, ecc. (questo soprattutto in connessione con l'educazione civica); l'organizzazione di attività ludiche, come il teatro, i giochi di ruolo; la promozione del multilinguismo.

Per quanto riguarda le specifiche modalità attraverso cui veicolare l'educazione interculturale (cioè portare avanti le pratiche proposte e altri affini) e l'educazione alla cittadinanza, esse sono lasciate ai singoli Stati. In Italia, troviamo due principali riferimenti normativi. Il primo sono le linee guida pubblicate dal Ministero Italiano dell'Istruzione e del Merito nel 2007, denominate *La via italiana per la scuola interculturale e l'integrazione degli alunni stranieri*. In tali linee guida, viene specificato che i contenuti dell'educazione interculturale, e in particolare le attività e i contenuti rivolti alla totalità degli studenti, devono avere una dimensione cross-curriculare (MIUR 2007). In tempi più recenti, l'Osservatorio nazionale per l'integrazione degli alunni stranieri e l'educazione interculturale<sup>3</sup> ha pubblicato un report dal titolo *Orientamenti interculturali: idee e proposte per l'integrazione di alunni e alunne provenienti da contesti migratori* (marzo 2022). Tale report individua alcune figure specifiche atte a portare avanti i contenuti didattici dedicati a studenti con background migratorio (insegnamento e rafforzamento linguistico, mediazione linguistica e culturale). Nello specifico, vengono individuate tre figure: il facilitatore linguistico (per l'insegnamento linguistico), il referente interculturale e il mediatore culturale (per la mediazione linguistica e culturale). È inoltre ribadito il carattere cross-curriculare di tutti i contenuti e le attività di stampo interculturale, rivolti alla totalità degli studenti e il nesso tra educazione interculturale e educazione alla cittadinanza.

### **3. Il contesto migratorio e scolastico alto-atesino fra ricerca accademica e realtà migratoria territoriale**

#### **3.1 Il ruolo chiave del settore educativo in Alto Adige**

Diversi studiosi hanno messo in luce come le politiche educative portate avanti, in particolare dagli esponenti del gruppo linguistico tedesco, in primis la *Südtiroler Volkspartei* (uno dei principali partiti politici alto atesini, SVP),<sup>4</sup> rispecchiano

ancora il peso dei recenti avvenimenti storici e, in particolare, la traumatizzazione che la popolazione tedesca ha vissuto durante la dominazione fascista dell'Alto Adige.

In seguito alla Prima guerra mondiale il Sudtirolo/Alto Adige di lingua tedesca, così come la vicina provincia di Trento, furono cedute dall'Austria al Regno d'Italia e annesse ufficialmente all'Italia nell'ottobre del 1920 (Steininger 2003; Rautz 1999). Il successivo governo fascista (1922-1943), cercò di 'italianizzare' (Lantschner 2008, 6) la minoranza linguistica tedesca, 'assimilandola alla popolazione italiana' (Lantschner 2008, 6). Tale scopo si concretizzò nella proibizione di parlare la lingua tedesca, la sostituzione dei nomi tedeschi con quelli italiani (sia i nomi propri, delle famiglie sudtirolesi, sia la toponomastica della regione) e la promozione dell'immigrazione di massa di italofoeni nella provincia (ibid).

In seguito alla dominazione fascista, e come conseguenza di essa, si è sviluppata, all'interno del gruppo tedesco, soprattutto, da come emerge dalle ricerche, fra i suoi esponenti politici, in primis la SVP (Baur/Medda-Windischer 2008; Wisthaler 2013), quella definita dagli studiosi come 'paura di perdita dell'identità' o anche 'paura di minorizzazione', concetto definito per la prima volta in modo strutturato da Arel, nel 2001, come *fear of minorization*. Ciò consiste nel timore diffuso e ben radicato nella 'memoria collettiva' degli esponenti, soprattutto politici, del gruppo tedesco (Wisthaler, 2013) del pericolo di una (nuova) assimilazione all'interno del gruppo italiano maggioritario a livello nazionale e della conseguente ulteriore minorizzazione e progressiva scomparsa del gruppo linguistico tedesco (Baur/Medda-Windischer 2008; Wisthaler 2013).

Per avere una comprensione più ampia di queste dinamiche, è importante ricordare che la *fear of minorization* caratterizza non solo il contesto politico altoatesino ma contraddistingue molti gruppi di minoranze nazionali (un altro buon esempio è la minoranza francofona in Québec). Arel utilizza questo concetto per far luce sulle dinamiche e le tensioni interne ai contesti di *divided societies*, che definisce come *multinational democracies*, sistemi politici e sociali composti da gruppi nazionali (maggioritari e minoritari) ben distinti sulla base di caratteristiche culturali, linguistiche ed esperienze storiche diverse. In tali contesti, la 'paura della minorizzazione' promuove una forma di nazionalismo, fra i gruppi minoritari e/o oggetto di politiche repressive, che ha lo scopo di difendere e garantire l'esistenza stessa del gruppo (inteso da Arel come *nazione* all'interno del più ampio sistema statale).

All'interno di molte *multinational democracies* e società internamente divise, fra cui l'Alto Adige, questo nazionalismo assume spesso una dimensione linguistica. Come si è visto, l'oppressione subita storicamente dal gruppo maggioritario (nel caso dell'Alto Adige, il gruppo linguistico italiano, ai tempi della dominazione fascista)

si è concretizzata anche in politiche linguistiche restrittive. In seguito a tale oppressione, la lingua madre del gruppo minoritario/oppresso è diventata, spesso, un vero e proprio ‘simbolo’ identitario. Ciò implica, in Alto Adige, che la preservazione e difesa della lingua tedesca sono diventati fondamentali per la preservazione e difesa dell’esistenza stessa del gruppo-nazione di lingua tedesca (Carlà 2018; Wisthaler 2013, 2015). Alla luce di tali dinamiche identitarie, il settore educativo acquisisce un ruolo chiave, nel contesto alto atesino. Il sistema di scuole linguisticamente divise diventa, per le élites politiche tedesche, lo strumento chiave per proteggere la lingua e, quindi, l’identità della minoranza tedesca (ibid). Come emerge da questa panoramica della letteratura, i principali studi in materia hanno analizzato e adottato la prospettiva del gruppo (esponenti politici) che costituisce la minoranza a livello nazionale, cioè il gruppo linguistico tedesco. La ricerca incentrata sulla prospettiva del gruppo italiano, sia delle élites politiche che della popolazione, resta, invece, nel complesso limitata.

### 3.2 Immigrazione e educazione interculturale nel contesto di separatismo linguistico e scolastico dell’Alto Adige

A fine 2022, gli stranieri residenti in Alto Adige si attestano a 51.723 unità, con una crescita dello 0,3 % rispetto al 2021 (IDOS 2023). Si assiste anche ad un aumento degli studenti con background migratorio nelle scuole, sia quelle in lingua tedesca che italiana. Mentre le scuole italiane hanno iniziato ad accogliere studenti/studentesse con background migratorio<sup>5</sup> alla fine degli anni Ottanta, l’immigrazione nelle scuole tedesche è aumentata solo a partire dagli anni 2000 (ASTAT 2022). Per quanto riguarda le scuole primarie, nell’anno scolastico 1996-97, gli studenti stranieri risultano essere lo 0,4 per cento del totale degli studenti/ delle studentesse all’interno delle scuole di lingua tedesca, per poi passare al 2,8 % nell’anno 2004-2005 e al 10,1 per cento nel 2019-2020 (ASTAT 2022). Nelle scuole italiane la crescita degli studenti/delle studentesse stranieri/e è importante ma meno significativa: 2,1 per cento nel 1996-97, 12 per cento nel 2004-2005 e 24,9 per cento nel 19-20 (ASTAT 2022).

Come ha evidenziato Wisthaler (2013), quando le nuove minoranze migranti arrivano all’interno del sistema scolastico rigidamente diviso in Alto Adige e, più in generale, all’interno della società alto atesina, due alternative si delineano. Le nuove minoranze migranti possono ‘fungere da ponte tra i diversi gruppi, portando a una visione condivisa del territorio, contribuendo così anche a superare i vecchi *cleavage*’ (Wisthaler 2013, 360) o, piuttosto ‘diventare soggetti alle separazioni dei

gruppi preesistenti’, contribuendo così a rafforzarle ulteriormente’ (Wisthaler 2013, 360). Guardando al caso alto atesino, possiamo riscontrare che la seconda via è quella maggiormente seguita dalle élites politiche (Wisthaler 2013, 360). L’ambito educativo non fa eccezione: una volta insediatasi nel territorio, le famiglie e gli studenti/le studentesse con background migratorio sono di fatto obbligati/e a scegliere un tipo di scuola e, con essa, il gruppo nel quale vogliono effettivamente integrarsi (Wisthaler 2013, 360).

È però interessante notare che l’ambito delle politiche educative rivolte specificatamente alla popolazione straniera presenta alcune peculiarità, se lo si confronta sia con altri ambiti di politiche migratorie, sia con altri casi di *divided societies* nel mondo, per esempio il Québec (Piccoli 2014). Infatti, se osserviamo le principali politiche migratorie portate avanti dalla SVP, capiamo che la radicata *fear of minorization* influenza anche il modo in cui le élites politiche guardano e gestiscono le ‘nuove’ migrazioni moderne (Carlà 2018). Come illustrato in precedenza, i tentativi di assimilazione del governo fascista videro l’unione di repressione della lingua tedesca e immigrazione di massa di italofoeni in Alto Adige. Questo favorisce, oggi, una visione piuttosto negativa dei gruppi di minoranze migranti, concepiti come una potenziale minaccia alla preservazione della lingua e cultura del gruppo autoctono tedesco (seppure questa visione sia più o meno forte, a seconda del gruppo di migranti considerati, cfr. Wisthaler 2015). Di conseguenza, le principali proposte politiche e *policies* portate avanti in campo migratorio dalla SVP presentano una tendenza verso un modello di integrazione come assimilazione (Koppman et al. 2005). Si cerca, cioè, di ‘assimilare invece che essere a sua volta assimilati’ (Carlà 2018). Tali tentativi assimilatori consistono nella promozione del dovere della popolazione migrante di apprendere le culture e, soprattutto, le lingue locali, l’italiano e ancor più il tedesco (per una spiegazione più dettagliata ed esempi specifici si veda Piccoli 2014; Carlà 2018; Palaoro/Coletti 2013; Wisthaler 2015).

La peculiarità delle politiche in ambito educativo consiste nel fatto che, pur non mostrando una volontà di utilizzare le nuove migrazioni per superare gli antichi *cleavage* fra i gruppi autoctoni, non si riscontra nemmeno la stessa volontà di assimilazione, nei confronti dei migranti, riscontrata in altri ambiti. In particolare, non esiste in Alto Adige alcuna legge che affronta il tema dell’integrazione degli immigrati nella lingua minoritaria, per esempio obbligando i nuovi arrivati ad iscriversi alle scuole della lingua minoritaria, cioè il tedesco (come accade, invece con la *Loi 101*, in Québec, Piccoli 2014). Le famiglie sono invece lasciate ‘libere’ di scegliere il tipo di scuola a cui iscriversi. Poiché la maggior parte dei migranti ha tradizionalmente scelto le scuole di lingua italiana, le élites tedesche hanno deciso di

disinteressarsi alla questione, vedendola principalmente come una questione delle scuole italiane (Wisthaler 2013; Piccoli 2014).

Guardando specificatamente alle politiche educative inerenti al paradigma interculturale, il piano normativo di riferimento è la Legge provinciale n. 121/2011, che disciplina la questione dell'integrazione scolastica degli alunni immigrati. Tale legge rimane piuttosto generica sul tema dell'educazione interculturale e affida il compito di fornire maggiori dettagli su questo argomento ai Centri Linguistici locali.<sup>6</sup> I Centri in lingua tedesca e quelli in lingua italiana hanno elaborato una serie di linee guida 'parallele', per i due sistemi scolastici, facendo entrambi riferimento alle definizioni e alle strategie/attività e alle tre figure professionali proposte dal Consiglio d'Europa e dall'Osservatorio nazionale (Wisthaler 2013).

I risultati delle ricerche precedenti forniscono alcuni spunti che saranno tenuti in considerazione durante l'analisi, come un possibile framework interpretativo, per meglio comprendere le strategie degli attori 'sul campo', gli/le insegnanti. Nello specifico, alla luce del peculiare contesto sociale e educativo altoatesino, diventa particolarmente interessante analizzare fino a che punto, e con quali modalità, il peso dell'eredità storica, e qualche elemento riconducibile alla cosiddetta *fear of minorization*, così radicata nelle élites politiche di lingua tedesca, si ripercuotano anche sulle esperienze scolastiche *bottom-up* degli/delle insegnanti dello stesso gruppo linguistico, differenziandole da quelle dei/delle loro colleghi/e italiani/e all'interno delle scuole italiane. Inoltre, data la quantità di ricerca ancora limitata al riguardo dell'approccio del gruppo italiano in Alto Adige nei confronti delle nuove minoranze migranti (a livello di azione politica e *policies*), analizzare le sfide vissute e le strategie educative (in particolare, le modalità di implementazione del paradigma interculturale) degli/delle insegnanti italiani/e assume particolare importanza. Tale analisi, infatti, offre l'opportunità di ampliare e rendere più completa la nostra conoscenza delle dinamiche, in Alto Adige, inerenti alla gestione del fenomeno migratorio, in particolare nel settore dell'istruzione.

#### 4. Strategie metodologiche adottate

Ho scelto di focalizzare la ricerca su Bolzano, poiché in questa città si trova la maggior parte degli studenti/delle studentesse con background migratorio (IDOS 2023). Basandomi sulla strategia del campionamento teorico (Patton 1990), ho scelto di selezionare alcune scuole, sia di lingua italiana che tedesca, con un numero alto di studenti/studentesse non italiani/e -di madrelingua tedesca. L'analisi si è focalizzata

esclusivamente su scuole primarie (elementari) e secondarie di primo grado (medie). In base a questi criteri, ho selezionato un totale di 5 scuole di lingua italiana e 3 di lingua tedesca:

— Scuole in lingua italiana:

- scuola primaria ‘Don Bosco’;
- scuola primaria ‘A. Langer’;
- scuola secondaria di primo grado ‘Ada Negri’;
- scuola primaria ‘Alessandro Manzoni’;
- scuola secondaria di primo grado ‘Ugo Foscolo’.

— Scuole in lingua tedesca:

- scuola primaria ‘A. Langer’ (alcune sezioni in lingua tedesca, all’interno dell’Istituto Comprensivo Bolzano II);
- scuola primaria ‘J. H. Pestalozzi’;
- scuola secondaria di primo grado Albert Schweitzer.

In ognuna di queste scuole, le principali provenienze degli studenti/delle studentesse con background migratorio sono il sud est asiatico (soprattutto Pakistan e India), Est Europa (in prevalenza Ucraina, Moldavia, Russia) e, in misura minore in tutte le scuole, l’America Latina (vari Paesi, con alcune differenze da scuola a scuola). All’interno di ogni scuola, ho effettuato interviste con:

- 2 insegnanti di Italiano e storia (tedesco al posto di italiano, nelle scuole tedesche);
- 1 di educazione fisica;
- 1 di religione;
- 1 di matematica;
- 2 facilitatori linguistici.

Le interviste hanno avuto luogo nel periodo fra novembre 2022 e giugno 2023. Ho cercato di selezionare un gruppo di intervistati eterogeneo al suo interno, dal punto di vista dell’età anagrafica, delle esperienze personali con diversità linguistiche e culturali e della preparazione specifica sull’approccio educativo interculturale. Gli/le insegnanti più giovani e con una formazione più recente, hanno frequentato corsi ad hoc (all’interno del percorso universitario per diventare insegnanti e/o corsi di aggiornamento post-universitari relativi ai temi e all’approccio educativo interculturale) e molti di loro hanno frequentato in passato scuole elementari e medie con numeri elevati di studenti/studentesse non italiani/e. Gli insegnanti più anziani non hanno frequentato tali tipi di corsi (oppure in modo limitato), e la maggior parte di loro ha studiato all’interno di classi più omogenee dal punto di vista linguistico

e culturale. In tal modo, è possibile esaminare l'esistenza di eventuali differenze e/o punti in comune fra essi, esaminando anche, quindi, se e come i diversi tipi di esperienze personali e di preparazione, e le diverse fasce di età, giocano qualche ruolo nella percezione delle sfide vissute in classe e delle conseguenti strategie adottate.

Ho basato l'analisi su interviste semi-strutturate (Kauffman 2007), organizzate attorno a due macro-temi:

1. Principali sfide incontrate dagli insegnanti nell'interazione quotidiana con studenti/studentesse con background migratorio
2. Strategie messe in atto per rispondere a tali sfide, con particolare attenzione alla conoscenza del paradigma interculturale e alla sua (eventuale) utilizzazione per l'elaborazione di tali sfide.

Ho poi analizzato i risultati tramite un'analisi qualitativa dei contenuti, i *transcripts* delle interviste (Kuckartz 2019).

## 5. Analisi e discussione dei principali risultati

### 5.1 Scuole tedesche: 'fear of minorization' e logica difensiva (e assimilatoria?)

Per la maggior parte degli/delle insegnanti tedeschi/e intervistati/e la più grande sfida legata alla presenza di studenti/studentesse con background migratorio consiste nel rischio che la lingua tedesca venga progressivamente 'sostituita' dalle lingue parlate dai migranti. Inoltre, un'ulteriore sfida, ai loro occhi, è un possibile rafforzamento del gruppo di lingua italiana, a svantaggio di quello tedesco, in particolare tramite la crescita di studenti/studentesse immigrati/e che parlano l'italiano, invece che il tedesco. È interessante notare che questi timori emergono, in maniera a volte più implicita, ma spesso in modo esplicito, in quasi tutti/e gli/le insegnanti intervistati/e, senza significative variazioni, nemmeno considerando le diverse età anagrafiche e diversi tipi di preparazione (si veda la Tabella 1 nell'Appendice). Interpretando questi risultati alla luce delle precedenti ricerche condotte in Alto Adige, e con riferimento anche alla più ampia letteratura che studia le *divided societies*, è possibile notare che tali pressioni e timori della minoranza tedesca corrispondono alle caratteristiche definite dagli/delle studiosi/e come *fear of minorization*, illustrate nella sezione precedente.

Questo timore trova una spiegazione nel fatto che, secondo gli/le insegnanti, la maggior parte degli/delle alunni/e con background migratorio (con limitate eccezioni) incontrano difficoltà nel parlare e comprendere la lingua tedesca e, spesso, non sembrano nemmeno interessati e volenterosi di migliorare queste loro competenze linguistiche. Di conseguenza, molti di loro hanno ancora competenze molto scarse sia nell'ambito del tedesco orale che di quello scritto. Questa tendenza si riscontra non solo per coloro che sono arrivati da poco in Alto Adige o in altre zone d'Italia ma anche per molti/e studenti/studentesse che sono nati/e in Italia e hanno già frequentato diversi anni scuole di lingua tedesca. Al contrario, le loro competenze linguistiche in italiano tendono ad essere migliori. Ciò può essere dovuto al fatto che la maggior parte degli studenti/delle studentesse immigrati/e vive nelle aree meno sviluppate della città, popolate soprattutto da italofoeni (Wisthaler 2013; Medda et al. 2011).

Data questa situazione, molti studenti/studentesse altoatesini/e di madrelingua tedesca tendono spesso a parlare in italiano, quando si rendono conto che l'italiano risulta più facile per i loro coetanei immigrati. Ciò fa sì che l'italiano stia diventando sempre più una sorta di *lingua franca* all'interno di tutte queste scuole. Si riporta di seguito un esempio, tratto dall'intervista con un'insegnante di tedesco e storia, per far capire il grado di problematicità legato alle scarse competenze linguistiche in tedesco e al timore della scomparsa della lingua tedesca (simili argomentazioni emergono dalle risposte di altri insegnanti).

*“Siamo in una scuola tedesca e si sentono parlare sempre l'italiano, l'urdu o arabo. Mi chiedo quale sia il senso di avere una scuola tedesca, se la nostra lingua non viene coltivata. Noi siamo una minoranza a livello nazionale, ma se continua così rischiamo di diventare una minoranza anche nella nostra regione e addirittura nelle nostre scuole!”.*

Oltre a queste sfide, menzionate più frequentemente dagli/dalle insegnanti, in alcuni casi emergono altri tipi di sfide, legate non alla questione linguistica ma alle diverse abitudini e usanze di carattere culturale religioso. Alcuni degli/delle intervistati/e mi riferiscono, in particolare, che alcuni studenti maschi di origine straniera (anche quelli nati e cresciuti in Italia), mostrano poco rispetto per la figura femminile, in particolare la figura dell'insegnante donna. Gli insegnanti di educazione fisica mi riferiscono che molte studentesse di origine straniera, e religione musulmana, non possono svolgere alcune attività di educazione fisica (soprattutto le attività in piscina). Tuttavia, queste sfide vengono menzionate molto meno e sembrano meno rilevanti agli occhi della maggioranza degli/delle insegnanti intervistati/e.

La maggior parte delle strategie consiste nell'organizzazione di ulteriori corsi di lingua (rispetto a quelli previsti e organizzati a inizio anno scolastico, sulla base della disponibilità dei facilitatori e i numeri degli studenti/delle studentesse non madrelingua, di origine straniera e neo-arrivati/e rivolti unilateralmente agli studenti/alle studentesse con background migratorio, sia di prima che seconda generazione (Tabella 2 nell'Appendice). Per l'organizzazione di tali corsi, gli/le insegnanti chiedono maggiore supporto ai facilitatori linguistici (chiedendo di spendere più ore di quelle previste con gli studenti/le studentesse stranieri/e), oppure organizzano essi stessi, in accordo con il/la dirigente, attività extra-scolastiche di supporto linguistico (soprattutto supporto allo svolgimento dei compiti scolastici e ulteriori ore di insegnamento linguistico). È interessante che anche due dei tre insegnanti di matematica intervistati si impegnano attivamente in questi corsi, pur non essendo questa la loro specializzazione didattica.

Dietro a questa enfasi sull'insegnamento linguistico, come soluzione alle sfide vissute, possiamo intravedere una logica quasi difensiva, che consiste nella volontà di difendere la lingua tedesca, e il gruppo linguistico tedesco, da un'eventuale 'sostituzione'. Diciotto dei ventuno insegnanti intervistati/e in totale mi dice esplicitamente che lo scopo di tali attività è quello di rafforzare le competenze linguistiche, nell'ottica di 'impedire che il tedesco sparisca completamente'. Inoltre, dieci insegnanti, all'interno delle scuole, dichiarano esplicitamente che l'apprendimento della lingua tedesca dovrebbe essere considerato un requisito essenziale non solo per poter frequentare le scuole in lingua tedesca, ma anche per poter vivere a Bolzano, e più in generale in Alto Adige, e che è quasi 'inaccettabile' che alcuni /e studenti/studentesse non si impegnino in tal senso. Queste risposte sono interessanti perché lasciano trapelare una sorta di visione quasi assimilatoria<sup>7</sup> del processo di integrazione dei/delle migranti in Alto Adige. Tale visione, come abbiamo visto, non è particolarmente marcata nell'ambito delle politiche educative ma emerge, invece, all'interno dell'approccio politico altoatesino nei confronti delle migrazioni, più in generale.

Nel complesso, il tipo di attività e strategie portate avanti corrisponde essenzialmente al primo tipo di contenuti e strategie indicate dal Consiglio d'Europa e dalle norme nazionali (si veda, a tale riguardo, la sezione dedicata). Al contrario, non viene lasciato spazio al secondo tipo di strategie indicate dal paradigma interculturale, cioè attività rivolte alla totalità degli studenti/delle studentesse, atte a promuovere la conoscenza reciproca.

## 5.2 Scuole italiane: differenze culturali, difficoltà materiali e supporto al paradigma interculturale

Gli/le insegnanti appartenenti al gruppo italiano, nelle scuole italiane, non mostrano di subire questo tipo di pressioni e timori. Pur sottolineando le difficoltà linguistiche di molti/e studenti/studentesse con background migratorio (inclusi/e gli/le studenti/studentesse nati/e in Alto Adige o Italia), tale fenomeno non viene vissuto e descritto come una potenziale minaccia alla sopravvivenza della lingua e cultura italiana a favore delle lingue delle minoranze migranti.

Invece, vengono citate con più frequenza (rispetto a quanto riscontrato nelle scuole tedesche) difficoltà legate a diverse abitudini e usanze di carattere culturale e religioso. Ventinove dei trentacinque intervistati mi riferisce che alcuni studenti maschi di origine straniera (anche quelli nati e cresciuti in Italia), mostrano poco rispetto per la figura femminile, in particolare la figura dell'insegnante donna. Inoltre, 32 intervistati mi raccontano che alcune studentesse, soprattutto di religione musulmana, si sentono 'diverse' ed escluse perché non possono svolgere alcune attività motorie (soprattutto quelle in piscina) o partecipare alle gite scolastiche, o a causa di commenti dei compagni italiani riguardo al loro abbigliamento (il velo, in particolare). Questo senso di esclusione e inadeguatezza porta molte di loro a auto-isolarsi o a non essere motivate a partecipare alle lezioni e venire a scuola (si veda la Tabella 3).

Infine, vi sono alcune sfide legate a carenze di carattere pratico-materiale. La principale sfida per tutti i facilitatori linguistici intervistati consiste nel fatto che i numeri di studenti/studentesse con background migratorio sono molto più ampi rispetto a quelli dei facilitatori presenti. Ciò porta alla situazione in cui tutti i facilitatori coinvolti sono sottoposti a un sovraccarico di lavoro e non riescono a dedicare il tempo adeguato ad ogni studente/studentessa straniero/a che lo necessiterebbe. Inoltre, molti/e insegnanti (trenta sui trentacinque intervistati/e) lamentano il fatto che i facilitatori possono occuparsi, secondo la normativa nazionale e provinciale, unicamente dei neoarrivati, mentre occorrerebbe poter aiutare anche molti/e studenti/studentesse con background migratorio che, seppur nati e cresciuti in Italia, ancora presentano difficoltà con l' 'Italiano lingua studio', cioè la comprensione del linguaggio più formale e complesso dei libri didattici. Queste difficoltà variano a seconda dei vari gruppi di migranti a cui si fa riferimento. Fatte salve alcune eccezioni, esse tendono a essere riscontrate più frequentemente con studenti/studentesse provenienti da Paesi del sud est asiatico (Pakistan e India).

Per quanto riguarda le strategie adottate (Tabella 4), un dato interessante emerge. Per fronteggiare le difficoltà legate a differenze culturali e religiose (si veda sopra),

gli/le insegnanti tendono a seguire due vie. La prima consiste in interventi *ad hoc* nei singoli casi problematici, soprattutto la ricerca del dialogo aperto e cooperazione, sia con le studentesse stesse, che le loro famiglie, e la richiesta di intervento dai/dalle mediatori/meditrici culturali. Oltre a ciò, quasi tutti/e gli/le insegnanti intervistati/e portano anche avanti attività più ampie, rivolte alla totalità degli studenti/delle studentesse (stranieri/e e non). Tali attività cercano di promuovere il dialogo e lo scambio fra studenti/studentesse con affiliazioni ligustiche e culturali molto diverse fra loro, per far riflettere tutti gli/le studenti/studentesse sull'importanza del dialogo e rispetto reciproco e, nel lungo periodo, fronteggiare l'insorgere di problematiche di carattere culturale e/o religioso come quelle illustrate sopra. Gli/le insegnanti più giovani affermano esplicitamente di cercare (quando portano avanti queste attività) di ispirarsi al paradigma interculturale e di riprodurre alcuni degli esempi di attività interculturali delineati a livello formale. Tali elementi sono stati, solitamente, appresi in specifici corsi all'università o tramite corsi di aggiornamento. Gli/le insegnanti meno giovani (circa dai 45 anni in su) non parlano esplicitamente di intercultura e non sembrano avere una preparazione teorica specifica (almeno, da quanto emerge dalle interviste); tuttavia, dalle loro risposte emerge che alcuni di loro portano avanti attività che finiscono per essere simili a quelle messe in atto dai/dalle loro colleghi/e più giovani.

Otto delle dieci insegnanti di italiano intervistate, mi riferiscono di organizzare momenti specificatamente dedicati alla conoscenza delle varietà linguistiche e/o culturali all'interno delle classi, all'interno delle lezioni di 'educazione alla cittadinanza' che sono spesso loro delegate. In particolare, mi raccontano che organizzano, di tanto in tanto, veri e propri dibattiti su argomenti controversi, come il ruolo delle donne nella società e le diverse usanze culturali e religiose. Lo stesso tipo di attività è portato avanti da tre delle cinque insegnanti di religione, in modalità diverse a seconda delle classi. Si riporta, come esempio, questo estratto:

*“Qualche settimana fa, per esempio, una ragazzina pakistana è arrivata a scuola con il velo e vestita in abiti tradizionali. Non era mai successo prima, di solito veniva in jeans. Alcuni compagni, maschi, hanno cominciato a prenderla in giro; allora ho deciso di sospendere la lezione provare ad aprire una discussione, o comunque una riflessione condivisa, sulle diverse usanze religiose e sull'importanza di capirle, invece che partire in quarta a demolirle [...]. Non so se è servito, ma credo di sì, la ragazzina ha spiegato che nessuno l'aveva obbligata, era stata una sua scelta e ci ha spiegato il perché, è stato interessante. Mi sembra che anche i suoi compagni ci abbiano riflettuto sopra [...]”.*

Inoltre, una modalità ricorrente utilizzata da tutti gli/le insegnanti all'interno delle cinque scuole italiane è la tendenza a organizzare lavori di gruppo (che coinvolgono studenti /studentesse con provenienze e lingue anche molto diverse fra loro), atti a favorire un approccio positivo e costruttivo nei confronti delle diversità sia linguistiche che culturali, presenti nelle classi. Nelle ore di educazione fisica, queste strategie sono veicolate attraverso attività sportive in cui gli/le insegnanti decidono appositamente di creare piccole squadre, o coppie, composte interamente da studenti/studentesse con provenienza e lingue diverse.

Infine, per affrontare le difficoltà linguistiche di molti/e studenti/studentesse migranti, non mancano, in parallelo alle strategie illustrate in precedenza, attività extra-scolastiche di supporto linguistico rivolte unicamente agli/alle studenti/studentesse con background migratorio.

## 6. Conclusioni

Questo capitolo contribuisce alla letteratura esistente riguardante le relazioni tra 'nuove' e 'antiche' forme di diversità culturale e linguistica, in particolar modo in Alto Adige, spostando il focus dell'analisi dal piano *top-down* a quello *bottom-up*, cioè le esperienze degli/delle insegnanti con gli/le studenti/studentesse stranieri/e. Inoltre, la ricerca cerca di superare il limite intrinseco a tale letteratura, cioè il focus quasi esclusivo sulle azioni del gruppo minoritario tedesco, comparando, invece, le esperienze di insegnanti appartenenti a entrambi i gruppi linguistici. L'analisi ci rivela ampie differenze fra insegnanti italiani/e e tedeschi/e. In base all'analisi svolta, è possibile avanzare l'ipotesi che tali differenze siano legate, almeno in buona parte, agli stessi fattori che condizionano l'approccio politico altoatesino (soprattutto del gruppo di lingua tedesca) nei confronti delle migrazioni, a più ampio raggio.

In particolare, emerge che la cosiddetta *fear of minorization* sembra essere una caratteristica più ampia che contraddistingue il gruppo linguistico tedesco sudtirolese. Tali timori, infatti, sono radicati non solo a livello *top-down* delle élite politiche appartenenti al gruppo di minoranza nazionale, ma anche nelle pratiche *bottom-up* della maggior parte degli/delle insegnanti appartenenti alla minoranza tedesca intervistati. Gli/le insegnanti (indipendentemente dalle loro differenze) tendono a riflettere questi timori e ansie nelle loro relazioni con studenti/studentesse con background migratorio. Ciò avviene sia nella concezione delle sfide e nelle strategie messe in atto per rispondere a esse. Abbiamo visto, infatti, come l'interpretazione e applicazione del paradigma interculturale risulti essere solo *parziale*, cioè meramente

incentrata sull'aspetto linguistico, in una chiave di difesa della lingua tedesca. Nel caso di alcuni/e insegnanti, inoltre, la tendenza difensiva è esplicitamente legata a una visione quasi assimilatoria del processo di integrazione dei/delle migranti. Tale visione, come abbiamo visto, non è particolarmente marcata nell'ambito specifico delle politiche educative ma emerge, invece, all'interno dell'approccio politico altoatesino nei confronti delle migrazioni, più in generale. Questi elementi caratterizzano specificatamente gli/le insegnanti nelle scuole tedesche sotto osservazione, differenziandoli dai/dalle loro colleghi/e italiani/e nelle scuole italiane. In assenza di timori identitari simili, gli/le insegnanti italiani/e lamentano principalmente sfide di carattere pratico-materiale e tendono a supportare e mettere in pratica il paradigma interculturale.

Alla luce di ciò, è lasciato alle ricerche future il compito di capire se e come l'ipotesi sviluppata in questo capitolo possa illustrare le dinamiche anche all'interno di altre scuole e contesti di *divided societies* che presentano analogie ma anche differenze importanti rispetto al caso altoatesino e bolzanino. Infine, sarà interessante ampliare tale tipo di analisi anche al di fuori del contesto urbano di Bolzano, esaminando, per esempio, se e come simili dinamiche si riscontrano anche in contesti meno urbani in Alto Adige, in particolare le valli, dove il numero di residenti stranieri, e di studenti/studentesse con background migratorio, è inferiore rispetto alla città e dove il gruppo linguistico tedesco, e le scuole tedesche, tendono a prevalere numericamente su quelle italiane.

---

## Note

- \* Questa ricerca è stata portata avanti all'interno del framework del progetto PRIN 'DAL PLURALISMO GIURIDICO ALLO STATO INTERCULTURALE – Statuti personali, deroghe al diritto comune e limiti inderogabili nello spazio giuridico europeo', coordinato dalla Professoressa Cinzia Piciocchi (Università di Trento).
- Si desidera ringraziare le studentesse del corso in 'Global Cultures and Societies' (AA 2022.2023), Rachele Melorio, Teresa Manzocchi e Sofia Perrotti, per il loro lavoro di trascrizione delle interviste da me effettuate.
- 1 Questo termine è utilizzato nel capitolo come indicato nel *White Paper* del 2008 del Consiglio d'Europa, ossia per riferirsi agli studenti con cittadinanza non italiana, nati all'estero o in Italia da genitori senza cittadinanza e iscritti al sistema educativo nazionale. Per semplificare, il capitolo utilizzerà i termini 'studenti con background migratorio', 'studenti stranieri' e 'immigrati', come sinonimi (nonostante essi non siano sempre perfettamente sovrapponibili).
  - 2 ... e, nelle valli popolate in maggioranza da popolazione ladina, trilinguismo.
  - 3 Istituito nel 2014.
  - 4 È un partito politico nato nel 1945, che, per statuto, afferma di rappresentare gli interessi dei gruppi linguistici tedesco e ladino dell'Alto Adige.
  - 5 I dati guardano agli/alle studenti/studentesse senza cittadinanza italiana, sia nati in Italia che all'estero.
  - 6 Si tratta di istituzioni che forniscono supporto alle scuole e agli/alle insegnanti nel processo di insegnamento degli alunni/delle alunne stranieri nelle scuole locali. In linea col contesto altoatesino, troviamo Centri separati per i due gruppi linguistici e le rispettive scuole.
  - 7 ... adottando la tipologizzazione di Koopmans.

---

## Riferimenti bibliografici

- Arel, Dominique (2001), *Political Stability in Multinational Democracies: Comparing Language Dynamics in Brussels, Montreal and Barcelona*, in: Gagnon, Alain-G./Tully, James (a cura di), *Multinational Democracies*, Cambridge: Cambridge University Press, 65-89
- ASTAT (2011), *Demographisches Handbuch 2011*, Bozen: Landesinstitut für Statistik Astat
- ASTAT (2022), *Ausländische Wohnbevölkerung 2021*, Bozen: Astat (Landesinstitut für Statistik), [https://astat.provinz.bz.it/de/aktuelles-publikationen-info.asp?news\\_action=4&news\\_article\\_id=674414](https://astat.provinz.bz.it/de/aktuelles-publikationen-info.asp?news_action=4&news_article_id=674414) (21.02.2024)
- Baur, Siegfried/Medda-Windischer, Roberta (2008), *The Educational System in South Tyrol*, in: Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph (a cura di), *Tolerance Through Law. Self-Governance and Group Rights in South Tyrol*, Leiden: Martinus Nijhoff

- Caponio, Tiziana/Donatiello, Davide (2017), Intercultural policy in times of crisis: theory and practice in the case of Turin, Italy, in *Comparative Migration Studies*, 5(13), <https://doi.org/10.1186/s40878-017-0055-1>
- Carlà, Andrea (2014), Tensions and Challenges Between New and Old Minorities: Political Party Discourses on Migration in South Tyrol, in: Medda-Windischer, Roberta/Carlà, Andrea (a cura di), *Migration in Autonomous Territories. The Case of South Tyrol and Catalonia*, Leiden: Brill, 64-99
- Carlà, Andrea (2018), Land of welcome, land of fear: explaining approaches to 'new' diversity in Catalonia and South Tyrol, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 44(7), <https://doi.org/10.1080/1369183X.2017.1352465>
- Centro Studi e Ricerche IDOS (2023), *Dossier Statistico Immigrazione 2023*, Roma: Edizioni Idos
- Consiglio d'Europa (2008), *Libro Bianco sul Dialogo Interculturale: 'vivere insieme in pari dignità'*. Strasbourg: Council of Europe. [www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/Pub\\_White\\_Paper/WhitePaper\\_ID\\_ItalianVersion.pdf](http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/Pub_White_Paper/WhitePaper_ID_ItalianVersion.pdf) (21.02.2024)
- Decreto del Presidente della Provincia 27 marzo 2008, n. 8-115/Leg – Regolamento per l'inserimento e l'integrazione degli studenti stranieri nel sistema educativo provinciale (articolo 75 della legge provinciale 7 agosto 2006, n. 5), [www.consiglio.provincia.tn.it/leggi-e-archivi/codice-provinciale/Pages/legge.aspx?uid=18139](http://www.consiglio.provincia.tn.it/leggi-e-archivi/codice-provinciale/Pages/legge.aspx?uid=18139) (21.02.2024)
- Franco-Guillén, Núria (2015), Selfishness of the Affluent? Stateless Nationalist and Regionalist Parties and Immigration, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, <https://doi.org/10.1080/1369183X>
- Hepburn, Eve (2011), Citizens of the Region?: Party Conceptions of Regional Citizenship and Immigrant Integration, in: *European Journal of Political Research*, 50(1), 504-529 <https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1475-6765.2010.01940.x>
- Jeram, Sanjay/van der Zwet, Arno/Wisthaler, Verena (2015), Friends or Foes? Migrants and sub-State Nationalists in Europe, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, [www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1369183X.2015.1082286](http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1369183X.2015.1082286)
- Kauffman, Jean-Claude (2007), *L'entretien compréhensif*, Paris: Armand Colin
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul/Giugni, Marco/Passy, Florence (2005), *Contested Citizenship*, Minneapolis: University of Minnesota Press
- Kuckartz, Udo (2019), Qualitative Text Analysis: A Systematic Approach', in: Kaiser, Gidem/Presmeg, Nidem (a cura di), *Compendium for Early Career Researchers*
- Lantschner, Emma (2008), History of the South Tyrol Conflict and Its Settlement, in: Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph (a cura di), *Tolerance Through Law. Self-Governance and Group Rights in South Tyrol*, Leiden: Martinus Nijhoff, 219-233
- Lijphart, Arend (1977), *Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration*. New Haven, CT: Yale University Press
- Ministero dell'Istruzione e del Merito (2007), *La via italiana per la scuola interculturale e l'integrazione degli alunni stranieri*, Roma: Ministero dell'Istruzione e del Merito
- Osservatorio nazionale per l'integrazione degli alunni stranieri e l'educazione interculturale (2022), *Orientamenti interculturali: idee e proposte per l'integrazione di alunni e alunne provenienti da contesti migratori*. Roma: Ministero della Pubblica Istruzione

- Palaoro, Alessandro/Colletti, Micaela (2013), 'Nuove' Minoranze in Alto Adige/Südtirol: Impatto Sugli Strumenti a Tutela Delle 'Vecchie' Minoranze, in: Politiche Migratorie e Autonomie Territoriali. Nuove Minoranze, Identità e Cittadinanza, in: Medda-Windischer, Roberta/Carlà, Andrea (a cura di), Bolzano: EURAC Research, 115-159
- Pallaver, Günther (2008.), South Tyrol's Consociational Democracy: Between Political Claim and Social Reality, in: Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph (a cura di), Tolerance Through Law. Self-Governance and Group Rights in South Tyrol, Leiden: Martinus Nijhoff, 301-328
- Patton, Michael Quinn (1990), Qualitative evaluation and research methods, Beverly Hills: SAGE
- Piccoli, Lorenzo (2014), Redrawing Identity Boundaries through Integration Policies: Strategies of Inclusion/Exclusion of Immigrants in Québec and South Tyrol, European Diversity and Autonomy Papers, <https://bia.unibz.it/esploro/outputs/journalArticle/Redrawing-identity-boundaries-through-integration-policies/991005773224101241> (21.02.2024)
- Rautz, Günther (1999), Die Sprachenrechte der Minderheiten. Ein Rechtsvergleich zwischen Österreich und Italien, Baden-Baden: Nomos
- Steininger, Rolf (2003), Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck: Studienverlag
- UNESCO (2006), Unesco Guidelines for Intercultural Education, Paris: UNESCO
- Wisthaler, Verena (2013), Identity politics in the educational system in South Tyrol: balancing between minority protection and the need to manage diversity, in: Studies on Ethnicity and Nationalism, 13 (2), 358-372, <https://doi.org/10.1111/sena.12051>
- Wisthaler, Verena (2015), South Tyrol: the importance of boundaries for immigrant integration, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 1271-1289, <https://doi.org/10.1080/1369183X.2015.1082290>
- Zapata-Barrero, Ricard (2009), Building a Public Philosophy of Immigration in Catalonia. The Terms of Debate, in: Zapata-Barrero, Ricard (a cura di), Immigration and Self-Government of Minority Nations, Brussels: P. I. E. Peter Lang S.A., 125-161

Georg Grote

## Irland und die Südtirolfrage vor den Vereinten Nationen, 1960

„The cause of nationality is sacred, in Asia and in Africa as in Ireland“

### Ireland and the South Tyrol question at the United Nations, 1960

„The cause of nationality is sacred, in Asia and in Africa as in Ireland“

**Abstract** The United Nation's debate on the South Tyrol issue in 1959/60 marks one of the major turning points in the province's troubled history towards the autonomy of 1972. Existing historiography largely overlooks the role the young Irish Republic and its skilled diplomats played in the success for Austria that was Resolution 1497 (XV) dated October 31, 1960. This article investigates the Irish motivation for getting involved in an issue seemingly far removed from its own national interests, and it analyses in detail the negotiators' strategies involving many newly independent African and other non-aligned states in drafting the resolution. Linking the South Tyrol case closely to their own recent colonial history and the ensuing struggle for independence from the United Kingdom, the Irish were instrumental in countermanding the dominance of super-powers such as the USA and blocs like the emerging European Economic Community in 1960 in order to give voice to grievances affecting smaller member states.

## 1. Einleitung

Die Befassung der Vereinten Nationen mit der Südtirolfrage 1960 stellt zweifellos einen wesentlichen Wendepunkt der Geschichte Südtirols dar. Mit der Verabschiedung der Resolution 1497 im Jahre 1960 wurde das Schicksal der deutschsprachigen Minderheit in Italien aus dem rein nationalen Kontext Italiens herausgelöst und – zumindest bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 – ins Licht des internationalen Interesses gerückt. Deren Schutz in Südtirol war hernach keine rein italienische Angelegenheit mehr, sondern wurde im multilateralen Kontext verhandelt. „Die Internationalisierung der Südtirolfrage war zweifelsohne der maßgebliche Anstoß für die nun folgenden und letztendlich auch erfolgreichen Problemlösungsbemühungen auf europäischer und innerstaatlicher Ebene“ (von Egen 1997, 68).

Die Frustrationen unter den deutschsprachigen Südtirolern und Südtirolerinnen, die sich aufgrund der fehlenden Implementierung des Vertrages von 1946, bzw. des darauf folgenden Autonomiestatuts von 1948, aufgestaut hatte (vgl. Woller 2010, 301), begannen sich indes bereits in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gewaltsam zu entladen. Südtirol steuerte darauf hin, ein Unruheherd im Zentrum Europas zu werden. Dies zu einer Zeit, als sich der Kalte Krieg in Europa und in der Welt verfestigte und niemand im westlichen Bündnissystem NATO sich ein destabilisiertes Italien inmitten des westlichen Lagers wünschen konnte. Österreich, erst seit 1955 außenpolitisch wieder handlungsfähig, sah sich gezwungen, zu intervenieren.

## 2. Die existierende Historiographie

In der Südtiroler Historiographie hat sich in groben Zügen ein Diskurs etabliert, in dem das Vorbringen der Südtirolfrage vor den Vereinten Nationen (UNO) im Jahre 1960 folgendermaßen umrissen wird: Die späten 1950er Jahre werden von einer Abfolge frustrierender Gesprächsrunden zwischen Italien und Österreich in Bezug auf die Südtirolfrage charakterisiert (vgl. Othmerding 1984; von Egen 1997). Der österreichische Kanzler Leopold Figl wollte das Thema bereits zum zehnjährigen Jubiläum des Europarates in Straßburg am 20. April 1959 ansprechen – und somit internationalisieren –, doch sowohl der italienische Abgeordnete Roberto Lucifero D'Apriligliano als auch der belgische Vorsitzende intervenierten, woraufhin Figl den kontroversen Passus in seiner Rede übergang und Straßburg unter Protest verließ, wie Rudolf Lill ausführte:

*„Bei der Gedenksitzung der Beratenden Versammlung des Europarates (zu dessen zehnjährigem Bestehen, Straßburg, 20. April 1959) wurde Außenminister Figl auf Zuruf des Abgeordneten Roberto Lucifero (Monarchist) vom belgischen Präsidenten daran gehindert, den entsprechenden Passus seiner Rede (deren Text zuvor verteilt worden war), vorzutragen, weil der nicht zum Thema der Sitzung gehöre“ (Lill 2002, 289).*

Rolf Steininger fasste die Stimmung bezüglich Südtirol seinerzeit folgendermaßen zusammen: „Österreich hatte damals bei den Westmächten beim Thema Südtirol keine Freunde. Man wollte keine Unruhe im Herzen Europas und schon gar keine Debatte über Minderheiten vor der UNO“ (Steininger 1997, 486). Rolf Steininger repräsentiert (bzw. hat entscheidend mitgeprägt) die vorherrschende Meinung, dass Bruno Kreisky der große politische Akteur war, dessen überragende taktische Durchsetzungsfähigkeit mehr oder weniger allein dazu führte, dass die Causa Südtirol vor der UNO landete. Diese Hagiographie der Person und Rolle Kreiskys ist durchaus verständlich, wird aber den historischen Gegebenheiten jener Periode nicht zur Gänze gerecht.

Laut Steininger setzte die Verhandlungsdelegation der Südtiroler Volkspartei den neuen österreichischen Außenminister Bruno Kreisky bei einem Gespräch am 1. August 1959 in Innsbruck unter Druck und verlangte die sofortige Befassung der Vereinten Nationen mit der Südtirolfrage, wobei österreichischerseits die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts für die Südtiroler und Südtirolerinnen gefordert werden sollte. Kreisky erwähnte das Thema daraufhin erstmalig vor der UNO am 21. September 1959. In der Folge wurden Geheimgespräche zwischen Italien und Österreich angesetzt, zu denen es allerdings nicht kam. Die österreichische Regierung beschloss daraufhin am 28. Juni 1960, das Thema „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ zur „konkreten Anrufung der Vereinten Nationen“ auf die Tagesordnung zu setzen, da es zu „keinem realen Fortschritt mit Italien“ gekommen war (Lill 2002, 289).

Weiterhin werden die Ereignisse und das diplomatische Tauziehen um die Südtirol Petition so dargestellt, als habe Bruno Kreisky das Heft in die Hand genommen und das Thema auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen setzen lassen, woraufhin es nahezu problemlos zu Kreiskys epochalem Auftritt vor der UNO gekommen sei und „am 31. Oktober 1960 Bruno Kreisky vor der UNO eine Sternstunde für Südtirol prägte“ (Peterlini 2012, 178).

An diesem Plan habe er auch entgegen den Warnungen einiger anderer einflussreicher Länder festgehalten: So weist Rolf Steininger darauf hin, dass Großbritannien die Chancen der Befassung der Vollversammlung mit Südtirol als eher gering einstufte

(vgl. Steininger 1997, 487). Es war also doch nicht so, dass der Fall Südtirol vor den Vereinten Nationen zunächst große Unterstützung bei den Mitgliedern der Organisation fand. Südtirol war eben nicht der Selbstläufer, mit dem man sich befassen wollte, weil in der UNO die Ungerechtigkeit, die Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg widerfahren war, nur allzu bekannt war und es ein allgemeines Anliegen gewesen sei, dies so gut es ging zu revidieren. Der Weg zur Befassung der UNO war trotz Kreiskys Engagement doch eher holprig, wie Rudolf Lill ausführte: „Nach Überwindung erheblicher inhaltlicher und prozeduraler Hindernisse erreichte Österreich Mitte September beim UN-Lenkungsausschuss die Aufnahme seiner Forderung in die Tagesordnung; unter dem Titel „Der Status des deutschsprachigen Elements in der Provinz Bozen. Die Erfüllung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946“. Seinen ursprünglichen Vorschlag, über „das Problem der österreichischen Minderheit in Italien“ zu diskutieren, hatte Rom mit dem Argument zu Fall gebracht, daß es eine solche nicht gebe“ (Lill 2002, 295). Dennoch: „Schon die Tatsache, daß Südtirol in die Tagesordnung der UN-Vollversammlung aufgenommen wurde, daß diese nicht (wie von Italien angestrebt) ihre juristische, sondern die politische Spezialkommission damit befaßte und daß dort eine gute Woche lang darüber debattiert wurde, waren gewichtige Erfolge Österreichs“ (Lill 2002, 295).

Damit konnte sich Österreich allerdings noch nicht zufriedengeben. Nun war man soweit gekommen, Südtirol im internationalen Kontext zu behandeln, und da sollte es auch konkrete Ergebnisse geben. „Kreisky witterte die Gefahr des möglichen Mißerfolgs seines zu weit reichenden Resolutionsentwurfs. Österreichs Diplomatie suchte daher nach einem Ausweg...“ (Gehler 2008, 296) in diesem Gremium, denn „eine diplomatische Niederlage hätte über Jahre Österreichs Ansehen beeinträchtigt“ (von Egen 1997, 74). Österreich warb daher um die Unterstützung kleinerer – blockfreier/*non-aligned* – Staaten. Mit ‚blockfrei‘ und ‚*non-aligned*‘ sind all jene Staaten gemeint, die seinerzeit weder in der NATO noch in der sich etablierenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und auch nicht im sowjetisch dominierten Ostblock organisiert waren und somit oft in Interessensblöcken votierten. Franz Widmann beschrieb den weiteren Weg zum diplomatischen Erfolg folgendermaßen:

*„Österreich bekam weiter Schützenhilfe kleiner Staaten. Zypern forderte für Südtirol eine Autonomie nach dem Muster von Sizilien oder dem französischsprachigen Aosta. Die wichtigste Rolle übernahm aber Irland, ein ebenfalls noch junger Staat. Kurt Waldheim hatte der Südtiroler Delegation Zugang zu einem Empfang für den irischen Präsidenten der*

*UN-Generalversammlung Frederik Boland verschafft. Friedl Volgger konnte dort mit der Freundschaft zu einem hohen irischen Würdenträger in Rom aufwarten, Monsignore Hugh O'Flaherty...*

*Nach der Vorlage der italienischen Resolution meldete sich der irische Delegierte Conor Cruise O'Brien zu Wort. Er verlas den Text einer neuen EntschlieÙung, die von nicht weniger als zehn Staaten unterschrieben war: Ceylon, Zypern, Ecuador, Ghana, Indien, Irak, Irland, Jordanien, Mexiko und Dänemark, einem bis dahin an der Seite Italiens gewähntem Nato-Land. Spontan setzten auch die Vertreter Kubas und Boliviens ihre Unterschrift unter den Text.*

*Das Papier lag schon am nächsten Tag vor. Es trug alle zwölf Unterschriften des irischen Entwurfes, dazu aber auch jene der vier südamerikanischen Italien-Verbündeten und der Nato-Staaten Norwegen und Kanada. Mit dieser Resolution nahm die Uno (sic) zur Anwendung des Pariser Vertrages Stellung“ (Widmann 1998, 526), siehe Anhang.*

Franz Widmann fasste den Vorgang wie folgt zusammen:

*„Es war der Durchbruch. ...Bruno Kreisky erklärte, daß der Text für Österreich annehmbar sei und dankte den Unterzeichnern für ihre Anstrengung. Italien hatte sich auch gegen diesen Entwurf zunächst mit Händen und FüÙen gewehrt. Als aber Kanada unmissverständlich klar machte, auf jeden Fall für diese Resolution zu stimmen, lenkte Italien ein. Durch die Zustimmung zum Text konnte Italien sein Gesicht retten. Am 27. Oktober wurde die EntschlieÙung im SonderausschuÙ durch Handaufheben einstimmig gutgeheißten. Am 31. Oktober stand Südtirol für kurze Zeit wirklich im Mittelpunkt des Weltforums: Die Vollversammlung der Uno ratifizierte den Beschluß einstimmig per Akklamation“ (Widmann 1998, 528).*

Dies war ein großer Erfolg für Österreich und für Südtirol, aber auch „ein nicht zu unterschätzender Erfolg der kleinen Staaten, deren Haltung entscheidend war für den Ausgang des UNO-Abenteurers“ (Steininger 1999, 250). In dieser Resolution

*„wurde ebenfalls die Aufnahme bilateraler Verhandlungen vorgeschlagen. Entscheidend aber war, daß nicht die Überweisung an den Internationalen Gerichtshof allein, sondern alle in der Satzung der Vereinten Nationen*

*vorgesehenen Lösungsmöglichkeiten im Falle eines Scheiterns direkter Verhandlungen in den Vordergrund gerückt wurden, nämlich die Sicherung der Rechte der Südtiroler Bevölkerung“ (Steininger 1999, 249).*

Aus diesen Schilderungen wird deutlich, dass es nicht nur Kreiskys energischen Vorgehens und seines politischen Wagemutes bedurfte, das Thema Südtirol erfolgreich vor die Vereinten Nationen zu bringen, sondern auch die ebenso tatkräftige Unterstützung der kleinen Mitglieder vonnöten war, um die Thematik gegen die in Blöcken – vor allem der NATO – agierenden Großmächte durchzusetzen, zu denen auch Italien zählte. Es stellt sich die Frage, was insbesondere Irland dazu bewog, sich mit aller Kraft vor den ‚diplomatischen Karren‘ Österreichs zu spannen und äußerst aktiv an einer Problemlösung mitzuarbeiten. Ohne Irland wäre der diplomatische Erfolg vor den Vereinten Nationen wohl alles andere als wahrscheinlich gewesen. Betrachten wir die Ereignisse des Herbstes 1960 also einmal aus irischer Perspektive.

### **3. Irland in den Vereinten Nationen**

Im Jahre 1960 blickte die Republik Irland, die sich 1922 als Freistaat vom Vereinigten Königreich losgesagt hatte und 1949 zur Republik geworden war, bereits auf fünf Jahre Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zurück. Irland war daher noch immer ein Newcomer in dieser Weltorganisation und suchte seine Rolle darin als kleiner und neutraler Staat. Auftritte in internationalen Foren hatten für den jungen Staat daher auch sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Dimensionen. Die eigene Bevölkerung in Irland sollte in der Lage sein, aus ihrem Selbstverständnis globale Interventionen legitimieren zu können, um die Akzeptanz des Staates zu verstärken – ein wesentlicher Aspekt für das Überleben neuer Staaten (vgl. Grote 2009, 20ff).

Der irische Diplomat Noel Dorr beschreibt in seinem Buch *Ireland at the United Nations. Memories of the Early Years* die frühen Jahre der Mitgliedschaft Irlands in den Vereinten Nationen. Wikipedia erwähnt Noel Dorr als „*the most admired Irish diplomat of his generation*“. Er war darüberhinaus ein genauer Chronist der Ereignisse in der UNO im Allgemeinen und insbesondere des frühen irischen Engagements in den späten 1950er und frühen 60er Jahren. Er beschreibt die Position Irlands Anfang der 1960er Jahre treffend als „*a small member state – respected, yes, but no colossus*“ (Dorr 2010, 39). Trotz der peripheren Rolle Irlands aber war sich die irische UN-Delegation der Kompetenz bewußt, die Irland in die UNO einbrachte:

*„In an assembly such as this, Ireland as a new UN member state felt itself to be in something of a special position. It was a European state with friendly relations with its European neighbours. But its representatives at the UN thought of Ireland also as a submerged nation that had emerged to independence after a long struggle“ (Dorr 2010, 42).*

Die irische Delegation bestand seinerzeit zum Großteil aus Diplomaten, die den irischen Kampf um Unabhängigkeit teils noch aktiv erlebt hatten und diese persönlichen Erlebnisse zum charakterisierenden Ausgangspunkt der diplomatischen Bemühungen Irlands stilisierten.

So verwendete der irische Außenminister Frank Aikin in der Generaldebatte vom 6. Oktober 1960 einen Teil seiner Rede darauf, die Rolle des irischen Freiheitskampfes im damaligen Kontext darzustellen – eine historische Periode, in der es weder einen Völkerbund noch eine UNO gegeben hatte, bei denen die Iren um Unterstützung hätten ansuchen können:

*„In 1913 I became a volunteer in our national revolutionary army. We had few weapons. We armed ourselves largely with the weapons we captured. We fought elections as well as guerilla battles until we established our government, with the active support of three-fourths of our people... We had no international forum to appeal to, no United Nations to support our struggle for freedom“ (Dorr 2010, 49).*

Die Existenz der Vereinten Nationen, fügte Aikin hinzu, würde bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Völkern – wie eben der irische Kampf um Unabhängigkeit – überflüssig machen. Die UNO stellte eine Option für die friedliche Beilegung dieser Differenzen dar, und Streitparteien könnten sich an sie wenden. Allerdings habe die UNO die Verpflichtung, sich dieser Konflikte auch anzunehmen und auf sie zu reagieren (Dorr 2010, 50). Damit hatte Aikin den Grundpfeiler des irischen Verständnisses der Existenzberechtigung der Vereinten Nationen benannt: Die UNO hatte die Pflicht, sich um Völker zu kümmern, die nach Selbstbestimmung strebten.

Neben der internationalen Anerkennung der irischen Unabhängigkeit in einer Periode, die der Gründung internationaler Organisationen vorausging, legten die Iren besonderen Wert darauf, die Souveränität des jungen Staates dauerhaft zu untermauern, indem sich Irland als vollwertiges Mitglied auch aktiv an den Pflichten der UNO beteiligte. Die irische Außenpolitik war ebenfalls von der Aufgabe

geleitet, um internationale Anerkennung für die Existenz des irischen Staates zu werben und die Unabhängigkeit des irischen Staates zu behaupten:

*„We need to remember, however, that at that time an independent Irish State had been in existence for only a generation. A central issue for successive Irish Governments over previous decades had been how best to consolidate the independence that had been achieved and gain international recognition for the State“ (Dorr 2010, 19).*

Daher versuchte Irland von Anfang an, auch an den internationalen Aktivitäten der UNO teilzunehmen und scheute auch nicht davor zurück, eigene Truppen für UN-Friedenseinsätze zur Verfügung zu stellen:

*„In 1958 Ireland sent unarmed officers of the Defence Forces to Lebanon. In 1960 Ireland contributed an armed military contingent to a full-scale peacekeeping force in the Congo“ (Dorr 2010, 64).*

Diese Einsätze waren für die junge Republik mehr als nur reine Teilhabe in einem internationalen Gremium; die Entsendung von Truppen in den Libanon, vor allem aber in den Kongo, bedeutete eine klare Positionierung gegen imperiale Mächte und für nach staatlicher Selbstbestimmung strebende (ehemalige) Kolonien. Irland war im Selbstverständnis der irischen Delegierten

*„in effect the first colony to shake off foreign domination in the twentieth century. When the opportunity arose they felt entitled to draw on that sense of Ireland’s own history to speak out strongly against colonialism and in favour of self-determination for other suppressed peoples“ (Dorr 2010, 39).*

An diesem Punkt wäre zu erwähnen, dass sich die Vereinten Nationen in den späten 1950er Jahren in ihrer Komposition grundlegend anders präsentierten als heutzutage. Noel Dorr zeichnet das Bild einer wesentlich kleineren und lokal begrenzteren Organisation:

*„A further notable difference between then and now was the virtual absence of sub-Saharan Africa from the General Assembly. The great wave of decolonization had not yet gathered force. When Ireland was admitted to the UN at the end of 1955, there were far fewer countries from the*

*developing world in the organization than there are today. Much of Africa was still under European rule. Indeed, apart from South Africa, only two countries of sub-Saharan Africa, Ethiopia and Liberia, were UN members“* (Dorr 2010, 41).

Wenn Irland sich als ein Fürsprecher für die Belange junger und auch dekolonisierter Staaten sah – *„the cause of nationality is sacred, in Asia and in Africa as in Ireland“* – ein Motto aus der Zeit Charles Stewart Parnells und seiner Irish Parliamentary Party in den 1880er Jahren, als dessen Mitglied Henry Harrison diesen allumfassenden Anspruch nationaler Selbstbestimmung dergestalt in Worte fasste – dann resultierte dies einerseits in einer herausragenden Vorreiterrolle Irlands für die Dekolonialisierung Afrikas im internationalen Diskurs. Andererseits aber konnte diese Advokatenrolle für die Unabhängigkeit junger Staaten zu Konflikten mit ehemaligen und noch existierenden europäischen Kolonialmächten führen, die noch immer an ihren Kolonien hingen und die gleichzeitig bedeutenden Einfluss auf die europäische Politik und die Entwicklung des europäischen Einigungswerkes sowie auf Finanz- und Wirtschaftsströme hatten, von denen das kleine Irland unmittelbar betroffen sein würde.

Somit mussten die Ereignisse des Herbstes 1960 zu einer besonderen Herausforderung für die irische Delegation werden.

#### **4. Die Südtirolfrage aus irischer Sicht**

Im Jahre 1960 war die österreichische Regierung bestrebt, die Südtirolfrage vor das Weltgremium zu bringen, um Bewegung in die festgefahrenen Gespräche mit Italien zu bringen. Noel Dorr beobachtete damals präzise, dass die Bereitschaft anderer Staaten, sich mit dieser Kleinigkeit im europäischen Kontext zu beschäftigen, extrem gering war (vgl. Dorr 2010, 186).

Die irische UNO-Delegation, zu der auch Außenminister Frank Aiken gehörte, sah nun die Möglichkeit, sich entlang der selbst gesteckten Ziele in der UNO zu profilieren, indem man Österreich beistand. Genau dies aber sorgte in Dublin für große Nervosität, da die irische Regierung bereits die Mitgliedschaft zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft avisierte und natürlich Italien durch eine Parteinahme für Österreich nicht vor den Kopf stoßen wollte. Italien konnte die EWG-Mitgliedschaft mit seinem Veto ablehnen. Irland hatte zuvor schon in der Algerienfrage sehr vorsichtig agiert, um Frankreich nicht zu brüskieren, denn auch Frankreich war ja eines

der sehr einflussreichen sechs Gründungsmitglieder der EWG. Die irische Delegation war sich bewusst, dass es keinen Automatismus im Beitrittsansuchen zur EWG gab. Es galt, um die Gunst der sechs Gründungsmitglieder der EWG zu werben und möglichst keinen von ihnen zu verprellen.

*„The balance tipped a little more towards prudence on certain matters once the Irish Government under (Taoiseach Seán) Lemass decided to apply for full membership of (the EEC) in 1961. It was by no means a foregone conclusion that Ireland would be accepted as an applicant ... It was important therefore to maintain good relations with, and indeed to court, the six founding Member States of the EEC. The stance of the Irish delegation in New York on such issues as the Algerian struggle for independence from France, ...became a matter of concern to Lemass, who feared that the result would be to antagonize a country that was crucial to the success of Ireland’s application for EEC membership“ (Dorr 2010, 185).*

Insbesondere Taoiseach Seán Lemass setzte ganz auf Vorsicht und instruierte die irische UN-Delegation daher entsprechend, auch in der Südtirolfrage äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Es gab seinerzeit große Unterschiede in der Herangehensweise an internationale Konflikte zwischen der taktischen Politik des Taoiseach Seán Lemass und seinem Außenminister Frank Aiken, der eher prinzipienorientiert agierte. Besondere Sorgen machte sich der irische Premierminister um ein Mitglied der Delegation namens Conor Cruise O’Brien:

*„I recall also the very considerable nervousness in Dublin, which emanated ultimately I think from Lemass himself and filtered down, about the active role that Conor Cruise O’Brien played in New York over the South Tyrol / Alto Adige question at the 1960 General Assembly, a year before our EEC membership application“ (Dorr 2010, 185).*

Conor Cruise O’Brien (1917–2008) war, wie der Journalist Fintin O’Toole kürzlich beschrieb, *„the foremost Irish intellectual“* (O’Toole 2021, 181) seiner Zeit. Noel Dorr beschreibt ihn als einen bedeutenden Autor, Historiker und Politiker, der Anfang der 1960er Jahre die irische UN-Delegation nachhaltig prägte und auf dem internationalen Parkett sehr aktiv agierte.

*„He was a distinguished writer, historian and later politician. As a middle-level official in the Department of External Affairs with the ear of the Minister, he was both a leading figure in the Irish Delegation and, later, a chronicler of what it achieved“ (Dorr 2010, 36).*

Lemass's Unruhe bezüglich O'Brien war hingegen nicht unbegründet, galt dieser doch als leidenschaftlich, unberechenbar und als „*a notorious controversialist*“ (Fallon 2008). Dennoch war er ein begnadeter Diplomat, und er nahm sich der scheinbar unmöglichen Mission Österreichs nicht zuletzt auch deshalb an, da er auch eine politisch/ideologische Nähe zu Kreiskys sozialistischer Minderheitenpolitik spürte. Als Vertreter einer für irische Politiker zu jener Zeit typischen anti-kolonialen Grundhaltung war O'Brien allerdings kein Marxist und auch kein Sozialist à la Bruno Kreisky, sondern sah im Kolonialismus „*a modern form of racially premised domination promoted through ideas of the containment of communism*“ (Callanan 2019). Dennoch aber waren sich Kreiskys und O'Briens Weltansicht angesichts der globalen Implikationen der Südtirolfrage sehr ähnlich, und auch Aiken teilte diese Sichtweise. Gleichzeitig spielte Aiken die Nervosität von Lemass in Dublin ostentativ herunter, um O'Brien größtmögliche Handlungsfreiheit zu geben:

*„The Department in Dublin, as I recollect it, reflecting a measure of concern on the part of Lemass about possible offence to Italy, would have preferred Conor to hold back from too active an involvement in the issue. But, with the support of his minister, Frank Aiken, who was with him in New York, Conor continued. ...He may perhaps not have been fully aware that some who counted at home, at the highest Government level, had been rather nervous“ (Dorr 2010, 186).*

O'Brien war über die Südtirolsituation bereits gut informiert und hatte die wesentlichen Hürden für Österreichs Initiative klar erkannt – Italiens Mitgliedschaft in der US-dominierten NATO:

*„Austria had appealed to the UN in protest against what it regarded as the ill-treatment of the Austrians remaining in South Tyrol by the Italian government. This complaint was registered at the UN as ‚The Problem of Bolzano/Bozen‘. As Italy was an ally of the United States, and Austria was not, Italy looked to the Americans to ensure*

*that Austria's claim was rejected as contemptuously as possible, so that it might never be renewed before the General Assembly“*  
(O'Brien 1998, 195).

Diese schwierige diplomatische Situation, die wie ein aussichtsloser Kampf zwischen David und Goliath anmutete – kleine blockfreie Länder gegen mächtige multilaterale Blöcke – erfüllte O'Brien mit umso größerer Energie und Optimismus, um eine Lösung zu finden:

*„This looked quite feasible. This was the year – 1960 – of a large number of admissions of newly-independent African states. When the Americans took soundings with the new entry they found that the African states were disposed to be neutral concerning what they regarded as a purely inter-European dispute. If the Africans stayed out, the Americans – though they could no longer be certain of an automatic two-thirds of those who voted – had a good chance of seeing off the Austrian complaint. Austria's friends were few, and NATO's many“* (Dorr 1998, 195).

Bruno Kreiskys Rede vor den Vereinten Nationen hatte die Situation nicht einfacher gemacht, wie O'Brien beobachtete, und Österreich musste nun andere diplomatische Wege gehen, damit die Initiative nicht erfolglos endete:

*„Bruno Kreisky, the Chancellor of Austria, came out to address the General Assembly on the Austrian resolution and met with a rather frigid response. Then Kurt Waldheim, Permanent Representative of Austria, approached me on the subject of the Austrian resolution. This was a simple proposition calling for a ‚friendly, just and neighbourly solution of the dispute‘, a formula used when the Assembly did not wish, or was not able, to take sides with either party. Austria's hope was to avert the humiliation of a simple and curt rejection of the Austrian case – a rejection which the Italians, backed by the Americans, were seeking. ... Waldheim wanted me to speak in favour of the Austrian proposition. He knew that the Republic of Ireland would be likely to want to be helpful in such a case“*  
(O'Brien 1998, 197).

Waldheim hatte richtig vermutet; Irland nahm sich unter Führung von Conor Cruise O'Brien der österreichischen Sache an und begann, einen Ausgleich zwischen drei

zunächst scheinbar unvereinbar scheinenden Punkten zu suchen: a) dem österreichischen Ansinnen, sich für Südtirol einzusetzen durch die Internationalisierung des Problems, b) der irischen Mission, sich für Minderheiten und sich emanzipierende kollektive Identitäten einzusetzen und c) der Vorsicht, die es angesichts der zukünftigen Interessen Irlands in Bezug auf den EWG-Beitritt zu beachten galt.

Zunächst versicherte er sich der Unterstützung des irischen Außenministers. Dabei ging es insbesondere darum, die irische Position als amerikakritisch darzustellen, sich in Zeiten globaler Ost-West Polarisierung aber gleichzeitig völlig anti-kommunistisch zu positionieren.

*„I confidently expected Frank Aiken’s support and I got it. This was an occasion on which Ireland’s capacity to resist American pressure could again be demonstrated. ...Also, this time round, Aiken’s position in relation to the Austrian case could not possibly be interpreted as pro-communist, and would readily be understood at home“*  
(O’Brien 1998, 197).

Danach begann O’Brien mit seinen Sondierungen. Sein Vorgehen bestand darin, die für seine Strategie interessanten Delegationen und auch einzelne Mitglieder derselben in informellen Gesprächen von der Wichtigkeit des österreichischen Ansuchens für sie selbst zu überzeugen.

*„The new African intake were all non-aligned and a reassertion of Ireland’s non-aligned position and demonstration of Ireland’s clout among the non-aligned would not come amiss“* (O’Brien 1998, 197).

Den Zeitgeist der kolonialen Emanzipation, in dem diese Delegationen an die UNO kamen, vermittelte O’Brien als ein Repräsentant eines Landes, das diese selbst erst kürzlich errungen hatte, sehr überzeugend. Er vermied darüber hinaus die große diplomatische Bühne, um bei möglichen Rückschlägen mit einzelnen Delegationen bei der Paraphierung einer gemeinsamen Note möglichst flexibel reagieren zu können. Diese Vorgehensweise war letztlich der Schlüssel zum Erfolg:

*„Conor was instrumental in helping it to get off the hook without too great a loss of face. This was done by way of a resolution that called for talks to achieve a friendly solution“* (Dorr 2010, 186).

O'Brien gelang es, 17 Staaten hinter einer Resolution zur Unterstützung des österreichischen Ansinnens zu vereinen, die jenen Zielen genüge. Diese war zwar von Zypern aufgesetzt worden, doch war es die Tür-zu-Tür Diplomatie der Iren, und insbesondere O'Briens, dem es gelang, eben jene 17 Staaten zur Unterstützung zu bewegen. Die Liste der 17 reflektiert Irlands Politik, ehemalige Kolonien zu einem gemeinsamen Statement zu bewegen. Die „Resolution 1497 (XV) October 31, 1960“ basierte auf der Resolution, die die folgenden 17 Staaten am 27. Oktober verfasst hatten: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Ceylon, Zypern, Dänemark, Ecuador, Ghana, Indien, Irak, Irland, Jordanien, Mexiko, Norwegen, Paraguay, Uruguay.

Es gelang O'Brien und der irischen Delegation ebenfalls, die folgenden Staaten zur Unterstützung der Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu gewinnen. Auch hier konnten die Iren die gleichen Argumente ins Felde führen, da sie sich um Unterstützung Österreichs bei den gerade eben oder kürzlich dekolonisierten Ländern Afrikas bemühten: Madagaskar, Mauretanien, Mali, Tschad, Niger, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Gabun, Kamerun, Nigeria, Dahomey, Togo, Obervolta (Burkina Faso), Elfenbeinküste (Ivory Coast), Senegal, Somalia (alle 1960) sowie Äthiopien (1941), Libyen (1951), Sudan, Marokko, Tunesien (1956), Ghana (1957) und Guinea (1958).

O'Briens Argumentation in diesen Einzelgesprächen mit den Delegationen, aber auch im Sonderausschuss, war ebenso schlüssig wie überzeugend und vermochte die Einzelinteressen der blockfreien Staaten mit denen Österreichs und Irlands zu verknüpfen, und somit den Erfolg der österreichischen Intervention für Südtirol zu ermöglichen:

*„With the full support of all who counted in our delegation, I intervened in the debate with some confidence. The case I made was this: I understood that many of the countries which had just become members of the UN were disposed not to vote in what they regarded as a purely inter-European dispute. This was an understandable position, generally speaking, but I thought I could show that it was a mistaken one, in the actual circumstances of the present case. The distinguishing feature of the dispute before the committee was not that it was a dispute between Europeans, but that it was a dispute between a member and a non-member of NATO. ... To vote for the very moderate Austrian resolution was not a matter of sentiment for non-aligned countries, but one affecting their vital interests. Any non-NATO country, at any time, might have a grievance against a NATO country which they would wish to raise in the General Assembly. The American-Italian position, against the Austrian resolution, was designed precisely to deny that right of appeal. It was in the*

*common interest of all non-aligned countries – including Ireland as well as African countries – to ensure that the right of appeal was kept firmly open. The African countries got the message more fully and quickly than even I had hoped. Delegation after delegation announced that they would vote for the Austrian resolution, for African reasons, which had now become clear to them. I learned about the impact of all this on the Italians from a colleague who was a member of our representation on the First Committee. One of the Italians on the Special arrived to report to his colleagues on the First what was going on following my intervention. By reason of alphabetical proximity, my Irish colleague was able to hear what the Italians were saying. The Italian from the Special reported to his colleagues, „It is Caporetto!“ He was referring to the rout of the Italians by the Austrians towards the end of 1916. In any case, the American-Italian resolution was heavily defeated in the Special Committee, and the right of members to appeal to the Assembly was decisively vindicated“ (O’Brien 1998, 197).*

## 5. Der diplomatische Erfolg

Der Text der Resolution 1497 selbst war dann letztlich gar nicht so revolutionär (siehe Anhang), sondern im Ton eher milde und hob besonders hervor, dass sich beide Staaten doch bitte um gut nachbarschaftliche Beziehungen und weitere Gespräche bemühen sollten, um die Problematik zu entschärfen. Aber, und das war das Wesentliche, die Südtirolfrage war nun vom Weltgremium UNO zur Kenntnis genommen worden und damit nicht mehr nur länger eine Sache der Innenpolitik Italiens. Entlang dieser Linie hatte Rom bis dato immer argumentiert.

Des Weiteren erhob diese Resolution das „*Gentlemen’s agreement*“ (Steininger 1997, 388) zwischen Alcide De Gasperi und Karl Gruber vom September 1946 – heute als Pariser Vertrag bekannt – nun auf die Ebene eines „*international agreement*“, also eine von der Völkergemeinschaft anerkannte Abmachung, und forderte die Einlösung der seinerzeit gemachten Versprechen der italienischen Regierung und Alcide De Gasperis ein. Das war wesentlich für Österreich, und gleichzeitig sehr unliebsam für Italien. Dies war auch den irischen Diplomaten in New York sofort klar, wie Noel Dorr bemerkte:

*„Though this may seem innocuous enough, in this context it was helpful to Austria and, for that reason, less than welcome to Italy“ (Dorr 2010, 186).*

Über die Signifikanz der Befassung der Vereinten Nationen mit der Südtirolfrage für den Fortgang des Disputs besteht heutzutage kein Zweifel mehr; die Resolution 1497 markiert einen jener Wendepunkte hin zum Autonomiestatut von 1972. Doch auch schon damals war Österreich der diplomatische Erfolg jener Mission sofort offensichtlich, und auch Italien erkannte die diplomatische Leistung Irlands letztlich an. So erfuhr Irlands Intervention in der Südtirolfrage eine Bestätigung von zunächst eher unerwarteter Seite, als sich nämlich im Spätherbst 1960 der italienische Außenminister Gaetano Martino mit der Bitte um Hilfe an die Iren wandte. Er bat sie, eine Kompromissresolution zu verfassen, eine, wie Dorr sie bezeichnete, eher blasse und farblose Note, die dann auch den ihr zgedachten Zweck erfüllte, nämlich den, dass die Südtirolfrage von nun an nicht mehr vor der UNO verhandelt wurde und an die beiden streitenden Parteien zurückverwiesen wurde. Diese wurde einstimmig von der Generalversammlung angenommen (Dorr 2010, 186), siehe Text der zweiten Resolution von 1961 im Anhang.

Irlands Ansatz war erfolgreich gewesen, und das Land hatte seine Rolle und das diplomatische Geschick seiner Delegation mit nachhaltigem Erfolg für die Deeskalation eines schwelenden Konfliktes einsetzen können. So war es wenig verwunderlich, dass auch Österreich Irland im Jahre 1961 noch einmal bat, das Thema Südtirol erneut vor die Vereinten Nationen zu bringen: als im Jahre 1961 die Situation in Südtirol mit der Feuernacht eskalierte, wandte sich Österreich direkt an die irische Delegation mit der Bitte, eine weitere Befassung der UNO mit der Thematik zu unterstützen. Dieses Mal waren sich Aiken und Lemass einig darin, dass für Österreich durch eine erneute Befassung der UNO eigentlich nichts weiter zu erreichen sei.

*„Lemass, too, did not think it wise for Ireland to take an initiative on the issue and he told Aiken so. His prudence was understandable since he knew he would need Italy’s support for the application by Ireland for membership which he had submitted to the EEC two months previously“*  
(Dorr 2010, 186).

## Zusammenfassung

Das irische Engagement für die Südtirolfrage vor der UNO zeigt zweierlei: einerseits, dass Irland seine – aufgrund der eigenen Geschichte selbst definierte – Rolle als Fürsprecher für die Selbstbestimmung kleiner Völker ernst nahm, und diese mit der den Iren eigenen ausgeprägten Neigung zu konstruktivem Dialog und nuanciertem diplomatischen Kompromiss zum Vorteil kleiner Völker auf der internationalen Bühne umzusetzen wusste.

Andererseits, die Befassung der UNO mit der Südtirolfrage kam eben nicht nur aufgrund des österreichischen Drängens darauf zustande, sondern erforderte intensive diplomatische Bemühungen hinter den offiziellen Kulissen. Sie konnte weniger aus dem Grund realisiert werden, weil die internationale Gemeinschaft das Unrecht anerkannte, dass Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg Unrecht widerfahren war, sondern vielmehr, weil der Zeitpunkt der UNO-Befassung mit der Welle der globalen Entkolonialisierung und der Gründung neuer postkolonialer afrikanischer Staaten zusammenfiel und sowohl Österreich als auch Irland sich diesen Zeitgeist für das konkrete Fallbeispiel Südtirol zunutze machen konnten. Gleichzeitig vermochten diese ihr eigenes diplomatisches Gewicht – als kleine und neutrale Länder – innerhalb einer sich polarisierenden Weltgemeinschaft zu stärken.

## **Anhang: Die Südtirol Resolutionen**

### **1. Die UNO Resolution 1497 (XV) 31. Oktober 1960**

(Siehe beigefügtes Faksimile)

### **2. Text der zweiten Resolution von 1961**

Resolution 1661 (XVI) vom 28. November 1961 (mit geringfügigen stilistischen Änderungen). Resolutionsentwurf A/SPC/L77/Rev. 1 & Add. 1 der Staaten: Argentinien, Chile, Griechenland, Guatemala, Indien, Indonesien, Irland, Jemen, Panama, Peru, Schweden, Uruguay, Vereinigte Arabische Republik und Zypern:

Die Generalversammlung,

Eingedenk ihrer Resolution 1497 (XV) vom 31. Oktober 1960,

Mit Genugtuung feststellend, dass zwischen den beiden betroffenen Parteien Verhandlungen stattfinden,

Ferner feststellend, dass der Streit bisher ungelöst geblieben ist,

Fordert die beiden betroffenen Parteien auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um eine Lösung gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 der erwähnten Resolution zu finden.

**RESOLUTIONS ADOPTED ON THE REPORTS OF THE SPECIAL  
POLITICAL COMMITTEE**

**C O N T E N T S**

	<i>Page</i>
1497 (XV). The status of the German-speaking element in the Province of Bolzano (Bozen); implementation of the Paris agreement of 5 September 1946 (31 October 1960) (item 68)	5
1574 (XV). Report of the United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (20 December 1960) (item 24)	5

**1497 (XV). The status of the German-speaking element in the Province of Bolzano (Bozen); implementation of the Paris agreement of 5 September 1946**

*The General Assembly,*

*Having considered* item 68 of its agenda.

*Considering* that the status of the German-speaking element in the Province of Bolzano (Bozen) has been regulated by an international agreement between Austria and Italy, signed in Paris on 5 September 1946,<sup>1</sup>

*Considering* that the said agreement establishes a system designed to guarantee the German-speaking inhabitants of that Province "complete equality of rights with the Italian-speaking inhabitants, within the framework of special provisions to safeguard the ethnical character and the cultural and economic development of the German-speaking element".

*Bearing in mind* that a dispute has arisen between Austria and Italy in regard to the implementation of the said agreement,

*Desirous* of preventing the situation created by the dispute from impairing the friendly relations between the two countries,

1. *Urges* the two parties concerned to resume negotiations with a view to finding a solution for all differences relating to the implementation of the Paris agreement of 5 September 1946;

2. *Recommends* that, in the event of the negotiations referred to in paragraph 1 above not leading to satisfactory results within a reasonable period of time, both parties should give favourable consideration to the possibility of seeking a solution of their differences by any of the means provided in the Charter of the United Nations, including recourse to the International Court

of Justice or any other peaceful means of their own choice;

3. *Likewise recommends* that the countries in question should refrain from any action which might impair their friendly relations.

*900th plenary meeting,  
31 October 1960.*

**1574 (XV). Report of the United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation**

*The General Assembly,*

*Recalling* its resolution 1376 (XIV) of 17 November 1959,

*Noting with appreciation* the co-operation which the United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation continues to receive in its work from Member States, specialized agencies, the International Atomic Energy Agency, international non-governmental and national scientific organizations, and individual scientists,

1. *Takes note* of the annual progress report of the United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation for 1960;<sup>2</sup>

2. *Welcomes* the report prepared by the Committee in response to General Assembly resolution 1376 (XIV);<sup>3</sup>

3. *Notes with approval*, in particular, the Committee's proposals contained in paragraphs 14 and 19 of its annual report, which carry financial implications additional to those for which arrangements have already been made.

*960th plenary meeting,  
20 December 1960.*

<sup>2</sup> *Official Records of the General Assembly, Fifteenth Session, Annexes, agenda item 24, document A/4528.*

<sup>3</sup> *Ibid.*, document A/4528, annex 1.

---

## Literaturverzeichnis

- Callanan, Frank (2019), O'Brien, Conor Cruise. Dict of Irish Biography, [www.dib.ie/biography/obrien-conor-cruise-a9694](http://www.dib.ie/biography/obrien-conor-cruise-a9694) (16.12.2023)
- Dorr, Noel (2010), Ireland at the United Nations. Memories of the Early Years. Dublin: Institute of Public Administration
- Fallon, Tony (2008), Obituary on Conor Cruise O'Brien, The Observer 19.12.2008
- Gehler, Michael (2008), Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion, Bozen: Athesia
- Grote, Georg (2009), „I bin a Südtiroler“. Kollektive Identität zwischen Nation und Region im 20. Jahrhundert, Bozen: Athesia
- Lill, Rudolf (2002), Südtirol in der Zeit des Nationalismus, Konstanz: UVK
- O'Brien, Conor Cruise (1998), Memoir. My Life and Themes, Dublin: Poolbeg
- O'Toole, Fintan (2021), We Don't know ourselves. A Personal History of Ireland since 1958, London: Head of Zeus
- Othmerding, Heinz-Rudolf (1984), Sozialistische Minderheitenpolitik am Beispiel Südtirol von den Anfängen des Konflikts bis heute, Hamburg: phil. Diss.
- Peterlini, Hans Karl (2012), 100 Jahre Südtirol. Geschichte eines jungen Landes, Innsbruck/Wien: Haymon
- Steininger, Rolf (1997), Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Steininger, Rolf (1999), Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Band 2: 1960–1962 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Kapitel 1. 1960: ‚Vor der UNO‘), Bozen: Athesia, 167–250
- von Egen, Alexander (1997), Die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen. Rechtsgeschichte und Dokumente – mit einer Zusammenfassung in italienischer und englischer Sprache, Bozen: Athesia und Frankfurt: Peter Lang
- Widmann, Franz (1998), Es stand nicht gut um Südtirol. 1945–1972. Von der Resignation zur Selbstbehauptung. Aufzeichnungen der politischen Wende, Bozen: Raetia
- Woller, Hans (2010), Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, München: C H Beck

**Politische Persönlichkeit des Jahres**

**Personalità politica dell'anno**

**Personalité politica dl ann**

**Political Personality of the Year**



## Originalwortlaut der Rede von Nathan Previdi anlässlich des Tages der Republik am 2. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Regierungskommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir feiern heute den Tag der Republik, einen Tag an dem wir uns voller Stolz und Freude an die Geburtsstunde unserer Demokratie erinnern. Wir haben heute ein unabhängiges Justizsystem, das für Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit steht. Wir haben ein Parlament, das die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger repräsentiert. Wir haben eine Verfassung, die die Freiheit, Gleichheit und Würde jedes Einzelnen schützt. Um das zu erreichen, haben sich immer wieder Dinge in unseren Köpfen verändern müssen: Früher war das Frauenwahlrecht unvorstellbar, heute ist es für uns eine Selbstverständlichkeit. Früher wurde die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung unterdrückt und heute leben wir in einer autonomen Provinz, die es uns ermöglicht, unsere Sprachen, Kulturen und Eigenheiten gemeinsam zu leben. Wir haben als Nation eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen und zahlreiche Herausforderungen gemeistert.

Doch viele Herausforderungen stehen uns noch bevor, die unsere Demokratie in Italien gefährden:

Zum Beispiel der zunehmende Neofaschismus: Faschisten können auf der Straße ungestraft Andersdenkende verprügeln. Kritische Journalisten wie Fabio Fazio werden aus dem öffentlichen Rundfunk entfernt. Ranghohe Politiker in unserem Parlament tolerieren und provozieren neofaschistische Hetze. Und dabei sind doch gerade unsere demokratischen Institutionen aus dem Antifaschismus geboren. Wie viel Demokratie ist in Italien tatsächlich noch übrig?

Und wie viel Demokratie bleibt uns übrig, wenn die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander geht? Steigende Lebensmittelpreise, Energiekosten – und Gehälter, die der Inflation nicht angepasst werden, sorgen dafür, dass immer mehr Menschen auch im „reichen“ Südtirol verarmen. Dann reicht es, wenn Populisten gegen Minderheiten hetzen und einen Krieg zwischen den Armen entfachen.

Und wie viel Demokratie wird uns übrig bleiben, wenn wir nicht jetzt die Umweltzerstörung stoppen und die Klimakatastrophe verhindern?

Die Hitze des letzten Sommers, der Wassermangel in den letzten Monaten und die Überschwemmungen in der Emilia-Romagna sind ein klares Zeichen dafür, dass die Klimakrise nicht mehr nur „die anderen“ betrifft, sondern hier und jetzt bei uns in Italien und in Südtirol angekommen ist.

Wenn Extremwetterereignisse unsere Häuser wegspülen, Ernten ausfallen und nie dagewesene Massen an Klimaflüchtlingen auf uns hereinbrechen, dann wird die Demokratie auch bei uns nicht mehr lange standhalten. Dann haben wir Glück, wenn Populismus und Fakten-Leugnung unsere Demokratie nicht völlig aufgefressen hat.

Deshalb lasst uns versuchen, einen demokratischen Weg in eine lebenswerte Zukunft zu gehen: Welche Hebel müssen wir dafür einsetzen? Welche Maßnahmen führen schneller zum Ziel? Wie können wir unsere Gesellschaft gerecht gestalten? Hierfür braucht es eine mutige Politik, die sich den Klimazielen und den zukünftigen Generationen verpflichtet. Demokratie soll die Kraft sein, die das Klima schützt, denn ein schneller Klimaschutz schützt auch die Demokratie.

Es braucht eine Politik, die unseren Reichtum gerecht verteilt, die Schwächsten unserer Gesellschaft mitnimmt und unsere Demokratie vor populistischen Angriffen verteidigt.

Hierfür braucht es ebenso informierte und teilhabende Bürger, welche die demokratischen Werte und Prinzipien unserer Republik verteidigen. Wir müssen alle unseren Beitrag zum Gelingen unserer Demokratie leisten. Dann werden wir die großen Herausforderungen gemeinsam meistern.

Uniamo le forze per un'Italia giusta e democratica.

## Politische Persönlichkeit des Jahres – Begründung der Jury

**Politika**, die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de Scienza Pulitica de Sudtirol vergibt jährlich einen Preis an eine Südtiroler Persönlichkeit, die sich auf dem Gebiet der Politik und der politischen Bildung ausgezeichnet hat.

**Nathan Previdi** ist ein 17-jähriger Student, der in die Schlagzeilen geraten ist, weil er sich weigerte, vor den Vertreterinnen und Vertretern örtlicher Behörden eine Rede zu verlesen, die er anlässlich des Tages der Republik am 2. Juni 2023 verfasst hatte. Seine ursprüngliche Rede war von Mitarbeitenden der Pädagogischen Abteilung der Autonomen Provinz Bozen überarbeitet und korrigiert worden und enthielt keine Hinweise mehr auf die Verfassung und den darin zum Ausdruck kommenden antifaschistischen Geist.

Seine Rede war auf die sozialen Errungenschaften der letzten Jahre fokussiert, dank der Stabilität der Demokratie in unserem Lande und mit dem Hinweis auf die Gewaltenteilung – verbunden mit einem kurzen Verweis auf die Gefahren des Neofaschismus, nicht nur in Italien. Das genügte offenbar für eine Textänderung mit der daraus folgenden Entscheidung des jungen Autors, einen solchen Text, welcher der ursprünglichen Intention nicht mehr entsprach, nicht während der öffentlichen Veranstaltung am Bozner Waltherplatz vorzulesen.

Nathan Previdi betreibt einen YouTube-Kanal ([www.youtube.com/@studioprevidi](http://www.youtube.com/@studioprevidi)): In einem seiner Videos rekonstruiert er die ganze Geschichte. Dort kann er den Text endlich so lesen, wie er geschrieben wurde. Das Video hat fast 10.000 Aufrufe und damit wahrscheinlich ein noch größeres Publikum erreicht.

Gerade, wenn man seine Rede liest, versteht man die klaren Grundgedanken zur Unterstützung einer demokratischen Entwicklung in Verbindung mit klimatischen und sozialen Herausforderungen. Eine erstaunlich weitsichtige Rede für einen 17-Jährigen, der Themen anspricht, die von vielen als „weit weg“ von den wirklichen Problemen der Menschen wahrgenommen werden.

Die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft verleiht den Preis zur politischen Persönlichkeit des Jahres an Nathan Previdi, weil es ihm mit einer einfachen Rede gelungen ist, die Herausforderungen der Zukunft, die Bedeutung der demokratischen Grundbedingungen, die Liebe für eine pluralistische Gesellschaft – alles Aspekte, welche die Voraussetzungen für ein zivilisiertes Zusammenleben schaffen – in den Mittelpunkt zu stellen. Noch bedeutender ist die zutiefst politische

Botschaft in einem Land wie dem unseren, in dem das Zusammenleben die Herausforderung von morgen ist.

*Für den Vorstand, Harald Knoflach und Mauro di Vieste*

## Personalità politica dell'anno – Motivazione della giuria

**Politika**, la Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Sozieta di Scienza Pulitica de Sudtiroil, assegna ogni anno un premio ad una personalità altoatesina che si sia distinta nel campo della politica e della formazione politica.

**Nathan Previdi** è un ragazzo di 17 anni. È salito alla ribalta delle cronache poiché si è rifiutato di leggere il discorso che aveva scritto in occasione della Festa della Repubblica, il 2 giugno 2023, davanti alle autorità locali. Il suo discorso originale era stato modificato e corretto da parte di collaboratori della Ripartizione pedagogica della Provincia autonoma di Bolzano, eliminando quelli che, secondo le autorità, erano i passaggi più politici, con chiari riferimenti alla Costituzione e allo spirito antifascista che esprime.

Il suo discorso era tutto improntato alle conquiste sociali degli ultimi anni, grazie alla solidità della democrazia nel nostro paese, in riferimento alla divisione dei poteri. E poi ancora un breve riferimento ai pericoli, non solo in Italia, di un crescente neofascismo. Tanto è bastato per effettuare un cambio del testo e la conseguente decisione del suo giovane autore di non leggere all'evento pubblico in Piazza Walther, Bolzano, un testo che non rispecchiasse più l'impostazione originale.

Nathan Previdi gestisce un canale YouTube ([www.youtube.com/@studioprevidi](http://www.youtube.com/@studioprevidi)): in un suo video ricostruisce l'intera vicenda e può finalmente leggere il testo così come era stato scritto. Il video raggiunge quasi le 10.000 visualizzazioni, arrivando probabilmente ad un pubblico più numeroso.

Ed è proprio leggendo il suo discorso che si comprendono le chiare idee di fondo a sostegno di uno sviluppo democratico legato alle sfide climatiche e sociali. Un discorso sorprendentemente lungimirante per un diciassettenne che affronta tematiche percepite da tante persone come “distanti” dai problemi veri della gente.

La Società di Scienza Politica dell'Alto Adige assegna il premio di personalità politica dell'anno a Nathan Previdi, poiché con un semplice discorso ha saputo mettere a fuoco le sfide del futuro, l'importanza del contesto democratico, l'amore per una società pluralista, tutti aspetti che creano le condizioni per una civile convivenza. Ancor più importante il messaggio profondamente politico in una terra, la nostra, in cui la convivenza rappresenta la sfida del domani.

*Per il direttivo, Harald Knoflach e Mauro di Vieste*

## Personalité politica dl ann – Motivaziun dla iuria

**Politika**, la Sozieté de Sciënza Politica de Südtirol, ti surandá vigni ann n pest a na personalité de Südtirol che s’á fat mirit tl ciamp dla politica y dla formaziun politica.

**Nathan Previdi** é n studënt de 17 agn che é rové tl zënter dla cronica por s’avëi refodé da lí dant le discours ch’al â scrit en gaujiun dla Festa dla Republica di 2 de jügn 2023. So discours original ê gnü mudé y ne contignî nia plü i referimënc ala Costituziun y al spirit antifascist che ciafa dailó espresciun.

So discours ê conzentré sön les concuistes soziales di ultimi agn, dilan ala stabilité dla democrazia te nosc Paisc y cun referimënt ala despartiziun di podëis – en coliamënt cun n referimënt cört ai prighi che podess ester sc’al gniss sö danü le neofascism, nia ma tla Talia.

Sciöch’al pé á chësc basté por na mudaziun dl test cun la conseguënza che l’autur jonn á tut la dezijiun da ne lí nia dant chël test, che ne corespognô nia plü al’intenziun originara.

Nathan Previdi gestësc n canal YouTube ([www.youtube.com/@studioprevidi](http://www.youtube.com/@studioprevidi)): te un de sü video ál metü adöm dõta la storia. Dailó pól finalmënter lí le test sciöch’al ê gnü scrit. Le video á daimpró da 10.000 visualisaziuns y á bonamënter arjunt n publich ciamó tröp plü ampl.

Rodunt sc’an lí so discours capëscion les ideas de basa tleres por sostigní le svilup democratich en coliamënt cun les desfides climatiche y soziales. N discours scialdi lungimirant por n jonn de 17 agn che afrontëia tematiche che tröc sënt coche “dër dalunc” dai problems reai dles porsones.

La Sozieté de Sciënza Politica de Südtirol ti assegnëia le pest por la personalité politica dl ann a Nathan Previdi deach’al é sté bun cun n discours scëmpl da mëte a fúch les desfides dl dagní, l’importanza dles condiziuns democratiche de basa, l’amur por na sozieté pluralista – al é dõt aspec che cheriëia les condiziuns por na conviënza zivila. Ciamó plü important é le messaje dassënn politich te n Paisc coche le nost, olache la conviënza é la desfida da indoman.

*Por le Comité, Harald Knoflach y Mauro di Vieste*

## Political Personality of the Year – Motivation of the Jury

**Politika**, the South Tyrolean Political Science Association, annually awards a prize to a South Tyrolean personality who has distinguished themselves in the field of politics and political education.

**Nathan Previdi** is a 17-year-old student. He recently made headlines because he refused to read the speech which he had written for Republic Day, on June 2, 2023, to be held in front of local authorities in South Tyrol. His original speech had been edited and corrected by collaborators of the Pedagogical Division of the Autonomous Province of Bolzano/Bozen, removing what the authorities deemed to be the most political passages, with clear references to the Constitution and the anti-fascist spirit it embodies.

His speech was centered around the social achievements of recent years, which have been made thanks to the stability of democracy in our country, and contained references to the division of powers. There was also a brief reference to the dangers, in Italy and internationally, of an increasing neo-fascism. These passages were deemed to be too political and were thus subject to changes by the authorities. This, in turn, led the young author to decide not to read his text at the public event in Piazza Walther, Bolzano, as he felt that it no longer reflected the original purport of his writing.

Nathan Previdi runs his own YouTube channel ([www.youtube.com/@studioprevidi](http://www.youtube.com/@studioprevidi)). In one of his videos, he reconstructs his original speech in its entirety. The video has been viewed almost 10.000 times and has most likely reached an even larger audience than if it were performed in the originally scheduled public event.

By reading and listening to Previdi's speech, one comes to understand the clear underlying ideas he voices in support of democratic development linked to climate and social challenges. It is a surprisingly forward-looking political speech for a 17-year-old which addresses issues which may be perceived by many as "distant" from people's real problems.

The South Tyrolean Political Science Association presents the political personality of the year award to Nathan Previdi, because in a simple speech, he was able to bring renewed focus on future challenges, the importance of a democratic environment, and the love for a pluralistic society, all of which create the necessary pre-conditions for civil coexistence. Such a deeply political message assumes an even

higher importance in the context of South Tyrolean autonomy, where living together remains a challenge for the future.

*For the Board, Harald Knoflach and Mauro di Vieste*

**Autorinnen und Autoren**

**Autrici e autori**

**Hermann Atz** studierte Physik an der Universität Innsbruck, Politikwissenschaft an der Universität Wien und am Institut für Höhere Studien, Wien. Er ist Gesellschafter und wissenschaftlicher Co-Leiter des Sozialforschungsinstituts Apollis in Bozen, das er 1993 gemeinsam mit Helmuth Pörnbacher gründete. Daneben wirkte er als Lehrbeauftragter an der Freien Universität Bozen und an der Universität Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Umfrageforschung, Bildung, Sozialwesen, Regionalentwicklung, Wahl- und Policy-Forschung.

*hermann.atz@apollis.it*

**Elisabeth Alber**, Doktoratsstudium der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, Diplomstudium der internationalen Beziehungen und diplomatischen Wissenschaften (mit Schwerpunkt auf vergleichendes öffentliches Recht) an der Universität Turin, Spezialisierungslehrgang Europastudien an der Universität Turku. Sie forscht am Institut für vergleichende Föderalismusforschung von Eurac Research zu Politik und Recht in Bundes- und Regionalstaaten und zu Fragen territorialer Autonomien, Dezentralisierungsprozessen sowie partizipativer Demokratie. Als Gastforscherin arbeitete und lehrte sie in Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, den USA und Australien. Derzeit ist sie beratend in Moldawien, der Ukraine und Südostasien tätig.

*elisabeth.alber@eurac.edu*

**Marco Brunazzo** è professore ordinario di Scienza politica presso il Dipartimento di Sociologia e Ricerca Sociale dell'Università di Trento. I suoi interessi di ricerca vertono principalmente sull'integrazione europea e la democrazia partecipativa. Titolare di una Cattedra Jean Monnet, tra il 2011 e il 2016 ha diretto il Centro di eccellenza Jean Monnet dell'Università di Trento. I suoi libri più recenti sono "La politica dell'Unione europea" (con V. Della Sala, Milano, 2020<sup>2</sup>), "Italy in the EU: A Rollercoaster Journey" (con B. Mascitelli, New York, 2020), "The Road to the European Union.: Albania and the Italian 'partner'" (con P. Xhaferi e B. Mascitelli, Melbourne 2022).

*marco.brunazzo@unitn.it*

**Andrea Carlà** è Senior Researcher presso l'Istituto sui Diritti delle Minoranze dell'Eurac Research di Bolzano/Bozen. Politologo, si occupa prevalentemente di politiche etniche, politiche sulla migrazione e questioni di sicurezza legate al tema delle minoranze. Dopo essersi laureato in Scienze Politiche e aver frequentato un Corso di Alta Formazione per le Carriere Diplomatiche e Internazionali presso l'Università di Bologna, ha conseguito un Ph.D in Politics presso la New School for Social Research di New York, USA. Fra le sue pubblicazioni è fra i curatori di *Changing Borders and Challenging Belonging* (Peter Lang, 2024).

*andrea.carla@eurac.edu*

**Katharina Crepaz** ist Senior Researcher am Center for Autonomy Experience, Eurac Research und Privatdozentin am Lehrstuhl für Soziale Determinanten der Gesundheit, Technische Universität München, Deutschland. Sie hat Anglistik und Amerikanistik und Politikwissenschaft (MMag. Phil.) sowie Skandinavistik (B.A.) an den Universitäten Innsbruck und Wien studiert und 2015 in Politikwissenschaft promoviert (PhD); 2020 folgte die Habilitation in Gesundheitswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung von Diversity Governance an der TUM. Von 2015 bis 2020 war sie als Post-Doc am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik und am Lehrstuhl für Diversitätssoziologie (TUM) tätig. Sie forscht zu Gender & Diversity, sozialen Determinanten der Gesundheit, Minderheiten, Migration, und Diversity Governance. Im Dezember 2022 wurde sie mit dem Habilitationspreis der Freunde der TUM e.V. ausgezeichnet.

*katharina.crepaz@eurac.edu*

**Mauro di Vieste**, laureato alla Facoltà di Scienze Politiche di Firenze, in Politica internazionale, è direttore della sede italiana della Gesellschaft für bedrohte Völker, a Bolzano. Master in “Management per operatori di organizzazioni non profit e cooperative sociali” (Eurac BZ-Issan TN).

Si occupa principalmente di progetti di cooperazione internazionale allo sviluppo, di storia kurda e relazioni internazionali in area mediorientale.

È membro del direttivo dell'organizzazione ombrello Gesellschaft für bedrohte Völker International di Berlino.

*mauro@divieste.it*

**Alice Engl**, Diplomstudium und Doktoratsstudium der Politikwissenschaft in Innsbruck und postgradualer Studienlehrgang Europäische Studien an der Universität Wien, Senior Researcher und Forschungsgruppenleiterin am Institut für Minderheitenrecht von Eurac Research. Ihre Forschungsfelder sind: grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa, speziell in Minderheitengebieten, Policy Prozesse in der EU-Regionalpolitik, Minderheiten und Autonomien, Entwicklungen der Südtiroler Autonomie, Regionen in der EU und sub-staatliche regionale Integrationsprozesse. Veröffentlichungen u. a. in den Zeitschriften Journal of European Integration, Journal of Borderlands Studies, Regional and Federal Studies, Zeitschrift Europarecht, Europäisches Journal für Minderheitenfragen.

*Alice.Engl@eurac.edu*

**Lucio Giudiceandrea** (1956) vive a Bolzano. Da giornalista si è occupato in particolare di politica, ecologia, cultura e sport. Su questi temi ha realizzato per la Rai reportage radiofonici e televisivi dall'area mitteleuropea. È autore di diversi libri sulla storia locale e la convivenza tra le comunità linguistiche. Tra gli altri "Spaesati – Italiani in Südtirol" (2006), "Stare insieme è un'arte – Vivere in Alto Adige/Südtirol", coautore Aldo Mazza (2012), "Stella aliena – La Südtiroler Volkspartei spiegata agli italiani" (2022).

*lgiudiceandrea@gmail.com*

**Aaron Gottardi** stammt aus Neumarkt. Nach seinem Politikstudium in Bologna und Salzburg lebt und arbeitet er seit 2013 in München. Beruflich beschäftigt er sich mit Politik und Kommunikation: zuerst als Berater in einer Münchner Agentur, dann als Pressesprecher der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Seit Herbst 2019 ist er im Leitungsstab des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und dort Leiter der Digitalen Kommunikation sowie stellvertretender Pressesprecher.

*gottardi@mail.de*

**Melanie Gross**, MSc, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Public Management der Eurac Research. Sie absolvierte den Master in Entrepreneurship und Innovation an der Freien Universität Bozen und lernte dabei, neben theoretischem Wissen, auch über bisherige Grenzen hinauszudenken. Ihr Forschungsschwerpunkt: Geschlechtergleichstellung in der Politik. Auch außerhalb der Eurac Research engagiert sie sich für soziale Nachhaltigkeit und setzt sich für die Förderung und Gleichstellung der Frau in der Arbeitswelt ein.

*melanie.gross@eurac.edu*

**Georg Grote** ist Associate Professor emeritus in University College Dublin, Irland, und Senior Researcher im Institute for Minority Rights in der EURAC. Seine Forschungsfelder sind historischer Nationalismus und moderner Regionalismus in Europa sowie die Entwicklung kollektiver Identitäten innerhalb dieser Parameter. Seine Publikationen umfassen die jüngere irische Geschichte, die Transformationen der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland sowie die Geschichte des Landes Südtirol. Kürzlich erschien seine dreibändige Geschichte Südtirols im 20. Jahrhunderts aus dem Blickwinkel der sogenannten „einfachen Leute“.

*Georg.grote@eurac.edu*

**Harald Knoflach** (geb. 1974) stammt aus dem Stubaital und studierte Anglistik/Amerikanistik und Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und an der University of Central England/Birmingham. Während seines Studiums war er als Journalist bei den Tiroler Bezirksblättern tätig. Nach seinem Umzug nach Südtirol arbeitete er zunächst als Redakteur beim Tagblatt Dolomiten. Seit 2011 ist er Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit am Brixner Vinzentinum sowie Lehrkraft für Recht und Wirtschaft, Gesellschaftliche Bildung und IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie). Er ist überdies Vorstandsmitglied der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft und Politblogger auf [www.brennerbasisdemokratie.eu](http://www.brennerbasisdemokratie.eu).

*thehhk74@gmail.com*

**Irene Landini** è una ricercatrice presso la Facoltà di Scienze sociali dell'Università di Anversa, dove ha recentemente vinto una borsa di studio post-dottorato all'interno del programma europei YUFE. È anche una research fellow presso il Center of Migration Studies dell'Università dell'Essex. I suoi interessi di ricerca vertono sulle migrazioni internazionali verso l'Europa, le politiche di migrazione di accoglienza e integrazione in ambito UE e degli stati nazionali e il rapporto fra il piano del policy-making e dell'implementazione delle politiche migratorie da parte di attori nazionali e locali (per es, amministratori pubblici, insegnanti, ecc). È autrice di varie pubblicazioni su temi legati all'accoglienza e integrazione di migranti e rifugiati, soprattutto in ambito scolastico e nel settore di welfare.

*irene.landini1@gmail.com*

**Sophie Mair** ist Juristin und hat Italienisches Recht an der Universität Innsbruck studiert. Während des Studiums war sie als studentische Mitarbeiterin im Bereich Verfassungs- und Autonomierecht tätig. Außerdem war sie Studierendenvertreterin des Italienischen Rechts und Mitglied der European Law Student's Association in Innsbruck. In ihrer Diplomarbeit hat sie sich mit dem Thema der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz beschäftigt.

*mair.sophie@gmail.com*

**Giorgio Mezzalana** (Bolzano, 1954), storico, ricercatore indipendente, fondatore del gruppo Storia e regione/Geschichte und Region, membro del comitato scientifico della rivista "Qualestoria" (Trieste). È vicepresidente del Comitato di indirizzo della Fondazione Museo Storico del Trentino. Editorialista del "Corriere dell'Alto Adige" e del "Corriere del Trentino". Collaborazioni scientifiche con università, musei, istituti di ricerca e istituzioni pubbliche. È autore di numerose pubblicazioni sulla storia del XX secolo in ambito regionale (Tirolo, Alto Adige e Trentino).

*giorgiom@ines.org*

**Theresia Morandell** ist Doktorandin am Institut für vergleichende Föderalismusforschung der Eurac Research in Bozen (Italien) und am Lehrstuhl für Raumentwicklung und Stadtpolitik der ETH Zürich (Schweiz). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Gemeindeforschung, insbesondere in den Bereichen der Stadt-Land-Beziehungen, der Raumplanung und der Mehrebenen-Governance in städtischen Kontexten.

*Theresia.morandell@eurac.edu*

**Sarah Oberbichler** ist Postdoktorandin in Zeitgeschichte und forscht zu den Schwerpunkten Migration, Politik und Medien sowie im Bereich Digitale Geschichte. Sie studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck und der Universität Göteborg (Schweden) und promovierte 2019 mit einer Dissertation über die Wahrnehmung von Migration in Südtirol (1990-2015) an der Universität Innsbruck. Seitdem war sie an mehreren internationalen Projekten mit Kooperationen in Italien, Frankreich, Deutschland und Finnland beteiligt. Von 2017 bis 2018 arbeitete sie zudem als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Austrian Studies an der University of Minnesota in Minneapolis (USA). Ihre Forschungen hat sie in zahlreichen internationalen Beiträgen und Monographien veröffentlicht.

*sarah.oberbichler@gmail.com*

**Günther Pallaver**, Dr. jur. et Dr. phil., em. Univ.-Professor für Politikwissenschaft und Medien am Institut für Politikwissenschaft sowie am Institut für Medien, Gesellschaft und Kommunikation an der Universität Innsbruck. Seit 2021 Senior Researcher am Institut für vergleichende Föderalismusforschung bei Eurac Research, Bozen. Studien in Innsbruck, Salzburg, Wien, Verona und London. 1991 staatliche Journalistenprüfung in Rom. Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft. [www.uibk.ac.at/politikwissenschaft/guenther-pallaver](http://www.uibk.ac.at/politikwissenschaft/guenther-pallaver)

*guenther.pallaver@uibk.ac.at*

**Cristiano Santinello** lavora presso il Dipartimento di Sociologia e Ricerca Sociale dell'Università di Trento. Le sue attività sono principalmente rivolte ai metodi e tecniche di raccolta dati e coordina le attività delle infrastrutture CAWI e CATI del Dipartimento. I suoi interessi di ricerca coinvolgono i fenomeni migratori, la democrazia partecipativa e la valutazione delle politiche pubbliche. Le sue pubblicazioni più recenti sono "Exploring home and migration through quantitative research: enlarging scales, unsettling questions" (con P. Boccagni, B. Armani, Cheltenham, 2023), "A place migrants would call home: open-ended constructions and social determinants over time among Ecuadorians in three European cities" (con P. Boccagni, B. Armani, Berlino, 2022).

*cristiano.santinello@unitn.it*

**Sophia Schönthaler** ist Forscherin am Center für Migration und Diversität von Eurac Research und Koordinatorin des Eurac Research Ethics Review Boards. Zuvor studierte sie Internationale Beziehungen und Kultur- und Sozialanthropologie in Bologna, Wien und den Hague. Aktuell ist sie Doktorandin im Programm „*Law and Politics*“ am Zentrum für Südosteuropastudien der Universität Graz.

*sophia.schoenthaler@eurac.edu*

Prof. i.R. Dr. **Roland Sturm**, ist Senior Professor für Politikwissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg und Senior Fellow des Instituts für Parlamentarismusforschung, Berlin. Er ist Mitherausgeber der „Zeitschrift für Politik“ und der Zeitschrift „Gesellschaft-Wirtschaft-Politik“. Er war Gastprofessor an der University of Washington (Seattle, USA), der Peking University (VR China) und der Universität Pompeu Fabra (Barcelona, Spanien). Seine Arbeitsschwerpunkte sind deutsche und vergleichende Politikwissenschaft, europäische Integration und politische Ökonomie.

*roland.sturm@fau.de*

**Thomas Walli** ist Senior Scientist am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Er studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Innsbruck und an der Università degli studi di Pavia. Er ist regelmäßig in Wissenschaftskommunikation und politischer (Erwachsenen)Bildung aktiv. 2019–2024 Editor der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft ([www.oezp.at](http://www.oezp.at)). Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Wissenschafts- und Technikforschung; Europäische Integration; politisches System Italiens; politische Philosophie (u. a. Faschismusforschung, Existenzialismus).

*thomas.walli@uibk.ac.at*

## Für Politologinnen und Politologen

Das Kombipaket Jahresmitgliedschaft und Abo sichert den Fortbestand der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft und des Jahrbuches.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an die Gesellschaft unter [info@politika.bz.it](mailto:info@politika.bz.it).

**Jahresmitgliedschaft:**

€ 15,- € 10,-

**Politika – Jahrbuch für Politik:**

€ 25,- € 20,-

**Im Paket nur**

**€ 30,-\* jährlich**

## Für Nichtmitglieder

Einzelhefte kosten Euro 25,- und sind in jeder guten Buchhandlung erhältlich. Nichtmitglieder können ein Abo zu Euro 20,- jährlich abschließen, Bestellungen bitte an [info@raetia.com](mailto:info@raetia.com).

\* zzgl. Porto und Verpackung. Der Versand erfolgt über den Verlag Edition Raetia. Die geltenden Versand- und Geschäftsbedingungen finden Sie auf der Internetseite des Verlages ([www.raetia.com](http://www.raetia.com)). Die Lieferung der aktuellen Ausgabe erfolgt alljährlich zum Erscheinungstermin. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht zwölf Wochen vor Jahresende eine schriftliche Kündigung erfolgt.

## Per politologhe e politologi

Il pacchetto combinato quota associativa e abbonamento garantisce la continuità della Società di Scienza Politica dell'Alto Adige e dell'annuario.

Si prega di inviare la richiesta alla Società di Scienza Politica dell'Alto Adige all'indirizzo [info@politika.bz.it](mailto:info@politika.bz.it)

**Quota associativa:**

€ 15,- € 10,-

**Politika – Annuario di politica:**

€ 25,- € 20,-

**Il pacchetto costa solo € 30,-\* l'anno**

## Per non soci

I singoli numeri sono disponibili nelle migliori librerie al prezzo di 25,- euro. I non soci possono sottoscrivere un abbonamento a 20,- euro l'anno; si prega di inviare le richieste a [info@raetia.com](mailto:info@raetia.com)

\* più spese di spedizione. La spedizione viene eseguita dalla casa editrice Raetia. Le informazioni sulle condizioni generali di contratto e di spedizioni si trovano sul sito [www.raetia.com](http://www.raetia.com). La consegna dell'edizione attuale avviene annualmente in data di pubblicazione. L'abbonamento si ritiene automaticamente prolungato per l'anno successivo, se non avviene disdetta scritta dodici settimane prima del 31 dicembre dell'anno corrente.

